Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 109 JANUAR 1994 50 Pfennig

Arbeiterkämpfe in ganz Europa
Verteidigt Immigranten gegen rassistische Angriffe!

Schlagt die Offensive der Bosse zurück!

linde Oktober drängten militante Streikende der Air France auf die Startbahnen der Pariser Flughäfen und brachten die französische Regierung ins Wanken. Angespornt durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit, versuchten andere

Gesamtmetall ist Speerspitze des Lohnraubs

Arbeiter sich dem Streik anzuschließen. „Dies ist kein Streik, sondern eine Revolte", bemerkte der französische Verkehrsminister. Der Sieg bei Air France stärkte international das Selbstvertrauen der Arbeiter und entfesselte einen Sturm von Klassenkampf, der von Brüssel bis Barcelona fast auf dem ganzen Kontinent Widerhall fand.

Zwar leisten Arbeiter auf dem ganzen Kontinent hartnäckigen

Fortgesetzt auf Sehe 6



Reuters

Mailand, 28. Oktober: Entschlossene Arbeiterproteste während vierstündigem Generalstreik gegen Massenentlassungen

Rußlands starker Mann tanzt nach Pfeife der Imperialisten
Zar Boris' Wahlzirkus

13. Dezember — Die Wahlen, die gestern in Rußland stattfanden, sollten ein Feigenblatt für den blutigen Putsch darstellen, den Präsident Boris Jelzin vor mehr als zwei Monaten durchführte. Jelzin hat per Dekret regiert, seit er im September die Auflösung des gewählten Parlaments (des Obersten Sowjets) befahl, was er durch den Panzerangriff am 4. Oktober auf das Parlamentsgebäude, das Weiße Haus, besiegelte, wobei Hunderte starben. Er gab sich selbst oberste Befehlsgewalt und kündigte eine Stimmabgabe „unter den Läufen von Maschinengewehren" an, wie ein Provinzbeamter es nannte. Die machtlose Legislative und die behelfsmäßige „Verfassung", die den russischen Wählern am 12. Dezember zur Abstimmung gestellt wurden, sollten Jelzins diktatorischer Herrschaft einen Anstrich von Legalität verleihen.

Aber das Ergebnis war eine Blamage für Jelzin und seine imperialistischen Sponsoren. Bei der Wahl gab es eine riesige Anzahl von Proteststimmen, deren Hauptnutznießer die faschistische „Liberal-Demokratische Partei[44] Wladimir Schirinowskis war. Der Erfolg dieses bösartigen Antisemiten und verrückten russischen Nationalisten — der Finnland, Polen und den Rest des früheren zaristischen Reiches beansprucht — schockierte die westlichen Hauptstädte und unterstrich, daß die russische Konterrevolution vom Kurs abkommen kann, den Washington und der Internationale Währungsfonds festgelegt haben.

Eine beträchtliche Anzahl von Stimmen erhielt auch die wiedergegründete Kommunistische Partei — Russische Föderation (KP-RF), die trotz ihres Namens absolut klarstellte, daß sie für die kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 9

MLPD: Ja zum Anschluß - Nein zur Verteidigung der PKK

Nachfolgend drucken wir die Absage der MLPD auf den Vorschlag des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) für eine Einheitsfront gegen das FKK-Verbot. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen, die mit der SpAD brüderlich verbunden ist.

Berlin, den 8.12.1993

An Komitee für soziale Verteidigung

Vielen Dank für das erhaltene Flugblatt. Ohne Zweifel stellt das Verbot der PKK und kurdischer Vereine einen Angriff gegen die internationale Arbeiterbewegung dar und steht in Verbindung mit dem Terror der türkischen Regierung zur Vernichtung des kurdischen Volkes in seinem Kampf um nationale und soziale Befreiung.

Um es gleich zu sagen, können wir den Inhalt des Flugblattes allerdings nicht teilen, und die darin enthaltenen Einschätzungen eines 4. Reichs in Deutschland, das heute wieder einen Vernichtungsfeldzug führe, die Tendenz, die bürokratisch-kapitalistische DDR zu verteidigen, sowie die Phrase von der Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. Wir sind gegen das Verbot der PKK, weil es die bürgerlich-demokratischen Rechte einschränkt und sich gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes richtet. Wir teilen aber weder Inhalt noch Methoden der PKK.

Von Aktionseinheit haben wir ein anderes Verständnis, daß sich auf die gemeinsame Aktion geeinigt wird, sowie die Hauptforderung und eventuell einen gemeinsamen Aufruf. Euer Aufruf ist jedoch parteipolitisch abgefaßt und entspricht wohl den Positionen von Spartakist. Auch wenn ihr das Recht, die Vertretung der eigenen Ansichten einräumt, um eine breitmöglichste Mobilisierung zu erreichen, so ist dies für uns ein grundlegendes Prinzip: Einheit in der Aktion, Eigenständigkeit in der Agitation und Propaganda.

Weshalb gibt es keine Aktionseinheitsverhandlung, um eine gemeinsame Demonstration zu prüfen, einen gemeinsamen Aufruf herauszugeben und gemeinsam einen Überblick zu haben über den Kreis der Unterstützer usw. usf. So laufen aber alle Fäden bei euch zusammen, und andere Organisationen und Personen können sich entweder dem anschließen oder es bleiben lassen.

Auch wenn ihr betont, eine nichtsektiererische Organisation zu sein, vermissen wir den demokratischen Charakter in eurer ganzen Initiative.

Auf Grundlage des vorliegenden Materials sind wir zum Ergebnis gekommen, daß die MLPD in Berlin eure Demonstration nicht unterstützen kann.

Mit sozialistischem Gruß

Winfried Briese
Landesleitung Berlin/Brandenburg MLPD

Das KfsV anhörtet: Nach Kanthers PKK-Verbot ist die Berliner Landesleitung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) also in großer Sorge, sie „vermissen den demokratischen Charakter" ... nicht etwa bei den brutalen Bullenüberfällen auf 160 kurdische Einrichtungen in ganz Deutschland, sondern gemeint ist vielmehr der dringende Aufruf des KfsV an die Linke und Arbeiterbewegung zu einer Einheitsfrontaktion unter der Losung: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!" Während unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung" ein Völkermord an den Kurden begangen wird und Anhänger der PKK in ganz Europa verfolgt und eingekerkert werden, geht die MLPD vor der staatlichen Terrorisniushetze in die Knie und fällt über diejenigen her, die Widerstand leisten.

Der Brief der Berliner MLPD-Landesleitung hat exemplarischen Charakter für die „Linke" der Reichshauptstadt, die vor der SPD auf dem Bauch liegt. PDS, MLPD, IRE usw. lehnten unsere Initiative als „sektiererisch" ab. Sie halfen damit, in Berlin eine gemeinsame Protestdemonstration von Linken, eingewanderten Arbeitern, Immigrantengruppen, Antifaschisten und Gewerkschaftern gegen diesen Angriff auf die bedeutende kurdische Minderheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie schreien „Haltet den Dieb!", um von ihrem eigenen kriminellen Sektierertum abzulenken.

Die MLPD lehnt Protestdemonstrationen mit uns ab, weil wir das Vierte Reich auch so nennen. Es kümmert diese Mao-„Demokraten" einen Dreck, daß die Herrscher des selbsternannten Nachfolgestaats des Dritten Reichs den ehemaligen MfS-Chef Mielke mit Nazi-Anklagen ins Gefängnis geworfen haben. Statt dessen fordern sie ausgerechnet die Bourgeoisie von Auschwitz auf, ein „Verbot aller faschistischen Organisationen" durchzusetzen. Die MLPD fordert also einen gestärkten Unterdrückungs- und Polizeiapparat des bürgerlichen Staats — und Herr Kanther bedankt sich und verbietet die PKK. Solange die kapitalistische Klassenherrschaft besteht, werden sich Verbote immer gegen Linke, Arbeiter und Immigranten richten.

1990 hat die MLPD in treuer Gefolgschaft der SPD die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR begrüßt. Diesmal setzten die Imperialisten D-Mark anstatt Panzer ein. Sie vernichteten in der Ex-DDR Millionen Arbeitsplätze, ganze Landstriche sind verödet — was ist dies anderes als ein „Vernichtungsfeldzug", Genösse Briese? Und was die von der *Roten Fahne* vielbeschworene internationale Solidarität betrifft, so hat die DDR Waffen sowohl an die

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 13366 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601. Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 109 **Januar 1994**

Verteidigt Professor Porstmann!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 4. Januar ab. Das KfsV ist eine mit der SpAD brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation.

Am 20. Januar findet im Arbeitsgericht Berlin der Gerichtstermin des führenden Immunologen Prof. Tomas Porstmann (45) statt, der seit 1972 an der Charité und seit 1988 stellvertretender Direktor seines Instituts war. Er wurde am 24. August 1993 fristlos gekündigt wegen des fadenscheinigen Vorwurfs, er wäre ein Stasi-„IM" gewesen. Der Stasi-Vorwurf ist der häufigste Vorwand für die Säuberung Zehntausender Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Künstler aus dem deformierten Arbeiterstaat. Die antikommunistische Hexenjagd gegen alles, was an die DDR erinnert, wird aus Rache für die Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 betrieben. 1933 vertrieben die Nazis 130 jüdische und linke Professoren von der Charité. Jetzt wird diese weltberühmte Forschungseinrichtung erneut enthauptet; Institute



Charité

Porstmann bei Massenprotest vor der Humboldt-Uni

und Abteilungen wurden reihenweise „abgewickelt", u.a. das renommierte Kardiovaskuläre Institut, das von Porstmanns Vater aufgebaut und geleitet worden war. Mittlerweile protestierten Wissenschaftler und Arzte der Charité mit rund 14000 Briefen gegen die zerstörerische Entlassungswelle, Tausende Ärzte haben Klage eingereicht.

Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die trotz ihrer Mängel humanistisch motiviert war; im DDR-Gesellschaftssystem war das Profittreiben *abgeschafft* worden, das beim Skandal um HIV-kontaminiertes Blut seine tödliche Logik zeigt. 1987 war Porstmann wesentlich an der Entwicklung eines HIV-Antikörpertests beteiligt und hat im Kampf gegen Hepatitis Immunoassays (Antikörpertests) entwickelt.

Porstmanns Verteidigung ist nicht nur im Interesse aller Forscher, Wissenschaftler, und Universitätsbeschäftigten, sondern im Interesse der *ganzen* arbeitenden Bevölkerung. Für die Statthalter der für ihre wütende Verfolgung von Honecker berüchtigten SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach, wie dem Senator für Wissenschaftszerstörung Erhardt und der AL-Unipräsidentin Dürkop, ist Porstmann laut Kündigungsschreiben „in einem rechtsstaatlich arbeitenden" Universitätsklinikum „unzumutbar" — weil er sich nicht als „IM" der Dürkop-Diktatur einkaufen ließ. Porstmann war von diesen Inquisitoren zuerst ein Kuhhandel angeboten worden: er sollte ehemalige SED-„Nomenklaturkader" nennen (er selber war immer parteilos), und für die Herrscher des „neuen" Deutschlands seine ideologische Zuverlässigkeit beweisen. Diese dreckige Denunzianten-Anwerbung lehnte Porstmann empört ab. Unter den Charite-Beschäftigten hat er dafür großen Respekt gewonnen. Er hat 1992 den wochenlangen Protest der Charite-Beschäftigten gegen die „schwarze Liste" der 400 Mitarbeiter, deren Stellen „freigeschossen" werden sollten, mitorganisiert und geführt. Erst danach konstruierten Gauck & Erhardt die Stasi-Geschichte, Porstmann wäre ein IMS „Labor".

Regierung und SPD-„Opposition" wollen Wissenschaft, Forschung und Medizin auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ideologisch durchsäubern und weiter zusammenstreichen. Nach den Wahlen in Brandenburg findet der Gerichtstermin am 20. Januar in einer Atmosphäre des wachsenden Protestes gegen die Anti-DDR-Hexenjagd insgesamt statt, die jegliches Empfinden für demokratische Rechte mit Füßen tritt. Das Komitee für soziale Verteidigung und seine Schwesterorganisationen im Ausland haben eine Protestkampagne initiiert, um Prof. Porstmanns Fall international bekanntzumachen. So forderte Dr. Wiliam Pelz, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaft an der DePaul University in Chicago, in einem Prostestbrief die Rehabilitierung von Prof. Porstmann. Er schrieb: „Andererseits, sollte dies nicht erfolgen, sehe ich mich gezwungen, daraus zu schließen, daß das ‚neue' Deutschland bereit ist, gegen die fundamentalsten Menschenrechte zu verstoßen, um politische Konformität aufzuzwingen."

Die Hexenjagd zielt genau wie jetzt das PKK-Verbot darauf ab, angesichts massiver Arbeitsplatzvernichtung und sozialem Abbau die Werktätigen zu spalten und einzuschüchtern, die dagegen Widerstand leisten wollen. Die Arbeiterbewegung hat die soziale Macht, die Hexenjagd zurückzuschlagen! Frauen, Schwule, Immigranten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten müssen mobilisiert werden, um Prof. Porstmann zu verteidigen. Keine Entlassungen! Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann! Sein Prozeß findet am 20. Januar um 10.30 Uhr im Arbeitsgericht Berlin, Lützowstraße 106, 10785 Berlin, statt. **Macht diesen Fall bekannt in Gewerkschaften und anderen Organisationen! Mobilisiert für die Protestkundgebung bei Prozeßbeginn! Richtet Protestschreiben an:** Senator für Wissenschaft Prof. M. Erhardt, Bredtschneiderstraße 5, 14057 Berlin, Fax (030) 3032-433; Prof. Dr. M. Dürkop, Präsidentin der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Fax (030) 2093-2729, und das Arbeitsgericht Berlin, Postfach 36 33, 10727 Berlin, Fax (030) 262-9163, mit einer Kopie an Prof. Dr. T. Porstmann, c/o Institut für Medizinische Immunologie der Charité, Schumannstr. 20—21, 10117 Berlin, sowie an das Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin.

Kommt zur Protestdemonstration am 20. Januar, 10.00 Uhr vor dem Arbeitsgericht Berlin Lützowstraße 106 (U-Bahn Kurfürstenstraße)

Daniel Eggers

31. Januar 1976 - 6. Januar 1994



Spartakist

Am Morgen des 6. Januar starb unser geliebter Genosse Daniel Eggers in Hamburg. Am 31. Januar wäre er 18 Jahre alt geworden. Er wurde am 27. Dezember bewußtlos in seiner Wohnung gefunden, mit einer Lungenentzündung, Hirnhautentzündung (die er früher schon zweimal gehabt hatte) und Nierenversagen. Seitdem lag er auf der Intensivstation eines großen Hamburger Krankenhauses, aber sein Zustand verschlechterte sich ständig.

Daniel repräsentierte das Beste einer neuen Generation antifaschistischer Jugendlicher. Über die von ihm initiierte Verteidigung eines Immigrantenwohnheims gegen Nazis in Niedersachsen berichtete er im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993). Daniel trat kurz vor unserer letzten Konferenz in die Spartakist-Arbeiterpartei ein, dort leistete er einen wichtigen Beitrag zu unserem Kampf für eine leninistische proletarische Perspektive.

Entscheidend für Daniels Rekrutierung vom Anarchismus zu einer marxistischen Sicht der Welt war Lenins *Staat und Revolution,* und sein Antrag auf Mitgliedschaft hatte die Überschrift: „Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats", eine Kernaussage seines Antrags. Dieser Brief wurde im *Spartakist* Nr. 104 (Juni 1993) abgedruckt. Als eine seiner letzten politischen Aktivitäten führte Daniel Ende letzten Jahres eine Kontaktschulung über *Staat und Revolution* durch.

Am 9. Januar haben wir an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde am traditionellen Tag der Demonstration zu Ehren der Drei L — Lenin, Liebknecht, Luxemburg — einen Kranz für Daniel niedergelegt.

MLPD...

Fortsetzung von Seite 2

Sandinistas in Nicaragua wie auch an die angolanische Befreiungsbewegung gegen das rassistische Südafrika geschickt. Durch die Wiedervereinigung, die die MLPD extra laut hochleben ließ, werden diese Waffen jetzt zur Vernichtung der PKK eingesetzt.

Die Spartakisten haben gegen den Anschluß der DDR gekämpft und rufen heute zu Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen auf, um die Nazis zu zerschlagen, genau wie wir die Mobilisierung der Arbeiterbewegung fordern, um das PKK-Verbot zurückzuschlagen (siehe Seite 22). Für die Reformisten der MLPD ist dies nur eine „Phrase von der Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse". Nun, die MLPD spezialisiert sich lieber darauf, Unterschriften für „Arbeitsplätze für Millionen" zu sammeln und die Arbeiter mittels der Betriebsräte, diesen Organen der Klassenzusammenarbeit, *zu fesseln.*

Selbst der MLPD-Vorsitzende Stefan Engel erspähte jetzt eine „kleinbürgerliche Denkweise" in seiner Partei und berichtet in der *Roten Fahne* (24. Dezember) über eine Richtung in der MLPD, die das PKK-Verbot als „nicht so bedeutend" abtat. Während sie sich jetzt darüber den Kopf zerbricht, wie weit das PKK-Verbot eine Einschränkung der bürgerlich-demokratischen Rechte ist, werden täglich Kurden in Flugzeuge verfrachtet und an die Folterkeller der türkischen Regierung nach Istanbul ausgeliefert.

Aber was ist von der „Denkweise" der MLPD-Führung zu halten, die angesichts des eindeutigen KfsV-Aufrufs zur Demonstration gegen das PKK-Verbot „rot" sieht und ablehnt? Es bedurfte erst des Aufrufs von NATO-Freunden wie SPD/Grünen, die in Stuttgart gegen das PKK-Verbot protestierten, um die schwerwiegenden „demokratischen" Bauchschmerzen der MLPD auszuräumen und sie zur Demo-Teilnahme zu bewegen. Daß die gleiche SPD schon lange das Verbot der PKK gefordert und unter Kanzler Schmidt 1980 die türkische Junta bewaffnet und zum verläßlichen NATO-Partner aufgebaut hat, stört diese „ML"ler genauso wenig wie die rabiate Forderung der Grünen nach einer Intervention des deutschen Imperialismus auf dem Balkan.

Hauptsache, niemand spricht von einem „4. Reich in Deutschland, das heute wieder einen Vernichtungsfeldzug führe". Wen kümmert es, Genosse Briese, daß es deutsche Kriegsausrüstung ist, mit der die türkische NATO-Regierung ganze kurdische Dörfer ausradiert, daß die GSG 9 die Sondereinsatzkommandos der türkischen Armee ausbildet? Deutschland ist der Pate des Völkermords an den Kurden, der sich mit der Zerstörung der Sowjetunion dramatisch zugespitzt hat. Die „ML"PD hat im August 1991 Möchtegern-Zar Jelzin als Helden im Kampf gegen die „sozialfaschistische Diktatur" gefeiert (seither haben die sowjetischen Arbeiter dessen „demokratischen Charakter" allerdings vermißt). Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!«

Spartakist-Veranstaltung

Weg mit dem Verbot der PKK!

Von Diyarbakir bis Duisburg: Kurdische Befreiung und Klassenkampf

Sonnabend, 22. Januar, 19.00 Uhr
Stadtteil-Cafe, Adalbertstraße 96,
Berlin 10999 (U-Bahn Kottbusser Tor)

Junge Spartakisten

Nieder mit Hexenjagd und Kürzungen!
Berlin: Studenten streiken gegen Erhardts/Dürkops Kahlschlag

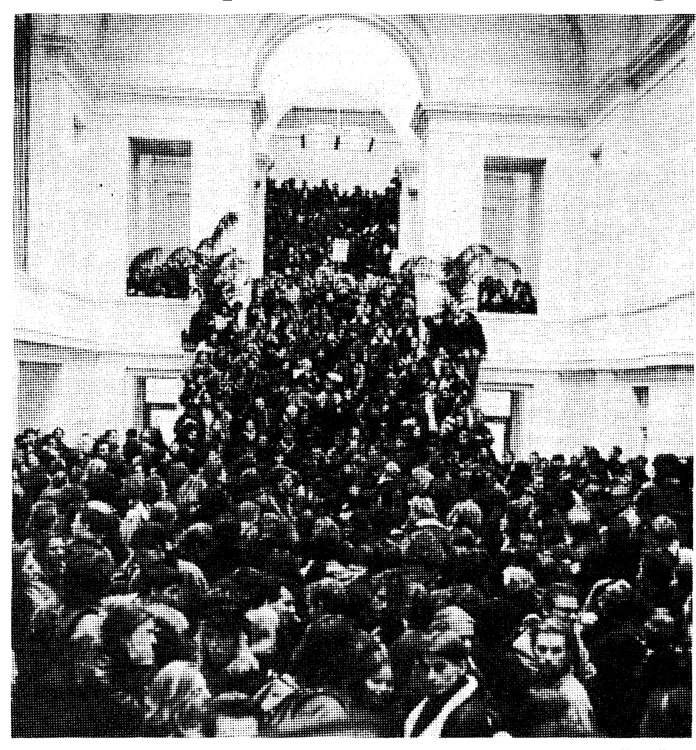
Von München bis Hamburg streiken die Studenten gegen Hochschulabbau. In Berlin gingen Zehntausende auf die Straße, gegen die geplante drakonische Kürzung der Studienzeiten (gerichtet gegen arbeitende Studenten) und die Streichung von 15000 Studienplätzen durch den Senator für Wissenschaftszerstörung, Erhardt. Am 22. November fingen die Studenten der Zahnmedizin an der FU und der Humboldt-Uni an und besetzten ihre Kliniken. Am 29. November stürmen 3000 Studenten das Landtagsgebäude mit Sprüchen wie „Hört auf mit dem Geschwafel — Erhardt in die Havel[44]. Der SPD-Vize des Abgeordnetenhauses Schwierzina ordnete einen brutalen Bulleneinsatz an, durch den das Gebäude geräumt wurde.

Doch allein haben die Studenten nicht die soziale Macht, um die Kürzungen zurückzuschlagen. Von Spanien bis Frankreich und Italien sind die Studenten parallel zu den aufflammenden Arbeiterkämpfen auf die Straße gegangen, um gegen den sozialen Kahlschlag zu kämpfen. Aber das kann und muß auch hier stattfinden. Die Kürzungen an den Unis betreffen auch Arbeitsplätze. Wissenschaft, Medizin und Kultur hängen genauso davon ab. Die Zahnmediziner hatten mit ihrem Banner im Wedding Recht: „Senator Lrhardt gefährdet Ihre Gesundheit!" Die Beschäftigten an den Unis mit ihren großen Kliniken — wo die Massenentlassungen rollen — sind eine *Brücke* zum gesamten öffentlichen Dienst: Es waren die in der ÖTV organisierten Arbeiter in den Krankenhäusern, im Nahverkehr, bei der Stadtreinigung, auf den Flughäfen, die 1992 Kohls Thron zum Wackeln brachten.

Auf einer Personalversammlung zu Erhardts Entlassungsplänen an der FU fragte ein wütender Uni-Beschäftigter die ÖTV-Bürokraten: „Wann werdet ihr uns endlich sagen, wie ihr gegen diesen Wahnsinn kämpfen wollt?" Doch sie weigerten sich, den Streik auszurufen: politische Streiks seien „verfassungswidrig". Für Arbeitsplätze *wollen* sie nicht kämpfen; sie wollen für die Große Koalition ein „besseres" Konzept des *Arbeitsplatzabbaus* entwickeln.

Auch die Studentenführer tanzten nach der SPD-Pfeife: Unter der Losung „Keine Reformen ohne uns" (eher: ,,Kein Selbstmord ohne mich") wollten sie den Abbau auf „vernünftige" Weise; so lenkten sie die Proteste auf handzahme Unterschriftensammlungen für vorgezogene Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ab. Dieser sozialdemokratische Würgegriff auf die Arbeiterbewegung, der sich auch in der Studentenbewegung widerspiegelt, muß durch einen politischen Kampf *gebrochen* werden. Erst *dadurch* werden wir wirklich unsere Zukunft, Arbeitsplätze wie Studienplätze und Gesundheitsversorgung, durch *Klassenkampf* verteidigen können! Und das bedeutet einen Kampf gegen den Staat selbst. Dafür braucht man eine revolutionäre Arbeiterpartei.

Die Studenten bekamen bei der Besetzung des Landtagsgebäudes eine wichtige Lektion über den Staat erteilt: Er gehört der *herrschenden* Klasse, und die Polizei ist sein bewaffneter Arm. Doch kaum war der Streik abgeblasen, organisierte der Referentinnenrat der Humboldt-Uni unter dem Titel „Come Together" eine „Diskussion" mit Schwierzina und dem Einsatzleiter des Polizeiüberfalls bei der Räumung des Landtags. Die Spartakisten protestierten zusammen mit Jugendlichen mit Plakaten gegen dieses



Rolf Zollner

Studenten besetzten Berliner Landtagsgebäude und kriegten durch die Bullen des CDU/SPD-Senats eine Lektion über den bürgerlichen Staat erteilt

rassistische „Beisammensein" von SPD, PDS und Grünen mit den Bullen des Vierten Reichs, das allerdings platzte.

Nach der Räumung des Landtags erklärte Genösse Steffen von der Spartakist-Jugend bei einer Vollversammlung auf der Humboldt-Uni: „Die Landtagsbesetzung war eine gute Sache und wir müssen jetzt die Anklagen, die gegen die Besetzer erhoben wurden, zurückschlagen. Die beste Verteidigung der Angeklagten ist unser Streik. Nieder mit allen Anklagen gegen die Studenten! Kein Vertrauen in Staat und Justiz! Wir müssen uns mit TU und FU solidarisieren."

Steffen konfrontierte die Illusionen vieler Studenten in SPD/PDS/Grüne. Die „Come-Together"-Studentenbürokraten vom uStA versuchen, unsere Hoffnungen auf die Uni-Oberaufseherin Dürkop zu lenken! Aber diese „alternative" Hexenjägerin hat ganze Fachbereiche zerschlagen und geehrte Wissenschaftler wie Prof. Porstmann gefeuert. Vor einem halben Jahr, als Antifaschisten gegen Nazi-Brandanschläge an der Uni protestieren wollten, hat sie sie einfach rausgeschmissen.

Studenten und Uni-Beschäftigte, die gegen die Zerschlagung der Universitäten kämpfen wollen, müssen gegen Dürkops/Limbachs antikommunistische Hexenjagd kämpfen, die auch an der Humbolt-Uni jede Erinnerung an die DDR auslöschen soll. Wir Spartakisten kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Ost und West, Männer und Frauen, Deutsche und Immigranten, gegen die Offensive der Bosse und gegen den rassistischen/faschistischen Terror. Stoppt den Hochschulabbau! Weg mit den rassistischen Uni-Quoten für Immigranten! Studienplätze für alle, die studieren wollen, mit einem Stipendium für einen anständigen Lebensstandard!«

Arbeiterkämpfe...

Fortsetzung von Seite l

Widerstand, doch sind dies harte *Verteidigimgsschlachten.* Westeuropa steckt mitten in der seit über einem halben Jahrhundert größten Wirtschaftskrise. Die *offizielle* Arbeitslosigkeit liegt bereits über 11,5 Prozent und steigt an. Das sind mehr als 19 Millionen Arbeitslose in den zwölf Ländern der Europäischen Union (EU), bei über 3 Millionen weiteren Arbeitslosen in der ehemaligen DDR. In Deutschland, früher die „Lokomotive" der Wirtschaft des kapitalistischen Europas, beträgt die Arbeitslosigkeit über 10 Prozent, in Frankreich über 12 Prozent und in Spanien, Griechenland, Irland und Finnland *über 20 Prozent.* Dazu gibt es einen breitangelegten Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat", von Skandinavien bis zum Stiefel Italiens.

In Deutschland haben die Metallbosse den bestehenden Tarifvertrag für 3,3 Millionen Arbeiter zum Januar 1994 schlicht aufgekündigt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wagen die Bosse diese unglaubliche Provokation, angefeuert von Kohls Sprüchen über einen „Freizeitpark Deutschland". Im letzten Jahr sind die Arbeitsplätze von 500 000 Metallarbeitern verschwunden. Jetzt hat der Sprecher der deutschen Bosse, Klaus Murmann, einen „lang dauernden Angriff" auf die Löhne und „den ganzen Bereich von Zusatzleistungen, Urlaubsgeld und Sozialhilfe" gefordert. Das VW-Ultimatum für eine Viertagewoche mit Lohnkürzung war ein zentraler Versuchsballon für diesen Angriff, und die Gewerkschaftsführung ging in die Knie und stimmte der Forderung der Bosse nach einer massiven Kürzung der Lohnstückkosten zu.

Aber es ist alles andere als klar, ob es den Bossen auch gelingen wird, der mächtigen Arbeiterklasse in Deutschland diesen Brocken reinzuwürgen. Bereits 1992 hat Kohl großmäulig einen massiven Angriff auf die ÖTV-Arbeiter gestartet, deren Streik vor seinen Augen explodierte, als er sich ausweitete und anwuchs. Trotz des Ausverkaufs der ÖTV-Chefin Wulf-Mathies haben die ÖTVler der Regierung eine schallende Ohrfeige verpaßt. Dann glaubte das deutsche Kapital 1993, daß die ostdeutschen Arbeiter bei der Massenarbeitslosigkeit und der massiven antikommunistischen Hexenjagd eine leichte Beute wären. Auch damals zerrissen die Metallbosse die Ost-Tarifverträge, doch dann traten die ostdeutschen Stahl- und Metallarbeiter geschlossen in den Streik, der schnell an Härte und Popularität gewann. Als er sich auf den Westen auszuweiten drohte, eilten die Bosse an den Verhandlungstisch, um viel von dem, was sie wegnehmen wollten, wieder zurückzugeben. Die Arbeiter hätten viel mehr gewinnen können. Sie wurden nicht im Kampf besiegt, sondern von den sozialdemokratischen Bürokraten ausverkauft.

Jetzt kann sich der Kampf über den Metall-Tarifvertrag zu einer entscheidenden Schlacht zuspitzen, die das Signal für eine breite Arbeitermobilisierung gegen die Offensive der Bosse ist. Ein kämpferischer Streik wie bei Air France würde eine breite internationale Auswirkung haben. Aber das erfordert einen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die immer wieder diese Arbeiterkämpfe ausverkauft hat und sogar gewerkschaftliche Errungenschaften zerstört, weil sie sich angesichts der scharfen ökonomischen Krise weigert, das kapitalistische System direkt anzugreifen. Tätsächlich unterstützen sie „ihre" Bourgeoisie im Namen des „Standorts Deutschland".

Im letzten Herbst versammelten sich in Bonn 100000 Bauarbeiter gegen die Kürzungen beim Schlechtwettergeld, und bis zu 90000 Kumpel schlössen sich den Streiks im Ruhrgebiet und im Saarland gegen Zechenschließungen an. Aber die protektionistischen Forderungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen nach der „Rettung der deutschen Industrie" untergraben den notwendigen *internationalen* Widerstand gegen die kapitalistische Offensive. Statt sich durch protektionistische Forderungen in die interimperialistischen Rivalitäten hineinreißen zu lassen, müssen die Arbeiter für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpfen.

Viele Bergarbeiter, die gegen „ausländische Kohle" protestieren, sind Türken und Kurden, die in Schlüsselsektoren der westdeutschen Industrie konzentriert sind. Die Arbeiterklasse muß die Versuche ihrer eigenen Führer, sie durch protektionistisches Gift gegen ihre Klassenbrüder und Klassenschwestern in anderen Ländern aufzuhetzen, zurückweisen. Sie muß gegen das Aufflammen des deutschen Nationalismus kämpfen und mobilisieren, um die Nazi-Banden zu zerschlagen, die durch Kohl und die SPD mit der Zerstörung des Asylrechts angeheizt wurden.

Eingewanderte Arbeiter können zusammen mit Jugendlichen der zweiten Generation, die gegen rassistischen Terror auf die Straße gehen, eine Brücke sein beim Aufbau revolutionärer Avantgardeparteien sowohl in den imperialistischen Zentren als auch in den Halbkolonien. Um so wichtiger ist es, Kanthers Verbot der kurdischen PKK zurückzuschlagen, mit dem Türken und Kurden gegeneinander aufgehetzt werden und die politische Aktivität eines wichtigen Bestandteils der Arbeiterklasse kriminalisiert werden soll. Tatsächlich können Immigranten zusammen mit ostdeutschen Arbeitern eine mächtige Kraft sein, um die immer noch mächtigste Arbeiterbewegung Europas, in die sie integriert sind, aus den Fesseln ihrer Klassenzusammenarbeit herauszubrechen, gerade weil sie nicht so eng an die Asylrecht-Vernichter der SPD gebunden sind, die ihnen nichts anzubieten hat.

Die Offensive der Bosse im Westen ist ein direktes Ergebnis des Triumphes der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR — eine gewaltige Niederlage für das Weltproletariat, mit entsprechenden Auswirkungen auf das Bewußtsein und Selbstvertrauen seiner fortgeschrittensten Teile. Die kapitalistischen Herrscher halten es nicht mehr für lebenswichtig, die „Gefahr des Kommunismus" mit Hilfe von Reformen abzuwehren, die dazu bestimmt sind, Arbeiterwiderstand aufzukaufen. Das Rennen geht jetzt darum, Gewinnspannen dadurch hochzutreiben, daß die Lohnkosten im Interesse „größerer Konkurrenzfähigkeit" gesenkt werden.

Die nach dem Krieg eingeführten Mechanismen[1] der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit werden immer mehr ersetzt durch offene Angriffe auf die Arbeiterklasse. Der Ring von rassistischen Einwanderungskontrollen, der die westeuropäischen Länder umgibt, ist brutal verstärkt worden, vor allem von Frankreich und Deutschland. Die Faschisten in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien werden zu einer bedeutenden Kraft. Diese Armee von Stoßtruppen der rassistischen Reaktion wächst in Lauerstellung, gefördert durch die wirtschaftliche Verzweiflung und den ideologischen Auftrieb für den allseits verkündeten „Tod des Kommunismus", der in Wirklichkeit der Zusammenbruch des Stalinismus ist.

In vielen Ländern Westeuropas, wo die Lohnabhängigen stark gewerkschaftlich organisiert sind, hoffen die Bourgeoisien, ihre „Reformen" durch den Einsatz ihrer reformistischen „Arbeiterkommis" der Arbeiterklasse reinzuwürgen. In Italien, wo die Krise am schwersten ist und die Parteien, die das Land seit dem Zweiten Weltkrieg regiert haben, zusammengebrochen sind, fordert man die exkommunistischen Sozialdemokraten von der PDS dazu auf, eine „Volksfront" zu bilden; dabei wird die Angst vor dem Faschismus dazu ausgenutzt, die Massen an diese verräterische Klassenzusammenarbeit zu binden.

Doch entgegen den Hoffnungen und Erwartungen der



Wütende Immigranten und Jugendliche nach Nazi-Brandmord in Solingen. Kämpferische türkische und kurdische Arbeiter können eine Schlüsselrolle spielen, den Würgegriff der SPD zu brechen

Hacky Hagemeyer

europäischen Bourgeoisien hat die Arbeiterklasse auf die kapitalistische Offensive heftig reagiert und dabei häufig ihre eigenen Führer niedergemacht. Als in Italien die exkommunistischen Gewerkschaftsführer vor einem Jahr versuchten, ihren Mitgliedern die Beseitigung der Scala mobile zu verkaufen, überschütteten Tausende Arbeiter sie mit Münzen, Schrauben und Gemüse und versuchten die Rednerbühnen zu stürmen.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs bröckelte das antisowjetische Bündnis der Nachkriegszeit auseinander, und die permanente Rivalität zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten, insbesondere der drei Giganten des modernen Imperialismus, USA, Japan und Deutschland, wurde offensichtlich. Jedes dieser Länder zielt darauf ab, einen Handelsblock zusammenzuschmieden: die USA durch NAFTA, Japan durch eine neue Version der „Großostasiatischen Wohlstandssphäre" und Deutschland durch die Europäische Union, u.a. mit der Perspektive, „Ost- und Mitteleuropa" (Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei und Kroatien) als sein unmittelbares Hinterland einzubeziehen. Die erbitterte ökonomische Konkurrenz zeigt in Richtung weltweiten Handelskrieg, aber letzten Endes kann eine Neuaufteilung der Welt nur durch einen dritten interimperialistischen Weltkrieg durchgeführt werden ... nur diesmal ausgefochten durch atomar bewaffnete Mächte.

Entscheidungsschlacht bei Metall

Obwohl Deutschland bei weitem die größte und produktivste Wirtschaft Europas besitzt, hat es in bezug auf internationale Konkurrenzfähigkeit einen ernsthaften Nachteil wegen der großen Zugeständnisse, die die deutsche Bourgeoisie in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs an die westdeutsche Arbeiterklasse machte. Diese Bedingungen wurden dem westdeutschen Proletariat gewährt, um die Stabilität zu sichern und um der potentiellen Anziehungskraft der Vollbeschäftigung und der umfassenden Sozialleistungen der DDR entgegenzuwirken.

Deutschlands Führer Helmut Kohl versprach, daß die kapitalistische Vereinigung Deutschlands in der ehemaligen DDR „blühende Landschaften[44] mit sich bringen würde. Tatsächlich hat sie den Osten in eine Wüste von demolierten und brachgelegten Fabriken verwandelt, wo die Existenz von Millionen Menschen auf den Kopf gestellt und nahezu zerstört worden ist. Die riesige Arbeitslosigkeit wird hinter einer Unzahl von Beschäftigungs-, Arbeitsbeschaffungs- und Kurzarbeitsmaßnahmen kaum verhüllt.

Der bevorzugte Schwindel ist gegenwärtig die „Arbeitszeitverkürzung". Der VW-Konzern in Wolfsburg — größter Aktionär: die SPD-geführte Regierung von Niedersachsen — zwang Gewerkschaftsführer zu einem „Kompromiß", nach dem die Arbeitszeit und entsprechend die Lohnkosten um 20 Prozent gekürzt werden. Damit sollen die Arbeiter gezwungen werden, für die Krise der Bosse zu zahlen.

Als nächstes soll der industrieweite Manteltarifvertrag beseitigt werden, den die Gewerkschaftsbürokratie bis jetzt für heilig hält. Arbeitsminister Blüm fordert einen „Kombilohn", der an die Leistung der Firma oder Fabrik gekoppelt ist und damit die Arbeiter der verschiedenen Betriebe oder sogar innerhalb des gleichen Betriebs zu Feinden macht. Und genau das passiert mit dem VW-Deal. Der frühere Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung und Liebling von Ernest Mandels „Vereinigtem Sekretariat", Jakob Moneta, der heute im PDS-Vorstand sitzt, erklärte flugs im *Neuen Deutschland,* daß mit dem VW-Deal „ein Erfolg" und ein „Akt der Solidarität" erzielt wurde. So, so. Selbst der Oberverräter vom VW-Betriebsrat gibt zu, daß die Arbeiter auf diese „Teirkürzungen mit „Zähneknirschen" reagierten. Sie „teilen" die Kürzungen, spanische SEAT-Arbeiter kriegen den Kahlschlag, und VW-Aktionäre kriegen die „Solidarität". Die VW-Arbeiter sollten wirkliche internationale Solidarität zeigen und sowohl zu ihrer eigenen Verteidigung wie ihrer spanischen Kollegen in Streik treten, die am 27. Januar gegen die Entlassungen in Generalstreik treten wollen. VW-Arbeiter: Zerreißt den verrotteten Lohnraub-Abschluß und kämpft gemeinsam mit den Arbeitern von Mercedes, Opel und der ganzen IG Metall.

Der VW-Deal ist tatsächlich ein populärer Präzedenzfall ... bei Aufsichtsräten, an den Börsen *und* in der IG-Metall-Spitze. Walter Riester, der zweite Vorsitzende der IG Metall, bejubelte den Lohnraub bei VW als „Signal der Viertagewoche" und drohte angesichts der vor uns stehenden Auseinandersetzungen bei Metall: „Schmerzhafte

Fortgesetzt auf Seite 8

Arbeiterkämpfe...

Fortsetzung von Seite 7

Kompromisse könnten nötig sein, um Beschäftigung zu sichern." Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist das Haupthindernis für die Entfesselung der Macht der Arbeiter in Ost und West.

Dabei stützen sie sich auf die Betriebsräte mit ihrer „Schweigepflicht" und „Friedenspflicht", die mit den Bossen in den Aufsichtsräten sitzen im angeblich „gemeinsamen Interesse". Besonders in schlechten Zeiten heißt „Mitbestimmung", den Bossen dabei zu helfen, den Arbeitern die Kehle durchzuschneiden. Sie sind immer die beliebten Sandkästen für Pseudolinke wie DKP und MLPD gewesen, wo diese nach militanten Besetzungen dabei halfen, Werften und Stahlwerke wie in Hamburg und Rheinhausen zu killen. Jetzt warnt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. Januar), wenn die Gewerkschaften nicht klein beigeben, dann „werden Unternehmen und Betriebsräte alleine handeln".

Bei all den Angriffen auf die Gewerkschaften behauptet der BSA jetzt, „die Gewerkschaften haben sich als Ganzes in reine Ausführungsorgane der Regierung und in eine Art Betriebspolizei der Konzerne verwandelt" *(neue Arbeiterpresse,* 26. November 1993). Wir Spartakisten haben schon immer die Gewerkschaftssp/ta?« angegriffen, die als Helfershelfer der Bosse agieren. Aber die ganzen Gewerkschaften abzuschreiben, bedeutet, die Mobilisierung der Arbeiterorganisationen genau dann aufzugeben, wenn die Kämpfe auf der Tagesordnung stehen.

Früher hat der BSA immer die Sowjetunion mit den stalinistischen Bürokraten gleichgesetzt, um jede antisowjetische konterrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, von den Mullahs in Afghanistan und Iran bis zur Solidarno in Polen, die den Segen vom Vatikan und das Geld von CIA und SPD/DGB hatte. Zu diesem Zweck versuchte er, das Banner des Trotzkismus zu beschmutzen, dessen Kennzeichen die bedingungslose Verteidigung der proletarischen Errungenschaften der Oktoberrevolution und der Sturz der stalinistischen Machthaber durch die sowjetischen Arbeiter war. Angesichts der kapitalistischen Wiedervereinigung und der SPD-geführten Hexenjagd unterstützten die politischen Banditen des BSA bei der Bundestagswahl 1990 die Partei von Lafontaine und Limbach. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und mit der damit verbundenen kapitalistischen Offensive setzt er jetzt die Gewerkschaften mit ihren bürokratischen Machthabern gleich und ruft die Arbeiterklasse auf, ihre einzige Massenorganisation zur Selbstverteidigung buchstäblich „wegzuwerfen"! Als die Stalinisten vor 1933 mit der RGO-Politik die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften als „Sozialfaschisten" abschrieben, halfen sie damit, dem Hitler-Faschismus den Weg zu bahnen.

Revolutionäre Führung ist Schlüssel

Besonders angesichts der kapitalistischen Offensive und ökonomischen Krise zeigt der gewerkschaftliche Reformismus seinen Bankrott. Als 1938 die Menschheit durch den aufsteigenden Faschismus und den herannahenden imperialistischen Weltkrieg bedroht wurde, schrieb Trotzki im programmatischen Gründungsdokument der Vierten Internationale:

> „Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke muß in einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, die ausgehen von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unabänderlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat." *(Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale)*

Dieses „Übergangsprogramm" enthielt die Forderung nach der *gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit,* um die Arbeit auf alle Arbeiter *einschließlich der Arbeitslosen* aufzuteilen, bei gleichem Lohn, der gegen die Inflation geschützt wird. Um die Nazi-Mörderbanden zu zerschlagen, behält Trotzkis Aufruf zu Arbeiterverteidigungsgruppen seine größte Relevanz. Wie wir in *Spartakist* Nr. 102 (April 1993) schrieben: „Für die Arbeiter ist es lebensnotwendig, ihren Kampf gegen den ökonomischen und sozialen Kahlschlag mit dem Kampf gegen die Faschisten zu verbinden. Militante Streikkomitees und Streikpostenketten können die Basis für die Verteidigung von Immigranten/Flüchtlingswohnheimen sein: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Wohnheime unter Arbeiterschutz! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!"

Nach drei Jahren Zerstörung seit dem Anschluß haben die ostdeutschen Werktätigen jetzt mit der hohen Stimmabgabe für die PDS in Brandenburg gezeigt, wie ihnen die Hexenjagd und die Marktwirtschaft zum Halse raushängen. Aber die PDS hat sich 1990 dem Drang zur kapitalistischen Wiedervereinigung angeschlossen, wenn auch „mit aufrechtem Gang". In Wirklichkeit rutschten sie auf den Knien vor der Konterrevolution, unter deren Auswirkungen die Bevölkerung der DDR jetzt leidet. Und auch die PDS, die selbst Opfer der Hexenjagd ist, wird jetzt sowohl vom bürgerlichen Staat wie auch von den Faschisten mit gefährlichen Verbots- und Morddrohungen verfolgt, wie jetzt wieder die Drohungen gegen ihren jüdischen Ex-Vorsitzenden Gysi dramatisch zeigen.

Als die SPD und die bürgerlichen Parteien nach den Brandenburger Wahlen Großalarm schlugen, daß ein Sieg der PDS „Investoren" verscheuchen würde, entgegnete der Potsdamer PDS-Kandidat Kutzmutz, „er wolle ökonomisch in vielem ,das Gleiche' wie [SPD-Kandidat] Grämlich, sei aber als Person dafür mehr geeignet". Die PDS behauptete sogar, daß ihr Bürgermeister-Kandidat in Neuruppin deshalb gewonnen hätte, weil er „als Geschäftsführer eines Hotelbetriebs gewissermaßen den Nachweis des fähigen Kapitalisten erbracht hat".

Was die PDS den Arbeitern anzubieten hat, hat sie plastisch in Bischofferode gezeigt: „Als die breite Solidarität für die Kumpel anwuchs, tat die PDS alles Erdenkliche, um diese *weg vom Klassenkampf* zu bringen und auf symbolische Hungerstreiks, impotente Mahnwachen, hohle Solidaritätskundgebungen und Privatisierungskonzepte mit ihrem .antimonopolistischen' Kapitalisten Peine umzulenken" *(Spartakist* Nr. 106, September 1993). Besonders die Unterstützung durch Streiks und Besetzungen aus dem Westen wäre für die verzweifelt kämpfenden Kumpel entscheidend gewesen, doch während die SPD für den IG-Farben-Nachfolger BASF die Schließung des Thomas-Müntzer-Schachts durchsetzte, machte sich die PDS für einen ostdeutschen Kapitalismus stark. Jetzt wurde die Grube zum Jahresende dichtgemacht.

Es gibt keinen Weg aus der Krise des kapitalistischen Systems außer einer internationalen sozialistischen Revolution. Die über 100000 Menschen, darunter viele Jugendliche, die am 9. Januar nach Friedrichsfelde in Ostberlin kamen, um die gefallenen Spartakisten zu ehren, absolvierten nicht einfach eine Übung in DDR-Nostalgie. Wie die vielen Banner, die am 4. November 1989 getragen wurden, zeigt dies ein Verlangen nach dem echten Kommunismus von Liebknecht, Luxemburg und Lenin. In der Tradition der „Drei L" und Trotzkis Vierter Internationale ist die Spartakist-Arbeiterpartei als Teil der Internationalen Kommunistischen Liga dazu entschlossen, diese Partei aufzubauen."

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 1

Marktwirtschaft steht. Zwar behauptete Jelzin, seine Verfassung habe eine Mehrheit erhalten, aber das Regime gab mit seinen eigenen Zahlen über die Wahlbeteiligung, gerade mal 53 Prozent, effektiv eine Niederlage zu. Ungeachtet der anscheinend starken Stimmabgabe für Jelzins nationalistische und stalinistische Opponenten ist das neue Pseudo-Parlament nur als Resonanzboden für die Diktate des Präsidenten gedacht. Aber angesichts der Zusammensetzung könnte es ihm immer noch ein Dorn im Auge sein.

Zweck dieser Wahlfarce ist es, die „demokratischen" Ansprüche von Jelzins imperialistischen Hintermännern in Washington zufriedenzustellen. Die Imperialisten unterstützen inbrünstig jeden diktatorischen Schritt von Zar Boris, um für den „freien Markt" die Verelendung von Rußlands Werktätigen und die Zerstörung seiner Industriebasis durchzupeitschen, aber sie wollen auch immer noch das Bild aufrechterhalten, Jelzin sei, in den Worten von US-Außenminister Warren Christopher, „der beste Vertreter von Demokratie und Fortschritt in Rußland". Aber während Rußlands neue Mafia-Millionäre und ihre großen Brüder in Wall Street und der Londoner City in russischem Kaviar schwelgen, leiden die werktätigen Massen unter weitverbreiteter und wachsender Untererernährung, Obdachlosigkeit und Zerstörung der Sozialleistungen.

Jelzin ist bestrebt, eine russische Version von Pilsudski zu werden, Polens Diktator in den 20er und 30er Jahren. Pilsudski jedoch kam an die Macht durch einen bonapartistischen Coup, der sowohl breite Unterstützung in der Bevölkerung hatte als auch den Rückhalt eines zusammenhaltenden Militärs. Jelzin hat nichts dergleichen. Er ist ein Bonaparte, ein Möchtegern-Diktator, aber ein sehr schwacher, dessen stärkste Unterstützung aus den Finanzhauptstädten des Westens kommt. Die Unterstützung durch die Armee bleibt zurückhaltend und ohne Enthusiasmus, und im Falle eines Massenaufstands der Arbeiterklasse ist sicher kein Verlaß darauf. Und die welthistorische Niederlage der Zerstörung des sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats hatte zwar eine verheerende Auswirkung auf das Proletariat, aber mehrere Streiks in den Wochen vor den Wahlen zeigen die Möglichkeit aufflackernder sozialer Kämpfe als Antwort auf die immer schlimmer werdende Verelendung.

Sogar im „demokratischsten" kapitalistischen Regime dienen sogenannte „freie Wahlen" dazu, die Macht innerhalb der herrschenden Klasse zu verteilen, die ihr Kontrollmonopol über die Medien und das große Geld ausübt. Aber im Kontext der blutigen Konterrevolution waren Jelzins Wahlen dazu gedacht, den Massenmord an Hunderten Verteidigern des Parlaments während des Angriffs am 4. Oktober auf das Weiße Haus „demokratisch" zu sanktionieren. Mehr als ein Dutzend politische Organisationen wurden wegen ihrer Verteidigung des früheren Parlaments kurzerhand verboten. Klassenbewußte Arbeiter müssen gegen Jelzins antidemokratische Verbote kämpfen und Freiheit für Ruzkoi, Chasbulatow und alle anderen inhaftierten Parlamentsunterstützer fordern.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei in Rußland hätte dafür gekämpft, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unabhängig gegen Jelzins blutigen Angriff auf das Parlament zu mobilisieren, der das Ziel hatte, seine bonapartistische Herrschaft zu festigen und wegzuräumen, was als ein Hindernis für die vom Imperialismus diktierten „Reformen des freien Marktes" angesehen wurde. Im Kampf nicht nur gegen Jelzins konterrevolutionäres Regime, sondern auch gegen den gesamten kapitalistisch-restaurationistischen, chauvinistischen Abschaum war es notwendig, mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften, die das Parlament verteidigten, einen *militärischen* Block einzugehen, ohne dabei Jelzins bürgerlichen Opponenten ein Jota politischer Unterstützung zu geben.

Jelzins Ukas-Verfassung

Das Unterhaus der neuen russischen „Legislative" wird sehr passend Duma genannt, nach dem impotenten, „beratenden" Gremium unter dem letzten Zaren. Am Vorabend der Wahlen setzte Jelzin wieder den alten imperialen Doppelkopf-Adler als Staatssymbol des „neuen" Rußland ein. Das war das gleiche Emblem, unter dem die zaristische Duma zusammentrat — und wiederholt aufgelöst wurde —, vor der Russischen Revolution von 1917. Eine Frau, deren Angehörige im Bürgerkrieg 1918—20 gegen die zaristischen Weißgardisten kämpften, kommentierte bitter: „Sie kämpften gegen die Wiedereinsetzung dieses bösen Adlers, der für uns einfache Leute Armut und Sklaverei bedeutete. Und jetzt kommt all das wieder."



Der Spiegel

Möchtegern-Diktator Boris Jelzin nach der blutigen Erstürmung von Moskaus Weißem Haus im Oktober 1993

Die neue Verfassung segnet Jelzins Recht ab, per Ukas (Dekret) zu regieren. Der Präsident wird die Macht haben, selbst den Premierminister zu ernennen, den mächtigen Sicherheitsrat, militärische Spitzenkommandeure, den Obersten Gerichtshof und die Zentralbank; die Macht, Innen- und Außenpolitik festzulegen und jede Duma-Gesetzgebung zurückzuweisen. Der Entwurf, berichtet der Londoner *Guardian* (10. November), „beschreibt sehr detailliert die vielen neuen Wege, wie das Parlament aufgelöst werden kann". Die Duma wird nicht in der Lage sein, Dekrete des Präsidenten zurückzuweisen — oder auch nur zu beraten. Sollte sie den Premierminister-Kandidaten des Präsidenten dreimal ablehnen, „hat sich die Duma damit selbst aufgelöst". Jelzin kann nach Lust und Laune den Notstand ausrufen. Seine Amtsenthebung wurde praktisch unmöglich gemacht, und Bruch der Verfassung gehört nicht zu den Gründen, aufgrund derer Amtsenthebung möglich ist.

Fortgesetzt auf Seite 10

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 9

Schließlich bekamen 13 Listen die Genehmigung zu kandidieren — von vier „Reform"-Blöcken über die Bürger-Union des Industriellen Arkadi Wolski und die KP-RF bis zum Faschisten Schirinowski —, aber die oppositionellen Gruppen erhielten praktisch zu nichts Zugang, weder zu Rundfunk und Fernsehen noch zu Telefonen und Büroräumen. Jelzin versuchte, die KP-RF und eine weitere Partei wegen Kritik an der Verfassung von den Wahllisten zu streichen. Aber laut ersten Hochrechnungen sammelte Schirinowski ein Viertel der Stimmen, die neugegründete „Kommunistische" Partei und ihre Verbündeten der Agrarunion (die die Kollektivbauern repräsentiert) bekamen zusammen 20 Prozent, und Gaïdar bekam nur eine von je sieben Stimmen. Die Liste „Frauen Rußlands" erhielt über 8 Prozent.

Einige der kleineren stalinistischen „patriotischen" Gruppen — einschließlich der verbotenen Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei von Viktor Anpilow — riefen zum Boykott der Wahlen auf. Auch Boris Kagarlizki, Führer der kleinen, sozialdemokratischen Partei der Arbeit, argumentierte in einem Artikel in der *Nation* (6. Dezember) für diese Position.

Kagarlizki führte die Antwort der russischen Arbeiterbewegung auf die „Bulyginsche Duma" von 1905 an. Diese wurde damals als Beschwichtigungsmittel eingerichtet, mit dem direkten Ziel, den Arbeiteraufstand abzuwenden. Aber nachdem der revolutionäre Aufschwung eine entscheidende Niederlage erlitten hatte, beteiligten sich Lenins Bolschewiki 1907 an den Wahlen zur dritten Duma als Plattform für revolutionäre Propaganda. Lenin schrieb,

> „daß der aktive Boykott, wie die Erfahrungen der russischen Revolution gezeigt haben, nur dann die richtige Taktik der Sozialdemokratie ist, wenn ein umfassender, allgemeiner, rascher, in den bewaffneten Aufstand übergehender revolutionärer Aufschwung zu verzeichnen ist". („Resolutionsentwürfe zur dritten Konferenz der SDAPR", Juli 1907, *Werke* Bd. 13)

So heuchlerisch die gegenwärtigen Wahlen waren, sie fanden nicht in einer Periode des ansteigenden Klassenkampfes statt; im Gegenteil, angesichts der gegenwärtigen Passivität des russischen Proletariats war der Aufruf nach einer *aktiven* Boykottpolitik hohl.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) waren dafür, Jelzins bonapartistischer Verfassung ein schallendes „Nein" entgegenzuschleudern. Aber bei den Wahlen zur Legislative gab es keine Partei oder Gruppe, der Revolutionäre auch nur die allerkritischste Wahlunterstützung hätten geben können. Die KP-RF bekam Stimmen von vielen derjenigen, die gegen die „Freie-Markt"-Verelendung sind, für die die kapitalistischen „Reformer" stehen, und die ebenso vom brutalen Rassismus Schirinowskis abgestoßen waren. Aber diese größte der stalinistischen „patriotischen" Organisationen kandidierte auf der Basis expliziter und nachdrücklicher Unterstützung für das kapitalistische „freie Unternehmertum". Roy Medwedjews Sozialistische Partei der Arbeit (SPT) stürzte sich in einen „Vaterland"-Block mit Monarchisten und Kosaken, der bald auseinanderfiel und damit die SPT aus dem Rennen warf.

KP-RF-Führer Gennadi Sjuganow prangerte zwar Jelzin an, er strebe nach mehr Macht als sogar „der Pharao, der Zar und der Generalsekretär", und verurteilte „wilden Kapitalismus", aber er bestand darauf: „Privatisierung ist wesentlich" *(Economist*, 27. November). Sjuganow überschlug sich dabei, seine Partei von allem abzugrenzen, was auch nur entfernt mit Kommunismus zu tun hat. Er pries Bibel und Koran und hetzte: „In Boris Jelzins Regierung gibt es mehr ehemalige Kommunisten als in meiner Partei." Sjuganov bekräftigte nachdrücklich seine Unterstützung für den Kapitalismus und beklagte sich, unter Jelzin „haben noch keine wirklichen Reformen begonnen. Sie versprechen uns einen Kapitalismus wie in der Schweiz, aber jetzt schon ist es eher wie in Kolumbien, und bald kann es wie Bangladesch sein" (Londoner *Guardian*, 25. November).

Die dramatisch hohe Stimmabgabe für den Faschisten Schirinowski ist ein düsteres Omen für Juden und nichtrussische Nationalitäten. Schirinowski, ein verrückter Fanatiker, der schwört, er werde „in Hitlers Fußstapfen treten", kotzte antisemitischen Dreck und hetzte während der Wahlkampagne, er werde Rußland bis zu den Grenzen des zaristischen Reichs wiederherstellen. Seine Fernsehspots zeigten, wie russische Schläger einen dunkelhäutigen Menschen aus dem Kaukasus zusammenschlugen. Gaïdar posiert jetzt zwar als Antifaschist, aber Jelzin/Gaidar gaben Schirinowski Extra-Sendezeit, da er — als offener Befürworter einer autokratischen Herrschaft — einer der wenigen Nicht-Regierungskandidaten war, die Jelzins Verfassung unterstütz-



Der Spiegel

Jelzins Wahlfarce soll seinem Panzerangriff auf das Weiße Haus den Anstrich von Legalität verleihen

ten. Schirinowski ist in Stellung gegangen, um die wachsende Feindschaft gegen Jelzin/Gaidars „Schockbehandlung" auszubeuten und die Verzweiflung der Massen in Pogrome gegen ethnische Minderheiten umzulenken.

Schirinowski war nicht der einzige, der unverblümten großrussischen Chauvinismus propagierte. Sjuganow von der KP-RF war früher einer der Vorsitzenden des faschistoiden Russischen Nationalen Sobor und ein Führer der „rot-braunen" Nationalen Rettungsfront. Schachrais Wahlliste lief unter der Losung „Familie, Eigentum, Heimatland". Gaidars Titelsong hieß „Rußland hat sich erhoben", und auf seinen Ansteckern prangte ein Bild Peters des Großen. Zwar ist Jelzin durch und durch Washington verpflichtet, aber er ist nicht weniger ein großrussischer Chauvinist als seine nationalistischen Opponenten. Die neue Verfassung schafft sogar die formalen Rechte auf Autonomie ab, die zuvor Regionen mit überwiegend nichtrussischer Bevölkerung, wie denen der Wolga-Tartaren und der Tschetschenen im Kaukasus, zugestanden worden waren. Seit dem Tage nach der Zerschlagung des Parlaments führten Jelzin und der Moskauer Bürgermeister Luschkow eine pogromistische Kampagne von Razzien mit dem Ziel, dunkelhäutige Menschen aus der Hauptstadt zu vertreiben.

Dies geht Hand in Hand mit dem Versuch, die russische Kontrolle über das „benachbarte Ausland", die nichtrussischen Republiken der früheren UdSSR, auszuweiten. Hauptsächlich, weil er dem Druck des Militärs nachgab, stellte sich Jelzin ausdrücklich gegen die Ausdehnung der NATO nach Osteuropa. Aber dies ist nicht notwendigerweise entgegengesetzt zu einer prowestlichen Politik. Washington ist für einen starken russischen Staat, der seine Vorherrschaft über das Gebiet der früheren Sowjetunion geltend macht, solange dieser ein Klientenstaat bleibt, der sich den westlichen Interessen unterwirft. Wie der Londoner *Economist* (4. Dezember) in einem Leitartikel mit dem Titel „Rußland steigt wieder auf" festhielt: „Amerika könnte sogar der Meinung sein, daß es seinen Interessen dienlich ist, wenn Rußland als Nachbarschafts-Gendarm agiert."

Der wiederaufsteigende großrussische Chauvinismus ist eine tödliche Gefahr für das Proletariat, dessen *multinationaler* Charakter durch die integrierte, kollektivierte Wirtschaft der früheren Sowjetunion geformt wurde. Nationalistische Demagogie, ob sie von Washingtons Mann Jelzin kommt, vom Faschisten Schirinowski oder von den stalinistischen „Patrioten", dient dazu, die Arbeiter zu spalten und die russischen Massen an ihre Möchtegern-Ausbeuter zu ketten.

Für sozialistische Revolution, um Jelzin hinwegzufegen!

Was immer das Ergebnis der Wahlen ist, es wird nicht die grundlegenden Probleme lösen, vor denen die im Entstehen begriffene russische Kapitalistenklasse steht. Der Architekt der „Schocktherapie" aus Harvard, Jeffrey Sachs, klagt, daß bisher erst 1,5 Milliarden der 13 Milliarden Dollar Hilfe vom Internationalen Währungsfonds tatsächlich ausgezahlt worden seien. Der *Economist* (6. November) bemerkt, daß direkte ausländische Investitionen — 1992 kaum 100 Millionen Dollar — „so wenig sind, daß niemand in der Regierung sich darum zu kümmern scheint, sie aufzulisten". Inzwischen lag die Inflation diesen Herbst bei durchschnittlich 20 Prozent im Monat, die doppelte Rate wie vor einem Jahr. Und während die offizielle Arbeitslosigkeit bei unter einer Million liegt, sind effektiv etwa fünf Millionen arbeitslos, entlassen oder in unbezahltem „Urlaub*[4]. Der Mangel an Brennstoff bedeutet, daß Millionen weder Heizung noch Warmwasser haben in einem der härtesten Winter seit Jahren.

Nachdem die Wahlen jetzt vorbei sind, beabsichtigt der Kreml, damit zu beginnen, die Schließung bankrotter Firmen in großem Ausmaß durchzusetzen, wobei selbst Jelzins Minister eine Arbeitslosenrate von 14 Prozent — etwa 10 Millionen Arbeitslose — bis Ende nächsten Jahres vorhersagen. Ob sie wirklich in der Lage sind, eine solche drastische „Schocktherapie" à la IWF durchzuführen, steht auf einem anderen Blatt. Aber das bloße Wirtschaftschaos und die ökonomischen Plünderungen treiben das Land jetzt schon in den Ruin.

Ein Vorreiter für die Möglichkeit von sozialen Massenkämpfen in der kommenden Periode ist der Streik, der vor kurzem im Kohlenrevier Workuta stattfand, das lange eine Bastion der Unterstützung für Jelzin war. Die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG), die mit der Hilfe des US-Imperialismus über die antikommunistische AFL-CIO-Bürokratie [amerikanischer Gewerkschaftsdachverband] gegründet wurde, stellte sich Anfang September gegen einen eintägigen Streik von 500 000 Arbeitern, den die exstalinistische Bergarbeitergewerkschaft organisiert hatte. Die NPG unterstützte auch Jelzins Auflösung des Parlaments später im gleichen Monat. Aber bei einem Zahlungsrückstand von mehr als zwei Monatslöhnen organisierten die NPG-Führer in Workuta im November einen Hungerstreik, der in einer eintägigen Arbeitsniederlegung am 11. November gipfelte. Am 6. Dezember streikten sie wieder fünf Tage lang und beendeten den Streik am Vorabend der Wahlen erst, nachdem Moskau wieder einmal versprochen hatte zu zahlen. Aber die relativ privilegierten Bergarbeiter stehen immer noch vor massiven Zechenschließungen, wenn es nach Jelzin/Gaidar geht.

Ein weiterer Streik wegen ausstehender Lohnzahlungen, von Arbeitern der Gasindustrie in der sibirischen Stadt Nadym, legte praktisch das ganze Gebiet lahm, bevor er Anfang Dezember mit einem Sieg endete. Sogar die Jelzinfreundliche *Iswestija* (3. Dezember) berichtete: „Ökonomische Forderungen traten in den Hintergrund, während die Menschen ständig dazu gedrängt wurden, gegen die Regierung zu stimmen und das Referendum über die Verfassung zu boykottieren." Tausende wütende Streikende umringten die Regierungs-Unterhändler, als sie am Flughafen ankamen, und auf Plakaten der Streikposten stand: „Die räuberische Regierung muß zurücktreten!"

Der Drang der neuen Herrscher Rußlands, einen kapitalistischen Staat zu konsolidieren, ob nun nach den Plänen der IWF-„Schocktherapeuten" oder nach mehr korporatistisch-nationalistischen Plänen, bedeutet eine schreckliche

Fortgesetzt auf Seite 21

Der Schauprozeß gegen Honecker und die Berliner Mauer

Teil eins dieses Artikels, der sich mit den Schauprozessen der Gerichte der rachsüchtigen deutschen Bourgeoisie gegen frühere Repräsentanten der DDR befaßt, erschien in Spartakist *Nr. 100 (Januar 1993).*



Junge/ADN-ZB

13. August 1961: Tausende Mitglieder der Betriebskampfgruppen wurden mobilisiert, um den Bau der Mauer zu verteidigen

Der 9. November ist ein schicksalhafter Tag in Deutschland. An diesem Tag fiel 1918 die Hohenzollern-Monarchie, und die Republik wurde geboren, eine tattrige bürgerliche Republik, anfänglich geleitet von den Sozialdemokraten, welche sich nur durch die blutige Niederschlagung der Arbeiterrevolution etablieren konnte und in der Folge durch den Sieg des Hitler-Faschismus 1933 hinweggefegt wurde. Am 9. November 1939 inszenierten Nazi-Sturmtruppen antijüdische Pogrome im ganzen Reich, brannten Synagogen nieder und schlugen Ladenfenster ein, in der sogenannten „Kristallnacht", dem Vorboten des Holocaust. 1989 wurde am gleichen Tag die Berliner Mauer geöffnet, nachdem Massendemonstrationen die stalinistische Regierung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR unter Erich Honecker zu Fall gebracht hatten.

Teil zwei von zwei

Danach dauerte es nur vier Monate bis zu den entscheidenden Wahlen am 18. März 1990 und dem Sieg der Kräfte, die auf einen raschen Anschluß der DDR an die imperialistische Bundesrepublik drängten. Aber im Gegensatz zu den „blühenden Landschaften", die Helmut Kohl versprach, hat die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands verwüstetes Ödland im Osten hervorgebracht. Die Errungenschaften des Arbeiterstaats wurden niedergewalzt: Frauen wurden in Massen gefeuert, Arbeiter aus anderen Ländern ausgewiesen, Fabriken niedergerissen, so daß in der einst zehntstärksten Industriemacht der Welt heute nur ein Viertel der Arbeitsplätze übrig sind. Unter anderem um abzulenken von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Ost (und West), initiierten die Herrscher des triumphierenden Vierten Reichs des deutschen Imperialismus einen monströsen Schauprozeß und brachten den früheren DDR-Chef Honecker und seine wichtigsten Mitarbeiter auf die Anklagebank. Sie wurden angeklagt, den Grenztruppen befohlen zu haben, auf diejenigen zu schießen, die die Mauer überqueren wollten. In diesem schreienden Fall von „Siegerjustiz" wurde die DDR selbst vor „Gericht" gestellt.

Die Verhandlungen wurden zu einer „Justiz-Farce", wie *Der Spiegel* es nannte. Kranke alte Männer wurden vor Gericht gezerrt, eine groteske öffentliche Folter, dann wurde einer nach dem anderen vom Prozeß abgezogen, weil sie nicht in der Lage waren weiterzumachen. Um die Peinlichkeit abzukürzen, ordnete am 12. Januar 1993 das Berliner Verfassungsgericht an, die Anklagen gegen den krebskranken Honecker fallenzulassen, der dann nach Chile ging. Aber nachdem das Rampenlicht der internationalen Publizität abgewendet war, ging der Honecker-Prozeß ohne Honecker weiter. Der frühere DDR-Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros der SED, Heinz Keßler, sein Stellvertreter und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz, und der frühere SED-Bezirksleiter Hans Albrecht wurden wegen „Totschlags" angeklagt. Die Angeklagten wiesen darauf hin, daß es sich um eine militarisierte Grenze handelte, wo Minen und bewaffnete Patrouillen normal sind. Aber nach zehn Monaten Verhandlungsdauer wurden die drei pflichtgemäß abgeurteilt, obwohl der Richter bemerkte: „Sie haben auf niemanden geschossen", und: „Sie wollten keine Toten".

Die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland war die Frontlinie des Kalten Kriegs. „Die Mauer" war eine Barriere gegen die Versuche des Imperialismus, den Sowjetblock „zurückzurollen", oder, als das nicht klappte, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu unterminieren durch den Abzug qualifizierter Arbeitskräfte und das Ausbluten seiner Wirtschaft. *Deshalb haßten die Kapitalisten die Berliner Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzkisten diese bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der Wirtschaft der DDR.* Die Internationale Kommunistische Liga und die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) kämpften mit Zähnen und Klauen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Und wir verurteilten in der Folge die antikommunistischen Hexenjagd-

Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf

Prozesse und forderten Freiheit für Honecker, Keßler und die anderen führenden Repräsentanten der DDR, genauso wie für Angehörige der Grenztruppen der Volksarmee.

Kernstück der westdeutschen Kampagne, den ostdeutschen Arbeiterstaat zu kriminalisieren, war, die DDR einfach als Polizeistaat, den „Stasi-Staat", zu porträtieren. Also nahmen sie natürlich den Chef der „Stasi", den früheren Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, aufs Korn. Aber ihn wegen polizeilicher Bespitzelung der Bevölkerung anzuklagen, die ein solches Ausmaß hatte, daß sie zu einer Belastung der ostdeutschen Wirtschaft wurde, hätte Fragen über den westdeutschen Geheimdienst hervorgerufen (beschönigend „Amt für Verfassungsschutz" genannt), der *zugibt,* Computerdaten über mehr als 600 000 Westdeutsche zu haben. So stellten sie Mielke statt dessen wegen angeblicher Beteiligung an der Tötung von zwei Bullen 1931 vor dem Hauptquartier der Kommunistischen Partei vor Gericht. Diese Anklagen wurden ursprünglich 1934 von einem Nazigericht aufgestellt, basierend auf „Beweismaterial", das unter Gestapo-Folter erlangt wurde! D«as Berliner Gericht, das die Anklage durch blutige faschistische Richter für „glaubwürdig" erklärte, verurteilte am 26. Oktober 1993 den gebrechlichen 85jährigen Mielke wegen Mordes zu sechs Jahren Gefängnis!

Wie wir betont haben, wurden Honecker und Mielke von der falschen Klasse für die falschen „Verbrechen" angeklagt. Das revolutionäre Proletariat an der Macht würde sie wegen ihrer stalinistischen Repression gegen die Arbeiterklasse und der Unterminierung der DDR zur Verantwortung ziehen. Aber statt dessen werden sie von einer rachgierigen Bourgeoisie verfolgt, die an ihnen ein Exempel statuieren will, um eine besiegte Bevölkerung einzuschüchtern und die Idee des Sozialismus an sich zu kriminalisieren.

DDR-Nostalgie und die Mauer

Nachdem das „andere Deutschland" Vergangenheit ist, zeigt das übriggebliebene Deutschland Zeichen sozialen Zerfalls. Die kapitalistische Wirtschaftskrise führte dazu, daß in absoluten Zahlen allein 1993 *eine dreiviertel Million Arbeitsplätze* abgebaut wurden. Zehntausende Kohlenbergarbeiter und Stahlarbeiter demonstrieren an der Ruhr, wobei die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß „die Dinge nicht aus der Hand gleiten". Die Massenarbeitslosigkeit übersteigt schon sechs Millionen, die höchste Stufe, die in der Weimarer Republik vor der Machtübernahme der Nazis erreicht worden war, und nationalistische Stimmungen über den Verlust „deutscher Arbeitsplätze" fachen die faschistischen Angriffe auf Immigranten an. Die Anzahl der jüdischen Friedhöfe, die allein im Jahr 1992 geschändet wurden (80), entspricht der Gesamtzahl derjenigen, die zwischen 1926 und 1931 angegriffen wurden. Die häßliche Fratze des Vierten Reichs ist die der Nazi-Rassisten, die mörderische Brandanschläge von Hoyerswerda und Rostock im Osten bis Mölln und Solingen im Westen verübten.

Während die wirtschaftlichen Bedingungen sich verschlechtern und hochrangige Experten vor drohender sozialer Unruhe warnen, hat sich das um sich greifende Unbehagen in wachsender Unzufriedenheit mit der Wiedervereinigung geäußert. Im Westen geben Rechte den „Ossis" die Schuld für die Unterminierung des Wohlstands. So

Fortgesetzt auf Seite 14

Hände weg von Markus Wolf!

Im Schauprozeß gegen Markus Wolf wurde der berühmte jüdische DDR-Spionagechef am 6. Dezember wegen „Landesverrats" zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Herrscher des Vierten Reichs wollen sich rächen, „weil es vierzig Jahre die DDR gegeben hat", wie Markus Wolf in seinem Schlußwort erklärte.

Die Spartakisten protestierten vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gegen die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd und forderten: „Hände weg von Markus Wolf!" und „Sofortige Freilassung von Erich Mielke, der aufgrund von Nazi-Anklagen im Gefängnis ist!" Ein Plakat auf japanisch lautete: „Ehre für Richard Sorge und Ozaki Hotzumi, heldenhafte sowjetische Spione!" Auch die DKP (die in der *uz* den Spartakist-Protest verschweigt - früher benutzten die Stalinisten zu diesem Zweck Buschwerk) und VVN-Vertreter demonstrierten vor dem Gericht, die PDS-Führer Gysi und Modrow solidarisierten sich mit Wolf.



Spartakist

Im letzten Mai stellte Markus Wolf die Frage: „Welches Land soll ich verraten haben?" Damit kann nur „Verrat" am Dritten Reich gemeint sein, das durch den Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus zerschlagen wurde, wie wir in *Spartakist* (Nr. 103, Mai 1993) feststellten: „Aus diesem Sieg wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR aufgebaut. Nicht nur hat die BRD sich als rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs bezeichnet, sondern sie hat auch den gesamten Geheimdienst von Hitlers Spionageapparat ‚Fremde Heere Ost' übernommen, die Gehlen-Organisation, die der Kern des späteren BND wurde."

Markus Wolf hatte zwar erkannt, daß der Stalinismus die DDR und die Sowjetunion in eine Sackgasse führte, aber er suchte die Antwort in Gorbatschows Perestroika, die der kapitalistischen Konterrevolution das Tor geöffnet hat. Vor Gericht weigerte sich Markus Wolf standhaft, vor dem imperialistischen Gericht in die Knie zu gehen. In seinem Schlußwort antwortete er mit Karl Liebknecht: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre", und er erklärte würdevoll:

> „Keiner soll mehr erhobenen Hauptes gehen dürfen, der an die Möglichkeit eines anderen Deutschland mit mehr sozialer Gerechtigkeit geglaubt hat, an ein Deutschland ohne Hochmut und nationalen Dünkel und ohne die Gewalt des Geldes." *(Neues Deutschland,* 25. November)

Die SpAD-Presseerklärungvor der Urteilsverkündung rief auf: „Markus Wolf hat sein Bestes getan, die DDR zu verteidigen — jetzt müssen wir ihn verteidigen."

Honecker...

Fortsetzung von Seite 13

schimpfte ein Anhänger der faschistischen Republikaner in Bayern: „Viele Leute, und ich auch, denken, daß sie die Mauer wieder errichten und um vier Meter höher machen sollten" *(Wall Street Journal Europe,* 29. Oktober 1993). Im Osten gibt es eine weitverbreitete Stimmung gegen „Besserwessis", und Sprüche an den Wänden fordern: „Wir wollen unsere Mauer wieder." Am dritten Jahrestag der formellen Wiedervereinigung, am 3. Oktober 1993, hielt Kohl eine Feier in Saarbrücken ab — weiter westlich geht's in Deutschland kaum noch —, während in Berlin mehrere tausend für die DDR demonstrierten.



Wallis/Sipa

10. November 1989: Tausende strömten zum Brandenburger Tor, als die Mauer inmitten des Massenaufruhrs in der DDR aufgemacht wurde

Es gibt jetzt eine Nostalgie-Welle für die DDR, „Ostalgie" genannt, einschließlich eines Werbefilms für Club-Cola, die Erich Honecker bei Gymnastikübungen zeigt. Eine Disco in Dresden ist sehr beliebt, weil man keinen Eintritt zahlen muß, wenn man das FDJ-Hemd trägt; Hunderte weinen, wenn die DDR-Fahne aufgezogen wird unter Rufen von „Frieden! Freiheit! Solidarität!" und „DDR, mein Vaterland!" (Londoner *Guardian,* 9. November 1993). Interessanterweise hat diese Sehnsucht nach der guten alten Zeit unter „Honi" bei den früheren Führern der ostdeutschen „Bürgerbewegung", die im Herbst 1989 aufstieg, Klagen hervorgerufen. Der Filmemacher Konrad Weiss, jetzt ein gutbezahlter Bundestagsabgeordneter des Bündnis '90, lamentierte, „daß unsere friedliche Revolution gescheitert ist", und denunzierte diese „merkwürdige DDR-Nostalgie" als „geradezu pervers". Die früher dissidente Schriftstellerin Christa Wolf, gerade aus Santa Monica, Kalifornien, zurück, wies ebenfalls die DDR-Nostalgie zurück:

> „Und mich wird man nicht dazu bringen, das nachträglich wunderbar zu finden, aber ebensowenig wird man mich dazu bringen, das wunderbar zu finden, wie man heute das alles abwickelt." (Laut *dpa,* 1. Oktober 1993)

Wir Trotzkisten haben konsequent die DDR gegen die Konterrevolution verteidigt, aber wir idealisieren auch nicht den stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaat. Nach dem Fall der Honecker-Regierung und der Öffnung der Berliner Mauer intervenierten wir mit allen verfügbaren Kräften in der DDR und forderten: „Für politische Revolution in Ostdeutschland!", und: „Arbeiterräte an die Macht in ganz Deutschland!" Aber die beginnende politische Revolution in der DDR wurde durch den Drang des deutschen Imperialismus zum Anschluß überwältigt. Bei den Volkskammerwahlen im März 1990 kandidierte die SpAD unter der zentralen Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Im Gegensatz dazu schloß sich das Bündnis '90 dem Drang zur Wiedervereinigung an, obwohl viele seiner Führer das Manifest vom November 1989 „Für unser Land" unterzeichnet hatten, das zu einer „sozialistischen Alternative" zu Westdeutschland aufrief. Und in der Folge, während die Spartakisten aufriefen: „Viertes Reich: Hände weg von Honecker!" und Freiheit für Keßler, Mielke und Markus Wolf forderten, waren die „Bürgerrechts"advokaten diejenigen, die am stärksten die Hexenjagd gegen die Roten anheizten (zusammen mit der wütend antikommunistischen SPD-„Justiz"senatorin Berlins). Nette „Demokratie"!

An der widersprüchlichen Haltung der „Bürgerrechtsbewegung" zur DDR kann man sehen, wie die „klassenlose" Perspektive dieser kleinbürgerlichen Demokraten fehlschlägt, im Gegensatz zum proletarisch-revolutionären Programm der Marxisten. Dies wird nirgendwo klarer als in ihrer Haltung zur Mauer. So schrieben wir im November 1989, nach der Demonstration von einer Million auf dem Alexanderplatz und der Öffnung der Berliner Mauer und nachdem wir wieder betont hatten, daß die Mauer errichtet worden war als eine Barriere gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands:

> „Aber was am Ende die Mauer zu Fall brachte, war nicht imperialistischer Revanchismus, sondern sozialer Kampf der ostdeutschen Massen. Heute kann Reisefreiheit durch die Mauer auch als ein Sprungbrett für revolutionäre Einheit und gemeinsamen Kampf der Arbeiterklassen des kapitalistischen Westens und des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats dienen." (M[7] Nr. 490, 24. November 1989)

Führer der „Bürgerbewegung" wie Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum dagegen *lamentierten* über die Öffnung der Mauer und sagten, dies sei „nichts als Korruption der Bevölkerung", und: „Das bißchen nationaler Identität, das sich in den letzten zwei Monaten entwickelte, wird in Westberliner Schokolade ertränkt werden" *(New York Times,* 13. November 1989). Neulinke Gruppen klagten in ähnlicher Weise, die DDR-Bevölkerung sei mit Bananen aufgekauft worden.

Zu dieser Zeit warnten wir, daß die wirtschaftlichen Konsequenzen des Mauerdurchbruchs eine Herausforderung für die Existenz der DDR seien, was aber nicht notwendigerweise den Untergang des Arbeiterstaats bedeute. Offen für Personenverkehr, könnte die Grenze weiter bestehenbleiben als ein Instrument zur Währungskontrolle, wenn sie mit einer konvertiblen DDR-Währung kombiniert würde, die als Puffer zum Weltmarkt fungieren könnte. Aber selbst unter den SED-Reformern konnte das stalinistische Regime ein solches Programm nicht durchführen. Die notwendigen wirtschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen - Währungsreform, kontrollierter Umtausch, Rationalisierung von Subventionen — waren nur möglich durch die politische Loyalität der Bürger, und das „erfordert die Errichtung einer revolutionären Regierung von Arbeiterräten" und „die Notwendigkeit vor allem einer sozialistischen

internationalen Wirtschaftsplanung, die die nationalistische bürokratische Kommandowirtschaft ersetzt" („Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!", *Spartakist* Nr. 65, 15. Dezember 1989).

Die Spartakisten verteidigten die Mauer als ökonomische Maßnahme. Die „Bürgerrechts"bewegung dagegen, trotz all ihrer Klagen darüber, daß Honecker und Ulbricht die Bevölkerung wie Kinder behandelten, schloß sich den Stalinisten an und sah die Mauer als ein Mittel, um die „Korruption der Bevölkerung" zu verhindern.

Die Berliner Mauer und „friedliche Koexistenz"

In seiner Rede vor dem Berliner Gericht im Dezember 1992 sagte Honecker: „Wie und warum es zum Bau der Mauer gekommen ist, interessiert die Staatsanwaltschaft nicht... Erich Honecker hat die Mauer gebaut und aufrechterhalten. Basta... Der Kommunist wird zum Kriminellen gestempelt und als solcher verurteilt." Nur ein sozialistischer „Unrechtsstaat" könnte jemals die Auswanderung seiner Bürger behindern, sagen die offiziellen Sprecher des Vierten Reichs. Sie hätten sich mal Westdeutschlands eigene Geschichte ansehen können. Im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in einer Zeit von Massenarbeitslosigkeit und Hunger, gab es im September 1948 im Parlamentarischen Rat der westlichen Besatzungszonen eine Debatte über die Forderung nach einem grundlegenden Recht auf Emigration. Dies wurde *abgelehnt.* Einer der Delegierten, der SPD-Vordenker Carlo Schmid, warnte vor der Gefahr eines Massenexodus: „Deutschland stelle aber jetzt eine Schicksalsgemeinschaft dar, aus der es keine Flucht geben dürfe" (zitiert in Peter Glotz, „Wir Komplizen" *im Kursbuch 111: In Sachen Erich Honecker,* 1993). Er drängte auf die Beschlagnahmung des Eigentums derjenigen, die weggingen. Republikflucht war nicht nur in Ostdeutschland ein Verbrechen, wie sich herausstellt.

Die Herrscher Westdeutschlands akzeptierten nie, daß ein Drittel des reduzierten Reichs durch den Sieg der Roten Armee der kapitalistischen Herrschaft entrissen worden war. Jahrelang leugneten westdeutsche offizielle Stellen die einfache Existenz der DDR und drohten, die Beziehungen zu jedem Land abzubrechen, das die Regierung in Ostberlin anerkannte (die Hallstein-Doktrin), sie redeten sogar ausschließlich von der „SBZ" (Sowjetische Besatzungszone). Nach der Errichtung der Mauer im August 1961 nutzten Antikommunisten diese als ein Symbol, um die DDR zu diskreditieren, und nannten sie den „Mauerstaat". Sie beschworen das Bild eines riesigen Konzentrationslagers herauf und setzten dadurch Stalinismus mit Faschismus gleich, entsprechend der Linie der „Totalitarismus"-These des Kalten Kriegs, die bei Pseudo-Liberalen wie Hannah Arendt und Nazi-Apologeten wie Professor Ernst Nolte beliebt war, der in der „Historikerdebatte" Ende der 80er Jahre berüchtigt wurde, weil er behauptete, daß Stalin schlimmer als Hitler und für ihn verantwortlich sei.

Hinter diesem Sprachgebrauch stand die Entschlossenheit des deutschen Imperialismus und seiner Parteien (der Christdemokraten und Freidemokraten ebenso wie der Sozialdemokraten), die DDR für den Kapitalismus zurückzuerobern. Auf diesen konterrevolutionären Feldzug antworteten die Stalinisten mit dem Hirngespinst der „friedlichen Koexistenz" der beiden entgegengesetzten sozialen Systeme. In seiner Ansprache vor Gericht argumentierte Honecker, daß „eine Spannungssituation in Deutschland ... den Weltfrieden gefährdete. Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges." Wäre die Mauer nicht gebaut worden, hätte dies „Tausende oder Millionen Tote zur Folge gehabt". In einem ausgedehnten „Kreuzverhör** Honeckers durch zwei ostdeutsche Autoren, Reinhold Ander und Wolfgang Herzberg, *Der Sturz* (Aufbau-Verlag, 1991), sagte der DDR-Führer über den Bau der Mauer: „Soweit wir später gehört haben, waren sogar Adenauer als auch der amerikanische Präsident ... erleichtert, daß wir in der Nacht zum 13. August 1961 diese Frage so gelöst haben, um damit einen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten."

Es gab ganz sicher jede Menge Spannungen in Deutschland, die den Weltfrieden bedrohten. Die Adenauer-Regierung in Bonn verfolgte eine „Politik der Stärke", betrieb massiv die Wiederaufrüstung, baute eine Bundeswehr auf, die die mehrfache Größe der DDR-Volksarmee hatte, und der rechte Kriegsminister Franz Josef Strauß forderte lautstark taktische Atomwaffen. Und was Washington betraf, so trompeteten sie zwar nicht die „Rollback"-Rhetorik von Eisenhowers Minister John Foster Dulles heraus, aber nach ihrem Debakel in der kubanischen Schweinebucht versuchte die Kennedy-Regierung, vor den Sowjets Härte zu demonstrieren. Beim Wiener Gipfel im Juni 1961 lehnte Kennedy die Aufforderung des Sowjetführers Chruschtschow nach einem Friedensvertrag für Deutschland ab, er sagte, dies sei erst möglich, wenn es eine einzige deutsche Regierung gäbe. Ein Mémo des Nationalen Sicherheitsrates erklärte, der Grund, warum die USA und ihre Verbündeten sich „weigerten, die sogenannte ‚Deutsche Demokratische Republik anzuerkennen, ist, daß es in Wirklichkeit kein solches Land gibt" (zitiert in Norman Gelb, *The Berlin Wall: Kennedy, Khrushchev, and a Showdown in thé Heart of Europe* [Die

Fortgesetzt auf Seite 16



Wandsprüche wie hier aus Freienwalde zeigen bittere Erfahrung mit der Realität der kapitalistischen Wiedervereinigung

Klostermaier/AP

Honecker...

Fortsetzung von Seite 15

Berliner Mauer: Kennedy, Chruschtschow und eine Machtprobe im Herzen Europas], Times Books, 1986).

Dulles war weg, aber der Kalte Krieg war heiß angefacht, und nukleares „Spiel mit dem Feuer" à la Dulles war immer noch Washingtons Herangehensweise an Moskau. In einer säbelrasselnden Fernsehansprache Ende Juli peitschte Kennedy eine Krisenatmosphäre hoch, kündigte ein um mehrere Milliarden Dollar erhöhtes Budget des Pentagon an, erheblich verstärkte Einberufungen zur Armee und die Reaktivierung von Reserveeinheiten und Einheiten der Nationalgarde. Im Fall einer neuen Blockade Berlins sahen US-Pläne nicht nur eine Luftbrücke, sondern das Heranschaffen von Militäreinheiten über die Autobahn vor — d. h. eine Invasion Ostdeutschlands. Der US-Kriegsminister Robert McNamara erklärte öffentlich: „Wir werden atomare Waffen einsetzen, wo immer wir denken, daß es notwendig ist, um unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen." Und JFK machte sich vor Mitarbeitern Sorgen über Kommandostrukturen: „Wenn wir einen atomaren Krieg anfangen müssen, müssen wir klarstellen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten ihn startet" statt „eines schießfreudigen Sergeants auf einem Lastwagenkonvoi an einem Checkpoint in Ostdeutschland" (zitiert in Peter Wyden, *Wall: The inside Story of Divided Berlin* [Die Mauer: interne Geschichte des geteilten Berlin], Simon and Schuster, 1989).

Effektiver als die militärischen Drohungen der Imperialisten war die westdeutsche wirtschaftliche Kriegsführung. Im September 1960 kündigte Bonn einseitig sein Handelsabkommen mit Ostdeutschland auf und unterstrich damit, daß die DDR bei verschiedenen Rohstoffen vom Westen abhängig geworden war und auch bei Zwischengütern wie Stahl. Und als die Berliner Krise eskalierte, stieg auch die Anzahl der Ostdeutschen, die nach Westberlin überwechselten. Die westliche Propaganda machte für diesen Abgang über die ungesicherte Grenze die Politik der „harten Linie" des DDR-Regimes unter Walter Ulbricht verantwortlich, besonders die Kollektivierung der Landwirtschaft. Aber die späten 50er Jahre waren eine Periode raschen wirtschaftlichen Fortschritts in Ostdeutschland, einschließlich der Abschaffung der Rationierung von Fleisch, Zucker und Fett. Und die Kollektivierung wurde Anfang 1960 durchgeführt, als die Anzahl der Grenzüberläufer niedriger war. Was im Sommer 1961 passierte, war Torschlußpanik, da die „harte" Sprache des Westens viele überzeugte, daß die Zeit jetzt oder nie wäre. Darüber hinaus gibt selbst der führende westdeutsche DDR-Historiker zu, daß „die westdeutsche Massenpresse mit reißerischen Schlagzeilen über Flüchtlingszahlen" dazu beitrug, „den Flüchtlingsstrom zu einer Flut anschwellen zu lassen" (Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, dtv, 1985).



Der Spiegel

Kalter Krieg im August 1961: Aufmarsch am Checkpoint Charlie

Ostdeutschlands stalinistische Herrscher konnten mit diesem Phänomen nicht offen umgehen. Die DDR-Propaganda sprach von „Kopfjägern" und „Menschenschmuggel", und sie schnappten sogar ein paar Leute, die bei Elektrokohle Lichtenberg in Ostberlin Facharbeiter rekrutierten. Aber eine Massenflucht solchen Ausmaßes, insgesamt fast 2,7 Millionen Menschen (bei einer Bevölkerung von 17 Millionen) von 1949 bis August 1961, als die Grenze zugemacht wurde, kann nicht nur durch Aktionen westlicher Agenten erklärt werden. Dieser Exodus war klar eine Auswirkung des Vorsprungs der Bundesrepublik (schätzungsweise um rund 25 Prozent) bei der Produktion von Konsumgütern.

Ulbricht erklärte auf dem 5. Parteikongreß der SED 1958, die „ökonomische Hauptaufgabe" für die DDR sei es, Westdeutschland einzuholen und zu überholen beim „Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern". Aber 1961 war es klar, daß dieses utopische Programm (verbunden mit Chruschtschows Gerede, die USA bis 1965 zu überholen), nicht funktionierte, und trotz substantiellen Wachstums der DDR wurde die wirtschaftliche Kluft zum Westen größer. Intern hatten die Spitzen der Bürokratie ein ziemlich genaues Bild der Situation. In einer vor kurzem veröffentlichten Korrespondenz mit Chruschtschow von 1960 *(Utopie kreativ,* Mai/Juni 1993) gab der DDR-Führer zu, „daß die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe bis Ende 1961 sich als schwieriger erweist, als ursprünglich angenommen wurde", und später: „Im ökonomischen Wettbewerb zwischen der DDR und Westdeutschland hat Westdeutschland 1960 weitere Vorteile gewonnnen." Aber sie konnten dies nicht öffentlich zugeben, weil sie es nicht erklären konnten: Es paßte nicht in das stalinistische Programm des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land".

Ein Brief von Ulbricht an Nikita Chruschtschow vom Juli 1960 stellt klagend fest:

> „Aber Westdeutschland erweist sich wirtschaftlich als stark. Wir können es uns schließlich nicht aussuchen, mit wem wir die Kräfte im Wettbewerb messen möchten. Wir sind einfach gezwungen, vor Westdeutschland zu bestehen. Allerdings reicht die wirtschaftliche Kraft der DDR allein dafür nicht aus... Offen gesagt: ohne engste Verbindungen mit der mächtigen Wirtschaft der UdSSR kann sich unsere Wirtschaft insgesamt nicht entwickeln."

Empirisch war dies ein offenes Eingeständnis der Unmöglichkeit, den „Sozialismus" in einem halben Land aufzubauen — besonders in der schwächeren Hälfte (oder dem Drittel) eines Landes —, das der robustesten kapitalistischen Wirtschaft der Welt gegenübersteht. Und trotz früher Erfolge der Planwirtschaft konnte selbst der Sowjetblock nicht dem Ansturm des viel mächtigeren kapitalistischen Weltmarktes widerstehen (kombiniert mit unnachgiebigem



Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Sozialistische Losungen prägen die Massendemonstrationen während beginnender proletarisch-politischer Revolution. Spartakisten intervenierten mit Tageszeitung gegen Drang der westdeutschen Imperialisten für kapitalistische Konterrevolution

imperialistischen militärischen Druck). Die Arbeiterstaaten konnten versuchen, gegen den Imperialimus auszuhalten, aber sie konnten den Sozialismus nur aufbauen durch die Ausbreitung der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies war die Losung der Sowjetrepublik unter Lenin und Trotzki und die der frühen Kommunistischen Internationale. Aber das Programm der sozialistischen Weltrevolution wurde von der konservativen, nationalistischen Bürokratie *geschmäht* — deren Sprecher Stalin wurde —, die eine „Koexistenz" mit dem Imperialismus suchte, nach dem Motto: leben und leben lassen.

Was die Mauer bewirkte: Zeitweilige Stabilisierung der DDR

Aber es gehören immer zwei dazu. Die Imperialisten ließen sich auf „friedliche" Koexistenz mit den stalinistischen Regimen (wobei sich die Feindseligkeit des Kalten Kriegs und die „Entspannungspolitik" abwechselten, kombiniert mit einer Reihe von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt) nur so lange ein, wie sie diese Arbeiterstaaten nicht zerstören konnten, egal wie bürokratisch degeneriert und deformiert sie auch waren. Der Bau der Berliner Mauer war eine Niederlage für die Versuche des Kremls, mit den westlichen Imperialisten eine Anerkennung des Status quo in Europa auszuhandeln. Die DDR war schlimm am Ausbluten, sie verlor Fachkräfte (besonders Ärzte) an den Westen und auch junge Facharbeiter, angelockt durch die Bilder des Wohlstands, die sie im Westfernsehen sahen. In Schlüsselbetrieben drohte der Produktionsstillstand, die Knappheit an Nahrungsmitteln nahm zu.

Angesichts dieser Notlage waren die Stalinisten wenigstens noch in der Lage, entschlossen zu handeln. Vom 3. bis 5. August 1961 fand in Moskau ein Treffen der führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten statt, bei dem die DDR aufgefordert wurde, ihre Grenze zu Westdeutschland zu sichern. Marschall Konjew (der zusammen mit Schukow 1945 Berlin erobert hatte) wurde zum Kommandeur der sowjetischen Truppen in der DDR ernannt, um die Operation zu überwachen. Ulbrichts ehrgeiziger junger Protege Honecker, der Sekretär des SED-Zentralkomitees für Sicherheitsfragen war, bildete einen Stab zur Durchführung der Operation, die schon seit dem Frühjahr vorbereitet worden war. Es gelang, die Aktion geheimzuhalten; man überrumpelte die NATO-Imperialisten, und in den frühen Morgenstunden des 13. August wurde die Grenze dichtgemacht, zuerst mit Stacheldraht und später mit der Betonmauer. Dies ist das „Verbrechen", für das die deutsche Bourgeoisie Erich Honecker den Prozeß gemacht hat.

Am Checkpoint Charlie standen sich amerikanische und sowjetische Panzer direkt gegenüber, aber sie rührten sich nicht. Der Bundeskanzler sagte kaum etwas und blieb in Bonn. Bedeutet dies, daß Kennedy und Adenauer „erleichtert" waren, wie Honecker behauptet? Wohl kaum. In Washington wurden in der Planungsabteilung des Pentagons unter Paul Nitze zwei „Krisensimulations"-Kriegsspiele durchgeführt, zu den Spielern gehörten auch McGeorge Bundy und Henry Kissinger. Die Spiele zeigten laut Daniel Ellsberg, einem anderen Spieler, „wie schnell man vor der Wahl stand, entweder Atomwaffen einzusetzen oder aufzugeben". Kennedy-Berater Arthur Schlesinger Jr. schrieb: „Alle waren sich darüber einig, daß wir eventuell zum Atomkrieg übergehen müßten." Eventuell? Der Journalist Paul Wyden hat in seinem Buch *Wall* spätere Behauptungen von McNamara widerlegt, daß der Einsatz von Atomwaffen wegen Berlin ausgeschlossen gewesen sei; er berichtete, „das Szenario des ‚Erstschlags'-Überraschungsangriffs ... tauchte wieder auf, diesmal von Militärplanern bis ins Detail der Flughöhen und -taktiken der angreifenden amerikanischen Bomber ausgearbeitet". Man hielt es für machbar, aber die wahrscheinlichen Verluste der USA (3 bis 15 Millionen Tote durch einen sowjetischen Zweitschlag) fand man zu hoch.

Westdeutschlands „Politik der Stärke" war fehlgeschlagen. Chruschtschow deckte Kennedys Bluff auf. Also drehte statt dessen die imperialistische Propagandamaschine voll auf, mit der üblichen Rhetorik über den „eisernen Vorhang" und das totalitäre Regime in Ostdeutschland. Aber Fotos zeigen, daß Ostberliner Familien herumstehen und den NVA-Truppen dabei zuschauen, wie sie die Barrieren um das Brandenburger Tor errichten, und nicht verzweifelt versuchen, „in die Freiheit zu fliehen". Außerdem wurden die 10 000 regulären Soldaten der Volksarmee im Berliner Raum, weil sie für die Operation nicht ausreichten, durch 12000 Mann von den Berliner Betriebskampfgruppen ergänzt, und weitere Tausende wurden aus Sachsen heranbeordert. Die Realität war: Jeder konnte sehen, daß die Existenz der DDR auf dem Spiel stand, und diejenigen, die sie verteidigten, unterstützten den Bau der Mauer. Dazu gehörten viele prosozialistische Intellektuelle. Als Antwort auf einen offenen Brief des westdeutschen SPD-Schriftstellers Günter Grass, der erklärte: „Wer schweigt, wird schuldig", schrieb DDR-Schriftsteller Stephan Hermlin:

„Ich habe meiner Regierung am 13. August kein Danktelegramm geschickt und ich würde meine innere Verfassung auch nicht als eine solche »freudige Zustimmung[4],

Fortgesetzt auf Seite 18

Honecker...

Fortsetzung von Seite 17

wie manche sich auszudrücken belieben, definieren... Aber ich gebe den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung ... den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen." (Aus Hans Werner Richter, *Die Mauer oder der 13. August,* Rowohlt, 1961)

Der Bau der Mauer erlaubte es dem DDR-Regime in der Tat, sich wirtschaftlich zu stabilisieren. Ein „Neues ökonomisches System der Planung und Lenkung" (NÖS) wurde 1963 eingeführt, das den Staatsbetrieben größere Autonomie gab. In den Folgejahren gab es einen starken Anstieg der Konsumgüterproduktion. Die Ziele des Siebenjahresplans, der 1965 endete, wurden zwar auf vielen Gebieten nicht erreicht, dennoch verdreifachte sich die Zahl der Autos und Fernseher, stieg die Zahl der Waschmaschinen aufs Fünffache und die Zahl der Kühlschränke aufs Sechsfache. Immer mehr Frauen wurden berufstätig, hatten eine bessere Ausbildung und gehörten zur technischen Intelligenz (aber nicht zur SED-Führung), weil grundlegende Dienste bereitgestellt wurden wie Kindertagesstätten, Wäschereien und Verhütungsmittel, und auch die Zuteilung von Wohnraum für alleinerziehende Mütter. Als das dezentralisierte Wirtschaftssystem zu Ungleichgewichten und Engpässen führte — so stieg zum Beispiel die Industrieproduktion doppelt so schnell wie die Stromerzeugung, was zu Energiekürzungen führte —, wurde 1970 das NÖS fallengelassen und die Wirtschaft wieder zentralisiert.

Gebrauchsgüter pro Haushalt

Angaben in %	1955	1966	1970	1975	1985
Fernseher	1	54	69	82	93
Waschmaschinen	0,5	32	53	73	92
Kühlschränke	0,4	31	56	86	99
Autos	0,2	9	15	26	46

Quelle: Hermann Weber, *Geschichte der DDR*

Nachdem Honecker 1970 mit der Unterstützung von Breschnjew eine Palastrevolte inszeniert hatte, um den alternden Ulbricht zu stürzen, legte er besonderes Gewicht auf die kontinuierliche Steigerung der Konsumgüterproduktion, was größtenteils erreicht wurde. Beim Versuch, mit dem Westen auf dem Gebiet des „Konsumismus" statt des Kommunismus zu konkurrieren, produzierte die DDR Millionen von Jeans im Jahr und, als sich die Mode änderte, stonewashed Jeans. Immer noch gab es viele Beispiele für fürchterliche Mißwirtschaft der politischen Führung. Im Interview in *Der Sturz* schildert Honecker einen Fall, der im Politbüro entschieden wurde: „Es gab zum Beispiel lange Zeit für Damen keine Schlüpfer zu kaufen, nicht in Berlin, nicht in der Republik. Ich habe das gehört und habe das im Politbüro aufgerollt. Da sagte die Inge Lange: ‚Na, weißt du das nicht, wir geben jetzt vom Frauenbund heraus, wie man sich einen Schlüpfer nähen kann.'" Honecker bemerkt zu diesem „Skandal": „Ein Land mit einer großen Textilindustrie und mit einem Riesenexport kann nicht genug Damenschlüpfer produzieren."

Selbst abgesehen von solchen bürokratischen Absurditäten führte dies nicht gerade zu allgemeiner Zufriedenheit. Vor allem gilt, wie Trotzki in den 30er Jahren vorhergesagt hat, daß mit der Entwicklung der Wirtschaft die bürokratische Kontrolle zunehmend Qualitätsverbesserungen behindert. Das berüchtigste Beispiel war der Trabant mit seinem lauten, stinkenden Zweitaktmotor und seiner Kunststoffkarosserie, in dem man während der Fahrt ordentlich durchgerüttelt wurde. Mitte der 60er Jahre *entschied* sich Ulbricht tatsächlich *gegen* die Produktion eines vernünftigen Familienwagens von der Art eines VW Golf (zu einer Zeit, als VW immer noch den Käfer baute), weil dies zu teuer geworden wäre und zu einer „Privatisierung" der Bevölkerung hätte führen können. Die Logik war: Die Bürokratie weiß am besten, was die Menschen brauchen.

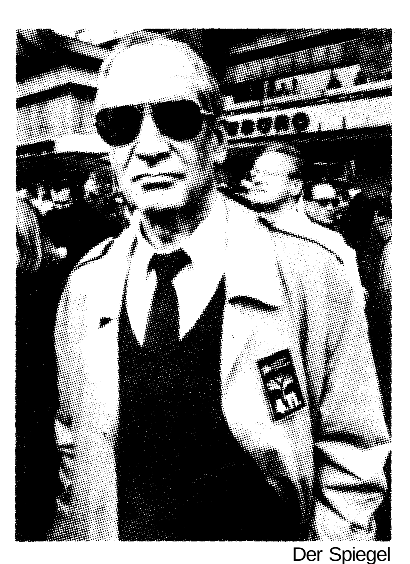
Das gleiche Prinzip steckte hinter der Preispolitik, die keinerlei Bezug zu den Produktionskosten hatte: Um die Geburtenrate zu steigern, wurde alles vom Kinderwagen bis zur Kinderbekleidung hoch subventioniert. Auf der anderen Seite entstanden manche Knappheiten durch die verzweifelten Versuche der DDR-Führung, Devisen zu bekommen durch den Export von Konsumgütern. So war das Spitzenmodell der ostdeutschen Kameras, die Praktica, extrem teuer und in der DDR kaum zu kriegen, weil sie fast ausschließlich für den Export in den Westen produziert wurde. Die arrogante Bevormundung durch die Bürokratie machte die DDR-Bevölkerung wütend und entfremdete sie von „denen da oben".

Doch vor allem konnte die DDR, wie Ulbricht feststellte, sich nicht aussuchen, gegen wen sie im Konkurrenzkampf stand: Verglichen wurde immer mit dem reichen Westdeutschland. Und hier kommt man zurück zur grundlegenden Unmöglichkeit des stalinistischen Luftschlosses vom „Sozialismus in einem Land", selbst in einem relativ fortgeschrittenen Staat wie der DDR. Denn die unerbittliche Macht der billigen (und hochwertigen) Waren ist auf lange Sicht eine größere Bedrohung als die Gefahr einer Militärintervention.

Lenin hat wiederholt betont: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung" („Die große Initiative", Juli 1919). Die grundlegende materielle Basis des Sozialismus ist ein genügend hohes Maß an Überfluß, das eine klassenlose Gesellschaft möglich macht. Karl Marx hat in „Die deutsche Ideologie" (1845/46) unterstrichen, daß die „Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung" für den Kommunismus ist, erstens „weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte". Und zweitens, „weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein *universeller* Verkehr der Menschen gesetzt ist". „Ohne dies könnte", betonte er, „der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren" und „würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben".

Hierin liegt der Grund, warum die relative Stabilisierung, die durch die Berliner Mauer eintrat, letztlich die DDR nicht retten konnte. Obwohl Ulbricht und Honecker es schafften, die Bevölkerung mit Fernsehern, Kühlschränken, Waschmaschinen und (in geringerem Umfang) Autos zu versorgen, konnte das westdeutsche Kapital wegen seines höheren Niveaus der Arbeitsproduktivität billigere und bessere Farbfernseher, schnellere und bequemere Autos und auch neue Produkte wie Videorecorder und Mikrowellenherde liefern. Wieder hat Marx diese Entwicklungen vorhergesehen, als er schrieb, daß, „wenn in England eine Maschine erfunden wird", z. B. der mechanische Webstuhl, dies im weit entfernten Indien und China „die ganze Existenzform dieser Reiche umwälzt". Selbst die ostdeutsche Faszination über Bananen als ein Faktor, der zur Konterrevolution beigetragen hat, wurde von Marx schon vorhergesehen, als er schrieb, „daß der Zucker und Kaffee ihre weltgeschichtliche Bedeutung im neunzehnten Jahrhundert

Von links: Markus Wolf, Heinz Keßler und Erich Mielke. Führende DDR-Repräsentanten werden von rachsüchtigen Herrschern des Vierten Reichs vor Gericht gezerrt



Der Spiegel



AP



Andreas Schoelze!

dadurch bewiesen, daß der durch das napoleonische Kontinentalsystem erzeugte Mangel an diesen Produkten die Deutschen zum Auf stände gegen Napoleon brachte".

Internationale Revolution ist der Schlüssel

In seiner Kritik des Programmentwurfs von Stalin/Bucharin für die Komintern, *Die III. Internationale nach Lenin* (1929), schrieb Trotzki:

> „Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, *wenn nur nicht eine Intewention dazwischenkommt.* Daraus kann und muß ... eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention... Die Aufgaben der Parteien der Kommintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die USSR. vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen."

So wurde das antileninistische, antimarxistische, nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land" im eigenen Land schließlich für andere Länder festgeschrieben in der klassenkollaborationistischen Politik der „Volksfront", bei der die Forderung nach einem Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie die Ausrede dafür war, proletarische Revolutionen abzuwürgen, z. B. in Spanien während des Bürgerkriegs 1936—39. Die westlichen Kommunistischen Parteien hatten nichts anderes zu sein als „Grenzschützer" für die von den Stalinisten beherrschte Sowjetunion.

Und was wäre ein besserer Grenzschutz als eine Mauer? Für Ulbricht/Honecker u. a. war die Berliner Mauer der auf die Spitze getriebene Ausdruck des stalinistischen falschen Bewußtseins, daß sie den „Sozialismus" in *ihrem* Land aufbauen könnten, wenn sie nur eine westliche Militärintervention vermeiden könnten. Das ging Hand in Hand mit dem Aufbau eines überzogenen inneren Sicherheitsapparates, der über den notwendigen Kampf gegen imperialistische Spionage und konterrevolutionäre Subversion hinausging und zu allgemeiner Schnüffelei und intellektueller Unterdrückung führte. Viele DDR-Reformer hofften, daß der relative wirtschaftliche Schutz und die Stabilisierung, die sich aufgrund der Mauer in den ersten Jahren ergaben, zu einer schrittweisen Liberalisierung des Regimes führen würde. Aber die Bürokratie war zutiefst feindselig gegen Arbeiterdemokratie, die ihre privilegierte Position gefährdet hätte. Sie sah in der Mauer eine Garantie für ihre Unsterblichkeit. 1986 inszenierte die DDR-Bürokratie mit großem Pomp und Aufwand die Feiern zu „25 Jahren antifaschistischer Schutzwall" (!), und noch Anfang 1989 sagte Honecker voraus, daß die Mauer noch weitere *hundert Jahre* stehen würde! Aber der „Schutzwall" bekam ein Leck.

Der stalinistische repressive Inhalt der DDR-Politik läßt sich selbst in ihren Erfolgsgeschichten sehen, z.B. bei Honeckers massivem Wohnungsbauprogramm. Von 1970 an wurden mehr als 3,2 Millionen Wohnungen gebaut, so daß über die Hälfte der DDR-Bevölkerung in Neubauwohnungen lebte. Dies war eine mehr als doppelt so hohe Rate pro Kopf wie in jedem anderen deformierten Arbeiterstaat und sogar höher als in Westdeutschland. Es wurde die Entscheidung getroffen, die knappen Ressourcen nicht für die Renovierung der Innenstädte Ostdeutschlands einzusetzen. Bürgerliche Kritiker nennen zwar die neuen Wohnblocks, die gebaut wurden, „Kasernen" und „Silos", doch sie sind im allgemeinen komfortabel und manchmal sogar attraktiv. Solch eine enorme Leistung wurde ermöglicht durch die Perfektionierung von Techniken der industriellen Vorfertigung. Außerdem wurde sie erreicht durch Appelle an das sozialistische Bewußtsein: Die riesigen Ostberliner Plattenbau-Bezirke Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf wurden durch die Mobilisierung der FDJ gebaut. Es gibt allseits bekannte Probleme mit der Qualität. Doch der auffallendste Mangel besteht darin, daß diese riesigen Neubaugebiete *ohne irgendwelche geschäftlichen oder sozialen Zentren* gebaut wurden, weil das Honecker-Regime vor allen unkontrollierten größeren Versammlungen seiner Bevölkerung Angst hatte. Um die wachsende Bevölkerung in den Vororten unter der Vorherrschaft des Dollars zu organisieren, hat der Kapitalismus amerikanischen Stils die Einkaufszentren entwickelt, die nach und nach zu einem sozialen Treffpunkt geworden sind. Aber der DDR-Stalinismus hat im Gegensatz zu seinem kommunistischen Anspruch ganz bewußt versucht, die Bevölkerung dadurch zu *privatisieren,* daß man sie nach der Arbeit nach Hause schickte. (Andererseits hatten die Fabriken ausgiebige soziale und kulturelle Einrichtungen — darunter Kindertagesstätten, Büchereien, Sportklubs —, unvorstellbar in einem kapitalistischen Unternehmen.) Das Fehlen sozialer Einrichtungen in Wohngebieten hat zusammen mit der Schließung aller FDJ-Jugendklubs im Osten nach der Wiedervereinigung eine Rolle gespielt beim Anwachsen von Nazibanden unter den Jugendlichen.

Ähnlich überzogene Sorgen um die soziale Kontrolle zeigten sich im extrem begrenzten Ausbau des Telefonnetzes: Nur ein Fünftel der Bevölkerung hatte Telefon, und höchstens zehn Prozent der Arbeiter. Honecker und Mielke wollten nicht, daß die Arbeiter miteinander kommunizieren konnten, und wollten die Kosten für das Abhören der Telefongespräche niedrig halten.

Das vielleicht berühmteste Beispiel für gescheiterte stalinistische Unterdrückung betrifft das westdeutsche

Fortgesetzt auf Seite 20

Honecker...

Fortsetzung von Seite 19

Fernsehen. Lange Zeit versuchte die DDR, die Bevölkerung davon abzuhalten, Westsender zu sehen. Sie entwickelten eine spezielle Antenne, die keine Signale aus dem Westen empfangen konnte. Als Honecker Chef der FDJ war, führte die Jugendgruppe die „Operation Ochsenkopf" durch, sie stiegen auf Dächer von Wohnhäusern in der ganzen Republik, um die Antennen, die nach Westen zeigten, abzumontieren. In Halle wurden einmal beschlagnahmte Fernseher mit ihren zerbrochenen Antennen auf dem Marktplatz gestapelt, als eine Lektion für die Bevölkerung. In der Grundschule mußten Kinder ein Versprechen unterschreiben, daß sie kein Westfernsehen gucken würden. Aber dann gingen sie nach Hause, um Samson in der Sesamstraße zu sehen. Was Ulbricht/Honecker & Co. erreichten, war, Neunjährige zu bewußten Gesetzesbrechern zu machen!

Schließlich gaben sie es auf, das Westfernsehen zu blokkieren, und man konnte es in der ganzen DDR gucken, wenn man wollte. Außer im Gebiet um Dresden, das in einer Talsenke liegt, die als „Tal der Ahnungslosen" berühmt wurde. Daher hat in den letzten Jahren der DDR die lokale SED- und Stadtführung (Modrow und Berghofer), um populärer zu werden, ein Kabelsystem installieren lassen, so daß auch die Bevölkerung von Dresden Westfernsehen gucken konnte. Statt sich auf wirkungslose Maßnahmen zur Informationskontrolle zu stützen, würde ein wirklich kommunistisches Regime für die Offenheit der Medien eintreten, mit ehrlichen Nachrichten, offenen Diskussionen der Probleme im eigenen Land, kreativer kultureller Entwicklung und aggressiven und glaubwürdigen Berichten über die Realität des Lebens unter dem Kapitalismus. Ironischerweise war das westdeutsche Fernsehen fast so langweilig wie das der DDR, mit lauter langweiligen Talkshows und geleitet von evangelischen Pfarrern und sozialdemokratisch/christdemokratisch/freidemokratischen Politikern, die entschlossen sind, die Bevölkerung mit dem zu versorgen, was ihrer Entscheidung nach gut für sie sei.

Die revolutionäre Antwort auf die sehr reale ideologische Subversion aus dem Westen war nicht, die Antennen umzudrehen, sondern die Sendungen auf den Westen auszurichten, um die kapitalistische Bundesrepublik zu unterminieren. Aber dies ist etwas, was die Stalinisten nicht zustandebringen konnten, denn es kollidierte mit ihrer



Spartakist

Nach Zusammenbruch der Sowjetunion wurde Honecker im Juli 1992 für Schauprozeß zurück nach Berlin verschleppt. Spartakisten protestierten am Flughafen Tegel

Einschränkung von Informationen im eigenen Land und ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz" weltweit.

Die Imperialisten haben bestimmt niemals die Koexistenz mit den Arbeiterstaaten akzeptiert. Als ihre militärische und direkte wirtschaftliche Subversion durch die Berliner Mauer schachmatt gesetzt wurde, griffen sie zu anderen Methoden. Bei einem Vortrag an der Harvard-Universität im Oktober 1962 erklärte der SPD-Führer Willy Brandt: „Wir müssen mit der Mauer leben"., fügte aber hinzu: „In Berlin, wo die Teilung der Welt sich versteinert hat ... gerade dort erhebt sich auch die Forderung, daß wahre Koexistenz nicht einfach gleichbedeutend sein kann mit der Erhaltung des Status quo" (zitiert in Peter Brandt und Herbert Ammon, Hrsg., *Die Linke und die, nationale Frage,* Rowohlt, 1981). Zusätzlich zu den jahrzehntelangen Spionageaktivitäten für die CIA, durchgeführt vom Ost-Büro der SPD (dessen Akten immer noch unter Verschluß gehalten werden, während die Hexenjäger die Hinterlassenschaft der Stasi durchwühlen), versuchten die Sozialdemokraten, die „friedliche Koexistenz" auszunutzen, um den Status quo zu unterminieren. Honecker beschrieb die „Menschenrechts"[4]-Erklärung von Helsinki als „einen Codex der friedlichen Koexistenz für unseren Kontinent". Doch die Imperialisten benutzten die Unterschrift der DDR unter das im Abkommen von Helsinki angeblich verbriefte Reiserecht als eine Speerspitze ihres ideologischen Angriffs auf die Mauer.

Und wie wir wiederholt gewarnt haben, war die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution bei der endgültigen Zerstörung der DDR. Die Ereignisse von 1989 begannen mit der Öffnung der Grenze von Ungarn, wo Tausende DDR-Bürger ihren Sommerurlaub verbrachten, nach Österreich. Diese Entwicklung war das Ergebnis eines Besuchs des Außenministers des neuen sozialdemokratisch orientierten ungarischen Regimes, der im Frühjahr 1989 SPD-Führer in Bonn besuchte, die ihn an Vertreter des Kohl-Regimes weiterreichten. Und nach vollbrachter Tat verlieh Kohl dem ungarischen Ministerpräsidenten Deutschlands höchste Auszeichnung für seine Verdienste um die Konterrevolution, plus einen großzügigen Kredit von 500 Millionen D-Mark!

Während wir Spartakisten von der Internationalen Kommunistischen Liga gegen die *kapitalistische* Wiedervereinigung waren, traten wir für die *revolutionäre Wiedewereinigung* Deutschlands ein, durch antibürokratische proletarische politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen. Dies war durchaus keine unmögliche Perspektive, z.B. Mitte der 70er Jahre, nach den europaweiten gesellschaftlichen Erschütterungen 1968 und der demütigenden Niederlage der USA in Vietnam. Der stark verfolgte linke DDR-Oppositionelle Robert Havemann, der sich trotz des Drucks durch das Regime weigerte, in den Westen zu emigrieren, umriß einiges von dieser Perspektive in einer Antwort, die er zur Frage der Mauer und der deutschen Einheit gab:

> „Auch in Deutschland werden die Grenzbefestigungen fallen. Die Frage ist nur: Welche Seite wird sie einreißen? Von allen Möglichkeiten, die in Betracht zu ziehen sind, wäre die günstigste, wenn es die Erbauer selbst wären, die die Mauer wieder abbauen. Das wäre möglich, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich in Deutschland derart zu Gunsten der DDR verändert hätten, daß es keinen einseitigen Menschenstrom aus der DDR in die BRD mehr gäbe. Schon jetzt übt die DDR auf viele in der BRD eine wachsende Attraktion aus, während als Folge der sich verschärfenden kapitalistischen Krise die Anziehungskraft der BRD auf die Bürger der DDR nachläßt.
>
> Nehmen wir einmal an, in der DDR, aber auch in anderen sozialistischen Staaten und auch in der Sowjetunion

hätte sich ein großer politischer Wandel vollzogen. An die Stelle des bürokratischen Zentralismus wäre wirkliche sozialistische Demokratie getreten. Was heute in den Verfassungen dieser Staaten zwar schon dekretiert ist, die Freiheit der Meinungsäußerung, der Information und der Organisation wäre auch praktisch verwirklicht. Alle Reisebeschränkungen wären aufgehoben. Eine wunderbare Blüte von Kunst und Wissenschaft hätte begonnen, frei sich entfaltend ohne die engstirnige Bevormundung durch halbgebildete Amtsbanausen. Mit einem Wort: Nehmen wir an, in den sozialistischen Staaten wäre der Sozialismus ausgebrochen! Ja, dann hätten wir Mauererbauer die Mauer nicht mehr nötig und der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung wäre nicht mehr weit." (Aus *Die Linke und die nationale Frage)*

Statt dessen strangulierte die Todeshand des Stalinismus jeden Versuch, aus dem bürokratischen Würgegriff auszubrechen, von der schnell unterdrückten politischen Arbeiterrevolution des 17. Juni 1953 bis zu den systematisch gesäuberten, verhafteten und ausgewiesenen sozialistischen Oppositionellen innerhalb und außerhalb der SED. Als also das Regime unter dem unaufhörlichen imperialistischen Druck zusammenbrach, da der sowjetische Führer Gorbatschow im Oktober 1989 seine Unterstützung für Honecker zurückzog und dann im Januar 1990 das grüne Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gab, waren es die rechten und offen konterrevolutionären Kräfte, die diese Öffnung ausnutzten. Selbst viele der prosozialistischen Intellektuellen, die den Appell „Für unser Land" veröffentlichten, der eine „demokratische sozialistische" DDR anstrebte, hatten ein elitäres kleinbürgerliches Programm, das genauso wie die kleinbürgerliche Bürokratie auf die Mauer setzte — als sie erst einmal gefallen war, hatten sie keine Perspektive und verschwanden schnell von der Bildfläche bis auf die Trommler für die antikommunistische Hexenjagd.

Wie Ulbricht 1961 war auch Honecker im nachhinein in der Lage, empirisch die endgültige Sackgasse der DDR, selbst im Rahmen des Sowjetblocks, zu registrieren. In seiner Broschüre ***Zu** dramatischen Ereignissen* schrieb er 1992:

> „Die DDR war mit ihren Fortschritten wie mit ihren Hemmnissen auf das engste mit dem RGW und seinen Möglichkeiten verflochten. Das Potential des RGW reichte nicht aus, um mit der internationalen Entwicklung Schritt zu halten. Zu spät wurde zum Beispiel im gesamten sozialistischen Lager die Herausforderung durchschaut, die uns aus der wissenschaftlich-technischen Revolution, aus der raschen Entwicklung der Hochtechnologie in einigen wenigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern erwuchs."

Aber *warum* die bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten nicht mit dem fortgeschrittenen Kapitalismus Schritt halten konnten, bleibt für die stalinistischen Reformisten ein Buch mit sieben Siegeln. Sie konnten sich wie die meisten der linken Dissidenten keine sozialistische Revolution im Westen vorstellen. Besonders weil Ulbricht und Honecker selber nicht durch eine Revolution der Arbeiterklasse an die Macht kamen, sondern als Folge des sowjetischen Sieges über den Hitler-Faschismus, ist dies kaum überraschend.

In der Tat hat die stalinistische Bürokratie jeden Versuch, die Arbeiterrevolution auf den Westen auszuweiten, *abgewürgt,* besonders 1945—47, als Millionen Arbeiter, im Osten wie im Westen, ein sozialistisches Deutschland forderten; und im Juni 1953, als aufständische ostdeutsche Arbeiter ihre westlichen Klassenbrüder aufforderten, auch in Bonn „aufzuräumen". Nötig wäre eine ganz grundlegende Abrechnung, die bis zu den Wurzeln der stalinistischen Perversion des Leninismus zurückgeht, wie es Trotzki getan hat und was wir Spartakisten fortzusetzen versuchen, um das allergrößte Verbrechen der Bürokratie zu überwinden: die Zerstörung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiterklasse. Dieser notwendigen marxistischen Wiederbewaffnung einer proletarischen Avantgarde widmet die IKL heute ihre Anstrengungen.

Nach Workers Vanguard *Nr. 589, 3. Dezember 1993*

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 11

Zerstörung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Die überall hervorsprießende Unzufriedenheit könnte explodieren, ob in elementaren plebejischen Ausbrüchen, ökonomistischen Gewerkschaftskämpfen oder eher politischen Mobilisierungen gegen die räuberischen Blutsauger. Wie auch immer die defensiven Kämpfe entstehen, es ist notwendig, ein Programmm vorzulegen, das sie vertiefen, ausweiten und umwandeln und sie hin zu einem politischen Kampf der Arbeiterklasse um die Macht führen kann. Auf diesem Weg wird es nötig sein, authentische gewählte Räte zu bilden, damit sie das Proletariat im Kampf für die sozialistische Revolution vereinen und als Rahmen für eine wiederhergestellte proletarische Staatsmacht dienen.

Gegenwärtig ist die Moral des Proletariats der früheren Sowjetunion zerrüttet. Aber dies anzuerkennen, heißt nicht, zu denken, die Arbeiterklasse sei für ein paar Generationen zu kleinen und bescheidenen ökonomischen Kämpfen verdammt. Die jüngsten Streiks zeigen, daß das Potential viel explosiver ist — daß das russische Proletariat, ohne ein bestimmtes politisches Bewußtsein, dazu gebracht werden kann, die klägliche Schwarzmarkt-Kapitalistenklasse herauszufordern, die in der Ex-Sowjetunion gerade dabei ist, sich zusammenzutun. Aber aufzugreifen, was durch wachsende Verelendung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Ausbeutung notwendigerweise hervorgerufen wird, und es hinzuwenden zur Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, erfordert eine revolutionäre Führung in der Tradition der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis.

Nieder mit Jelzin und seiner Ukas-Verfassung! Für proletarische Revolution, um eine wirklich egalitäre und freiwillige Union der Sowjetrepubliken wiederzuschmieden!

Nach Workers Vanguard *Nr. 590, 17. Dezember 1993*

Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!

Nachstehend drucken wir in Deutsch und Türkisch die Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 29. November 1993 ab. Das KfsV ist die mit der SpAD brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation. Mit dieser Erklärung haben unsere Genossen aktiv eine Kampagne für eine Einheitsfrontaktion geführt, die sich auf die Macht der Arbeiterbewegung stützt, die das drakonische Verbot der PKK und von 35 kurdischen Organisationen durch den Oberbullen Kanther zurückschlagen kann. Zusammen mit erweiterten Polizeistaatsmaßnahmen, um in die Wohnungen von allen eindringen zu können, und mit Schäubles Vorschlag, die Bullen durch die Bundeswehr zu verstärken, ist Kanthers Verbot ein massiver Angriff auf die demokratischen Rechte von allen und vor allem der organisierten Arbeiterbewegung.

Was dieses Verbot bedeutet, wurde am 18. Dezember 1993 in Kassel demonstriert. Auf Initiative der SPD-Stadtregierung wurde in letzter Minute ein Verbot über ein kurdisches Kulturfest verhängt, das in einer Sporthalle geplant war. Der Vorwand: Der hessische SPD-Ministerpräsident Eichel hatte an diesem Abend eine Feier mit dem türkischen Botschafter bei einem „türkisch-deutschen Freundschaftsball"! Doch zehntausend kurdische Teilnehmer aus Städten in ganz Deutschland waren bereits unterwegs. Hunderte von Polizisten errichteten Straßensperren in ganz Hessen, um die Busse anzuhalten und zurückzuschicken. Im Stil der Gestapo verteilten sie Erklärungen, wonach das Fest, jede „Ersatz"veranstaltung und „jeder widerrechtliche Aufenthalt" in Kassel verboten sei.

Acht Busse aus Berlin wurden vor Kassel mit der Begründung angehalten, das Fest sei verboten. Alle, auch ganze Familien mit Kindern, verließen sofort die Busse. Im Vorfeld hatte die PKK-Führung versucht, unsere Literatur zu „verbieten[44], aber alle waren scharf darauf, sie zu kriegen. Besonders kurdische Frauen nahmen Stapel der KfsV-Erklärung mit, um sie weiter zu verteilen. Ein Demonstrationszug mit unserem KfsV-Banner an der Spitze bildete sich: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!" Er setzte sich in der Innenstadt in Richtung Sporthalle in Bewegung und wuchs auf 3000 an. Vor der Sporthalle, in der das Fest geplant war, schrien die Bullen rassistische Beschimpfungen und griffen die kurdischen Demonstranten brutal an, darunter Frauen und Kinder, mehrere Demonstranten wurden ernsthaft verletzt und mußten ins Krankenhaus. Die Bullen griffen besonders die kurdischen Fahnen an und versuchten mehrmals, unser Banner wegzunehmen, aber mit der disziplinierten Unterstützung der kurdischen Demonstranten konnten wir es bis zum Schluß verteidigen. Eine kurdische Frau, die mit uns das Banner trug, wurde von den Bullen mit langen Schlagstöcken angegriffen. Sie erzählte uns, daß ihre ganze Familie in Kurdistan getötet worden ist und sie keinen Zentimeter vom Banner weichen würde.

Dreizehn Busse aus Hamburg und vier Busse aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden bei einer Autobahnraststätte aufgehalten. Die überwiegend kurdischen Fahrgäste antworteten auf diese Polizeistaatsmaßnahmen damit, daß sie die Straßensperre in ein kleineres kurdisches Kulturfest und eine fast tausendköpfige Protestkundgebung verwandelten, die Pro-PKK-Sprechchöre rief und den Verkehr blockierte. Unsere Hamburger Genossen beteiligten sich an den Protesten und konnten alle türkischen Schriften und Plakate, die sie mitgebracht hatten, darunter die KfsV-Erklärung, verkaufen und verteilen.

In Hamburg folgte dem Verbot der PKK nächtelange Polizeirandale, mit der Protestaktionen aufgelöst und die Wiederübernahme von PKK-nahen Treffpunkten verhindert wurde. Viele Kurden wurden verhaftet und Dutzenden drohen Strafanzeigen. Am 23. Dezember beteiligten sich die SpAD und das KfsV an einer Einheitsfrontaktion in Hamburg, wo fast 100 Kurden zusammen mit einem Dutzend antifaschistischer Jugendlicher mit den Forderungen demonstrierten: „Weg mit dem Verbot der PKK", und: „Deutsche Panzer, türkische Armee raus aus Kurdistan". Diese erfolgreichen Einheitsfrontaktionen sollten das Sprungbrett dafür sein, die Verteidigung der PKK und anderer kurdischer Vereinigungen in die organisierte Arbeiterbewegung hineinzutragen, besonders in die mächtige IG Metall mit ihrem strategischen und kämpferischen Anteil von kurdischen und türkischen Arbeitern.

Am 26. November brach die Polizei in der berüchtigten Manier der Gestapo in 160 kurdische Einrichtungen ein. Die Bullen drangen auch in Privatwohnungen von Kurden ein, durchsuchten und verwüsteten sie. Jetzt hat Innenminister Kanther (CDU) zusammen mit den Innenministern der Länder das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) sowie 35 anderer Vereine angeordnet, was vor allem die SPD seit langem gefordert hat. Unter dem Vorwand des



Hürriyet

AVRUPA'DA

AĞIR DARBE

Türk halkından Almanya'ya teşekkür

Danke Herr Kohl

Almanya dün sabah PKK'yı terör örgütü ilan ederek, bütün yan kuruluşlarıyla birlikte kapattı. PKK böylece Avrupa'daki en büyük siyasi ve mali desteğini kaybetti.

Kararın açıklanmasından önce, sabah saat 06.00'da Alman Polisi yıldırım harekâtı başlatarak, 11 eyalette birden 35 Kürt dernek ve kuruluşuna baskın yaptı.

Türkische Jubelpresse heizt Nationalismus an. Viertes Reich ist Pate des Völkermords an den Kurden

„Terrorismus" wird zunächst Staatsterrorismus gegen Kurden durchgesetzt und eine rassistische Hetze in ganz Europa in Gang gesetzt. In Frankreich wurden Anhänger der PKK schon verfolgt und eingekerkert. **Die Arbeiterbewegung muß mobilisieren und das Verbot zurückschlagen.**

Scharfmacher Kinkel heizt die Hexenjagd gegen Kurden an, um die Integrität des NATO-Partners Türkei zu verteidigen, laut *FAZ*. Das Vierte Reich ist der Pate des Völkermords an den Kurden; es hat den türkischen Kurdenschlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft. Das Dorf Lice, das vom türkischen Militär vernichtet wurde, erinnert an das tschechische Lidice, das die Nazis verbrannten. Jetzt sind über 1,7 Millionen Kurden auf der Flucht, die diesen Winter vielleicht nicht überleben werden.

Als Reaktion auf den Völkermord gab es Überfälle auf türkische Einrichtungen. Als im Juni kurdische Konsulatsbesetzer die Symbole des Kurdenschlächterstaats Türkei angriffen, haben wir sie gegen staatliche Repression verteidigt. Der Brandanschlag am 3. November auf ein türki-

sches Restaurant war dagegen wahlloser Terror, der durch nichts zu verteidigen ist. Aber wir sind gegen ein Verbot der PKK und gegen alle antikurdischen Repressionsmaßnahmen der deutschen Regierung. Kurden in der Türkei dürfen sich nicht einmal Kurden nennen. Jetzt wird auch hier die politische und kulturelle Betätigung für ein ganzes Volk verboten. Kurdische Werktätige dürfen nicht einmal mehr nach der Arbeit ihre Kantinen aufsuchen und kurdische Musik hören. Zusammen mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland ist das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse.

Ankaras völkermörderischer Krieg in Kurdistan und der rassistische Terror in Deutschland haben sich nach der kapitalistischen Wiedervereinigung dramatisch verschärft. Nach den grausamen Nazi-Morden in Mölln und Solingen hetzt Bonn gegen die Opfer: türkische Jugendliche und Antifaschisten. Gleichzeitig mit der Verfolgung der türkischen und kurdischen Linken tobt die SPD-geführte Hexenjagd gegen alles, was an die DDR erinnert. Gegen die Teile-und-Herrsche-Politik der Imperialisten müssen die kurdischen, türkischen und anderen eingewanderten Arbeiter, die zu Hunderttausenden in den Gewerkschaften organisiert sind, mit ihren deutschen Klassenbrüdern im Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug des Vierten Reichs vereint werden. Bei den monströsen Schauprozessen gegen die PKK haben Gewerkschaftsdelegationen schon protestiert. Was wir gegen Massenentlassungen und Massenabschiebungen brauchen, gegen Staatsterrorismus sowie gegen die Nazi-Mörderbanden, ist die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Dieser Angriff gegen die PKK und Kurden gilt uns allen! Wir brauchen *jetzt* Massenprotestaktionen, die auf der Macht der organisierten Arbeiterklasse beruhen und die Linke, eingewanderte Arbeiter, Immigrantengruppen, Antifaschisten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten vereinen, mit der Forderung: **Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol!**

PKK...

Baştarafi 24. Sayfada

ordusu Kürdistan'dan dışarı!" sloganlarının atıldığı bir birleşik cephe eylemine katıldılar. Bu başarılı birleşik cephe eylemleri, PKK ve diğer Kürt örgütlerinin savunulmasının örgütlü işçi sınıfı hareketine, özellikle de, Kürt ve Türk işçilerinin militan ve stratejik bir parçasını oluşturduğu güçlü IG Metall'e götürülmesi yolunda başlangıç noktası yapılmalıdır.

26 Kasım günü polis, tam bir aşağılık Gestapo tavrıyla, 160 Kürt kuruluşunu bastı. Polis, Kürtlerin oturduğu evleri de bastı ve yaptığı aramalarda bu evleri harabeye çevirdi. Şimdi de, İçişleri Bakanı Kanther (CDU-Hıristiyan Demokratlar) diğer Lânder [Almanya federal devletleri] İçişleri Bakanlarıyla birlikte Kürdistan İşçi Partisi (PKK) ve 35 ayrı örgüte karşı yasaklama kararı çıkarttılar. Yasaklama kararı, başta SPD tarafından olmak üzere, uzun zamandır talep ediliyordu. Şu anda, „terörizm" bahanesiyle, Kürtlere karşı devlet terörü uygulanmakta ve tüm Avrupada ırkçı bir sindirme avı sürdürülmektedir. Fransa'da, PKK destekçilerinin halihazırda peşine düşülmüştür ve hapse atılmıştırlar. **İşçi hareketi seferber olmalı ve bu yasaklamaları geri püskürtmelidir.**

Frankfurter Allgemeine Zeitımg'a göre; kışkırtmacı [Dışişleri Bakanı] Kinkel, NATO ortağı Türkiye'nin entegrasyonunu korumak için, Kürtlere karşı sindirme avını kızıştırmaktadır. Dördüncü Reich, Kürtlere karşı yapılan kıyımın babasıdır. Kürtleri kesen Türk kasaplarının silah deposunu doldurmuştur Dördüncü Reich. Türk ordusunun yerle bir ettiği Lice bizlere Nazilerin Çekoslovakya'da yakıp kül ettiği Lidice'yi hatırlatmaktadır. Şimdi, 1,7 milyonu aşkın Kürt kaçmaktadır. Bu insanlar önümüzdeki kışı çıkartamayabilirler.

Yapılan kıyıma karşılık olarak Türk kuruluşlarına saldırılarda bulunuldu. Türk konsolosluğunun Kürtler tarafından Haziran ayında yapılan işgalinde, Kürt kesen kasap Türk devletinin sembollerine saldırıldığında biz, işgalcileri devlet baskısına karşı savunduk. Ancak* 3 Kasım günü bir Türk lokantasına yapılan kundaklama, tam tersine, fark gözetilmeksizin yapılan terördür ve hiçbir şekilde savunulamaz. Fakat biz, PKK'nm yasaklanmasına ve Alman hükümetinin Kürtlere karşı yaptığı her tür baskıya karşıyız. Türkiye'de, Kürtlerin Kürt olduklarını söylemelerine bile müsaade edilmemektedir. Bütün bir halkın politik ve kültürel faaliyetleri şimdi burada da yasaklanmıştır. Kürt işçilerinin, iş bitiminde kantinlerine giderek Kürtçe müzik dinlemelerine bile izin verilmemektedir. PKK ve diğer Kürt örgütlerinin yasaklanması, bütün Almanya'da işlerin ve sosyal programların yok edilmesiyle birlikte, işçi sınıfına yapılan doğrudan bir saldırıdır.

Kapitalist yeniden birleşme, Ankara'nın Kürdistan'da götürdüğü kıyımcı savaşın ve Almanya'da ırkçı terörün çarpıcı bir şekilde şiddetlenmesine yol açmıştır. Mölln ve Solingen'deki dehşet verici cinayetlerin ardından Bonn bu cinayetlerin kurbanlarının peşine düşmüştür. Bunlar, Türk gençliği ve antifaşistlerdir. Bir yandan Türk ve Kürt solcularının peşine düşülürken diğer yandan da, DDR ile ilişiği bulunan herşeye karşı SPD'nin başını çektiği bir sindirme avı şiddetle sürmektedir. Dördüncü Reich'm yıkım kampanyasına karşı kavgada, emperyalistlerin böl ve yönet politikasına karşı Alman sınıf kardeşleri, sendikalarda yüzbinlercesiyle örgütlenmiş Kürt, Türk ve diğer göçmen işçilerle birlik olmalıdırlar. Sendika delegasyonları halihazırda, PKK'ya karşı yapılan kepazelik gösteri mahkemelerini protesto etmiştir. Gerek duyduğumuz; kitlesel işten çıkarma ve işten atmalara, devlet terörüne ve Nazi cinayet çetelerine karşı işçi sınıfı gücünün salıverilmesidir. Tüm göçmen işçilere tam vatandaşlık hakkı için ileri!

PKK ve Kürtlere karşı yapılan bu saldırı hepimize yapılmış bir saldırıdır. Solcu, göçmen işçi, göçmen gurupları, antifaşistler ve demokratik hakların savunucusu olan herkesi biraraya getiren ve örgütlü işçi sınıfının gücüne temellenen kitlesel protesto eylemlerine hemen şimdi geçilmesi ve **PKK ve Devrimci Sol'a konulan yasaklamalar kahrolsun!** talebinin yükseltilmesi gerekmektedir."

SPARTAKIST

PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!



Kassel, 19 Aralık: SPD'li yerel hükümetin yasaklamasına rağmen binlerce insan protesto gösterisi yaptı

dpa

Aşağıda, TSK'nin (Toplumsal Savunu Komitesi, KfsV) 29 Kasım tarihli bildirisini Türkçe ve Almanca olarak yayınlıyoruz. TSK, Almanya Spartakist İşçi Partisi'nin (ASIP) kardeş savunu örgütüdür. PKK ve diğer 35 Kürt örgütüne karşı polis güçlerinin başı Kanther'in uyguladığı Drakoncu yasaklamayı yenilgiye uğratmak için yoldaşlarımız bu bildiriyle, işçi sınıfı hareketinin gücüne dayanan birleşik cephe eylemi yapılması yolunda aktif kampanya yürütmüştür. Herkesin evlerindeki kişisel gizlilik hakkına tecavüz etmek maksadıyla polis devleti yetkileri genişletildi. Schaube, polis kuvvetlerini Alman ordusuyla (Bundeswehr) takviye etmeyi öneriyor. Bunlara ek olarak Kanther'in getirdiği bu yasaklama, bir bütün olarak, başta örgütlü işçi sınıfı hareketi olmak üzere, her bireyin demokratik haklarına yapılmış bir saldırıdır.

Bu yasaklamanın ne anlama geldiği 18 Aralık günü Kassel'de ortaya döküldü. Spor sahasında yapılması planlanan Kürt kültür festivali, SPD'li şehir yönetiminin müdahalesiyle, son anda yasaklandı. Bunun bahanesi ise; Hassen eyaletinin SPD'li eyalet başkanı Eichel'in o akşam "Türk-Alman Dostluk Balosu!"nda Türk elçisine ziyafet veriyor olmasıdır. Fakat bu arada, onbinlerce Kürt, festivale katılmak için Almanya'nın dört bir köşesinden halihazırda yola çıkmıştı. Yüzlerce polis, otobüsleri durdurup geri çevirmek için bütün Hassen eyaletinde Kassel'e giden ana yolları tuttu ve festivali yasaklandığı gibi, "onun yerini alacak" tüm etkinliklerin ve Kassel'de "izinsiz konaklamanın" da yasaklandığını ilan eden, Gestapo gibi ihtar belgeleri dağıttı.

Berlin'den gelen sekiz otobüs Kassel dışında durduruldu ve yolculara, festivalin yasaklandığı bildirildi. Çoluk çocuk herkes, tüm aileleriyle birlikte hemen otobüslerden indiler. Bunun öncesinde de, PKK liderliği bizim yayınlarımızı "yasaklamaya" çalıştı. Ancak, herkes bu yayınları almaya can atıyordu. Özellikle de Kürt kadınları, aşağıdaki TSK bildirisini, dağıtmak için yığınla aldılar. "PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!" yazılı TSK pankartı önde, bir yürüyüş oluştu. Bu yürüyüş, şehir merkezine doğru spor sahası istikametinde yola çıktı ve sonuçta 3000 kişilik bir yürüyüşe dönüştü. Festivalin yapılmasının planlandığı spor sahasının önünde polis, ırkçı hakaretler savurarak, aralarında kadın ve çocukların da bulunduğu Kürt göstericilerinin üzerine vahşice saldırdı ve bir sürü göstericiyi ciddi bir şekilde yaralayıp hastahanelik etti. Polis özellikle Kürt bayrağım hedef aldı ve birkaç kez, bizim pankartımızı da almak için uğraştı. Ancak, Kürt göstericilerinin disiplinli desteğiyle pankartımızı sonuna kadar savunmayı başardık. Bizimle birlikte pankartı taşıyan bir Kürt kadını, ellerinde uzun coplar taşıyan polislerin saldırısına uğradı. Bu Kürt kadını bize, Kürdistan'da tüm ailesinin katledildiğini ve pankarttan bir santim bile uzaklaştırılamayacağını söyledi.

Hamburg'dan gelen onüç, Niedersachsen ve Schlesvvig-Holstein'den gelen dört otobüs otoban dinlenme durağında durduruldu. Hemen hemen tamamının Kürtlerden oluştuğu bu yolcu kitlesi karşılarına çıkartılan bu yol kesmeyi küçük bir Kürt kültür şenliğine ve PKK yanlısı sloganlar atarak trafiği durduran 1000 kişilik bir protesto ralisine dönüştürerek, bu polis devleti uygulamasına cevap verdiler. Hamburg'dan yoldaşlarımız bu protestoya katıldılar ve yanlarında getirdikleri, TSK bildirisi de dahil, tüm Türkçe yayın ve posterleri sattılar ve dağıttılar.

PKK yasağım Hamburg'da, protesto eylemlerini ve PKK ile ilişkili toplantı yerlerinin yeniden işgalini dağıtmak için günlerce süren polis saldırıları takip etti. Birçok Kürt tutuklandı ve bugün düzinelerce Kürt suçluluk ithamıyla karşı karşıyadır. 23 Aralık günü TSK ve ASIP, Hamburg'da, yüze yakın Kürt'ü ve bir düzine anti-faşist genci biraraya getiren, "PKK yasağı kahrolsun!" ve "Alman tankları, Türk

Devamı 23. Sayfada

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 110 FEBRUAR 1994 50 Pfennig

Kein Burgfrieden für SPD-Regierung/Ampelkoalition!

Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!

Über eine halbe Million Metaller sind innerhalb einer Woche in ganz Westdeutschland entschlossen in Warnstreiks getreten. Damit haben sie nur einen kleinen Vorgeschmack ihrer Macht demonstriert, die mobilisiert werden muß, um die seit dem letzten Krieg beispiellose Provokation der Bosse zurückzuschlagen.

Arbeiter/Immigranten-mobilisierung, um Nazi-Terror zu stoppen!

Mit der Kündigung der Tarifverträge haben Regierung und Metall-Bosse eine Großoffensive auf Arbeitszeit, Urlaubsgeld und den gesamten Lebensstandard der Arbeiter und aller Unterdrückten gestartet, die bis zu einer Unter-Null-Runde und einer Senkung der Lohnkosten bis 15 Prozent geht. Hier geht es nicht nur um gewerkschaftliche Fragen.

Sie wollen das vielgepriesene „Modell Deutschland" mit seinem Lohnniveau und den Sozialleistungen zerreißen. Vom Öffentlichen Dienst, wo die Niedriglöhne im Osten eingefroren werden sollen, zu den Frauen, die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und auf eine Existenz als Gebärmaschinen zurückgeworfen werden, bis hin zu den streikenden Studenten haben alle sehr viel beim Kampf der Metaller zu gewinnen. Besonders in der jetzigen scharfen Krise wird dies nicht durch impotente „Warnstreiks" gelingen, mit denen die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter aufsplittern und ihre Wut verpuffen lassen, um den Ausverkauf vorzubereiten. Jahrelang haben die Bürokraten das „Modell Deutschland" unterstützt, und jetzt wollen sie es gegen das „Modell VW" austauschen. Der IGM-Vize Riester bietet jetzt zur „Kostensenkung" an, was von den Bossen lange gefordert wurde: die Differenzierung der Löhne, Betriebsvereinbarungen statt Flächentarifvertrag und sogar eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit einschließlich Wochenende.



Knut Garthe/NRZ

Mercedes Düsseldorf: Metaller zeigen ihre Wut, aber sie brauchen eine klassenkämpferische Führung, um ihre Macht zu entfesseln

Was wir brauchen, ist harter entschlossener Klassenkämpf wie bei Air France im Oktober, der die Offensive der Bosse zurückkämpfte. Dieser Sieg hat in ganz Europa ein Signal gesetzt. Als die Kapitalisten voriges Jahr die ostdeutschen Metaller aufs Korn nahmen, schlugen die Arbeiter mit einem geschlossenen und machtvollen Streik zurück. Und jetzt müssen die schweren Bataillone der IG Metall in den Kampf gehen, zusammen mit ÖTV und den Stahlarbeitern, wo erneut 25000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen. Darum Vollstreik jetzt, in Ost und West gemeinsam, um die Kampagne der Lohnkürzungen und Entlassungen zu zerschmettern! Wählt Streikkomitees, die aus den kämpferischen Arbeitern in den Betrieben bestehen, zu denen vor allem die eingewanderten Arbeiter zählen!

Jetzt warnen SPD und sozialdemokratische Gewerkschaftsbonzen im Chor mit Bundeskanzler Kohl und

Fortgesetzt auf Seite 18

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Ein Aktionsprogramm gegen die kapitalistische Offensive



TROTZKI

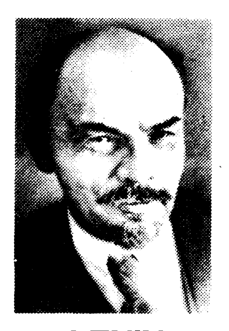
Westeuropa steckt heute in der schlimmsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, während die Kapitalisten den sozialdemokratischen „Sozialstaat" zu demontieren versuchen. Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen die zunehmende Verelendung abzulenken, verschärfen die herrschenden Klassen mit Hilfe der Faschisten die rassistischen Angriffe auf die Bevölkerungsgruppen der Immigranten. In seinen Schriften über Frankreich während der Weltwirtschaftskrise und nach dem Sieg des Nazismus 1933 in Deutschland erklärte Trotzki, daß die Werktätigen die Offensive der kapitalistischen Reaktion nur durch ein Programm und eine Strategie zur Eroberung der Staatsmacht besiegen können.

Bei dem Versuch, sich aus dem Chaos zu erheben, in das sie das Land gestürzt hat, muß die französische Bourgeoisie zuerst das Geldproblem lösen. Eine Fraktion will das durch Inflation, d. h. Ausgabe von Papiergeld, Entwertung der Löhne, Anhebung der Lebenshaltungskosten, Verarmung der Kleinbourgeoisie, erreichen; eine andere durch Deflation, d.h. Einschränkung auf dem Rücken der Arbeiter (Senkung der Gehälter und Löhne), Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, Ruin der kleinen bäuerlichen Produzenten und der Kleinbourgeoisie in den Städten...

Brutale Deflation ist der erste Schritt im Plan der französischen Bourgeoisie. Die Arbeiter werden der Arbeitslosenunterstützung beraubt; die Sozialversicherung wird in Frage gestellt; die Löhne werden herabgesetzt. ..

Nur der Sieg der revolutionären Arbeiter Frankreichs kann jede Möglichkeit eines imperialistischen Krieges ausmerzen und die versklavten Völker Europas und der Kolonien aufwecken. Abkommen und Verträge würden dann zu Staub; die einzig mögliche Lösung, die bereits 1919 gesehen wurde, lautete dann: Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Gegen die imperialistische Blockpolitik, gegen die pazifistische Lüge des Völkerbundes, gegen die Geheimdiplomatie des Krieges und den Irrsinn der Aufrüstung! Überall auf dem alten europäischen Kontinent — geteilt, militarisiert, blutbefleckt, bedroht von der totalen Zerstörung durch einen neuen Krieg — erheben wir das einzige Banner der Befreiung, das Banner der Arbeiter- und Bauernregierung der Vereinigten Staaten von Europa, des brüderlichen Bundes der Sowjetstaaten!...



LENIN

Nur wenn die arbeitenden Massen ihre Zukunft in ihre eigenen Hände nehmen, können und werden sie — vereint in einer mächtigen revolutionären Zuversicht — energisch und eisern die notwendige starke Macht schaffen, um die Gesellschaft von der kapitalistischen Oligarchie zu retten, die sie korrumpiert und in Ruin führt.

Die Aufgabe besteht darin, den kapitalistischen Staat, der für den Profit der großen Ausbeuter funktioniert, durch den proletarischen Staat der Arbeiter und Bauern zu ersetzen. Die Aufgabe besteht darin, in diesem Lande die Herrschaft des arbeitenden Volkes zu errichten. Wir erklären allen Leuten gegenüber, daß es sich nicht um zweitrangige Veränderungen' handelt, sondern daß die Herrschaft einer kleinen Minderheit der Bourgeoisklasse durch die Führung und Macht der riesigen Mehrheit des arbeitenden Volkes ersetzt werden muß...

Die Bourgeoisie wird niemals aus eigenem Willen Maßnahmen zustimmen, die die Gesellschaft aus dem Chaos ziehen können. Sie will all ihre Privilegien beibehalten, und zu ihrem Schutz fängt sie an, faschistische Banden einzusetzen.

Unsere Losung lautet nicht: Entwaffnung der faschistischen Banden des Finanzkapitals durch die Polizei eben desselben Finanzkapitals. Wir weigern uns, die kriminelle Illusion zu verbreiten, daß eine kapitalistische Regierung tatsächlich zur Entwaffnung kapitalistischer Banden schreiten kann. Die Ausgebeuteten müssen sich selbst gegen die Kapitalisten verteidigen...

Leo Trotzki, „Ein Aktionsprogramm für Frankreich" (Juni 1934)



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
\Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 13366 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 110 **Februar 1994**

Proteste gegen Armee-Massaker

Mexiko: Indio-Revolte gegen die „Neue Weltordnung"



Mexico City am 12. Januar: Zehntausende protestieren gegen die blutige Unterdrückung der Bauernrevolte in Chiapas. Grupo Espartaquista de Mexico forderte: „Stoppt die Massaker! Armee raus aus Chiapas!"

Espartaco

Der Bauernaufstand der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas, der am 1. Januar ausbrach, hat genau an dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen in Kraft trat, in die imperialistische Feier der „Neuen Weltordnung" buchstäblich Löcher geschossen. Die brutale Unterdrückung der mexikanischen Massen wurde bloßgelegt, und das darauf folgende blutige Massaker durch die Armee zeigte, daß die Unterdrückung durch Todesschwadronen kein Ding der Vergangenheit ist. Gleichzeitig war der Aufstand eine dramatische Bestätigung dafür, daß radikale soziale Kämpfe gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihren Staat alles andere als vorbei sind.

In Mexico City marschierte am 13. Januar die größte regierungsfeindliche Demonstration seit einem halben Jahrzehnt auf den Zócalo, den riesigen Platz vor dem Präsidentenpalast. Mehr als 100000 Demonstranten verdammten den mexikanischen Präsidenten und riefen „Saunas assasin!" und „Viva Zapata!", in Erinnerung an den Helden der Mexikanischen Revolution 1910—17, der von den Viehzüchtern aus dem Norden erschlagen wurde, die die Macht an sich rissen und sich in „revolutionäre" Rhetorik hüllten, während sie die Bauern und Arbeiter ausbeuteten. Unsere Genossen der Grupo Espartaquista de Mexico (GEM) nahmen an dieser Demonstration und weiteren Protesten teil, wo sie den Rückzug der Armee aus Chiapas forderten und die Arbeiter aufriefen, die Aufständischen zu verteidigen.

Nach dem Beginn des Aufstands gab es in den USA von der West- bis zur Ostküste Protestaktionen gegen die Unterdrückung durch die mexikanische Regierung, die Hunderte von Demonstranten anzogen. Anhänger der Spartacist League/U.S, nahmen mit Plakaten teil, die die Verantwortlichkeit des Yankee-Imperialismus für die Schlächterei im südlichen Mexiko herausstellten. Sogar die Hubschrauber, die mexikanische Truppen zu den Schlachtfeldern in Chiapas transportierten, wurden vom Pentagon gestellt. Im Aufruf zum gemeinsamen Klassenkampf auf beiden Seiten der Grenze forderten Plakate der SL/U.S.: „Sozialistische Revolution vom Yukon bis nach Yucatân".

Bei der Demonstration in Mexico City war die vorherrschende politische Kraft die PRD (Partei der demokratischen Revolution), die nationalistische Opposition unter Leitung von Cuauhtémoc Cârdenas. Zwar ruft Cârdenas zu einem Dialog mit den EZLN-Rebellen auf, dabei hat er sich aber fast überschlagen, um der Armee für die Verantwortung an den Morden Absolution zu erteilen. Angesichts der Massenproteste und vor allem wegen der breiten Sympathie, die der zapatistische Aufstand in den USA fand, hat Präsident Saunas seinen Innenminister gefeuert, einen für seine Brutalität berüchtigten ehemaligen Gouverneur von Chiapas, und zur Versöhnung aufgerufen.

Dennoch führt die Armee weiterhin Razzien unter den indianischen Maya-Völkern von Chiapas durch. Trotz des massiven Truppeneinsatzes waren die zapatistischen Rebellen in der Lage, sich geordnet zurückzuziehen, und besetzten auf ihrem Weg kurzzeitig einige Dörfer. Um aber die imperialistische Vergewaltigung von Mexiko und die brutale Unterdrückung seiner Arbeiter- und Bauernmassen zu beenden, ist es notwendig, das millionenstarke mexikanische Proletariat und die Arbeiterbewegung der USA zu hartem Klassenkampf gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Feinde zu mobilisieren.

Die folgende Erklärung der Grupo Espartaquista de Mexico vom 6. Januar wurde in der Tageszeitung *El Dia* (Mexico City) am 8. Januar veröffentlicht.

---

25 Jahre nach dem Massaker von Tlatelolco wird in Chiapas ein barbarisches Massaker an den aufständischen Indianern und Zivilisten durchgeführt. Gerade jetzt wird die

Fortgesetzt auf Seite 17

Erhardts/Dürkops Große Lüge endet als großer Flop

Berlin: Professor Porstmann siegt über Hexenjäger!

„Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann — Keine Entlassungen!", „Stoppt die Hexenjagd!" So protestierten am Morgen des 20. Januar über 50 Leute vor dem Arbeitsgericht Berlin gegen die Entlassung des Charite-Immunologen Prof. Tomas Porstmann und für seine sofortige Wiedereinstellung. Organisiert worden war der Protest von



Burkhard Lange

Charite-Kollegen, KfsV und Spartakisten protestieren vor dem Arbeitsgericht

Porstmanns Mitarbeitern im Institut für Medizinische Immunologie, die das riesige schwarze Banner mitbrachten: „Wir protestieren gegen die Entlassung von Prof. T. Porstmann", das sie im Sommer vor das Institut gespannt hatten, und vom Komitee für soziale Verteidigung. Das KfsV ist eine nicht-sektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, verbunden mit der Spartakist-Arbeiterpartei. Plakate wurden auch von den Jungen Spartakisten getragen; auf einem weiteren stand: „ÖTV muß Prof. Porstmann verteidigen!"

Porstmann hatte gegen die Humboldt-Universität auf seine Rehabilitierung geklagt, nachdem er unter dem fadenscheinigen Vorwand, er hätte als ein „IMS Labor" für die Stasi gearbeitet, im August 1993 fristlos entlassen worden war. Der wirkliche Grund war, daß er führend an der Spitze des Widerstands gegen die Massenentlassungen an der Charité gestanden und sich geweigert hatte, sich als „IM" für die Dürkop-Diktatur einkaufen zu lassen.

Unter den Sprechern auf der Kundgebung waren Robert Michaels für das Komitee für soziale Verteidigung, Dr. Kate Leiterer vom Physiologischen Institut an der Charité, die selbst entlassen wurde und im April ihren Prozeß hat, sowie Günter Wolter, ein Unterstützer der SpAD in Halle, dem wegen der Stasi-Hexenjagd gekündigt wurde. Prof. Porstmann dankte den Teilnehmern in einer kurzen Rede, bevor er ins Gericht ging.

Aufgerufen zum Protest hatten zahlreiche Beschäftigte an der Charité, Prof. Samuel Rapoport, führender DDR-Mikrobiologe und ebenfalls Opfer der antikommunistischen Hexenjagd, die Dachau-Überlebenden Karl Kielhorn und Eugen Kessler sowie die Spartakist-Arbeiterpartei. Gekommen, obwohl mit Bauchschmerzen, war auch ein Mitglied der PDS-nahen Studentengruppe HDS, trotz HDS-Beschluß, den Protest zu boykottieren. Protestschreiben wurden vorgelesen von Dr. Günter Schmautz aus Ilmenau sowie von Wissenschaftlern in den USA und in Toulouse und Paris, so vom Institut Pasteur, von Eva Brück von der Frauengruppe der Jüdischen Gemeinde in Ostberlin und anderen.

Bei der anschließenden Anhörung — in einem mit über 50 Zuhörern bis zum Platzen gefüllten Saal — erzwang Porstmann eine wichtige Niederlage für die Hexenjäger. Sogar der Richter wies die sprachlose HU-Rechtsanwältin darauf hin, daß ihre Aussichten „nicht gerade rosig" seien, gegen Porstmann zu gewinnen. Die HU war gezwungen, alle Vorwürfe über „Stasi-Tätigkeit", „Unzumutbarkeit*' usw. gegen ihn zurückzuziehen. Die Große Lüge endete als großer Flop; deren Urheber, die HU-Präsidentin Dürkop und der Wissenschaftszerstörer Erhardt wurden als Lügner entlarvt.

Prof. Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die trotz ihrer Mängel humanistisch motiviert war; in der DDR war das mörderische Profittreiben *abgeschafft* worden. Die antikommunistische Hexenjagd gegen alles, was an den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat erinnert, wird aus Rache für die Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 betrieben. Doch als die Hexenjäger zu Porstmann kamen, griffen sie einen beliebten Lehrer und respektierten Kämpfer für Gerechtigkeit an. Monatelang hagelte es Proteste gegen die Entlassung. Die Erwähnung seines Namens in politischen Veranstaltungen an der HU erntete Applaus. Porstmann sagte:

> „Meine Mitarbeiter gehen für mich durchs Feuer... Sie haben ein großes schwarzes Tuch vor unser Institut gespannt, sie haben Protestresolutionen abgeschickt, Unterschriften gesammelt. Also so eine Zumutung für meine Mitarbeiter an der nun *rechtsstaatlich* geführten Universität scheine ich nicht zu sein."

Der Direktor seines Institutes, Prof. R. von Baer, zeugte für ihn als „begabten und charakterlich integren Kollegen" und als „einen der produktivsten Wissenschaftler der Charité".

Das KfsV hat eine bescheidene internationale Kampagne organisiert, um Prof. Porstmanns Fall, im Westen totgeschwiegen, hier und im Ausland bekannt zu machen. Wir mobilisierten Studenten, Gewerkschafter, Linke und Charite-Mitarbeiter, die Flugblätter verteilten, Plakate aufklebten

Fortgesetzt auf Seite 6

Interview mit Professor Porstmann

Anfang November führten wir ein Interview mit Prof. Porstmann durch, aus dem wir einen Ausschnitt veröffentlichen.

Porstmann: Ich wurde geboren im Erzgebirge, dann ist mein Vater nach Leipzig gegangen und dann 1953 nach Berlin. Mein Vater hat während der Zeit des Kalten Krieges in den 50er Jahren überlegt, ob er aus Europa auswandert. Wenn man im Nachkriegseuropa gelebt hat, mußte man erneut mit kriegerischen Auseinandersetzungen rechnen.

Spartakist: Was war er von Beruf?

Porstmann: Mein Vater war Arzt, er war Direktor des Kardiovaskulären Instituts, wahrscheinlich des renommiertesten Institutes der Charité, was man dann kurzerhand zerschlagen und abgewickelt hat. Deshalb mußte man den

„Dazu braucht man Rückgrat, was nicht jedermanns Sache in dieser Wendezeit ist"

Nachfolger meines Vaters, Prof. Münster, unter Stasi-Verdacht entlassen, das ist immer die bewährteste Methode. Prof. Münster hat seinen Prozeß gewonnen, aber er ist nie wieder eingestellt worden. Ein Bild von Prof. Münster, auf Veranlassung des neu berufenen Kardiologen Prof. Baumann am Eingang des ehemaligen Institutes für Kardiovaskuläre Diagnostik aufgehängt, wurde auf Befehl des Dekans Prof. Mau wieder abgenommen. Soweit ist man schon wieder in Deutschland!, zumindest an der Charité.

Mein Vater hatte sehr viele Verbindungen nach Amerika, war im Ausland sehr geschätzt, ist von den Amerikanern für den Nobel-Preis für Medizin vorgeschlagen worden. Mein Vater war bürgerlicher Humanist. Er war der Grundidee des Sozialismus sehr zugewandt, aber er hat sich immer verwahrt gegen die Vergewaltigung dieser Ideen durch Bürokraten und „dumme Funktionäre",

Die erste Garde, auch die geistige Elite, ist während der Naziherrschaft entweder ausgewandert oder liquidiert worden. Da ist praktisch die zweite Garde übriggeblieben, oder die dritte. Ein Haufen Leute, die plötzlich umgeschwenkt sind, die nie davon überzeugt waren, aber die gesehen haben: Nur so können sie ihre Haut retten, nur so können sie, ihrem biologistischen Trieb folgend, ihre kleinbürgerlichen Ideale realisieren, indem man sich mit dem Regime arrangiert.

Genau dasselbe, was sich jetzt auch tut. Leute, die früher, zumindest nach den Worten, stramme Sozialisten waren, beteiligen sich jetzt daran, andere fertigzumachen. Andere, die immer kritisch gegenüber diesem Staat waren - nicht kritisch gegenüber dem Sozialismus — und die genauso kritisch auch diesen neuen Staat beäugen, diese waren weder im alten Staat bequem, noch sind sie im neuen Staat bequem. Diese Leute, die sich nicht zu wenden brauchten aufgrund einer gewissen moralischen Haltung, weil sie nicht käuflich waren — käuflich meine ich jetzt nicht Geld oder so was, aber die geäußert haben das, was sie dachten, was nicht immer bequem war —, die sind in diesem neuen System genauso wenig gefragt. Mein Vater hat es zum Glück nicht miterlebt, was jetzt hier an der Charité, aber auch anderswo geschieht.

Spartakist: Wie ist das mit Ihrer Entlassung? Wann war das, und was ist passiert?

Porstmann: Das war am zweiten Tag meines Urlaubs passiert, mich erreichte das telefonisch am 24. August durch einen Bekannten, der unsere Post versorgte. Das Kündigungsschreiben ist schlicht gesagt eine Sauerei. Daß die Präsidentin der Universität sich hergibt, so etwas zu unterschreiben, ohne mich zu kennen, ist schlimm. Da steht drin, Herr Porstmann identifizierte sich bis zuletzt mit den Zielen der Stasi. Also wissen Sie, ich weiß nicht, was die Ziele der Stasi waren. Ich identifizierte mich auch nicht damit, und ich war parteilos. Ich war an sich bekannt als einer derjenigen, die gegen Borniertheit und Auswüchse in diesem System sehr wohl kritisch Stellung bezogen haben. Ich bin bekannt für meine Aufrichtigkeit und deshalb geachtet bei meinen Kollegen.

Das Kündigungsschreiben der Präsidentin ist geprägt von Wut und Haß auch gegen mich, wahrscheinlich nicht ganz unbegründet. Ich war kurze Zeit Oppositionsführer und habe mich gegen Ungerechtigkeit gewehrt, als man 400 Wissenschaftler an der Charité aufgrund des Einigungsvertrages über Bedarfskündigungen entlassen wollte. Diese Stellen waren von der Finanz- und Wirtschaftskommission damals schon gestrichen. Wir haben damals politischen Widerstand organisiert. Und wir sind gleich zu unserer Klinikumsleitung



Burkhard Lange/ND

Prof. Porstmann dankt Demonstranten. Sein Sieg ist Ermutigung für Tausende

gegangen, wobei ich gesagt habe, die Klinikumsleitung hat hier bloß zwei Möglichkeiten: Entweder, wenn sie dieses Spiel mitmacht und die eigenen Leute sozusagen von hinten abschießt, dann hat sie zurückzutreten und hat moralisch verspielt. Oder aber, sie stellt sich an die Spitze der Charite-Leute und marschiert los und kämpft dagegen, damit es auf diese Art und Weise *nicht* durchgeführt wird. Dazu braucht man allerdings Charakter! und etwas Rückgrat, was nicht jedermanns Sache in dieser Wendezeit ist.«

Professor Porstmann...

Fortsetzung von Seite 4

und Freunde und Kollegen informierten. Aber trotz der breiten Sympathie für Porstmann, die wir vorfanden, war es nicht immer leicht, aktive Unterstützung zu bekommen, denn besonders die Sozialdemokraten haben die Linke und Arbeiterbewegung mit der „Stasi"-Hysterie paralysiert. Und hier galt es, dem Staat, vor dem SPD und PDS auf dem Bauch liegen, offen zu trotzen.

Für Prof. Porstmann ist es ein Erfolg, daß er den Staat zwang, das De-facto-Berufsverbot zurückzunehmen, und dies ist im Interesse *aller* Werktätigen. Doch inzwischen hat die Limbach/Erhardt/Dürkop-Bande Institute und Abteilungen an der Charité gesäubert und verwüstet und eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung geschaffen, so daß hervorragende Wissenschaftler wie Porstmann eine weitere Arbeit dort ablehnen. Die Folgen der fortdauernden Verwüstung sind für wissenschaftliche Forschung, medizinische Versorgung, für die Ausbildung der nächsten Generation über Jahre hinaus unabsehbar. *Die unnachgiebige Opposition zu der antikommunistischen Hexenjagd überhaupt ist in unser aller Interesse.*

Gewerkschaften müssen die Hexenjagd bekämpfen!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten von ÖTV und GEW weigerten sich, einen Finger für Prof. Porstmann zu krümmen, hatte doch der Personalrat fleißig für alle Kündigungen gestimmt. GEW-Personalrätin an der HU, Larissa Klinzing, die im Herbst Lippenbekenntnisse zu einem gemeinsamen Kampf an HU und Freier Universität gegen den Stellenabbau machte, konnte den „politischen" Porstmann-Fall nicht unterstützen — noch nicht einmal die Forderung „Keine Entlassungen": Es käme schließlich darauf an, „warum" man entlassen würde!

Bedeutsamerweise veröffentlichte der Landesbezirk Berlin-Brandenburg der IG Medien am 19. Januar eine Erklärung zu dem Fall. Doch die Bedingung ihrer Solidarität mit Porstmann: Er war's doch nicht gewesen. IG-Medien-Vorsitzende Lindemann schrieb unverblümt, „der eindeutig nachgewiesene Tatbestand" der Tätigkeit als Stasi-IM würde „eine Kündigung rechtfertigen"!

Die Hexenjagd wurde gestartet, gerade um die kämpferischen Elemente aus der Arbeiterschaft hinauszusäubern, die Klasse, konfrontiert mit Schließungen, Massenentlassungen und Lohnraub, zu spalten und zu lahmen. Im Herbst 1991 war dies die größte Keule gegen den Streik der Charité-Krankenschwestern und -Pfleger. Der Würgegriff der DGB-Bürokraten, die Dürkops/Erhardts Dreckarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung verrichten, muß *im politischen Kampf gebrochen werden* mit dem Aufbau einer klassenkämpferischen, revolutionären Führung. Wir brauchen eine wirkliche, trotzkistische Arbeiterpartei, um die Hexenjagd zu stoppen, Arbeitsplätze und Sozialprogramme zu verteidigen!

PDS: Kniefall vor Hexenjägern

Im Schulterschluß mit den Bossen und ihrer „Rechtsstaatlichkeit" versuchte die PDS alles, um den Protest am 20. Januar zu torpedieren. Entgegen früheren Zusagen von Klaus Singer vom Wissenschaftlichen Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, den Protest zu unterstützen und vor dem Prozeß eine Presseerklärung zu veröffentlichen, wiegelte die PDS ab. Der Landesvorstand entschied, den Protest zu verschweigen, weil er voraussichtlich nicht groß genug für ihre Wahlzwecke sein würde! Einzelne PDS-Unterstützer, die auf der „3-L"-Feier am 7. Januar das KfsV-Flugblatt bekommen hatten und am Protest teilnahmen, waren schockiert zu sehen, daß die PDS nicht da war.

Claus Dümde, Reporter des *Neuen Deutschland,* der mehrere Artikel zu Porstmanns Fall veröffentlicht hat, *verhinderte,* daß der Protest im *ND* angekündigt wurde. Vorm Gerichtsgebäude sagte er, KfsV und Spartakisten würden Porstmann „schaden" und ihn „mit Mielke gleichsetzen". Ignoranterweise behauptete er anfangs sogar, es wäre kein einziger Mitarbeiter Porstmanns da! Da er den gemeinsamen Protest nicht als „rot" verteufeln konnte, hetzte er am nächsten Tag im *ND* gegen ehemals „rote Socken" an der HU. Was, wenn Prof. Porstmann kein Parteiloser, sondern SED-Kader gewesen wäre, Herr Dümde?

Doch solche kläglichen Sozialdemokraten sind gewillt, nicht nur den längst vergessenen „sozialistischen Idealen", sondern jedem menschlichen Anstand ins Gesicht zu schlagen. Dümde und andere PDSler argumentierten allen Ernstes, man müsse vor dem Gerichtstermin bloß stillhalten: Die Richter könnten sich sonst „genötigt" fühlen! Hätten 1988 die Tausenden Frauen und Männer in Memmingen vor der Eröffnung des monströsen Abtreibungsprozesses gegen Dr. Horst Theissen nicht protestieren dürfen? Na ja. Die „schwarze Mathilde", bayerische „Justiz"ministerin Berghofer-Weichner und ihre Gehilfen hätten sich doch „genötigt" fühlen können. Hätten die Frauen jüdischer Männer 1938 in der Rosenstraße nicht protestieren dürfen, als ihre Männer verhaftet wurden und abtransportiert werden sollten? Hitlers Schergen hätten sich vielleicht auch „genötigt" fühlen können!

Die Spartakisten haben von Anfang an *alle* Vertreter der DDR, auch Erich Honecker, Erich Mielke und Markus Wolf, sowie alle Opfer der Hexenjagd vor den arroganten Imperialisten und ihrer Siegerjustiz verteidigt — auch die PDS-Jasager. Wir betonen: Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf war es! Die Bourgeoisie von Auschwitz hat gegen die DDR *nichts zu richten!* Wie eine Mitarbeiterin in Prof. Porstmanns Labor sagte: „So haben sie es gemacht. Zuerst griffen sie die Großen an, und dann sind sie der Reihe nach auf alle anderen losgegangen." Und die neuen Herrscher hassen Porstmann besonders, weil er zu Recht *stolz* ist auf das, was er, seine Familie, seine Kollegen in der DDR leisteten.

Prof. Porstmann hat den rachsüchtigen bürgerlichen Staat direkt herausgefordert und konfrontiert, und er hat nicht gekniffen. Denn er hat Rückgrat, im Gegensatz zu den PDS-Feiglingen, deren Kriecherei vor den Herrschern nur deren Appetit geschärft hat. Wir sagen: Hut ab vor Prof. Porstmann, wegen seiner Integrität, seines Mutes und Anstandes. Die Menschheit braucht solche hervorragenden Wissenschaftler, und die nächste Generation braucht solche Lehrer!«

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 5106 55 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endruweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (0203)65892
Halle	SpAD, Postfach 2011 31 06012 Halle Telefon: (0345)29055
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 20402 Hamburg Telefon: (040)323644

JRE lenkt Antifa-Jugend zur Wahlurne

Am 22./23. Januar fand in Frankfurt mit 350 Teilnehmern die zweite Bundeskonferenz der „Jugend gegen Rassismus in Europa" statt. Aber wer Diskussionen darüber erwartet hatte, wie die Faschisten gestoppt werden können, sah sich getäuscht. Während die Spartakisten mit JRElern darüber debattierten, daß die soziale Macht der Arbeiter gegen Nazi-Terror und zur Verteidigung der Immigranten mobilisiert werden muß, hatten die Voran-Organisatoren etwas anderes vor.

Die zweitägige Konferenz gipfelte in einem „Wahlaufruf gegen Rechts". Schon ihr Hauptthema: „1994 — Stoppt die Faschisten im Superwahljahr!" verriet allzu deutlich, worum

Syphilitische Kette des Vierten Reichs: Von SPD, Voran bis Gruppe Spartakus

es den Organisatoren ging. Die Voran-Jusos, seit Jahrzehnten loyale „Opposition" in der SPD, drückten mit 111 zu 53 Stimmen ihren SPD-Wahlaufruf „Deine Stimme gegen Rechts - wähle gegen Faschisten, CDU, CSU und FDP!" durch, gegen wütende Proteste von Jugendlichen, die die Partei der Asylrecht-Vernichtung und Sammellager zu Recht verabscheuen. *Voran* (Februar) reibt sich die Hände: „Damit wurde ein Schritt Richtung Isolierung von der SPD-Basis... verhindert." So wollen die Voran-Jusos auf den Schoß von Scharping und Rau kriechen, um die „Isolierung" der JRE-Basis von revolutionärer Politik zu erreichen.

Wie sollen denn die Faschisten mit einer Stimme für die SPD bekämpft werden? Nehmen wir zum Beispiel Rostock. Dort setzten die braunen Mörderbanden im August 1992 das Programm der rassistischen Volksfront, nämlich der Bonner Biedermänner von CDU bis SPD, in die Tat um. Am Vorabend des Rostocker Pogroms heizte die SPD mit den Petersberger Beschlüssen zu Asylrecht und Bundeswehreinsatz die Pogromisten an. Der Rostocker SPD-Bürgermeister und der SPD-Innensenator waren die Sozialdemokraten vor Ort, die den Nazi-Pakt mit der Polizei autorisierten. Das ist die „SPD-Basis", mit der sich Voran herumtreibt.

Im Juni letzten Jahres folgte auf die Vernichtung des Asylrechts durch die Allparteienkoalition der Brandmord in So ingen. Auf dieser rassistischen Basis hat die SPD eine feste „Sachkoalition" mit der Bourgeoisie geschlossen. Es ist die Funktion einer bürgerlichen Arbeiterpartei wie der SPD, ihre Arbeiterbasis den Kapitalisten unterzuordnen und sie an den bürgerlichen Staat zu ketten. Und dafür will Voran/ JRE Wählerstimmen sammeln! Kein Wunder, daß selbst Voran bei ihrem Wahlaufruf Sodbrennen bekam, nachdem sie ihn bei den Jugendlichen durchgedrückt hat (siehe „Superwahljahr 94 — kein Superjahr", *Voran,* Februar).

Während Voran Schoßhündchen für die SPD züchten will, wollen wir die Arbeiterbasis der SPD von ihrer kapitalistischen Führung brechen. In diesem Kampf ist es notwendig, das Bewußtsein der Arbeiter und Jugendlichen über den Klassencharakter und die Rolle des Staates zu schärfen, um sie für den Aufbau einer revolutionären Führung zu gewinnen. Um die Nazis zu stoppen, kämpfen wir für die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten, genau wie Trotzki in den 30er Jahren zu Arbeitereinheitsfronten gegen die Hitler-Faschisten aufrief, während die SPD zusammen mit der KPD dafür sorgte, daß die Faschisten ohne Widerstand an die Macht kamen.

Natürlich wissen selbst die eingefleischten Voran-Reformisten, daß sie Typen wie Scharping/Lafontaine schlecht an antirassistische Jugendliche verkaufen können. Ohne ein Jota von ihrem Antikommunismus abzurücken, läßt ihr Aufruf deshalb die Option zu, die ost-sozialdemokratische PDS zu wählen. Aber die PDS ist im Grunde genauso Teil der rassistischen Allparteienkoalition: Auf dem Höhepunkt des Rostocker Pogroms bezeugte sie den Beifall klatschenden Anwohnern „Verständnis". Anstatt nach dem Pogrom breit zur großen antifaschistischen Demo gegen die Nazis in Rostock zu mobilisieren, hielten sie eine nationale Versammlung ihrer Ostkomitees in Berlin ab. Während CDU/ SPD im Wahlkampf bei der Hetze gegen „Ausländerkriminalität" wetteifern, will die PDS genau das gleiche: mehr Bullen, die den täglichen staatlichen Terror gegen Immigranten ausüben. Und die dritte Wahloption für die JREler, die kleinbürgerlichen Grünen, fordern rassistische Einwanderungsquoten.

Diese rassistische Volksfront, so will Voran der Jugend vorgaukeln, soll durch die Wahl „gemeinsam gegen rechts" die Nazis stoppen! Aber wie die amerikanischen Trotzkisten 1939 im *Sodalist Appeal* treffend feststellten: „Die faschistischen Banden halten sich nicht an Wahlergebnisse oder irgendeine andere friedliche Maßnahme. Im Gegenteil, die Faschisten planen, an die Macht zu kommen durch die physische Gewalt gegen die Arbeiterbewegung und Antifaschisten allgemein." Damals wie heute ist es dringend notwendig, die mörderischen Nazi-Banden durch Arbeitereinheitsfront-Aktionen zu zerschlagen, wie auch das jüngste Beispiel einer erfolgreichen Arbeiter/Schwarzenmobilisierung gegen den Ku Klux Klan in Springfield, USA, zeigt (siehe Artikel auf Seite 24).

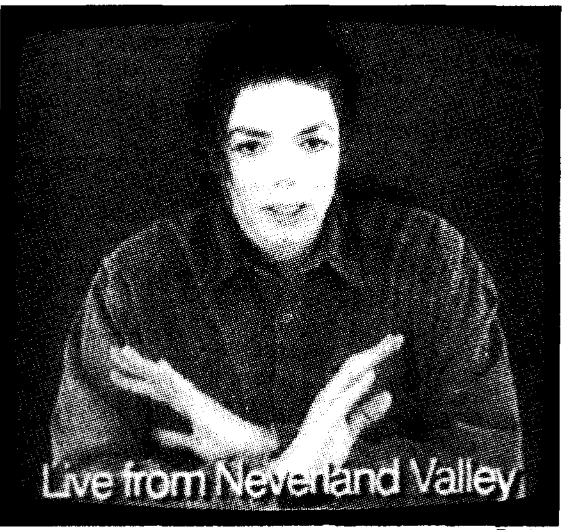
Voran ist über ihre Nabelschnur zur SPD fest mit dem bürgerlichen Staat verbunden. Zwar haben sie ihre Forderung nach „gewerkschaftlicher Kontrolle in polizeilichen Einrichtungen und bei Einsätzen" (Fora«-Broschüre „Jugend für Sozialismus") seit längerem nicht mehr öffentlich vertreten. Doch jetzt hat im Dezember ihre Schwesterorganisation in Britannien, Militant, die einige Tausende auf die Straße bringt, sogar auf der YRE-Konferenz die Linie durchgesetzt, daß die rassistische Polizei „Teil der Arbeiterbewegung" sei! Die Bullen, die am 16. Oktober in London antifaschistische Demonstranten vor der Zentrale der faschistischen BNP brutal zusammengeprügelt haben — dein „Freund und Helfer"? Oder die Bullen, die in Rostock den Nazis den Weg bahnten? In Wirklichkeit dienen die Bullen dem Staat, der in Lenins Worten der „geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse" ist, und daher immer der Feind der Arbeiter, Immigranten und Jugendlichen.

Die Spartakisten haben dagegen in die Massenproteste der antifaschistischen Jugendlichen mit einem Programm interveniert, das zentral darauf zielt, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, einschließlich ihres wichtigen Bestandteils an Immigranten. In Frankreich riefen unsere Genossen der Ligue Trotskyste Eisenbahner und andere Arbeiter auf, die Deportationszüge zu blockieren, die Paris verließen. In Berlin versuchten wir im Januar 1993, am 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, eine Aktionseinheit von Arbeitern, Gewerkschaftern, Jugendlichen und Linken aufzubauen, um ein Wohnheim zu verteidigen. Über 100 Antifaschisten, vorwiegend Jugendliche, nahmen daran teil. Wegen der Unterstützung aus Gewerkschaften und Betrieben hat die Polizei diesen Schutz nicht offen angegriffen. Die JRE lehnte es ab, an dieser Aktion teilzunehmen, und unterstützte statt dessen in ihrem Flugblatt die impotenten Lichterketten rund ums Brandenburger Tor.

Weil die JRE mit militant klingenden Sprüchen einige

Fortgesetzt auf Seite 21

Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!



Reuters

Zwischen die Mühlsteine der Verfolgung durch Regierung und Medien geraten, ist der enorm populäre schwarze Megastar Michael Jackson wegen des Vorwurfs des sexuellen Mißbrauchs eines 12jährigen Jungen das Opfer einer bösartigen Hexenjagd geworden. Die Hexenjagd wurde letzten August in Gang gesetzt, als ein Zahnarzt und Möchtegern-Drehbuchautor offensichtlich versuchte, die Freundschaft seines Sohnes mit Jackson dazu auszunutzen, diesem 20 Millionen Dollar abzupressen sowie das Versprechen, ihn bei seiner Hollywoodkarriere zu unterstützen. Scharen von Polizisten haben die Wohnungen von Jackson nach „Beweisen" durchsucht. Dabei mußte der Sänger sich nackt ausziehen und die demütigende, unerhörte Prozedur über sich ergehen lassen, daß seine Genitalien fotografiert wurden. Spießige Klatschspalten-Schreiberlinge geben ihr Urteil ab über Jacksons langjährige Freundschaften zu Jungen sowie sein Aussehen und seinen Lebensstil.

Die Hexenjagd entwickelte schnell ihr Eigenleben. Im Mittelpunkt der Presseberichte stand der Ort der angeblichen Verführung, Jacksons 1000 ha große Neverland Valley Ranch, benannt zu Ehren des ewigen Kindes Peter Pan: ein Kindertraumland mit Zoo, Karussells, Kino und Indianerdorf. Jetzt behaupten zwei weitere Jungen, Jackson habe auch sie belästigt. Mehrere andere Jungen, die Freunde von Jackson sind (einschließlich des Kinderstars Macaulay Culkin), haben ihn verteidigt, und Elizabeth Taylor hat mutig zu ihm gestanden.

Durch einen Vergleich in der Größe einer achtstelligen Summe will Jackson jetzt weitere, strafrechtliche Prozesse abwenden. Doch egal — seine musikalische Karriere und sein ganzes Leben liegen in Scherben. Der scheue und zurückgezogen lebende Sänger soll selbstmordgefährdet und abhängig von Schmerzmitteln sein, was zum vorzeitigen Abbruch seiner „Dangerous"-Welttour geführt hat, begleitet von Nachstellungen durch Pressefotografen, Sensationsreporter und von Drohungen seiner Sponsoren, ihn wegen Vertragsbruchs zu verklagen. Seine Hauptsponsoren Pepsi und Sony haben ihn fallengelassen, genauso wie Nestlé den Basketball-Star Magie Johnson fallenließ, als er bekanntgab, daß er HIV-infiziert ist. Bei einer Fernsehansprache am 22. Dezember 1993 beschrieb Jackson unter Tränen, welch „grauenhafter Alptraum" sein Leben geworden ist, und bestand darauf, daß er völlig unschuldig sei.

Kapitalistische Reaktion entfesselt Regierungsschnüffelei

Was den Jackson-Skandal so hervorstechend macht, ist die explosive Mischung von Homosexualität, Rasse und kindlicher Sexualität mit der Hexenjagd wegen „Kindesmißbrauchs". Die vom Staat geschürte soziale Reaktion hat rechten Feldzügen Auftrieb gegeben wie dem Angriff der „Lebensschützer" auf das Recht der Frauen auf Abtreibung, den „Keuschheits"programmen für Jugendliche und anderen direkten Verleugnungen der Sexualität von Kindern und Jugendlichen; sie hat zu zunehmender Bigotterie gegen Homosexuelle geführt, zur Kampagne, Pornographie zu zensieren und Menschen einzusperren wegen der Sachen, die sie lesen und sich anschauen, und zu einem allgemeinen Angriff auf das Recht auf eine Privatsphäre. Diese „Moral"-Kampagnen sollen das unterdrückerische Gefängnis der Familie glorifizieren und aufpäppeln, die Hauptinstitution für die Unterdrückung von Frauen und Kindern im amerikanischen Kapitalismus.

Der schärfste Auswuchs der Anti-Sex-Hexenjagd ist die von der Regierung geschürte Hysterie über den „rituellen Kindesmißbrauch" in Kindertagesstätten, in der wilde unmögliche Vorwürfe Hunderte, wenn nicht Tausende von Beschäftigten, Kindern und Eltern eingefangen haben, in einen Alptraum unkontrollierter Hysterie. Dieser Kreuzzug ruft die einschüchternde Atmosphäre der antikommunistischen McCarthy-Verfolgungen der 50er Jahre und der Hexenprozesse von Salem in den 1690er Jahren hervor: Er hat nichts zu tun mit dem Schutz von Kindern und alles mit der Verstärkung traditioneller „Familienwerte"; er soll berufstätigen Müttern, die ihre Kinder in Kitas unterbringen müssen, Schuldgefühle einimpfen, sowie Haß und Bigotterie gegen „Abweichler" aufpeitschen, die nicht dem Diktat des bürgerlichen Establishments entsprechen, wie man sich korrekt zu benehmen habe.

Im letzten Frühjahr war „Kindesmißbrauch" die Kampflosung von US-Präsident Clinton und Justizministerin Janet Reno, die den FBI-Sturm und die Verbrennung einer ganzen religiösen Kommune (einschließlich von Dutzenden schwarzer und weißer Kinder) in der Nähe von Waco, Texas, angeordnet hat.

In diesem zutiefst puritanischen Land sind sexuelle Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen, zwischen Alt und Jung und unter Homosexuellen eine Bedrohung für die sozialen Beziehungen, wie sie von unseren rassistischen bigotten kapitalistischen Herrschern und der religiösen Ideologie, die deren soziale Ordnung aufrechterhalten soll, verordnet werden. Hexenjagden wie die gegen Michael Jackson werden für reaktionäre politische Ziele manipuliert und dienen dazu, die pervertierten und unterdrückerischen Werte der Bourgeoisie durch Einschüchterung zu stützen.

An den Reichen und Berühmten ein Exempel statuieren

Von seinen Anfängen als Kinderstar der Jackson Five in Gary, Indiana, bis zum Riesenerfolg seines ersten Solo-Albums 1979 hat Jackson den größten Erfolg in der Geschichte des Rock 'n Roll „über die Schranken" von Schwarz und Weiß hinweg erreicht. Als ein asexuelles Teenager-Idol (einer seiner Hits war ein Liebeslied für eine riesige Ratte!) erreichte Jackson ein Ausmaß an Popularität beim weißen Publikum, das für die meisten schwarzen Musiker unerreichbar ist; als der Musikvideosender MTV seine berüchtigte „Rassenschranke" 1984 fallenließ, tat er dies mit Michael Jacksons Video „Billy Jean".

Mit 40 Millionen verkauften Exemplaren ist Jacksons *Thriller* das meistverkaufte Album aller Zeiten. Das Interesse der Öffentlichkeit an Jacksons Schrullen und seiner zunehmend bizarren Erscheinung, in der männliche und weibliche, schwarze und weiße Merkmale verschwimmen, ist hoch: 62 Millionen Menschen sahen seinem TV-Interview zu. Heute sieht es so aus, als ob jeder ehemalige

Hamburg: DVU-Schlägerbande in S-Bahn

U-/S-Bahn-Arbeiter: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!

Jetzt ist es amtlich: Der Chef der Schwarzen Sheriffs in Hamburg ist der berüchtigte DVU-Faschist Holger Stippel. Die Bundesbahn, die diese mit Faschisten durchsetzten paramilitärischen Banden seit Herbst 1992 auf den S-Bahnen einsetzt, sieht „keinen Handlungsbedarf', denn diese Schläger wurden angeheuert, um die Bahnhöfe von „Pennern und Punkern rein" zu halten. Mit dem Anstieg des Nazi-Terrors seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gibt es auch eine Verschärfung des alltäglichen Rassismus seitens der Schläger in Uniform. So werden andauernd in Hamburg Immigranten, Schwule, Obdachlose und Leute, die einfach in den S-Bahnen einschlafen, von diesen Sheriffs überfallen. Und Millionen Werktätige werden täglich dazu gezwungen, hilflose Zuschauer dieses Terrors zu sein.

In der SPD-Hochburg Hamburg, der Stadt mit den meisten Millionären in Europa und mit mehr Obdachlosen als in jeder anderen Stadt in Deutschland, agieren die Privatbullen besonders brutal. Ende letzten Jahres wurde ein junger Iraner am Bahnhof Reeperbahn einfach aus der S-Bahn gezerrt, weggeschleppt und mißhandelt. Ähnlich erging es unserem Genossen Volker, der ebenfalls in ein Schaffnerhäuschen gezerrt wurde und dann brutal zusammengeschlagen wurde. Dabei rief der Angriff soviel Empörung hervor, daß beherzte Fahrgäste ausstiegen und gegen die Schläger protestierten. Eine Strafanzeige gegen die brutalen Sheriffs wurde sofort gestellt.

Die Bourgeoisie gibt sich nirgendwo mit der offiziellen Polizei und Armee zufrieden. Selbst in „ruhigen" Zeiten unterhält sie paramilitärische gelbe Streikbrecher-Truppen und private bewaffnete Banden in den Fabriken wie den Werkschutz. Nach dem staatlich geschürten Pogrom in Rostock hat der Bundesgrenzschutz Tausende (darunter viele Skinheads) als Helfer zur Jagd auf Flüchtlinge an der deutsch-polnischen Grenze angeheuert.

Erst vor einem Jahr wurde der Skandal über die „Freiwillige Polizei-Reserve" (FPR) in Berlin bekannt, deren Reihen von Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern durchdrungen sind. Die FPR wurde unter Willy Brandt aufgebaut als antikommunistischer Stoßtrupp gegen die DDR. Jetzt wurde sie weißgewaschen und wird weiter vor Flüchtlingsheimen eingesetzt. Und im Abschiebeknast Glasmoor bei Hamburg sind bereits 14 Schwarze Sheriffs eingestellt.

Die Gewerkschaftsbürokraten schließen mit vollem Bewußtsein die Augen vor der Privatarmee der Bourgeoisie; sonst könnten sie nicht einen Tag lang ihr Bündnis mit der Bourgeoisie aufrechterhalten. Die Reformisten von MLPD bis PDS hämmern den Arbeitern systematisch die Vorstellung ein, daß die hochheilige Demokratie dann am besten gesichert ist, wenn die Bourgeoisie bis an die Zähne bewaffnet ist und die Arbeiter entwaffnet; und schüren Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei immer gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Sie sind für die „gewerkschaftliche Organisierung" der Polizei. Dagegen fordern wir Spartakisten: Polizei raus aus dem DGB. Was die Nazis und ihren staatlich abgesegneten Terror stoppen kann, ist die organisierte Macht der Arbeiterbewegung. U-/S-Bahnarbeiter müssen fordern: Bullen und Wachschutz raus aus den Bahnhöfen.

Jetzt stehen die Arbeiter von ÖTV und GdED vor großen Kämpfen gegen Lohnraub und Massenentlassungspläne. Wie Leo Trotzki im *Übergangsprogramm* von 1938 schrieb: „Die Streikbrecher und die Privatgendarmen in den Fabriken sind die Grundzellen der Armee des Faschismus. Die *Streikposten* sind die Grundzellen der Armee des Proletariats." Für Arbeiter/Immigrantenpatrouillen, um die Bahnhöfe frei zu halten von Nazi-Dreck! Für Arbeiterverteidigung von Immigrantenwohnheimen! Arbeiter von ÖTV und GdED: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!«

Mitarbeiter von Jackson, der etwas gegen ihn hat, im Fernsehen erscheint, während seine Schwester La Toya, die einzige aus der Jackson-Familie ohne Talent, Pressekonferenzen abhält, in denen sie „alles erzählt".

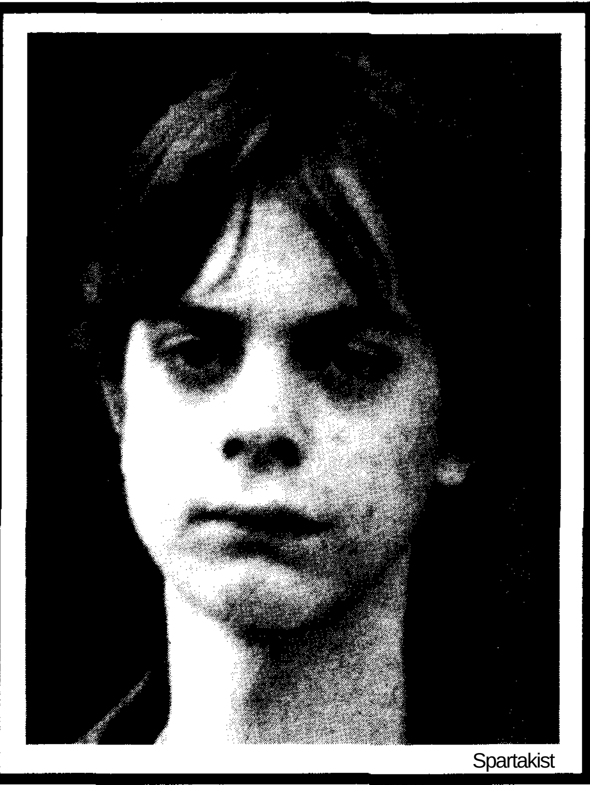
Film- und Musikstars sind wegen ihres hohen öffentlichen Bekanntheitsgrades und ihres üppigen Lebensstils seit Jahrzehnten immer wieder Säuberungen ausgesetzt gewesen, weil sie angeeckt sind an der bürgerlichen Moral oder der herrschenden Politik: die antikommunistische Hexenjagd in Hollywood hat während der 50er Jahre viele Karrieren zerstört. Charlie Chaplin (dessen sozialistische Sympathien FBI-Boß Hoover auf die Palme brachten) wurde wegen „moralischer Verfehlungen" vor Gericht gebracht und aus den USA ausgewiesen. Jerry Lee Lewis, „The Killer", kam auf die schwarze Liste, weil er völlig legal seine 14 Jahre alte Cousine heiratete. Die jetzige Vendetta gegen Jackson kommt direkt nach dem Presse-Massaker an Woody Allen, dessen Affäre mit der 20 Jahre alten Adoptivtochter seiner ehemaligen Lebensgefährtin Mia Farrow „enthüllt" wurde. Danach versuchte Farrow rachsüchtig, ihn mit dem erfundenen Vorwurf hinter Gitter zu bringen, er hätte ihre sieben Jahre alte Tochter sexuell mißbraucht.

Michael Jackson leugnet, irgend etwas anderes getan zu haben, als vollständig bekleidet mit diesem Jungen im selben Bett geschlafen zu haben. Auf jeden Fall gibt es in keiner der Anschuldigungen auch nur einen Hinweis darauf, daß er irgendeinen der Jungen zu irgend etwas gezwungen hätte. Jacksons persönliches Leben geht niemanden außer ihm etwas an. Die drohende Strafverfolgung beruht auf reaktionären Gesetzen über „sexuelle Mündigkeit", mit denen geleugnet wird, daß Kinder und Jugendliche aus sich heraus irgendein Interesse an Sex haben können. Ihr Zweck ist es nicht, Kinder zu schützen, sondern bei Jugendlichen, die Sex haben wollen, Enthaltsamkeit, Schuldgefühle und Angst hervorzurufen. Statt dessen sollte es bei sexuellen Beziehungen die grundlegende Herangehensweise sein, daß sie auf gegenseitigem Einverständnis beruhen, unabhängig vom Alter, dem Geschlecht oder anderen Eigenschaften der betreffenden Menschen. Wenn es auch schwierig sein kann, festzustellen, ob solch ein Einverständnis vorliegt, besonders wenn es um Beziehungen von jungen zu älteren Menschen geht, so sind solche Beziehungen nicht von vornherein der Beweis für Mißbrauch oder Zwang. In Michael Jacksons Fall ist ein äußerst profilierter und verletzlicher berühmter Mensch zum Sündenbock gemacht worden in einem Klima der Hysterie, das von der Regierung geschürt wird. Regierung raus aus dem Schlafzimmer!

Nach Workers Vanguard *Nr. 592, 21. Januar*

Daniel Eggers
1976-1994

Unser geliebter Genosse Daniel Eggers starb am 6. Januar in Hamburg. Er war erst 17 Jahre alt, am 31. Januar wäre er 18 geworden. Daniel wurde mit Lungenentzündung, Hirnhautentzündung und Nierenversagen ins Krankenhaus eingeliefert, von deren Folgen er sich nicht mehr erholte. In ihrem Beileidschreiben über Daniel schrieb unsere Genossin Christine der Spartakusowska Grupa Polski: „Ich habe ihn sofort sehr gemocht. Er hat mich sehr beeindruckt als ein aufmerksamer und einfühlsamer junger Genösse mit einem scharfen und engagierten Verständnis unseres Programms. Er beeindruckte mich auch durch seine große Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit. Es ist furchtbar, daran zu denken, daß sein Leben, das so reif und vielversprechend war, so früh abgebrochen wurde."


Spartakist

Die große Liebe für Daniel zeigten auch die vielen Kränze und Gestecke auf seiner Beerdigung am 15. Januar in seiner Heimatstadt Winsen, an der viele Verwandte, Freunde, Kollegen und unsere Genossen teilnahmen. Neben den Kränzen der Familie gab es wunderschöne Kränze von Kollegen und Patienten von Altenpflegestationen in Winsen und Hamburg, auf denen Daniel während seines Praktikums und seiner Ausbildung gearbeitet hatte. Freunde legten eine liebevoll zusammengestellte Fotoseite am Grabe nieder. Unsere Genossen der verschiedenen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (4. Internationalisten) schickten Kränze, die mit Grüßen seiner Freunde aus Moskau, Britannien und Irland, Mailand, Frankreich und den USA unterschrieben waren. Bei der Trauerfeier wurde Daniels Lieblingslied von Tracy Chapman gespielt. Am 13. Februar werden wir einen Kranz am Denkmal für die Gefallenen der Revolution von 1918—20 auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf niederlegen und anschließend eine Gedenkfeier für unseren geliebten Daniel durchführen.

Wie viele Jugendliche in dieser Gesellschaft repräsentierte Daniel das Beste einer neuen Generation antifaschistischer Jugendlicher. Im November 1992 initiierte er eine Verteidigung eines Immigrantenwohnheims gegen Nazis in Niedersachsen und berichtete darüber im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993). Daniel wurde durch Lenins *Staat und Revolution* vom Anarchismus zur marxistischen Sicht rekrutiert. Seine Eintrittserklärung mit dem Titel „Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats" und damit Kernaussage seines jungen Lebens wurde im *Spartakist* Nr. 104 (Juni 1993) abgedruckt. Seinen Beitrag zu unserem Kampf für eine leninistische proletarische Perspektive drückte Daniel auf der letzten Konferenz der Spartakist-Arbeiterpartei so aus: „Ich bin ja nicht umsonst gerade zu euch gestoßen und nicht vielleicht zu Voran oder JRE oder wem auch immer, sondern eben weil ihr ein Programm habt, das auf den Arbeitern basiert... Und ich denk mir, eigentlich sollte es unsere Aufgabe sein, hart gegen diese Opponenten zu kämpfen und sie zu spalten, um aus ihnen rekrutieren zu können."

Am 9. Januar, als 100000 Berliner zu Ehren von Luxemburg, Liebknecht und Lenin mit Blumen zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde strömten, legten unsere Genossen dort vor dem Denkmal „Die Toten mahnen uns" einen Kranz zu Ehren Daniels nieder. Im Gedenken an Daniel hielt Genösse Alexis Hecht eine Rede, die wir nachfolgend abdrucken:

„Wir trauern hier um unseren Genossen Daniel, den wir am Donnerstag verloren haben. Er war noch nicht einmal 18, er war so jung. Genossen von Moskau und Warschau bis San Francisco stehen auf unserer Seite und auf der Seite unserer Genossen in Hamburg, und wir wollen alle unser Mitgefühl für Daniels Familie ausdrücken.

Daniel kam aus dem autonomen Milieu, brach jedoch politisch mit ihnen über die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung, wozu sie keine Antwort auf seine Fragen geben konnten. Nach dem Rostocker Pogrom initiierte er selbst die Verteidigung eines Immigrantenwohnheims gegen Nazi-Terror in seiner Stadt Winsen an der Luhe, und er kam in Kontakt mit uns. Er nahm an vielen unserer wichtigsten Aktionen teil, zum Beispiel an der Verteidigung eines Immigrantenwohnheims am 30. Januar in Berlin, dem Protest zum Prozeß in Moabit wegen der von uns heruntergerissenen Nazifahne am Brandenburger Tor.

Anfang März war ich mit ihm im Ruhrgebiet, wo wir mit unserer Zeitung in den Streik der Stahlarbeiter intervenierten. Denn er suchte eine proletarische Perspektive. Wir diskutierten über Afghanistan, die russische Frage und die Frauenfrage. Anschließend studierte er *alle* unsere Artikel zu Afghanistan gründlich, weil diese Frage ihm besonders am Herzen lag. So machte er es immer: den Problemen auf den Grund zu gehen. Und genauso in den internen Auseinandersetzungen.

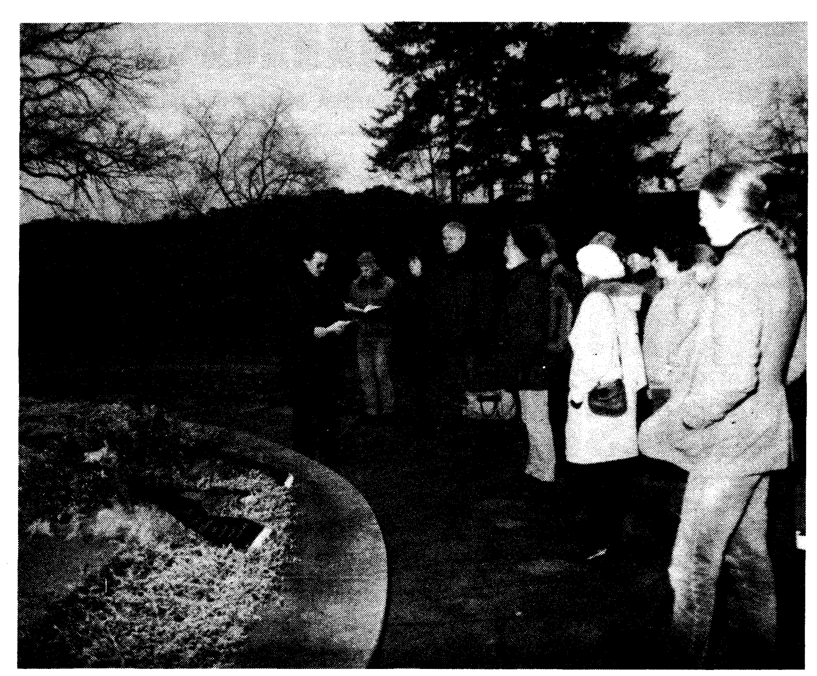
In dieser Gesellschaft, die besonders feindlich ist gegen Immigranten, Frauen, alte Leute, entschied er sich, eine Lehre für Altenpflege zu machen. Er erklärte uns noch im Dezember, wie er diesen in dieser kapitalistischen Gesellschaft typischen Frauenberuf betrachtete: die Leute langsam und behutsam zu behandeln. Was ihm dabei gefiel, ist, daß es viel um Therapie ging, um einen menschlichen Kontakt, und den Leuten zu helfen.

Als er im Mai auf einer Schulung der SpAD einen Reisebericht über andere europäische Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga hörte, war er von dieser inter-



Spartakist




Spartakist

Berlin - 9. Januar. Spartakisten legen früh am Morgen einen Kranz am Mahnmal der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde nieder. Mit kurzen Reden gedachten Freunde und Genossen unseres jungen Genossen Daniel, in der Tradition der Arbeiterbewegung, an diesem Mahnmal Blumen für alle gefallenen Revolutionäre niederzulegen. An diesem Sonntag kamen fast 100000 zu Ehren der Drei L - Lenin, Liebknecht und Luxemburg

nationalistischen Perspektive so begeistert, daß er eine machtvolle Eintrittserklärung schrieb, die wir in unserer Zeitung veröffentlichten. Er zog nach Hamburg um, um besser mit der Partei arbeiten zu können. Im November übernachtete er bei Jana und mir und hörte sich begeistert an, wie unser Genösse Jörge über die Situation in unserer amerikanischen Sektion und die Perspektiven dort mit der Jugend erzählte. Ich war beeindruckt, wie er sich gut auf Englisch unterhielt.

Er ist ein besonderer Schatz für uns, ein Vorbild für eine ganze Generation, die heranwächst und gegen den Anstieg der Faschisten und für eine menschliche Zukunft kämpfen will. Es ist unsere Verpflichtung, die weiteren Daniels zu suchen, die den Kampf unserer gefallenen Genossen Martha, Dirk, Elke fortführen werden für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht, Luxemburg.""

Sofortige Freilassung der fünf Antifa-Gençlik aus Kreuzberg!

Seit Mitte November 1993 sitzen die fünf türkischen und kurdischen Antifaschisten Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahretin in Haft. Anderthalb Jahre zuvor ist in einem China-Restaurant in Kreuzberg dem Leben des faschistischen Funktionärs der Deutschen Liga, Kaindi, ein Ende gesetzt worden. Ein zweiter Nazi, Thorsten Thaler, blieb angeschlagen zurück. Diese Nazi-Typen hatten sich in der Kneipe zu einem finsteren Treffen zusammengerottet. Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen. Jetzt wurden kurz vor dem Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK Jugendliche aus dem Immigrantenbezirk Kreuzberg willkürlich verhaftet und in den Knast gesteckt, weil sie einer integrierten Antifa-Gruppe angehören, die sich gegen Nazi-Terror verteidigen will.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zur Unterstützung der Gefangenen auf. *Sofortige Freilassung der fünf Antifaschisten und Niederschlagung sämtlicher Verfahren!* Spendet an den Freundeskreis der Gefangenen: R. Stüker, Sparkasse Berlin, Konto 240297679, BLZ 10050000, Stichwort „Antifa". Weitere Informationen: Freundinnen und Unterstützerinnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin.

Spartakist-Diskussionskreise

Berlin
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
Donnerstag, 17. Februar, 18.30 Uhr
Staat und Revolution

Halle
SpAD-Tisch, Marktrestaurant
Com-Center, Philipp-Müller-Straße 57, 06110 Halle
Donnerstag, 17. Februar, 19.00 Uhr
Für die Wiederschmiedung der Vierten internationale!

Hamburg
Haus für Alle, Amandastraße 58, 20357 Hamburg
Sonnabend, 19. Februar, 14.30 Uhr
Der Kampf der Trotzkisten gegen Faschismus in Deutschland
Sonnabend, 5. März, 14.30 Uhr
Die Volksfront - Todfeind jeder Revolution

Leipzig
SpAD-Tisch, Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33, 04109 Leipzig
Mittwoch, 16. Februar, 19.00 Uhr
Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Frauen und Revolution





Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)

Women and Revolution: Internationale kommunistische Zeitschrift für die Befreiung der Frau

Im letzten Jahr hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) eine bescheidene Ausweitung unserer besonderen Arbeit zur Frage der Frauenbefreiung begonnen. Der Kampf für Frauenrechte hat nach der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa besondere politische Bedeutung gewonnen. Dort entfesselte die Rückkehr zum imperialistischen „freien Markt" aggressive Angriffe gegen die Rechte, die die Frauen und die Arbeiterbewegung durch die proletarische Eroberung der Staatsmacht in Rußland gewonnen hatten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Osteuropa ausgeweitet wurde. Darüber hinaus haben wachsende innerimperialistische Rivalitäten und die Kampagne der Kapitalisten, die Profite durch noch intensivere Ausbeutung zu erhöhen, ein reaktionäres soziales Klima angefacht, in dem grundlegende Rechte wie das Recht auf Abtreibung zunehmend eingeschränkt oder abgeschafft werden sollen. Wir erwarten daher, daß *Women and Revolution* in den zukünftigen Kämpfen eine größere Rolle spielen wird.

Wenn auch diese Perspektive notwendigerweise vom Umfang her begrenzt ist, so ist sie doch auf die Tradition der Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen ausgerichtet, auf die Autorität ihrer Zeitung *Rabotniza* (Die Arbeiterin) und auf die leninistischen Prinzipien der frühen Kommunistischen Internationale, die ein Frauensekretariat und eine internationale Frauenzeitschrift gründete. Wie wir im *Spartakist* (Nr. 106, September 1993) schrieben:

> „Ein integraler und strategischer Bestandteil unserer Perspektive als Trotzkisten ist es, die Massen der Frauen für die proletarische, revolutionäre Avantgardepartei und den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen. Wie Clara Zetkin 1921 sagte: ‚Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Rätediktatur kein kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frauen. Aber ... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau.' Genau in dieser Tradition intervenieren wir in die Kämpfe zur Verteidigung von Frauenrechten."

Für die IKL als eine leninistische kämpfende Propagandagruppe, die als Volkstribun intervenieren und die bewußtesten, politisch engagiertesten Schichten für den Kampf um den Sozialismus gewinnen will, ist unsere Presse das erste und wichtigste Werkzeug der Organisierung. Die Presse der Avantgardepartei ist ein kollektiver Organisator, der unser revolutionäres Programm zur Arbeiterklasse bringt, zu den Frauen, den Jugendlichen, den besonders unterdrückten rassischen und ethnischen Minderheiten. Unser Ziel ist es, eine Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse in unversöhnlichem Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals führen kann, das uns ausbeutet und unterdrückt. Als Kommunisten wissen wir, daß das Schicksal der Frauen vom Ausgang des Klassenkampfes abhängt.

Leninistische Arbeit zur Frauenfrage

Mit der Präsentation der „Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Parteien" auf dem Dritten Weltkongreß 1921 gründete die Kommunistische Internationale eine Sektion für die besondere Arbeit unter Frauen, die alle nationalen Parteien auf jeder Ebene einbezog. Die Arbeit wurde auf der internationalen Ebene durch das Internationale Kommunistische Frauensekretariat unter dem Vorsitz von Clara Zetkin angeleitet, die auch Herausgeberin der Zeitschrift/)^ *Kommunistische Fraueninternationale* war. Die Frauensektionen, gegründet sowohl auf nationaler als auch auf internationaler



Rabotniza (Die Arbeiterin) erschien zuerst 1914; D/e _Kommunistische Fraueninternationale_ 1921. Die Komintern-Parteien brachten Frauenzeitschriften wie die französische _L'Ouvri re_ (Die Arbeiterin, 11. März 1922) heraus. In Italien enthielt _L'Ordlne Nuovo_ (Die Neue Ordnung) Frauenseiten wie „Die Konferenz der Kommunistinnen" vom 6. April 1922



Kommunisten organisierten den „Ersten Kongreß der Völker des Ostens" 1920 in Baku, Aserbaidschan. Hier zu sehen ist eine Demonstration der Frauengewerkschaft von Baku am 22. August 1920; das Banner rechts lautet auf Aserbaidschanisch: „Lang lebe die Weltrevolution", der russische Text verbindet die „Befreiung der Frauen" mit der „Befreiung der Werktätigen aller Länder". Militante Frauen zogen sogar den Schleier über, um das marxistische Programm zu moslemischen Frauen zu bringen

Archive Jules Humbert-Droz, Schweiz

Ebene, griffen die besonderen Bedürfnisse der Frauen als einer unterdrückten Gruppe der Gesellschaft auf; dabei wurden sie von der Partei angeleitet und versuchten den Einfluß der Partei auf Schichten von Frauen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auszudehnen, deren Beteiligung an der revolutionären Bewegung von zentraler Bedeutung war. Diese Übergangsorganisationen wurden gegründet, um besondere Arbeit unter Frauen durchzuführen, die, niedergedrückt durch das Erbe von Jahrtausenden der Unterjochung, nur durch besondere Methoden in Klassenkampfaktionen einbezogen werden konnten. Die Bolschewiki wiesen die herabsetzende Haltung zurück, nach der die Befreiung der Frauen „Frauenarbeit" sei, und sahen diese als eine Aufgabe der gesamten Partei an; daher begrüßten sie es, wenn männliche Genossen an den Frauenkommissionen, die die Parteiarbeit auf diesem Gebiet anleiteten, teilnahmen.

Die Presse war lebenswichtig für diese Arbeit. Zetkin plante „Frauenseiten" in den Zeitungen jeder Sektion, Frauenzeitschriften der Sektionen *und* eine internationale Zeitschrift, die „allgemeine, allumfassende Berichte wie auch besonders wichtige spezielle Berichte" enthalten und die „Aufmerksamkeit auf gegenwärtige allgemeine Probleme, Aufgaben und Kampagnen" ziehen sollte. Dies war natürlich die Perspektive für die Frauensektion einer millionenstarken Dritten Internationale. Die nationalen Parteien brachten nationale Frauenzeitungen heraus oder richteten Frauenseiten in ihrer Parteipresse ein. Zum Beispiel brachte die Kommunistische Partei Frankreichs *L'Ouvriere* (Die Arbeiterin) heraus, während die Kommunistische Partei Italiens in ihrer Tageszeitung *L'Ordine Nuovo* (Die neue Ordnung) Frauenseiten einführte.

Zetkin stellte *Die Kommunistische Fraueninternationale* vor: „Sie ist zur Zeit das einzige internationale Frauenorgan, das die Probleme der sogenannten Frauenfrage nicht vom brüchigen Boden der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung und in frauenrechtlerischer Perspektive betrachtet, sondern das mit seiner Wertung der Dinge auf dem wetterharten Granit der sozialistischen, der kommunistischen Weltanschauung steht, den Blick unverrückt der Menschheitsbefreiung durch den Kommunismus zugewendet" *(Die Kommunistische Fraueninternationale* Nr. l, April 1921). In den „Thesen" erklärte die kommunistische Frauenbewegung ihre Opposition zum bürgerlichen Feminismus:

> „Solange die Macht des Kapitals und des Privateigentums in den kapitalistischen Ländern besteht, kann die Befreiung der Frau aus der Abhängigkeit vom Manne nicht weiter gehen als bis zu dem Rechte, über ihr eigenes Besitztum, ihren Verdienst zu verfügen und gleichberechtigt mit dem Mann das Schicksal der Kinder zu entscheiden. Das Streben der Feministinnen ... entscheidet nicht die Frage der tatsächlichen Gleichstellung der Frauen und besonders nicht der Frauen der nichtbesitzenden Klassen, was die Arbeiter aller jener kapitalistischen Länder erfahren haben, in denen die Bourgeoisie in den letzten Jahren formell die politische Gleichberechtigung der Geschlechter eingeführt hat."

Die Bolschewik! hoben hervor, daß die Vorbedingung für die Frauenemanzipation der revolutionäre Sturz der kapitalistischen Ordnung ist, die die Frauen als Arbeiterinnen ausbeutet und sie als Haussklavinnen unterdrückt. Nachdem das Proletariat im Oktober 1917 unter der Führung der Bolschewiki die Staatsmacht erobert hatte, ging die sowjetische Regierung sofort daran, alle alten gesetzlichen Hindernisse für die Gleichstellung der Frauen zu beseitigen, sie gab den Frauen das Wahlrecht und brach die Macht der orthodoxen Kirche über Heirat und Scheidung, indem sie beides zu einer einfachen Angelegenheit der zivilrechtlichen Eintragung machte. Aber die Unterdrükkung der Frauen konnte nicht einfach durch Gesetze aus der Welt geschafft werden: Dies erforderte, die Grundlage neuer Lebensweisen dadurch zu legen, daß die Institution der Familie als soziale und wirtschaftliche Einheit durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit ersetzt wird.

Das Ziel der Bolschewiki war, Kindertagesstätten und öffentliche Restaurants zu schaffen, um Frauen die volle Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Sie richteten auch besondere Schulen ein, die Frauen das Lesen und Schreiben beibrachten, und versuchten, Frauen den gleichen Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu verschaffen. Im Osten der Sowjetunion

Fortgesetzt auf Seite 14

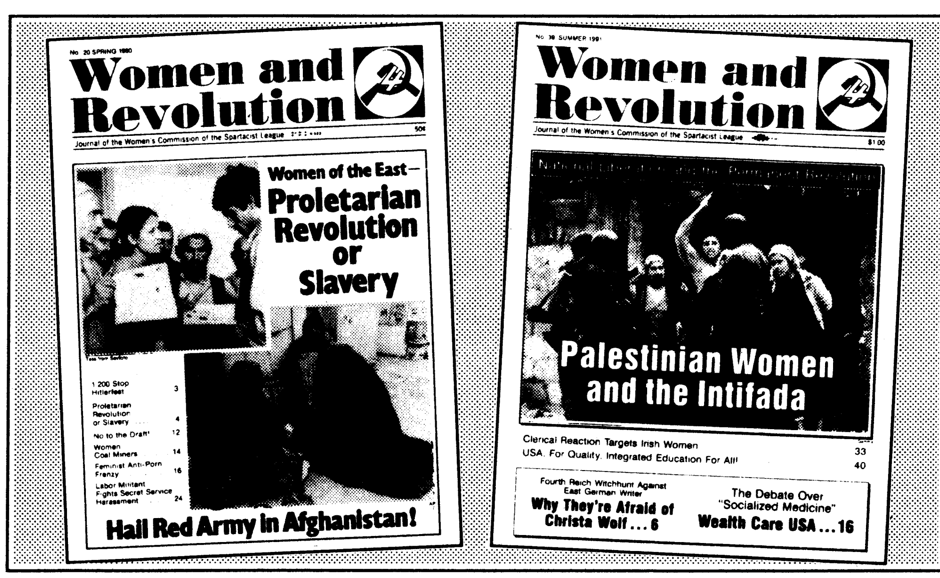
Women and Revolution...

Fortsetzung von Seite 13

legten heroische Kommunistinnen den Schleier an, um die grauenhaft unterdrückten moslemischen Frauen zu erreichen, die, weil sie am meisten zu gewinnen hatten, das Glied sein konnten, das die feudale Kette zerbrechen ließ. Die sowjetische Staatsmacht unterminierte sorgfältig und systematisch die lokalen Stammessitten durch die Demonstration der Überlegenheit sowjetischer Institutionen.

Die wirtschaftliche Rückständigkeit des jungen Sowjetstaates und seine internationale Isolierung durch den feindseligen Weltimperialismus bedeutete, daß die Bolschewik! nur andeutungsweise die gesellschaftlichen Ressourcen in dem großem Maßstab zur Verfügung stellen konnten, der notwendig ist, um die Gleichheit für Frauen zu erreichen. Mit der stalinistischen Usurpation der politischen Macht von 1923 an wurde das bolschewistische Programm selbst aufgegeben. Der Stalinismus zerstörte die Kommunistische Internationale als eine revolutionäre Kraft, indem er sie der falschen Doktrin vom „Sozialismus in einem Land" unterordnete. 1925 stellte *Die Kommunistische Fraueninternationale* ihr Erscheinen ein. Die Frauensektion der Dritten Internationale war eines der ersten Opfer des Stalinismus.

Heute orientiert sich die Internationale Kommunistische Liga an dem Erbe der Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen und verteidigt es gegen die Stalinisten, die es verraten haben, und die bürgerlichen Feministen, die seine Klassenfeinde sind. Wie die Bolschewiki weisen wir den Verrat der Sozialdemokraten und anderer Reformisten zurück, die die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ein paar Krümeln beschwichtigen wollen. Die falsche Vorstellung vom Kapitalismus „mit einem menschlichen Antlitz" soll nur die Macht des Kapitalismus zur Ausbeutung verstärken und somit die vollständige Befreiung der Frauen verhindern. Dies hat sich immer wieder in einem Land nach dem anderen in den Kämpfen der letzten Zeit um das Recht auf Abtreibung, eine einfache Reform, gezeigt. Selbst dieses grundlegende demokratische Recht zu verteidigen bedeutete eine Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat und mit der tief verwurzelten Macht der organisierten Religion. Die Verteidigung der grundlegenden Rechte unter dem Kapitalismus erfordert eine klassenkämpferische Mobilisierung; doch nur der Sturz dieses Systems ein für allemal wird unsere Rechte sichern und die Grundlagen für eine neue Welt legen.



***W&R* sagte 1980 „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!"; nur sowjetische Armee schützte Frauen vor brutaler Unterjochung unter dem Schleier. Artikel von 1991 über die palästinensischen Frauen verbindet Frauenbefreiung und nationale Befreiung mit der trotzkistischen Perspektive der permanenten Revolution im Nahen Osten**

Frauenrechte an vorderster Kampffront

In der neuesten historischen Periode entwickelte sich der Kampf für die Frauenrechte zu einer international wichtigen politischen Streitfrage, als Chomeirii 1979 dem von den USA gestützten Schah im Iran die Macht entriß. Die islamische Diktatur der Mullahs beruhte auf dem uneingeschränkten Recht auf kapitalistische Ausbeutung, der Besitzlosigkeit der Bauern und der allumfassenden Unterdrückung der Frauen. Groteskerweise waren die meisten iranischen und westlichen Linken nicht gegen dieses Regime des theokratischen Terrors, sondern *bejubelten* es. Nur die IKL (damals die internationale Spartacist Tendenz) stellte sich diesem Block mit Chomeini entgegen mit der Losung: „Für Arbeiterrevolution im Iran! Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!" Wir argumentierten, daß die Verteidigung der Rechte der Frauen von zentraler Bedeutung ist für eine revolutionäre Perspektive im Iran, und forderten „Nein zum Schleier!" (siehe „Opportunist Left Paved Way for Khomeini: Social Struggle Shakes IslamieDictatorship" [Opportunistische Linke machte den Weg frei für Chomeini: Soziale Kämpfe erschüttern die islamische Diktatur], *W&R* Nr. 41, Sommer/Herbst 1992).

Als der zweite Kalte Krieg des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion heißer wurde unter Carter und Reagan, entwickelte sich die Verteidigung der Frauenrechte zu einer Schlüsselfrage in anderen Gegenden der Welt. In Afghanistan führten die von der CIA unterstützten feudalistischen Mudschaheddin einen Bürgerkrieg gegen das von der Sowjetunion unterstützte Regime in Kabul. Wenn die Kremlbürokratie auch die Rote Armee aus ihren eigenen Gründen dorthin schickte (Verteidigung einer gemeinsamen Grenze in einem historisch unstabilen Gebiet), so hat das sowjetische Militär doch objektiv das Leben und die Rechte der Frauen verteidigt: Die Reformen des Kabuler Regimes zugunsten der Ausbildung und der legalen Rechte von Frauen standen auf der Abschußliste der Mudschaheddin, die Lehrer erschossen, weil sie kleinen Mädchen das Lesen beibrachten.

In Polen starteten die Imperialisten einen letztlich erfolgreichen Versuch, den Kommunismus zurückzurollen, indem sie die Kirche von Papst Wojtyla als Rammbock benutzten. Der Aufstieg von Lech Walesas klerikalistischer Solidarnosc zu Beginn der 80er Jahre wurde von der CIA, den deutschen Banken und der Wall Street finanziert. Unser Aufruf „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnoœæ" stach scharf hervor als eine Konkretisierung der festen trotzkistischen Position, daß die UdSSR und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen die kapitalistische Restauration verteidigt werden müssen. Später war das Recht der Frauen auf Abtreibung eines der ersten Opfer von Walesas kapitalistischem Regime.

Polen und Afghanistan stellten frühe Schlachtfelder dar beim imperialistischen Frontalangriff auf die Planwirtschaften der von den Stalinisten beherrschten Staaten. Heute gehören die Frauen in ganz Osteuropa und in der Ex-UdSSR zu den größten Verlierern, da das Profitsystem der imperialistischen „Demokratie" in massivem Umfang soziale Errungenschaften zerstört wie das Recht auf Abtreibung,

die kostenlose Ausbildung und reichlich vorhandene Kindertagesstätten. Als einen Begleitartikel zu „Defeat Yeltsin/Bush Counterrevolution!" [Besiegt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!] *(W&R* Nr. 40, Winter 1991/92) druckte *W&R* ein „Interview mit sowjetischen Frauen" ab, das von der Moskauer Station der IKL durchgeführt worden war, in dem zwei sowjetische Frauen über die widersprüchlichen Erfahrungen von Frauen unter dem Stalinismus sprachen und über die ungeheure Verschlechterung der sozialen Verhältnisse für Arbeiter und Frauen, die sie schon unter Gorbatschow und Jelzin erlitten.

Das Anwachsen der kapitalistischen Reaktion war in den 80er Jahren auf der ganzen Welt spürbar, auch in den USA, wo die Reagan-Bush-Jahre als Teil einer allseitigen innenpolitischen Verschärfung einen Angriff gegen das Recht auf ein Privatleben hervorbrachten. Clinton hat den Regierungsfeldzug gegen das Privatleben nur eskaliert; das Signal dafür war die Verbrennung von 86 Männern, Frauen und Kindern in Waco, Texas, durch Janet Reno, „Justiz"ministerin der USA — wegen des „Verbrechens", Mitglieder einer religiösen Sekte zu sein. *W&R* ist wichtig gewesen für unseren Kampf, aktive Kämpfer für unser sozialistisches Programm sowie für die Forderung nach kostenloser Abtreibung auf Wunsch und für die militante klassenkämpferische Verteidigung der Abtreibungskliniken zu gewinnen.

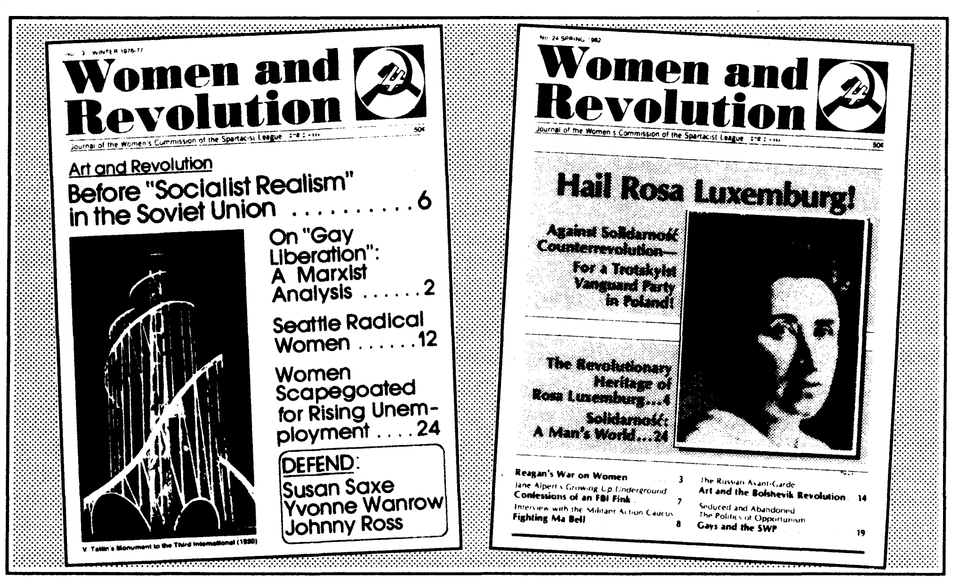
Eine internationale Zeitschrift

Women and Revolution, Zeitschrift der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S, für Arbeit unter Frauen, wurde 1971 gegründet als eine besondere Zeitschrift, die versucht, mit einem kommunistischen Programm in die Frauenbewegung zu intervenieren, die sich aus dem Zerfall der Neuen Linken in den USA entwickelt hatte. Diese Bewegung ist zwar schon längst abgeflaut, doch die SL hat *Women and Revolution* aufrechterhalten, die einzige marxistische Zeitschrift in den USA, die sich der Frage der Frauenemanzipation widmet.

W&R ist immer international orientiert gewesen und hat Beiträge aus allen nationalen Sektionen der IKL veröffentlicht. Außerhalb der USA wird die Zeitschrift regelmäßig in den englischsprachigen Ländern, in denen wir Unterstützer haben, verkauft (Kanada, Britannien, Irland und Australien), und sie hat auch eine begrenzte Leserschaft in Ländern, in denen kein Englisch gesprochen wird. In letzter Zeit ist *Women and Revolution* eine Zeitschrift der gesamten IKL geworden, alle IKL-Sektionen werden auf einer beständigeren Basis um Artikel zu politisch dringenden Fragen gebeten, die die Frauenfrage und damit zusammenhängende Fragen besonderer Unterdrückung berühren.

Von London über Toronto bis Sydney in Australien ist *W&R* bei Immigrantinnen und Frauen der jeweiligen Minderheiten populär, die uns wegen unserer Weigerung schätzen, vor religiöser Rückständigkeit oder frauenfeindlichem Nationalismus zu kapitulieren. Unser Artikel „80 Million Women Maimed: The Crime of Female Genital Mutilation" [80 Millionen Frauen verstümmelt: Das Verbrechen der genitalen Verstümmelung von Frauen] ist besonders von afrikanischen Frauen in London gekauft worden und in Frankreich, wo er in einer französischen Übersetzung in *Le Bolchevik,* der Zeitung der Ligue trotskyste de France, erschien. „Korean Women Expose ,Comfort GiiT Atrocities: Japanese Imperial Army Enslaved Women" [Koreanische Frauen decken Greueltaten an ‚Freudenmädchen' auf: Die kaiserliche japanische Armee versklavte Frauen] erschien auf Englisch in *W&R* Nr. 41 (Sommer/Herbst 1992) und auf Japanisch in *Spartacist Japan* Nr. 13 und stieß auf großes Interesse bei einer Vielzahl von politischen und kulturellen Veranstaltungen in Japan, die von Koreanern der zweiten und dritten Generation organisiert wurden zur Frage der Frauen, die durch die japanische Armee zur Prostitution gezwungen worden waren, und zum Kampf für Bürgerrechte im rassistischen Japan.

Der kapitalistische Staat geht Arm in Arm mit seinem natürlichen Verbündeten, der religiösen Reaktion, gegen Frauenrechte in Ländern wie Italien und Irland vor, wo die Kirche historisch eine dominierende politische Kraft ist. In „Vatican Leads Onslaught Against Abortion Rights" [Vatikan führt Angriff gegen das Recht auf Abtreibung] *(W&R* Nr. 41) forderte die Lega Trotskista d'Italia: „Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer! Für die vollständige Trennung von Kirche und Staat!"



W&R schreibt über vielseitige Aspekte von Gesellschaft und Kultur: links ein Artikel über Kunst in der Sowjetunion vor dem Aufstieg des Stalinismus (Nr. 13, Winter 1976/77). Rechts erinnern wir an das revolutionäre Erbe von Rosa Luxemburg, im Kampf gegen die Konterrevolution von Solidarnosc in Polen (Nr. 24, Frühjahr 1982)

In Irland steht der mächtige Würgegriff der katholischen Hierarchie auf jeden Aspekt des sozialen Lebens, von der medizinischen Versorgung bis zur Ausbildung, hinter der Verweigerung des Rechts auf Abtreibung und Scheidung. Zum Teil durch unsere Intervention in die irische Studentenbewegung für das Recht auf Abtreibung hat die IKL eine kleine Sektion in Dublin geschmiedet, die Dublin Spartacist Group, die mit großem Einsatz *Workers Hammer,* die Zeitung der britischen Sektion, und *Women and Revolution* an junge Leute verkauft hat, die begierig sind, nicht nur über den Kampf für Frauenrechte in Irland zu lesen, sondern auch über die Lebensbedingungen von Frauen weltweit. Für sie ist *W&R* ein Fenster in eine viel größere Welt.

Eine bescheidene internationale Ausweitung

Im letzten Jahr hat die IKL, um den politischen Einfluß unserer Frauenzeitschrift weiter auszudehnen, die bescheidene Perspektive entwickelt, in den nichtenglischsprachigen Zeitungen der Sektionen einige Artikel übersetzt unter dem W&ft-Kopf zu veröffentlichen. Zu den IKL-Publikationen, die diesen Vorschlag bis jetzt aufgegriffen haben, gehören *Spartakist,* Zeitung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), *Spartaco,* Zeitung der Lega Trotskista

Fortgesetzt auf Seite 16



Die Internationale Kommunistische Liga bringt Artikel zur Frauenbefreiung als eigene Seiten heraus, unter anderem in Platforma Spartakusowcow der Spartakusowska Grupa Polski, im Spartaco der LegaTrotskista d'Itaiia und im *Spartakist*

Women and Revolution...

Fortsetzung von Seite 15

d'ltaiia (LTd'I), und *Platforma Spartakusowców,* Zeitung der Spartakusowska Grupa Polski (SGP). Die SpAD und LTd'I haben Übersetzungen des *W&R-Artikels* „From Hast Berlin to Tashkent: Capitalist Counterrevolution Tramples on Women" (Nr. 42, Frühling/Sommer 1993) [Von Ostberlin bis Taschkent: Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum] *(Spartakist* Nr. 104 und 105, Juni und Juli 1993) veröffentlicht, der eine trotzkistische Analyse der Auswirkungen der „Märkte-Konterrevolution auf Frauen in Deutschland, Polen, Rußland und dem ehemals sowjetischen Osten ist.

Aus Warschau berichten Genossen der SGP, daß Verkäufe der neuen *Platforma* mit den Seiten *Kobiety i Rewolucja* unter der Losung „Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!" nicht durch geringes Interesse begrenzt werden, sondern durch die beschränkten Möglichkeiten unserer kleinen Gruppe zu intervenieren. Leser wählen oft *Spartakist,* die Zeitung der SpAD, wegen der Seiten *Frauen und Revolution* darin und weil sie häufig deutsch lesen können, während Englisch-Kenntnisse viel seltener sind. Die Zeitung stößt nicht nur bei jungen Frauen auf Interesse, sondern auch bei Arbeiterinnen mittleren Alters und bei jungen Männern. Ein Leser erzählte uns, daß das drakonische Antiabtreibungsgesetz, das von der polnischen Regierung durchgedrückt wurde, die Schulden der neuen kapitalistischen Herrscher bei der Kirche abtragen soll. In Polen wächst die antikapitalistische Stimmung, was sich bei den letzten Wahlen widerspiegelte, wo die hohe Stimmabgabe für die beiden Parteien, die mit dem früheren stalinistischen Regime verbunden waren, allgemein darauf zurückgeführt wurde, daß dies zumindest teilweise eine Protestwahl gegen das Abtreibungsgesetz war. Bei einer antifaschistischen Demonstration, an der sich kürzlich 1500 engagierte und entschlossene Jugendliche beteiligten, wurde unsere Zeitung häufig durch unsere *W&R-Seiten* verkauft, nicht nur an junge Frauen, sondern auch an junge Männer, die Abzeichen mit antiklerikalen Losungen an ihrer Jacke trugen.

In Deutschland lasten die Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution in der ehemaligen DDR schwer auf den Frauen, sie sind in großer Zahl arbeitslos und genießen nicht mehr die Sozialleistungen der Planwirtschaft. Wo früher mehr als 90 Prozent der Frauen beschäftigt waren, ist dieser Anteil jetzt brutal halbiert worden; die Geburtenrate ist stark gefallen, da Frauen das Gefühl haben, daß ihre Kinder keine Zukunft haben. Wir sind mit den Seiten *Frauen und Revolution* auf die Straße gegangen, als der verhaßte Paragraph 218, der das Recht auf Abtreibung rigoros einschränkt, im Osten in Kraft trat, während gleichzeitig reihenweise Kindergärten geschlossen wurden. Genossen verkauften über 150 Zeitungen bei Protestdemonstrationen in Halle und Leipzig.

Zukunftsperspektiven

Durch die Einführung der *W&R-Seiten* hat die IKL nicht vor, jeden Artikel zur Frauenfrage in dieser Rubrik erscheinen zu lassen, was fälschlicherweise die Frauenfrage programmatisch vom Klassenkampf als ganzem abtrennen würde. Zum Beispiel muß *Workers Vanguard* als die wichtigste Publikation der SL/U.S. diese Frage aufgreifen und tut dies auch häufig — es ist dem Leninismus fremd, diese strategische politische Frage als „Frauenarbeit" zu isolieren.

Eine der Stärken von *Women and Revolution* in all den 22 Jahren war die Veröffentlichung von Artikeln aus dem „Archiv des Marxismus", die die Geschichte der marxistischen und bolschewistischen Arbeit zur Frauenfrage aufgegriffen haben, zum Beispiel der zweiteilige Artikel „Foundations of Communist Work Among Women" *(W&R* Nr. 8 und 9, Frühjahr und Sommer 1975), erschienen als „Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland" in *Kommunistische Korrespondenz* [Vorläufer des *Spartakist]* Nr. 20 (November 1977) und Nr. 22 (Juli 1978), und „Early Bolshevik Work Among Women of thé Soviet East" [Frühe Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen des sowjetischen Ostens] *(W&R* Nr. 12, Sommer 1976). Die Zeitschrift versucht auch anthropologische Fragen aufzugreifen, in Übereinstimmung mit dem marxistischen Verständnis, daß die Wurzeln der Frauenunterdrückung und der Institution der Familie in der frühen Trennung der menschlichen Gesellschaft in Klassen liegen, wie Friedrich Engels in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" geschrieben hat. *W&R* hat sich auch mit Fragen wie dem Zusammenhang von Gesellschaft und Kultur beschäftigt, zum Beispiel im Artikel „Planning for Collective Living in thé Early Soviet Union: Architecture As a Tool of Social Transformation" [Planung für kollektives Leben in der frühen Sowjetunion: Architektur als Mittel der sozialen Umwälzung] *(W&R* Nr. 11, Frühjahr 1979).

Als eine Zeitschrift der marxistischen Kultur, die die sozialistische Antwort auf die Frauenfrage betont, die jeden Menschen auf der Welt berührt, ist *Women and Revolution* ein wertvolles Werkzeug zur Wiederbelebung einer internationalen kommunistischen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Sie ist eine der am besten geeigneten Plätze, wo die Internationale Kommunistische Liga die befreienden Ziele des Kommunismus und den notwendigerweise globalen Kampf für eine klassenlose Gesellschaft wieder in den Vordergrund stellen kann.

Übersetzt aus Women and Revolution *Nr. 43, Winter 1993/Frühjahr 1994*

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 3

blutige Unterdrückung durch massive Bombardierungen gesteigert, die an die Bilder der Yankee-Invasion in Panama oder den „Konterguerilla"-Krieg in El Salvador erinnern. Die Grupo Espartaquista de Mexico fordert: Stoppt die Bombardierung! Stoppt die Massaker! Armee raus aus Chiapas!

Die ganze Welt sah auf die Revolte in Chiapas, hat diese doch das sorgfältig gepflegte Image als Lüge entlarvt, daß die ganze mexikanische Bevölkerung das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) willkommen geheißen hätte. Es wurde durchgepeitscht, und jegliche Diskussion in 'der Bevölkerung sollte angesichts dieser imperialistischen Plünderung erstickt und verborgen gehalten werden. Der Aktienmarkt fiel nach der Nachricht des Aufstands und erholte sich erst wieder nach Berichten, daß die Armee Gruppen von Aufständischen niedergeschossen hatte, die sich aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückzogen. Die Revolte spiegelt die wachsende Verzweiflung von Millionen Mexikanern wider, die auf die Straße geworfen wurden und durch die NAFTA-Vereinbarung vor einer Zukunft von verschärftem Elend und gesteigerter Unterdrückung stehen. Der Vertrag wird zwar eine dünne kapitalistische Elite bereichern, aber das Elend von Millionen von Bauern vertiefen, die vor der Gefahr stehen, ihre kleinen Stücke Land zu verlieren, das Elend von Arbeitern, die aus den Fabriken geworfen werden, das Elend der Millionen Notleidenden, die gezwungen werden mit anzusehen, wie ihre Kinder Hunger leiden und von der Schule fliegen. Um NAFTA zu Fall zu bringen, ist es dringend notwendig, einen internationalistischen Arbeiterkampf zu entfalten, der die Arbeiter Mexikos, der USA und Kanadas vereint.

Trotz all der Erklärungen, daß die Unterdrückung im Stil von 1968 „ein Ding der Vergangenheit" sei, wird in Chiapas einmal mehr die eiserne Faust des kapitalistischen Staates gezeigt, dessen Funktion es ist, die Ausbeutung und Unterdrückung im Interesse der herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten. Diese Unterdrückung, die Straßen und Felder mit den Leichen von EZLN-Mitgliedern übersät hat (einige wurden mit Genickschuß gefunden, mit gefesselten Händen, wie die internationale Presse berichtet), wurde ergänzt durch Drohungen und rassistische Erklärungen über die „Manipulierung der Indianer" (als ob sie nicht selbst denken könnten) durch „fremde Hände", durch die eine Hexenjagd-Atmosphäre angefacht werden soll.

Seit Jahrzehnten ist das Gesetz in Chiapas das Gesetz des Revolvers und der Peitsche, durchgesetzt von den Latifundistas, den großen Viehzüchtern und Waldbesitzern, die die Indianer in ein System rassistischer Unterdrückung gezwungen haben, das sich nicht sehr von der Apartheid unterscheidet. Die brutale Unterdrückung ihrer Gemeinden, die Ermordung von Lehrer-Aktivisten durch gemietete Revolvermänner, die Zwangsvertreibung von Familien, die von den Caciques (Dorfobersten) beschuldigt werden, Evangelisten zu sein, die Verfolgung von Einwanderern und die jüngste Serie von Morden an Homosexuellen im Stil der Todesschwadronen: Das ist die tagtägliche Realität des Lebens in diesem Bundesstaat.

Der kapitalistische Staat schickt Hubschrauber und Flugzeuge gegen die alten Gewehre und Macheten der Aufständischen, um alle zu terrorisieren, die es wagen, seinen Plänen Widerstand zu leisten, während er sein internationales Image mit hohlen Worten über einen „Dialog" verschönern will. Jetzt, wo die Chiapas-Indianer mit Blut und Feuer unterdrückt werden, die entschieden haben, ihrer Stimme trotz der Behinderung und Verachtung durch die verschiedenen Behörden Gehör zu verschaffen, warnen die Parteien der bürgerlichen „Opposition" vor „Exzessen", aber sie eilen zur Verurteilung der Opfer der militärischen Unterdrückung und maßregeln sie, die Bedeutung von „Demokratie" nicht zu verstehen oder bei „Gewalt Zuflucht zu nehmen".

Als marxistische revolutionäre Organisation betont die GEM gegenüber denjenigen, die gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpfen wollen, daß es *die Macht der Arbeiterklasse* ist, nicht ländlicher Guerillakampf, die — wenn sie auf dem Programm der internationalen sozialistischen Revolution organsiert ist — NAFTA besiegen und die enteigneten Bauern und alle Unterdrückten gegen das Elend und die Barbarei des kapitalistischen Systems mobilisieren kann. Angesichts der Unterdrückung in Chiapas ist es eine dringende Pflicht für die Arbeiterklasse, die mutigen indianischen Aufständischen und alle Opfer der bürgerlichen Unterdrückung zu verteidigen. Die GEM als Teil der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) verurteilt dieses Massaker und kämpft für den Aufbau der leninistischen Avantgardepartei, die die Werktätigen dieses Landes so dringend benötigen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr.* 592, 27. *Januar*



Barcelona, 10. Dezember 1993. SEAT-Gewerkschafter protestieren gegen Massenentlassungen, überrollen die Bürokraten und stürmen das katalanische Landesparlament

Reuter

Kein Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 1

Gesamtmetall vor einem „Großkonflikt". Pünktlich am ersten Tag der Streiks organisierten Scharping und Lafontaine ein SPD-Forum zum „Standort Deutschland", auf dem auch Tyll Necker, Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie, eingeladen war, um den Metallern in den Rücken zu fallen. Sie solidarisierten sich offen mit der Forderung der Bosse nach einer „notwendigen Senkung der Arbeitskosten" und beweisen sich mit Blick auf das „Superwahljahr" als verantwortliche Manager der kapitalistischen Krise, die sie auf den Rücken der Arbeiter abwälzen wollen.

In ganz Westeuropa wollen die Kapitalisten die Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten dazu benutzen, um die Arbeiterklasse zu brechen, den „Sozialstaat" der Nachkriegszeit mit seinem Tarifsystem zu zerschlagen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse erheblich hinabzudrücken. Nach all den Jubelsprüchen über den „Tod des Kommunismus" steckt Westeuropa jetzt in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, die *offizielle* Arbeitslosigkeit liegt bei 11,5 Prozent. Allein in der Ex-DDR haben seit dem Anschluß über die Hälfte der Werktätigen ihren Arbeitsplatz verloren.

Die Entscheidungsschlacht bei Metall steht an, während Hunderttausende Arbeiter in ganz Europa gegen Massenentlassungen und drastische Kürzungen der Sozialleistungen auf den Straßen sind. In Spanien machten die Arbeiter mit einem eintägigen Generalstreik in der letzten Januar-Woche die gesamte Industrie dicht, um die Kahlschlag-Pläne der sozialdemokratischen Gonzâlez-Regierung zu stoppen. Darunter waren die Arbeiter des VW-eigenen SEAT-Werks, die gegen die geplante Halbierung der Arbeitsplätze kämpfen. Allerdings schössen in Madrid die Börsenkurse in die Höhe, weil die Bosse darauf setzten, daß sie mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten dafür sorgen könnten, daß Gonzalez seine Austeritätsmaßnahmen durchdrückt. In Polen haben die Werktätigen nach drei Jahren kapitalistischer Konterrevolution harte Klassenkämpfe gegen die „Schocktherapie" von IWF/Walesa geführt. Dann wurden die neugeborenen Sozialdemokraten an die Macht gewählt, die Reste der ehemaligen Stalinisten, die vorher den Arbeiterstaat ausverkauft haben; sie versprechen jedoch die gleiche von den Westbanken diktierte Austerität und wollen einen baldigen Eintritt in die NATO. Arbeiterkämpfe gibt es reichlich, entscheidend ist die Frage der revolutionären Führung!

Eingewanderte Arbeiter stellen einen der militantesten Sektoren der Arbeiterbewegung in Westeuropa dar. Eine wesentliche Niederlage für die Faschisten auf den Straßen, ausgeführt von einer integrierten Arbeitermobilisierung, würde eine große Auswirkung auf den Klassenkampf in ganz Europa haben. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Macht der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um die Nazis zu stoppen. Dabei werden die türkischen und kurdischen Arbeiter, die beim Metaller-Streik in der ersten Reihe stehen, eine zentrale Rolle spielen. Um so wichtiger ist der gemeinsame Kampf der kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter gegen Innenminister Kanthers Verbot der kurdischen PKK, mit dem das Vierte Reich den Völkermord an den Kurden anfeuert und hier die eingewanderten Arbeiter gegeneinander aufhetzt.

Die größte Barriere, um die Macht der Arbeiter zu entfesseln, sind die reformistischen Arbeiterführer, die mit dem Gift des Nationalismus die Arbeiter fesseln. Dies ist besonders grotesk, wenn sie türkische und kurdische Arbeiter mit Plakaten „für deutsche Kohle" in den Kampf schicken. Während die Arbeiter in ganz Europa kämpfen, hetzen die Reformisten sie gegeneinander auf, predigen Protektionismus und eine weitere Senkung des Lebensstandards, um „konkurrenzfähig" zu bleiben. Und vorneweg dabei ist die SPD mit ihrer Kampagne für den „Standort Deutschland".

Die Sozialdemokraten spalten die Arbeiter nicht nur entlang nationaler Linien, sondern in Deutschland auch noch in Ost und West. Zuerst war die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Stasi-Hexenjagd. Dann hat sie mittels der Betriebsräte dafür gesorgt, daß Millionen in der Ex-DDR entlassen wurden, zuerst die Frauen und die Immigranten. Die Bürokraten unterminieren damit ganz direkt die Gewerkschaften und sind für die Massenaustritte der letzten Jahre verantwortlich. Sie liefern die Arbeiter an die Betriebsräte mit ihrer „Friedens- und Schweigepflicht" aus und spielen den Kapitalisten und der Kohl-Regierung in die Hände.

Gegen die Kali-Kumpel in Bischofferode veranstalteten die SPD-Bonzen der IG Bergbau im Auftrag des IG-Far-

ben-Nachfolgers BASF eine Streikbrecher-Demonstration in Kassel. Und auf der anderen Seite der früheren Mauer treibt die PDS einen Keil zwischen die Arbeiter in Ost und West. Nachdem Gysi/Modrow 1990 für einen möglichst reibungslosen Anschluß der DDR gesorgt haben, lenkt die PDS jetzt die berechtigte Wut der Arbeiter über die Zerstörung ihrer Errungenschaften in ostdeutschen Nationalismus ab. Mit der Gründung zuerst von Diestel-Ostkomitees und jetzt einer „Ostkammer" im Bundestag genau wie mit der Propagierung einer „effektiveren" ostdeutschen Marktwirtschaft (wie in Bischofferode) will sie den gemeinsamen Klassenkampf verhindern.

Mittlerweile sind in Ost und West über sechs Millionen Menschen arbeitslos — die höchste Arbeitslosenrate seit der Weimarer Republik. Nach der Großen Lüge über „Kurzarbeit Null" und „Beschäftigungs"gesellschaften zur Abwicklung der DDR-Industrie kommt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nun mit dem Schwindel von der „Beschäftigungsgarantie" an. Nachdem sie dafür gesorgt hat, daß die Arbeiter im Osten für halben Lohn noch mehr Stunden schinden müssen, hat nun der Lohnraub-Abschluß bei VW in Wolfsburg, wo die Lohnkosten für eine „4-Tage-Woche" bis zu 20 Prozent gesenkt wurden, die Schleusen für die völlige Zerstörung der industrieweiten Tarifverträge auch im Westen geöffnet. Zerreißt den VW-Abschluß! Kämpft gemeinsam mit den spanischen SEAT-Arbeitern!

Syphilitische Kette der SPD

Der Lohnraub-Deal bei VW hat einen ganzen Sturm von Konzepten zur Arbeitszeitverkürzung losgetreten, und gemeinsam mit den Sprechern des Großkapitals zerbrechen sich die Reformisten von SPD bis PDS den Kopf darüber, wie die kapitalistische Wirtschaftskrise zu lösen wäre. Man könnte dies als syphilitische Kette bezeichnen, die bis runter zu den „linken" Helfershelfern der Reformisten führt. Der PDS ist es dabei schon „egal, ob mit oder ohne Lohnverzicht" (PDS-Pressedienst, 4. Februar). Hauptsache, das „Recht auf Arbeit" wird in die Verfassung geschrieben (dazu gehört schon einige Chuzpe, wenn man an ihren Ausverkauf der DDR denkt, wo das Recht auf Arbeit *verwirklicht* war). Schon nach dem Ersten Weltkrieg schrieben die deutschen Sozialdemokraten Arbeit für alle in die Verfassung der Weimarer Republik, doch kaum mehr als ein Jahrzehnt später brach die Republik unter dem Ansturm der Nazis zusammen, als ein Viertel der Arbeiterschaft arbeitslos war.

Als unterstes Kettenglied schließt sich die reformistische „Linke" an, für die Voran ein Beispiel ist. Voran beteiligt sich am Hütchenspiel über die Arbeitszeitverkürzung mit manchmal kämpferischer Demagogie, die aber tatsächlich nur ihre Unterstützung für eine SPD-Regierung abdecken soll. Ihre Titelseite fordert „Arbeit für alle" und stellt fest: „Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze!" Aber wie ist das zu erreichen? Weit davon entfernt, den Kapitalismus auch nur in Frage zu stellen, wollen sie mit ein bißchen „Dampf und Klassenkampf' die SPD an die Regierung hieven, die sie als besseren Verwalter der kapitalistischen Krise anpreisen.

Dazu dient auch ihre Dauerforderung nach einem 24-stündigen Generalstreik, die laut Voran „die Damen und Herren aus den Vorständen von DGB und Einzelgewerkschaften aus ihren süßen Träumen vom ewigen Frieden mit den Bossen" reißen soll. Und wer soll diesen „Traum-Generalstreik" anleiten? Dieselben Nadelstreifen-Gewerkschafter Zwickel und Riester, die uns die VW-Lösung serviert haben? Voran unterscheidet sich nur geringfügig von der Mao-reformistischen MLPD, die überhaupt nur „massive Warnstreiks zur Mobilisierung und Vorbereitung auf Urabstimmung und Streik bei Metall" fordert. Im Grunde haben sie wie immer nur die Politik der unteren Schichten der Metall-Bürokratie, die einen wirklichen harten Arbeiterkampf um jeden Preis vermeiden will.

Das ganze „Anti-Krisen-Programm" von Voran ist auf eine neue SPD-Regierung ausgerichtet, die dann Maßnahmen wie die „Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum" garantieren soll.

Fortgesetzt auf Seite 20

Im Fall des rassistischen Mordes an Mete Eksi

Berlin: Dem Opfer den Prozeß gemacht

Im November 1991 wurde der türkische Schüler Mete Eksi auf dem Berliner Kudamm von drei Nazi-Skins erschlagen. Vorher hatten der Mörder und seine zwei Brüder Mete rassistisch beschimpft. Ein 10000 Teilnehmer starker Trauermarsch für den 19jährigen, an dem viele Immigranten und ihre Familien teilnahmen, wurde von der Polizei zerschlagen. Viele wurden schwer verletzt, darunter ein Kind, Keine Überraschung; der Mörder und zwei seiner Brüder sind Söhne eines Berliner Kommissars. Obwohl der Haupttäter schon wegen Vergewaltigung und Körperverletzung verurteilt worden war, wurde er bereits 1992 wieder freigelassen.

Von Anfang an versuchte die Polizei, Opfer und Täter gleichzusetzen. Dabei wurde der Nazi-Mörderbande ein Freibrief gegeben. Drei Freunde Metes, die ihn zu verteidigen versucht hatten, wurden zusammen mit den Mördern wegen „Beteiligung an einer Schlägerei mit Todesfolge" angeklagt. Letzten November wurden Metes Freunde sogar vor Gericht gezerrt. Aber erst nach mehr als zwei Jahren, nachdem Mete Eksi erschlagen worden war, wurden seine drei rassistischen Attentäter schließlich vor Gericht gestellt.

Der Mörder wurde nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge in einem minder schweren Fall verurteilt, weil er am Tatort besoffen war. Seine Mittäter mußten sogar nur Geldbußen bezahlen, wie obszöner Weise auch Metes Freunde. Die Richterin benutzte diese Gelegenheit, der türkischen Gemeinschaft und den Antirassisten den Prozeß zu machen, auch der schmerzerfüllten Familie Eksi, wegen ihrer „Überreaktion" auf Angriffe gegen Immigranten, die „unbesehen als Ausländerfeindlichkeit" ausgelegt werden *(taz Berlin, 22.* Januar). Den Freunden und der Familie von Mete Eksi wurde auf den Seiten des *Neuen Deutschland* (17. Januar) noch einmal vom PDS-Hütchenspieler-Hexenjäger Peter Kirschey der Prozeß gemacht, der leugnete, daß der mörderische Angriff irgend etwas mit Rassismus zu tun hätte: „Das einfache Strickmuster vom bösen Deutschen und dem guten Türken funktioniert hier nicht."

Wie Mete Eksis Mutter nach dieser obszönen Farce meinte: „Es gibt keine Gerechtigkeit". Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazi-Mörderbanden zu zerschlagen! Arbeiterrevolution wird Mete rächen.

Kein Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 19

Trotzki kritisierte im März 1935 in seiner Erklärung „Vom Plan der CGT zur Eroberung der Macht" die französischen Sozialdemokraten dafür, daß sie nur von Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrien sprachen.

Trotzki fragte zugespitzt, *wer* die Banken nationalisieren und eine kürzere Arbeitswoche einführen soll: „In einem Wort, wer wird das Programm der CGT anwenden?" Er bestand darauf: „Es muß in klaren Worten gesagt werden: Nur eine revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern, die zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Ausbeuter bereit ist, kann den Plan anwenden, ihn vervollständigen, ihn entwickeln und über ihn hinausgehen auf dem sozialistischen Weg." Aber die Sozialdemokraten von Voran, die erst vor vier Jahren die SPD anfeuerten, die Konterrevolution in der DDR zu Ende zu bringen, sind über die Jahrzehnte so tief mit der SPD verwachsen, daß sie das Wort „Revolution" nicht mal über die Lippen bringen.

Im Gegensatz zu diesem reformistischen Betrug kämpfen Marxisten *für gleichen Lohn für gleiche Arbeit,* für Immigranten, Ost und West, Frauen und Männer, Jugendliche und Lehrlinge. Wir fordern *eine gleitende Skala der Arbeitszeit,* um die Arbeit unter allen Arbeitern (einschließlich der Arbeitslosen) aufzuteilen, ohne Lohnverlust. Um die Auswirkungen der Inflation abzuwenden, fordern wir *eine gleitende Skala der Löhne.* Dieser Kampf muß zur Verteidigung der Immigranten und Frauen ausgeweitet werden. Aber dies können keine isolierten Reformmaßnahmen sein. Im Gegenteil: Obwohl es hier einfach um die Verteidigung des elementaren Rechts auf einen Arbeitsplatz geht, kann es Arbeit für alle im Kapitalismus nicht geben. Solange die Produktion nach dem Profitinteresse erfolgt, braucht jeder Kapitalist die Arbeitslosen, um die Arbeitskosten nach unten zu drücken und erfolgreich konkurrieren zu können. Wenn also die Arbeitslosenrate in Deutschland steigt, so tun dies jetzt auch die Börsenkurse in Erwartung der niedrigeren Lohnkosten und höheren Profitrate.

Übergangsprogramm für proletarische Revolution

Um Arbeit für alle zu schaffen, ist eine geplante Wirtschaft notwendig, basierend auf Arbeiterdemokratie. Für ein solches Wirtschaftssystem muß die Arbeiterklasse den revolutionären Sturz des Kapitalismus organisieren und die Bourgeoisie durch eine Arbeiterräteregierung enteignen, das heißt durch die Diktatur des Proletariats. Diesen grundsätzlichen Punkt betonte Trotzki immer wieder im Übergangsprogramm: „Das alte .Minimalprogramm' wird ständig überholt vom *Übergangsprogramm,* dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren." Es ist das genaue Gegenteil einer Ansammlung reformistischer und halbreformistischer Forderungen. Es ist eine Strategie für die Vorbereitung und Mobilisierung des Proletariats für die Machtergreifung durch den revolutionären Klassenkampf gegen alle Aspekte der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Trotzki *verknüpfte* die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter mit dem Kampf gegen den Faschismus und betonte: „Streikposten sind der grundlegende Kern der proletarischen Armee. Dies ist unser Ansatzpunkt." Die Nazi-Mörderbanden nähren sich aus der ökonomischen Krise und Verzweiflung. Rückenwind erhalten sie dabei von den Bonner Politiker-Etagen von CDU bis SPD, die das Asylrecht vernichtet und eine Hysterie gegen Immigranten aufgepeitscht haben, während die PDS nach mehr Polizei ruft, die die Nazis schützt und beschäftigt. Der Kampf gegen die Offensive der Kapitalisten muß verbunden werden mit der Mobilisierung der Arbeiterbewegung, um die Immigranten zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind! Für dieses Programm haben die Spartakisten auch unter den Zehntausenden Jugendlichen interveniert, die als Reaktion auf den Anstieg des faschistischen Terrors auf die Straße gegangen sind.

Der Kampf gegen rassistischen Terror und für die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland ist eng mit dem Kampf gegen nationalistischen Protektionismus und für die internationale Solidarität der Arbeiter verbunden. Die rassistische „Festung Europa" ist Teil der Aufteilung der Welt in imperialistische Blöcke: Handelskriege bereiten den nächsten imperialistischen Krieg vor, wie er mit dem erneuten Krieg am Balkan vorgezeichnet wird. Nur, daß diesmal die Beteiligten Atomwaffen haben. Gegen die „Festung Europa" kämpfen wir Trotzkisten für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Der jetzige Zusammenstoß bei Metall stellt einen Wendepunkt dar. Die ganze Offensive der Bosse gegen die Arbeiter in Europa ist zurückzuführen auf den Untergang der Sowjetunion, was eine große Niederlage der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf der ganzen Welt war. Die stalinistische Bürokratie hat als Rechtfertigung ihres nationalistischen Dogmas des „Sozialismus in einem Land" die Möglichkeit von Arbeiterrevolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Westen geleugnet — und ihr Bestes getan, um solche Revolutionen zu verhindern. Letztlich hat die Isolation des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats zu seinem Zusammenbruch geführt, unter dem ökonomischen und militärischen Druck des Imperialismus. Trotzki hat wiederholt genau vor dieser Möglichkeit gewarnt, wenn die Bürokratie nicht durch proletarisch-politische Revolution hinweggefegt würde, um das ursprüngliche internationalistische Programm des Oktober wiederherzustellen.

Die politische Wiederbewaffnung der Arbeiterbewegung erfordert, daß eine authentische kommunistische Avantgarde geschmiedet wird, daß die bewußtesten Arbeiter international zu dem Verständnis gebracht werden, warum die Arbeiterstaaten des sowjetischen Blocks zusammengebrochen sind. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, die *objektiven Aufgaben und Bedürfnisse der Arbeiterklasse darzustellen,* nicht die Beschränkungen des gegenwärtigen oder spontanen Bewußtseins der Arbeiterklasse widerzuspiegeln. Nur auf dieser Basis wird das unverzichtbare Instrument der revolutionären Partei geschmiedet. Dies heißt nicht, daß eine kleine revolutionäre Gruppe über ihren Schatten springen und nicht existierende Wurzeln in der Arbeiterklasse ersetzen kann. Die gegenwärtige Welle von Klassenkämpfen in Westeuropa zeigt das Potential für neue Entwicklungen wie den Generalstreik im Mai 1968 in Frankreich, vor dessen Gespenst die französische Bourgeoisie beim Air-France-Streik im letzten Jahr erschrocken zurückwich. Der Schlüssel ist, eine revolutionäre Partei zu schaffen, die die Arbeiter zum Sieg führen kann. Die zentrale Aufgabe, vor der Revolutionäre stehen, ist die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution durch Propaganda und Intervention in den Klassenkampf.«

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

JRE...

Fortsetzung von Seite 7

Hundert Jugendliche um sich gesammelt hat, zieht sie zunehmend andere Gruppen aus dem SPD-Umfeld an. Darunter zum Beispiel die Gruppe Arbeitermacht, die nach dem Ausverkauf der DDR schon mit Entrismus in der PDS ihr Glück versucht hatte. Heute tummelt sie sich in der JRE und ruft zur Wahl der SPD/PDS auf.

Bei der JRE-Konferenz im Januar setzten sich Unterstützer der Gruppe Spartakus (GS) mit Änderungsanträgen in Szene, die am Wahlaufruf für die SPD nörgelten. Aber glaubt irgend jemand, daß sie jetzt, wo die Entscheidung für die SPD-Wahl durchgesetzt wurde, die JRE verlassen? Von wegen.

Die GS ist eine zusammengewürfelte Ansammlung von demoralisierten Ex-Mitgliedern unserer Tendenz, von denen die meisten Anfang der 80er Jahre aus unserer Organisation ausgetreten sind, als die Frage der Verteidigung der Sowjetunion gegen den verschärften imperialistischen Kreuzzug im Kalten Krieg gestellt war. Als wir Spartakisten Ende 1981 knallhart forderten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc", machten sie prompt die Fliege. Heute kämpfen Zehntausende von Arbeitern in Polen gegen Solidarnosc. Mit dieser Position sind die GSler natürlich bei der sozialdemokratischen Voran gut aufgehoben.

Bereits beim Anschluß der DDR zeigte sich krass der gemeinsame Nenner von Voran und GS: Anbiederung an die SPD. Während Voran den großdeutschen Nationalismus anbetete und in ihrer Zeitung mit dicken Überschriften für „SPD in die Offensive!" (Februar 1990) trommelte, griff die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD gierig nach der DDR. Auf dem Höhepunkt dieser Kampagne rief die GS: Die Hauptgefahr ist Modrow! Merkwürdig, daß die SPD fast der gleichen Auffassung war. Wir Spartakisten benannten dagegen die SPD klar als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution".

Als Ende 1989 Hunderttausende in der DDR „Für kommunistische Ideale" und „Keine Privilegien" auf die Straße gingen, leugnete GS auch nur die Möglichkeit einer proletarisch-politischen Revolution gegen den Stalinismus. Im Januar 1990 initiierten wir Spartakisten eine Einheitsfront gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals für die gefallenen Sowjetsoldaten. Als sich auch die SED-PDS dem Aufruf anschloß, kamen über 250 000 Werktätige zur Verteidigung der Roten Armee gegen Nazi-Terror und zur Verteidigung der DDR gegen die imperialistische Offensive. Dies war gleichzeitig der Auftakt einer beispiellosen Hetze und Zersetzungskampagne von Bourgeoisie und SPD gegen die DDR. Die SPD war entsetzt über die gewaltige Kampfdemonstration in Treptow und die wichtige Rolle der Trotzkisten. Und nicht nur sie, genauso war Treptow laut GS „ein Debakel". Warum? Wir hatten unseren Aufruf nicht an die Ost-Filiale der SPD gerichtet. Aus gutem Grund: Zur gleichen Zeit marschierte die SDP von Leipzig bis Berlin auf den Montagsdemos mit den Deutschnationalen im Gleichschritt. Wir Trotzkisten haben dagegen für die bedingungslose Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft.

Jetzt müssen die Werktätigen und Jugendlichen gegen die katastrophalen Konsequenzen des Anschlusses kämpfen. Der deutsche Nationalismus legte zusammen mit der ökonomischen und sozialen Zerstörung der DDR die Basis für den ungeheuerlichen Aufstieg des Nazi-Terrors im Vierten Reich. Aber die GSler reagieren auf die Bezeichnung Viertes Reich mit dem Aufschrei „hysterische Propaganda". Wie der Rest der nationalistischen „Linken", die alle die Wiedervereinigung unterstützt haben, beschönigen sie die Realität und wollen dem selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs einen Persilschein ausstellen.

Und wie verhält es sich heute mit dem „revolutionären Antifaschismus" der GS? Sie bejubelten wie Voran die JRE-Demo am 26. August in Marzahn (siehe dazu *Spartakist* Nr. 107, Oktober 1993), die laut GS ein „Zeichen" gesetzt hat. Sie sagen aber nicht, was für ein Zeichen das war. Sicherlich kein Signal dafür, die Nazis zu zerschlagen, denn damit hatte die Demo nichts zu tun. Als kurz darauf, Mitte November, die Faschisten einen Aufmarsch in Marzahn ankündigten, rief die PDS, ganz entgegen ihrer üblichen Praxis, zu einer Kundgebung am gleichen Ort und eine Stunde vor dem geplanten Nazi-Marsch auf. Hier war eine Aktionseinheit dringend notwendig, und wir Spartakisten griffen dies sofort auf. Ohne auch nur die geringsten Illusionen in die reformistische PDS zu haben, die in Pankow sogar mit CDU und Reps eine gemeinsame Erklärung zu Solingen herausgegeben hat, versuchte die Spartakist-Arbeiterpartei, Kontingente der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, und beteiligte sich mit einem Block und einem Redner an der Kundgebung gegen die Nazi-Provokation. Das ist, was Trotzkisten unter einer Einheitsfront verstehen: Einheit der Aktion bei voller Freiheit der Propaganda.

Für die Gruppe Spartakus war dies ein zu heißes Pflaster, sie tauchten dort erst gar nicht auf; Voran/JRE war nicht als organisierter Block sichtbar. Der Grund ist offensichtlich: Denn hier ging es nicht darum, mit einem Propagandablock Druck auf SPD und bürgerlichen Staat auszuüben, sondern die Nazis *zu stoppen.* Aus dem gleichen Grund lehnte die GS im vorigen Januar die Verteidigung eines Immigrantenwohnheims ab, nachdem sie herausfanden, daß nicht ein „Runder Tisch" geplant war, sondern eine konkrete antifaschistische Aktion. Genauso am 21. Dezember, als sowohl GS als auch Voran es ablehnten, sich an der Hamburger Einheitsfront-Demonstration gegen das Verbot der kurdischen PKK zu beteiligen.

Jugendliche der JRE, die nach einer Alternative zum sozialdemokratischen Voran-Programm suchen, kommen mit der GS vom Regen in die Jauche. All diese Gruppen wollen antirassistische Jugendliche in die Arme der Sozialdemokratie, treiben — ob offen oder mit kritischen Untertönen. Voran/JRE versucht jetzt, den Jugendlichen einzutrichtern, ihre Stimme der SPD zu geben: an Lafontaine, der die Roma in Lager pfercht; an Rau, der die Kurden abschiebt; an Scharping, der der rassistischen Politik der SPD vorsteht und Bundeswehreinsätze sowie Protektionismus predigt. So werden die Nazis nicht zerschlagen!

Wie Trotzki 1938 schrieb: „Die Volksfront auf der einen Seite — Faschismus auf der anderen, dies sind die letzten politischen Mittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution." Dies hat sich von Francos Spanien bis Pinochets Chile in blutigen Niederlagen der Werktätigen bestätigt. Wir Spartakisten bieten eine revolutionäre Alternative, die Schmiedung einer trotzkistischen Partei, basierend auf dem Programm für Arbeiterrevolution."

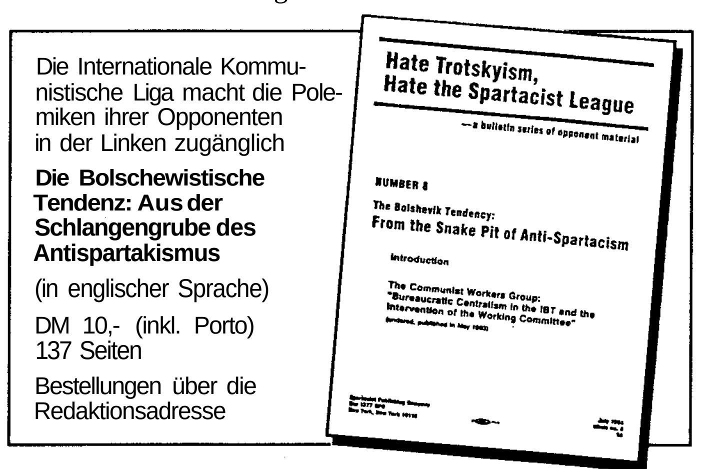
Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich

Die Bolschewistische Tendenz: Aus der Schlangengrube des Antispartakismus

(in englischer Sprache)

DM 10,- (inkl. Porto)
137 Seiten

Bestellungen über die Redaktionsadresse



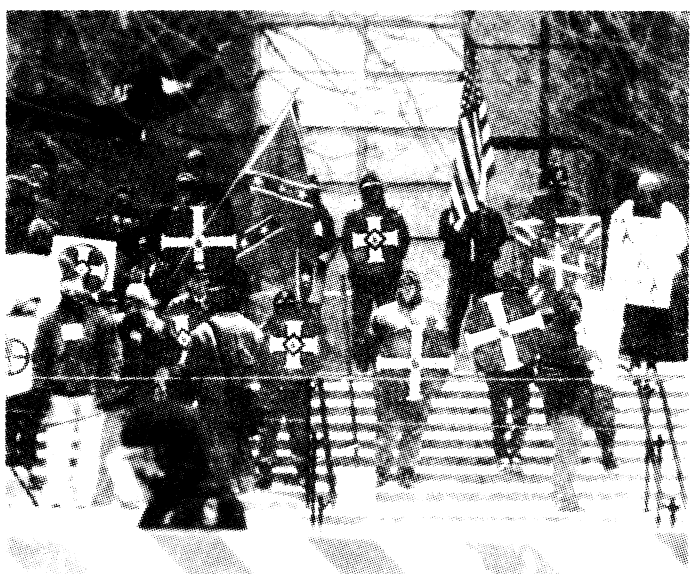
Demos gegen Klan...

Fortsetzung von Seite 24

Bevölkerung, von den Fabriken über die Ghettos bis zu den Hochschulen. Mehr als 100000 Flugblätter wurden verteilt, um diese antirassistische Aktion aufzubauen. Am 16. Januar in Springfield überwog eine Mobilisierung, die sich auf die Arbeiterbewegung stützte, zur Verteidigung schwarzer Menschen und aller potentiellen Opfer des KKK-Terrors. Vom PDC initiiert und organisiert, wurde sie von entschlossenen Kämpfern der Arbeiterklasse aufgenommen, die zeigten, daß die Arbeiterbewegung eine mächtige Kraft ist, wenn sie zum bewußten Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen organisiert wird.

Diese Demonstration bestand aus einem Spektrum der verschiedensten sozialen und politischen Gruppen, die im Kampf gegen den Ku Klux Klan vereint waren — Schwarze und Gewerkschafter aus Springfield und von so weit her wie Chicago und St. Louis, Kontingente von Studenten der Chicago State University und der University of Illinois in Champaign-Urbana, Juden, Katholiken, Schwule und Linke. Der Bürgermeister von Cook County (Chicago), Danny Davis, nahm im Kampf gegen den Klan und die Kräfte der staatlichen Unterdrückung eine sehr vorgeschobene Position ein. Der Präsident des NAACP [Nationale Vereinigung für den Fortschritt farbiger Menschen] in Springfield, Rudy Davenport, sprach ebenfalls auf der Kundgebung und brachte an dem eisigen Sonntagmorgen Teilnehmer mit.

Zu den Unterstützern gehörten die Präsidenten von überwiegend schwarzen Gewerkschaftsortsgruppen, die Zehntausende von Arbeitern aus Chicago und Umgebung vertreten, und auch die Bezirksorganisationen der United Auto Workers (UAW), der United Electrical Workers (UE) und der United Rubber Workers (URW) [Gewerkschaften der Automobil-, Elektro- und Gummiarbeiter]. In Springfield unterstützten Vertreter der Ortsgruppe 73 der



Workers Vanguard

KKK-Schläger, beschützt durch Bullen. Der Staat zwang schwarze Gefangene zum Aufbau der Absperrgitter

Service Employées International Union (SEIU) die Kundgebung und halfen sie aufzubauen. Die Mobilisierungsarbeit von Nahverkehrsarbeitern in Chicago, aus den Ortsgruppen 241 und 308 der Amalgamated Transit Union (ATU), war entscheidend. Sie brachten ein Kontingent rassisch integrierter Eisenbahn- und Bus-Arbeiter zur Kundgebung, Männer und Frauen, die den Kern der gewerkschaftlichen Ordner bildeten und sicherstellten, daß die Anti-Klan-Demonstration von vorne bis hinten kämpferisch, diszipliniert und demokratisch ablief.

Die Organisierungskampagne gegen die Klan-Provokation löste in der ganzen Arbeiterbewegung eine scharfe Polarisierung aus. Aus Angst, daß wichtige Teile der organisierten Arbeiterbewegung sich tatsächlich an ein bißchen Klassenkampf gegen das rassistische Gift des KKK beteiligen könnten, kam die konservative, hauptsächlich weiße AFL-CIO-Bürokratie in die Hufe — mit dem Versuch, die Kampagne gegen den Klan zu sabotieren. Ihre Befehle kamen von den Staatsbeamten von Illinois, die die PDC-Kundgebung als „gewalttätig" und „rot" verteufelten: Am 12. Januar schrieb der Präsident des AFL-CIO in Illinois, Donald Johnson, an Gewerkschaftsortsgruppen im ganzen Bundesstaat einen Brief mit der Anweisung, „im Interesse guter Public relations" ... „bitte am Sonntag, dem 16. Januar, dem Kapitol fernzubleiben". Schon vorher hatten Anhänger der Kommunistischen Partei damit angefangen, bei Gewerkschaftsfunktionären anzurufen: Sie sollten überzeugt werden, ihre Unterstützung zurückzuziehen.

Breite Teile der Mitgliedschaft der Gewerkschaften und auch mehrere örtliche Funktionäre waren sehr verbittert über die Versuche der AFL-CIO-Bürokraten, die Mobilisierung gegen den Klan zu stoppen. Einige Gewerkschafter aus Springfield widerstanden großem Druck, trotzten den Arbeiterverrätern und beteiligten sich an der Kundgebung. Obwohl die staatlichen Unterdrückungsversuche manche abschreckten, verstärkten sie die Entschlossenheit vieler, am 16. Januar in Springfield *dabeizusein.* „Diejenigen von uns, die hier sind — wir sind der harte Kern der Gewerkschaft. Wir sind der harte Kern dieser Bewegung", so John Hill, stellvertretender Sekretär und Kassenwart der ATU-Ortsgruppe 308: Die Ortsgruppe unterstützte die Demonstration und mietete einen Bus, damit ATU-Mitglieder teilnehmen konnten.

Einige linke Gruppen — die Internationale Sozialistische Organisation (ISO, US-Partner der SAG), die Revolutionary Workers League (RWL) und ihre Allzweck-Frontgruppe NWROC, die Progressive Labor Party (PL) — kamen mit Grüppchen von Anhängern, doch sie lehnten die gemeinsame Koordinierung ab, mit uns erst recht. Das PDC hatte verschiedene antifaschistische Kräfte eingeladen — frühzeitig, schriftlich und noch einmal vor Ort —, vereinten Widerstand gegen den Klan zu bilden, in der die diversen politischen Ansichten und Strategien aller teilnehmenden Gruppen zum Ausdruck kommen würde.

Aber dies lehnten sie ab. Diese „linken" Schwindler haben keine politische Strategie, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, denn sie halten dies für unmöglich. An die Stelle eines revolutionären Programms setzen sie die Niederlagentaktik der individuellen Konfrontationen — und das Vertrauen von Liberalen in die Polizei. Erst am Tag davor hatten sich die gleichen Gruppen in Columbus, Ohio, von der Polizei einkesseln und einzeln durch Metalldetektoren kontrollieren lassen. Das gleiche hatten sie im letzten Herbst in Columbus und Indianapolis getan. In Springfield überschnitt sich das Sektierertum der Pseudolinken mit der Taktik der Bullen, die Demonstration auseinanderzudividieren, und erleichterte Provokationen durch faschistische Skinheads.

Auf der Osttreppe des Kapitol zeigten die etwa 50 Klansmänner den „Hitlergruß" und spielten Wagners „Ritt der Walküren", vom Lieblingskomponisten des Führers. Nach kaum 45 Minuten ihrer kläglichen Vorführung krochen die übertönten KKKler wieder mit ihrer Bulleneskorte in ihre Löcher zurück. Die triumphierende Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen zog die harten Kräfte neu zusammen, die trotz der bitteren Kälte geblieben waren. Sie hielten die Stellung, bis der Klan aus der Stadt verschwunden war, bildeten einen Demonstrationszug und zogen geschlossen ab mit den Rufen „Kein Fußbreit dem KKK! Wir

stoppten heute euren Marsch!" und „Springfield — zu heiß für den KKK!" Bevor die Busse die Stadt verließen, drängten sich mehr als 200 antifaschistische Kämpfer in einen Restaurantsaal, wo sie den Rednern zujubelten und sich an breiten politischen Diskussionen beteiligten.

Früher am Morgen gab es eine besonders ominöse staatliche Provokation gegen die Arbeiter/Schwärzen-Mobilisierung. Agenten vom Büro für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen (BATF) wurden gesichtet, die um unseren Kundgebungsplatz herumschlichen. Gekleidet in Kampfanzügen und Skimasken, behaupteten sie, wegen einer „Bombensuche" vor Ort zu sein — allerdings ohne Sprengstoff-Spürhunde. Als unsere Gewerkschaftsordner diesen BATF-Agenten auf den Fersen blieben, damit sie nichts *ablegten*, brachen sie plötzlich ihre „Suche" ab und verschwanden! Das BATF steckte massiv hinter dem blutigen Massaker des KKK an fünf Linken und Gewerkschaftsorganisatoren 1979 in Greensboro, North Carolina. Und wir werden das Massaker an 86 Männern, Frauen und Kindern im Gebäudekomplex der Davidianer bei Waco, Texas, durch Janet Renos „Justiz"ministerium und das BATF nicht vergessen.



Workers Vanguard

Führt den Bürgerkrieg zu Ende! Befreiung der Schwarzen durch Arbeiterrevolution!

Die konzertierten Versuche des Staats, Proteste gegen den Klan zu verhindern, sind ein integraler Bestandteil vom Amerika des Yuppie und Rassisten Clinton. Heute bieten die Demokraten den Schwarzen nur noch mehr Gefängnisse und Rekrutenlager für die Jugend an. In einer Rede letzten November vor einer schwarzen Gemeinde, in der Clinton das Thema „Schwarze Menschen ... ermorden ungehemmt andere schwarze Menschen" beharkte, beschwor er groteskerweise das Gedenken an Martin Luther King Jr. Das bedeutet, die Opfer verantwortlich zu machen für das, was ihnen angetan wurde! Der Aufschrei über „Verbrechen von Schwarzen an Schwarzen" wurde von schwarzen Liberalen wie Coretta Scott King und Jesse Jackson aufgenommen, wie auch durch den Führer der Nation of Islam, Louis Farrakhan. Und auch das Thema der offiziellen Feiern zum M.-L.-King-Tag dieses Jahr war „Stoppt die Gewalt" in den Innenstädten.

Dieser Kampf steht in einem internationalen Zusammenhang. Der wachsenden Unverfrorenheit des KKK entspricht der Anstieg des faschistischen Terrors in Europa. Der Strom von Unterstützung durch Gewerkschafter von so weit her wie Italien und Japan zeigt, daß die faschistische Bedrohung als real erkannt wird. In einer Solidaritätserklärung an die Kundgebung in Springfield erklärte der Vorsitzende des Bundes der Antifaschisten in Leipzig, Prof. Springer: „Der rechtsextreme Terror wächst an! Hier in Deutschland richtet er sich hauptsächlich gegen Ausländer, vor allem — aber keineswegs ausschließlich — gegen Asylbewerber aus Ländern der dritten Welt, auch gegen Linke, Schwule und Juden. Und — wie in Ihrem Land — ist die Polizei gewöhnlich auf dem rechten Auge blind."

Der Kampf, die Arbeiter im Kampf um konkrete Fragen zu mobilisieren, z. B. den Klan zu stoppen durch die Mobilisierung der Arbeitermassenorganisationen, denen die Arbeiter angehören, ist der Kampf um revolutionäre Führung. In der Mobilisierung in Springfield, die wie andere in Détroit, San Francisco, Washington, Chicago, Philadelphia und Atlanta vom PDC und der Spartacist League initiiert und aufgebaut wurde, konnte man für einen Augenblick die künftige Arbeiterpartei erkennen, die die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten im Kampf für eine revolutionäre Arbeiterregierung mobilisieren und führen wird. Diese Arbeiterregierung wird die Faschisten ein für allemal besiegen, indem sie das kapitalistische System zerstört, das sie ausbrütet.

Nach Workers Vanguard Mr. 592, *21. Januar*

SPARTAKIST

USA: KKK-Provokation in acht Bundesstaaten

Antirassistische Demos konfrontieren den Klan



Springfield, Illinois

Workers Vanguard

CHICAGO - Der Ku Klux Klan inszenierte am Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertags in den Hauptstädten von acht Bundesstaaten rassistische Provokationen. Dies geschah mit Hilfe und Unterstützung eines massiven Aufgebots bewaffneter Polizeikräfte und unter deren Schutz. Aber trotz der Bullenmobilisierungen und der großen Anstrengungen von Liberalen, „den Klan zu ignorieren": Wo auch immer die feigen Mitternachtsterroristen im Tageslicht auftauchten, wurden sie von wütenden Antifaschisten konfrontiert. Zum Brennpunkt des Kampfes gegen die Klan-Provokationen wurde Springfield in Illinois, wo in einzigartiger Weise ein Kampf geführt wurde, die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung und die schwarze Gemeinschaft zu mobilisieren. Dies löste eine wütende Reaktion der Regierung und derjenigen aus, die jede effektive Antwort auf die faschistischen Terroristen sabotieren wollten, von Bundesbehörden und den Spitzen der Bundesstaatsverwaltung bis zur Bürokratie des AFL-CIO [US-Gewerkschaftsbund, auch gut bekannt als „AFL-CIA"] und der zionistischen „Anti"-Defamation League.

Am Sonntag, dem 16. Januar, hielten gut 500 Leute gegen arktische Temperaturen und einen dichten Schneesturm aus, um eine Provokation gegen den Martin-Luther-King-Tag zu verhindern. Diese wichtige Veranstaltung wurde durch das Partisan Défense Committee aufgebaut, die Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die mit der Spartacist League/U.S, verbunden ist. Das PDC rief zu der Demonstration auf und führte dann die politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen, die notwendig waren, um den Aufruf umzusetzen. Gegen Ende der Mobilisierungskampagne mußte das PDC an den Bundesgerichten einen Kampf gegen den Innenminister von Illinois, Ryan, führen, der einen Schritt unternahm, der die bereits erteilte Erlaubnis praktisch aufhob, in Sichtweite der Klan-Provokation zu demonstrieren.

Als Ryan einer integrierten Menge gegenüberstand, die entschlossen war, die Rassenhasser zu stoppen, setzte er seine Sonderpolizei ein und schleuste den Klan wie Ratten durch unterirdische Tunnel ins Kapitol und dann vor die Osttreppe, hinter einem Gewirr von Absperrungen und Hundertschaften von Bereitschaftspolizei. Ryans Oberbulle Pecoraro sagte, sein „größtes Stück Glück am Sonntag war einfach das Wetter", mit einem eiskalten Wind von -27°C, denn sonst „hätte es eine größere Menge sein können" Allerdings, viel größer!

Der Aufruf „Alle heraus, um den KKK zu stoppen!" traf die Wut und Unzufriedenheit in breiten Teilen der

Fortgesetzt auf Seite 22

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 111 MÄRZ/APRIL 1994 50 Pfennig

Bosnien: Pulverfaß Europas

Verteidigt Serbien gegen NATO-Angriffe!

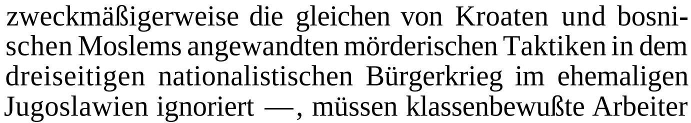
Am Morgen des 28. Februar schössen über Zentralbosnien F-16-Kampfbomber der USA unter NATO-Kommando vier Flugzeuge ab, von denen das Pentagon behauptet, daß sie den bosnischen Serben gehören. Die Luftangriffe wurden von Bundeswehr-Soldaten gelenkt, die in AWACS-Aufklärern über der Adria saßen. Das imperialistische Bündnis ist über seine Hungerblockade gegen Belgrad hinausgegangen, die sie unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und dem Feigenblatt der „Friedenserhaltung" durchsetzte, und führt jetzt direkte Kriegshandlungen gegen Serbien durch. Während die westlichen Medien voll von Propaganda sind, die das „arme kleine Bosnien" unterstützt und die „ethnischen Säuberungen" durch Serben verurteilt — und dabei zweckmäßigerweise die gleichen von Kroaten und bosnischen Moslems angewandten mörderischen Taktiken in dem dreiseitigen nationalistischen Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien ignoriert —, müssen klassenbewußte Arbeiter auf der ganzen Welt die Serben verteidigen gegen die Angriffe der Imperialisten, die der bluttriefende Feind der gesamten Menschheit sind.



Ch. Jung«blodt/Third Eye

Bundeswehr im Einsatz: Mit AWACS-Aufklärern war sie direkt am Luftangriff der NATO-Kampfbomber in Bosnien beteiligt

Fortgesetzt auf Seite 16



Zionistisches Massaker in Hebron

Israelische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!

1. März — Das abscheuliche Gemetzel an moslemischen Palästinensern, die am 25. Februar in einer Moschee in der West-Bank-Stadt Hebron beteten, war eine schauderhafte Absichtserklärung von extremen Zionisten. Diese messianischen Mörder sind bereit, eher das palästinensische arabische Volk in einem völkermörderischen Blutbad zu ertränken, als einen Zentimeter von „Großisrael" aufzugeben. Dies ist ihre Antwort auf das „Friedens"-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Nieder mit dem Israel/PLO-Abkommen gegen Palästinenser!

Als der zionistische „Extremist" Baruch Goldstein während des frühmorgendlichen Gottesdienstes in der heiligen Stätte des Islam das Feuer eröffnete, wurden Wände und Fußböden der Moschee mit Blut getränkt. Dies war ein berechneter Massenmord. Goldstein, ein Siedler, der sich seine Reserveoffiziersuniform angezogen hatte, schob ein 35-Schuß-Magazin nach dem anderen in sein automatisches Gewehr, ein von der Armee ausgegebenes Galil. 60 oder noch mehr Palästinenser wurden ermordet, etwa 200 weitere verwundet.

Als wütende Proteste die besetzten Gebiete überrollten, schickten die israelischen Herrscher massive Truppenverstärkungen dorthin. Sechs Menschen wurden vor einem Krankenhaus in Hebron sofort niedergeschossen, als Soldaten in eine Menge von verzweifelten Verwandten und Nachbarn feuerten. Allein in den ersten beiden Tagen nach dem Hebron-Massaker wurden 20 Palästinenser getötet. Ein

Fortgesetzt auf Seite 19

Bolschewik! beseitigten Gesetze gegen Homosexualität

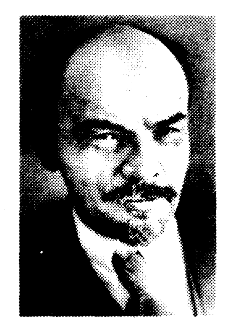

TROTZKI

Der Paragraph 175, der Homosexuelle kriminalisierte, wurde in der ehemaligen DDR 1972 abgeschafft. Jetzt endlich fiel dieser verhaßte Paragraph nach 123 Jahren auch im Deutschen Reich. Doch wurde er keineswegs ersatzlos gestrichen, sondern der Paragraph 182 über sogenannten „Jugendschutz" wurde dafür verschärft: Kriminalisiert wird jetzt jeder sexuelle Kontakt zwischen Jugendlichen unter 16 Jahren und Alteren. Jugendlichen wird also die „sexuelle Mündigkeit" abgesprochen; mit der Unterstellung sie könnten kein Interesse an Sex haben, wird ihnen dieser verboten. Kindern und Jugendlichen sollen damit Enthaltsamkeit, Schuldgefühle und Angst eingetrichtert werden, als Teil des allgemeinen reaktionären Klimas im wiedervereinigten Vierten Reich.

Die Oktoberrevolution von 1917 legte zum ersten Mal die Grundlage für die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen und beseitigte alle Gesetze gegen Homosexualität. Wie Dr. Grigorii Batkis, Dozent am sozialhygienischen Institut in Moskau, darlegte, ging die frühe Sowjetrepublik davon aus, daß der Staat sich aus sexuellen Angelegenheiten raushalten sollte, solange wirkliches Einverständnis besteht. Diese emanzipatorischen Grundsätze wurden später umgestoßen, als die konservative stalinistische Bürokratie danach strebte, ihre Position zu festigen, zum Teil durch die Stärkung der Familie und der traditionellen sozialen Wertvorstellungen.

Die heutige Sexualgesetzgebung der Sowjetrepubliken ist das Werk der Oktoberrevolution. Diese Revolution ist nicht nur als politische Erscheinung, sofern sie dem Proletariat die politische Diktatur sicherte, von Wichtigkeit. Die von ihr ausstrahlenden Umwälzungen erstrekken sich auch auf das übrige Leben...

Die soziale Gesetzgebung der russischen kommunistischen Revolution will kein Produkt reiner Kathederweisheit sein, sondern stellt einen Niederschlag des Lebens dar. Erst nach der erfolgten Umwälzung, nach dem Triumph der Praxis über die Theorie, trachtete man nach neuen, festen Bestimmungen einer ökonomischen Ordnung. Damit wurden auch Formen für die Einrichtung des Familienlebens und für die Gestaltung der sexuellen Beziehungen gemäß den Nöten und den natürlichen Erfordernissen des Volkes geschaffen.


LENIN

Die zaristische Gesetzgebung bestand aus mehreren Bänden, in denen grenzenloser Despotismus, Sanktionierung der Willkür, der Gewalttätigkeit und der Versklavung des Weibes die Grundnote abgaben.

Das alte russische Ehe- und Familienrecht war der Abklatsch des allgemeinen Systems, das auch in politischer und ökonomischer Beziehung das System der Bedrückung war...

Sie [die Oktoberrevolution] läßt nichts von den alten despotischen und dazu grenzenlos unwissenschaftlichen Gesetzen bestehen, sie beschreitet nicht den Weg der reformatorischen bourgeoisen Gesetzgebungen, die mit juristischen Subtilitäten noch immer an dem Begriff des Eigentums in der sexuellen Sphäre hängen, und die letzten Endes die Herrschaft der doppelten Moral in bezug auf das Geschlechtsleben fördern...

Indem nun die Sowjetgesetzgebung alle diese Seiten der Übergangsperiode berücksichtigt, baut sie sich auf folgenden Prinzipien auf:

Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen...

Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten „natürlichen" Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit. Die Frage der kriminellen Verfolgung taucht erst bei Anwendung von Gewalt und Zwang, wie überhaupt bei einem Übergriff oder Schädigung der Interessen des Anderen auf.

Dr. G. Batkis, *Die Sexualrevolution in Rußland* (1925, Hervorhebung im Original)

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Vertag Avantgarde GmbH
Postfach 110231. 20402 Hamburg. Fax (040)3301 54
Postfach 555, 10127 Berlin. Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11968-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 111 **März/April 1994**

IGM/ÖTV-Raubtarif: Burgfrieden für SPD-Regierung

In den Medien ist Kohls Name in letzter Zeit zum Synonym für „Verdrossenheit" geworden, wobei sogar Teile der Bourgeoisie meinen, daß es an der Zeit wäre, die SPD zurück ins Kanzleramt zu bringen. Doch was durch die Wahl einer SPD-Regierung droht, zeigen die „Öffnungsklauseln" und die Raubverträge, die von IG-Metall- und ÖTV-Spitze im Interesse des „Standorts Deutschland" abgeschlossen wurden und die nicht nur die Arbeiter schröpfen, sondern auch ihre Gewerkschaft schwächt.

Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Es war kein Zufall, daß die IG-Metall-Bonzen für ihren Teilstreik-Nichtstreik Niedersachsen ausgesucht hatten, die Heimat des „Modells Volkswagen", in dessen Aufsichtsrat SPD-Ministerpräsident Schröder sitzt. Dies war der Auftakt zum „Superwahljahr 94", und die SPD wollte den Frankfurter Bankern ihre Unentbehrlichkeit demonstrieren, so wie in Wolfsburg, als sie den Bossen die mächtige IG Metall auslieferte. Tatsächlich begrüßte der DAX Schröders Wahlsieg und legte 41 Punkte zu. In der letzten Ausgabe des *Spartakist* (Nr. 110, Februar) warnten wir: „Kein Burgfrieden für SPD-Regierung", aber genau das ist passiert.

Die Bosse und ihre Politiker wollen die Arbeiter für ihren Anschluß und ihre Wirtschaftskrise bezahlen lassen und die Gewerkschaften verkrüppeln. Aber ihre Forderungen nach einer „Null-Runde" und einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche hat wütende Empörung ausgelöst. Hunderttausende Metaller strömten im Warnstreik auf die Straße, fast 93 Prozent stimmten in Niedersachsen für Vollstreik. Mit ihnen standen die zwei Millionen Mitglieder starke ÖTV sowie die Postgewerkschaft zum ersten Mal vor einem bundesweiten Tarifkampf. Auf der Tagesordnung stand diesmal der gemeinsame Kampf der riesigen Gewerkschaften IG Metall und ÖTV *in Ost und West.* Es fehlte weder an Kampfbereitschaft noch an sozialer Macht, sondern an *einer klassenkämpferischen Führung.*

Diese Macht zu mobilisieren bedeutet eine politische Konfrontation mit der de facto Großen Koalition von CDU und SPD. Um einen Kampf zu verhindern, verschenkten die Gewerkschaftsbürokraten Rechte und Errungenschaften, die in Jahrzehnten erkämpft worden sind. Aber trotz all ihres großen Geschreis über „Aussperrung" hatten auch die Bosse Angst vor einer direkten Konfrontation mit der immer noch mächtigen Arbeiterbewegung in Deutschland.

Angesichts der kapitalistischen Konterrevolution im Osten und der kapitalistischen Krise im Westen wollen die europäischen Bourgeoisien dringend den sogenannten „Sozialstaat" demontieren und die Ausbeutungsrate in die Höhe treiben. Westeuropa steckt in der schwersten Depression seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der ganzen Region. Diese Depression kommt am Ende einer Periode, in der die Arbeitskosten in Westeuropa im Vergleich zu seinen imperialistischen Hauptkonkurrenten immer mehr davonzogen. Angefangen Ende der 70er Jahre hat das amerikanische Kapital, gefolgt von Japan, in starkem Maße seine Produktionskapazitäten in Niedriglohnländer Lateinamerikas und des Fernen Ostens verlagert. Zum Teil als eine Folge davon erhöhte es die Ausbeutungsrate im eigenen Land außerordentlich. Clinton lud die Minister von Amerikas sechs reichsten imperialistischen Rivalen (die G-7) zu einer sogenannten „Beschäftigungskonferenz" ein, um sie über die Vorteile des „Modells Amerika" zu belehren, das auf der Aushöhlung der Gewerkschaften, auf rassistischem Terror und auf dem Fehlen eines sozialen Netzes beruht.

Der westeuropäische „Sozialstaats"-Kapitalismus, mit seinen umfangreichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen, war eine Einrichtung des Kalten Krieges, die den Einfluß der UdSSR, nach ihrem Sieg über Hitler, und die starken stalinistischen Parteien in der Südflanke der NATO neutralisieren sollte. Dieser „Sozialstaat" steht jetzt in ganz Westeuropa auf der Abschußliste. Vom machtvollen ÖTV-Streik in Westdeutschland 1992 bis zum militantere und siegreichen Air-France-Streik Ende letzten Jahres leisten die Arbeiter erbitterten Widerstand dagegen.



dpa

IG Metall mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten hat die Macht, die Offensive der Kapitalisten zurückzuschlagen. Revolutionäre Führung ist der Schlüssel

Die Arbeiter haben es nicht nur mit einzelnen Kapitalisten zu tun, sondern auch mit dem Staat der Bosse, der sogar oder besonders dann, wenn er von den Sozialdemo-

Fortgesetzt auf Seite 4

Antikommunistische Hexenjagd durch Finanzerpressung

Hände weg von der DKP!

Am 15. Februar wurden der langjährige ehemalige DKP-Parteivorsitzende Herbert Mies und DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch ins Gefängnis geworfen, weil sie sich weigern, als Kronzeugen gegen ihre eigene Partei und ihre Genossen beim Schalck-Golodkowski-Ausschuß aufzutreten. Nachdem eine Flut von Protesten beim Gericht einging, die von der DKP-Zeitung *uz* dokumentiert wurde, wurden die beiden DKP-Führer eine Woche später freigelassen. Doch die gerichtliche Anerkennung ihres Zeugnisverweigerungsrechts kann weitere Kriminalisierungsversuche gegen die DKP einleiten, da es direkt darauf beruht, daß sie sich selbst belasten würden.

Wie das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), das mit der SpAD brüderlich verbunden ist, in einer Protesterklärung vom 17. Februar feststellte:

„Sie sind Opfer der wütenden antikommunistischen Hexenjagd der Bourgeoisie von Auschwitz, die den Sieg der Roten Armee 1945 rächen und jegliche Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat DDR auslöschen will, der aus diesem Sieg entstanden war. Das ist es, was die ‚Aufarbeitung der deutschen Geschichte' durch den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs bedeutet. Mit der Zerstörung der DDR fühlen sich die Herrscher des Vierten Reichs stark genug, die Verfolgung aller Kommunisten und Linken zur Weißglut zu treiben.

Das Komitee für soziale Verteidigung hat zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei von Anfang an gegen die Hexenjagd gekämpft. Wir machten klar, daß die Kapitalisten keinerlei Recht haben, über die DDR oder irgendeine Angelegenheit der Arbeiterbewegung zu urteilen. Wir forderten: Viertes Reich — Hände weg von Honecker, Mielke und Markus Wolf! Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf war es! Wir forderten Freiheit für Pohl, Langnitschke und Kaufmann, die hinter Gitter geworfen wurden, weil sie einfach das Geld der PDS vor den gierigen Klauen der Hexenjäger schützen wollten. Die Treuhand muß das Geld und die Gebäude an die PDS zurückgeben! Hände weg vom *Neuen Deutschland!*

Es ist der reinste Hohn, daß die DKP-Finanzen jetzt von der gleichen Bourgeoisie zum Vorwand für ihre Kommunistenhatz genommen wird, die sich aus der Ausblutung und Ermordung von Millionen Juden und Zwangsarbeitern aus dem Osten genährt hat. Man braucht nur an das ‚arisierte' Geld der Deutschen Bank zu erinnern; jetzt agiert die SPD mit der Berliner Oberhexenjägerin Jutta Limbach für die Enteignung der PDS. Die Stasi-Hexenjagd und die Entlassungen sollen dazu dienen, den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen einzuschüchtern — so wie auch das Verbot der kurdischen PKK verhängt wurde, um die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, daß die Verhaftungen von Mies und Fritsch am Vorabend einer entscheidenden Klassenschlacht der Metall- und ÖTV-Arbeiter stattfinden. Das Komitee für soziale Verteidigung kämpft dafür, die Organisationen der Arbeiterbewegung und Linken zu mobilisieren, **um die Freiheit für Mies und Fritsch zu erkämpfen und diese schmutzige Hexenjagd zurückzuschlagen.** Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!"

Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 3

kraten regiert wird, mit seinen Gesetzen, Gerichten, Gefängnissen und bewaffneten Kräften der blutigen, rassistischen Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter über die Arbeiterklasse dient. Genau deshalb brauchen die Werktätigen so dringend ein revolutionäres Programm und eine Partei, die ihre Verteidigungskämpfe, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, mit ihrer Mobilisierung zur Eroberung der politischen Macht verbindet. Genau ein solches Programm bot die Spartakist-Arbeiterpartei im letzten *Spartakist* (Nr. 110, Februar) unter der Überschrift an: „Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!".

Im letzten Jahr kündigte Gesamtmetall eiskalt den ostdeutschen Tarifvertrag. Trotz der Verwüstung der Industrie des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats DDR durch den Anschluß schlugen damals die Metaller diese Provokation zurück, als sich ihr disziplinierter und entschlossener Streik nach Westen ausweitete.

Aber diesmal gaben die IG-Metall-Bonzen alles ohne Kampf auf. „Beschäftigungssicherung" nach dem sogenannten VW-Modell bedeutet Arbeitszeitverkürzung bis auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich: ein Lohnraub von 17 bis 25 Prozent. Gesamtmetall hat seine „Öffnungsklausel" durchgesetzt, die die Arbeiter verschiedener Betriebe und sogar Abteilungen gegeneinander stellt und die Macht der Gewerkschaft zersplittert. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. März) jubelte in einem Leitartikel: „Zum ersten Mal hat die IG Metall betrieblichen Öffnungsklauseln zugestimmt, mithin — zumindest in bestimmtem Umfang — die Festlegung von Arbeitszeit und Entlohnung aus ihrer Macht und Verfügungsgewalt entlassen. Noch im vergangenen Jahr war eine ähnliche Vereinbarung für die neuen Bundesländer nach einem Streik am erbitterten Widerstand der Gewerkschaft gescheitert."

Sogar schon vor den ersten Verhandlungen ging die ÖTV-Chefin in die Knie, als sie Kohls Ruf nach einer „Null-Runde" zujubelte, solange die Schlechtbezahlten bei der „Null" bevorzugt würden. So ist es geschehen: Die Schlechtbezahlten müssen sieben „Null"-Monate auf die Tariferhöhung warten, die anderen sogar neun. Neu Eingestellte werden im Krankheitsfall nicht 26, sondern nur sechs Wochen lang weiterbezahlt. Noch schlimmer: Dies war zwar der erste gemeinsame Ost-West-Vertrag, für den die Arbeiter die elementare Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" erhoben; doch statt dessen bleibt für lange Zeit die ehemalige DDR ein Billiglohnland. Modrow/Gysis Versprechen „Wir sind ein Volk, 1:1" bedeutet, ostdeutsche Arbeiter müssen sofort West-Preise bezahlen oder noch mehr, und das bei 40 bis 80 Prozent vom West-Tarif.

Während sich die Bürokraten beeilten, diese stinkenden Tarifverträge vor der Landtagswahl in Niedersachsen zu unterschreiben, beeilte sich die SPD, mit der Kohl-Bande einen „Kompromiß" über die Pflegeversicherung zu erreichen, bei dem die Arbeiter alles bezahlen und die dadurch „entlasteten" Kapitalisten gepflegt werden. Sogar IGM-Chef Zwickel bezeichnete ihn als einen „sozialpolitischen Rückfall hinter Bismarck" *(Frankfurter Rundschau,* 12. März).

Aber dies war eine direkte Folge des verrotteten,

Fortgesetzt auf Seite 22

15 000 protestieren gegen Nazi-Terror in Halle

Nazis und rassistische Volksfront schreien „Rufmord"

Seit den Massenprotesten von Jugendlichen und Immigranten gegen die Nazi-Brandanschläge in Rostock, Mölln und Solingen ist die rassistische Volksfront von CDU bis SPD und PDS damit beschäftigt, das Vierte Reich zu beschönigen. Während sie Lichterketten und „Diskussionsrunden" mit Nazi-Mördern organisiert, erledigen die Faschisten weiter ihr blutiges Geschäft, so daß im Februar sogar die UN-Menschenrechtskommission erstmals Anklage gegen das wiedervereinigte Deutschland wegen der rassistischen Überfälle und Morde erhoben hat. Die Volksfront schrie darauf wie mit einer Stimme „Rufmord".

Als im Januar das Bild der 17jährigen Behinderten Elke Jäger aus Halle mit einem in die Wange geritzten Hakenkreuz um die Welt ging, gab es besonders unter den Jugendlichen einen Aufschrei der Empörung. Trotz der von der Polizei schon am 13. Januar verbreiteten Zweifel an einem Skinhead-Überfall auf Elke demonstrierten an diesem Tag in Halle 15 000 Schüler gegen Naziterror. Auf die Proteste der Hallenser Schüler folgte aber ein Aufschrei ganz anderer Art: Die rassistische Volksfront trat in Aktion, um das Ansehen Halles und des Vierten Reichs zu „retten".

Der SPD-Sozialdezernent Guido Till, der schon wegen seiner Schließung der Kindergärten in ganz Halle verhaßt ist, behauptete: „Rechtsextremismus ist genauso ein Problem wie Linksextremismus", und es gäbe in Halle „keine organisierte Nazi-Präsenz". Und der Polizeipräsident beschwerte sich im *Halleschen Tageblatt* (18. Januar) darüber, „Halle das Mäntelchen des Rechtsradikalismus umzuhängen". Da kamen ihnen die Berichte darüber, daß Elke sich selbst das Hakenkreuz eingeritzt hätte, wie gerufen, so daß die großdeutschen Nationalisten vom *Spiegel* (17. Januar) titelten: „Die Lüge mit dem Hakenkreuz". Die Nazis stürzten sich auf diese Gelegenheit, um ihre eigene Provokation „gegen die Rufmordkampagne im Superwahljahr 1994" zu starten: Sie drohten einen Aufmarsch am 22. Januar in Halle an, zu dem die Nationale Liste aus Hamburg aufrief.

Es ist ausgesprochen obszön, daß die Nazi-Terroristen, die den Holocaust durchgeführt haben und jetzt Auschwitz als eine „Lüge" bezeichnen, und die Bourgeoisie von Auschwitz, die ihren Staat zum legalen Nachfolger von Hitlers Drittem Reich erklärt hat und heute die faschistischen Mörder beschützt und anstiftet, jetzt behaupten, daß ihr „guter Ruf" beschmutzt worden sei. Und ihre Hetze gegen ein 17jähriges behindertes Mädchen, das in Nazi-Wandschmierereien bedroht wird, ist besonders ekelhaft.

Wir geben nicht vor zu wissen, was in jener Mittagsstunde am 10. Januar tatsächlich passiert ist. Aber wir haben nicht vergessen, daß die Nazis im Namen der Rassen„reinheit" kurz nach ihrer Machtergreifung 1933 unter dem Schlagwort der „Euthanasie" mit der systematischen Ermordung der geistig und körperlich Behinderten begannen. Und es ist klar, daß das Leben von behinderten Menschen im wiedervereinigten Deutschland zum reinsten Horror geworden ist. Erst am 11. Februar wurden in Siegen zwei Skinheads „aus Mangel an Beweisen" freigesprochen, die einen Behinderten qualvoll ermordet haben.

Wir sehen keinen Anlaß, einem Staat zu glauben, der behauptet, daß in Bad Kleinen der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams sich selbst in den Kopf geschossen habe, während es von GSG-9-Bullen nur so wimmelte, die wild um sich schössen. Diese Umkehrung von Opfern und Tätern durch die Polizei ist kein Einzelfall. Jetzt wurde sogar Birgit Hogefeld wegen Mordes und Mordversuchs angeklagt, obwohl sie während der GSG-9-Schießerei gefesselt auf dem Boden der Bahnhofsunterführung lag. Nur der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter, der nie auf antifaschistischen Demos auftaucht, „weiß" aus den Akten des Staatsanwalts, daß Elke nur selbst die Täterin gewesen sein kann.

Als Reaktion auf den angedrohten Nazi-Marsch am

Fortgesetzt auf Seite 6



Spartakist-Block auf Demo am 22. Januar in Halle. Kurz darauf folgte antikommunistischer Angriff auf Spartakisten durch Volksfront-Organisatoren, um „sauberen Ruf Halles" zu retten

Spartakist

KfsV-Protest gegen Hexenjagd auf JRE

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) hat am 18. März in einer Erklärung entschieden protestiert „gegen die Verbotsandrohung gegen die Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) und die Verweigerung eines Vereinsstatus für die JRE auf Grundlage von Verfassungsschutz-Schnüffelei, die eine Bedrohung für alle Linken und Antifaschisten ist!" Der Protest wurde an Bundesinnenminister Kanther (CDU) und Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD) gesandt. Unter anderen hat auch der DGB gegen diesen grundsätzlichen Angriff auf demokratische Rechte protestiert.

Die Begründung des Innenministeriums für die Verweigerung des Vereinsstatus war, daß die JRE im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist! Nach einem Einspruch der JRE wurde eine Verbotsverfügung dem Innenministerium Schnoors zur „Prüfung" übergeben und dann an Kanther weitergereicht. Dies zeigt, wie absurd und gefährlich es ist, an den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reiches zu appellieren, seine Gewalt einzusetzen, die Nazis zu verbieten. Kanthers Verbot der PKK und 35 kurdischer Vereine hat bereits das politische, soziale und kulturelle Leben eines ganzen Volkes kriminalisiert. Auch der Bullenüberfall auf die Redaktion der *Jungen Welt,* weil sie Dokumente der RAF abdruckte, paßt in dieses antikommunistische Muster. Jetzt droht der Staat, Antirassisten zu verbieten.

Als Vorwand für den bedrohlichen Angriff auf die JRE diente die Aussage im Verfassungsschutz-Bericht, die JRE sei eine trotzkistische „Tarnorganisation" von Voran. Das KfsV protestiert gegen diese Kriminalisierungsversuche! Als rechtliche Verteidigungsorganisation, die in brüderlicher Verbindung mit der trotzkistischen Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands steht, können wir die JRE-Position nur bestätigen, daß die JRE keine „Tarnorganisation" von Trotzkisten ist. Viertes Reich: Hände weg von der JRE und allen Antifaschisten!

Halle...

Fortsetzung von Seite 5

22. Januar entschied die Hallenser Stadtverwaltung, nachdem sie die Nazis mit ihrer Kampagne gegen Elke Jäger aufgehetzt hatte, den „Ruf" Halles zu schützen und sicherzustellen, daß es überhaupt keine antifaschistische Gegenmobilisierung gibt. Zuerst verbot sie den Aufmarsch der Nationalen Liste. Dann organisierte eine Allparteienkoalition, die von dem autonomen Zentrum Kellnerstraße e. V., der Vereinigten Linken und der PDS über die „Stasi-Listen"-Hexenjäger des Neuen Forums bis zur CDU und dem Oberbürgermeister reichte, eine Kundgebung am 22. Januar mit dem Aufruf: „Wir appellieren an die Justiz, das Verbot nicht aufzuheben." Alle diese Gruppen sitzen zusammen mit einem Vertreter der Bullen am „Runden Tisch für eine gewaltfreie Stadt", wo die PDS ein Makler für die „Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei" ist.

Die lokale Presse überschlug sich mit Warnungen vor einer Wiederholung des 9. November 1991: Als damals die Nazis in Halle den Jahrestag der Reichspogromnacht „feiern" wollten, initiierte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), das mit der SpAD brüderlich verbunden ist, einen Aufruf zu einer Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis zu *stoppen.* Dieser Aufruf fand solch breite Unterstützung, daß der DGB die Arbeiter dazu aufrief, am angekündigten Nazi-Treffpunkt den Aufmarsch des braunen Packs zu verhindern. Aber buchstäblich in letzter Minute sabotierte der DGB seinen eigenen Aufruf und unterstützte statt dessen ein impotentes Ablenkungsmanöver mit Kerzen von PDS und Vereinigter Linken. Dieser Verrat ermöglichte es den Nazis, unter dem Schutz von 4000 schwerbewaffneten Bullen durch Halle zu marschieren. Am Abend gab es dann in der ganzen Stadt isolierte Schlachten von Antifaschisten gegen die Nazis.

Diesmal wollte die Volksfront durch ihre „Sicherheitspartnerschaft" von Anfang an verhindern, daß so etwas noch einmal passiert und es überhaupt eine Mobilisierung der Macht der Arbeiter gibt, die das braune Pack *stoppt.* Ihre Rolle wurde bei der Demo am 22. Januar plastisch demonstriert: Es gab fast so viele Bullen wie Demo-Teilnehmer; unter der Regie von rassistischen Biedermännern versammelte sich der „linke" Anhang. Die antifaschistischen Schüler und Studenten, die neun Tage vorher den ganzen Marktplatz eingenommen hatten, blieben dagegen weg. Dies hinderte die sozialdemokratische Zeitung *Voran,* die genau wie der BSA der Polizeilinie zu Elke Jäger aufs Wort glaubt, nicht daran, die Demo als Beispiel für besondere antifaschistische Standhaftigkeit zu bejubeln.

Daß die Volksfront-Demo am 22. Januar in erster Linie dazu diente, das „Ansehen" Halles zu säubern, zeigte sich auch in ihrem brutalen Angriff auf die Spartakisten. Die PDS verteilte „Keine-Gewalt"-Schleifen an die hauptsachlich autonomen Ordner, die sie dann dazu benutzte, den Block der Spartakisten mit physischer Gewalt aus der Demo hinauszuschmeißen. Die rabiaten „Gewaltfreiheitskämpfer" griffen sogar unbeteiligte Zuschauer an, die gegen diesen Ausschluß protestierten. Und als ob sie sich ihre Mitgliedschaft in der oben erwähnten Koalition verdienen wollten, versuchten die „Keine-Gewalt"-Schläger unser Banner mit den Losungen „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion" und „Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien" herunterzureißen. Besonders unser Plakat, das die „rassistische Anti-Asyl-Koalition von CDU und SPD bis PDS" angriff, traf zu genau ins Schwarze: „Rufmord" jaulten die PDS und die Autonomen von Oberbürgermeisters Gnaden, als sie die Kommunisten aus der Demo raussäuberten.

Nur eine Woche später wurde diesen „Linken" eine objektive Lektion über den bürgerlichen Staat erteilt, als die Bullen einen eintägigen Landesparteitag der faschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" in Halle schützten und eine Antifa-Gegendemo nach fünf Minuten auflösten. Appelle an den bürgerlichen Staat, die „Nazis zu verbieten", die er schützt und aufhetzt, sind nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich. Nur die Mobilisierung der sozialen Macht der organisierten Arbeiterklasse kann die Nazis stoppen und durch den Aufbau von Arbeiterverteidigungsgruppen die Immigranten verteidigen. Um den Faschismus ein für alle Mal zu beseitigen, müssen wir das kapitalistische System stürzen, das ihn brütet.«

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin — Jeden Donnerstag 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Deutscher Polizeiterror gegen kurdisches Newrozfest

Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!

BERLIN - 19. März. Im Audi-Max der Technischen Universität wollten Kurden das Neujahrsfest Newroz mit Theaterstücken und Musik begehen. Als sie ankamen, war die Tür verrammelt, das Fest wurde verboten. Als Demonstranten eine kurdische Fahne am Eingang aufhängten, wurden sie brutal von den Bullen angegriffen, einzelne Kurden wurden geprügelt und festgenommen. Bei der Verteidigung gegen die Bullenattacken erlitten drei Kurden schwere Brandverletzungen.

Aus Protest marschierten anschließend über 2000 unter Rufen „Gestern Vietnam — heute Kurdistan" über den Kurfürstendamm. Genossen der SpAD schlössen sich dem Protest sofort an. Ein Banner des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) mit der Losung „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine" wurde entfaltet. Das KfsV ist eine mit den Spartakisten brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation.



Berxwedan

Kassel, 18. Dezember 1993: KfsV-Banner bei militantem Protest von Kurden gegen PKK-Verbot

In den Nachrichten wird jetzt gehetzt, daß in ganz Deutschland 85 Bullen bei „Auseinandersetzungen" verletzt worden sind, ohne das Verbot der Newrozfeiern auch nur zu erwähnen. Der bayerische Innenminister kündigte an, daß „jeder, der dabei war, sofort abgeschoben werden soll", d. h. an die Folterknechte in der Türkei!

Bereits am 29. November 1993 hatte die Bundesregierung die kurdische Arbeiterpartei PKK und 35 andere Vereine verboten und damit die Hexenjagd gegen Kurden in Gang gesetzt. Die deutsche Bourgeoisie hat den türkischen Kurdenschlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft, um die „Integrität" des NATO-Partners Türkei zu verteidigen. Mit dem Verbot und der Hetze gegen Kurden haben sie nochmal bewiesen: Das Vierte Reich ist Pate des Völkermords an den Kurden.

Das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ist ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse und hat bereits zur nationalistischen Vergiftung des Klimas in Metallbetrieben beigetragen, wo türkische und kurdische Arbeiter gegeneinander aufgehetzt werden. Um so dringender ist die Notwendigkeit, das Verbot der PKK und der türkischen Organisation Devrimci Sol, das ein Angriff auf die politische Betätigung *aller* Arbeiter ist, durch Massenproteste der organisierten Arbeiter zurückzuschlagen.

Angesichts des Staatsterrors gegen Kurden sollte es die Pflicht der Arbeiterbewegung und Linken sein, kurdische Kulturfeste und andere Treffen durch organisierte Präsenz zu schützen. Aber die deutsche Linke glänzt in der Regel durch Abwesenheit. Und selbst wenn sie vorgibt, die Rechte von Kurden zu verteidigen, wie bei der Bonner Großdemonstration am 12. März, wird sie zum Hilfspolizisten im Vierten Reich. Die Organisatoren der Demo „Freiheit für Kurdistan — Das Verbot der PKK muß fallen" schlössen ein Abkommen mit der Polizei, das das Tragen „kurdischer Fahnen und Embleme" untersagte.

Der massive Terror gegen Kurden in Deutschland begleitet den eskalierenden Völkermord in Kurdistan. Jetzt wurden sechs Abgeordnete der prokurdischen Partei DEP verhaftet, und die Ministerpräsidentin Tansu Çiller spricht sogar offen von der „Endlösung der Kurdenfrage". Mehr als 300 000 Soldaten wurden in die kurdischen Gebiete der Türkei verlegt, was besonders vom Newroz am 21. März bis zur Kommunalwahl am 27. März eine Blutwoche erwarten läßt.

Die Antwort der PKK auf diese Offensive der türkischen Bourgeoisie in diesem Augenblick ist die Übergabe eines Olivenzweiges an Çiller. Auf einer von medico international organisierten Kurdistan-Konferenz in Brüssel im März wurde ein Waffenstillstandsangebot von PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan vorgelesen, das „die Möglichkeit einer türkisch-kurdischen Föderation" anbietet. Diese Appelle an die Imperialisten sind nichts Neues, wie wir bereits beim Waffenstillstandsangebot der PKK 1992 schrieben („Olivenzweig der PKK an NATO-Kurdenschlächter Özal", *Spartakist* Nr. 102, April 1993). Auf dieses Angebot antworteten die Kurdenschlächter damals mit einem Massaker beim Newrozfest in Cizre.

Wir Spartakisten kämpfen dagegen unerbittlich für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden, das bedeutet ihre Unabhängigkeit. Aber diese kann nur durch die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten — Iran, Irak, Syrien und Türkei — durch Arbeiterrevolution verwirklicht werden. Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Das zumeist sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt überwiegend in der Diaspora in Europa und in den proletarischen Zentren von Ankara bis Istanbul. In der Arbeiterbewegung in Deutschland haben die Kurden und Türken eine strategische Position. Gegen die Teile- und Herrsche-Politik der Imperialisten müssen die kurdischen und türkischen Arbeiter, die zu Hunderttausenden im DGB organisiert sind, mit ihren deutschen Klassenbrüdern im Kampf gegen das Vierte Reich vereinigt werden.«

Jelzin spielt alte antikommunistische Leier

Kronstadt und Konterrevolution damals und heute

Während die Erinnerung an Stalins Terror lebendig bleibt, ist Lenin bei den Massen des nach-sowjetischen Rußlands weiterhin eine hochangesehene Persönlichkeit. Aus ihrer eigenen antikommunistischen Perspektive bemerkte die *New York Times* (11. Januar): „Auch wenn Lenins Mythos in den letzten Jahren erhebliche Einbußen erlitten hat, hat die Regierung im allgemeinen direkte Angriffe auf sein Andenken vermieden, offensichtlich aus Angst davor, bei den Millionen Anstoß zu erregen, die mit der Legende des unfehlbaren Führers aufgewachsen sind, der zu früh gestorben ist, um Stalins Terror zu verhindern." Eine von Jelzins ersten Maßnahmen nach seinem blutigen Oktoberputsch war die Schließung des Lenin-Museums in Moskau.

AP

Präsident Jelzin und Ruzkoi beim Patriarchen der Konterrevolution Alexij. Jelzin leistete schon seinen Amtseid vor dem russisch-orthodoxen Popen

Am Vorabend von Clintons Rußland-Besuch im Januar startete Jelzin eine neue Kampagne, die sich besonders gegen Lenins anerkannte Persönlichkeit richtete, indem er wieder einmal die Meuterei von Kronstadt im März 1921 zum Thema machte — ein Bestandteil antibolschewistischer Propaganda in den letzten 70 Jahren. Ein 46seitiger Bericht, der auf einer Nachrichtenkonferenz im Kreml am 10. Januar veröffentlicht wurde, „rehabilitierte" die Matrosen, die gegen die Regierung von Lenin und Trotzki in einen Aufstand getreten waren. Mit dem Hinweis auf die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands erklärte der neue Chef des russischen Fernsehens, Alexandr Jakowlew, ein langjähriger „Freund" des westlichen Imperialismus, daß Stalin „bloß der Große Fortführer von Lenins Arbeit" gewesen sei. Jelzins Wortführer versuchten die eher zahme stalinistische parlamentarische Opposition dadurch zu diskreditieren, daß sie sie anschrien: „Seht auf die Blutspur, die ihr hinterlassen habt."

Die Niederschlagung der Kronstadt-Revolte als einen ideologischen Knüppel gegen die Bolschewiki zu benutzen hat eine lange und erbärmliche Geschichte. Besonders Ende der 30er Jahre zur Zeit der Moskauer Säuberungsprozesse griffen kleinbürgerliche Liberale den ständigen anarchistischen Refrain über Kronstadt auf, um den Trotzkismus, den Wahrer der Traditionen und des Programms der Bolschewiki, mit Stalins Terrorregime in Verbindung zu bringen. Trotzki spießte die damaligen liberalen/anarchistischen Vorwürfe in mehreren Artikeln auf, darunter „Das Zetergeschrei um Kronstadt" (Januar 1938).

Schon seit 1921 nehmen die Anarchisten die Kronstädter Meuterer für sich in Anspruch. Der amerikanische Anarchist Alexander Berkman nannte sie „die Reinsten der Reinen". Berkman ist am besten bekannt für seinen fehlgeschlagenen Attentatsversuch auf den Gummibaron Henry Frick, der das Massaker an den streikenden Homestead-Stahlarbeitern 1892 angeordnet hatte. Wie kommt es, daß die Kronstädter Meuterei sowohl von Anarchisten bejubelt wird, die den Anspruch erheben, unversöhnliche Feinde der kapitalistischen Ausbeutung zu sein, als auch von Boris Jelzin, dem anerkannten Agenten der Imperialisten im heutigen Rußland? Weil Kronstadt den historischen Schnittpunkt zwischen anarchistischem und bürgerlich-reaktionärem Antikommunismus markiert.

Kronstadt war ein Marinestützpunkt auf einer Ostsee-Insel in der Nähe der früheren russischen Hauptstadt Petrograd. 1917 spielten die Matrosen, unter ihnen viele probolschewistische anarchistische Kämpfer, eine wichtige und heldenhafte Rolle bei der Oktoberrevolution. Doch in den nächsten paar Jahren wurden diese ursprünglichen Kronstädter an die verschiedenen militärischen Fronten im Bürgerkrieg gegen die Armeen der konterrevolutionären Weißen geschickt, die direkt durch Expeditionskorps der westlichen und japanischen Imperialisten unterstützt wurden. Sie wurden in Kronstadt ersetzt durch politisch unerfahrene junge Rekruten, zum größten Teil aus der ländlichen Bauernschaft.

Bis zum Winter 1920/21 hatten sieben Jahre imperialistischer Krieg und Bürgerkrieg Sowjetrußland auf ein wirtschaftliches Ödland reduziert, was zu weitverbreiteten Bauernunruhen gegen den „Kriegskommunismus" führte und gegen die Zwangseintreibung von Getreide durch die bolschewistische Regierung, die sie zur Verteidigung des Arbeiterstaats gegen die Weißen Armeen benötigte. Es gab eine Reihe von Bauernaufständen, die oft gekennzeichnet waren durch antisemitische Pogrome gegen die örtlichen jüdischen Gemeinden.

Die Kronstädter Meuterei war eine Revolte der Bauernsöhne in Uniform gegen die harten Verhältnisse der proletarischen Macht in einem Sowjetrußland, das vom Weltimperialismus belagert wurde. Die ökonomische Hauptforderung der Matrosen war „freier Handel" für die Bauernschaft mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln. Bei den linken, insbesondere anarchistischen, Traditionen von Kronstadt versuchten die Meuterer ihrer antikommuni-

stischen Revolte einen „revolutionären" Anstrich zu geben. Die bolschewistischen Führer verstanden, daß der Aufstand, bei allen konfusen Einstellungen der aufständischen Matrosen, den mächtigen Kräften der weißgardistischen Konterrevolution diente. Kronstadt war äußert exponiert, als der Punkt, der Europa am nächsten und vor den Toren Petrograds lag. Im Norden war Finnland unter dem zaristischen General Mannerheim. Und wie Trotzki in einer Rede vor der Kommunistischen Jugendinternationale im Juli 1921 sagte, „war Kronstadt nahe daran, in die Hände des französischen und englischen Imperialismus überzugehen. Zwei oder drei Tage mehr, und die Baltische See wäre eisfrei gewesen und die Schlachtschiffe der ausländischen Imperialisten hätten die Häfen von Kronstadt und Petrograd einnehmen können."

Linke Verteidiger der Kronstädter Meuterei beteuern, daß die Matrosen nur eine anarchistische „dritte russische Revolution" durchführen wollten. Doch Victor Serge, ein Unterstützer der Oktoberrevolution, der aus der anarchistischen Bewegung in Westeuropa kam, verstand, wie er in seinen *Erinnerungen eines Revolutionärs, 1901—1941* schrieb: „Wenn die [bolschewistische] Diktatur fiel, so bedeutete das in Kürze das Chaos, und durch das Chaos hindurch das Vordringen der Bauern, das Massaker der Kommunisten, die Rückkehr der Emigranten und am Ende durch die Macht der Umstände eine andere, antiproletarische Diktatur."

Jetzt behauptet der Jelzin-Bericht, daß es keinen Beweis für die Beteiligung „irgendeiner konterrevolutionären Organisation" an der Kronstadt-Revolte gäbe. Doch während das Gros der Matrosen — wie die Bauern, die beim Ende des Bürgerkriegs gegen die sowjetische Regierung die Waffen erhoben — bestimmt keine Rückkehr der Großgrundbesitzer wünschten, hatten ihre Führer umfangreiche Kontakte zu konterrevolutionären Kräften. Dies ist gut dokumentiert worden in Paul Avrichs Studie *Kronstadt 1921* (1970). Der Beweis ist durch die Sympathie des Autors für die Sache der russischen Anarchisten um so überzeugender. Avrich bestreitet, daß die Parole „Sowjets ohne Kommunisten" von den Kronstädter Meuterern erhoben worden sei. Doch wie wir in unserer zweiteiligen Besprechung seines Buches, „Kronstadt and Counterrevolution" *(Workers Vanguard* Nr. 195 und 203, 3. März und 28. April 1978) bemerkten: Ob diese spezielle Parole von den Kronstädtern benutzt wurde oder nicht, „und Emigrantenkreise, die zu ihnen Kontakt hatten, behaupteten, daß es so war — *es ist völlig klar, daß ihr Ziel der Sturz der bolschewistischen Herrschaft war".*

Der Hauptführer der Meuterei war Stepan Petritschenko, der Sohn ukrainischer Bauern, der ein paar Monate vor der Revolte sich den Weißen anzuschließen versuchte, aber angeblich abgelehnt wurde. Avrich entdeckte, daß zwei Wochen vor dem Aufstand ein Agent des konterrevolutionären Nationalen Zentrums, das im benachbarten Finnland stationiert war, an sein Hauptquartier berichtete, daß eine Gruppe von Matrosen dazu rekrutiert worden war, eine aktive Rolle bei der kommenden Erhebung zu spielen. Petritschenko spielte eine Schlüsselrolle dabei, eine Massenprotestveranstaltung in einen entscheidenden Bruch mit der sowjetischen Regierung zu verwandeln. Während der Meuterei richteten er und die anderen Führer eine Nachschubverbindung zum finnischen Büro des Russischen Roten Kreuzes ein, einer bekannten Tarnung des Nationalen Zentrums. Nachdem die Bolschewiki den Aufstand niedergeschlagen hatten, gingen Petritschenko und seine Gefolgsleute freiwillig zum Weißen-General Baron Wrangel.

Antikommunisten aller Schattierungen heulen über die Hinrichtung der gefangengenommenen Kronstädter Meuterer durch die Tscheka, die politische Polizei der bolschewistischen Regierung. Doch man muß verstehen, daß die Bolschewiki um die Aufrechterhaltung der proletarischen Herrschaft kämpften. Sie mußten sich nur den grauenhaften antikommunistischen Terror ansehen, der Mannerheims Finnland und diejenigen Teile Rußlands überschwemmte, die vorübergehend unter der Kontrolle weißgardistischer Generäle gewesen waren.

Anarchisten und andere antikommunistische „Linke" haben versucht, Trotzki, den Gründer der Roten Armee, als den „Schlächter von Kronstadt" hinzustellen, um den Führer der revolutionären Opposition gegen den Stalinismus zu diskreditieren. Trotzki war zwar nicht persönlich an der Niederschlagung beteiligt, doch er unterstützte sie. In späteren Jahren rechtfertigte er diese notwendige Maßnahme und erklärte:

> „Alle reaktionären Elemente, sowohl in Rußland und im Ausland, stürzten sich sofort auf diesen Aufstand. Die Weißen Emigranten forderten Hilfe für die Aufständischen. Der Sieg dieses Aufstandes konnte nichts anderes mit sich bringen als den Sieg der Konterrevolution, vollkommen unabhängig von den Ideen, die die Matrosen in ihren Köpfen hatten. Aber sogar die Ideen selbst waren zutiefst reaktionär. Sie spiegelten die Feindseligkeit der rückständigen Bauernschaft dem Arbeiter gegenüber wider, die Wichtigtuerei des Soldaten oder Matrosen gegenüber dem ‚zivilen' Petersburg, den Haß des Kleinbürgertums gegenüber revolutionärer Disziplin. Die Bewegung hatte deshalb konterrevolutionären Charakter und konnte von dem Zeitpunkt, als die Aufständischen Besitz von den Waffen in den Forts ergriffen, nur noch mit Hilfe von Waffen niedergeschlagen werden."
> („Die Fragen von Wendelin Thomas", Juli 1937)

Heutzutage versuchen die geistigen Erben der Weißgardisten, angeführt von Boris Jelzin, wieder einmal die Kronstädter Meuterei zu benutzen, diesmal um die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion zu legitimieren.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr.* 595, *4. März*



L.J. Leonidow

Lenin und Trotzki (stehend in der Mitte) mit Delegierten zum Zehnten Parteikongreß,, die gegen die antikommunistische Meuterei mobilisierten

Militant und SWP in Britannien

Die Reformisten und die Bullen

Militant Labour, Schwesterorganisation der Gruppe Voran, und die Socialist Workers Party, Schwesterorganisation der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), appellieren allesamt an den bürgerlichen Staat, er solle die Nazis verbieten. Im Gegensatz zu diesen Verbotsappellen kämpfen die Spartakisten für die Perspektive des Klassenkampfes gegen Nazis. Bei der riesigen antifaschistischen Demo in London am 16. Oktober des vorigen Jahres (siehe Spartakist *Nr. 108, November/Dezember 1993) verteilten unsere Genossen der Spartacist League/Britain 9000 Exemplare ihrer Extra-Ausgabe von* Workers Hammer, *in der sie zwei Polemiken gegen Militant und die SWP veröffentlichten. Eine davon erschien in* Spartakist *Nr. 108 („Begründungen für eine verrottete Linie"), die andere drucken wir nachstehend ab.*

Independent

London, 16. Oktober 1993: Bullen blocken Antirassisten beim Marsch auf das faschistische BNP-Hauptquartier ab

Für diejenigen, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, ist die Frage unserer Haltung gegenüber der Polizei entscheidend, denn dies ist die Frage des Staates.

Am Morgen des 28. Juli 1993 ermordeten die Bullen brutal den in Jamaica geborenen Joy Gardner. Dies unterstrich noch einmal — mit Blut — den Klassencharakter der Polizei: die Verteidiger der kapitalistischen Herrschaft und rassistischen Unterdrückung, die vor nichts zurückschrecken.

In einer neuen Broschüre, *Against racism and fascism* [Gegen Rassismus und Faschismus], reagiert Militant Labour auf diesen widerlichen rassistischen Mord mit der Behauptung: „Bis es eine demokratische Kontrolle über die Polizei gibt, einschließlich einer Kontrolle über ihre alltäglichen Operationen, werden Greueltaten wie diese weiter passieren."

Dies hat nichts zu tun mit revolutionärem Marxismus — aber alles mit Reformismus nach Art der Labour Party. „Demokratische Kontrolle über die Polizei" ist eine alberne Illusion, die zu einem Sidney Webb oder einem Tony Benn paßt. Der kapitalistische Staat, von dem die Polizei ein wesentlicher Teil ist, existiert zum Schutz des Reichtums und der Macht einer winzigen Minderheit, die die Arbeit der überwiegenden Mehrheit ausbeutet und davon lebt. „Der Staat [ist] ein Organ der *Klassenherrschaft,* ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere" (Lenin, *Staat und Revolution).* Er kann nicht reformiert oder dazu gedrängt werden, im Interesse der Werktätigen und Unterdrückten zu handeln. Der bürgerliche Staat muß *zerschlagen* werden durch eine Arbeiterrevolution.

Die Polizei wird nur einem Herrn gehorchen: der kapitalistischen Klasse. Jeder jugendliche Angehörige einer Minderheit könnte die tägliche Brutalität bezeugen, die Schwarze und Asiaten durch die Schläger in Grün erfahren. Man denke an Blair Peach, den antifaschistischen Kämpfer und SWP-Unterstützer, der 1979 in Southall von den Bullen ermordet wurde, an die zahllosen Opfer von Polizeikomplotts — die Sechs von Birmingham, die Vier von Guildford, die Drei von Tottenham — und an die streikenden Bergarbeiter, die Polizeiknüppel und Schlimmeres abkriegten, wie bei Orgreave. Wir gedenken derjenigen, die wie Davey Jones als Streikposten ermordet wurden, als sie ihre Gewerkschaft verteidigten.

Aber Militant Labour will die Bullen, die solche abscheulichen Angriffe durchführen, „für sich gewinnen". Sie rufen dazu auf, die rassistischen und streikbrecherischen Bullen „in den Umkreis der Arbeiterbewegung" zu bringen, und zwar durch das „Recht der Polizei auf eine unabhängige, demokratische Gewerkschaftsorganisation, die ihre Interessen als Arbeiter verteidigt" *(The State ... a warning to the labour movement* [Der Staat ... eine Warnung an die Arbeiterbewegung]).

Die Vorstellung, daß die Fronttruppen der kapitalistischen Gewalt und Unterdrückung „Arbeiter in Uniform" seien, deren Streiks unterstützt werden sollten, wird auch von der SWP befürwortet.

Im Juli versammelten sich etwa 23 000 Schläger-Bullen im Wembley-Stadion, um gegen den Sheçhy-Report über die Bezahlung und die Bedingungen bei der Polizei zu protestieren. Sie trugen T-Shirts mit dem Emblem von Solidarnoœæ — der konterrevolutionären Streikbrecher„gewerkschaft", die von der CIA, dem Vatikan, Thatcher und den Pseudolinken unterstützt wurde. Die Reaktion der SWP war ein Artikel, der damit endete: „Wenn Polypen streiken, hören sie auf, sich wie die Polizei zu verhalten, und schließen sich wieder ihrer Klasse an."

Polizei„militanz" und Bullenstreiks über Bezahlung und „Bedingungen" haben unweigerlich eine bonapartistische Stoßrichtung und bestärken die Bullen in ihrer Ansicht, daß sie das „Gesetz selbst" seien. Bessere „Arbeitsbedingungen" für Bullen bedeuten weniger Einschränkungen ihrer Möglichkeit, brutal gegen Minderheiten vorzugehen, Streikposten anzugreifen und Provokationen gegen Linke durchzuführen.

Als ein Leser aus Protest an *Socialist Worker* schrieb: „Polizisten sind keine Arbeiter in Uniform", verteidigte SWP-Guru John Molyneux ihre Bullen-freundliche Linie, ganz begeistert über das Potential, Bullen in Gewerkschaften organisieren zu können. Er vertrat den Standpunkt, daß die Polizisten „für einen Lohn arbeiten" und daß „die

meisten gewöhnlichen Polizisten einen proletarischen Hintergrund haben" (*Socialist Worker*, 28. August 1993). Die deutschen Sozialdemokraten (die zusammen mit der KPD zuließen, daß Hitler die Macht ergreifen konnte, ohne einen Schuß abzufeuern) benutzten ähnliche Argumente. Sie behaupteten, die preußische Polizei würde Hitlers Nazis an der Machtergreifung hindern. Leo Trotzki nahm diesen Blödsinn auseinander: „Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen... Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter" (*Was nun?*, Januar 1932).

Die SWP ist noch schlimmer. Sie sind sogar dafür, Gefängniswärter zu rekrutieren! Ein Brief aus dem Gefängnis in Blundeston, den *Socialist Worker* (26. Juni 1993) ohne Kommentar abdruckte, prahlte damit: „Vor etwa einem Jahr hatten wir eine Reihe von Gefängniswärtern, die mit unseren Zielen übereinstimmten und *Socialist Worker* lesen wollten", und daß die SWP bedeutenden Einfluß unter den Schließern habe. Gefängniswärter haben genau wie die Bullen nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen, und ihre Prison Officers Association sollte aus dem Gewerkschaftsdachverband TUC *rausgeschmissen* werden.

In der *Geschichte der Russischen Revolution* schildert Trotzki den enormen Haß besonders gegenüber den Bullen, der im Februar 1917 unter den proletarischen Massen Rußlands anschwoll: „Gegen die Polizei war die Menge von wildem Haß erfüllt. Die berittenen Schutzleute empfing man mit Pfiffen, Steinen und Eisstücken. Anders gingen die Arbeiter an die Soldaten heran... Die Polizei ist der grimmige, unversöhnliche, verhaßte und hassende Feind. Sie zu gewinnen — davon kann keine Rede sein."

Eine solch erbitterte Feindschaft gegenüber der Polizei ist Militant Labour völlig fremd. Sie glauben, es sei möglich, durch „Polizeikomitees des Stadtrats" sicherzustellen, daß „alle rassistischen Elemente oder faschistischen Sympathisanten innerhalb der Polizei ausgesiebt werden" (*The State* ...). Wie jeder mit auch nur ein bißchen Grips weiß, läuft dies darauf hinaus, die Auflösung der gesamten Polizei zu fordern!

Die Umarmung der Bullen reicht über eine syphilitische Kette von der Labour Party bis zu Militant und SWP. All dieser ekelhafte Stuß kommt direkt aus der Mitte der Labour Party. Der Polizeiverband — von dem ein führender Sprecher Tony Judge ist, ein ehemaliger Labour-Stadtrat unter Ken Livingstone — ist in Labour-Kreisen zu einem Musterbeispiel geworden. Dieser politische Bazillus hat einen Namen: Reformismus. Er zeigt sich auch in den Aufrufen an den kapitalistischen Staat, das BNP-Hauptquartier dichtzumachen: Eine Position, die SWP und Militant mit ihren großen Brüdern in der Labour Party (deren letzte Konferenz für ein Verbot der BNP stimmte) teilen. Die Faschisten müssen durch mächtige organisierte Massenmobilisierungen der Gewerkschaften und Minderheiten zerschlagen werden.

Es wäre schwierig, zwischen den Positionen von SWP und Militant auch nur einen Millimeter Unterschied zu finden. Trotzdem hat die Militant-Tendenz im Lauf der Jahre zweifellos den ersten Preis gewonnen für ihren offenen Enthusiasmus, den kapitalistischen Staat zu reformieren.

Über 40 Jahre lang verbuddelten sich die Gründungskader von Militant in der Labour Party. Durch ihr Bemühen, um jeden Preis in der Labour Party zu bleiben, entwickelten sie eine Reihe von Positionen, die für die Labour-Linken schmackhaft sind. Erst letztes Jahr tauchte Militant als unabhängige Organisation auf, als sie erkannten, daß im Moment die Labour Party von John Smith sogar für Pseudo-Marxisten ein ungemütlicher Platz ist. Doch nichts hat sich grundlegend in ihrer Politik geändert. Von ihrer Weigerung, offen den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, bis zu ihrer Position für „Arbeitersanktionen" gegen Argentinien während des Falkland-Kriegs kapituliert Militant weiterhin erbärmlich vor dem britischen Imperialismus. Wie die alten russischen „legalen Marxisten" haben sie ihre Spuren unter einem Anstrich von formalen marxistischen Lehren versteckt.

Die Frage des Staates ist der reformistische Kern der Politik von Militant. Zusammen mit meterlanger Propaganda, in der Lenin gepriesen wird, veröffentlichen sie Artikel, die behaupten: „Eine friedliche sozialistische Umwandlung der Gesellschaft wäre durchaus möglich, wenn «. . von einer Labour-Regierung kühne Maßnahmen ergriffen würden" (Peter Taaffe, *The State* ...). Diese Position hätte Lenin



Workers Hammer

SL/B auf Londoner Demo am 16. Oktober: „Nein zu erbärmlichen Appellen an den kapitalistischen Staat!"

dazu gebracht, zur gleichen scharfen Feder zu greifen, mit der er den Renegaten Kautsky auseinandernahm. Um einen marxistischen Deckmantel zu behalten, erkennen sie an, daß die kapitalistische Reaktion versuchen würde, eine Arbeiterregierung zu zerschlagen — und greifen dann nicht in das Arsenal des Marxismus, sondern nach einer Position, die von der Socialist League des Sir Stafford Cripps Anfang der 30er Jahre vertreten wurde: dem „Enabling Act" [Ermächtigungsgesetz].

Cripps stellte die Theorie auf, daß eine wirkliche sozialistische Labour-Regierung (ein Widerspruch in sich) Notstandsgesetze verabschieden müßte, die sie ermächtigen würden, „eine schnelle und vollständige Umwandlung des kapitalistischen Systems in das sozialistische" durchzuführen. Er mühte sich ab, keinem geringeren als dem Generalstaatsanwalt der Nationalregierung zu versichern, daß er zwar an „eine sehr schnelle Veränderung des gegenwärtigen Systems mit der Methode der parlamentarischen Demokratie" glaube, daß man dies aber als revolutionär „in dem gleichen Sinn, wie man von einer »revolutionären[4] Veränderung der Steuerpolitik spricht", bezeichnen könnte, sicher aber nicht „in der Art der Russischen Revolution" (zitiert nach Ralph Miliband, *Parliamentary Socialism)*.

Peter Taaffe, Führungskader von Militant Labour, gab diese Herkunft zu: „In den 30er Jahren ... traten [die Führer der Socialist League] John Strachey und Clement Attlee für ein Ermächtigungsgesetz ein, das von einer künftigen Labour-Regierung angewandt werden sollte. Es wäre für die Arbeiterbewegung völlig demokratisch, ihr Programm klar darzulegen und dann die fällige Warnung auszusprechen,

Fortgesetzt auf Seite 22

Junge Spartakisten

Eine *proletarische Strategie zum Kampf gegen Faschismus*

Am Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertages inszenierte der Ku Klux Klan rassistische Provokationen in den Hauptstädten von acht US-Bundesstaaten. Wo immer diese Faschisten sich zeigten, waren die antirassistischen Demonstranten in der Überzahl. Aber die Mobilisierung gegen den Klan in Springfield, Illinois, war etwas Besonderes, denn hier wurde, in einzigartiger Weise, als Antwort auf einen Aufruf des Partisan Defense Committee (PDC) ein Kampf darum geführt, die soziale Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um alle zu verteidigen, die vom KKK-Terror bedroht sind. Das PDC ist die mit der Spartacist League/U.S, brüderlich verbundene Ver-

Teil eins von zwei

teidigungsorganisation. Mehr als 500 Menschen trotzten der arktischen Kälte, um den KKK am 16. Januar zu stoppen (siehe Bericht in Spartakist *Nr. 109, Januar). Wir drucken hier eine für die Veröffentlichung leicht überarbeitete Rede des Genossen AI Nelson ab, die er bei einer Sitzung der Mitgliedschaft der SL/U.S. und des Spartacist Youth Club in der San Francisco Bay Area über die politische Bedeutung der Arbeiter l Schwärzen-Mobilisierung von Springfield gehalten hat.*

Es ist jetzt etwas mehr als fünf Jahre her, seit die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung von Philadelphia die Nazi-Skinheads daran hinderte, am 5. November 1988 eine Provokation durchzuführen. Seitdem haben wir eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen, die nur durch einige Videos und vielleicht durch das Wälzen der alten Jahrgänge des *Workers Vanguard* etwas über diese Mobilisierung und andere frühere Parteiaktionen erfahren haben. Wenn man sich ein Video anschaut, kann man den Eindruck gewinnen, daß der ganze Prozeß ziemlich nahtlos abläuft: Man bringt einen Aufruf heraus, Gewerkschaften unterstützen ihn, es werden massenhaft Flugblätter verteilt, mehrere tausend Menschen tauchen auf, und der Klan und die Nazis werden in die Flucht geschlagen.

Die Realität ist viel komplexer und schwieriger, es geht um einen sehr intensiven politischen Kampf an drei oder vier oder fünf Fronten zur gleichen Zeit — mit dem kapitalistischen Staat, sowohl auf Bundes- als auch auf lokaler Ebene; mit der reaktionären Spitze der Gewerkschaftsbürokratie; mit den reformistischen Opponenten, innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung; mit den Kirchen, der Anti-Defamation-League [einflußreiche antikommunistische zionistische Organisation], den vorgeblich revolutionären Organisationen und ihren jeweiligen konkurrierenden Koalitionen; mit der bürgerlichen Presse usw. Die Kämpfe werden immer hitziger, je näher der Tag der Demonstration rückt, und die letzten 12 bis 24 Stunden sind die Zeit der wirklich schmutzigen Tricks. In Philadelphia z.B. hatten wir, nachdem wir die ganze Zeit von der Polizei schikaniert worden waren, Genossen in Zelten am Platz bei der Independence Hall und der Liberty Bell übernachten lassen. Um Mitternacht hörten sie scheppernde Geräusche und stellten fest, daß die Bullen unser Gebiet mit Absperrungen aufteilten. Unsere Anwältin kam sofort angedüst, schrie die Bullen an, weckte dann den Chef der Parkverwaltung auf — ich glaube, es war etwa zwei Uhr nachts — schrie ihn an, und sie entfernten die Absperrungen. Aber das war nur Stunden, bevor wir unsere eigentlichen Vorbereitungen treffen wollten.

Am Tag selber entwickelt sich dann eine halb militärische Situation, wo es um das Kräfteverhältnis zwischen Demonstranten, Bullen und Faschisten geht — das selbst viele, viele Varianten hat, das man nur teilweise vorhersehen kann und ein hohes Maß an taktischer Flexibilität und Urteilsvermögen verlangt, mit ständiger Kommunikation zwischen den Leuten vor Ort und der Parteizentrale. Auf jeden Fall weiß man bis zum Tag selber nie, was tatsächlich passieren wird.

Es hat seit 1979 etwa sechs oder sieben dieser Mobilisierungen gegeben. Es gab taktische Fehler, kleine und große, einen teilweisen Zusammenbruch von wichtigen Kadern und zumindest in einem Fall eine sehr ernsthafte politische Verzerrung, die innerhalb der Demonstration und der Vorbereitung selbst aufgetreten ist. Nach jeder Aktion macht das Politische Büro normalerweise eine Nachbesprechung, dabei wird mit unserer üblichen brutalen Ehrlichkeit versucht, die jeweiligen Mängel zu beurteilen und zu charakterisieren. Meine eigene persönliche letzte Checkliste ist eine Art von geistiger Anzeigetafel mit all den früheren Sachen, die vermasselt wurden — den großen wie den kleinen —, um wenigstens die Chancen möglichst klein zu halten, die gleichen Fehler noch einmal zu machen.

Auf diese Weise hat die Partei als ganzes erhebliche Erfahrungen gewonnen bei diesen Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierungen seit November 1979 in Detroit, der ersten von denen, die wir durchführten. Bei jener Demonstration nahm das PB am Mittwoch einen Antrag an, die Demo war am Samstag — das war eng! Wir verteilten 85000 Flugblätter. Damals kam ein weiterer harter Kern, ein *wirklich* harter Kern, von schwarzen Arbeitern und Jugendlichen zur Demo. Ich glaube, es waren etwa 500 da. Die „Jugendlichen" übrigens war eine beschönigende Umschreibung für Bandenmitglieder — es waren einige knallharte Typen dort. Damals hatte der Klan gesagt, er wolle die Morde in Greensboro feiern, die nur zwei Wochen vorher geschehen waren. In Detroit dann stempelte der schwarze demokratische Bürgermeister, Coleman Young, am Abend vor der Demo in den 11-Uhr-Nachrichten die Demonstration in übelster Weise als gewalttätig ab, und wir saßen die ganze Nacht an den Telefonen und riefen die wichtigsten Unterstützer im ganzen Land an und riefen Washington an und spielten dabei das Justizministerium gegen die Stadt Detroit aus.

Eine Strategie und Taktik, geerbt von den Bolschewik!

Wir haben weder die Prinzipien noch die Taktik erfunden, die wir bei diesen Aktionen anwenden. Es sind vielmehr konkrete Anwendungen der Erfahrung von Lenin und der Bolschewistischen Partei in der Russischen Revolution und besonders vom Genossen Leo Trotzki, dessen Schriften uns eine breite marxistische Analyse des Faschismus liefern: unter welchen Bedingungen er wächst, seine Klassenbasis

Revolutionäres Bewußtsein ist der Schlüssel

und die Taktiken, die nötig sind, um die Arbeiterklasse zu seiner Zerschlagung zu mobilisieren. Ich lege den Genossen ans Herz, die Sammelbände dieser Schriften über den Faschismus zu lesen oder nochmals zu lesen. Es gibt besonders zwei Bände — *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?* und *Wohin treibt Frankreich?* — als Grundkurs. Wenn ihr einige dieser Artikel lest, werdet ihr sehen, daß viele der grundlegenden Taktiken sich ableiten von der bolschewistischen Verteidigung der Kerenski-Regierung gegen General Kornilow, um den Sturz von Kerenski selber und damit den Sturz der provisorischen Regierung systematischer vorzubereiten. Viele Taktiken, die wir anwenden, kommen also daher.

Wir sprechen wirklich über die Parteifrage in Aktion, über den subjektiven Faktor, der notwendig ist für die politische Mobilisierung des Proletariats zu seiner eigenen Verteidigung, über die Beziehung zwischen der Führung, der Partei und der Klasse. Es geht deshalb um viel mehr bei diesen Aktionen als um reine Zahlenspiele. Ich habe keinerlei Zweifel daran, daß wir bei milderem Wetter mindestens 1500 Demonstranten gehabt hätten, trotz der logistischen Schwierigkeiten, die Hauptkräfte und eine Kommandozentrale in Chicago zu mobilisieren und dann drei Stunden nach Springfield zu fahren. In Austin, Texas, gab es eine größere Demonstration — 2000 gegen 33 Klan-Männer, ein viel besseres Zahlenverhältnis als in Columbus, wo es mehrere hundert gegen 40 waren, und in Denver, wo es nach Aussagen der Polizei ungefähr 95 zu 30 waren.

Ich wünschte, auch in all den anderen Staaten, wo der Klan Kundgebungen hatte, wären 2000 Leute auf die Straße gegangen. Aber es gibt ein weiteres wichtiges Kriterium. Welche Aktion von allen Protestdemonstrationen an jenem Wochenende gab dem Proletariat mehr Bewußtsein über seine soziale Macht und seine historischen Aufgaben? Als 1939 nach dem Hitler-Stalin-Pakt die Rote Armee nach Ostpolen einmarschierte, wurde das kapitalistische Privateigentum abgeschafft, denn der Stalinismus war eine parasitäre Kaste, die sich auf kollektivierte, staatliche Eigentumsverhältnisse stützte. Trotzki sagte, daß zwar die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse fortschrittlich und verteidigenswert sei, aber für uns, die Vierten Internationalisten, die politische Hauptfrage sei, ob diese Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse zu einer Hebung des Bewußtseins und der Organisiertheit des Proletariats führen. Angesichts der bürokratischen militärischen Methoden, die Stalin benutzte, war die Antwort 1939 negativ; der Stalinismus blieb ein reaktionäres Hindernis für revolutionäres Bewußtsein. Hat die Mobilisierung von Springfield das Bewußtsein des Proletariats gehoben und dazu geführt, daß es seine potentielle soziale Macht besser erkennt? Die Antwort darauf muß ein ausdrückliches „Ja" sein.



Workers Vanguard

Frühzeitige Unterstützung von Gewerkschaftern aus Illinois war Schlüssel für den Aufbau der Arbeiter/Schwarzenmobilisierung gegen Ku Klux Klan

Revolutionäre Führung ist der Schlüssel

Diese Mobilisierung hat sehr, sehr weite Kreise gezogen in der Gewerkschaftsbewegung von Chicago und im Gebiet von Illinois und hatte politische Auswirkungen, die weit über die numerische Größe von jenem harten Kern hinausgingen, der an jenem Morgen bei Temperaturen von -10 oder -12 Grad und einem subjektiven Kälteempfinden infolge des eisigen Windes von -30 bis -40 Grad nach draußen gegangen ist. (Das waren die Bedingungen um 7 Uhr morgens in Springfield. Die Zahl in der letzten Ausgabe des *Workers Vanguard* von subjektiv -16 Grad war der *Höhepunkt,* nämlich als es wärmer wurde und zu schneien anfing.) Diese Mobilisierung fand ein großes Echo und führte zu Polarisierungen in der Gewerkschaftsbewegung von Chicago und Illinois, bei schwarzen Politikern, Studenten, dem ganzen sozialen Spektrum. Und was die Arbeiter in den Gewerkschaften sahen, waren Leute, die wußten, was sie taten, die vor Gericht und auf der Straße erbittert kämpften und keinen Zentimeter nachgaben, bis wir absolut dazu gezwungen waren durch die Polizeikräfte des kapitalistischen Staates.

Dies erinnerte mich an einen ähnlichen Punkt, den Genösse Cannon in seiner *Geschichte des amerikanischen Trotzkismus* machte, im Kapitel über den großen Streik von Minneapolis. Er sagte, im Anschluß an einen Abschnitt, der den ersten Streik im Mai schilderte:

> „Als sie sahen, wie der Mai-Streik in Minneapolis ablief, wurde wieder der gleiche Gedanke geäußert: ‚Diese Trotzkisten meinen es ernst. Wenn sie etwas anfangen, führen sie es zu Ende."

Das ist mir ins Auge gesprungen, aber hier ist ein noch wichtigerer Punkt:

> „Es gab keinen wesentlichen Unterschied — tatsächlich denke ich, gab es überhaupt keinen ernsthaften Unterschied — zwischen den Streikenden in Minneapolis und den Arbeitern, die in dieser Zeit im ganzen Land an hundert anderen Streiks beteiligt waren. Beinahe alle Streiks wurden von den Arbeitern mit der größten Militanz geführt. Der Unterschied lag in der Führung und der Politik. In praktisch allen anderen Streiks wurde die Militanz der einfachen Arbeiter von der Führung unterdrückt. Die Führer wurden eingeschüchtert von der

Fortgesetzt auf Seite 14



Links, Treptow im Januar 1990: Toralf Endruweit spricht bei der von Spartakisten initiierten Einheitsfront vor 250000 Antifaschisten, die gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung der DDR demonstrierten. Unten: 5000 Arbeiter/Schwarze stoppten am 27. November 1982 den Ku Klux Klan in Washington, D.C.



Spartakist



Workers Vanguard

Proletarische Strategie...

Fortsetzung von Seite 13

> Regierung, den Zeitungen, der Kirche und so weiter. Sie versuchten, den Konflikt von den Straßen und den Streikpostenketten in die Konferenzräume zu verlegen. In Minneapolis wurde die Kampfbereitschaft nicht eingeschränkt, sondern von der Führung organisiert und angeleitet."

Und er fährt später fort:

> „Die moderne Gewerkschaftsbewegung muß politisch angeleitet werden, denn sie ist auf Schritt und Tritt konfrontiert mit der Regierung. Unsere Leute waren darauf vorbereitet, denn sie waren politische Menschen, inspiriert von politischen Konzeptionen. Die Politik des Klassenkampfs war die Richtschnur für unsere Genossen; man konnte sie nicht betrügen und ausmanövrieren wie so viele Streikführer jener Periode, durch diesen Mechanismus der Sabotage und Zersetzung, der bekannt ist als National Labor Board [Regierungsstelle für Arbeitsangelegenheiten] und alle seine Hilfseinrichtungen."

Das heißt, durch das gesamte Arsenal von Roosevelts New Deal.

Ausgehend von einer ganz anderen Situation, war dies charakteristisch für das, was wir in Chicago und bei anderen Mobilisierungen gemacht haben. Auch wir hatten keine Illusionen in die kapitalistischen Gerichte, obwohl wir im allgemeinen bei früheren Mobilisierungen und damit verbundenen Verleumdungsklagen Erfolg gehabt haben. Einige Parteiführer waren besorgt, daß unsere früheren Erfolge vor Gericht bei einigen Genossen das Verständnis für die grundlegenden Lehren trüben könnten, die in Lenins *Staat und Revolution* enthalten sind. Nun, diesmal haben wir vor drei verschiedenen Gerichten verloren, ganz schnell!

Aber wir schafften es auch, eine Menge Leute zu beeindrucken mit der Aggressivität und Hartnäckigkeit unserer Bemühungen. Wir hatten erst einen Termin beim Federal District Court [Bundesgericht auf Bezirksebene] in Chicago und dann später am gleichen Tag in Springfield und dann am nächsten Tag beim Berufungsgericht in Chicago, alles in rund 30 Stunden. Der Stadtrat Danny Davis sagte irgendwann: „Meine Güte, ihr Kerle arbeitet schnell!" Unsere Rechtsanwälte führten den rechtlichen Kampf, und andere Genossen sorgten dafür, daß die Presse und unsere wichtigsten Unterstützer über jeden Schritt informiert waren. Aber wir verloren vor Gericht, und daraufhin zogen wir den Schluß, daß wir keine andere Wahl hatten, als uns an die Einschränkungen zu halten, die uns von den Behörden des Staates Illinois auferlegt wurden.

Daß unsere Kommandozentrale auf die Nordstufen beschränkt war, schuf eine ungeschützte und gefährliche Situation und bedeutete eine schwere Belastung für unsere Führung und das Sicherheitsteam, die Gewerkschaftsordner mit ihrem Kern von Parteimitgliedern. Unser Hauptverantwortlicher für Sicherheit hatte etwa sieben bis acht Sicherheitsverantwortliche, und jeder von ihnen hatte dann ein Team von Gewerkschaftsordnern, die mit ihm zusammenarbeiteten. Wir haben denjenigen, die unseren Aufruf unterstützten, eine disziplinierte kämpferische und demokratische Demonstration versprochen. Unser Ziel war eine Mobilisierung, nicht um gegen die Bullen zu kämpfen, sondern um den Klan zu stoppen.

Trotzki lehrte uns, daß es oftmals Unterschiede gibt zwischen dem existierenden Staat sowie seiner Polizei und den faschistischen Banden. Bullen und Klan, Hand in Hand — wie die Losung sagt —, mögen zusammenarbeiten, aber

sie sind nicht das Gleiche. Und weil wir nicht vergessen, wie die Bolschewiki an die Kerenski-Kornilow-Situation herangegangen sind, ziehen wir es vor, eine jeweils unterschiedliche taktische Herangehensweise zu haben. Wenn das Kräfteverhältnis überwältigend ist, sagen wir 5000 Demonstranten gegenüber den offiziell 285 Bullen, die in Springfield waren (wenn man Spekulationen außer acht läßt, was im Gebäude versteckt war und wieviele BATF-Kräfte [Büro gegen Alkohol, Tabak und Schußwaffen — eine besondere Bundespolizei] dort waren), dann sind die Bullen vielleicht nicht so scharf darauf, als Leibwächter für die Faschisten zu fungieren. Wann immer sich für uns in einer Situation, bei einer dieser Mobilisierungen, eine Öffnung ergibt, werden wir die Faschisten stoppen und haben es auch getan.

Gewerkschafter und Schwarze zeigen den Weg

Diese Demonstration hatte einen polarisierenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung. Zwei Ortsgruppen der Nahverkehrsgewerkschaft ATU in Chicago spielten eine Vorreiterrolle beim Kampf für diese Mobilisierung und während der Demonstration selbst, wo sie viele der so wichtigen Gewerkschaftsordner stellten. Die Ortsgruppe 308 unterstützte diese Demonstration und mietete einen Bus, um ATU-Mitglieder hinzubringen. Der Vizepräsident der ATU International, Jackie Breckenridge, war einer der ersten Unterstützer der Demonstration und setzte sich aktiv für sie ein.

Der *Workers-Vanguard-Artikel* berichtet über die massive Intervention gegen unsere Mobilisierung durch den [Gewerkschaftsdachverband] AFL-CIO von Illinois. Das hat wirklich viele Gewerkschafter angekotzt, jüngere Ortsgruppenvorsitzende, die sich der faschistischen Gefahr bewußt waren und dagegen mobilisieren wollten. Sie sagten uns: „Seht, wir können nichts mehr machen; sie setzen uns wirklich unter Druck. Aber wir werden unsere Unterstützung nicht zurückziehen, und wir haben das sichere Gefühl, daß einige unserer Jungs dort sein werden." Das haben wir ungefähr von allen als Antwort gehört. Von anderen, wie den Gummi-Arbeitern der mehrere Bundesstaaten umfassenden Region 4, kam die Unterstützung, nachdem der AFL-CIO sein Rundschreiben „Bleibt weg" an alle Ortsgruppen der Gegend verschickt hatte. Es war ein Akt der Auflehnung.

Ein anderer Genösse machte bei einer Chicagoer Ortsgruppensitzung vor der Mobilisierung einen nützlichen Punkt: Für eine ganze Schicht in der Gewerkschaftsbewegung, wie diese mittlere Schicht von Gewerkschaftsfunktionären, haben wir eine Lehre erteilt, wie man die Macht der Arbeiterbewegung mobilisiert. Auch wenn sie dies gewollt hatten, hatten sie es noch nie zuvor gemacht, denn sie waren in einer längeren Periode, in der es fast keinen Klassenkampf gab, zu ihrer Funktion gekommen. Was sie gut konnten, war Faxe rauszuschicken und Streiks in die Sackgasse zu führen. Der Anteil von Gewerkschaftern an dieser Mobilisierung bestand zum größten Teil aus Schwarzen; und viele dieser Gewerkschafter waren motiviert durch ihre früheren Erfahrungen in der Bürgerrechtsbewegung, häufig im Süden.

Diese Mobilisierung hatte eine tiefere Wirkung auf die schwarze Bevölkerung als alles, was wir jemals bisher gemacht haben; dies spiegelt auch das veränderte politische Klima wider, worüber wir seit letztem Jahr sprechen. In Amerika hat der Zusammenbruch der UdSSR seine größten Auswirkungen auf die am meisten verwundbaren Schichten in der Gesellschaft, was bedeutet, daß es Schwarze wirklich hart trifft, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mit Clintons „Krieg gegen das Verbrechen" und dem „Ende der Sozialleistungen, wie wir sie kennen", und all dem. Selbst die schwarzen demokratischen Politiker in Chicago, die in dem zu 40 Prozent schwarzen Chicago ein wichtiger Bestandteil des alten Systems der Vetternwirtschaft unter dem ehemaligen Bürgermeister Richard Daley waren — Harold Washington zum Beispiel war ein Produkt davon — stellen fest, daß sie in dieser neuen Demokratischen Partei keinerlei Bedeutung mehr haben, sie sind weg vom Fenster.

Die Rolle, die bei dieser Mobilisierung schwarze Demokraten gespielt haben, vor allem Danny Davis, aber auch die anderen schwarzen Politiker sowohl in Chicago als auch im Parlament des Bundesstaates, war wirklich ungewöhnlich. Davis kam selber zur ersten Pressekonferenz — die übrigens nicht feindselig war. In Chicago war die Presse nicht feindselig; in Springfield wurde alles aus dem Büro des Innenministers von Illinois angeleitet. Bei jener Pressekonferenz, wo die Stimmung ein wenig feindselig wurde, trat er einfach vor und sagte: „Wenn der Klan nicht am Sonntag in Springfield gestoppt wird, dann wird er am Montag in Chicago sein. Und ich unterstütze vollständig die Bemühungen des Partisan Defense Committee." Das hatte eine Menge Autorität. Er und andere gaben nicht klein bei, als aus Springfield die Hetze gegen Kommunisten und gegen Gewalt kam und die Kampagne „Bleibt weg". Ihre Unterstützung nahm eher noch zu, und Davis führte eine Autokolonne aus Chicago an.

Historisch gesehen sind wir eine winzige Avantgarde-Formation, aber dennoch hatten wir solch einen großen Einfluß. Stellt euch vor, was stärkere Kräfte tun könnten. Diese Demokraten, die kämpfen wollen, haben einen sehr großen Widerspruch: Die Schwarzen brauchen eine Partei, die für ihre Interessen kämpft. Es ist im Augenblick mehr als klar, daß dies nicht innerhalb der Demokratischen Partei geschehen kann. Wenn eine Arbeiterpartei mit etwas sozialem Gewicht existieren würde, würden manche ernsthafteren dieser schwarzen Demokraten höchstwahrscheinlich zu einer solchen Partei wechseln. Und tatsächlich ist bei dieser Aktion, diesem Mikrokosmos von jener Gleichung, genau dies eingetreten. In dieser Periode von ein bis zwei Wochen machten sie gemeinsame Sache mit dieser kleinen Avantgarde-Formation.

In Wirklichkeit drehte sich die ganze Chicago-Operation um unsere geringe industrielle Präsenz. Stellt euch vor, wieviel großer unser Einfluß auf das ganze Gebiet wäre, wenn wir Gruppen von Unterstützern hätten, die in einer Reihe von anderen Industriegewerkschaften eine ähnliche Rolle spielen würden. Als zum Beispiel die Vorsitzenden der UAW [Vereinigte Automobilarbeiter-Gewerkschaft] in ihren Anstrengungen nachließen, hatten wir nicht die Kapazität, ihre Arbeit zu übernehmen. Wenn wir Gruppen von Unterstützern hätten, wären wir mittendrin gewesen und wären in der Lage gewesen, ein Ad-hoc-Komitee zu gründen oder die Sache einfach als Unabhängige, die in der Gewerkschaft arbeiten, voranzutreiben. Wenn wir rekrutieren, können wir dies in die Realität umsetzen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 593, 4. Februar*

Bosnien...

Fortsetzung von Seite 1

Die „Neue Weltordnung" wird immer schneller sehr unordentlich. Moskaus Entsendung von Truppen in die Umgebung von Sarajevo Ende Februar durchkreuzte US-Präsident Clintons Pläne, serbische Stellungen in den umliegenden Bergen zu bombardieren und dann zu „verhandeln". Entgegen den Behauptungen aus Bonn und Washington waren die Flugzeugabschüsse zweifellos eine „Vergeltung" für Rußlands Intervention in Bosnien. Inzwischen versuchen die Imperialisten ein Abkommen zusammenzuschustern, mit dem die Balkankriege noch blutiger als bisher gemacht werden. Der jüngste Vorschlag ist ein „vereinigter" kroatisch-moslemischer Staat in Bosnien, angeschlossen an ein von Deutschland dominiertes „Großkroatien". Das US-Außenministerium stellt sich zwar als der Pate dieses Plans hin, doch ausgearbeitet wurde er bei einem Bonner Treffen, das von Außenminister Kinkel und dem russischen Außenminister Kosyrew arrangiert wurde.



Der Spiegel

Russische Truppen werden von bosnischen Serben mit dem christlich-orthodoxen Gruß mit drei erhobenen Fingern empfangen

Der Spiegel (28. Februar) stellt die Frage, ob das wiedervereinigte Deutschland auf den Balkan als ein „Patron für den Frieden" zurückkehren wird. Er erklärt, „in den Bonner Schubladen liegen fertige Konzepte" für eine „Wirtschaftsunion" von Kroaten und bosnischen Moslems ... wozu auch die massive Entsendung von Bundeswehrsanitätern und Bautrupps, Technikern und Verwaltungsberatern und sogar von deutscher Polizei gehört. Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus will durch wirtschaftliche und politische Mittel das erreichen, was Hitlers Drittes Reich nicht geschafft hat: ein Protektorat über die Südslawen als Teil seines neokolonialen Vordringens in Osteuropa. „Geht es nach Kanzler Kohl und Rußlands Präsident Jelzin, soll ein Gipfel den Frieden besiegeln — und zugleich Deutschlands neue Rolle in der Außenpolitik", erklärt der Artikel. *Der Spiegel* fragt unverblümt: „Eine neue Achse?"

Noch vor einem Jahr haben SPD und FDP im Bundestag einen großen Wirbel über die AWACS-Einsätze veranstaltet, weil sie wollten, daß das Verfassungsgericht zuerst den weltweiten Einsatz der Bundeswehr des wiedervereinigten Deutschland festschreibt. Doch sobald scharf geschossen wurde, zeigte sich die SPD erwartungsgemäß im festen Schulterschluß mit den Herrschern des Vierten Reichs. Die PDS protestierte zwar gegen den NATO-Angriff mit deutscher Beteiligung, forderte aber gleichzeitig die Imperialisten auf, „Frieden auf dem Verhandlungsweg" durchzusetzen und ein „alle Seiten betreffendes und verbindliches Waffenembargo" durchzusetzen!

Wie ein solcher von den Imperialisten diktierter „Frieden" aussehen könnte, zeigte das letzte Abkommen mit Bosnien und Kroatien. Es läuft auf eine von Deutschland beschützte Großkroatische Föderation hinaus, in der es große serbische Enklaven gibt, die nicht freiwillig die Eingliederung in einen von Kroaten dominierten Staat hinnehmen werden. Das kroatische Regime würde dann militärisch und ökonomisch vom westlichen Imperialismus gestärkt werden, zuerst gegen die serbischen Minderheiten. Dieser Plan ist eine unglaubliche Provokation, die die Grundlage für Massaker und massenhafte Zwangsumsiedlungen legen würde. Gerade die Aussicht auf die Zwangseingliederung der Serben in Kroatien heizte den konterrevolutionären Zerfall Jugoslawiens an, angefangen Mitte 1991, und führte dazu, daß die serbischen Minderheiten sowohl in Kroatien als auch in Bosnien Enklaven herausbildeten. Auch der jetzige Plan würde niemals friedlich akzeptiert werden. Die gewaltsame Durchsetzung eines solchen Plans durch USA/UNO würde einen imperialistischen Angriff erfordern und damit die Grundlage für jahrelange blutige Kämpfe um Gebietsanschlüsse legen.

Mitte Februar dachte Clinton, er hätte alles unter Kontrolle. Die USA und ihre NATO-„Bündnispartner" sollten von der UNO genehmigte Luftangriffe starten, um dem widerspenstigen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic eine blutige Lektion über Gehorsam zu erteilen. Dann würden sie die moslemisch geführten bosnischen Streitkräfte bearbeiten, einen früheren Plan zu akzeptieren, der monatelang vorlag und vorsieht, Bosnien in drei eigenständige Gebiete (moslemisch, kroatisch und serbisch) zu teilen. Clinton wischte den „War Powers Act" (das Kriegsermächtigungsgesetz) hinweg, den Kongreß formal von seiner Bereitschaft zum Angriffsbefehl in Kenntnis setzen zu müssen, und in einer Rede nach der anderen abschwor er gleichzeitig, den Serben „einen hohen Preis abzuverlangen". „Die Blutgier ist groß in Washington", kommentierte ein NATO-Diplomat.

Doch dann unternahm Jelzin seinen dramatischen Schritt, russische Interessen zu verteidigen. Die Opposition gegen eine direkte westliche Militärintervention in Rußlands Einflußsphäre auf dem Balkan hat alle Flügel seiner zerstrittenen kapitalistischen herrschenden Kreise vereint, vom ultranationalistischen Faschisten Shirinowski bis zum Speichellecker der westlichen Banker, Jegor Gaidar. Jelzins Berater Witali Tschurkin warnte davor, daß Bombardierungen durch die NATO „totalen Krieg" bedeuten. Selbst als Jelzin sich widerwillig Washingtons Diktat fügte, merkte er noch an: „Manche Leute versuchen, die bosnische Frage ohne die Beteiligung Rußlands zu lösen."

Grotesk und ungeheuerlich:

Bourgeoisie von Auschwitz klagt Serben wegen Völkermord an

Pünktlich zum NATO-Ultimatum gegen Serbien machte die Nachricht Schlagzeilen: Ein deutsches Gericht hat gegen einen Serben Anklage wegen Beihilfe zum Völkermord erhoben. Was für ein Hohn! Zum ersten Mal gab es eine solche Anklage. Dies ist eine gefährliche Bedrohung für Hunderttausende jugoslawische Einwanderer, die glaubten, in Deutschland auf dem Weg zur Integration zu sein. Gleichzeitig sollen Zehntausende Kriegsflüchtlinge zurück in den Bürgerkrieg abgeschoben werden, der von der deutschen Balkanpolitik entzündet wurde.

Jetzt giert das wiedervereinigte Deutschland wieder nach dem Balkan, wo es in zwei Weltkriegen blutigen Terror verbreitet und Hitlers SS-Einsatzgruppen Hunderttausende Juden, Serben und Roma ermordet haben. Auf der ganzen Welt ist seither das Wort Völkermord ein Synonym für die Nazi-Herrschaft. Die herrschende Klasse des gestärkten wiedervereinigten Deutschland will nicht nur ihre „neue Weltrolle" durch AWACS-Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan aufpolieren, sondern ihre eigene bluttriefende Geschichte im Dritten Reich weißwaschen. Dazu dient die antikommunistische Hexenjagd genauso wie die Kampagne über serbische KZs (während die genauso brutalen kroatischen Lager oder „ethnischen Säuberungen" durch die bosnische Armee ignoriert werden) und die Völkermord-Anklage gegen Serben.

Von Ex-Bundespräsident und KZ-Baumeister Lübke bis zu Nazi-General Gehlens Bundesnachrichtendienst und den Nazi-Blutrichtern, die auch nach 1945 „Recht" sprachen, hat der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs die Garde seines braunen Vorgängers mehr oder weniger intakt übernommen. Hitlers Chef-Arisierer und Nazi-Kriegsverbrecher Hermann Josef Abs war im Dritten Reich Aufsichtsrat von IG Farben und hat das Vermögen der Deutschen Bank aus dem Leben von KZ-Zwangsarbeitern ausgepreßt. Als dieser bis zuletzt mächtigste Großbankier der Deutschen Bank im März friedlich in seinem Bett starb, nahm die Lobhudelei von CDU, FDP und SPD kein Ende. Und jetzt gibt es Dokumente, die die Völkermord-Verbrechen des österreichischen Ex-Präsidenten Waldheim gegen Serben, Juden und Partisanen Punkt für Punkt auflisten.

All dies ist bekannt. Neueren Datums ist, daß angebliche „Linke", Feministinnen und Grüne heute die Speerspitze der Kriegshetzer bilden. In der *taz* (15. Februar) hetzt der Ex-Vorsitzende der maoistischen Ex-KPD Christian Semler gegen „gußeiserne Linke, die den Staatsanwälten Heuchelei vorwerfen", und fordert: „Abschrecken kann nur die konkrete Strafverfolgung." Das Vierte Reich hat 1991 die Anerkennung von Kroatien und Slowenien durchgedrückt und das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens herbeigeführt. Dadurch haben Kohl/Genscher das nationalistische Blutvergießen und die furchtbaren Greueltaten *auf allen Seiten* angeheizt, unter lautstarken Anfeuerungsrufen der SPD-Spitzen. Im Schlepptau der SPD reicht jetzt die .nationalistische Front von den prominenten Vertretern der „Friedens"-bewegung wie Cohn-Bendit, die die Losung „Deutsche an die Front" ausgeben, bis zu Nazi-Söldnern, die auf der Seite des kroatischen Führers und Liebhabers der faschistischen Ustascha, Tudjman, kämpfen (siehe dazu auch: „Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan", *Spartakist* Nr. 103, Mai 1993).

Doch Hitler-Deutschland wurde von der Roten Armee und von Titos Partisanen besiegt. Um die Erinnerung daran zu zerstören und die Bevölkerung im eigenen Land ideologisch auf großdeutschen Nationalismus einzuschwören, veranstalten die Christ-, Frei- und Sozialdemokraten mitsamt „linkem" Anhang ihre schmutzige „Völkermord"-Kampagne. Nieder mit der blutigen „Neuen Weltordnung" der Imperialisten, die auf der Zerstörung der Sowjetunion beruht! Verteidigt Serbien gegen NATO und Viertes Reich!

So verkündete Tschurkin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic wenige Tage vor dem 21. Februar — dem von der NATO für Luftangriffe festgesetzten Termin, falls die serbischen Streitkräfte nicht ihre Artillerie aus der Umgebung der bosnischen Hauptstadt abzögen —, daß Rußland zur Überwachung eines serbischen Rückzugs 400 Mann starke „friedenserhaltende" Truppen entsenden werde. Jetzt wäre jede westliche Militäraktion gegen die Serben auch ein Angriff auf russische Streitkräfte. Als russische Soldaten letzte Woche durch Vororte von Sarajevo fuhren, die von Serben gehalten wurden, wurden sie begeistert begrüßt von Menschenmengen, die das christlich-orthodoxe Zeichen mit drei Fingern machten; sie boten Pflaumenschnaps an, während serbische Demonstranten riefen: „Hurra Mutter Rußland! Hurra Jelzin! Hurra Shirinowski!"

Ein verärgertes Weißes Haus murmelte ein paar Worte der „Dankbarkeit", daß das russische Abkommen die Notwendigkeit von Luftangriffen abgewendet habe, und beschwerte sich gleich darauf, daß man darüber zuerst durch CNN gehört habe. In einem Kommentar bemerkte das *Wall Street Journal* (22. Februar) unverblümt, daß das Zusammenspiel zwischen Rußland und dem Westen über Bosnien „eher nach Konfrontation aussah" als nach „Kooperation". Inzwischen jubelte Jelzins Pressesekretär Kostikow, daß Rußland „eine wichtige Schlacht für seine Weltgeltung gewonnen" habe. Außenminister Kosyrew erklärte: „In Zukunft wird unsere Außenpolitik weiterhin Rußlands lebenswichtige Interessen verteidigen, selbst in den Fällen, wo dies zu den Interessen des Westens im Gegensatz steht." Um alle Zweideutigkeiten auszuschließen, fügte er hinzu: „Rußland wird nicht auf die Lektionen und Belehrungen des Westens hören" *(Economist*, 26. Februar). Das anschließende Treffen bei Bonn brachte nur die Differenzen zwischen Rußland und der NATO und unter den westlichen Imperialisten zum Vorschein.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 594 (18. Februar) bemerkten: „Trotz der gegenwärtigen imperialistischen Einigkeit nach außen hin ist das vom Krieg zerrissene Ex-Jugoslawien ein Hexenkessel von imperialistischen Intrigen und Konflikten." Liberale und Reformisten begrüßten die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges als die Eröffnung einer neuen Aussicht auf den Weltfrieden. In Wirklichkeit hat das Ableben des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats als ein

Fortgesetzt auf Seite 18

Bosnien...

Fortsetzung von Seite 17

militärisches Gegengewicht zum US-Imperialismus die Welt zu einem weitaus gefährlicheren Ort gemacht, es hat die Gefahr von Handelskriegen und bewaffneten Konflikten zwischen den imperialistischen Großmächten und ihren regionalen Verbündeten sehr verschärft. Das Aufeinanderprallen der widersprüchlichen nationalistischen und imperialistischen Interessen auf dem Balkan ist ein erstes Beispiel.

Während Clintons Weißes Haus sich als „Friedenserhalter" hinstellen will, findet der jugoslawische Journalist Misha Glenny „viele Beweise zur Untermauerung" der Ansicht „eines der hochrangigsten Offiziere der bosnischen Armee", der sagt: „Wir haben keine Illusionen über die amerikanischen Absichten in dieser Region. Die USA möchten eine militärische Präsenz auf dem Balkan errichten." Mitte Februar beschlossen die USA die Anerkennung der früheren jugoslawischen Republik Makedonien, wo sie unter der Schirmherrschaft der UNO bereits 300 amerikanische Soldaten haben. Griechenland, das sich in einem nationalistischen Aufruhr über Makedoniens Unabhängigkeit befindet, errichtete effektiv ein Embargo gegen den Binnenstaat und schnitt ihn von seinem Zugang zum Hafen von Saloniki ab, über den ein Großteil seiner Importe und zwei Drittel seiner Ölversorgung läuft.

Zur gleichen Zeit machte der russische Außenminister Kosyrew zu Diskussionen Zwischenstation in Griechenland (wo er sich mit Kinkel traf), bevor er sich auf die Reise nach Prag, Budapest und Warschau machte, wo er die ehemaligen osteuropäischen Klientenstaaten ermahnte, sich Rußlands Intervention in Bosnien zu fügen. Der Premierminister John Major von Britannien, das traditionell ein imperialistischer Schirmherr des vor-titoistischen Jugoslawiens war, verkündete, er habe von Jelzins Plan zu intervenieren gewußt und ihn tatsächlich ermutigt, diese vertrauliche Mitteilung aber seinen NATO-„Bündnispartnern" verschwiegen. Und der Präsident François Mitterrand von Frankreich, das ebenfalls historisch ein Schirmherr von Serbien ist, schlug vor, Sarajevo unter die Verwaltung der Vereinten Nationen zu stellen, um die Serben als Teil einer Regelung einzubeziehen. Die Clinton-Regierung war darüber „nicht gerade begeistert".

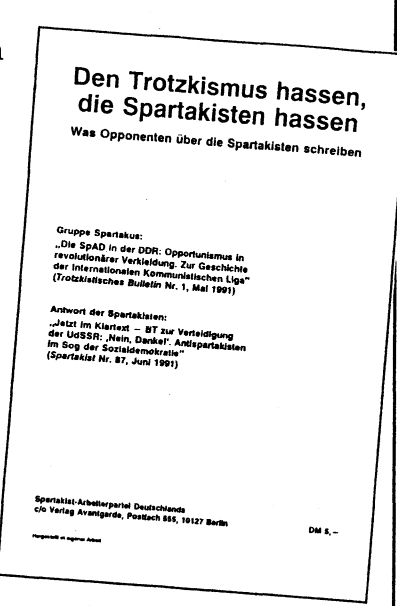
Um seinen Anspruch, der Weltpolizist zu sein, durchzusetzen, will Washington Gastgeber sein bei den Treffen zwischen den kriegführenden Parteien des ehemaligen Jugoslawiens und auch zwischen den zionistischen Schlächtern Israels und ihren palästinensischen Opfern. Aber Träume von einer Pax Americana werden immer mehr zu Alpträumen von immer weiter ausufernden Kriegen. Clintons Unterstützung für eine Mußehe zwischen bosnischen Kroaten und Moslems unter dem Dach des faschistoiden Tudjman-Regimes in Zagreb ist eine Provokation für Serbien und eine Hilfe für Deutschland, das den blutigen Zerfall Jugoslawiens dadurch einleitete, daß es vor drei Jahren auf die „Unabhängigkeit" seiner kroatischen und slowenischen Klientenstaaten drängte.

Die Serben erinnern sich gut an die Greueltaten, die im Zweiten Weltkrieg von kroatischen und moslemisch-bosnischen Nationalisten, die unter dem Hakenkreuz des Dritten Reichs kämpften, verübt wurden. Selbst die *New York Times* (22. Februar) gab zu, daß „es anscheinend wenig Grund für die Serben gibt, eine solche Abmachung zu akzeptieren". Tatsächlich gibt es allen Grund, dies als eine Einladung zu sehen, eine weitere Runde von brudermörderischem Blutvergießen anzuheizen.

Heute ist das „heldenhafte Sarajevo" zu einem Schlachtruf derjenigen geworden, die eine „humanitäre" imperialistische Intervention zugunsten des moslemisch-bosnischen Regimes wollen, das überall dort, wo es die militärischen Mittel dazu hatte, genauso hart „ethnische Säuberungen" durchführte wie ihre kroatischen und serbischen Gegner. Aber unter Titos deformiertem Arbeiterstaat war das multiethnische Sarajevo ein Symbol für die Möglichkeit harmonischer Beziehungen zwischen den Südslawen. Unter dem Kapitalismus kann Jugoslawien nur ein Hexenkessel nationalistischer Blutfehden sein, so wie zwischen den Weltkriegen. Notwendig ist eine Arbeiterrevolution in der ganzen Region, die eine echte sozialistische Föderation des Balkans schafft.

Der Balkan diente schon einmal als Austragungsort für ein interimperialistisches Gemetzel, als die Balkankriege von 1912/13 den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 vorbereiteten. Heute sind die Stolperdrähte gelegt für einen imperialistischen Weltkrieg, nur diesmal werden alle Seiten mit Atomwaffen bewaffnet sein. Wir sagen: Nieder mit der UN-Hungerblockade! Verteidigt Serbien gegen imperialistische Angriffe! USA/NATO raus aus dem Balkan, jetzt!

Nach Workers Vanguard *Nr.* 595, *4. März*



Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung. Zur Geschichte der Internationalen Kommunistischen Liga"
(*Trotzkistisches Bulletin* Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:
„Jetzt im Klartext – BT zur Verteidigung der UdSSR: ‚Nein, Danke!'. Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie"
(*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,–

Spartakist-Diskussionskreise

Berlin

Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Donnerstag, 31. März, 18.30 Uhr
Wir stoppten den Ku Kiux Klan (mit Videovorführung)

Donnerstag, 14. April, 18.30 Uhr
Die verratene bolschewistische Revolution

Halle

Galerie Café Steg, Stegpassage 2, 06110 Halle

Dienstag, 5. April, 19.00 Uhr
Die Partei als Volkstribun

Dienstag, 19. April, 19.00 Uhr
Die Oktoberrevolution 1917 — Wie wurde der Sieg errungen?

Hebron...

Fortsetzung von Seite 1

junger Palästinenser, freiwilliger Helfer im Krankenhaus, bemerkte erbittert: „Dies ist der Frieden der Israelis."

Beim Versuch, das antipalästinensische Abkommen mit der PLO zu retten, bestand ein Sprecher des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin darauf: „Es war ein Einzeltäter — gar keine Frage." Aber selbst die hebräischsprachige Presse in Israel gibt zu, daß die israelische Armee Komplize bei dem Gemetzel war. Goldstein durfte sogar ohne die normale, herrische Durchsuchung nach Waffen die Moschee während des Gottesdienstes auf dem Höhepunkt des moslemischen heiligen Monats Ramadan betreten. Reporter wurden nicht in die Moschee gelassen, bis sie mit Feuerwehrspritzen von Beweisen gesäubert worden war. Die *New York Times* (25. Februar) ließ in einem ersten Bericht versehentlich die Wahrheit ans Licht und zitierte einen israelischen Soldaten vor der Moschee, der Journalisten sagte: „Geht weg. Wir haben 30 Araber getötet."

Ein Überlebender erinnerte sich: „Da waren andere... Sie waren alle in Soldatenuniform. Wir wußten nicht, ob es Siedler oder die Armee waren. Was ist der Unterschied?" Für die belagerten palästinensischen Massen, denen in den sechs Jahren seit Beginn der intifada etwa 1400 ihrer Jugendlichen getötet wurden, gibt es keinen Unterschied zwischen den Kugeln der Soldaten und der fanatischen Siedler.

Die israelische Regierung verhängte sofort eine Ausgangssperre über Hebron und auch über Goldsteins Siedlung Qiryat Arba, die wie eine schwerbewaffnete Festung von einem Hügel aus die Stadt überblickt. Aber während Soldaten palästinensische Anwohner terrorisieren, stolzieren Banden von plündernden Siedlern weiterhin ungestört durch die Straßen von Hebron, fingern an ihren Galils und Uzis herum und feiern offen das Massaker.

Inzwischen ist es auch in arabischen Vierteln und Dörfern innerhalb von Israel selbst zu militanten Demonstrationen gekommen — von Jaffa bis Nazareth —, sogar unter den Beduinen, die allgemein dazu tendierten, das zionistische Regime zu akzeptieren. Nachdem die Israelis einen jugendlichen Beduinen erschossen, angeblich der erste, der jemals bei „politischer Gewalttätigkeit" getötet wurde, erklärte bei seiner Beerdigung ein Trauergast: „Das sagte mir, daß ich ein Palästinenser bin, daß ich kein Israeli bin oder auch nur irgend jemand, den die Israelis der Welt als einen guten Araber vorführen könnten."

Clinton, der die Araber aufforderte, nicht „überzureagieren", lud Israel und die PLO ein, in Washington die „Friedensgespräche" wiederaufzunehmen. PLO-Führer Jassir Arafat rief Israel auf, die Siedler zu entwaffnen, und appellierte an die USA, den Palästinensern in den besetzten Gebieten „internationalen Schutz" zu geben. Seine Forderungen wurden sofort von den Israelis zurückgewiesen, obwohl Rabin schließlich symbolischen „internationalen Beobachtern" zustimmte.

Während einer Orgie von Terror durch Armee und Siedler in den besetzten Gebieten im Dezember schrieben wir, daß die „bitteren Früchte" von der Kapitulation der PLO vor Israel „mit dem Blut der palästinensischen Bevölkerung geerntet werden". Heute ist Arafat bei den palästinensischen Massen fast so verhaßt wie Rabin. Bei einer palästinensischen Demonstration nach der anderen ist seit dem Massaker von Hebron immer wieder der Ruf zu hören: „Tod für Arafat!" PLO-Sprecher Faisal Husseini wurde mit Steinen beworfen und vertrieben, als er vor wütenden Demonstranten vor der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem reden wollte, dem Schauplatz eines blutigen Massakers, das 1990 von israelischen Soldaten angerichtet wurde.

Rabin will immer noch ein Abkommen mit der PLO, aber zu Israels Bedingungen: weitere Unterjochung der palästinensischen Massen — die von israelischen Truppen und einer PLO-Hilfstruppe überwacht werden. Als sich die Verhandlungen über einen Teilabzug der israelischen Truppen aus Gaza und Jericho seit der Vertragsunterzeichnung im September hinschleppten, freute sich Rabin hämisch: „Laßt sie ein bißchen schwitzen." Aber während Arafat schwitzt, sterben seine Landsleute weiter. Jetzt wird der PLO-Führer nichts mehr zu bieten haben. Wir sagen: Weg mit dem schändlichen Israel-PLO-Abkommen für ein palästinensisches Ghetto! *Alle* israelischen Soldaten und Siedler raus aus *allen* besetzten Gebieten, jetzt!



Der Spiegel

Verwundetes palästinensisches Kind, eines von fast 200 Verletzten und 60 Ermordeten durch das mörderische Wüten eines ultranationalistischen israelischen Siedlers in einer Moschee von Hebron

Siedler: Speerspitze der zionistischen Reaktion

Berichten zufolge gibt es selbst in der fast durchgängig zionistischen Gesellschaft Israels weitverbreitetes Entsetzen über dieses willkürliche, völkermörderische Blutbad. Ein älterer Israeli verglich es mit den Pogromen, die im zaristischen Rußland gegen Juden durchgeführt wurden.

Der Massenmörder Goldstein war keine Anomalie im aufgeladenen nationalistischen Klima des zionistischen Kasernenstaats. Goldstein war ein langjähriges Mitglied der faschistischen Kach-Partei des verstorbenen Rabbis Meir Kahane, und er leitete Kahanes Wahlkampagne für das israelische Parlament. Wie sein erschossener Führer wurde dieser in Brooklyn geborene Jude von einem tiefen rassistischen Haß auf Schwarze und Araber zur Emigration nach Israel getrieben. Kurz nachdem Kahane in Brooklyn seine Jewish Defense League [Jüdischer Verteidigungsbund] als eine gegen Schwarze gerichtete Bürgerwehrbande gründete, stellten wir fest, daß es in den USA keinen Platz für eine jüdische faschistische Bewegung gibt. Kahane und seine Anhänger errichteten statt dessen eine Pipeline nach Israel, wo sie zu den Sturmtruppen der „Siedler"-Bewegung wurden.

Und Hebron ist deren mörderische Zentrale, das Hauptquartier nicht nur für Kach und deren Abspaltung „Kahane Chai" („Kahane lebt"), sondern auch für die

Fortgesetzt auf Seite 20

Hebron...

Fortsetzung von Seite 19

ultrazionistische Gush Emunim von Rabbi Moshe Levinger, die Speerspitze der Siedler-Bewegung. Einige Monate nach dem Krieg von 1967 wurde Hebron der Ort der ersten zionistischen Siedlung auf der besetzten West Bank, als es Levinger und seinen Anhängern durch die Armee und den damaligen Ministerpräsidenten Rabin erlaubt wurde, in das Hauptquartier der Militärregierung einzuziehen. Besonders seit der Unterzeichnung des Abkommens im letzten Sep-



Reuter

Arafats PLO-Polizisten trainieren, um Israels Hilfsbullen gegen intifada zu sein

tember haben Schläger der Siedler wiederholt in den Straßen von Hebron gewütet, auf arabische Häuser gefeuert und Steine geworfen und wahllos auf Menschen geschossen.

Rabin und seine „Labor" Party der zionistischen Hauptströmung werden heute vom rechten Flügel für Verräter gehalten, weil sie überhaupt mit der PLO reden. Rabin hat in den letzten Monaten gelegentlich gegen die Siedler gewettert, während seine „linken" Koalitionspartner von der Meretz sogar deren Entwaffnung fordern. Aber Rabin ist keine „Taube" — er ist der Erfinder der Politik der „Eisernen Faust" von „Kraft, Macht und Schlägen", um die palästinensische Intifada-Erhebung zu unterdrücken, die im Dezember 1987 begann.

Alle Flügel der israelischen herrschenden Klasse wollen die Siedlungen in den besetzten Gebieten. Es war die Labor Party, die die Siedlungen einführte: Von den etwa 140 existierenden Siedlungen wurden *90* in den zehn Jahren der Labor-Regierungen nach der Besetzung von 1967 gegründet. Enteignungen von arabischem Boden haben seit der Unterzeichnung des „Friedens"-Abkommenss/?rwrtg/z#/if *zugenommen.* Die von der Regierung finanzierte Bautätigkeit in den Siedlungen um „Großjerusalem", das 30 Prozent der Gesamtfläche der West Bank umfaßt, geht schnell weiter.

Tatsächlich haben die arabischen Bewohner der West Bank durch Siedlungen, Verkehrsverbindungen, „Naturschutzgebiete" usw. keinen Zugang zu *ganzen 70 Prozent* dieses Landes. Wie seine Vorgänger hat Rabin auf dem Grund und Boden eifrig „Tatsachen geschaffen", so daß bis zu einem eventuellen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten die arabischen Bereiche auf kleine, isolierte Scheibchen von „Kantonen", d. h. Ghettos, reduziert sein werden.

In typischer Schönfärberei behauptete die *New York Times* (27. Februar), daß „die meisten der 130000 Siedler auf der West Bank keine Ideologen sind; sie sind Pendler". Das mag auf eine gewisse Zahl von. Yuppies zutreffen, die durch Mietsubventionen der Regierung in Hochhauswohnungen der „Schlafstädte" Jerusalems gezogen sind, aber der Kern der Siedlerbewegung — ein Viertel von ihr, selbst nach Schätzungen der Geheimpolizei Shin Beth — sind extreme, rassistische Nationalisten, *die als eine bewaffnete Hilfstruppe der Besatzungsarmee dienen.*

Das Zusammenspiel zwischen den Siedlern — viele von ihnen sind aktive Soldaten vom Dienst — und der Armee auf höchster Ebene ist weitverbreitet und allgemein bekanni. Letzten Herbst sahen israelische Fernsehzuschauer, wie Siedler drei arabische Einwohner von Hebron niederschössen, während Soldaten zusahen. General Bar Kochba, der kürzlich starb, ließ regelmäßig Informationen aus dem Generalstab an die Siedler „durchsickern". Nach der Unterzeichnung des Abkommens warnten hohe Armeekommandeure Rabin, daß er es nicht „als selbstverständlich betrachten" könnte, daß Befehle über den Rückzug ausgeführt werden.

Die faschistische Mentalität von Gruppierungen wie Kach zeigt sich in ihrem gewalttätigen Haß nicht nur auf Araber, sondern auch auf Juden, die für „Araber-Liebhaber" gehalten werden. Vor kurzem legten rechte Zionisten Bomben vor das New Yorker Büro von Peace Now. Und in einem Brief an die *New York Times* von 1981 forderte Goldstein, als er noch in den USA war, die Zwangsvertreibung aller Araber vom israelisch besetzten Territorium und wiederholte gleichzeitig das Patentrezept der rechten Zionisten, daß „die Israelis bald wählen müssen zwischen einem jüdischen und einem demokratischen Staat".

Aber die fanatisch rassistischen Siedler und faschistischen Gruppierungen wie Kach sind nur der extreme Flügel des zionistischen Nationalismus. Ein Rabbi in Jerusalem hielt eine Lobrede auf Goldstein und tobte: „Eine Million Araber sind keinen jüdischen Fingernagel wert." Dies war die logische Weiterführung der allgemeinen zionistischen Ansicht, daß Araber bestenfalls Bürger zweiter Klasse seien, wenn nicht „Tiere" oder Schlimmeres. Das israelische Parlament verschärfte vor kurzem die Strafe für Tierquälerei auf drei Jahre Gefängnis; als allerdings der Gush-Emunim-Führer Levinger überführt wurde, 1986 einen arabischen Ladenbesitzer ermordet zu haben — einer der wenigen Fälle, wo anti-arabischer Terrorismus jemals vor Gericht kam —, wurde er zu *sechs Monaten* Gefängnis verurteilt.

Mit ihrer Losung „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" sahen die zionistischen Gründungsväter von Anfang an die Araber in Palästina als „Nicht-Volk". Die *New York Times* (27. Februar) predigte in grotesker Weise über „eine Symmetrie der Gewalt" zwischen jüdischen und arabischen „Extremisten". In der Vortagsausgabe wurde in einer Box unter der Überschrift „Jahrzehnte der Gewalt" das Massaker von Deir Yassin als die einzige zionistische Greueltat aufgelistet, gefolgt von einer langen Reihe palästinensischer Terrorangriffe. Aber Deir Yassin war nur eines von *Dutzenden* zionistischer Blutbäder, die mit Absicht darauf aus waren, die Araber von ihrem Land zu vertreiben. Dies war es, was David Ben-Gurion „das Aufräumen der arabischen Siedlungen" nannte.

Völkermord steckte schon immer in der Logik des Nationalismus. „Der einzige gute ... ist ein toter ..." ist überall die Parole des extremen Nationalismus, vom Gemetzel

an amerikanischen Ureinwohnern über Hitlers Holocaust bis zu den Siedlern der Westbank. In einem 1991 erschienenen Buch über Jugoslawien, wo nationalistisches Blutvergießen tobt, zitiert Aleksa Djilas die Verurteilung der nationalistischen „Gefühle, die Menschen rücksichtslos oder zumindest gleichgültig gegenüber den Rechten und Interessen irgendeines Teils der menschlichen Spezies machen, mit Ausnahme desjenigen, der auf den gleichen Namen hört und die gleiche Sprache spricht wie sie selbst", durch John Stuart. Djilas wies darauf hin, daß im Osmanischen Reich Moslems völlige Gleichheit besaßen, während Christen Untertanen zweiter Klasse waren, denen es „zum Beispiel verboten war, Pferde zu reiten, Waffen zu tragen oder bestimmte Arten von Kleidung zu tragen" *(The Contested Country: Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919—53* [Das umkämpfte Land: Jugoslawische Einheit und kommunistische Revolution, 1919-53], 1991).

Obwohl in Israel jüdische Siedler bis an die Zähne bewaffnet sind, wird jeder Palästinenser, der mit einer Waffe gesehen wird, ohne Warnung niedergeschossen. Inzwischen wollen heute die Herrschenden in den USA jeden zum Bürger zweiter Klasse machen, indem sie ihm das Recht, Waffen zu tragen, wegnehmen. Und während die zionistischen Apologeten der *New York Times* Schwarze und Werktätige entwaffnen wollen, tun sie „palästinensische Forderungen nach einer sofortigen Entwaffnung aller jüdischen Siedler in den Gebieten" als „unrealistisch" ab.

Der Bankrott des palästinensischen Nationalismus

Wie wir in unserem Artikel „Israel/PLO-Deal: Palästinenser-Ghetto" *(Spartakist* Nr. 107, Oktober 1993) schrieben: „Dieses Abkommen bringt die impotente Logik des kleinbürgerlichen Nationalismus der PLO auf den Punkt, die erst gepredigt hatte, man müsse sich auf die arabischen Bourgeoisien der Region stützen, und dann Zuflucht bei den „guten Amtsinhabern des US-Imperialismus gesucht hat." Der offensichtliche Bankrott von Arafats Kapitulationspolitik hat den „Ablehnungs"gruppen wie den „Radikal"nationalisten PFLP und DFLP und besonders Hamas bereits eine Woge von Unterstützung gebracht. Die Hamas-Fundamentalisten sind üble Reaktionäre, die weltliche Palästinenser terrorisieren und wahllos Juden ermorden.

Jetzt schwören palästinensische Fundamentalisten Rache für Hebron mit dem Ruf „Zahn um Zahn". Obwohl das Verlangen nach Rachemorden verständlich ist, sind Marxisten dagegen. Wahlloser Terror würde nur die bereits vergifteten Beziehungen zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten verschlimmern. Und damit untergräbt er entscheidend die Sache der Befreiung der palästinensischen Massen.

In bewaffneten Auseinandersetzungen mit israelischen Truppen oder Siedlern beziehen Revolutionäre militärisch eine Seite selbst mit Fundamentalisten wie Hamas. Aber der atomar bewaffnete zionistische Staat hat ein überwältigendes Monopol an Feuerkraft in der Hand. Die Emanzipation der Palästinenser erfordert die Zerstörung des zionistischen Kasernenstaats *von innen,* durch die revolutionäre Mobilisierung der hebräischsprachigen und arabischen Arbeiter.

Proletarische Marxisten wollen die hebräischen Arbeiter vom Würgegriff des Zionismus brechen und sie für die Verteidigung der palästinensischen Bevölkerung gewinnen, als Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter, die israelische Bourgeoisie. Einen scharfen Riß im zionistischen Konsens zu erzeugen bedarf wahrscheinlich gewaltiger historischer Ereignisse. Aber genau darauf müssen sich revolutionäre Internationalisten orientieren und dabei entschlossen gegen jede zionistische Greueltat zu den Palästinensern stehen.

Allerdings haben die Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) — die in Israel für Trotzkisten gehalten werden —, statt für den Aufbau einer unabhängigen marxistischen Avantgarde zu kämpfen, jahrzehntelang ein „Programm" verfolgt, hinter nichtproletarischen Kräften hinterherzulaufen. Historisch kroch die Mandelsche Revolutionary Communist League (RCL) hinter dem einen oder anderen Flügel des palästinensischen Nationalismus hinterher, während sie sich in den letzten Jahren bei der linkszionistischen „Peace-Now"-Bewegung einschmeichelte. Heute gibt der RCL-Führer Michel Warshawsky schändlicherweise dem Israel-PLO-„Friedens"abkommen „kritische Unterstützung", und er besteht darauf, daß es „nicht unsere Aufgabe ist, das Abkommen zu verurteilen" *(International Viewpoint,* Januar 1994).

Diese schamlose Anerkennung eines neokolonialen „Raubfriedens" hat unter den Mandelianern, auf den Seiten von *International Viewpoint,* zu einer offenen Spaltung geführt. Der VS-Sprecher Salah Jaber verurteilte das Abkommen, es gehöre zu „den ungerechtesten und verletzendsten in der Geschichte von Kapitulationen". Aber Jaber gibt nur die Klagen von pseudomarxistischen Nationalisten wie Hawatmehs DFLP wieder. So sind diese Pseudotrotzkisten angesichts dieser historischen Herausforderung gelähmt, gespalten in diejenigen, die im Kielwasser der Linkszionisten fahren, und andere, die dem palästinensischen linken Nationalismus folgen, der sich wiederum an die Fundamentalisten von Hamas anhängt.

Kleinbürgerlicher palästinensischer Nationalismus — in allen Farben — ist immer eine Sackgasse gewesen, heute mit blutigeren Konsequenzen denn je. Unterdessen hat Hamas eine „Zukunft" des religiösen Obskurantismus anzubieten und bedroht weltliche palästinensische Frauen mit Gewalt, wenn sie sich nicht an die islamischen Gesetze halten.

Nötig ist eine binationale trotzkistische Partei, die danach strebt, die palästinensischen arabischen und hebräischsprachigen Arbeiter zu *einem internationalistischen Klassenkampf* zu führen, zusammen mit allen Arbeitern der Region. Besonders angesichts des gemeinsamen Zusammenlebens der hebräischen und arabischen Bevölkerung — und der Aufteilung der palästinensischen Bevölkerung zwischen israelischer und jordanischer Herrschaft (und dazu großen Ansammlungen in den Flüchtlingslagern im Libanon und in Syrien) — kann es keine gerechte demokratische Lösung der nationalen Frage geben *ohne den Sturz des Kapitalismus* in der ganzen Region. Dies allein, eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens, kann die Möglichkeit zur Entwicklung der Zusammenarbeit der unzähligen Völker eröffnen. Nur eine Arbeiterrevolution kann den Schrecken von Hebron rächen und die zahllosen anderen Greueltaten, die die palästinensische Bevölkerung erlitten hat.

Nach Workers Vanguard *Nr.* 595, *4. März*

Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 4

kampflosen Ausverkaufs bei Metall. Der Pflege-„Kompromiß" festigt die „informelle" Große Koalition von CDU und SPD, die schon durch die rassistische Zerstörung des Asylrechts, das Einverständnis mit dem „Out-of-area"-Einsatz der Bundeswehr und die tödliche „Gesundheitsreform" entstanden ist.

Selbst nach den meisten bürgerlichen Kommentatoren kriegten die faschistischen Republikaner nicht mehr als 3,7 Prozent der Stimmen, weil die Große Koalition von CDU/SPD deren rassistisches Programm der Festung Deutschland und der Massenabschiebungen übernommen hat und inzwischen durchsetzt. Der Nazi/Skinhead-Terror tobt inzwischen weiter. Aber zur Zeit hält die Bourgeoisie von Auschwitz die Faschisten in Reserve, weil sie sich darauf verlassen kann, daß die rassistische Volksfront ihre Arbeit tut, die Immigranten und Minderheiten zu den Sündenböcken für die Wirtschaftskrise zu machen. Am Vorabend der Konfrontation der Bosse mit der IG Metall, mit ihrem strategisch wichtigen Anteil von türkischen und kurdischen Arbeitern, verkündete Bonns Oberbulle Kanther das Verbot der PKK und verwandter Organisationen — unter dem Beifall der SPD, die sich nur darüber beschwerte, daß es schon längst überfällig gewesen sei.

Als die Republikaner ankündigten, sie wollten am 11. Februar in Hannover unter dem Deckmantel eines Wahl-Parteitags ihren rassistischen Mob aufhetzen, riefen der DGB, die SPD und die Grünen zu einer Protestdemo „Gegen Rechts" auf. Aber als ein paar hundert der jungen Demonstranten versuchten, die Rep-Provokation zu verhindern, schickten die Hannoverschen „Rot-Grünen" Hundertschaften der Sonderpolizei hin, die mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und CS-Gas auf die Demonstranten losgingen und Dutzende von ihnen verletzten und verhafteten.

Welche Schlußfolgerung zog das SPD-loyale *Voran* (März) aus dieser Lektion über Volksfrontpolitik: „Der brutale Einsatz muß von einer unabhängigen Kommission untersucht, die Verantwortlichen gefeuert werden." Ebenso jammerten die Anhänger von Ernest Mandel um *Avanti* (März): „SPD und Grüne können ihre Konsequenz (oder Inkonsequenz) unter Beweis stellen, indem sie sich für die Absetzung des direkt Verantwortlichen, des Polizeipräsidenten, einsetzen." Alle diese Aufrufe von den kleinen Reformistchen, den Bock zum Gärtner zu machen, können nicht die Tatsache verschleiern, daß die Polizei die Politik der rassistischen Volksfront durchsetzte, die das Asylrecht abschaffte (SPD) oder rassistische „Quoten" verlangt (die Grünen), um „den Zustrom zu regeln".

Der beste Beweis dafür, daß die Demo nichts anderes war als Wahlkampf für die SPD oder eine weitere „rotgrüne" Koalition, besteht darin, daß trotz der Unterstützung des DGB für die Demo nichts getan wurde, um dessen Arbeiterbasis mit dem strategisch wichtigen Anteil von Immigranten zu mobilisieren, obwohl in der ganzen Region die Empörung über die Rep-Provokation zu spüren war. Wenn ein paar tausend von ihnen *mobilisiert* worden wären und sich den militanten antifaschistischen Jugendlichen angeschlossen hätten, hätte Schönhubers Nazitreff *verhindert* werden können. Und die Arbeiterklasse hätte einen Geschmack von ihrer wirklichen sozialen Macht gekriegt, der ihnen durch Zwickels Ausverkauf vorenthalten wurde.

Wir wollen eine revolutionäre Partei aufbauen, die nicht nur die Arbeiter dafür mobilisiert, die heutige Offensive der Bosse zurückzuschlagen, sondern dadurch auch unsere Klasse vorbereitet, die herrschende Klasse zu werden. Wir brauchen eine Partei, die alle Verbündeten der Arbeiterklasse dadurch vereinigt, daß sie gegen jeden Ausdruck sozialer Unterdrückung kämpft. Diese Partei kämpft gegen den nationalen Chauvinismus und für ein rotes Räte-Deutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.»

Reformisten und Bullen...

Fortsetzung von Seite 11

daß [es] schnell mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes durchgesetzt werden würde" („Marxism and the State", *Militant International Rwiew,* Juni 1982).

Es ist nicht überraschend, daß eine Organisation, die über die Schlüsselfrage von Reform oder Revolution so offensichtlich ihren Frieden mit der linken Labour-Politik geschlossen hat, von Weichheit gegenüber der Polizei durchdrungen ist. Und hinter den idiotischen Träumen von einer „Stadtteil-Kontrolle" lauert etwas viel Übleres. Wenn man Bullen als Arbeiter ansieht, ist es nur noch ein kleiner Schritt, daß man Arbeiter auffordert, als Hilfspolizisten zu handeln. In den Vereinigten Staaten (wo noch mehr als in Britannien „der Kampf gegen das Verbrechen" ein Codewort für offenen Rassismus ist) bietet *Labor Militant* (September/Oktober 1993) eine sogenannte „Arbeiterantwort auf das Verbrechen" an: Sie sind für „Gewerkschafts/Stadtteil-Komitees zur öffentlichen Sicherheit, um mit dem Problem des Verbrechens fertigzuwerden". Diese „sozialistische" Version von Bürgerwehr-Politik könnte nur als Werkzeug der rassistischen Bullen enden.

In Irland hielt sich Militant nicht einmal bei Bürgerwehr-Politik auf — sie wandten sich direkt an den kapitalistischen Staat. Joe Higgins, Militant-Kandidat in Dublin West bei den Wahlen im letzten November, kandidierte auf einer Plattform für „Recht und Ordnung", die die Herzen von Michael Howard und Peter Lilley hätte höher schlagen lassen:

> „Dublin Corporation und County sollten dazu gezwungen werden, bekannte Drogenhändler oder Leute, die ihre Wohnungen zu kriminellen Aktivitäten benutzen, zu vertreiben...
>
> Mehr Polizisten auf Streife, konzentriert auf gut bekannte Unruheherde, würden Verbrechen und antisoziales Verhalten verhindern."

Am groteskesten war, was die südafrikanischen Anhänger von Peter Taaffe in *Congress Militant* (April 1993) schrieben:

> „Daher ist Marxismus für eine allgemeine Wehrpflicht zur militärischen Ausbildung... Ein Soldat oder Polizist, der ein Genösse ist, muß hart arbeiten, so daß seine Kollegen ihm zuhören werden, wenn er mit ihnen spricht, und er Einigkeit erzielen wird, das ganze System zu lahmen."

Dies hat offensichtlich Unzufriedenheit in den Reihen von Militant hervorgerufen. Für eine *allgemeine Wehrpflicht* der Apartheid-Armee? Ein Polizist des südafrikanischen Staates als „Genösse"? Man soll „hart arbeiten" — das heißt, brutaler schlagen und genauer schießen? Bessere Bedingungen und bessere Bezahlung für De Klerks Schlächter? Der Opportunismus dieser Tendenz kennt wirklich keine Grenzen!

Militant und SWP sind keine Kräfte für die Revolution — sie sind Hindernisse auf dem Weg zur Macht der Arbeiter. Alle ernsthaften Mitglieder dieser Gruppen sollten die Politik ihrer eigenen Organisation sorgfältig studieren, und die Politik von Lenin und Trotzki. Die internationale Arbeiterklasse braucht eine bolschewistische Partei: keine Partei, die von denen geführt wird, die den Stiefel des kapitalistischen Staates lecken möchten.«

20. April...

Fortsetzung von Seite 24

sehen Imperialismus will sein Gewicht wieder ins Spiel bringen. Dabei leistet die SPD Hilfestellung, die das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war, und trägt den Nationalismus in die Reihen der Arbeiterklasse. Erst kürzlich geiferte der SPD-Vize Oskar Lafontaine antisemitisch, es wäre „höchste Zeit, daß die alten Opfer des Nazismus und ihre Familien aufhörten, sich ständig zu beklagen" (*taz,* 31. Januar).



Fotomontage von John Heartfield 1936: „Berlin ruft zur Olympiade"

Jetzt arbeitet der Berliner Senat auf Hochtouren, um die Stadt zu einer kompletten Polizeifestung für den 20. April auszubauen. Dabei wird er obszönerweise von Ignatz Bubis unterstützt, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der dieses makabre Spektakel damit rechtfertigt, daß der Staat ansonsten „vor den rechten Gewalttätern einknicken" würde. Marian Krüger vom PDS-Landesvorstand Berlin wiederum warnt vor einer „außen- und innenpolitischen Niederlage" und ist gegen eine Abhaltung des Länderspiels, weil „die Polizei nicht in der Lage sein wird, dieses Gewaltpotential zu beherrschen".

Aber der Senat brauchte nicht erst auf die PDS zu warten, um noch mehr Bullen zum Einsatz zu bringen. Man erinnert sich nur zu gut daran, daß der rassistische Saubermann Weizsäcker vor nicht allzu langer Zeit im Berliner Lustgarten von wütenden Antifaschisten mit Eiern beworfen wurde! Der Verfassungsschutz gibt zur Vorbereitung der staatlichen Hetze auf Antifaschisten und Immigranten Fahndungsmeldungen über angebliche Autonome heraus, die im Kampf gegen Nazis „deren Tötung in Kauf nehmen". Zusätzlich zu den von Republikanern durchsetzten Bullen will der DFB 1000 „Sportfans" im Stadion aufmarschieren lassen, und sicher werden auch die Schlägertrupps der von Willy Brandt auf- und von Lummer ausgebauten Freien Polizei-Reserve nicht fehlen.

Als der Bundesgerichtshof am 15. März mit der Entscheidung herauskam, daß die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge" nichts mit „nationalsozialistischem Rassenhaß" und „Volksverhetzung" zu tun hätte, wurde dies zu Recht von vielen Menschen als öffentlicher Freibrief für Antisemitismus und Nazi-Terror gesehen. Natürlich fordern wir nicht die Nachfahren von Freislers Blutrichtern auf, über Völkermord-Aufrufe zu urteilen, weil sich solche Gesetze immer gegen Linke und Antifaschisten richten. Aber es ist klar, daß dieses Urteil ein staatliches Signal an die Nazis ist, ihr blutiges Gewerbe weiterzubetreiben.

Von Rostock bis Mölln und Solingen hat die rassistische Bonner Allparteienkoalition den faschistischen Terror angefacht und zur Massenabschiebung von Flüchtlingen und zur Einschüchterung und Spaltung der Arbeiter benutzt. Dabei hat der Petersberger Asylbeschluß der SPD während der Rostocker Pogrome die Bresche zur Zerstörung des Asylrechts geschlagen. Appelle an den bürgerlichen Staat, die Nazis zu verbieten, entwaffnen die Antifaschisten und sollen die Arbeiter davon abhalten, daß sie sich unabhängig organisieren, um die Nazis zu stoppen.

Als nach Rostock Hunderttausende antifaschistische Jugendliche auf den Straßen waren und besonders nach den Möllner Morden in den Betrieben Diskussionen über Selbstschutz begannen, schrie die Volksfront „keine Gewalt" und baute nationalistische Lichterketten auf. Dazu dient auch die breite Volksfront von SOS Rassismus bis PDS, die sich gegen das Länderspiel gebildet hat, um „DFB und Senat zur Vernunft zu zwingen" (PDS) und das Ansehen des Vierten Reichs zu schützen. Die „Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) will dagegen nicht mal das Spiel am 20. April verhindern, sondern fordert antifaschistische Jugendliche dazu auf, mit „Roten Karten" im Stadion eine Lichterkette Nr. 2 zu bilden. Abgesehen davon, daß die Antifaschisten damit in eine gefährliche und völlig schutzlose Situation getrieben werden, wo sie von Bullen umringt in der Mitte von notorischen deutschnationalen Fußballanhängern sitzen, können diese „Roten Karten" nur dazu dienen, der Welt zu beweisen, wie sauber und nett die Reichshauptstadt inzwischen geworden sei.

Aber Berlin ist keine Nazi-Stadt! Auf Initiative der Spartakisten versammelten sich 250000 Antifaschisten im Januar 1990 im Treptower Park, um gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren. Und im Januar dieses Jahres kamen 100 000 Linke und Jugendliche nach Friedrichsfelde, um Lenin, Liebknecht und Luxemburg zu ehren. In Verbindung mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse müssen diese Antifaschisten mobilisiert werden, wenn die Nazis am 20. April tatsächlich versuchen, ihre angedrohte Provokation wahr zu machen.

Wir richten uns an die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, um nachdrücklich die Notwendigkeit einer Massenmobilisierung der Arbeiter/Immigranten zu betonen, die auf den Gewerkschaften basiert, um die Straßen von Nazi-Terroristen zu säubern, die eine Bedrohung für uns alle sind. Aus einer solchen Mobilisierung können gewerkschaftlich organisierte Verteidigungsgruppen gebildet werden, basierend auf Arbeitern aus IG Metall und ÖTV, wo die kämpferischen türkischen und kurdischen Arbeiter eine führende Rolle spielen, um auch Wohnheime und bedrohte Stadtviertel zu schützen. Im Zusammenhang mit einer solchen Mobilisierung wäre es möglich, das braune Pack aus den Rattenlöchern hinauszusäubern, wo sie ihr mörderisches Gewerbe vorbereiten."

SPARTAKIST

20. April, Olympiastadion

Viertes Reich: Ordnung soll herrschen in Berlin

Genau am 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburt, soll in Berlin das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen England stattfinden. Bereits jetzt haben diverse Nazi-Infotelefone eine „Jahrhundertschlacht" für den „Führer-Geburtstag" angedroht, wo das braune Pack „in Massen" in der alten/neuen „Reichshauptstadt" aufmarschieren will. Aber der Staat hat diesen Tag selbst übernommen, um aller Welt zu zeigen, daß in Berlin wieder deutsche Ordnung herrscht.

Es ist Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung, gegen diese ungeheure faschistische Provokation zu mobilisieren, die durch den Staat Rückhalt bekommt. Ein Aufmarsch der Nazis in Berlin ist eine Gefahr für das Leben jedes Immigranten, jedes Flüchtlings, jedes Juden, jedes behinderten Menschen, und eine Bedrohung für die Existenz der Gewerkschaften und aller Organisationen der Arbeiterbewegung. Vergeßt nicht, daß das erste, was die Nazis nach ihrer Machtergreifung getan haben, die Zerschlagung der Kommunisten und der Arbeiterbewegung war, um dadurch den Weg zum Holocaust zu bereiten. Die SpAD hat wiederholt versucht, unabhängige Verteidigungsaktionen von Arbeitern/Immigranten zu initiieren, deren Macht die faschistischen Mörder wegfegen und die Sicherheit der beabsichtigten Opfer herstellen kann.



Tribüne

Berlin, Mainzer Straße im Oktober 1990: Auf den Anschluß folgte Bullenterror gegen Hausbesetzer in der wiedervereinigten Reichshauptstadt

Keiner soll sagen, die deutsche Bourgeoisie sei nicht traditionsbewußt: Sie wählte für den 20. April das von den Nazis für die Olympiade 1936 erbaute Olympiastadion aus, um an diesem Ort wieder einmal dem Ansehen des Vierten Reichs im Ausland Glanz zu verleihen. Es fehlte nur noch, daß sie Leni Riefenstahl anrufen, um einen Film daraus zu machen.

Nachdem das SPD-regierte Hamburg die Abhaltung des Fußballspiels abgelehnt hatte, sprang der CDU-Bürgermeister Diepgen in die Bresche. Der Berliner CDU/SPD-Senat und der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wollen den 20. April „zu einem wahren Volksfest" machen und gleichzeitig den Abzug der Alliierten Truppen, der Sieger gegen Nazi-Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg, feiern. Zu den Klängen eines „völkerverbindenden Liedes" sollen die Zuschauer sich zu Lichterketten zusammenschließen. Was sie bei all ihrem Geschwafel über „Völkerfreundschaft" inszenieren wollen, ist eine Show, die die deutschnationale Stimmung zum Kochen bringt, wo auf dem „Reichssportfeld" Tausende im Chor mit den Nazis „Deutschland, Deutschland" brüllen werden. „Wie sollen wir sonst unsere Vergangenheit bewältigen?", formulierte es der Berliner Fußball-Verbandspräsident Otto Höhne, der aus dem chauvinistischen Arsenal der Weltkriege gegen britische „Tommys" hetzt.

Kohl wittert Morgenluft und will „Deutschland weniger als Verlierer des Zweiten Weltkriegs betrachtet wissen, sondern mehr als Sieger im Kalten Krieg" (*Der Spiegel*, 14. März). Was der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus bedeutet, hat Kohl zusammen mit Reagan schon 1985 mit dem Kniefall vor SS-Gräbern in Bitburg gezeigt. Jetzt versuchte der Reichskanzler als Antwort auf die Normandie-Feier der Alliierten, Frankreich dazu zu zwingen, vor Waffen-SS-Gräbern auf einem Friedhof in Lisieux ein Bitburg II zu veranstalten.

Es geht um die Rehabilitierung des Dritten Reichs. Dazu dient auch die antikommunistische Hexenjagd gegen Repräsentanten und Symbole des deformierten Arbeiterstaats DDR, der durch den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden ist. Das durch die Zerstörung der DDR gestärkte wiedervereinigte Vierte Reich des deut-

Fortgesetzt auf Sehe 23

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 112 MAI 1994 50 Pfennig

Brecht mit SPD, PDS - Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Gewerkschaften, Immigranten: Macht mobil, stoppt die Nazis!

Mit dem geplanten Fußball-Länderspiel Deutschland/England am 20. April in dem von Hitler erbauten Olympia-Stadion wollte der Berliner CDU/SPD-Senat den Jahrestag von Hitlers Geburt „zu einem wahren Volksfest" machen. Dafür sollte Berlin zu einer kompletten Polizeifestung ausgebaut werden, um zu zeigen, daß Ordnung in der Hauptstadt herrscht. Gleichzeitig nahm der Senat in Kauf, daß sein obszönes nationalistisches Spektakel als Plattform für Nazi-Terror diente. Wegen zunehmender Empörung von Gewerkschaften, Immigranten und Antifa-Jugendlichen wurde dieses makabre Spektakel abgesagt.

Aber Nazi-Terror ist kein Spiel, und die Faschisten „feierten" Hitlers Geburtsdatum mit Terror- und Mordanschlägen. Schon am 25. März wurde die Lübecker

Fortgesetzt auf Seite 19



Spartakist

20. April: Spartakist-Block auf Demo für die Freilassung von Antrfa Gençlik

Berlin: FAP-Provokation droht am 1. Mai

Zum dritten Mal droht am 1. Mai in Berlin ein Aufmarsch der faschistischen FAP. *Dies ist ein direkter Angriff gegen die gesamte Arbeiterbewegung.* Berlin ist eine Arbeiterstadt! Sollten die Faschisten diese Provokation tatsächlich wagen, müssen sie gestoppt werden durch eine Einheitsfrontaktion, die die entschlossenen Teile der organisierten Arbeiterbewegung mobilisiert, zusammen mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten, und die sich mit allen geplanten Opfern der Faschisten und anderen antifaschistischen Gruppen verbindet, um die Nazi-Provokation zu verhindern. Eine starke und organisierte Antwort der Arbeiterklasse würde ein Signal für ganz Europa sein.

Der FAP-Aufzug 1992 in Prenzlauer Berg konnte von Antifaschisten erfolgreich verhindert werden. Aber als 1993 die Nazis in Lichtenberg unter der Hetzparole „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeitnehmer" aufmarschierten, wurden Gewerkschafter, die direkt von der DGB-Kundgebung gegen die Faschisten mobilisierten, von der Polizei gestoppt und der IG-Metaller Hans Köbrich festgenommen.

Viele Kollegen und Kolleginnen von ÖTV, HBV und IG Metall wollen am 1. Mai gegen die Faschisten handeln. Jetzt erklärt Berlins DGB-Vorsitzende Bretz, Berlin dürfe am 1. Mai nicht zum „Schauplatz rechtsextremistischer Gewaltpropaganda" werden. Gewerkschafterinnen gegen Faschismus und Rassismus rufen auf, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern. Allerdings appellieren sie gleichzeitig an den Senat, „diesen neofaschistischen Aufzug zu verbieten". Appelle an den bürgerlichen Staat, der erst Mitte April eine geheime FAP-Versammlung in Berlin geschützt hat, sind nicht nur dumm. Es ist auch gefährlich, sich an den Staat des Kapitals zu richten, der notwendigerweise gegen Arbeiter, Immigranten und Linke vorgeht.

Wir vergessen nicht, daß der 1. Mai 1933 der Auftakt war für die Zerschlagung der Arbeitermassenorganisationen durch die Nazis. Zehntausende wurden verhaftet und viele ermordet. Aber wenn die Arbeiterorganisationen lange vor der Machtergreifung Hitlers vereint die Nazis zerschlagen hätten, hätte es keinen Holocaust gegeben. Wie bei der Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, wo 250000 Antifaschisten gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei für Arbeitereinheitsfrontaktion, um die Nazi-Provokation zu stoppen!

Ein revolutionäres Programm für die Jugend

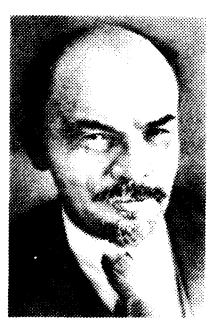


TpfYr^isj

Der Hungerlohn-Plan der französischen Regierung für jugendliche Arbeiter provozierte einen explosiven Aufruhr sozialer Kämpfe von Studenten und Arbeitern, der auch gewerkschaftliche Unterstützung erhalten hat. In Deutschland werden Jugendliche besonders nach der kapitalistischen Wiedervereinigung zu Opfern von Bullenterror und Nazi-Anschlagen sowie einer Massenarbeitslosigkeity die in der Ex-DDR unvorstellbar war. Vor allem die Jugendlichen der zweiten und dritten Generation von Immigranten sind die Zielscheibe eines Systems, das ihnen alle demokratischen Rechte verweigert und sie jederzeit mit Abschiebung bedroht.

Auf ihrer Gründungskonferenz 1938 sprach Leo Trotzkis Vierte Internationale besonders die Unterdrückung der Jugendlichen an und gründete eine Jugendinternationale mit einem Programm, die Militanz der Jugendlichen im Kampf für die proletarische Macht unter der Führung einer revolutionären Avantgardepartei zu mobilisieren.

Der Kapitalismus, ob unter einem autoritären oder einem liberalen Regime, gibt die Unfähigkeit zu, das Elend und Leid der Arbeiterjugend auch nur im geringsten zu erleichtern. *Die Jugendlichen wollen einen Beruf,* und wenn der Kapitalismus (selten genug!) bereit ist, ihnen einen zu geben, dann nur, um sie um so besser an eine Maschine zu ketten, die morgen stillstehen wird und sie genau neben den Reichtümen hungern lassen wird, die von ihnen produziert worden sind. *Die Jugendlichen wollen arbeiten,* um mit ihren Händen zu produzieren, um ihre Kraft zu gebrauchen, und der Kapitalismus bietet ihnen die Perspektive der Arbeitslosigkeit oder „der Ausübung der Arbeit unter anderen Bedingungen als den normalen Produktionsbedingungen" — nach der ausgezeichneten heuchlerischen Definition von Arbeitslagern durch den Völkerbund — oder der Rüstungsproduktion, die Zerstörung statt Besserung erzeugt. *Die Jugendlichen wollen lernen,* und der Weg zur Kultur ist ihnen versperrt. *Die'Jugendlichen wollen leben,* und die einzige Zukunft, die ihnen geboten wird, ist die, vor Hunger zu sterben oder auf dem Stacheldraht eines neuen imperialistischen Krieges zu verrotten. *Die Jugendlichen wollen eine neue Welt schaffen,* und es ist ihnen nur gestattet, eine verrottende Welt zu erhalten oder zu festigen, die in Stücke fällt. *Die Jugendlichen wollen wissen, was morgen sein wird,* und die einzige Antwort des Kapitalismus an sie ist: „Heute müßt ihr euren Gürtel noch ein Loch enger schnallen; morgen werden wir sehen. .. Sowieso wird es für euch vielleicht kein morgen geben." ...



LENIN

Die Aufgabe, die arbeitslosen Jugendlichen vor Elend, Verzweiflung und faschistischer Demagogie zu bewahren, sie zurück in die Produktion zu bringen und sie dadurch eng an die Arbeiterklasse zu binden, ist eine lebenswichtige Aufgabe für die Zukunft des Proletariats...

Das endgültige Verschwinden der Jugendarbeitslosigkeit ist aufs engste verbunden mit dem Verschwinden der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Der Kampf für die Verlängerung der Schulzeit und für die Pflicht zur wiederholten technischen Ausbildung ist eng verknüpft mit dem Kampf für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Der Kampf, dem Kapitalismus diese Reformen abzuringen, die darauf abzielen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterjugendlichen zu entwickeln, ist aufs engste verbunden mit dem Kampf für die Arbeiterkontrolle der Industrie und für Fabrikkomitees. Der Kampf für öffentliche Arbeiten ist eng verknüpft mit dem Kampf für die Enteignung der Monopole, für die Verstaatlichung des Kreditwesens, der Banken und der Schlüsselindustrien. Der Kampf, alle Bemühungen zur Militarisierung zurückzuschlagen, ist aufs engste verbunden mit dem Kampf gegen die Entwicklung der Tendenzen zum autoritären Staat und gegen den Faschismus, mit dem Kampf für die Organisierung von Arbeitermilizen. Genau in dem Rahmen des Übergangsprogramms der Vierten Internationale sollte das vorliegende Programm entwickelt und angewandt werden. Genau unter dem Banner des um die Macht kämpfenden Proletariats wird die Vierte Internationale die Forderungen der ausgebeuteten Jugendlichen gewinnen.

„Resolution zur Jugend", *Die Internationale Konferenz der Jugend der Vierten Internationale* (September 1938)

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2211 ! Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555. 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5.- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main. BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 112 **Mai 1994**

Die blutigen NATO-Imperialisten schlagen zu - Verteidigt Serbien!

UNO/NATO-Streitkräfte raus aus dem Balkan, jetzt!

In einer finsteren Kampagne drohen die imperialistischen Mächte, aktiv einzugreifen und den dreijährigen Krieg scharf zu eskalieren, der im ehemaligen Jugoslawien wütet. Am 22. April stellte die NATO den Serben ein Ultimatum und verlangte, daß diese sofort ihre Kräfte zurückziehen, die die Moslem-Enklave Gorazde in Ost-Bosnien belagerten, und keine der vier anderen UN-erklärten „Sicherheitsgebiete" angreifen würden — andernfalls würden sie Serbien bombardieren. Die Kriegsdrohung der NATO wurde jetzt von Jelzins Rußland unterstützt. Zwar haben die bosnisch-serbischen Kräfte Berichten zufolge angefangen, ihre Artillerie zurückzuziehen, doch die Imperialisten könnten jeden Moment militärisch zuschlagen.

Die Westmächte sind zunehmend über ihre Unfähigkeit frustriert, in diesem Pulverfaß Europas Ordnung herzustellen. Die imperialistische Wirtschaftsblockade gegen Serbien, die schreckliches Leiden für die Zivilbevölkerung bedeutet — besonders für alte Menschen, Kinder und die Armen —, hatte keine Auswirkungen auf den Bodenkrieg in Bosnien. Der bisherige Versuch der NATO, am 10./11. April gegen die Serben bei Gorazde militärische Gewalt einzusetzen, ging nach hinten los. Die Serben blockierten 5000 „Friedenstruppen" in ganz Bosnien, serbische Flak-Schützen schössen ein britisches Kampfflugzeug vom Typ Sea Harrier ab, und die Offensive gegen Gorazde wurde verschärft.

Die jüngsten militärischen Schritte der westlichen Imperialisten reflektieren unterschiedliche Gelüste auf dem Balkan. Clintons Weißes Haus pocht auf die „Glaubwürdigkeit" der NATO — und auf seine eigene —, bei dem Versuch der USA, als Oberbulle einer „Neuen Weltordnung" zu füngieren ... ohne amerikanische Verluste zu riskieren. Der wiedervereinigte deutsche Imperialismus, der 1991 das Auseinanderbrechen Jugoslawiens anzettelte, will seine historische Oberherrschaft auf dem westlichen Balkan — Slowenien, Kroatien und Bosnien — wiedererrichten. Inzwischen will Rußland nach der kapitalistischen Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstört hat, seinen „Großmacht"-Status in der Region bekräftigen. Besonders gegenüber seinem traditionellen Klientenstaat Serbien.

Aber trotz auseinandergehender langfristiger und kurzfristiger Interessen — die Amerikaner wollen weitergehen und die Moslems bewaffnen, die Franzosen und Briten sorgen sich über ihre Bodentruppen, die Russen wollen Serbien nicht zu sehr gedemütigt sehen — sind sie alle im Moment dabei vereint, die Serben auf Linie zu zwingen und eine imperialistische Zerstückelung der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu erzwingen.

Von Anfang an haben wir die Werktätigen dazu aufgerufen, Serbien gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, während wir uns in dem brudermörderischen Bürgerkrieg zwischen Serben, Kroaten und Moslems *allen Seiten* entgegenstellen. Die nationalistischen Greueltaten, die im früheren Jugoslawien von allen Seiten begangen werden, verblassen im Vergleich mit dem Völkermord des deutschen Reiches an Slawen, Juden und Roma auf dem Balkan und den weltweiten Verbrechen des nuklear bewaffneten US-Imperialismus.

Washington juckte es schon länger in den Fingern, den Serben eine blutige Lehre zu erteilen, daß sie dem imperialistischen Diktat Gehorsam zu leisten haben. Ende Februar schössen amerikanische Kampfflugzeuge vier Flugzeuge über Zentralbosnien ab. Pläne der USA, Bodenstellungen vor Sarajevo zu bombardieren, wurden fallengelassen, als Jelzins Rußland einem von den Deutschen vermittelten Abkommen zustimmte, die Serben dazu zu bringen, Artillerie aus ihren Belagerungspositionen zurückzuziehen.

Um das Abkommen zu besiegeln, wurden russische „friedenssichernde" Kräfte unter UN-Helmen nach Bosnien verlegt. Die inzwischen kapitalistische russische Armee handelt dabei als Strohmann und Handlanger für Bonns Plan, durch Druck auf Serbien eine imperialistische Aufteilung von Ex-Jugoslawien zu erzwingen. Dies würde eine von Deutschland dominierte großkroatische Föderation mit Bosnien schaffen, während Rußland Einfluß auf einen serbischen Klientenstaat bekäme, zu welchem Zweck auch immer. Wir haben gewarnt, daß dieser Kuhhandel „die Balkankriege noch blutiger machen würde, als sie es jetzt schon sind".

Im März besuchte Außenminister Kinkel Moskau, wo er 8,3 Milliarden D-Mark Unterstützung für den russischen Abzug aus Ostdeutschland zusicherte; in der Folge wurde die russische Armee nach Bosnien geschickt. Gleichzeitig war der türkische Außenminister Çetin da, wo er die Zustimmung des Kreml für Ankaras Angebot erhielt, 2500 Mann Elitetruppen nach Bosnien zu senden. Jetzt schrieb die SPD-nahe *Zeit* (15. April): „Rußland muß nicht nur in die Strategie der Verhandlungen, sondern auch in die des militärischen Drucks einbezogen werden."

Der serbische Artilleriebeschuß von Gorazde war seinerseits eine Antwort auf eine gesteigerte militärische Offensive der Moslems. Obwohl die USA die guten Dienste Rußlands schätzen, Druck auf seine orthodoxen „kleinen Brüder" in Serbien auszuüben, so daß diese nicht über die Stränge schlagen, wollen sie ganz klarstellen, wer hier das Sagen hat. Jelzin beschwerte sich lautstark, daß er über die letzten Bombardierungen nicht „konsultiert" wurde, rief aber trotzdem die Serben dazu auf, sich von Gorazde zurückzuziehen, und forderte eine UN-Besetzung der Stadt. Wir fordern: Alle US/UN/NATO-Streitkräfte, einschließlich der Russen, raus aus dem Balkan, jetzt!

Während SPD-Kanzlerkandidat Scharping in Washington die Kontinuität seiner Außenpolitik mit der der CDU-Regierung ankündigte, will CDU-Fraktions-Chef Schäuble Bundeswehreinsätze in Bosnien. Der Balkan läuft Gefahr, ein Kriegsschauplatz für immer gefährlichere imperialistische und nationalistische Machenschaften zu werden, auf dem die Stolperdrähte für einen neuen Weltkrieg zwischen den Imperialisten bereits gespannt sind. Bei einem Protest in Berkeley/Kalifornien erklärte ein Mitglied des Spartacus Youth Clubs (Jugendgruppe der Spartacist League/U.S.) am 11. April: „Studenten und klassenbewußte Arbeiter gleichermaßen, in der ganzen Welt, müssen zur Verteidigung der Serben eilen, gegen die Angriffe durch die Imperialisten, die die bluttriefenden Feinde der gesamten Menschheit sind." *NATO/UNO: Hände weg von Serbien!*

Weg mit der Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!

Stoppt die Unterdrückung der Kurden in Deutschland!

14. April — Von New York, London, Paris, Toronto bis Sydney schlugen Demonstranten an diesem Tag Alarm gegen die drohenden Massenabschiebungen von Kurden aus Deutschland in die Folterkeller der Türkei. Aufgerufen zu den Protesten hatten die mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen. Erklärungen gegen das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und aller kurdischen Vereine wurden in englisch, französisch sowie in deutsch und türkisch herausgegeben. Die Dringlichkeit dieser Proteste wurde unterstrichen dadurch, daß in einzelnen Bundesländern SPD/CDU-Innenminister bereits Einzelabschiebungen von Kurden angeordnet hatten. Vorangegangen war das Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine im letzten November, deren Mitglieder Zehntausende von Arbeitern sind.

Mit dem Aufruf für diese internationale Protestkampagne wurde für Einheitsfrontaktionen vor den deutschen Konsulaten und Botschaften mobilisiert. In Toronto (Kanada) und in Sydney (Australien) schlössen sich PKK-Vnterstützer dem Protest an und redeten bewegend über den Terror gegen Kurden. In Paris beteiligten sich die türkischen linken Organisationen CIK und ACIT an dem Protest. In London beteiligte sich Dev Genç sowie ein Block von Devrimci Sol mit Bannern und Fahnen. Von der New Yorker Kundgebung ging ein Block direkt zum Protest gegen den Besuch von Killer-Ç iller. Nachfolgend drucken wir den Aufruf des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) zu den internationalen Demonstrationen ab.

Während die türkische Armee ihren völkermörderischen Krieg gegen das kurdische Volk weiter verschärft, fordert die deutsche Regierung jetzt Massenabschiebungen von Hunderten Kurden für das „Verbrechen", gegen Massenmord protestiert zu haben. Die türkische Ministerpräsidentin Tansu Çiller kündigte in diesem Jahr die „Endlösung der kurdischen Frage" an. Jedem aus Deutschland Abgeschobenen droht damit schreckliche Folter und in vielen Fällen der Tod durch das türkische Regime.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) haben sichtbar und wiederholt die Angriffe des Vierten Reichs auf kurdische Organisationen bekämpft, an Massenprotesten teilgenommen und die Arbeiterbewegung aufgerufen, entscheidende Aktionen zu unternehmen, um die Repression zu stoppen.

Als Teil einer internationalen Protestkampagne rufen jetzt die mit dem KfsV brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen in den USA, in Britannien, Frankreich, Kanada und Australien zu dringenden Protestdemonstrationen gegen die Unterdrückung der Kurden in Deutschland auf, die am 14. April in New York, London und Paris vor den deutschen Konsulaten beginnen, sowie in Toronto und Sydney stattfinden werden.

Die Demonstrationen fordern: Weg mit Deutschlands Verbot der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) und aller kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot der türkischen linken Devrimci Sol! Stoppt die Abschiebungen! In New York ziehen die Organisatoren des Protests die Parallele zu den Massenabschiebungen von Flüchtlingen aus Haiti durch die Clinton-Regierung, die an die blutige Militärjunta in den Tod ausgeliefert werden, und kämpfen gegen die Hungerblockade von Haiti und Irak durch die USA. In Frankreich werden die Demonstranten auch gegen das Verbot von zwei kurdischen Vereinen durch die Mitterrand-Balladur-Regierung sowie gegen die Abschiebung von



Der Spiegel



Der Spiegel

Links: Hessische Autobahn. Die SPD/Grünen-Regierung verfolgt Kurden, die gegen den Völkermord der türkischen Regierung protestieren; oben: von der türkischen Armee ermordete PKK-Kämpfer im Nord-Irak

Internationale Proteste in New York, London, Paris, Toronto, Sydney:

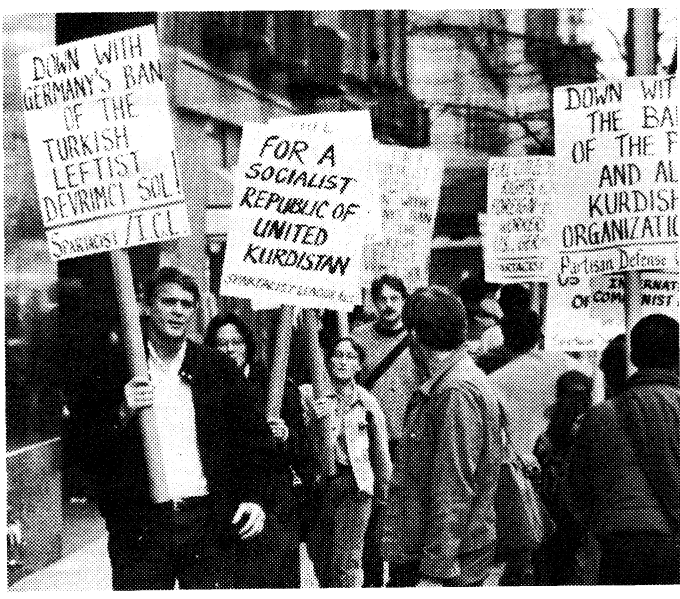


Workers Hammer



Le Bolchevik

Oben: Gemeinsamer Protest von Trotzkisten, Devrimci Sol und Dev Genç in London; rechts: Protest in Paris. Unten: Protest in New York; unten rechts Spartakisten auf der Antiïa-Demo am 20. April in Berlin



Workers Vanguard



Spartakist

Jugendlichen algerischer Herkunft protestieren.

Eine türkische Regierung nach der anderen hat einen totalen Krieg gegen die kurdische Minderheit von über 15 Millionen entfacht. Mehr als 1,7 Millionen Kurden wurden in die Flucht gezwungen. Seit Jahrzehnten versucht das chauvinistische Regime in Ankara, jedes Zeichen von nationaler Existenz des kurdischen Volkes auszurotten, kurdische Musik und kurdische Sprache sind verboten; sogar das Bekenntnis, Kurde zu sein, wurde verboten. Während die türkische Regierung die verbotene PKK als „Terroristen*' verdammt, hat Ankara einen Terrorkrieg gegen das ganze kurdische Volk entfesselt.

Allein im letzten Jahr hat Ankara Berichten zufolge fast 12 Milliarden D-Mark für die mörderische Unterdrückung von Kurden im Südosten der Türkei ausgegeben. Ausgestattet mit deutschen Panzern und US-Phantom-Jets hat die türkische Armee 874 kurdische Dörfer zerstört, die Bevölkerung vertrieben und in Lagern eingekerkert. Die Kommunalwahlen im März fanden unter Militärrecht statt, das Hauptquartier der „legalen" prokurdischen Partei der Demokratie (DEP) wurde zerbombt und ihre sieben Parlamentsmitglieder verhaftet. 300 000 Soldaten wurden mobilgemacht, um das kurdische Gebiet zu terrorisieren.

Seit dem von den USA und der NATO geführten blutigen Golfkrieg 1991 hat die türkische Regierung ihren antikurdischen Terror auf die UN-Hungerlager für kurdische Flüchtlinge im Nordirak ausgeweitet. Und seit dem letzten Jahr haben die westeuropäischen NATO-Paten von Ankara diesen Krieg gegen die großen kurdischen Immigrantenbevölkerungen nach Westeuropa gebracht. Letzten November hat die Balladur-Regierung in Frankreich über

Fortgesetzt auf Seite 22

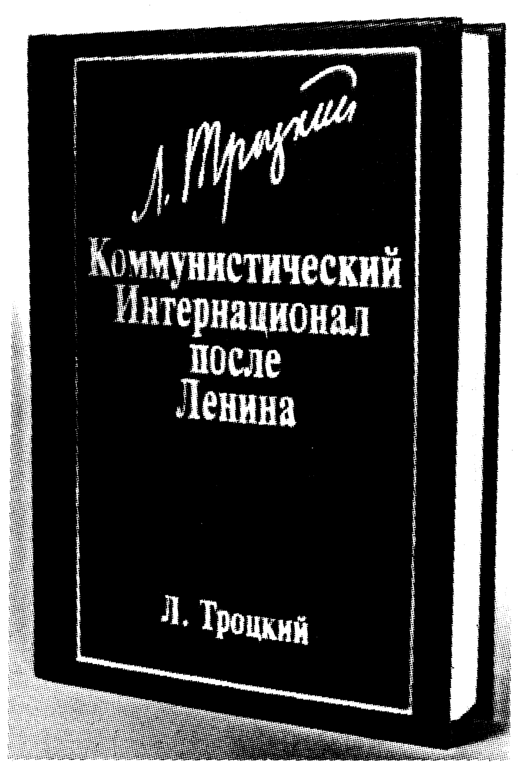
Wichtige Schriften von Trotzki zum ersten Mal auf Russisch erschienen

Prometheus Research Library Buch

Die Kommunistische Internationale nach Lenin

309 Seiten, gebunden

Die Prometheus Research Library freut sich, die russischsprachige Herausgabe von Leo Trotzkis *Die Kommunistische Internationale nach Lenin* bekanntzugeben. Dieses Buch ist vorher für russische Leser noch nie erhältlich gewesen. Dieser Band, in Moskau unter wesentlicher Mithilfe von Unterstützern der Internationalen Kommunistischen Liga herausgebracht, enthält die wichtigsten Gründungsdokumente des Welttrotzkismus. Der Kern des Buches, „Der Programmentwurf der Kommunistischen Internationale — Kritik der grundlegenden Thesen" und „Und nun?", geschrieben für den 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI), der 1928 in Moskau stattfand, hob den Kampf der Linken Opposition, der bis dahin auf die russische Partei beschränkt gewesen war, auf die Ebene der Internationale.



Dieser Kongreß folgte auf fünf Jahre bürokratischer Degenerierung der KI. Die verrotteten Früchte der stalinistischen Politik, genährt durch das giftige nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land", hatten drastisch bewiesen, wie recht Trotzki hatte mit seinem Kampf für die Wiederherstellung der Parteidemokratie und für eine Rückkehr zur Perspektive der Weltrevolution. Die Dokumente in diesem Buch lieferten den leninistischen Kommunisten die vernichtende Kritik der Opposition an der fürchterlichen Reihe von Desastern infolge des zentristischen Hin- und Herschwankens der KI — von der Unterordnung der chinesischen Kommunistischen Partei unter die kleinbürgerliche, nationalistische Kuomintang, was in der blutigen Niederschlagung der chinesischen Revolution endete, bis zur Umwandlung der britischen Kommunistischen Partei in ein linkes Anhängsel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung um die Zeit des Generalstreiks 1926.

Mit ihrer glänzenden Analyse stellen die „Kritik" und „Und nun?" ein Handbuch kommunistischer Strategie dar. Beide Dokumente wurden auf dem 6. Weltkongreß nur in sehr eingeschränktem Maße verteilt, in einer schlecht übersetzten und zensierten Version (zum Beispiel wurde der gesamte zweite Abschnitt der „Kritik" ausgelassen). Aber einigen der wichtigsten Kader, denen es gelang, sie zu lesen — so wie James P. Cannon und Maurice Spector, die zu den führenden Gründungskadern des Trotzkismus in Nordamerika wurden —, lieferten diese Dokumente beeindruckende politische Zuspitzung und Klarheit der revolutionären Ziele.

Nachdem diese unvollständigen englischen Übersetzungen aus der UdSSR geschmuggelt worden waren, wurden sie von den amerikanischen Trotzkisten 1929 veröffentlicht. Zum ersten Mal erlangten die ungefestigten Gruppierungen von Trotzkis Unterstützern in Europa und anderswo Zugang zu seiner scharfsinnigen Einschätzung der Politik in der Sowjetunion und international nach Lenins Tod. Die „Kritik" war entscheidend für die internationale Ausweitung der Linken Opposition über die Grenzen der Sowjetunion hinaus. Doch ihre unmittelbare Bedeutung ließ nach, und ihre Bedeutung nahm einen mehr historischen Charakter an, als Stalin Bucharin stürzte und die Komintern ihre Zick-Zack-Politik vollführte über die vorgeblich linken Idiotien der „Dritten Periode" bis hin zur voll entfalteten Klassenkollaboration der Volksfront, die 1935 zum Abschluß gebracht wurde.

1930 wurde eine vollständige französische Übersetzung dieser Schriften in einem Band veröffentlicht, der auch Trotzkis Artikel „Die chinesische Frage nach dem 6. Weltkongreß" und „Wer leitet heute die Kommunistische Internationale?" aus dem Jahre 1928 enthielt. Diese Ausgabe war die früheste, der Trotzki seine Billigung erteilte, wobei er sie zur „einzigen Ausgabe, für die ich vor den Lesern die Verantwortung trage", erklärte. Die definitive fremdsprachige Ausgabe der „Kritik" und von „Und nun?", die von John G. Wright (Joseph Vanzler) aus den vollständigen russischen Manuskripten ins Englische übersetzt und von Max Shachtman mit einem Vorwort herausgegeben worden ist, wurde 1936 in New York von Pioneer Publishers als *The Third International After Lenin* veröffentlicht. Sie ist immer noch als Nachdruck bei Pathfinder Press erhältlich.

Abgesehen von einer Einführung, die von der Prometheus Research Library geschrieben worden ist, sind der Inhalt und die Reihenfolge der neuen russischen Ausgabe identisch mit der französischen Ausgabe von 1930, einschließlich Trotzkis Vorwort. Die Artikel wurden anhand der getippten russischen Manuskripte überprüft, die im Besitz der Houghton Library der Harvard Universität sind. Wie wir in unserer Einführung zu dieser ersten russischen Ausgabe betonen:

> „Es ist unerläßlich, daß die politischen Erben des Proletariats, das die Oktoberrevolution gemacht hat, ihr wahres revolutionäres Geburtsrecht zurückverlangen. Wir präsentieren daher diese zentral wichtigen historischen Dokumente den Werktätigen der ehemaligen Sowjetunion."

Eine begrenzte Auflage ist verfügbar außerhalb der Ex-UdSSR

DM40,- (einschließlich Versand)

Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

Regierung taumelt unter Arbeiter/Studentenprotesten

Frankreich: Revolte schlägt Hungerlohn-Programm zurück

31. März — Über 50000 entschlossene und kämpferische Schüler und Studenten, denen sich große Kontingente aus der Provinz anschlössen, viele Blöcke von Jugendlichen aus den Einwanderer-Vororten und Gewerkschaftsblöcke, marschierten heute in Paris, um ihren Sieg über die französische Regierung zu feiern. Angesichts einer massiven Revolte hat der französische Premierminister Edouard Balladur heute seinen Plan fallengelassen, die Löhne für junge Leute drastisch

Gespenst des Mai 1968 sucht Bourgeoisie heim

zu kürzen. Mehr als drei Wochen voller Proteste, die nicht nachlassen wollten, zwangen ihn dazu, die Maßnahme zu „suspendieren". Tag für Tag sind Zehntausende und Hunderttausende Schüler und Studenten von Oberschulen, technischen Schulen und Universitäten zusammen mit jungen Arbeitern in ganz Frankreich auf die Straße gegangen. Für die Jugendlichen, die schon unter 25 Prozent Arbeitslosigkeit leiden, brachte der Plan, Löhne unterhalb der Armutsgrenze einzuführen, das Faß zum Überlaufen. Vor einer Woche verglich der Arbeitsminister diese Konfrontation mit der Schlacht von Verdun im Ersten Weltkrieg und versprach: „Sie werden nicht durchkommen." Aber indem die militanten Jugendlichen sich der brutalen Polizeiunterdrückung mutig entgegenstellten, haben sie die Regierungspositionen überrollt, so wie es die siegreichen Air-France-Arbeiter im letzten Herbst getan haben. Studenten haben verkündet, daß sie kampfbereit bleiben werden, bis der Erlaß endgültig zurückgenommen ist.



Reuter

„Niedriglohn für Jugendliche = ein Sarg für 3790 Francs" — Studenten zusammen mit Air-France-Arbeitern zeigten: wer kämpft, kann gewinnen

Dies ist mindestens das vierte Mal in den letzten fünf Monaten, daß die rechte Regierung angesichts von Massenprotesten zu einem Rückzieher gezwungen wurde. Nachdem Balladur im Oktober den Plan aufgeben mußte, Tausende von Arbeitern der staatlichen Fluggesellschaft zu entlassen, zog er im Januar ein Gesetz zur Unterstützung von Privatschulen zurück, kurz vor einer Großdemonstration in Paris mit mehr als einer Million Teilnehmern, und im Februar gab er wütenden Fischern nach. Die Regierung probiert weiterhin, ihr reaktionäres Programm durchzudrücken; sie versucht, Studentenführer zu gemeinsamen Beratungen zu überreden, um ein „neues System" von Jugendlöhnen durchzukriegen. Aber jetzt, wo das Regime taumelt, ist es Zeit für die Arbeiterklasse, die unterdrückten ethnischen Minderheiten und die Jugendlichen, gegen ihren gemeinsamen Feind hart zurückzuschlagen.

In den dreizehn Tagen seit der Veröffentlichung des nachstehend in Auszügen abgedruckten Artikels unserer Genossen der Ligue trotskyste de France hat sich die Protestbewegung der französischen Studenten und Arbeiter explosiv weiterentwickelt. Selbst in kleinen Städten gab es Demonstrationen mit Zehntausenden von Menschen. In der Hoffnung, die Bewegung abwürgen zu können, verstärkte die Regierung die Polizeirepression. In Oberschulen sind Warnungen der Polizei aufgehängt worden, in denen Demonstranten bis zu sieben Jahre Gefängnis angedroht wird. Allein in Paris gab es am Abend der Demonstration vom 25. März mehr als 300 Verhaftungen, und Dutzende Demonstranten sind noch an Ort und Stelle vom „Justiz"-System abgeurteilt worden.

Das Regime spielte auch die rassistische Karte aus, um in zynischer Weise die Demonstranten auseinanderzudividieren. In Lyon wurden zwei algerische Teenager, die während einer Demonstration verhaftet worden waren, sofort des Landes verwiesen. Als ein Richter entschied, daß sie ihrer Rechte beraubt worden waren, und anordnete, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um sie nach Frankreich zurückzubringen, erklärte der Präfekt arrogant, daß der Richter hier keine Befugnis habe. Aber dieses Manöver ging nach hinten los, als die Studenten bei ihren Demonstrationen wütend forderten: „Bringt unsere Genossen zurück!"

Es ist bezeichnend, daß die Studentenmobilisierungen größtenteils außerhalb der Kontrolle der reformistischen Massenparteien der Sozialisten und Kommunisten (PCF) stattgefunden haben. Aber die Stärke der Proteste hat die Führer der wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände zur Teilnahme gezwungen. Am 12. März folgten 100000 Menschen in Paris einem Aufruf der PCF-geführten CGT, und fünf Tage später gingen einige Zehntausende auf eine Demonstration der von den Sozialisten geführten CFDT, FO und FEN. Der erdrutschartige Sieg der konservativen Parteien bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr spiegelte die Tatsache wider, daß weite Kreise der Bevölkerung von 12 Jahren Arbeitslosigkeit und Austerität unter Mitterrands Volksfrontregierung angewidert waren. Aber dennoch ist

Fortgesetzt auf Seite 8

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 7

die Unterstützung der Bevölkerung für das Programm der augenblicklichen Rechtsregierung äußerst gering; sie mußte angesichts massiver Opposition jedesmal zurückstecken, wenn sie versuchte, ihre Plattform umzusetzen.

Jeder redet von einem „neuen '68". Das Bewußtsein der französischen Studenten unterscheidet sich heute merklich von dem, wie es 1968 war, als es unter der Jugend eine breite Radikalisierung gab, hauptsächlich infolge des Vietnamkriegs. Trotzdem sind die Illusionen über die Möglichkeit, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wichtige Veränderungen zu erreichen, stark zurückgegangen. „Wir haben keine Zukunft", sagte ein junger Demonstrant. Außer den trüben Aussichten, die die kapitalistische Gesellschaft ihnen zu bieten hat, bekommen die französischen Jugendlichen durch die Schlagstöcke der verhaßten Bereitschaftspolizei einige harte Lektionen im Klassenkampf erteilt. Aber dringend notwendig ist es, eine internationalistische Avantgardepartei zu schmieden, so wie es die Ligue trotskyste anstrebt, die die besten Kämpfer und die bewußtesten Elemente für den Kampf um die sozialistische Revolution gewinnen kann.

Wir drucken im folgenden eine gekürzte Übersetzung des Artikels aus *Le Bolchevik* Nr. 127 (März/April) ab.

Jugendliche und Arbeiter auf den Straßen gegen den Hungerlohn für Jugendliche

Für einen Mai '68, der bis zum Ende geht!

Für eine Arbeiterregierung!

18. März — Rund 300000 Menschen im ganzen Land brachten vor sechs Tagen ihre berechtigte Wut zum Ausdruck gegen den Regierungs-„Kontrakt zur beruflichen Eingliederung" (CIP), einen Tarif für Jugendliche unterhalb des Mindestlohns. Gestern gingen Hunderttausende von Demonstranten aus Protest gegen den Tarif für Jugendliche auf die Straße. Arbeiter, besonders aber junge Studenten und Schüler aus Universitäten und Oberschulen bildeten eindrucksvolle und kämpferische Kontingente ethnisch integrierter Vorstadt-Jugendlicher, darunter viele junge Frauen der „zweiten Generation" (geboren in Frankreich als Kinder eingewanderter Eltern, zumeist aus Nordafrika). „Der Mindestlohn ist nichts. Weniger als der Mindestlohn ist weniger als nichts!", rief ein Block bei der Demonstration am 12. März in Paris. Die Regierung behauptet, daß der CIP dafür sorgen wird, daß die Jugendlichen eine Ausbildung bekommen — „Ausbildung" für Superausbeutung! Aber die augenblickliche Revolte, die sich gegen mehr als nur diese reaktionäre Maßnahme richtet, drückt die Wut der Jugendlichen aus gegen diese kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Superausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung.

Seit ihrem Rückzug im letzten Herbst, als der Streik der Air-France-Arbeiter sich auszuweiten drohte, hat sich die Regierung vom Rückzug zum „Kompromiß" bewegt, vom Schlag ins Qesicht zur Erniedrigung. Die destabilisierte Regierung hat ihre brutale Politik gegen Immigranten verschärft, wobei sie sich auf den rassistischen Konsens aller politischen Parteien, einschließlich der PCF und der PS, stützen kann. Und sie hat ihre rassistischen Provokationen verstärkt. Eines der letzten Beispiele ist die vielfach veröffentlichte Ankündigung von „noch nie dagewesener" Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Innenministerium im Kampf gegen Drogenabhängigkeit und AIDS. Mit anderen Worten, Drogenbenutzer und Menschen mit AIDS werden der Polizeiunterdrückung ausgeliefert!

Die reformistischen PS- und PCF-Führer behaupten, sie hätten den Jugendlichen und Arbeitern eine Alternative zur reaktionären Politik der Rechten anzubieten. Aber es ist noch nicht so lange her, daß sie in der Regierung saßen, und auch unter ihrer Führung ist die Arbeitslosenrate immer nur gestiegen. Wie der sozialistische Premierminister Laurent Fabius 1986 zugab, bestand die Rolle der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung darin, für die Kapitalisten die „Drecksarbeit" zu machen.

Zur gleichen Zeit sind mehrere Ghetto-Viertel, in denen Armut und rassistischer Terror herrschen, in Aufruhr. *Libération* (16. März) zitiert Malek, einen Studenten einer Fachschule für Technik, der in einem dieser Vorstadtviertel lebt: „Sie haben von Integration geredet, aber als es eine Klassenreise nach England gab, konnten wir nicht mit. Keine Visa. Die einzige Möglichkeit für uns war der Erfolg in der Schule. Aber selbst das haben sie uns genommen." Die Bourgeoisie sieht sich wieder vom Gespenst von '68 bedroht, einer machtvollen Explosion des Klassenkampfs, bei der Arbeiter und Jugendliche gemeinsam kämpfen, besonders die Kinder von afrikanischen und nordafrikanischen Immigranten, die durch diese kapitalistische rassistische Gesellschaft brutal unterdrückt werden.

Der augenblickliche Hausherr des Matignon [Sitz des Premierministers], der übrigens während der vorrevolutionären Situation im Mai 1968 ein Berater von Premierminister Pompidou war, hat jetzt Alpträume von einem neuen Mai '68, aber zur gleichen Zeit scheint er sein bestes zu geben, um eine Allianz zwischen Arbeitern und Jugendlichen zu provozieren. Zur gleichen Zeit, in der er mit seinem Tarif für Jugendliche unter dem Mindestlohn herauskam, verkündete er für Air France einen neuen „Umstrukturierungsplan" mit mehr als 5000 Entlassungen — der vorherige Plan, hastig zurückgezogen angesichts der Militanz der Streikenden, hatte „nur" 4000 Entlassungen vorgesehen.

Balladur und Innenminister Pasqua versuchen, auf einer offen *rassistischen* Basis Arbeiter und Studenten gegeneinander auszuspielen — und die Jugend zu spalten —, indem sie die multi-ethnische Jugend der Vorstädte als einen Haufen von „Randalierern" darstellen. Pasqua fordert ein neues „Anti-Randalierer"-Gesetz, das heißt, eine Notstandsmaßnahme zur Bestrafung des „Verbrechens" der Teilnahme an einer „gewalttätigen" Demonstration. Und er hat seine Bullen gegen junge Demonstranten genauso brutal losgehetzt wie 1986, als seine Bullen die Studenten zusammenschlugen, die gegen das Loi Devaquet [Gesetz zur Einschränkung des Hochschulzugangs] kämpften; dabei wurde Malik Oussékine umgebracht. Nach den gestrigen Polizeiprovokationen wurden mehrere Dutzend Studenten verhaftet. Die Arbeiterbewegung muß in Aktion treten und ihre Freilassung sowie die Niederschlagung der Anklagen fordern.

Die Regierung hat sich Mühe gegeben, nicht bekanntzugeben, wieviele Arbeitsplätze ihr „CIP" angeblich schaffen soll. Aus gutem Grund! Heute befindet sich die kapitalistische Welt in der schlimmsten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Die verschiedenen imperialistischen Bourgeoisien sind in einen gnadenlosen Handelskrieg zur Neuaufteilung der Märkte und Einflußsphären verwickelt, ein Krieg, der durch die Siege der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und in der UdSSR noch verschärft wird. Um mit ihren Rivalen in der „Europäischen Union" und mit den Amerikanern und Japanern „wettbewerbsfähig" zu bleiben, müssen die westeuropäischen Kapitalisten massiv die Löhne kürzen und die Überbleibsel des „Sozialstaats" abschaffen, der während des Kalten Kriegs eingeführt worden war, um die Arbeiter von

Fortgesetzt auf Seite 21

Volksfront der Linken bereitet Faschisten den Weg

Finsterer Sieg der Rechten bei den Wahlen in Italien

MAILAND - Bei den Wahlen vom 27./2S. März stimmte Italien für die rechteste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Der „Pol der Freiheit" — ein Wahlblock, der vom Medienzaren (und Mitglied der finsteren „Freimaurerloge" P2) Silvio Berlusconi zusammengeschustert wurde — gewann 42 Prozent der Stimmen, die ihm unter dem neuen Wahlsystem eine absolute Mehrheit der Sitze gaben. Berlusconis Verbündete — die rassistischen Populisten der Lega Nord von Umberto Bossi und die „Neo"faschisten der MSI, zur „Nationalen Allianz" umbenannt unter der Führung von Gianfranco Fini — streiten sich zur Zeit um die Beute und vertreten eine ganz unterschiedliche Politik: Föderalismus kontra einheitliche Präsidialrepublik. Doch was sie alle der italienischen Arbeiterklasse verheißen, sind Massenentlassungen, die Demontage des „Sozialstaats" und die Aushöhlung der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Drang der Bourgeoisie nach einem „starken Staat".



Spartakist

Mailand 1993, Protest gegen Privatisierung der Schulen. Obszöne rot-braune Koalition: links das Banner des Schülerkollektivs, rechts: Banner der Faschisten

Die antidemokratische Wahlreform war dazu gedacht, den Drehtür-Kabinetten und ewigen Parlaments„krisen" ein Ende zu setzen, die Italien 52 Regierungen seit 1945 beschert haben. Eine „starke Regierung" sollte auch die wuchernde Korruption einschränken, die der Grundstein der Herrschaft der Democrazia Cristiana (DC) war, die das Land seit fast einem halben Jahrhundert regierte, in letzter Zeit als Vier-Parteien- und dann Fünf-Parteien-Koalition verkleidet. Ob diese Wahl eine „Zweite Republik" einleitet oder nur als deren Vorstufe dient, es kreisen bereits lauernd finstere Möchtegern-Bonapartisten wie der frühere Staatspräsident Cossiga. Als die Wahlergebnisse verkündet wurden, brachen MSI-Schwarzhemden und Skinheads über die Piazza Venezia herein, wo II Duce seine Tiraden zu halten pflegte, um mit dem Hitler-Gruß den Sieg zu feiern. Alessandra Mussolini (seine Enkelin) wurde zur Abgeordneten von Neapel gewählt, und zum ersten Mal seit dem Sturz von Mussolini können faschistische Minister in der Regierung sitzen.

Der Sieg der Rechten war gleichzeitig die schwere Niederlage der Volksfront-Linken, der „Progressisten", unter der Führung von Achille Occhettos Partei der Demokratischen Linken (PDS), der sozialdemokratischen Reinkarnation der Kommunistischen Partei (PCI). Im Schlepptau hinter der PDS war Rifondazione Comunista (RC), die eurostalinistische Rumpfpartei, die sich weigerte, zugunsten des Symbols der Eiche Hammer und Sichel abzuschwören, aber die reformistische Politik der PDS fortsetzt. Die 33 Prozent der Stimmen für die „Progressisten" — einschließlich der Grünen und des Anti-Mafia-„Rete" (Netzwerks) — waren zwar mehr als bei den letzten Parlamentswahlen (1992), aber deutlich weniger als bei den Kommunalwahlen im letzten Dezember, als die Kandidaten der Volksfront in Rom, Neapel, Mailand und anderen Großstädten den Bürgermeister stellten.

Der offenkundige Bankrott dès lange an der Regierung gewesenen Regimes der Christdemokraten (ungefähr ein Drittel der aus dem Amt scheidenden Abgeordneten muß mit einem Strafverfahren wegen Korruption rechnen) zeigte eine Krise des bürgerlichen *Regierens.* Mit dem Zerfall der DC und ihrer Verbündeten, vor allem Bettino Craxis Sozialisten (PSI), ohne eine Partei, die direkt die Großbourgeoisie vertritt, erlebten sowohl die von der PDS geführte parlamentarische „Linke" als auch die faschistische MSI, wie ihr Wahlergebnis im Dezember in die Höhe schnellte. Occhetto & Co. präsentierten sich als die Garanten der Stabilität und erwarteten, man würde sie endlich zum Regieren rufen. Der PDS-Führer ging nach London, um seine Kreditwürdigkeit bei den Finanzleuten der City zu etablieren, dann weiter nach Brüssel, um der NATO Treue zu schwören; er bekam das Okay des amerikanischen Botschafters, den Segen des Papstes und die Unterstützung oder stillschweigende Anerkennung durch die Schlüsselsektoren des italienischen Kapitalismus.

Und doch haben die „Progressisten" klar verloren. Warum? Berlusconi und seine Verbündeten gewannen die Wahl zum Teil dadurch, daß sie eine Hysterie über die „rote Gefahr" hochpeitschten und die antikommunistischen Stimmen einfingen, die in der Vergangenheit an die Christdemokraten und ihre Satelliten gingen. Doch sein Wahlinstrument „Forza Italia" (Los, Italien!) zog auch Protestwähler von Tausenden von Arbeitern, Arbeitslosen und des ruinierten Kleinbürgertums an, die an Berlusconis Märchen glaubten, „eine Million neuer Arbeitsplätze" schaffen zu können. Im Gegensatz dazu schwor die von der PDS geführte Volksfront, die Angelegenheiten der Bourgeoisie „verantwortlich" zu regeln und versprach daher, die brutale

Fortgesetzt auf Seite 10

Italien...

Fortsetzung von Seite 9

arbeiterfeindliche Kahlschlagpolitik der Ciampi-Regierung fortzusetzen. Außerdem erschreckte RC-Führer Bertinotti die Mittelklasse, nicht mit dem Gespenst einer roten Revolution, sondern mit der Drohung, Schatzbriefe mit variablem Zins zu besteuern, den Schutz des Kleinbürgertums vor der Inflation!

Da die PDS/RC niemandem etwas anzubieten hatte, außer dem Großkapital, und den Arbeitern „Blut, Schweiß und Tränen" versprach, *verlor* sie tatsächlich, als ihr großer Augenblick gekommen war, an Unterstützung bei den Arbeitern. Teile der Arbeiterklasse in wichtigen industriellen Ballungszentren im Norden stimmten aus Enttäuschung über das, was sie für „ihre" Parteien hielten, für Forza Italia oder die Rassisten von Bossis Lega Nord. In Sesto San Giovanni (bekannt als das „Stalingrad Italiens"), im Bezirk Mirafiori in Turin (wo das Hauptwerk von Fiat ist), in Arese nördlich von Mailand (Heimat von Alfa Romeo) usw. sind die PDS, RC und die" Gewerkschaftsbürokratie verantwortlich für diesen Umschwung von Teilen der Arbeiter hin zu den Rassisten und Reaktionären. RC verlor über die Hälfte der Stimmen, die sie in den Industriegebieten bei den Kommunalwahlen im Dezember gewonnen hatte.

In einem Flugblatt, das am Vorabend der März-Wahl herausgegeben wurde, riefen unsere Genossen von der Lega trotskista d'Italia (LTd'I) dazu auf: „Keine Stimme für die bürgerliche Volksfront! Baut eine bolschewistische Partei auf!", und warnten: „Die ‚Progressisten' wollen Öie kapitalistische Kahlschlagpolitik verschärfen." In der Stellungnahme wurde ausgeführt:

> „Mit dem Begräbnis der ‚Republik der Korrupten' schlägt jetzt die Stunde der Zweiten Republik der .sauberen Hände'. Aber die Wahl zwischen links und rechts ist eine Wahl zwischen *bürgerlichen* Alternativen, die *beide* ein Feind der Arbeiter und Unterdrückten sind... Diese *Volksfront* der Klassenzusammenarbeit zwischen Bossen und reformistischen Arbeiterparteien wird die Faschisten nicht aufhalten, und sie wird das rassistische Regime des Kahlschlags aufrechterhalten, das für das Pack in Schwarzhemden den Nährboden liefert und die Arbeiterklasse demoralisiert. Außerdem kettet sie das Proletariat an seine Klassenfeinde, denn sie stellt bürgerliche Elemente als Kandidaten auf wie die früheren Vizepräsidenten von Olivetti und dem Bund der Industrie, und sie genießt die Unterstützung von Benetton und die Sympathie von Fiat-Boss Agnelli und der Börse. Bei der Polarisierung des Landes, die sich auf die Straße überträgt, bei der kapitalistischen Offensive und dem Anstieg rassistischer Angriffe ist es dringend erforderlich, eine revolutionäre Führung aufzubauen, die harten Klassenkampf führt. Bei den Wahlen am 27./2S. März ist die Lega trotskista gegen jede Stimme für die Volksfront oder irgendeine Partei darin, einschließlich Rifondazione Comunista."

Nach den Wahlen sagen wir den Arbeitern noch einmal, daß das, was letztlich entscheidend ist, nicht bürgerliche Wahlen und parlamentarische Verschiebungen sind, sondern der Klassenkampf. Eine machtvolle Antwort der Arbeiterklasse ist notwendig, angefangen mit defensiven Kämpfen, um die brutalen Angriffe des rechten Flügels zurückzuschlagen. Und entscheidend dafür, diese Kämpfe gewinnen zu können, ist der Bruch mit den klassenkollaborationistischen Reformisten, die dem Kapital verpflichtet sind, die Errungenschaften der Arbeiter zerstört haben wie die Scala mobile (Lohnanpassung an die Inflation, durchgesetzt 1946) und die sich einer Mobilisierung gegen faschistischen/rassistischen Terror in den Weg stellen. Wir streben danach, eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, die nicht für Ministersessel kämpft, sondern für die Macht der Arbeiterklasse.

Das „Neue italienische Wunder": Blut, Schweiß und Tränen für die Arbeiter

Der Wahlsieg der Rechten ist nicht nur das Ergebnis des Niedergangs des alten Establishments, das durch den Tangentopoli-Skandal (Stadt der Schmiergelder) weggefegt wurde, sondern auch die Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Statt eine „Neue Weltordnung" herbeizuführen, hat die Restauration des Kapitalismus Chaos und soziale Verzweiflung erzeugt, mit zunehmenden rassistischen Angriffen und faschistischen Pogromen gegen eingewanderte Arbeiter, Sinti, Roma und Juden sowie brudermörderischen nationalistischen Kriegen. Im Westen sind die europäischen Bourgeoisien nicht mehr besorgt über die „kommunistische Bedrohung" und halten es daher nicht mehr für notwendig, Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Angesichts der schärfsten Wirtschaftskrise seit 1929 kreischen die Kapitalisten, daß ihre Profite die Kosten des „Sozialstaats" nicht mehr tragen können, der überall in Europa unter Beschüß steht.

Statt dessen sind die heutigen Schlagwörter „Privatisierung" und „freie Marktwirtschaft" — Codewörter dafür, den Bossen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Profite durch unbeschränkte Ausbeutung zu erhöhen. Das neue „italienische Wunder" des Fininvest-Magnaten Berlusconi heißt einfach: die Freiheit, Massenentlassungen durchzuführen, auf die Gewerkschaften einzuschlagen, die Steuern auf Profite zu senken, staatliche Industriezweige zu plündern (teilweise um die riesigen Schulden von Fininvest zu bezahlen, die *3,7 Milliarden D-Mark* übersteigen) und die Renten wie das öffentliche Gesundheitssystem zu zerstören, um zur privaten Gesundheitsversorgung zurückzukehren. Tatsächlich ist der Sieg der Rechten ein Vorbote für eine schroffe Rückkehr zu den 50er Jahren, als es ausreichte, ein Mitglied des von den Kommunisten geführten CGIL-Gewerkschaftsbundes zu sein, um aus der Fabrik gefeuert zu werden. Der Führer der Lega Nord, Bossi, spricht von Lohn-„Obergrenzen" und hat zusammen mit dem früheren Liberalen Pannella eine Volksabstimmung gestartet, um die Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen, für Hunderttausende entlassener Arbeiter die einzige Möglichkeit zu überleben.

Die Arbeitslosigkeit in Europa überschreitet bereits die *20-Millionen-Marke* (es gibt offiziell mehr als 3 Millionen Arbeitslose in Italien). Um ihr Programm von „Blut,

Fortgesetzt auf Seite 15

Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner

Ein ekelerregender „Modetrend" hat in letzter Zeit die Linke des wiedervereinigten Deutschlands erfaßt: Angebliche Linke reden mit Faschisten. Zu diesem Zweck werden die Nazis als „Rechte" beschönigt, brandmordende Banden werden als „irregeleitete Jugendliche" dargestellt. Vom SPD-Vordenker Peter Glotz bis zu Cohn-Bendit, Claus Leggewie und den Grünen Wolfgang Templin und Wolfgang Kowalsky, die im Naziblatt *Junge Freiheit* Interviews veröffentlichen, beteiligt sich eine ganze Schicht von linken und liberalen Intellektuellen an dieser ungeheuerlichen Kampagne.

Bei den „Gesprächen" mit Nazi-Mördern spielte die PDS eine Vorreiterrolle, als sie die Seiten des *Neuen Deutschland* dem SS-Schönhuber öffnete und dann ihre berüchtigte Dresdner Parteiführerin Christine Ostrowski Geheimgespräche mit dem Nazi-Führer Meyer führte. Letztes Jahr führte dies zu einiger Aufregung innerhalb der PDS, die durch Ostrowskis Suche nach „Übereinstimmung bei sozialen Forderungen" mit der Nationalen Offensive doch etwas in Verlegenheit kam. Aber inzwischen ist Ostrowski wieder ganz oben auf den PDS-Listen, und der PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Johannes Scheringer, schreibt ebenfalls in der *Jungen Freiheit.* In der „Denkzettel"-Rubrik von *ND* erscheinen regelmäßig offene Nazi-Aufrufe.

Andrej Hermlin beschrieb in der Form einer Fabel im *ND* (16. April) diese Welle von „Gesprächen" mit Völkermördern:

> „Es begegnen sich Schlange und Kaninchen. Was geschieht? Das Kaninchen führt einen längeren Diskurs mit der Schlange, worauf diese die ganze Verderbtheit ihrer Absichten erkennt und in tiefer Reue von dannen schleicht. Eine seltsame Fabel? Gewiß, aber in unseren deutschen Landen geschieht ohnehin so manche Merkwürdigkeit."

Die Faschisten sind Mörderbanden, die man genau wie Hitlers Sturmtruppen nicht „überzeugen" oder „verbieten" kann — sie müssen zerschlagen werden! Alles andere ist eine selbstmörderische Illusion und eine direkte Bedrohung für alle geplanten Opfer der Faschisten. Bei dieser kahlgeschorenen Hitler-Jugend gibt es nichts „Neo", sie haben das gleiche Völkermord-Programm. Die Spartakist-Arbeiterpartei sagt: Über Völkermord kann man nicht diskutieren! Diese Banden sind *die paramilitärischen Schocktruppen,* die jetzt von den Herrschern benutzt werden, um ein gesellschaftliches Klima gegen Immigranten zu schaffen.

Die Nazi-Diskutierer haben sich nicht nur de facto auf eine gemeinsame Plattform mit den Nazis gestellt, sondern sich auch politisch an sie angenähert. *Die Grundlage dafür ist der großdeutsche Nationalismus des Vierten Reichs,* der von SPD-Ideologen wie Tilmann Fichter und Wolfgang Templin offen propagiert wird, die über ein „Defizit der Linken" bei der nationalen Frage klagen. Die SpAD kämpft dafür, die organisierte Kraft der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um die Faschisten zu stoppen.

Während Intellektuelle vom Schreibtisch aus mit „Rechtsradikalen" diskutieren, wollen Teile der PDS und Gruppen wie SAG, Voran/JRE und die Edelweißpiraten direkt mit „jungen" Nazis reden, die sie als „nette Jungs" darstellen. Damit kopieren sie genau die Argumentation der Anwälte der Nazis in Solingen, die den grauenvollen Brandmord ihrer Klienten beschönigen wollen. Wenn es nur irgendeinen Unterschied zu den „Schreibtischmördern" gibt, dann den, daß es besonders gefährlich und potentiell selbstmörderisch ist, Gespräche mit diesen aktiven Schlägerbanden zu führen.

Für die JRE aber „sind jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren" (*Voran* Nr. 157, Dezember/Januar). In Mönchengladbach ging dieses „Verständnis" für Faschisten sogar so weit, daß die JRE einen angeblich „ehemaligen" Nazi in ihren Sprecherrat wählte, der sich mit Typen in Bomberjacken und Springerstiefeln umgibt. Die JRE-Führung will sich mit „outing" und anderen Spielchen an Nazis heranmachen, aber diese sind eine tödliche Gefahr für Juden, Immigranten, Linke, Schwule und die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich der JRE!

Die angeblich linken Kritiker der JRE von der Gruppe Spartakus reden davon, eine „scharfe Trennungslinie" zu Nazis zu ziehen. Aber als der Vorläufer dieser Gruppe sich Anfang der 80er Jahre gründete, weil sie die trotzkistische Position der Verteidigung der Arbeiterstaaten nicht mehr ertragen konnten, ließen sie ihr Gründungsdokument von einem Nazi-Punk namens Ulrich Sandhaus schreiben.

Die GS beschönigt den bürgerlichen Staat mit der Behauptung, daß der Staat „nur taktische Differenzen gegenüber den Faschisten hat". Nein! Es ist nicht eine Frage von Taktik oder Strategie — *die Faschisten sind die Schocktruppen der herrschenden bürgerlichen Klasse,* ihr Terror zielt im Moment in erster Linie auf Minderheiten und letztlich auf die gesamte organisierte Arbeiterbewegung. Sie werden in Reserve gehalten, bis sie gebraucht werden, um die aufständische Arbeiterklasse zu zerschlagen. Deshalb schützen die Bullen die Faschisten, vom Pakt zwischen Polizei und Nazis in Rostock bis zur F AP- Versammlung Mitte April in Berlin. Deshalb wird auch die Freie Polizei-Reserve in Berlin von Nazis unterwandert, und die Hauptbasis der Republikaner sind die Bullen.

Wir Spartakisten haben auf Arbeiterdemonstrationen in Hennigsdorf und Leipzig dafür gekämpft, auftauchende Nazis zu vertreiben, die eine Gefahr für alle Anwesenden waren. Als wir bei der Berliner Antifa-Gençlik-Demo am 20. April ein Plakat trugen „Rostock, Mölln, Solingen, Lübeck: Nazis/Skins sind Mörderbanden", wurden wir von Skinheads und sozialdemokratischen Sozialarbeitern dafür angegriffen! Wir haben lange vor dem Milieu des jugendlichen Lumpenproletariats gewarnt, wo der Übergang zu rassistischen Skinheads fließend ist, die unter „Oi"-Rufen Immigranten zusammenschlagen. Wie wir in *Spartakist* Nr. 51 (Oktober 1984) schrieben:

> „Hier entwickeln sich faschistische Elemente und werden durch und für .direkte Aktion' — d. h. Terror — rekrutiert. Die .Links-rechts-Differenzierung' im Skinhead-Punk-Milieu ist in Wirklichkeit ein Mythos. Der Unterschied besteht nur darin, ob bestimmte Punks *noch* auf linken Demonstrationen auftauchen, oder ob sie, wie am 28. April in Gummersbach, Überlebende der Konzentrationslager des 3. Reichs halbtot prügeln."

Wenn ein Beweis für die gefährlichen Auswirkungen des Konzepts, mit Nazis zu reden, notwendig ist, zeigte dies der Angriff von Skinheads auf die Dresdner Ausländerbeauftragte Marita Schieferdecker-Adolph. Nach der Rückkehr von einer aus Steuergeldern finanzierten Israel-Reise (Millionen

Fortgesetzt auf Seite 18

Junge Spartakisten

Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen Faschismus

Wir drucken hier den zweiten Teil einer leicht überarbeiteten Rede des Genossen Al Nelson über die politische Bedeutung der Arbeiter/ Schwarzen-Mobilisierung gegen den Ku Klux Klan am 16. Januar, dem Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertages', in Springfield ab, die er bei einer Sitzung der Mitgliedschaft der Spartacist League/U.S, und des Spartacist Youth Club in der Bay Area von San Francisco und Oakland gehalten hat. Der erste Teil der Rede ist in der vorigen Ausgabe des Spartakist *abgedruckt.*

Teil zwei von zwei

Wenn unsere Mobilisierung die Arbeiter einiges über den Klassencharakter und die Rolle des Staates gelehrt hat und ihr Bewußtsein über die Rolle der Führung und Organisation und der Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse geschärft hat, wife schneidet in dieser Hinsicht die Revolutionary Workers League (RWL) ab — zusammen mit Progressive Labor (PL) und der International Socialist Organisation (ISO)? Die RWL hatte für diese Mobilisierung nur Verachtung übrig, *gerade weil* diese sich hauptsächlich auf die Arbeiterbewegung stützte. Diese Leute sind im Grunde kleinbürgerliche Radikale mit einem hauchdünnen Anstrich von Trotzkismus. Im wesentlichen personifizieren sie Lenins Bemerkung, daß die Quelle von allem Opportunismus eine Unterschätzung der revolutionären Fähigkeit der Arbeiterklasse ist. Die alte Neue Linke war wegen ihrer überwiegend kleinbürgerlichen sozialen Zusammensetzung feindlich gegen die Arbeiterklasse eingestellt. Die „Gründer-Führer" der RWL brachten diese grundlegend klassenfremde Abneigung und Weltanschauung mit sich, was auch ihre groteske arbeiterfeindliche Verteidigung von Streikbruch erklärt. Sie leben in einer Welt wie aus „Alice im Wunderland", wo BATF und FBI den „Faschismus" in Waco bekämpfen.

Übrigens, bei der Demonstration in Springfield gab es etwas, das die Überschneidung von Klassengegensätzen und Rassismus mit der sozialen Realität und die verschiedenen Reaktionen darauf veranschaulichte. Zu Beginn der Demonstration haben wir sehr ernsthaft auf die Gefahr hingewiesen, die sich aus den vom Staat erteilten Auflagen ergab, und zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. Als der Klan auf den Stufen der Osttreppe auftauchte, eilten etwa 200 unserer Demonstranten rüber zu der Gegend direkt gegenüber dem Klan an der Straßenkreuzung Second Street und Capitol, wo es eine Ansammlung unterschiedlicher Leute gab — wie sich herausstellte RWL, PL, ISO, Klan-Unterstützer, die gekommen waren, um die Reden des Klan zu hören, und Zivilbullen sowie eine Menge uniformierter Polizei. Diejenigen, die sich dorthin absetzten, waren hauptsächlich Jugendliche und Weiße. Diejenigen, die in unserem Umkreis blieben, wo wir die Gewerkschaftsordner hatten, waren überwiegend Schwarze und Gewerkschafter. Sie hatten ein besseres Verständnis von der sozialen Realität und kannten besser die Gefahr, die die Situation für sie darstellte. Schwarze Studenten, die wir in Albany, New York, trafen, hatten eine ähnliche Reaktion auf die Konfrontation mit dem Klan in Auburn, New York, im letzten Herbst. Sie sagten uns, sie seien froh darüber, daß der KKK verjagt wurde, sie wüßten aber auch, daß die Bullen nicht so nachsichtig wären gegenüber irgendwelchen schwarzen Jugendlichen, die einige der gleichen Spielchen treiben würden, mit denen einige RWLer und weiße College-Schüler davongekommen sind.

Ohne eine proletarische revolutionäre Perspektive ist Politik für die RWL nur ein Spiel von persönlicher Konfrontation, mit den Bullen oder mit dem Klan, bei dem eines Tages jemand schwer verletzt werden wird. Für sie ist der Kampf um die Führung der Arbeiterklasse bedeutungslos. Obwohl diese Demonstration ihr Ziel nur teilweise erreichte, da sie vom Staat reglementiert und herumdirigiert wurde, so bot die respekteinflößende Zusammensetzung und der disziplinierte Charakter unserer Demonstration auch der RWL einen gewissen Schutz. Es hätte verdammt viel mehr Verhaftungen gegeben, wenn wir dort nicht so stark präsent gewesen wären.

Über Völkermord kann man nicht diskutieren!

Ich bin gebeten worden, den Punkt „Kein Rederecht für Faschisten" anzusprechen. Diese besondere Formulierung oder Forderung stellt die Frage falsch. Bei diesen Auftritten des Klan geht es nicht um das Rederecht. Der Klan (oder die Nazis) ist keine rechtsgerichtete politische Organisation wie zum Beispiel die John Birch Society, die konservative politische Ansichten hat und diese in Schriften oder öffentlichen Reden propagiert und deren Recht auf freie Meinungsäußerung wir unter gewissen Umständen verteidigen könnten, wenn es um ein Prinzip geht. Der Klan ist eine paramilitärische *Aktions-Gruppe,* deren öffentliche Versammlungen dazu benutzt werden, zu rassistischer Gewalt aufzuhetzen und Mitglieder zu rekrutieren.

In dieser Periode greift der Staat ständig ein, um den Klan oder die Nazis zu schützen und gleichzeitig das angebliche Rede- und Versammlungsrecht von Demonstranten gegen den Klan zu unterdrücken. Die Liberalen beugen sich dem äußeren Drum und Dran der bürgerlichen Demokratie, die Sozialdemokraten und Reformisten kapitulieren vor den Liberalen, und die Zentristen laufen den Reformisten hinterher. So haben bei den meisten, wenn nicht allen unserer Mobilisierungen, deren Ziel es ist, den Klan zu stoppen, die Liberalen, typischerweise die Bürgermeister und die Kirchen, gesagt: „Ignoriert den Klan und geht nicht hin", während die Zentristen und Volksfronttypen, wie die Marcyisten (Workers World Party), explizit oder de facto die Position „Verbietet den Klan" haben — und normalerweise zur Ablenkung eine Demonstration in einiger Entfernung vom Ort des Klan-Aufmarsches abhalten. Die Socialist Workers Party hat in den letzten Jahren diese Position obszön auf die Spitze getrieben und öffentliche — sogenannte — „Debatten" mit Klan-Männern oder Nazis durchgeführt, um dem bürgerlichen Staat zu demonstrieren, daß sie völlig zahnlose und absolut dumme „friedlich-legale" Sozialisten sind.

Eine neue politische Periode

Was den militärischen Aspekt dieser Mobilisierungen angeht, so waren sie in Wirklichkeit recht unterschiedlich.

Revolutionäres Bewußtsein ist der Schlüssel




Workers Vanguard



Workers Vanguard



Spartakist

Arbeitermobilisierungen gegen Nazis und KKK. Antiklan-Demos, oben links: Springfield, Januar 1994; Detroit, November 1979. Links: Demo gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, Januar 1990

Die politische Wirkung kann zwar wichtiger sein als der militärische Aspekt, dennoch, wenn man es militärisch verpatzt, könnte dies die politische Wirkung beeinflussen und verringern. In Detroit [1979] ließ sich der Klan überhaupt nicht blicken; in San Francisco [1980] ließen sie sich auch nicht blicken. In Philadelphia [1988] machten sie sich aus dem Staub, und dann versuchten einige Skinheads, durch unsere Kette zu kommen, und hatten Glück, daß sie noch davonkamen, weil die Bullen da waren. In Washington [1982] tauchten sehr wenige von den versprochenen 30 auf und zitterten buchstäblich nur — man konnte sie in der Wochenschau richtig schlottern sehen, ihre Klan-Klamotten hatten sie in einer braunen Papiertüte, und sie wurden weggeleitet. In Ann Arbor [1982] tauchten sie an einer anderen Stelle auf und wurden von den Demonstranten, die sie durch die Straßen jagten, aus der Gegend vertrieben. In Chicago [1982] waren die Nazis auf der anderen Seite eines Maschendrahtzaunes als wir. Dennoch konnte man sie nicht hören, weil wir sie einfach übertönten, 3000 gegen ihre 30. In Atlanta [1989] marschierte der Klan unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots, dessen Vorhut die Sonderkommandos aus den Staatsgefängnissen waren, deren Job es ist, Aufstände niederzuschlagen — wirklich knallharte psychotische Killer; das sind die Typen, die einfach hingehen, um Leute zusammenzuschlagen und zu töten.

In Washington, D.C. lief es wirklich toll: Wir stoppten den Klan. Diese Typen *wagten* es nicht, den kleinen Hügel runterzulaufen, um mit ihrem Marsch anzufangen; es gab 5000 Menschen, die auf sie warteten. Aber worin sich Springfield von Washington und diesen 5000 unterschied — was wir als eine klassische Massenaktion charakterisierten, bei der die Avantgardepartei und die gewerkschaftlich organisierten und schwarzen Massen zusammenkommen —, war eine andere politische Periode mit einer anderen Polarisierung. Damals war Reagan im Amt; man sah es als bezeichnend für die republikanische Reagan-Regierung an, daß dem Klan die Erlaubnis zum Aufmarsch gegeben wurde, so wie 1925, als 45000 Kapuzenmänner vom Capitol zum Weißen Haus zogen. Übrigens sollte die Klan-Demo gegen die Immigration sein, und Washington ist zu 80 Prozent schwarz, und das war ein wichtiger Faktor.

Ein paar Genossen haben gesagt, daß es in Washington und anderen Orten für die Mobilisierung Unterstützungen auf dem „Papier" gegeben habe. Ja und nein. In den meisten Fällen bedeuteten diese Unterstützungen nicht, daß die Gewerkschaftsführer aktiv versucht hätten, ihre Mitglieder auf die Straße zu bringen. Aber sie gaben doch ein offizielles „okay", daß es in Ordnung war, dort hinzugehen. Gewerkschaftsmitglieder behandeln ihre Gewerkschaft mit einem gewissen Respekt — nicht wegen der engstirnigen Bürokraten, die das Sagen haben, sondern weil das die Organisation ist, deren Mitglied sie sind. Wenn die Bürokraten „nein" sagen, dann muß schon etwas mehr dahinter stehen, damit man sagt: „Na ja, die können mich mal… Ich werde sowieso da sein" — was passiert, wenn die empfundene Bedrohung groß genug ist, um der Führung zu trotzen. Wenn jedoch die Gewerkschaften ihre Unterstützung geben, dann bedeutet das, es ist alles in Ordnung und es wird keine Probleme geben; wenn man verhaftet wird

Fortgesetzt auf Seite 14

Proletarische Strategie...

Fortsetzung von Seite 13

oder so, dann verliert man nicht automatisch seinen Job, denn die Gewerkschaft wird sich wahrscheinlich für einen einsetzen. Dieser Faktor zeigte sich in Philadelphia, wo es in den Gewerkschaften eine extreme Polarisierung gab, hauptsächlich gegen uns. Gegen uns waren der Central Labor Council [Zentraler Gewerkschaftsrat], der, wie sich herausstellte, von einem alten Iren in seinen SOern geleitet wurde, der seit den 50er Jahren im Amt ist, die ILGWU [Textilarbeitergewerkschaft] und der Präsident der Transportarbeitergewerkschaft, ein jüngerer, radikal-liberaler Typ, der ein aktiver Antispartakist war. Die Mehrzahl der Demonstranten kam aus den Gewerkschaften, die den Aufruf unterstützten.

Bei der Mobilisierung im November 1982 in Washington war Reagan Präsident. 1994 ist Clinton Präsident. Die Welt hat sich dramatisch verändert: Die Sowjetunion gibt es nicht mehr; es gab Erwartungen in die Demokraten, die recht schnell zunichte gemacht werden. Die Debatten und starken Reaktionen in Chicago gingen ein ganzes Stück tiefer als 1982 in Washington, wo es gegen Reagan ging. Aber selbst damals blieben die Demokraten weg — Marion Barry war der Bürgermeister von Washington. Bei den meisten dieser Demonstrationen sind die schwarzen Demokraten immer sehr feindselig gewesen. In Philadelphia war Wilson Goode der Bürgermeister, und er stellte sich öffentlich gegen unsere Mobilisierung. David Richardson, ein schwarzer Bundesstaatsabgeordneter, hielt dem politischen Druck stand und unterstützte den Aufruf.

Das Land und die Welt haben sich sehr dramatisch verändert, und hierin liegt die wirkliche Bedeutung dieser Mobilisierung in Springfield. Für viele, die 1982 in Washington auf die Straße gegangen sind, war dies ein wichtiges Ereignis in ihrem Leben. Als wir später dort eine Ortsgruppe gründeten, stellten wir fest, daß viele ihre Plakate „Stop the Klan" behalten und an der Wand hängen hatten. Es war ein wirklich historisches Ereignis. Aber so sehr das auch in die Breite ging, die Reaktionen und die Polarisierung gingen nicht so sehr in die Tiefe, weil die Gesellschaft eine andere war. Es war leichter, gegen die Republikaner zu sein. Jetzt geht die Stoßrichtung objektiv und vielleicht bewußt gegen die demokratische Regierung in Washington. Es gibt ein Gefühl, daß diese Gesellschaft wirklich schlimm und wirklich gefährlich wird.

Die natürliche Heimat des Klan sind die ländlichen und halb ländlichen Gebiete, und sie konzentrieren sich geschickt auf die Hauptstädte der Bundesstaaten, weil sie symbolisch sind und es dort Standbilder von Martin Luther King jr. gibt, aber mit Ausnahme von Boston jede Staatshauptstadt eine Art Provinzstadt ist. Anfang der 80er Jahre verhinderten wir mit Erfolg faschistische Vorstöße, unter dem Schutz der Reagan-Regierung in einer Reihe von wichtigen Städten eine nennenswerte Basis zu errichten. Das Gebiet, wo sie gegenwärtig operieren und wofür diese Staatshauptstädte typisch sind, besteht immer noch aus den ländlichen Kreisen, die mehr zu den Republikanern tendieren im Vergleich zu den Großstädten mit ihren starken Schwarzen- und Arbeitervierteln, die in der Regel für die Demokraten sind. Natürlich hat jede Aktion, die wir in einem großstädtischen Zentrum gegen die Faschisten initiierten, einen politischen Kampf gegen den Bürgermeister von der Demokratischen Partei erfordert.

Aufbau der revolutionären Partei

Bei der weitreichenden politischen Wirkung dieser Mobilisierung und bei dem veränderten politischen Klima in diesem Land verschafft uns die Demonstration von Springfield eine sehr gute Position, unsere Kapazität zu erhöhen und zusätzliche Kräfte rekrutieren zu können, zur Partei, zu den Labor Black Leagues und zu den Jugendklubs, nicht nur in Chicago, sondern überall in den USA. Und die Tatsache, daß so viele unserer Partei- und Jugendmitglieder aus eigener Kraft nach Chicago kamen, um bei dieser Mobilisierung zu helfen, sagt eine ganze Menge über den Einsatz und die Moral der Spartacist League/U.S.

Es gibt ein großes politisches Vakuum in diesem Land, und unsere kleine Organisation füllte es in diesem Fall durch einen besonderen Kampf. Es nimmt wirklich das vorweg, was für eine Rolle eine Arbeiterpartei mit Massenbasis spielen würde. Dies war eine entscheidende Lehre von dieser Mobilisierung. Wenn dieses Land 230 Millionen Einwohner hat, dann betrachten sich wahrscheinlich 50 Millionen von ihnen als Rassisten. Doch normalerweise tun sie nichts damit, denn meistens gibt es nichts, was sie drängt — bis ihr Leben gestört wird. Und ihr Leben wird jetzt durch viele Dinge gestört.

Ihr solltet das Material in Trotzkis Schriften lesen, wo er analysiert, welche gesellschaftliche Bewegung stattfindet, wenn das Kleinbürgertum wahnsinnig wird. Es gibt nur zwei Hauptklassen in der modernen Gesellschaft, das Proletariat und die Bourgeoisie. Die Kleinbürger hängen sich an die Bourgeoisie an, doch dann geht es mit der Wirtschaft bergab, und sie fangen an, ruiniert zu werden. Und wenn das Proletariat nicht demonstrieren kann, daß es durch eine Arbeiterrevolution der Ausweg aus Ruin und Verzweiflung ist, dann wird die Loyalität des Kleinbürgertums sich verschieben, und man hat eine Massenbasis für die Faschisten, die Trotzki als die Partei der zur Weißglut getriebenen Reaktion beschrieb.

In diesem Land hat die herrschende Klasse daran gearbeitet, die Löhne nach unten zu treiben, die Ausbeutungsrate zu steigern, die schwarze Bevölkerung als Sündenbock zu benutzen und Verbrechen sowie Sozialleistungen als Deckmantel zu benutzen. Hier gibt es ein ganz übles Potential, außer wenn die Arbeiterklasse als eine politische soziale Kraft mobil macht. Und der Spielraum, den der

Italien...

Fortsetzung von Seite 10

Schweiß und Tränen" gegen den vorhersagbaren Widerstand der Arbeiterklasse umzusetzen, bereitet sich die Troika aus Faschisten, Rassisten und Berlusconi auf die Benutzung der eisernen Faust vor. Die Bourgeoisie braucht einen *þiarken Staat,* der die Arbeiterklasse unter seine Gewalt bringt. Ihr Programm kann und muß gestoppt werden — durch Mobilisierungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Immigranten, Frauen, Rentner und Studenten. Aber um die Reaktion effektiv bekämpfen zu können, muß sich die Arbeiterklasse von ihren verräterischen reformistischen Irreführern befreien. Die bewußtesten Elemente der Arbeitermassen müssen von der PDS und von RC weggebrochen werden und für den Kampf um den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei gewonnen werden, dem Schlüssel für den Sieg über kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.



L'Espresso

Kundgebung gegen Massenentlassungen bei Alfa Romeo

Dem bürgerlichen arbeiterfeindlichen Programm der „Progressisten" muß ein Programm des Klassenkampfes entgegengestellt werden. Verteidigt Arbeitsplätze durch eine gleitende Skala der Arbeitszeit: Alle vorhandene Arbeit muß unter den Arbeitern, italienischen und eingewanderten, aufgeteilt werden. Verteidigt den Lebensstandard gegen die Inflation durch eine gleitende Skala der Löhne! Für die Trennung von Kirche und Staat! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Minderjährige — für öffentliche Gesundheitsversorgung hoher Qualität für alle! Für freien Zugang und kostenlose höhere Ausbildung, mit einem angemessenen Stipendium für Studenten! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien! Für Arbeiterverteidigungsgruppen, die die Streikposten gegen Streikbruch verteidigen und rassistische/faschistische Angriffe zerschlagen! Ein solches Programm von Übergangsforderungen kann die kommenden defensiven Kämpfe gegen das rechtsgerichtete Regime in einen offensiven Kampf verwandeln, der zu einer auf Arbeiterräten basierenden Arbeiterregierung führt.

„Einheit der progressiven Kräfte" — Hindernis für Arbeiterkampf

Der Anstieg der Stimmen für die MSI von 6 Prozent 1992 auf jetzt ca. 14 Prozent wurde von einem Anwachsen faschistischer Angriffe begleitet. PDS und RC verbreiten die Illusion, daß es möglich sei, die Faschisten an der Wahlurne zu stoppen. Damit lahmen sie die Arbeiterbewegung und erschweren die Mobilisierung des Proletariats und seiner Verbündeten, die allein in der Lage sind, die faschistischen Mörderbanden zu stoppen. Rifondazione Comunista, die so erpicht darauf ist, „antifaschistische" Stimmen zu kriegen, ist bei den militanten antifaschistischen Demonstrationen fast nicht zu sehen. So hat sie zum Beispiel bei der Demonstration am 26. Februar in Ostia bei Rom, einem Protest gegen die mörderische Attacke von Skinheads auf einen tunesischen Arbeiter, es nicht einmal für nötig gehalten, auch nur ein Kontingent zu schicken.

Einen Monat später wurde der MSI-Kapo Buontempo

Fortgesetzt auf Seite 16

Klan jetzt spürt, wenn er ganz dreist seine Demonstrationen organisiert, existiert bei einer Arbeiterklasse, die nicht einmal auf ökonomischer Ebene als eine Kraft in Erscheinung tritt. Streiks sind seit etwa 1982 statistisch auf dem Nullpunkt. So unterstreicht dies für uns die Bedeutung dieser speziellen Demonstration, allerdings im Zusammenhang einer sehr veränderten internationalen und nationalen Situation.

Der Staat und die Bullen waren bei dieser Mobilisierung maximal bösartige und ununterbrochene Lügner, und sie suchten Ärger die ganze Zeit über. Und ich weiß nicht, was das BATF dort machte — das war ein großer Auftritt. Wie kamen sie dazu, in Springfield zu sein? Es gibt Risse in der Regierung, und das BATF kämpft darum, seinen Etatposten zu behalten, doch wer hat sie hinbestellt? Diesen Bullen von Springfield ist eindeutig nie durch ernsthafte Streiks eine Lektion erteilt worden. Wir sagen ständig in *Workers Vanguard,* daß wir wirklich einen großen, siegreichen Streik gebrauchen können. Nun, diese Demonstration hatte nicht die Art von Schlagkraft, die ein großer Streik hätte, wie zum Beispiel, wenn man bei Caterpillar in Peoria gewonnen hätte, statt monatelang im Regen stehengelassen zu werden. Doch diese Demonstration wird, in einem etwas anderen Maßstab, auf diese Art Widerhall finden oder Wellen schlagen.

Die Demonstration wäre eindrucksvoller gewesen, wenn das Wetter besser gewesen und die Arbeitermassen, die jener harte Kern repräsentierte, dort gewesen wären. Aber ich denke, selbst mit den geringeren Kräften, die hinkamen, erschütterten wir wirklich die politische Struktur in Illinois und Chicago, was seinerseits den anderen nationalen und internationalen politischen Zusammenhang widerspiegelt. Es zwang alle dazu, eine Position zu beziehen. Selbst auf diejenigen in Decatur und Peoria, die nicht auftauchten und von denen wir wußten, machte diese Leistung unserer kleinen Partei einen großen Eindruck. Das ist einfach eine Tatsache. Die Wirkung der Mobilisierung von Springfield kann sich sehr wohl beim nächsten Streik zeigen. Wir zeigten, daß etwas getan werden *kann,* und die Arbeiter denken vielleicht, diese Leute stellten sich gegen alles, und sie taten es, weil sie eine gute Führung und eine gute Organisation hatten. Vielleicht können auch wir mit einer guten Führung und einer guten Organisation gewinnen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 593, 4. Februar*

Italien...

Fortsetzung von Seite 15

in Ostia mit 52 Prozent der Stimmen gewählt. Ermutigt durch die Wahlresultate stachen faschistische Schläger auf drei RC-Mitglieder ein (von denen einer schwerverletzt im Krankenhaus liegt), brannten das lokale RC-Büro in Primavalle nieder und führten einen weiteren Angriff in Monteverde durch, alles innerhalb von wenigen Tagen. Die Reaktion von RC war es, an die „Ordnungskräfte" zu appellieren, d. h. die Polizei. Dies sind die gleichen „Ordnungskräfte", die das RC-Mitglied Lussurgiu beschuldigten, angeblich eine Bombe beim Büro des Industriellen-Verbandes gelegt zu haben. Es ist wahrhaft selbstmörderisch, an den Staat zu appellieren, er solle die Büros und Mitglieder der Arbeiterbewegung und die Opfer des faschistischen Terrors verteidigen.

Die mörderischen Faschisten müssen aus ihren Löchern vertrieben und zerschlagen werden, bevor sie die Arbeiterbewegung zerschlagen! Während die RC ihr Vertrauen in die Artikel der Verfassung setzt, die „aus der Resistenza geboren wurde", rufen wir Trotzkisten zur Bildung von Arbeiterverteidigungsgruppen auf. Wie das Flugblatt der LTd'I vom 24. März feststellte:

> „Die Arbeiterklasse muß siah an ihre Geschichte erinnern, wie die Demonstration in Genua 1960, die die MSI daran hinderte, ihren Kongreß abzuhalten, und die die faschistischen Massenmörder verjagte. Hinter dem parlamentarischen ‚Antifaschismus' steht das Programm der Klassenkollaboration. In einem Interview mit *Carrière délia Sera* (19. März) gab der RC-Führer Bertinotti zu, daß diese .progressive' Allianz eine .Volksfront ist, so wie die von Léon Blum in Frankreich und der Republikaner in Spanien in den 30er Jahren, oder von Allende in Chile 1973'. Die französische Volksfront hat die Arbeiterklasse entwaffnet und daran gehindert, im Juni 1936 die Macht zu übernehmen. Der Verrat von Stalinisten und Blums SFIO (Sozialdemokraten) führte die Volksfront bis zur Auflösung und händigte die Macht an das Vichy-Regime aus, das mit den Nazis verbündet war. In Spanien öffnete die Volksfront den faschistischen Truppen von Franco den Weg (die von Hitler und Mussolini unterstützt wurden), nachdem sie 1937 bei dem heroischen Aufstand in Barcelona Hunderttausende Arbeiter blutig unterdrückt und die kämpferischsten Sektoren des spanischen Proletariats dezimiert hatte. Und in Chile hat Allende, der Streiks niederschlug, eine Woche vor dem Putsch Pinochet zum Armeechef berufen, den Schlächter, der ihn dann stürzte und Zehntausende Arbeiter und politische Opponenten dahinmetzelte. Die Volksfront hat, wann immer sie auftrat, den Weg für die Rechten geöffnet und die antifaschistischen Kämpfe entwaffnet. Anhänger von RC, die diese tragischen Beispiele nicht wiederholen wollen, welche *explizit* von ihrem Parteisekretär unterstützt werden, müssen mit den verräterischen Führern brechen und den Weg des Aufbaus einer authentisch leninistischen Partei einschlagen."

Schmiedet eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Kürzlich beim Kongreß im Januar drückte ein Drittel der RC-Delegierten auf verschiedene Weise ihre Opposition zur Beteiligung am „progressiven Pol" aus. Diese oppositionellen Strömungen, ein Block zwischen ehemaligen Führern der Democrazia Proletaria und der PCI, Führer der COBAS (Basiskomitees, syndikalistische Oppositionsgruppen in den Fabriken) und Pseudotrotzkisten wie Livio Maitan, Franco Grisolia und Marco Ferrando, sind nichts als der linke Flügel der Volksfront. Grisolia und Ferrando widmeten eine ganze Ausgabe ihres Magazins *(Proposta* Nr. 3) dem Zweck zu argumentieren, daß es notwendig sei, für die „Progressisten" zu stimmen. In *Liberazione* (Zeitung von Rifondazione Comunista) appelliert Ferrando an die Unterstützer von „Antrag 2", nicht die RC zu verlassen.

Die Arbeiter von Alfa Romeo, Fiat und Olivetti müssen sich sehr unwohl gefühlt haben, für eine Koalition mit Olivetti-Chef De Benedetti und dem Bürgermeister der „Fiat-Stadt" (Turin), Castellani, zu stimmen, während sie zu Tausenden entlassen werden. Und jetzt waren 620 Enichem-Arbeiter in der süditalienischen Stadt Manfredonia die ersten, die einen Eindruck der Zweiten Republik gekriegt haben. Innerhalb weniger Stunden, nachdem die Wahlurnen geschlossen waren, erhielten sie die blauen Briefe.

Heute könnten einige Arbeiter und Jugendliche, die durch den Schock des rechten Wahlsiegs und durch die Volksfront desorientiert sind, glauben, daß Berlusconi & Co. zu stark sind und man keinen Widerstand gegen sie leisten könnte. Doch im Gegenteil, sie sind sehr unstabil, und nicht nur wegen ihres scharfen internen Gezänks (Bossi beschuldigt jetzt Berlusconi diktatorischer Gelüste, bezieht sich auf ihn als „Berluskaiser" und nennt seine Antiparteipartei „Farsa Italia"). Der wesentliche Grund für den Wahlsieg der Rechten war der extreme *politische Bankrott der reformistischen Linken,* die die Arbeiter in vergeblichen Hoffnungen auf Ministersessel ausverkauften, während DC/PSI ihre Dienste für Bestechungsgelder verkauf t haben. Das Phänomen eines Berlusconi kam aus dem Nirgendwo und riß den Sieg mit lügnerischen Versprechungen von Arbeitsplätzen an sich. Aber dieser politische Abenteurer kann die Arbeitsplätze nicht beschaffen.

Bei dieser Wahl drängt sich die Parallele zum Sieg der gaullistischen Rechten vor einem Jahr in Frankreich auf. Nach der Wahlkampagne, deren heißeste Frage *die Arbeitslosigkeit* war, hat die französische *Rechte* gewonnen, nur weil Mitterrands Volksfront (die seit einem Dutzend Jahren an der Macht war) offensichtlich keine Antworten hatte. Die Linke wurde zu einer kleinen Minderheit im französischen Parlament reduziert; Premierminister Balladurs Popularität schwoll an. Doch innerhalb von Monaten kam die Balladur-Regierung ins Taumeln, als die Arbeiter von Air France in Rebellion gegen die Privatisierungspläne aufstanden, die Tausende Entlassungen zur Folge gehabt hätten. Nach diesem Sieg zog die rechte Regierung ihre Pläne zurück, private Schulen zu unterstützen. Und jetzt haben französische Studenten die Balladur-Regierung dazu gezwungen, ihren Plan aufzugeben, den Mindestlohn für neu eingestellte junge Arbeiter herabzusetzen (was ein explizites Modell für das von Berlusconi angekündigte „neue italienische Wunder" ist).

Diese Kämpfe zeigen, daß der Widerstand der Arbeiterklasse gewinnen kann. Der Aufstand der italienischen Arbeiterbewegung gegen den Ausverkauf der Scala mobile im Herbst 1992, wo militante Arbeiter wertlose Münzen und Bolzen auf die Ausverkäufer der Gewerkschaftsspitzen schleuderten, demonstrierte, daß der Wille zum Kampf da ist. Notwendig ist vor allem ein Kampf, um den Würgegriff der Reformisten zu brechen, die die Arbeiterklasse in die Zwangsjacke der Volksfront stecken und an ihren Klassenfeind ketten. Eine authentisch kommunistische Partei muß geschaffen werden, inspiriert vom Internationalismus von Lenin und Trotzki, eine Partei, die kompromißlos gegen die Klassenkollaboration kämpft und untrennbar mit dem bolschewistischen Programm der sozialistischen Weltrevolution zusammengeschweißt ist. Die Lega trotskista d'Italia kämpft dafür, diese Partei aufzubauen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 598, 15. April*

Nazis stoppen, Antifas verteidigen

JRE/Gruppe Spartakus: Nicht ihr Ding

Am 20. April wollte der CDU/SPD-Senat mit der Übernahme des Fußball-Länderspiels Deutschland/England Berlin zu einer Polizeifestung machen. Für die Nazis war dies willkommener Anlaß, zu einem Marsch in der Reichshauptstadt aufzurufen. Aber dies stieß sofort auf weltweiten wütenden Protest gegen das „Nazimatch", und der Berliner Senat lief Gefahr, mit einer breiten Gegenmobilisierung konfrontiert zu werden. Denn Gewerkschafter und Jugendliche begannen sich zu" organisieren, um dieses obszöne nationalistische Spektakel und die Nazi-Märsche zu verhindern.

Ganz anders reagierte die selbsternannte „Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE). Die JRE-Führung wollte nicht mal das nationalistische „Volksfest" am 20. April verhindern, sondern forderte antifaschistische Jugendliche dazu auf, mit „Roten Karten" im Stadion eine Lichterkette Nr. 2 zu bilden. Mit dieser Kampagne stand sie sogar rechts von dem rassistischen SPD-Chef Voscherau in Hamburg, der das Spiel absagte, um sich keinen zusätzlichen Ärger einzuhandeln. Die JRE rührte damit die Werbetrommel für den Berliner Senat, der das Motto herausgab: Ordnung soll herrschen in Berlin. Um der Welt zu beweisen, wie sauber und nett die Reichshauptstadt inzwischen geworden sei, rief JRE zur Roten-Karte-Aktion und erklärte: „Dabei sollten Antifaschisten versuchen, auch die Fußball-Fans einzubinden, die an diesem Tag Sport erleben wollen und in ihrer großen Mehrheit gegen Nazis und Rassisten sind" *(Voran* Nr. 160, April). Also JREler als Hilfstruppen des rassistischen Senats! Darüber hinaus würden Antifaschisten damit in eine gefährliche und völlig schutzlose Situation getrieben, wo sie von Bullen umringt in der Mitte von notorischen deutschnationalen Fußballanhängern sitzen. Und die britischen Hooligans sind auch nicht appetitlicher.

Während die Empörung über dieses Spiel am Hitler-Geburtstag in den Gewerkschaften dazu führte, daß die DGB-Arbeitsgruppe Gewerkschafterinnen gegen Faschismus und Rassismus Aktionswochen vom 14. April bis zum 1. Mai ankündigte, um Nazi-Aktionen zu verhindern, betätigte sich die JRE mit ihrer Ablenkungsarbeit als Saubermänner (wozu nicht einmal Weizsäcker die Chuzpe hatte). Denn ihr Ziel ist nicht, die Jugendlichen für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter zu gewinnen, sondern sie der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Obwohl sie auch davon reden, „in den Stadtteilen Schutz gegen Faschisten" zu organisieren *(Voran* Nr. 160, April), beschränkte sie sich auf impotenten Aktivismus, um ihre Rolle als Anhängsel des Senats abzudecken.

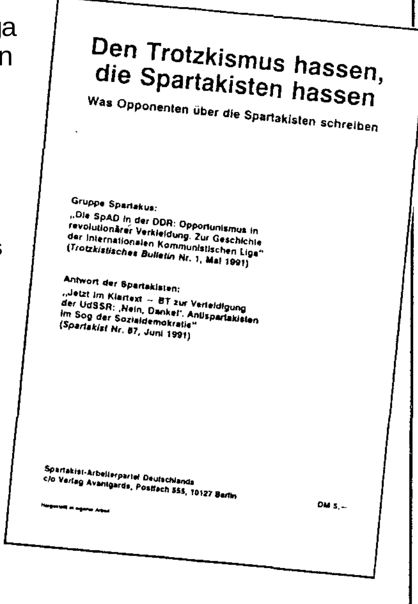
Der Grund dafür ist, daß diese Gruppe das Mißtrauen aller Reformisten in die Arbeiter teilt und daher immer dabei landet, Druck auf den bürgerlichen Staat und die SPD auszuüben. So war eine Beteiligung für die sektiererische JRE am linken „Bündnis: Kein Länderspiel am 20. April!" nicht etwa deshalb abwegig, weil dieses die Stoßrichtung hatte, Druck auf den Senat und den englischen Fußballbund auszuüben, das Spiel abzusagen. Denn selbst dieses Bündnis erkannte, wie absurd die Idee ist, man könne mit „Roten Karten" die Bullen dazu bewegen, die Nazis im Zaum zu halten. Trotz gegenteiliger Behauptungen, „kein Vertrauen" in Polizei und Gerichte zu haben, brüstete sich Voran schon im letzten Oktober, daß die JRE-Kampagne „zum Verbot des NPD-Bundesparteitages durph das bayrische Innenministerium" geführt hätte. Wie selbstmörderisch dieses Konzept ist, weil solche Verbote sich in der Praxis fast immer gegen die Linke und Arbeiterbewegung richten, zeigte sich erst kürzlich wieder bei Kanthers PKK-Verbot und der anschließenden Hetzjagd auf Immigranten.

Mit ihrer offen sozialdemokratischen Anbiederei hat sich die JRE unter aktiven Antifaschisten einigermaßen diskreditiert. Dies hinderte die Gruppe Spartakus (GS) aber nicht, ihre ganze Intervention zum 20. April auf diese kleinen Möchtegern-Scharpings auszurichten. Zwar redet die GS auf dem Papier von gewerkschaftlich organisierten Selbstverteidigungsgruppen, aber konkret will sie nur Dampf gegen die JRE machen — für „eine konsequente anti-faschistische Mobilisierung", versteht sich. Die GS — eine Ansammlung von verbitterten und demoralisierten Typen, die aus unserer Organisation flüchteten, als Anfang der 80er Jahre der Kalte Krieg wieder heiß wurde — veröffentlichte einen Vorschlag, den sie an das sozialdemokratische Anhängsel JRE richtete. Sie nannte ihn einen Offenen Brief an die Gewerkschaften zum 20. April, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Als aber die Roten-Karten-Halter der JRE abwinkten, wurde der Vorschlag flugs zu den Akten gelegt. Damit war bei den GSlern die Luft raus, und ihr Traum vom Sitz im JRE-Bündniskomitee war jäh zerplatzt. Ihr Konzept läßt sich kurz zusammenfassen: Die „Einheit der Linken", d.h. ein Propagandablock, der Druck auf die JRE ausübt, die wiederum Druck auf SPD und bürgerlichen Staat ausübt.

Dies alles hat *absolut nichts* damit zu tun, gegen Nazis zu kämpfen, sondern ausschließlich damit, antifaschistische Arbeiter und Jugendliche an die Volksfront zu ketten, die in diesem Fall sogar bis in die höchsten Senatsetagen reicht. Auf den Punkt gebracht wurde dies, als Antifa-Genclik-Komitees für den 20. April zu einer Demo in Berlin aufriefen.

Die Demo forderte die sofortige Freilassung der fünf türkischen und kurdischen Antifaschisten, die seit November 1993 im Knast sitzen, weil sie angeklagt sind, ein finsteres Treffen von Nazi-Führern vor anderthalb Jahren in einem China-Restaurant in Kreuzberg gestört zu haben, bei dem der Nazi Kaindi umkam. Wie wir *in Spartakist* Nr. 110

Fortgesetzt auf Seite 18



Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung. Zur Geschichte der Internationalen Kommunistischen Liga" (*Trotzkistisches Bulletin* Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:
„Jetzt im Klartext – BT zur Verteidigung der UdSSR: ‚Nein, Danke!'. Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie" (*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,–

JRE/Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 17

(Februar) schrieben: „Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen." Wir Spartakisten demonstrierten auf dieser Demo, zu der Türken, Kurden und deutsche Antifaschisten gemeinsam aufgerufen hatten, für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung, um die Nazis zu stoppen.

Die Voran/JRE-Führung trat dagegen sogar direkt *gegen die Antifa-Demo* auf und startete eine Hetzkampagne. Bei einer Versammlung von JRE-Mitte warnten Voran-Unterstützer die Jugendlichen vor einer Teilnahme an der Demo, "weil sie zu gefährlich sei, und verbreiteten sogar die dreiste Lüge, die Demo sei verboten. Dies ist eine offene Aufforderung an die Bullen, die Demo zur Zielscheibe ihres Terrors zu machen. Es ist nicht lange her, daß Voran/JRE die Position verkündete, daß die Bullen gewerkschaftlich organisiert werden sollen. Ihre Schwesterorganisation Militant'in Britannien meint sogar, daß die rassistischen Bullen Teil der Arbeiterbewegung seien. Kein Wunder, daß die JRE sich in einer Polizeifestung um das von Hitler erbaute Olympiastadion mit „Roten Karten" in der Hand sicherer fühlt, als auf einer überwiegend von Immigranten geführten Demo, die direkt gegen den rassistischen Bullenterror aufruft. Dennoch kamen JRE-Jugendliche auf unsere Intervention hin zu der Demo, einige beteiligten sich an unserem Block.

Die GS erwies sich diesmal als Vorreiter für die Hetze der JRE, als sie die Antifa-Gençlik-Demo als „sektiererisch" angriff, bei der „der militante Migrantinnen-Teil der Linken in Deutschland sich isoliert" *(Bolschewik* Nr. 5, April). Die Verteidigung von Immigranten ist nicht ihre Sache.

Bei der Beteiligung von Gewerkschaftsblöcken hätte diese Demonstration von türkischen und kurdischen Immigranten, die für Selbstverteidigung von Antifaschisten eintreten, zum Ausgangspunkt für entschlossene gemeinsame Aktionen gegen Nazi-Anschläge werden können.

Wir Spartakisten unterstützen das Recht aller Immigranten und Minderheiten, die von Faschisten oder der Polizei bedroht sind, ihre Verteidigung zu organisieren. Ganz besonders verteidigen wir die Antifascist Gençlik, die von Gerichten und Polizei verfolgt wird. Die Immigranten und Jugendlichen brauchen die soziale Macht der Arbeiter, um die Faschisten zu zerschlagen und sich gegen rassistische Bullenangriffe zu verteidigen. Dazu brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei, die ein Programm hat, die Nazis zu stoppen und die Immigranten zu verteidigen. Wir Spartakisten bauen sie auf.«

Rassistische Mörder...

Fortsetzung von Seite 11

DM werden in Nazi-Projekte investiert) von Skinheads und anderen Nazis wie dem „Gauleiter" der Wiking-Jugend, organisierte die Ausländerbeauftragte Mitte Dezember letzten Jahres einen „Dialog" mit ihnen in einem Nazi-Jugendklub. Als sie rausging, warteten die Schläger schon auf sie. Sie folterten sie, drückten brennende Zigaretten auf ihrem Hals aus und überschütteten sie unter Rufen wie „Judensau" mit Bier. Sie berichtete, daß sie Todesängste ausstand. „Das waren Monster, keine Menschen", sagte sie dem *Spiegel* (20. Dezember 1993). Als sie sich trotzdem entschied, nicht einmal Anzeige gegen diese Terrorbanden zu stellen, wüteten die Skinheads in der gleichen Nacht in den Straßen von Dresden und zwangen Passanten, ihre Stiefel zu küssen.

Kommen wir zurück zum Hauptpunkt: Mit Nazis zu diskutieren ist gefährlich, und zwar nicht nur physisch, sondern auch politisch. Es war die Lehre der Nazi-Herrschaft in Deutschland, daß die braunen Banden hätten gestoppt werden können, bevor sie an die Macht kamen. Wie Trotzki 1934 über Frankreich schrieb: „Die taktische, oder wenn man will, technische' Aufgabe, war ziemlich einfach — man packt jeden Faschisten oder jede isolierte Gruppe von Faschisten am Kragen und macht sie ein paar Mal mit dem Pflasterboden bekannt, entreißt ihnen die faschistischen Symbole und Dokumente, und ohne die Dinge weiterzuführen, läßt man sie mit ihrem Schrecken und ein paar kräftigen blauen Flecken zurück."

Wer glaubt, mit Faschisten „diskutieren" zu können, sucht notwendigerweise nach einer gemeinsamen Basis, die von der SPD bis zur PDS und Voran/JRE einen klaren Namen hat: deutscher Nationalismus, ob „links" oder rechts. Sie haben alle die kapitalistische Wiedervereinigung und die Konterrevolution in der Sowjetunion unterstützt, durch die der Nazi-Terror wieder hochgekommen ist. Als Internationalisten kämpfen wir entschieden dafür, die Nazis *zu zerschlagen*, bevor sie uns angreifen können. Jetzt müssen die Arbeiterbewegung und alle Unterdrückten die Lehren der Geschichte wieder lernen und durch Massenmobilisierungen das braune Pack in seine Löcher zurücktreiben!»

Schulungsreihe der Spartakist-Arbeiterpartei

Berlin

Jeden zweiten Donnerstag, 18.30 Uhr

Linkstreff
Weddingstraße 6, 1. Stock
(U-Bahnhof Nauener Platz)

5. Mai: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine Arbeiterregierung!

19. Mai: Die Volksfront- Todfeind jeder Revolution

2. Juni: Die Permanente Revolution

16. Juni: Für eine leninistische Partei als Volkstribun!

Halle

Jeden zweiten Dienstag, 19.00 Uhr

Galerie Cafe Steg, Stegpassage 2, 06110 Halle

3. Mai: Stalinismus — Totengräber der Revolution
Der Kampf der Spartakisten gegen die kapitalistische Wiedervereinigung

17. Mai: Die Permanente Revolution von Südafrika bis zur Türkei

31. Mai: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine Arbeiterregierung!

14. Juni: Für die Wiederschmiedung der IV. Internationale!

Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite l

Synagoge in Brand gesteckt. In Bielefeld wurde der grausame Mordanschlag von Mölln und Solingen, als eine Bande von Nazi-Killern ein von Immigranten bewohntes Haus in Brand steckte, wiederholt. Auch in anderen Städten gab es Nazi-Überfälle auf Immigranten, Jugendliche und Wohnheime.

Zehntausende Jugendliche und Gewerkschafter sind zutiefst empört und suchen nach einer Möglichkeit, die Faschisten zu stoppen. Am 20. April demonstrierten in Berlin über 3000 Immigranten und Linke, was von den Antifa-Gençlik-Komitees der Bundesweiten Migrantinnen-Initiative initiiert worden war. Die Spartakist-Arbeiterpartei intervenierte dort mit einem Block für gewerkschaftliche Mobilisierungen der Arbeiter/Immigranten gegen Nazi-Anschläge. *Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterbewegung gegen den blutigen Nazi-Terror mobilisiert, der seit der kapitalistischen Wiedervereinigung über 50 Todesopfer und unzählige Verletzte gefordert hat!*

Die Arbeiter der IG Metall, wo auch Zehntausende türkische und kurdische Kollegen organisiert sind, der ÖTV, die jetzt mit Warnstreiks für gleiche Löhne in Ost- und Westberlin kämpfen, un^J aller anderen Gewerkschaften haben die Kraft, gemeinsam mit Immigranten, Jugendlichen und allen Antifaschisten das Nazi-Pack aus den Straßen zu verjagen. Eine massenhafte gewerkschaftliche Mobilisierung am 1. Mai muß in Berlin den drohenden Aufmarsch der FAP-Faschisten *verhindern,* der ein offener und direkter Angriff auf die Arbeiterklasse ist, die an diesem Tag zu Zehntausenden auf den Straßen marschiert.

Die Antworten der DGB-Bürokratie auf die Nazi-Drohungen am 20. April und 1. Mai in Berlin waren „Aktionswochen gegen Rassismus und Naziterror". Veranstaltungen allein werden den Nazi-Terror nicht stoppen; dennoch spiegelt dies die Empörung der Arbeiterklasse und der Jugendlichen wider angesichts der staatlich geplanten Provokation am 20. April und der für diesen Tag und den 1. Mai angekündigten Nazi-Provokationen. Am Abend des 20. April organisierten Gewerkschafterinnen gegen Faschismus und Rassismus im DGB-Jugendhaus in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Jugendlichen Fahrwachen gegen Nazi-Angriffe. Spartakist-Unterstützer beteiligten sich an der Aktion. Aber diese DGB-Arbeitsgruppe erhält nur minimale Unterstützung von den Gewerkschaften und dient gleichzeitig als Feigenblatt, um das Nichtstun der Bürokraten zu vertuschen.

Der Veranstaltungskalender verrät ihr Ziel, die Wut gegen Nazis zu kanalisieren in Appelle an den Berliner Senat, er solle den FAP-Aufzug verbieten. Also Appelle an die Typen, die gerade vorhatten, den Jahrestag des Hitler-Geburtstags in eigener Regie zu übernehmen und eine Polizeifestung in Berlin zu errichten. Aber ihre Erklärung geht weiter: „Falls der Berliner Senat an diesem Tag wieder einen faschistischen Aufmarsch genehmigt, läßt sich dies nur als Provokation der Gewerkschaften und aller Antifaschistinnen bewerten. In diesem Fall werden wir am 1. Mai als breites gesellschaftliches Spektrum gegen den neofaschistischen Aufmarsch mobilisieren."

Für eine revolutionäre Partei, die die Macht der Arbeiter/Immigranten entfesselt

Wir Spartakisten haben lange, hart und konsequent für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gekämpft, um den Nazi-Terror zu stoppen und die Immigranten und alle anderen beabsichtigten Opfer zu verteidigen. Als wir zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung im Januar letzten Jahres, am Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, gemeinsam mit Immigranten die Verteidigung ihres Wohnheims gegen Nazi-Anschläge organisierten, wandten wir uns direkt an Gewerkschafter und Arbeiter in den Betrieben, um mit dieser exemplarischen Aktion ein Zeichen zu setzen, wie der Kampf gegen die Nazis erfolgreich geführt werden muß. Dabei erhielten wir Unterstützung von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären, die aber nicht dafür mobilisierten. Trotzdem beteiligten sich über hundert Antifaschisten, überwiegend Jugendliche, am erfolgreichen Schutz des Wohnheims.

Jeder Schritt in diese Richtung sollte für eine wirkliche Arbeitereinheitsfront gegen die Faschisten ausgenutzt werden. Aber wegen ihrer Verteidigung des rassistischen kapitalistischen Systems kämpft die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Faschisten bestenfalls so wie gegen die Arbeitslosigkeit, nämlich halbherzig und inkonsequent, wenn überhaupt. Als daher die Bürokratie dachte, die Bosse könnten es sich leisten, erhoben sie die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Jetzt bietet sie die „Beschäftigungsmodelle" nach dem Muster von VW in Wolfsburg feil, die Lohnraub und verschärfte Arbeitshetze bedeuten. Zum Kampf gegen die Faschisten würden sie viel eher an den kapitalistischen Staat appellieren, dessen Aufgabe es ist, die Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuhalten und zu zerschlagen. Ob unter einer CDU- oder einer SPD-geführten Regierung, der Staat der Bosse wird immer die Faschisten schützen und anstiften.

Trotz Stalin zerschlug die Rote Armee das Hitler-Reich. Aber sechzig Jahre später haben die kapitalistische Wiedervereinigung und der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus den Nazis neuen Auftrieb gegeben. Um gegen die Faschisten kämpfen zu können, ist es notwendig, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Nur so können wir den Nazis den sozialen Nährboden, kapitalistische Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für die Jugend, entreißen, auf dem sie wachsen. Dies bedeutet, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die dem Kampf für die Macht der Arbeiterklasse und die Errichtung eines Arbeiterstaats verpflichtet ist.

Die dringendsten Aufgaben, vor denen wir heute stehen — die Arbeiterkämpfe gegen Entlassungen und Lohnraub, der Kampf um volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und die Zerschlagung der Faschisten —, erfordern vor allem einen kompromißlosen politischen Kampf gegen die reformistischen SPD- und Gewerkschaftsbürokraten. Frauen sind die ersten Opfer jeder Wirtschaftskrise. Um Arbeitsplätze für sie zu sichern, muß die Arbeiterbewegung ihre besondere Unterdrückung bekämpfen: Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219! Kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr! Der Kampf um Arbeitsplätze für alle muß geführt werden durch die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, und zwar *in Ost und West.* Dafür ist es notwendig, die Produktionsmittel zu enteignen und eine internationale geplante Wirtschaft innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu errichten. Letztlich wird der Faschismus nur durch den weltweiten Sozialismus ein für alle Mal beseitigt werden.

Antifa-Jugend: Ihr braucht die Macht der Arbeiter, um die Faschisten zu zerschlagen!

Die Lähmung der Arbeiterbewegung durch SPD/PDS hat eine Generation von antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten und Deutschen, hervorgebracht, die zwar oft Arbeiterkinder sind, aber kein Vertrauen in die Kampfkraft der Arbeiterklasse haben. Die Arbeiterbewegung muß

Fortgesetzt auf Seite 20

Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite 19

in vorderster Reihe den Schutz *aller* Sektoren der Unterdrückten übernehmen und Verteidigungskomitees organisieren, die die Gewerkschaftsmitglieder und die militanten Jugendlichen zu einer disziplinierten Kraft verbinden, um den Faschisten einige sehr handfeste Lektionen zu erteilen.

Ein nationaler erfolgreicher Streik von IG Metall und ÖTV gegen die Kapitaloffensive Anfang des Jahres hätte im Kampf die Einheit der Arbeiter — Immigranten, Ost und West — geschaffen und damit die Voraussetzungen dafür schaffen können, die Nazis in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Wie wir in dem Artikel „Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!" in *Spartakist* Nr. 110 (Februar) schrieben: „Streikposten sind der grundlegende Kern der proletarischen Armee. Dies ist unser Ansatzpunkt."

Die SPD ist bei jeder entscheidenden Frage in einer festen Sachkoalition mit CDU/FDP: Von der Zerstörung des Asylrechts über Bundeswehr-Einsätze bis zu Massenentlassungen im Interesse des „Wirtschaftsstandorts Deutschland" und zur Zertrümmerung von Sozialleistungen war die SPD bei jeder Schweinerei dabei.

Jetzt ist die SPD zu RechJ so unpopulär und verhaßt, daß vielen die PDS als kleineres Übel erscheint. Wegen ihrer Herkunft aus dem Arbeiterstaat DDR steht sie oft unter antikommunistischem Beschüß von CDU, SPD und Grünen und will sich daher als „Opposition" profilieren. Aber die PDS ist auch nur Teil der rassistischen Allparteienkoalition oder Volksfront. Die Volksfront ist eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, wobei durch die SPD/PDS die Arbeiter den rassistischen Bossen und ihren Parteien unterworfen werden.

Obwohl die PDS ein effektives Expose über die Mittäterschaft der Eberswalder Polizei bei dem Nazi-Mord an Amadeu Antonio Kiowa herausgab *(Neues Deutschland, 8.* April), antwortet sie genau wie die SPD auf den mörderischen Nazi-Terror mit dem Ruf nach mehr Bullen. Appelle an den Staat zu richten war schon die Politik der SPD vor Hitlers Machtergreifung, als sie den Kampf gegen die Nazis an Hindenburg delegierte mit der Forderung „Staat, greif ein". Jetzt schreit die PDS: „Rechtsstaat, greif ein." Aber die Bundesrepublik ist kein „Rechtsstaat", sondern sie ist der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs.

Während die SPD gegen „Ausländerkriminalität" hetzt, macht die PDS eine rassistische Kampagne gegen „Hütchenspieler" und vietnamesische „Zigarettenschmuggler". Während die SPD mit den Petersberger Beschlüssen gegen das Asylrecht das Rostocker Pogrom anfeuerte, äußerte die PDS „Verständnis" für die Beifall klatschenden Anwohner.

Rückendeckung erhalten die braunen Schlägerbanden durch die rassistische Allparteienkoalition in Bonn mit deren Zerschlagung des Asylrechts. Diese hat damit dem offenen Antisemitismus die Tür geöffnet. Daß jetzt im wiedervereinigten Vierten Reich wieder Synagogen brennen und Nazi-Rep-Führer Schönhuber den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Bubis, als „Volksverhetzer" angreift, hat in der ganzen Welt Entsetzen ausgelöst. Darum macht sich die SPD nun für ein Verbot der Republikaner-Nazis stark. Im gleichen Fahrwasser segelt die PDS, die von den Bonner Brandstiftern Antirassismus-Gesetze fordert.

Stimmen für die rassistische Volksfront stoppen keine Nazis

Als der paritätisch besetzte CDU/FDP/SPD-Bundesgerichtshof Mitte März einen Freibrief für das Verbreiten der Auschwitz-Lüge ausgab, löste dies zu Recht einen Sturm der Entrüstung aus. Dieses Urteil bewies erneut die ungebrochene Herkunft der Klassenjustiz aus dem Dritten Reich. Aber die Reformisten ziehen genau die umgekehrte Schlußfolgerung: Sie verlangen von den „emotionslosen Ochsenfröschen" (Giordano), die gerade die „Rechtmäßigkeit" der Nazi-Losung „Ausländer raus" bestätigt haben, den Rassismus per Gesetz zu verbieten. Wer soll das tun? Etwa die SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach, die jetzt nach Karlsruhe berufen wurde, nachdem sie Erich Mielke auf der Grundlage von Gestapo-Akten verurteilen ließ? In grotesker Weise werden sie dabei von den reformistischen Linken wie DKP/MLPD und SAG/Voran tatkräftig unterstützt, die ein Verbot der Faschisten oder ihrer Veranstaltungen fordern.

Jetzt sind die Nazis noch keine Massenbewegung, aber es ist eine der wichtigsten Lehren aus Hitlers Aufstieg zur Macht, daß es notwendig ist, sie zu zerschlagen, solange sie noch klein sind. Auch heute will die sozialdemokratische DGB-Führung am liebsten die Empörung über Nazi-Terror in papierne Appelle an den Staat kanalisieren. Als nach Solingen hauptsächlich eingewanderte Arbeiter in den Betrieben über Möglichkeiten zur Selbstverteidigung nachdachten, starteten die DGB-Bonzen gegen sie eine Kampagne mit der Parole „keine Gewalt". Sie setzen ihr Vertrauen wieder in den kapitalistischen Staat und in Wählerstimmen für die SPD.

Die Nazi-Mörderbanden kümmern sich einen Dreck darum, wieviele Wahlkreuze für SPD und PDS abgegeben werden! Sie planen, nicht durch Wählerstimmen, sondern durch Terror und Mord gegen Juden, Immigranten, Linke und die Gewerkschaftsbewegung an die Macht zu kommen. Die Faschisten werden nur auf den Straßen gestoppt werden, durch die Macht von Massenmobilisierungen der Gewerkschafter und Immigranten.

In ganz Europa ist der Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft die Brutstätte des Faschismus. Die Faschisten nähren sich aus dem Elend und der Massenarbeitslosigkeit, die der Anschluß der DDR und die Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten gebracht haben. In der ehemaligen Sowjetunion hat die Konterrevolution, die von SPD, PDS und ihren „linken" Anhängseln begeistert begrüßt und gefördert wurde, dem braunen Gesindel von Shirinowski den Weg bereitet, der von der faschistischen DVU finanziert wird. In Deutschland war die SPD der Vorreiter der Wiedervereinigung und der antikommunistischen Hexenjagd, mit der die Arbeiter eingeschüchtert werden und den Nazis der ideologische Boden bereitet wird.

Und die PDS sorgte mit ihren Versprechungen über einen „sanften" Anschluß dafür, daß die Arbeiter keinen Widerstand gegen die Errichtung des wiedererstarkten Vierten Reichs leisteten, das heute das Bollwerk der rassistischen „Festung Europa" ist. Diese politisch bankrotten Parteien werden jetzt von linken Gruppen wie Voran/JRE und Gruppe Spartakus als Stimmen „gegen rechts" angepriesen. Von Italien bis Frankreich hat die Volksfront nur dazu gedient, den Arbeitern die Kosten für die kapitalistische Krise aufzubürden und den Faschisten Auftrieb zu geben.

Der Wiederaufstieg des Faschismus in Deutschland und in ganz Europa, inmitten der gefährlichen „Neuen Weltordnung" von Wirtschaftskrisen, Handelskriegen und drohenden innerimperialistischen Kriegen, stellt scharf die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Wir Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei, die aufgebaut werden muß durch die Abspaltung der proletarischen Basis von der prokapitalistischen Führung der SPD und die dem Kampf für die internationalistische sozialistische Revolution verpflichtet ist."

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 8

der „Überlegenheit" des Kapitalismus über die kollektivierten Wirtschaften des Sowjetblocks zu überzeugen. Die Offensive gegen die Arbeiterklasse geht Hand in Hand mit einer Stärkung des gesetzlichen Arsenals zur Verschärfung der Ausgrenzung der Immigranten und mit einer Welle von faschistischem und rassistischem Terror.

Die Jugendlichen, die gegen Balladurs Tarif unter dem Mindestlohn demonstrieren, wollen einen Arbeitsplatz, einen anständigen Lohn und eine Wohnung, mit anderen Worten akzeptable Lebensbedingungen. Sie hassen Ungerechtigkeit und rassistische Diskriminierung jeder Art. Die Arbeiterbewegung muß jetzt für einen *sofortigen Stop der Entlassungen* und für *Masseneinstellungen* in allen Wirtschaftssektoren kämpfen. *Nieder mit dem Hungerlohn für Jugendliche! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für massive Lohnerhöhungen!* Wir brauchen Ausbildungspfogramme und bevorzugte Einstellung für Jugendliche aus Immigrantenfamilien, die in den Ghetto-Vierteln der Vorstädte eingekerkert sind. Für das Recht von Jugendlichen, die in der Ausbildung sind, auf Stipendien in Höhe von Arbeiterlöhnen.

Setzt Gewerkschaftskontrolle von Einstellungen durch und benutzt diese Waffe, um Schluß zu machen mit der rassistischen Diskriminierung, die die Söhne und Töchter der Immigranten in vielen industriellen Schlüsselsektoren ausschließt. *Für die Abschaffung der rassistischen Pasqua-Dekrete! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien!* Die Arbeiterbewegung muß für eine *gleitende Skala der Löhne* kämpfen, bei der die Löhne automatisch an die Inflation angepaßt werden. Wir brauchen auch eine gleitende Skala der *Arbeitszeit* — verteilt die vorhandene Arbeit ohne Lohnkürzungen auf alle Arbeiter.

Die reformistischen Führer der Arbeiterklasse werden solche Forderungen als „utopisch" zurückweisen; Forderungen wie die nach dem Recht auf Gesundheitsversorgung, nach ausreichenden Renten und qualifizierter Ausbildung für alle sind nicht weniger „utopisch". In Wirklichkeit sind sie nur dann „utopisch", wenn sie im Rahmen dessen gestellt werden, was die Kapitalisten bei einer neuen „Regierung der Linken" tolerieren würden, der sie wieder die Verwaltung ihrer Wirtschaft und ihres Staates überlassen würden innerhalb der engen Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus.

Für uns Trotzkisten ist die Frage nicht, ob dies im Rahmen des verrottenden Kapitalismus „möglich" oder „unmöglich" ist. Innerhalb dieses Rahmens sind keine systematischen sozialen Reformen möglich — jede erkämpfte Errungenschaft wird notwendigerweise wieder bedroht. (Die Tatsache, daß der Sieg der Air-France-Arbeiter im letzten Herbst heute von dem neuen Regierungsplan in Frage gestellt wird, ist ein Beleg dafür.) Die Frage für uns ist, was heute notwendig ist, um das Proletariat und damit die große Mehrheit der Bevölkerung zu erhalten und vor Niedergang und Ruin zu bewahren. Es ist notwendig, einen kompromißlosen Kampf für diese Forderungen zu führen, nicht im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus — der vor allem den Respekt vor dem kapitalistischen Eigentum bedeutet —, sondern mit den Waffen des Klassenkampfs: Massendemonstrationen und Massenstreiks genauso wie Betriebsbesetzungen.

Im letzten Frühjahr, als Pasqua über das 18. Arrondissement von Paris den Belagerungszustand verhängte, um die Jugendrevolte zu zerschlagen, die nach dem rassistischen Mord an Makome M'Bowole in einer Polizeistation ausgebrochen war, forderten wir, daß Arbeiterbataillone um dieses Arbeiterviertel zusammengezogen werden müssen, um es zu verteidigen; gleichzeitig betonten wir, daß es das Ziel der Regierung war, „die Polizeirepression und die Gewalt im Namen von rassistischer ‚Sicherheit' zu verschärfen. .. Der Terror gegen Immigranten ist die Speerspitze der Offensive gegen alle Arbeiter" *(Le Bolchevik* Nr. 124, Juli/August 1993). Seitdem hat die Mitterrand-Balladur-Regierung in der Tat ihre Polizeihunde gegen die im Kampf stehenden Arbeiter losgehetzt, von Air France über die Bergarbeiter bis zu den Arbeitern von Sud-Marine, aber ebenso gegen die Jugendlichen.

Wir warnen: Die Regierungspolitik wird früher oder später zu einer blutigen Provokation führen. Es ist die Pflicht der Arbeiterbewegung, die Jugendlichen und alle Unterdrückten zu verteidigen. Wir müssen *Streikpostenketten* bilden, um bestreikte Fabriken zu schützen, und *Arbeite-Tflmmigranien-Selbstverteidigungskomitees* bilden zum Schutz von Demonstrationen und Immigrantenvierteln gegen Angriffe der Polizei und der Faschisten.

Die Arbeiter müssen aus *Streikkomitees* und *Fabrikkomitees* auch wirkliche Kampforganisationen *aufbauen,Arbeiterräte (Sowjets)*, in denen die Arbeiter und ihre Verbündeten demokratisch entscheiden, was ihre Strategie und Taktik sein soll, und sie müssen eine neue Führung wählen, geschmiedet im Feuer des Klassenkampfs. Auf der Basis von solchen Mobilisierungen und Organen der Arbeitermacht werden die Arbeiter vor allen Klassen der Gesellschaft die Frage des revolutionären Sturzes der Diktatur des Kapitals durch eine neue Macht stellen, die Macht der Ausgebeuteten und Unterdrückten — die Frage der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats.

Im Gegensatz dazu versuchen die reformistischen Führer der Arbeiterbewegung verzweifelt, den explosiven Charakter der Mobilisierungen gegen den Hungerlohn für Jugendliche zu entschärfen. So hoffen sie, daß sie die Mobilisierung vom 17. März in eine Ein-Tages-Aktion verwandeln können, und sie haben noch nicht einmal zu einem Streik aller Arbeiter aufgerufen. Die „Perspektive", die von der PCF aufgestellt wird, heißt ... für die Kandidaten der PCF bei den Kommunalwahlen am 20. März zu stimmen! Die Tatsache, daß Robert Hue zum Nationalsekretär der PCF gemacht worden ist, ist sehr bezeichnend. Er hat 1981 in seiner Stadt Montigny-les-Cormeilles eine Kampagne gegen eine marokkanische Familie geführt und sie als „Drogenhändler" denunziert, womit er sich immer noch brüstet; er ist ein Vorreiter der Offensive gegen die Immigranten, unter dem Vorwand des „Kampfes gegen Drogen". Diese rassistische Kampagne — deren berühmt-berüchtigtes Symbol die Bulldozer von Vitry waren (wo ein PCF-Bürgermeister ein Wohnheim eingewanderter Arbeiter niederwalzen ließ) — war die Eintrittskarte der PCF-Führung in die Regierung von Mitterrand.

Heute, in einer Situation von zunehmendem Klassenkampf gegen eine geschwächte Regierung, die eine reaktionäre Provokation auf die andere häuft, tun die reformistischen Bürokraten ihr bestes, um eine neue Koalition der Klassenzusammenarbeit zusammenzuzimmern (wie die Union der Linken oder in den 30er Jahren die Volksfront), die diese Kämpfe abwürgen soll. Wie wir in der letzten Ausgabe von *Le Bolchevik* über die augenblicklichen Kämpfe in Europa geschrieben haben:

> „Vor der europäischen Arbeiterbewegung steht die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution. Für klassenbewußte Arbeiter geht es nicht um die Frage, ‚wird es ein neues 1968 geben?', sondern, wie kann man einen Mai '68 erreichen, der bis zum Ende geht, bis zur Eroberung der Macht. Der Schlüssel ist der Aufbau trotzkistischer Parteien, geschmiedet auf einem Übergangsprogramm, das zur Arbeiterrevolution führt."

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 597, 1. April*

Kurden...

Fortsetzung von Seite 5

100 kurdische Militante festgenommen, die „verdächtigt" wurden, der PKK anzugehören. Eine Woche später hat in Deutschland die Kohl-Regierung, unterstützt durch die „oppositionellen" Sozialdemokraten, die PKK und 35 andere kurdische Vereine verboten, die von Zehntausenden unterstützt werden. Dies kommt nach dem vor Jahren verhängten Verbot gegen die türkische linke Gruppe Devrimci Sol.

In ganz Westeuropa wurde ein pogromistisches Klima gegen Kurden entfesselt. Im letzten September, als mehr als 1500 Kurden von Paris zu einem PKK-Fest nach Frankfurt reisten, wurden sie an der deutschen Grenze gestoppt und für Stunden in ilften Bussen festgehalten. In der berüchtigten Manier der Gestapo drangen Polizisten in den frühen Morgenstunden des 26. November in 160 kurdische Einrichtungen und Vereine ein und verwüsteten sie, ebenso wie eine Reihe von Privatwohnungen. Mitte Dezember stoppte die Polizei wieder Busse, die zu einem PKK-Fest nach Kassel fuhren; als Hunderte Kurden aus Protest die Autobahn bei Kassel blockierten, wurde das KfsV-Banner entfaltet mit der Losung: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!"



Gündem

Frauentag in der Türkei — Arbeiterinnen des Gesundheitswesens mit Gewerkschaftsbanner: „Werktätige Frauen aus aller Welt am 8. März vereint"

Im letzten Monat wurden die kurdischen Neujahrsfeiern (Newroz) in vielen deutschen Städten als „illegale politische Aktivität" verboten. Hunderte von Kurden wurden von der Polizei auf den Straßen gestoppt, geschlagen und festgenommen. In tiefster Verzweiflung verbrannten sich drei Kurden aus Protest selbst. Zwei von ihnen waren Frauen, deren Familien durch das türkische Militär und die Todesschwadronen in Kurdistan ermordet worden sind. Sogar ein Trauermarsch für sie wurde am 27. März in Mannheim verboten — genauso, wie es im rassistischen Südafrika üblich ist —, mit einem massiven Aufmarsch des paramilitärischen Bundesgrenzschutz. Dennoch marschierten 10000 durch Mannheim und zeigten die Kontinuität des Vierten Reichs mit dem Nazi-Regime durch ihre Losung: „Gestern Juden, heute Kurden".

Als kurdische Demonstranten es wagten, die von Hitler gebauten Autobahnen zu blockieren, geiferten Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24. März) hysterisch, daß dies schlimmer sei als Massenterror. Die Regierung ermittelt gegen 500 Demonstranten — 389 davon allein im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen — und bedroht sie mit Massenabschiebung. Die SPD fordert nur ein „faires Verfahren" als Vorspiel zur Abschiebung. Ein Jahr zuvor haben diese „Sozialisten" für Kohls Abschaffung des verfassungsmäßigen Rechts auf Asyl gestimmt, und damit den faschistischen Terror gegen „Ausländer" angezettelt und belohnt.

Heute gibt es über 500000 kurdische Immigranten in Deutschland, von denen viele seit Jahrzehnten hier leben, während ihnen die Staatsbürgerrechte verwehrt werden. Kurdische und türkische Arbeiter sind ein strategischer und militanter Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung. Aber nachdem die Kurden durch die völkermörderischen Angriffe des türkischen Regimes an die Wand gedrückt wurden, haben kurdische Nationalisten verzweifelt gegen alles losgeschlagen, was türkisch ist, einschließlich willkürlicher Terrorakte gegen türkische Restaurants, Kulturzentren und Reisebüros.

Die Angriffe auf Kurden finden im Klima des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus statt, der durch die kapitalistische Wiedervereinigung entfacht wurde und zu mörderischem Naziterror führte, zum Rostocker Pogrom 1992, zu den rassistischen Brandmorden in Mölln und Solingen einige Monate später, bis zum Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck Ende März. Dies alles ist Teil der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, um die Arbeiterbewegung zu spalten und die Zeche für den Anschluß des ehemaligen ostdeutschen Arbeiterstaates zahlen zu lassen.

Die internationale Arbeiterbewegung muß dringend mit einem Aufschrei der Empörung auf die rassistische Verfolgung der Kurden im Vierten Reich antworten und die Drohung, sie in die Folterkeller und an die Todesschwadronen ihres NATO-Verbündeten in Ankara abzuschieben, zurückschlagen. Unterstützt die internationale Protestkampagne mit der Forderung: **Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine in Deutschland! Weg mit dem Verbot der türkischen linken Gruppe Devrimci Sol! Stoppt die Abschiebungen!**

8. April 1994

Kü rtler...

Baştarafi 24. Sayfada

katil askeri cuntanın elinde ölüme teslim etmesini ve Irak ve Haiti'yi açlığa mahkum etmeyi amaçlayan ablukaya alışını da aynı zamanda protesto etmektedirler. Fransa'daki gösterinin örgütleyicileri ise Mitterand-Balladur hükümetinin iki Kürt kuruluşunu yasaklamasını ve Cezayir asıllı bir genci sınırdışı etmesini de gösterinin protestoları arasına katmaktadır.

İktidardaki her Türk hükümeti, 15 milyon nüfuslu Kürt azınlığına karşı herzaman bütünsel bir savaş sürdürmüştür. 1.7 milyonun üzerinde Kürt sürgüne zorlanmıştır. Ankara'daki şovenist rejim onyıllar boyu Kürt ulusal varlığının her tezahürünü yok etme çabası gütmüş ve hatta Kürt dilini ve müziğini yasaklamış, Kürtlerin özgün bir halk olduğunun ağıza alınmasını bile kanunsuz kılmıştır. Yasaklanan PKK'ya "terörist" damgası vuran Türk hükümeti tüm Kürt halkına karşı bir terör savaşı sürdürmektedir.

Ankara hükuhıeti güneydoğu Anadolu'daki Kürtlere karşı sürdürdüğü caniyane baskı için sadece geçtiğimiz yıl içerisinde 7 milyar dolar harcamıştır. Amerikan fantom jetleri ve Alman tanklarıyla donanmış Türk ordusu 874 köyü yerle bir etmiş, halkı yerinden yurdundan sürmüş ve dikenli teller ardına sokmuştur. Mart ayında yerel seçimler sıkıyönetim altında yapılırken Kürt yanlısı "legal" Demokrasi Partisi (DEP) binaları bombalanmış ve partinin yedi parlementeri hapse atılmıştır. 300.000 askerden oluşan bir askeri güç Kürt bölgesini terörize etmek için seferber edilmiştir.

İrak'ın 1991 yılında kanlı bir şekilde ABD önderliğinde işgalinden bu yana Türk hükümeti, Kürt-düşmam terörünü Birleşmiş Milletler'in Kuzey İrak'ta Kürt mülteciler için kurduğu açlık kamplarına taşımıştır. Geçtiğimiz yıldan bu yana da, Ankara'nın NATO patronları bu savaşı Batı Avrupa'daki geniş Kürt göçmen topluma taşımışlardır. Geçtiğimiz Kasım ayında Fransa'da Balladur hükümeti PKK üyesi olduklarından "şüphe edildiği" gerekçesiyle 100'ün üzerinde Kürt militanını tutukladı. Bundan bir hafta sonra da Almanya'nın Helmut Kohl Hıristiyan Demokrat hükümeti, "muhalefetteki" Sosyal Demokratlar'm (SPD) desteğiyle, PKK ve diğer 35 Kürt örgütünü yasakladı. Bütün bunlar, Türk solcu örgütü Devrimci Sol'un seneler önce yasaklanması kararının üzerine gelmektedir.

Tüm Batı Avrupa'da Kürtlere karşı soykırımcı bir hava estirilmektedir. Eylül ayı başlarında Paris'den Frankfut'taki PKK festivaline gitmekte olan 1.500 Kürt, Alman sınırında durduruldu ve saatlerce otobüslerde bekletildi. 26 Kasım günü tam bir aşağılık gestapo tavrıyla Alman polisi 160 Kürt kuruluşunu ve Kürtlerin oturduğu birçok konutu basarak buraları harabeye çevirdi. Aralık ayı ortalarında polis yine, Frankfurt'taki bir PKK etkinliğine gitmekte olan otobüsleri durdurdu. Yüzlerce Kürt Kassel'de otobanı kapatarak protesto gösterisinde bulunurken KfsV, üzerinde "PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!" yazılı pankart açtı.

Geçen ay, Kürt yeni yılı Nevrozu kutlama etkinlikleri birçok Alman şehrinde "illegal politik eylem" olduğu gerekçesiyle yasaklandı. Polis yolları keserek yüzlerce Kürdü durdurdu, dövdü ve tutukladı. Tam bir çaresizlik içerisinde üç Kürt protesto için kendilerini yakarak intihar etti. Bunlardan ikisi, aileleri Türk askeriyesi ve cinayet çeteleri tarafından Kürdistan'da katledilen iki kadındı. Bu insanlar için 27 Mart günü Mannheim'de yapılması planlanan cenaze merasimi de yasaklandı ve — sanki ırkçı Güney Afrika'daymışcasma — bölgeye yüksek sayıda silahlı sınır polisleri (Bundesqrenzschutz) yığıldı. Buna rağmen Mannheim'de 10.000 kişi yürüdü ve "Dün Yahudiler, Bugün de Kürtler" sloganı atarak Alman Dördüncü Reich'ımn Nazi rejiminin bir devamcısı olduğuna işaret ettiler.

Kürt protestocuları (Hitler tarafından inşa edilen) otobanları kapatmak cüretini gösterdiklerinde *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24 Mart sayısında) gibi gazeteler histeriyle, bunun kitlesel terörden bile beter olduğunu yaygara ettiler. Hükümet, protestoculardan — 389'u SPD hakimiyetindeki Nordrhein-Westfalen eyaletinde olmak üzere — 500 kişiyi tutuklayıp suçladı ve bu insanları kitle halinde şmırdışı etmekle tehdit etti. SPD sadece, sınırdışı etmenin bir ön aşaması olarak bu insanların "adilce mahkeme" edilmesini istemekte. Bundan bir yıl önce bu "sosyalistler", Kohl'un Almanya anayasasındaki iltica hakkını işlersiz kılma önerisine olumlu oy verdiler ve böylece "yabancılara" karşı faşist terörü mükafatlandırıp teşvik ettiler.

Almanya'da bugün, çoğu bu ülkede onyıllardır yaşamış olmasına rağmen vatandaşlık hakkından bile mahrum bırakılan, 500.000'in üzerinde Kürt göçmeni yaşamaktadır. Kürt ve Türk işçileri Almanya sendika hareketinin stratejik ve militan bir parçasını oluşturmaktadır. Ancak, Türk rejiminin soykırımcı saldırıları sonucu çıkmaza itilen Kürt milliyetçileri çaresizlik içerisinde, Türk lokantalarına, kültür merkezlerine ve seyahat acentalarma varana dek Türk olan herşeye karşı çirkincesine ayrım gözetmeksizin sert ve ani çıkışlarda bulunmuşlardır.

Kürtlere yapılan saldırılar kapitalist yeniden-birleşmeyle yükselen bir Alman milliyetçiliği ortamında gerçekleşmektedir. Bu da, 1992 yılındaki Rostok soykırımından, bir kaç ay sonra Mölln ve Solingen'de Türk ailelerinin ırkçı katline ve Mart ayı sonlarında Lübeck'te bir sinagogun kundaklanmasına kadar, caniyane Nazi terörünü körüklemiştir. Bu, buruvazinin işçi sınıfını bölmek ve eski Doğu Alman Demokratik Cumhuriyeti işçi devletinin ilhakının *(Anschlufl)* faturasını işçilere ödetmek için, işçi sınıfına yaptığı saldırının bir parçasıdır.

Enternasyonal işçi hareketi, Dördüncü Reich'm Kürtlere karşı ırkçı saldırısına ve bu insanları Ankara'daki NATO müttefikinin işkence zindanlarına ve idam sephalarma sınırdışı etme tehdidine karşı kızgınlık ve muhalefetini acilen haykırmalıdır. Enternasyonal protesto kampanyasına * katılalım ve hepbirlikte sesimizi yükselterek talep edelim: **PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Almanya'nın Uyguladığı Yasaklama Kahrolsun! Türk Solcu Gurubu Devrimci Sol'a Uygulanan Yasaklama Kahrolsun! Sınırdışı Etmelere Son!**

8 Nisan 1994



SPARTAKIST

New York, Londra, Paris, Toronto ve Sydney'de Enternasyonal Protesto Gösterileri:

Almanya'da Kürt-düşmanı Baskıya Son!

14 Nisan — New York, Londra, Paris ve Sydney'de bugün yapılan gösterilerde Kürtlerin Almanya'dan Türkiye'nin işkence zindanlarına kitle halinde sınırdışı edilmeleri tehdidine karşı tehlike işareti verildi. Protesto gösterilerini Enternasyonal Komünist Ligası'nın (Dördüncü Enternasyonalist) kardeş savunu örgütleri çağırdı. Yapılan gösterilerde Kurdistan İşçi Partisi'ne (PKK) ve tüm Kürt örgütlerine uygulanan yasaklamaya karşı İngilizce, Fransızca, Almanca ve Türkçe bildirilerde bulunuldu. Bazı Alman eyaletlerinde SPD/CDU (Sosyal DemokratlHıristiyan Demokrat) içişleri bakanlarının Kürtleri sınırdışı etme emrini halihazırda vermiş olmalarından dolayı bu protestoların adiliği bilhassa vurgulandı. Geçtiğimiz kasım ayında, destekçileri arasında onbinlerce işçi de bulunan PKK ve tüm Kürt örgütlerinin yasaklanması bu sınırdışı etmelerin yolda olduğuna haberciydi.

Enternasyonal protesto kampanyası çağırısıyla, Alman konsolosluk ve elçilikleri önünde birleşik cephe eylemleri gerçekleştirildi. Toronto (Kanada) ve Sydney'de (Avustralya) PKK destekçileri protesto gösterilerine katıldılar ve Kürtlere karşı sürdürülen terörü tüm dokunaklılığıyla anlattılar. Londra 'daki eyleme Türk solcu gurubu Devrimci Sol bayrak ve flamalarıyla katıldı. Paris'teki protestoya. Türk örgütleri ÇIK ve ACIT katıldılar. New York'ta yapılan r aliden ayrılan bir Spartakist gurubu Katil-Çiller'in Amerika 'yi ziyaretini protesto etmeye gitti. Aşağıda, Toplumsal Savunu Komitesinin (KfsV) bu gösteriler için yaptığı çağırıyı yayınlıyoruz.

Türk ordusu Kürt halkına karşı soykırım savaşım şiddetlendirirken Alman hükümeti de, bu kitlesel cinayeti protesto etmek için eylem yapmak "suçundan" dolayı, yüzlerce Kürdü kitle halinde sınırdışı etmekle tehdit ediyor. Türk başbakanı Tansu Çiller bu yılı "Kürt sorunun nihai çözüm yılı" olarak ilan etmiştir. Almanya'dan sınırdışı edilecek herkes Türk rejiminin elinde korkunç işkencelere tutulmak ve hatta çoğu kez katledilmek olasılığıyla karşı karşıyadır.

Almanya Spartakist İşçi Partisi ve onun sınıf mücadeleci savunuda kardeş örgütü KfsV (Toplumsal Savunu Komitesi), Dördüncü Reich'ın Kürt örgütlerine yaptığı saldırıları, kitlesel protesto eylemlerine katılarak, baskının sona erdirilmesi için işçi hareketine etkin eylemlerde bulunması çağırılan yaparak sürekli olarak ve ön saflarda ifşa ve protesto etmiştir.

KsfV'nin ABD, İngiltere, Fransa, Kanada ve Avustralya'daki sınıf mücadeleci kardeş savunu örgütleri Almanya'nın Kürt-düşmanı baskısına karşı acilen enternasyonal protesto gösterileri düzenlediler. Bu gösteriler New York, Paris ve Londra'da 14 Nisan günü ve ayrıca Toronto ve Sydney'de Alman elçilikleri önünde yapılacaktır.

Protestonun talepleri: PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklamalar Kahrolsun! Türk Solcu Örgütü Devrimci Sol'a Uygulanan Yasaklama Kahrolsun! Sınırdışı Etmelere Son!

Amerikandaki gösterinin örgütleyicileri, Almanya'nın tutumuyla Amerikan hükümetinin tutumu arasında paralellik çizerek, Clinton yönetiminin Haiti'li mültecileri

Devamı 23. Sayfada



Kassel, 19 Aralık: SPD'li yerel hükümetin yasaklamasına rağmen binlerce insan protesto gösterisi yaptı

Berxwedan

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 113 JUNI/JULI 1994 50 Pfennig

Mandela/ANC: Strohmänner für rassistische Kapitalherrschaft



Reuters



Motlala/COSATU

Buthelezi, De Klerk und Mandela gratulieren sich zu den Wahlen. Nationalistische ANC-Volksfront fesselt das schwarze Proletariat an die Bourgeoisie

Am 10. Mai wurde Nelson Mandela, Führer des African National Congress (ANC), als Präsident Südafrikas vereidigt. Erst vor vier Jahren wurde er aus dem Gefängnis entlassen, nachdem ihn das rassistische Regime 27 Jahre lang eingesperrt hatte. Am Vorabend der Vereidigung betrat Mandela das neugewählte multirassische Parlament Arm in Arm mit seinem früheren Gefängniswärter, dem Apartheid-Herrscher F.W. De Klerk. Zu den Feierlichkeiten anläßlich der Amtseinführung strömte ein internationaler Haufen von Berühmtheiten und Würdenträgern, einschließlich Hillary Clinton, AI und Tipper Göre, drei Flugzeugladungen amerikanischer Minister, Kongreßabgeordneter und Senatoren. Anwesend waren 46 amtierende und ehemalige Präsidenten, Premierminister und andere Staats- und Regierungsoberhäupter, mindestens neun Könige, Fürsten und Scheichs und UN-Generalsekretär Boutros-Ghali. Diese Gala der „Neuen Weltordnung" sollte eine angebliche „Revolution durch Verhandlung" feiern. Aber in den schrecklich armen schwarzen Slumsiedlungen von Kapstadt bis Johannesburg steht die Revolution noch aus.

Die ersten nationalen multirassischen Wahlen in der Geschichte Südafrikas werden eine Periode von noch nie dagewesenen politischen und sozialen Turbulenzen in diesem Land eröffnen. Die heroischen Kämpfe der schwarzen Massen während der letzten zwei Jahrzehnte zwangen die weiße herrschende Klasse, das starre System der Rassenunterdrückung, bekannt als Apartheid, aufzugeben, in dem es eine Kasernen„demokratie" für die privilegierte weiße Minderheit gab und totalitäre Polizeistaatsunterdrückung für die überwältigende nichtweiße Mehrheit. Während der letzten anderthalb Jahrzehnte splitterten unter den Schlägen der Revolte Stücke des Apartheid-Gebäudes ab, schwarze Gewerkschaften wurden legalisiert, die Rassentrennungsgesetze der „kleinen Apartheid" (die Heirat über die Rassengrenzen hinweg verbot, getrennte Strande und öffentliche Anlagen aufzwang) und der „großen Apartheid" (die berüchtigten Paßgesetze, das Group Areas Act [Gesetz zur Aufteilung der Bevölkerungsgruppen nach Gebieten] und die Bantustan-„Homelands") abgeschafft. Aber die

Fortgesetzt auf Seite 15

Für eine bolschewistische Partei!
Freiheit der Schwarzen erfordert sozialistische Revolution

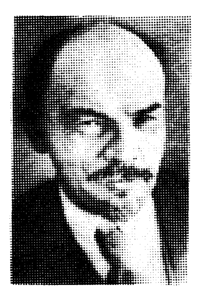
Unterstützung der Volksfront ist Klassenverrat!



TROTZKI

Die aufdem 7. und zugleich letzten Weltkongreß der Komintern 1935 beschlossene Politik der Volksfront — politische Blöcke mit bürgerlichen Kräften zu bilden — bedeutete im spanischen Bürgerkrieg: Zur Verteidigung des bürgerlichen Eigentums und Staatsapparats entwaffnete das republikanische Volksfrontregime die revolutionären Massen und entriß ihnen die besetzten Fabriken und Ländereien; dies sicherte dem Franco-Faschismus den Sieg. So wie wir Spartakisten heute vor der Gefahr einer ähnlichen Katastrophe in Südafrika warnen, kämpfte Trotzki gegen die Volksfrontpolitik aller übrigen linken Organisationen, für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht.

Ein Zitat ist von James Burnham, der 1934 zum amerikanischen Trotzkismus gewonnen wurde. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 schwor er der Verteidigung der Sowjetunion ab und brach mit der damals trotzkistischen Socialist Workers Party, um schließlich in den 50er Jahren dem „eigenen Imperialismus"unter der McCarthy-Hexenjagd zu dienen.



LENIN

Wenn das Proletariat, vertreten durch seine Parteien, sein eigenes unabhängiges Programm aufgibt, heißt dies, daß es aufhört, unabhängig als Klasse zu handeln. Und das ist genau die Bedeutung der Volksfront. In der Volksfront verzichtet das Proletariat auf seine *Klassen*-Unabhängigkeit, gibt es seine *Klassenziele* auf — die *einzigen* Ziele, die, wie der Marxismus lehrt, seinen Interessen dienen... Die Volksfront ist deshalb zutiefst und unwiderruflich nicht-proletarisch, antiproletarisch.

Die Volksfront muß so von Natur aus sein. Die Bildung der Volksfront verlangt per definitionem, daß proletarische und nicht-proletarische Parteien sich auf ein gemeinsames Programm einigen. Aber die nicht-proletarischen Parteien können dem proletarischen Programm — dem Programm des revolutionären Sozialismus — nicht zustimmen, ohne aufzuhören, das zu sein, was sie sind...

Wenn man das Grundlegende der Volksfront begreift, ist sie die Hauptform einer Vorbereitung der Massen auf die Erlangung der nationalen Einheit in den demokratischen Nationen zur Unterstützung des kommenden Krieges. Unter den Losungen der Volksfront werden die Massen vorwärts marschieren, um für „ihren eigenen Imperialismus" zu kämpfen...

Deshalb ist die Volksfront die zeitgenössische Version des Sozialpatriotismus, die neue Form, in der der Verrat von 1914 wiederholt werden soll. [Hervorhebung im Original]

James Burnham, *The People's Front: The New Betrayal* (1937)

Die Volksfronttheoretiker gehen im wesentlichen über die Anfangsgründe der Arithmetik, nämlich die Addition, nicht hinaus: Die Summe von „Kommunisten", Sozialisten, Anarchisten und Liberalen ist größer als jeder Teil für sich. Das ist ihre ganze Weisheit. Allein, die Arithmetik reicht in diesem Fall nicht aus. Es bedarf mindestens der Mechanik: Das Gesetz des Parallelogramms der Kräfte ist auch in der Politik gültig. Die Resultante pflegt bekanntlich umso kürzer zu sein, je stärker die zusammenwirkenden Kräfte unter sich auseinanderstreben. Ziehen die politischen Verbündeten nach entgegengesetzten Richtungen, so kann die Resultante gleich Null sein.

Ein Block verschiedener politischer Gruppen der Arbeiterklasse pflegt zur Lösung gemeinsamer praktischer Aufgaben ganz unerläßlich zu sein. Unter gewissen historischen Umständen ist ein solcher Block imstande, auf die unterdrückten kleinbürgerlichen Massen, deren Interessen denen des Proletariats verwandt sind, anziehend zu wirken. Die Gesamtkraft eines derartigen Blocks kann viel größer sein als die Kraft jedes seiner Bestandteile. Hingegen ist ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180 Grad auseinanderklaffen, in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralysieren.

Leo Trotzki, „Die spanische Lehre: Eine letzte Warnung"
17. Dezember 1937

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

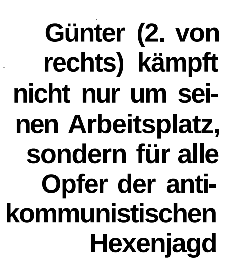
REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 113 **Juni/Juli 1994**

Nieder mit der Stasi-Hexenjagd!
Verteidigt Günter Weinreich!




Günter (2. von rechts) kämpft nicht nur um seinen Arbeitsplatz, sondern für alle Opfer der antikommunistischen Hexenjagd

Spartakist

Eine Konsequenz der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands ist eine systematische antikommunistische Hexenjagd gegen jeden, der mit den Behörden des früheren ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates, der DDR, verbunden war. Seit 1990 hat die Bundesrepublik — in den 70er und 80er Jahren berüchtigt für ihre Berufsverbote gegen Kommunisten — *über eine Million* Verwaltungsangestellte und andere, die in der DDR politische Funktionen hatten, auf die Straße gesetzt. Diese Politik ist eng verbunden mit der vorsätzlichen Zerstörung der ostdeutschen Industrie — die über vier Millionen Arbeitslose brachte, mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft — beim Versuch, die Arbeiterklasse zu demoralisieren. Und die politischen Säuberungen gehen weiter. Unter Verwendung von Listen angeblicher informeller Mitarbeiter aus den Unterlagen des früheren ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes, der sogenannten Stasi, werden Einzelkündigungen weiterhin Schlag auf Schlag ausgesprochen.

Anfang dieses Jahres hatten die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) gemeinsam mit Arbeitern der berühmten Charité-Klinik in Ostberlin den bekannten Immunologen Professor Tomas Porstmann verteidigt, dem aufgrund erfundener Anklagen wegen „Stasi-Mitarbeit" gekündigt wurde. Letzten Monat ging ein weiteres Opfer der Stasi-Hexenjagd, Günter Weinreich, ein Unterstützer der SpAD, vor das Arbeitsgericht von Halle und forderte seine Wiedereinstellung an seinem Arbeitsplatz. Weinreich war leitender Angestellter für Umweltstatistik im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt. Sein Name erschien im Revolverblatt *Bild* auf einer Liste mit 4500 Namen von angeblichen IMs. Unter Verwendung

Fortgesetzt auf Seite 4

Presse-Hysterie über Proteste gegen Hexenjagd

ARBEITSGERICHT / Verhandlung

Gauck-Akte gab den Anstoß

Dezernent fristlos entlassen - Stasi-Verstrickung verschwiegen - Polizei vor dem Gerichtssaal

strickungen wären tiefer gewesen, als er bei den Anhörungen eingeräumt habe, lautete die Begründung für die Entlassung. G. soll u. a. auch einen Bericht über eine Studentin geschrieben haben. Sein Rechtsanwalt Volker Junge sah dagegen wenig Neues in den Gauck-Papieren. Für ihn sei die Reaktion „überzogen", wie er gegenüber der MZ sagte.

Mitteldeutsche Zeitung, 27. April 1994

Arbeitsgericht wies die Klage eines „IM" ab

Halle/MZ. Das Arbeitsgericht Halle hat jetzt entschieden, daß die Kündigung eines Informellen Mitarbeiters der Stasi (IM) unwirksam sei. Die Kammer hat zu-

Mitteldeutsche Zeitung, 30. April 1994

In Halle-Neustadt

Spartakisten rufen zur „Stasi-Demo"

Ein politisch links außen stehendes „Ko-mitee ...

Hallesches Tageblatt, 21. April 1994

Sonst kommen sie wieder

Sind sie wieder da, die Dogmatiker, die ...

Hallesches Tageblatt, 27. April 1994

Arbeitsgericht Neustadt

Klare Entscheidung gegen Stasi-Spitzel Günter Weinreich

Von Anja Herold

... takistischen Komitees forderten: Schluß mit der „Hexenjagd" gegen die Stasi.

Zur Vorgeschichte: Weinreich war bis Ende 1993 als Dezernent im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt tätig. Auf dem Formular, das Angestellte im öffentlichen Dienst auszufüllen hatten, verneinte er die Frage nach einer Stasi-Tätigkeit.

Auf der im Sommer 1992 veröffentlichten „IM-Liste" tauchte jedoch sein ...

Formfehler bei Kündigung?

HALLE

Trotz-Spartakistenrummel – keine Chance für „Günter"

Seite 13

Verteidigt Günter...

Fortsetzung von Seite 3

von Unterlagen der Gauck-Behörde, die zum Heiligen Offizium der „demokratischen" Anti-Stasi-Inquisition geworden ist, feuerte ihn sein Boss im letzten November fristlos. Daraufhin ging Weinreich vor Gericht und forderte, daß diese ungesetzliche politische Kündigung zurückgenommen wird.

Das KfsV rief zu einer Demonstration am 26. April, dem Verhandlungstermin, vor dem Gerichtsgebäude auf und erklärte: „Günter, wie Zehntausende Wissenschaftler, Lehrer, Angestellte und Arbeiter, ist ein Opfer der antikommunistischen Hexenjagd, die alles kriminalisieren will, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert." Unterstützerbriefe kamen vom prominenten ostdeutschen Maler Willi Sitte, vom bekannten Historiker Jürgen Kuczynski, von den Biochemie-Professoren I. und S. Rapoport, von Karl Kielhorn, Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau e.V., und von Atiye Ek°i, Mutter von Mete Ek°i, einem Berliner türkischen Jugendlichen, der 1992 von Faschisten ermordet wurde. Aber die Lokalpresse und die Behörden reagierten hysterisch. Einen Vorgeschmack auf seine Reaktion zum Prozeß gab das *Hallesche Tageblatt* (21. April) mit der Überschrift: „Spartakisten rufen zur ‚Stasi-Demo'". Am Prozeßtag versammelten sich die Demonstranten vor dem Gericht, und Günter verlas eine Erklärung. Ihre Losungen waren unter anderem: „Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, ihr Ausverkauf war es!" und „Bourgeosie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf!" Trotz des Klimas von Angst nahmen einige Freunde und frühere Kollegen an der Verhandlung teil und zeigten ihre Solidarität mit Günter. Der Prozeß dauerte nur 15 Minuten, konzentriert auf die juristischen Formfehler der Kündigung. Trotz der Tatsache, daß Weinreich offen erklärt hatte, als Agraringenieur und als Statistiker die Staatssicherheit mit Informationen zur Verteidigung der DDR-Wirtschaft versorgt zu haben — zudem in einer Zeit, als die Imperialisten mit der „Nahrungsmittel-Waffe" drohten —, unterstützte die Richterin die staatliche Behauptung, daß er eine Stasi-Verbindung verschwiegen habe.

Trotz der Tatsache, daß der Urteilsspruch erst am nächsten Tag verkündet werden sollte, hielt dies die Medien nicht davon ab, ihren eigenen Urteilsspruch zu verkünden. Die Abendnachrichten des Regionalfernsehens erklärten, daß die Richterin „die Klage auf Wiedereinstellung abgewiesen hat". Am nächsten Morgen hatte die Lokalpresse ihren großen Tag mit der Verbreitung von „Stasi"-Hysterie. Die *Mitteldeutsche Zeitung* (27. April) brachte die Schlagzeile „Gauck-Akte gab den Anstoß" mit dem Untertitel „Stasi-Verstrickungverschwiegen — Polizei vor dem Gerichtssaal". *Das Hallesche Tageblatt* kündigte auf der ersten Seite mit der Schlagzeile „Trotz-Spartakistenrummel — keine Chance für ‚Günter' " einen längeren Artikel im Innenteil an, der die Überschrift hatte: „Klare Entscheidung gegen Stasi-Spitzel Günter Weinreich", sowie einen Kommentar, der die Kündigung rechtfertigte: „Sonst kommen sie wieder". Dieser beklagte sich: „So borniert wie die Spartakist-Partei gibt sich nicht einmal die PDS". Die PDS hat es oft abgelehnt, ihre Mitglieder, die wegen Stasi-Aktivitäten angeklagt wurden, zu verteidigen, und hat sogar ihre Kassierer und ihre Kasse an die kapitalistischen Herrscher ausgeliefert.

Obwohl die „großzügigen" Medien-Hexenjäger so sicher waren, lautete der offizielle Urteilsspruch, daß zwar Günters Wiedereinstellung abgelehnt wird, aber seine Kündigung „nicht das Arbeitsverhältnis aufgelöst hat", weil die Bosse mit ihrer eigenmächtigen Aktion nicht die Rechtsnormen befolgt haben. Das Komitee für soziale Verteidigung gab eine Presseerklärung heraus: „Arbeitsgericht entscheidet: Kündigung unwirksam — Hexenjagd wird Günter Weinreich nicht zum Schweigen bringen!" Die KfsV-Erklärung beschrieb die gehässige Rolle der „bürgerlichen Presse als Instrument der Bonner Gauck-Behörde", die „angesichts der verheerenden Folgen des kapitalistischen Anschlusses jede Opposition und jeden, der sich dagegen behauptet, zum Schweigen bringt". Nach der Verhandlung dankte Günter seinen Unterstützern und sagte: „Sie alle verstanden, daß ich nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für all jene, die das rachsüchtige Vierte Reich jetzt zerstören will, weil sie bewußt zur Verteidigung der DDR standen."

In dieser ungeklärten Situation, ohne rechtmäßige Kündigung und ohne Wiedereinstellung, ging Weinreich am übernächsten Tag zu seiner Arbeit zurück. Das versetzte den Direktor in Panik, und nach einer halben Stunde telefonischer Rücksprache mit dem Innenministerium in Magdeburg teilte er Günter mit, daß seine weitere Mitarbeit unmöglich sei. Außerdem war er von den Protestbriefen gegen die Hexenjagd so aufgebracht, daß er drohte, dieses Material dem Verfassungsschutz zu übergeben! Zum Schluß der „Diskussion"wurde Weinreichverboten, das Haus noch einmal zu betreten, sonst würde er wegen „Hausfriedensbruch" angeklagt. Danach hat er ein neues Kündigungsschreiben erhalten, so daß er jetzt eine weitere Klage gegen seine erneute Kündigung einlegen muß.

Die politische Verfolgung von Günter Weinreich wegen seiner Verteidigung der DDR und seiner Unterstützung für die Spartakist-Arbeiterpartei ist eine Bedrohung für alle Arbeiter. Die SpAD und das KfsV werden unseren Genossen weiter verteidigen und alle Gewerkschafter und Verteidiger von demokratischen Rechten auffordern, sich uns anzuschließen. Protesterklärungen können geschickt werden an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin.»

Halle: PDS verteidigt Naziführer

Am 6. Juni fand eine Wahlveranstaltung mit 17 Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten in Halle statt. Wiederum stellte die PDS ihre Zugehörigkeit zur rassistischen Allparteienkoalition unter Beweis, denn außer ihr und CDU, SPD und Grünen saßen auf dem gleichen Podium NPD- und Republikaner-Nazis, die ihr rassistisches Völkermord-Programm verbreiteten.

Als eine Gruppe antifaschistischer Jugendlicher den NPD-Führer Günter Deckert mit Rufen wie „Nazis Raus" am Reden hindern wollte, rief der Versammlungsleiter die Bullen. Daraufhin begannen die Antifaschisten, das Podium zu stürmen. Nur durch einen brutalen Polizeieinsatz konnten die Jugendlichen daran gehindert werden; 16 Antifaschisten wurden verhaftet.

Unterstützt wurden die Bullen von Angelika Klein (PDS), die in einem Leserbrief in der *Mitteldeutschen Zeitung* vom 9. Juni schrieb: „Aber es waren mit mir nur drei der Anwesenden, die versuchten, die Jugendlichen an Gewaltausschreitungen zu hindern. Die anderen hofften auf die Polizei." Hier zeigte sich wieder die Vorreiterrolle der PDS, Nazis salonfähig zu machen. Sie biedert sich dem Vierten Reich an, um antifaschistische Aktionen besser zu unterbinden. In Dresden kungelte die PDS-Führerin Ostrowski mit Nazi-Meier, jetzt übernimmt die PDS in Halle den Schutz für Faschisten und unterstützt die rassistische Polizei gegen Antifaschisten.

US-Radio zensiert Gefangenen in der Todeszelle

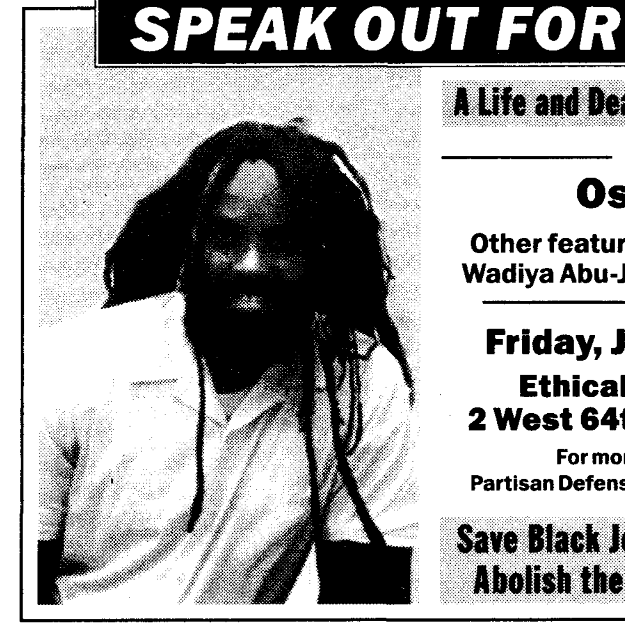
Laßt Mumia Abu-Jamal zu Wort kommen!

Angesichts einer üblen Hetzkampagne, die von Philadelphias Polizei gestartet worden war, strich Amerikas National Public Radio eine Reihe mit Kommentaren von Mumia Abu-Jamal, einem der führenden schwarzen Journalisten Amerikas und dem einzigen politischen Gefangenen in der Todeszelle, aus dem Programm. Für die „legalen" Lynchmörder, schießwütigen Bullen und Politiker, die die rassistische Todesstrafe durchzusetzen versuchen, war es unvorstellbar, die Öffentlichkeit Jamais machtvolle Stimme hören zu lassen. Die scharfen Anklagen von Mumia Abu-Jamal — bekannt als „die Stimme der Entrechteten" — aus seiner Zelle im Todestrakt von Pennsylvania gegen all die rassistische Heuchelei und Ungerechtigkeit dieses Systems würde tief in den Herzen und Köpfen der Menschen in ganz Amerika Anklang finden. Genau deshalb schaltete NPR Mumia ab, und genau deshalb muß *diese rassistische Zensur zerschlagen werden!*

Am 3. Juni veranstalteten das Committee to Save Mumia Abu-Jamal (Komitee zur Rettung von Mumia Abu-Jamal) und das Partisan Défense Committee (mit der Spartacist League/U.S, brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation) in New York City ein „Speak out for Mumia Abu-Jamal" (Protest-Lesung für Mumia Abu-Jamal) zu dieser Frage von Freiheit der Meinungsäußerung, die buchstäblich Leben und Tod bedeutet. Mit dem bekannten schwarzen Schauspieler und Bürgerrechtsaktivisten Ossie Davis als Gastgeber wurden Auszüge aus Jamais journalistischer Arbeit vorgetragen, von dem Mann und mit der Botschaft, die zu hören National „Public" Radio der Öffentlichkeit verbietet. Sein Fall und sein Anliegen wurden von seiner Frau Wadiya Abu-Jamal und seinem Hauptanwalt Leonard Weinglass in bewegenden Reden dargestellt.

Nachdem Jamal von der Streichung seiner Kommentare aus dem Programm von NPR gehört hatte, erklärte er: „Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür, daß mir meine verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten werden, wie es seit dem 9. Dezember 1981 der Fall ist. Das Recht auf Selbstdarstellung, das Recht auf einen Anwalt meiner eigenen Wahl, das Recht auf einen fairen Prozeß, das Recht auf faire und unparteiische Geschworene und jetzt das Recht auf freie Meinungsäußerung."

Gegen Jamal, ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, Unterstützer der radikalen Schwärzen-Organisation MOVE in Philadelphia und preisgekrönter Journalist, der zur Zeit seiner Verhaftung Präsident der Philadelphia-Ortsgruppe der Association of Black Journalists war, wurden 1982 erfundene Anklagen erhoben, er hätte einen Polizeioffizier von Philadelphia getötet. Jamal schrieb in einer Kolumne mit der Überschrift „Cancellation of thé Constitution" (Streichung der Verfassung), es sei vielleicht ironisch, daß diese Kampagne am 13. Mai anfing: „Denn es waren bis auf den Tag genau neun Jahre seit dem Massaker an MOVE, wo am Muttertag 1985 mindestens elf Babies, Frauen und Männer der MOVE in West-Philadelphia getötet wurden durch einen Luftangriff auf das Haus von MOVE. Die Phila.-Polizei beschoß und tötete flüchtende Frauen und Kinder von MOVE, trieb andere zurück ins brennende Gebäude und sah zu, als mehrere Wohnblocks in West-Philadelphia von den Flammen verzehrt wurden."



Aufruf zur Protest-Lesung in Verteidigung von Mumia Abu-Jamal am 3. Juni in New York fordert: „Rettet schwarzen Journalisten aus der Todeszelle! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!" Seine Freiheit der Meinungsäußerung ist eine Frage von Leben und Tod!

Jamais Kampf, seine Verurteilung aufzuheben, hat in aller Welt Unterstützer gefunden. Über 40 000 Menschen haben Petitionen an Gouverneur Casey von Pennsylvania unterzeichnet, und Gewerkschaften, die für Millionen weitere stehen, haben ebenfalls gefordert, daß Jamal nicht hingerichtet wird. Zu seinen Unterstützern gehören Ossie Davis, Mike Farrell, der Kongreßabgeordnete Ron Dellums, der Vertreter von Pennsylvania im Repräsentantenhaus David Richardson, Ed Asner, Harry Belafonte, Whoopi Goldberg und Percy Sutton.

PDC-Anwältin Rachel Wolkenstein sagte: „Gegen die Zensur von Jamal durch NPR muß sich Protest erheben. Die Handlung von NPR verleugnet Jamais hervorragende Qualifikationen als Journalist, aber, was noch wichtiger ist, sie beraubt ihn seiner menschlichen Existenz. Dies ist eine Frage von Leben und Tod für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie sagen, daß die Öffentlichkeit, weil Jamal in der Todeszelle sitzt, heute nicht hören wird, was er zu sagen hat, um es leichter zu machen, ihn morgen hinzurichten. Schwarze, Latinos, Arbeiter, alle, die gegen die Todesstrafe sind, müssen fordern: ‚Laßt Mumia sprechen!'"«

Deutsches Reich will den Balkan wieder beherrschen

Verteidigt Serbien gegen Imperialisten! UNO/NATO raus aus dem Balkan!

Jetzt versuchen die Imperialisten erneut ein Abkommen zusammenzuschustern, mit dem die Balkankriege noch blutiger als bisher gemacht werden. Der jüngste Vorschlag (verbunden mit der ständigen Drohung, wieder serbische Stellungen zu bombardieren) ist ein „vereinigter" kroatisch-moslemischer Staat in Bosnien, angeschlossen an ein von Deutschland dominiertes „Großkroatien", gegen die serbischen Minderheiten. Dieser Plan ist eine unglaubliche Provokation, die die Grundlage für Massaker und massenhafte Zwangsumsiedlungen legen würde.

Genau diesem Szenario entspricht die neu proklamierte „Föderation Bosnien-Herzegowina", die bislang noch keine umrissenen Grenzen hat. Der von den amerikanischen und deutschen Imperialisten in den Sattel gehobene bosnische Armeechef Rasim Delic brachte diesen letzten Plan mit der Drohung auf den Punkt, „daß wir nur über soviel Territorium verfügen werden, wie wir von den Serben mit Waffengewalt zurückholen können" *(Junge Welt, 2.* Juni).

Während wir gegen *alle Seiten* in dem brudermörderischen Bürgerkrieg zwischen den Serben, Kroaten und slawischen Moslems stehen, rufen wir die Werktätigen auf, Serbien gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen. Die nationalistischen Greueltaten, die von allen Seiten in Bosnien begangen wurden, verblassen im Vergleich mit den Verbrechen der westlichen Imperialisten. Die Balkankriege von 1912/13 waren der Auftakt für den ersten imperialistischen Weltkrieg, in dem Millionen von Werktätigen abgeschlachtet wurden. Die USA, die Gerede von „Demokratie" verströmen, sind verantwortlich für die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, für die Flächenbombardements von Vietnam und den Bombenterror gegen den Irak. Und das deutsche Vierte Reich, das scheinheilig die „ethnischen Säuberungen" Serbiens verurteilt, ist der selbsterklärte Nachfolgestaat des Naziregimes, das Millionen von Slawen, Juden sowie Roma ermordet hat.

Imperialisten, Hände weg von Serbien — Nieder mit der Hungerblockade! Alle US/UNO/NATO-Kräfte raus aus dem Balkan, jetzt!

Westlicher Imperialismus steht hinter dem Blutbad auf dem Balkan

Die westliche Propaganda gibt der serbischen „Aggression" und den „uralten Stammesfehden" die Schuld an dem Krieg auf dem Balkan. In Wirklichkeit liegen die Ursachen für diese Orgie von mörderischem Nationalismus in der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, vorbereitet durch Jahrzehnte von bürokratisch-nationalistischer stalinistischer Mißherrschaft und organisiert durch Deutschland und die anderen NATO-Mächte. Da die imperialistischen Mächte unterschiedliche Politik verfolgen, haben sie in Jugoslawien weder vereint noch entschlossen interveniert.

In den ethnisch-nationalistischen Kriegen, die durch die Abspaltung von Kroatien und Slowenien im Sommer 1991 ausgelöst wurden, sind Zehntausende getötet und verstümmelt worden und Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieben. Alle Seiten berufen sich auf die reaktionärsten „Traditionen", wobei die Kroaten zurückgreifen auf das die Nazis im Zweiten Weltkrieg unterstützende Ustascha-Regime, die Serben die monarchistischen Tschetniks glorifizieren und die Moslems das grüne Banner des islamischen Fundamentalismus entfalten. Jetzt hat Kroatien sogar die Währung Kuna des Ustascha-Regimes eingeführt. Dies waren genau die Kräfte, die von Titos kommunistischen Partisanen besiegt wurden, als sie die deutsche Wehrmacht schlugen und einen multinationalen jugoslawischen Arbeiterstaat errichteten, wenn auch bürokratisch deformiert.

Aber die nationalistischen Schakale, die sich alle um die Beute Jugoslawien reißen, sind nicht die einzigen Kräfte, die für das kommunalistische Blutbad verantwortlich sind. Hinter ihnen stehen imperialistische Mächte, die verstärkt ihre eigenen, besonderen Interessen vorantreiben, weil wirtschaftliche Rivalitäten zum Vorschein kommen, die vorher durch den gemeinsamen Antisowjetismus verdeckt gewesen sind. Deutschland ist am direktesten verantwortlich für die Zerstörung des titoistischen Jugoslawiens. Nachdem das deutsche Kapital Ostdeutschland 1990 vom zerrütteten stalinistischen Regime der UdSSR übernommen hatte, verfolgt es wichtige wirtschaftliche Interessen auf der Balkan-Halbinsel, wo strategische Bodenschätze gewonnen werden — Chrom, Zink, Blei, Kupfer, Bauxit, Silber.

Ende 1991 überrollte Deutschland die Europäische Gemeinschaft und erzwang die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien, gegen die Einwände von Britannien und Frankreich, die zwischen den Weltkriegen Verbündete von Serbien waren. Die Errichtung eines nationalistischen kroatischen Staates provozierte eine Revolte der großen serbischen Minorität, gestützt durch die von den Serben dominierte jugoslawische Bundesarmee. Der Krieg wurde in Ostkroatien beendet — oder genauer, war zeitweise unterbrochen —, als die Serben 30 Prozent des Territoriums der früheren jugoslawischen Republik Kroatien kontrollierten, ein Gebiet, das jetzt wieder Republik der serbischen Krajina genannt wird.

Dann folgte das dreiseitige kommunalistische Abschlachten in Bosnien zwischen slawischen Moslems, Serben und Kroaten. Die Serben in Bosnien sind überwiegend Bauern und besitzen 65 Prozent des Landes der Republik, obwohl sie nur ein Drittel ihrer Bevölkerung ausmachen. Die Moslems, etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung, sind im wesentlichen ein städtischer Bevölkerungsteil. Als die Kämpfe begannen, gewannen die Serben folglich die Kontrolle über den größten Teil des ländlichen Gebietes und




Wonge Bergmann

Kohl und Jelzin brachten russische Intervention ins Rollen, um Serbien für imperialistische Teilung Jugoslawiens auf Linie zu bringen. Bosnische Serben empfingen russische Truppen mit reaktionärem orthodox-christlichem Gruß



AP

belagerten die Städte, wo die Moslems konzentriert waren.

Das *Wall Street Journal* (21. April) brachte das grundlegende Dilemma, dem sich der westliche Imperialismus gegenübersieht, in seiner Überschrift auf den Punkt: „Die Serben wetten darauf, daß der Westen nicht das riskieren würde, was sie fürchten: Bodentruppen". In Bonn arbeitet die Kohl-Regierung hart daran, „verfassungsmäßige" Hindernisse zu überwinden, um die deutsche Armee als „Friedenstruppe" hinzuschicken. Aber Deutschland hat ein anderes Problem. Solch eine Aktion würde eine heftige Antwort von jenen Völkern provozieren, die unter den Nazis gelitten haben, als diese die südslawischen Länder verwüsteten. Es würde mit Sicherheit antideutsche Stimmungen in Griechenland anheizen, das die Serben unterstützt. Darüber hinaus würde eine deutsche Armee auf dem Balkan ein Beben in ganz Europa bewirken — in Ost und West.

Anders als Deutschland haben die USA kein eigenes Interesse daran, wie Bosnien und die anderen früheren jugoslawischen Republiken aufgeteilt werden zwischen den sich bekämpfenden nationalistischen Seiten auf dem Balkan. Ursprünglich war Washington bestrebt, die Restauration des Kapitalismus in der Region zustandezubringen und gleichzeitig einen jugoslawischen Bundesstaat zu erhalten. Nachdem diese Pläne durch das Vierte Reich torpediert worden waren, hatten die USA keine eindeutige Balkan-Politik mehr. Jedoch ist der serbische Widerstand gegen die Diktate der westlichen Imperialisten, ihre offene Mißachtung von UN-Resolutionen und NATO-Drohungen ein Affront gegen die amerikanischen Möchtegern-Herrscher der Welt. Einige in der herrschenden Klasse der USA brennen darauf, den Serben eine blutige Lektion zu erteilen.

Aber die USA haben ihre eigenen Zwänge — an der Heimatfront. Die noch immer bestehende Wirkung des „Vietnam-Syndroms" wurde kürzlich in Somalia offengelegt und wieder verstärkt. Die Truppen der USA, die angeblich zu einer „humanitären" Mission geschickt worden waren, um zu helfen, die hungernden Menschen in diesem ostafrikanischen Land mit Nahrung zu versorgen, waren tatsächlich auf einem kolonialen Feldzug, bei-dem Hunderte von schwarzen Afrikanern massakriert wurden. Aber als somalische Clan-Führer es schafften, den Spieß umzudrehen, und ein paar Dutzend US-Soldaten töteten, war die überwiegende Antwort der amerikanischen Öffentlichkeit: Zieht die US-Truppen ab, jetzt!

Ängstlich darauf bedacht, *jeden* Verlust auf dem Balkan zu vermeiden, ist es die Politik der herrschenden Kreise der USA, die Moslems und Kroaten gegen die Serben zu bewaffnen und aufzuhetzen. Dies drückte besonders offen und zynisch der liberale Senator der Demokraten Joseph Biden aus:

> „Die bosnischen Moslems und die bosnischen Kroaten sind vollständig in der Lage, für sich selbst zu kämpfen. Es gibt keinen Grund, eine Vietnam-Situation zu schaffen. Es gibt nicht die Notwendigkeit, einen einzigen amerikanischen Soldaten einzusetzen. Wir sollten sie mit Waffen ausrüsten und sie gegen die Serben kämpfen lassen." *(New York Times,* 18. April)

Mit anderen Worten, der US-Imperialismus ist bereit, die Serben bis zum letzten Tropfen Blut der Kroaten und Moslems zu bekämpfen!

Rußland: Sanfter Bulle für die NATO-Mächte

Rußland hat diese Bühne betreten, der historische Schirmherr seiner serbischen „kleinen slawischen Brüder". Zum Teil, um die massenhafte Unzufriedenheit über die ökonomischen Zerstörungen zu Hause umzulenken, sah das Jelzin-Regime — vollständig unterstützt von der nationalistischen Opposition, die von dem faschistischen Demagogen Wladimir Shirinowski geführt wird — in der Balkan-Krise eine großartige Gelegenheit, sich als „Großmacht" darzustellen. Moskaus stellvertretender Außenminister und Chefgesandter auf dem Balkan, Witali Tschurkin, erklärte: „Der Westen sollte von der gegenwärtigen Bosnien-Krise eine Lektion lernen. Die Lektion ist, daß Rußland als gleichberechtigter Partner behandelt werden sollte" *(Economist,* 26. Februar).

Aber dies steht nicht im Gegensatz dazu, gemeinsam mit den westlichen Mächten zu handeln. Wir bemerkten in „Bosnia: Powder Keg.of Europe" [Bosnien: Pulverfaß für Europa] *(Workers Vanguard* Nr. 595, 4. März), daß die Russen intervenierten, um zu helfen, einen deutschen Plan umzusetzen, der ein Großkroatien vorsieht, das sich mit

Fortgesetzt auf Seite 8

Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

dem Gebiet eines Großserbien überschneidet. Die kroatischen und moslemischen Gebiete in Bosnien würden an Kroatien angegliedert werden. Serben aus der Krajina würden ihren Ministaat auflösen und die Souveränität der kroatischen Regierung anerkennen. Im Gegenzug würde es den bosnischen Serben, mit einem verkleinerten Territorium, erlaubt sein, sich Serbien anzuschließen. Die Rolle, die Moskau dabei spielte, diesen Handel umzusetzen, war es, die Serben zu trösten, z. B. indem es den Serben aus der Krajina versprach, daß die Russen sie gegen das faschistoide kroatische Regime von Franjo Tudjman beschützen würden.

Als einige hundert russische Soldaten unter den blauen Helmen der UN-„Friedenstruppen" Mitte Februar die Umgebung von Sarajevo erreichten, wurden sie von den belagernden bosnischen serbischen Kräfte willkommen geheißen, die sie als Beschützer gegen die drohenden NATO-Luftangriffe ansahen. Wir zitierten in unserem früheren Artikel einen Kommentar des *Wall Street Journal* (22. Februar), in dem darüber geklagt wird, daß die Zusammenarbeit zwischen Rußland und den USA zu Bosnien „mehr wie eine Konfrontation aussah" statt wie eine „Kooperation". In der Tat, das Weiße Haus von Clinton war am Anfang verärgert über Moskaus Schritt. Aber der Zweck der russischen Intervention war es, ein UN-Ultimatum an die Serben durchzusetzen, sich von Sarajevo zurückzuziehen, und Moskau unterstützte die USA, als diese Ende Februar vier serbische Flugzeuge abschoß. Wie wir in der letzten Ausgabe *(Spartakist* Nr. 112, Mai 1994) schrieben: „Die inzwischen kapitalistische russische Armee handelt dabei als Strohmann und Handlanger für Bonns Plan, durch Druck auf Serbien eine imperialistische Aufteilung von Ex-Jugoslawien zu erzwingen."

In einer Rede auf einer CDU-Konferenz prahlte Kanzler Kohl mit seiner engen Zusammenarbeit mit dem russischen Führer: „Ich möchte ganz klar sagen, daß ich glücklich darüber bin, daß mit Boris Jelzin und der russischen Regierung eine neue Macht nun ihre Verantwortung übernimmt." Der russische Abgesandte Witali Tschurkin hob hervor, daß sie zusammenarbeiten, um ihre jeweilige Klientel auf Linie zu bringen: „Einige von uns haben bevorzugte Kontakte: die Amerikaner mit den Moslems, die Deutschen mit den Kroaten und wir mit den Serben. Wir versuchen, sie für das Allgemeinwohl zu nutzen" *(Libération,* 23. Februar). Die Möglichkeit einer sich entwickelnden Allianz unterstreichend, hat Jelzin jetzt in einem Interview mit dem *Spiegel (25.* April) *deutsche Truppen* in die Ex-UdSSR *eingeladen,* indem er zu einem Einsatz „der deutschen Armee mit den UNO-Friedenskräften" aufforderte, um dort „eine wichtige und hehre Mission" durchzuführen.

Es hat nicht lange gedauert, bis die serbischen Nationalisten das Doppelspiel durchschauten, das von ihren slawischen „großen Brüdern" gespielt wurde. In einer Analyse der UNO über die Situation in Bosnien wird berichtet, daß die Serben „jeden gewinnen sehen, außer sich selbst, zusehen, wie die Russen sich auf die Seite der Vereinigten Staaten stellen und gegen sie, verstärkt diplomatischen und militärischen Druck spüren".

Zur gleichen Zeit setzt der von den Deutschen organisierte Handel zwischen den Kroaten und den Moslems, die sich gegenseitig bekämpft hatten, moslemische Kräfte frei, um eine Offensive gegen die Serben zu starten. Als die Moslems sich Anfang April weigerten, ihre Offensive gegen das von Serben gehaltene Territorium in Zentralbosnien zu stoppen, antworteten die Serben mit verstärkten Angriffen auf Gorazde, was zur letzten Kraftprobe mit den NATO-Kräften führte.

Die kriegerische Antwort der Serben verärgerte Moskau. Tschurkin wetterte: „Die bosnischen Serben müssen verstehen, daß sie, wenn sie mit Rußland verhandeln, mit einer Großmacht verhandeln und nicht mit einer Bananenrepublik." Jelzin selbst erklärte: „Die bosnischen Serben müssen die Versprechungen, die sie Rußland gegeben haben, erfüllen, die Angriffe stoppen und sich von Gorazde zurückziehen ... den UN-Kräften die Möglichkeit geben, in dieses Gebiet einzumarschieren und das UN-Personal in Bosnien und Herzegowina nicht behindern." Clinton lobte Jelzins Haltung als „sehr hilfreich". Die russischen Arbeiter müssen der panslawistischen Demagogie von Jelzin und Shirinowski entgegentreten und fordern: Russische Truppen raus aus dem Balkan, jetzt!

Obwohl wir Serbien gegen imperialistische Angriffe verteidigen, behalten wir eine Position des revolutionären Defätismus gegenüber allen drei Seiten in dem nationalistischen Bürgerkrieg, der das frühere Jugoslawien zerstört. Eine entscheidende militärische Intervention gegen die Serben durch die eine oder andere imperialistische Macht würde jedoch den Charakter des Krieges verändern, ihr die kroatischen und moslemischen nationalistischen Kräfte unterordnen und die Notwendigkeit einer revolutionären Verteidigung der Serben bedeuten. In jedem Fall rufen wir die Arbeiter auf, sich zusammenzuschließen, um ihre kapitalistischen Herrscher zu stürzen — in Milosevic' Serbien genauso wie in Tudjmans Kroatien und in Izetbegovic' Ministaat — im Kampf für eine sozialistische Föderation auf dem Balkan.

Wichtige Sektionen der amerikanischen herrschenden Klasse schauen jetzt auf die Bosnienkrise als einen Test für ihre Fähigkeit, die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zu kontrollieren, mitten in der Zerstörung und dem Aufruhr infolge der Konterrevolution im ehemaligen sowjetischen Block und der steigenden Rivalität gegenüber dem deutschen und dem japanischen Imperialismus. Diese Sichtweise wurde in einem Leitartikel in der *Los Angeles Times* (20. April) klar ausgedrückt: „Der Balkankrieg ist kein isolierter Ausnahmefall von der Regel, sondern im kleinen Maßstab ein Modell für die im großen Maßstab auf uns zukommenden Sicherheitsprobleme. Wenn dies so stimmt, dann können die größten Mächte, wenn sie dies entscheiden, sich selbst genauso wie die Serben in eine neue Weltordnung einführen."

Die „neue Weltordnung" — ausgerufen von Washington, als es sein Terror-Bombardement gegen den Irak im Golfkrieg durchführte — ist eine Formel für die verstärkte Dominierung und Ausbeutung der arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt durch den US-Imperialismus. Wenn die NATO-Angriffe auf die Serben in Bosnien Erfolg haben, wird dies die US-Herrscher anstacheln, die Kriegsmaschine des Pentagons von Südamerika bis Südafrika, von Osteuropa bis Ostasien loszulassen. Aber schwere Bombardierungen gegen die Serben könnten zur Folge haben, daß imperialistische Truppen auf dem Boden kämpfen, daß NATO-Kräfte in einen sich immer weiter ausdehnenden Balkankrieg hineingezogen werden. USA/UNO/NATO raus aus dem Balkan!

Nach Workers Vanguard *Nr. 599, 29. April*

Spartakist-Schulungsreihe

16. Juni: Die Russische Revolution
Lektüre: Trotzki, *Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag*

30. Juni: Die verratene bolschewistische Revolution
Lektüre: Trotzki, *Verratene Revolution,* Kapitel 3, 5, 9, 11

Jeden zweiten Donnerstag, 18.30 Uhr, Linkstreff
Weddingstraße 6, 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Junge Spartakisten

Unheilige Allianz von Regierung, SPD und Linke

Bonns rassistische Drogenhetze

Sozialdemokraten und Grüne feiern das „Hasch-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts (BVG) als „eine Wende in der Drogenpolitik" in Richtung Entkriminalisierung. Ende April nämlich entschied das BVG, es sei möglich, bei geringen Mengen von Cannabis von der Strafverfolgung abzusehen. Der SPD-dominierte nordrhein-westfälische Landtag stimmte danach für die Möglichkeit der Nichtverfolgung kleiner Mengen auch von Heroin und Kokain und rührt seitdem lärmend die Trommel für seine „liberale" Drogenpolitik. Aber, wie NRW-Justizminister Krumsiek betonte: „Von einer auch nur partiellen ‚Freigabe', von einer ‚Herabstufung' oder gar .Legalisierung' kann daher keine Rede sein" *(Die Zeit,* 27. Mai).

Nach den Karlsruher und Düsseldorfer Entscheidungen sind nach wie vor *alle* Drogen *noch* illegal; das BVG sagte nur, eine „geringe Menge" *kann* straffrei bleiben. Aber wie gering das ist, und wovon, weiß keiner. Zwischen Bayern und Kiel schwankt sie bei Hasch zwischen 5 und 30 Gramm. Nach wie vor wird man in fast allen Ländern auch nur für einen Joint vor Gericht zitiert. Wer auch nur diesen Joint *verschenkt,* kann sich in Deutschland für 15 Jahre im Knast wiederfinden.

Denn auf jeden Fall entscheidet der Staatsanwalt, wer wegen „öffentlichen Interesses" dort landet, egal ob wegen „weicher" oder „harter" Drogen. *Die* Leute, die der Staat auf dem Kieker hat, verknackt er nach wie vor.

Gleichzeitig wollen CDU- und SPD-Abgeordnete im Bundestag für ein „Verbrechensbekämpfungsgesetz" stimmen, das Lauschangriffe und Einbrüche der Bullen in Privatwohnungen legalisiert. Darüber hinaus wollen sie unter dem Vorwand der „Drogenbekämpfung" Angriffe besonders auf Immigranten und Jugendliche erleichtern und intensivieren. Die bürgerlichen Herrscher des Ordnung liebenden Deutschland finden sich selbst in einer widersprüchlichen Position gegenüber der Bevölkerung, deren vielfältige Vorlieben sie tolerieren müssen. Einerseits haben seit den 60er Jahren Marihuana und Haschisch wenigstens im Westen breite gesellschaftliche Akzeptanz erreicht, d. h. auch in der „respektablen" Mittelklasse, trotz jedes Versuchs der Hardliner, sie auszumerzen. Andererseits ist die sinnlose, repressive Politik gegenüber harten, extrem süchtig machenden Drogen wie Heroin und Crack so offensichtlich gescheitert, daß sogar der Vizepolizeichef von Frankfurt/Main für die kontrollierte Vergabe von Heroin plädiert.

Kapitalismus, der ganze Teile der Bevölkerung auf den Abfallhaufen schmeißt und der Jugend ihre Zukunft raubt, verfolgt grausam diejenigen, die er in die Verzweiflung von Drogen- und Alkoholabhängigkeit getrieben hat. Dies ist klar sichtbar in den mit Crack infizierten schwarzen Ghetto-Höllen in Amerika und dem rasanten Anstieg von Alkoholismus in der ehemaligen DDR, besonders unter jungen arbeitslosen Frauen, ledigen Müttern und bei der Jugend.

Für Drogenprogramme, die die Zahl der Drogenabhängigen drastisch reduzieren, gibt es kein Geld mehr. Genauso erstickte die Regierung zum Beispiel jahrelang jede wissenschaftliche Warnung über die schreckliche weltweite AIDS-Epidemie; heute fährt sie das Geld für Hilfsprogramme für die Kranken auf Null herunter und torpediert die Verteilung von Spritzbesteck, eine Maßnahme, die nachweislich HIV-Infektionen unter i.v. Drogengebrauchern eindämmt. Durch die Nichtfreigabe von sauberen Spritzen steigen die AIDS-Todesfälle dramatisch. Allein in Deutschland sind 48 Prozent aller AIDS-kranken Frauen durch Spritzen infiziert worden. Auf den Heroin- und Crackgebrauch antworten die Imperialisten mit der Drohung von Bullenterror und Knast.

Gesetze, die Drogen kriminalisieren und Drogengebraucher zu Freiwild erklären, sind dem Wesen nach reaktionär und willkürlich. Besonders absurd ist das Verbot von Haschisch, das z. B. eine medizinische Hilfe für Krebs-Patienten sein kann. Der einzige Effekt davon ist, die „organisierte Kriminalität" zu *unterstützen,* indem sie die Profite erhöhen. Das Alkoholverbot in den USA im reaktionären sozialen Klima der 20er Jahre löste das rasante Wachstum des „organisierten Verbrechens" aus. Als das Verbot wieder aufgehoben wurde, verschwand praktisch über Nacht ein ganzes gesellschaftliches Phänomen.

Der kapitalistische Staat ist die größte Verbrecherbande überhaupt. *Sein* täglicher Terror dient dazu, die Bevölkerung der Bourgeoisie zu unterwerfen. Der kapitalistische Staat nimmt sich das Recht vorzuschreiben, wer mit wem schläft und mit welchen Mitteln man sich berauschen darf. Aber der Staat hat nichts zu suchen bei solchen Fragen und kein Recht, die Nase bzw. seine Gewehrläufe reinzustecken in die Intimsphäre einzelner Menschen. Wie Abtreibung, Homosexualität, „Sodomie", Pornographie, Glücksspiel und Prostitution ist der Drogengebrauch ein „Verbrechen" gegen niemand. *Hier gibt es nichts zu bestrafen.* Als allererstes müssen die Bullen, Pfaffen und Richter aus den Schlafzimmern rausgeschmissen werden.

Von der von Oskar Lafontaine eröffneten Menschenjagd auf die Roma über Razzien gegen die „Zigarettenmafia" in den Arbeiterwohnheimen bis zu den rassistischen Kampagnen gegen „Sozialgeldbetrug" und Schwarzarbeit auf dem Bau: Immigranten werden vom Staat kriminalisiert. Dabei schürt die PDS mit ostdeutschem Nationalismus besonders die Angst vor „Kriminalität" und „Drogendealern" mit ihrer rassistischen Kampagne gegen die Hütchenspieler. Nazis/Skinheads setzen lediglich Bonns eigenes Programm „Ausländer raus" -in die blutige Tat um.,Besonders im Osten Deutschlands werden sie schon mal von Geschäftsleuten angeheuert, gegen das sogenannte „Rotlichtmilieu" und Drogentreffpunkte vorzugehen.

Der bewährteste Vorwand der Bullen und ihrer gefürchteten Spezialeinheiten, gegen Immigranten aus Afrika, der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten usw. organisiert vorzugehen und sie möglichst gleich abzuschieben, ist „Drogenhandel". Wie die international koordinierte

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt linke Mainzer Jugendliche!

Nach einer Mainzer Demo gegen den kapitalistischen Anschluß von SDAJ, Antifa und Autonomen am 2. Oktober 1992 sprühten Mainzer Jugendliche „Freiheit für Erich Honecker". Die deutsche Rachejustiz hat zugeschlagen: Geldstrafen, Gerichts- und Anwaltskosten summieren sich auf DM 4340,—, für die Studenten und Umschüler unbezahlbar. Das Komitee für soziale Verteidigung fordert: Weg mit den Urteilen! Verteidigt die Mainzer Jugendlichen! Spendet auf das Konto von Andreas Wierick, Konto 1017151059, BLZ 55050120, Sparkasse Mainz, Stichwort „Prozeßspende". Info: Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Mainz, c/o Andreas Wierick, Jakob-Dieterich-Str. 17, 55118 Mainz.

Im Nachtrab der Konterrevolution:

Mandelianer verkünden „Überlegenheit des Kapitalismus“

„Es muß erklärt werden, warum der ‚reale Sozialismus' unterging, warum er untergehen mußte und warum das gut war". Diese Zeilen stammen nicht aus Gysis Wahlkampfreden, sondern aus der Feder des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale" (VS), das sich auf den Trotzkismus beruft (Hans-Jürgen Schulz, „Zusammenbruch der *DDR",Avanti-Broschüre* Nr. 4, undatiert). Das permanent zerstrittene „V"S, dessen bekanntester Vertreter Ernest Mandel ist, war über die Wiedervereinigung gespalten. Trotz Bauchschmerzen koexistierte Mandel friedlich mit der Strömung des VS-Führers Matti in Frankreich, die die DDR als ein von der Sowjetunion „unterdrücktes Land" bezeichnete und die „deutsche Einheit", die kapitalistische Konterrevolution, mit Champagner feierte.

Als in der Sowjetunion im August 1991 die Kräfte der offenen Konterrevolution die Oberhand bekamen, waren die Bauchschmerzen weg: Das VS stellte sich „bedingungslos" auf die Seite von Jelzins Gegenputsch. Jetzt will es seinen Verrat dadurch theoretisch „untermauern", daß es eine Überlegenheit des Kapitalismus postuliert: In der DDR habe es einen „Rückfall hinter die bürgerliche Gesellschaft" gegeben (Peter Feist, „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?",*Inprekorr* Nr. 265, November 1993).

Die Verdammung von UdSSR/DDR ist für Feist/Schulz das Billet für den Eintritt in die PDS, von Schulz in der Mai-Ausgabe der Kreuzberger PDS-Zeitschrift *GegenDruck* offiziell angekündigt. Die PDS hat die DDR ausverkauft, und der langjährige Mandelianer Jakob Moneta sitzt seit Jahren im PDS-Parteivorstand. Mit der Position, daß die DDR „sich damals und seither als dem Kapitalismus weit unterlegen" erwies (Schulz, a.a.O.), vollziehen auch die *Inprekorr-Unterstützer* den politischen Schulterschluß mit dem PDS-Wahlstrategen André Brie, der schon vor Jahren die DDR mit dem Begriff „feudalistisch" belegte.

Gleichzeitig ist Feist im Vorstand der von der PDS mitinitiierten sogenannten „Alternativen Enquete-Kommission der Deutschen Zeitgeschichte" an der Berliner Humboldt-Uni, die eine „linke" Flankendeckung der staatlichen antikommunistischen Hexenjagd ist. Feists „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?" war ursprünglich ein Beitrag für besagte Kommission. Zwar will sich Feist von Eppelmanns Hexenjagd-Kommission im Bundestag abgrenzen und kritisiert die PDS für ihre dortige Teilnahme, doch selbst er mußte zugeben, daß die Bundestagskommission nur die „große Schwester" der „Alternativen" ist.

Es entbehrt nicht der Ironie, daß Feist/Schulz gerade jetzt eine „Überlegenheit des Kapitalismus" verkünden, wo die Konsequenzen der Konterrevolution am brutalsten zum Vorschein kommen. Keiner glaubt mehr an Kohls „blühende Landschaften", ganz zu schweigen von der „Demokratie" von Zar Boris. Statt dessen gibt es einen explodierenden Anstieg von Nazi-Terror, Massenarbeitslosigkeit und Frauenunterdrückung, und auf die Zerstörung der DDR folgte eine scharfe Offensive der Kapitalisten gegen die gesamte Arbeiterklasse, um auch im Westen den „Sozialstaat" zu zertrümmern. Aber es gibt auch zunehmenden Widerstand gegen die kapitalistischen Angriffe, wie die Arbeiterstreiks von Andalusien bis Workuta zeigten.

Wie Trotzki zur Sowjetunion und ihrer Verteidigung betonte:

„Der Arbeiterstaat muß so aufgefaßt werden, wie er in dem unbarmherzigen Laboratorium der Geschichte entstanden ist und nicht wie ein .sozialistischer' Professor ihn sich vorstellt, der nachdenklich mit dem Finger in der Nase bohrt. Es ist die Pflicht der Revolutionäre, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte entstellt sein mag. Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen." *(Verteidigung des Marxismus)*

Jahrelang leugnete der gelehrte Prof. Mandel die Gefahr der kapitalistischen Restauration. Nach dem Untergang der Sowjetunion trennten sich seine Schüler explizit von jedem formalen Hinweis auf die trotzkistische Verteidigung der Errungenschaften der bisher einzigen erfolgreichen Arbeiterrevolution in der Geschichte. Feist/Schulz ersetzen den Trotzkismus durch einen billigen „Antistalinismus" der *Rechten* Opposition. Aber obwohl sie manchmal wie Bucharins Rechte Opposition klingen, sind sie tatsächlich Sozialdemokraten durch und durch. Sie greifen den Faktor der *politischen Unterdrückung* des Proletariats in den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten auf, versetzt mit ein paar aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus Trotzkis *Verratener Revolution,* und stellen ihm die klassenlose „Demokratie" entgegen.

Es findet sich keine Spur des Programms des revolutionären Internationalismus gegen Stalins nationalistisches Dogma, wie in Trotzkis Schrift *Die Dritte Internationale nach Lenin* dargelegt. Nie erwähnen sie Trotzkis *Verteidigung des Marxismus* mit der bedingungslosen Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats; und ganz sicher nie Trotzkis *Terrorismus und Kommunismus,* mit seiner Verdammung des Betruges der bürgerlichen Demokratie. Statt dessen stehen sie auf dem Boden der antikommunistischen konterrevolutionären Hetzschrift *Terrorismus und Kommunismus* von Kautsky, der wie der PDS-Frischling Schulz behauptet, daß Rußland zu rückständig war und den Arbeitern die „Reife" gefehlt hätte, um den sozialistischen Aufbau auch nur zu beginnen, und der zu „Sozialismus und Demokratie" aufruft. Unter dem dünnen Schleier von Hinweisen auf Gramscis „Hegemonie" entledigen sie sich jedes Bezuges auf Marx, Engels und Lenin über den Staat, und landen auf der Seite des Revisionisten Bernstein.

Die junge Sowjetunion blieb nach dem Scheitern der Revolution im restlichen Europa, besonders in Deutschland, isoliert. Das schuf den Boden für das Aufsteigen einer bürokratischen Kaste, die „die Armut der Gesellschaft an Verbrauchsgegenständen" (Trotzki, *Verratene Revolution)* verwaltete. Stalin entwickelte die „Theorie" des „Sozialismus in einem Land", eine Widerspiegelung des Interesses, sich in Ruhe mit den Privilegien einzurichten. Für Trotzki, die Linke Opposition und später die Vierte Internationale war es dagegen die Ausgangsbasis ihres Kampfes, daß ein isolierter Arbeiterstaat historisch auf lange Sicht nicht überleben konnte, da sein Niveau an wirtschaftlicher Produktivität nicht über das der mächtigen fortgeschrittenen kapitalistisch-imperialistischen Staaten hinausgehen konnte, die auf seine Zerstörung eingeschworen sind.

Die proletarische Staatsmacht in der UdSSR konnte nur gerettet werden *durch proletarische politische Revolution,* die die Bürokraten stürzt und die Arbeiterräte wiedererrichtet,

um die Sowjetunion zum Land des proletarischen Internationalismus zurückzuverwandeln, und durch ihre Ausweitung durch *weltweite sozialistische Revolution.* Die ostdeutschen Arbeiter gaben das erste Beispiel für eine proletarische politische Revolution, als sie sich am 17. Juni 1953 gegen den Stalinismus erhoben.

Das Verbrechen der Stalinisten besteht darin, daß sie den Arbeitern die Lüge des „Sozialismus in einem Land" eintrichterten, ihnen eine „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus vorlogen und jahrzehntelang revolutionäre Bestrebungen der internationalen Arbeiterklasse blutig vereitelten, um den Status quo nicht anzutasten. Diese tiefgehende Zerstörung des internationalistischen Bewußtseins lahmte und entwaffnete die Arbeiterklasse angesichts der Konterrevolution. Bei der Suche der stalinistischen Führung nach „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus — besonders mit der BRD — ist es kein Wunder, daß viele Arbeiter in der DDR zum Beispiel dachten, daß Klassenkampf im Westen nicht möglich sei.



Der Spiegel

Hunger in Moskau: „Überlegenheit des Kapitalismus" bedeutet Massenelend in den ehemaligen Arbeiterstaaten

Aber Feist/Schulz geht es nicht darum, die Lehren aus dem Verrat der Stalinisten zu ziehen. In „Thesen zur Perestroika-Diskussion" *(GegenDruck* Nr. 10, Mai 1994) tischt Schulz Stalins Lüge von der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus wieder auf, die er in wahrer stalinistischer Machart Lenin zuschreibt. Für diesen historischen Revisionisten ist die Unterstützung der Revolution in Deutschland 1923, die damals von Trotzki gefordert wurde, eine „Politik der belagerten Festung". Ganz im Gegenteil, dies war die vielversprechendste revolutionäre Gelegenheit in der Geschichte des deutschen Proletariats; ein Sieg hätte den Lauf der Geschichte verändert. Die Niederlage ermöglichte die Konsolidierung der bürokratischen Kaste in der Sowjetunion und bereitete den Weg für die Machtergreifung der Nazis zehn Jahre später.

Von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten" zur „Überlegenheit des Kapitalismus"

In Europa führte die Dezimierung der trotzkistischen Kader während des Zweiten Weltkriegs zusammen mit den Entwicklungen nach dem Krieg zum Entstehen einer revisionistischen Strömung innerhalb der Vierten Internationale. Beim 3. Weltkongreß 1951 konnte sich eine von Michel Pablo geführte Strömung durchsetzen, der sich später auch Mandel anschloß. Unter dem Eindruck der Entstehung bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und ihrer scheinbaren Stabilität sah Pablo eine „Epoche des Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus" voraus. Für den Impressionisten Pablo bedeutete die geographische Ausweitung des Stalinismus eine „neue Weltrealität" von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten". Damals fand er in der stalinistischen Bürokratie den Ersatz für den Aufbau der revolutionären Weltpartei des Proletariats. Die Rolle der Trotzkisten sollte laut Pablo darin bestehen, durch einen „Entrismus sui generis" (Entrismus besonderer Art) Druck auf die reformistischen, vornehmlich stalinistischen Massenparteien auszuüben, um sie zu revolutionärer — oder auch nur zentristischer — Politik zu zwingen. In Westdeutschland verbrachten Pablos Anhänger lange Jahre mit „tiefem Entrismus" nicht in der verfolgten KPD, sondem in der Partei der Verfolger, der Kalten-Kriegs-SPD. Dies trug stark dazu bei, den Namen des Trotzkismus in den Augen vieler Linker zu diskreditieren.

Mandels VS wurde zum Hauptträger dieser revisionistischen Strömung. Aber die Kräfte, hinter denen die Pabloisten hinterherliefen, variierten. Auf der Suche nach „neuen Massenavantgarden" bejubelte Mandel — je nachdem, was gerade populär war — die Guerilla-Kämpfer in der Dritten Welt und Maos China, die 68er Studentenbewegung und die feministische Frauenbewegung, und sogar Chomeinis „islamische Revolution" im Iran, die brutal die Frauen unterdrückte und unter dem Schleier versklavte.

Mit dem Einsetzen des zweiten Kalten Krieges nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1980, der dazu diente, den US-Imperialismus nach Vietnam und dem Watergate-Skandal moralisch wiederaufzurüsten, landete das VS an allen Brennpunkten des antisowjetischen Feldzuges im Lager der Imperialisten — natürlich im Namen der „Demokratie". Das VS unterstützte 1981 nach Kräften Walesas konterrevolutionäre, antisowjetische, nationalistische Solidarnosc, die dann dafür sorgte, daß die Arbeiter in Polen ausgehungert werden. Mandels Anhänger bejubelten sogar die baltischen „Waldbrüder" in Estland *(International Viewpoint,* 18. September 1989), die sich mit den SS-Sturmtruppen gegen die Rote Armee verbündet hatten.

Die westdeutschen Pabloisten feierten den zweiten Kalten Krieg mit einem Zusammenschluß mit den maoistischen Trotzki-Hassern der KPD/ML, die nur wenige Jahre zuvor Veranstaltungen der Pabloisten mit Eisenstangen auseinandergenommen hatten. Daraus wurde die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) gebastelt, die nie Sektion des VS war. Die VSP *verbot* ihren Mitgliedern unter Androhung von Ausschluß, in die Massenerhebung in der DDR zu intervenieren (siehe *Avanti,* Heft 7/8, 1992), um ihren Zusammenschluß mit den rabiat antisowjetischen Ex-Maoisten nicht zu sprengen. Einige VSPler (aus der nach dem deutschsprachigen VS-Journal benannten *Inprekorr-Stiömung)* und freischwebende Mandel-Anhänger gründeten daraufhin in Ostdeutschland die GRS, später Gruppe Avanti. Inzwischen sind die meisten *Inprekorr-Utiterstützer* aus der VSP ausgetreten.

„Die VSP war von Anfang an der Versuch, sich selbst überflüssig zu machen und sich in eine neue linke Forma-

Fortgesetzt auf Seite 12

Mandelianer...

Fortsetzung von Seite 11

tion einzubringen", beschreibt zutreffend ein Düsseldorfer Diskussionsbeitrag zur Zentralen Delegiertenkonferenz der VSP (*SoZ*-Beilage, 19. Mai) den ganzen Zweck des pabloistischen Unternehmens. Und damit hatten sie endlich Erfolg. Die Politik *aller Flügel* des „Vereinigten" Sekretariats besteht in der Suche nach einem Ersatz für die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Führung.

Zwar hat das Vereinigte Sekretariat jetzt seine Absicht erklärt, zum ersten Mal seit acht Jahren wieder eine offizielle VS-Sektion in Deutschland zu gründen, aber ihre politischen Gelüste sind die gleichen: Einheit, egal mit wem, am besten mit den Knierutscher-Reformisten der PDS. Noch 1990 hatte die VSP eine PDS-Wahlunterstützung abgelehnt, bei den jetzigen Bundestagswahlen ruft sie zur Wahl der PDS auf und schickt ihren Altkader Winnie Wolf in Baden-Württemberg auf der PDS-Liste in den Wahlkampf. Wolf erklärte: „Ein Grund dafür ist die politische Entwicklung seit 1990" *(SoZ,* 19. Mai). Genau! Seit 1990 hat die PDS immer wieder ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie von Auschwitz bewiesen, als sie die DDR verschenkte und jeden Widerstand gegen die kapitalistische Konterrevolution lahmte. Mit dem Eintritt in die PDS entdecken Mandels Anhänger diese Partei als jüngste „Avantgarde" — obgleich sie als Wessies dort Probleme haben werden, weil die PDS in der Tat ostdeutschen Nationalismus vertritt. Die alte pabloistische Methode des Anhängens an klassenfremde Kräfte dient ihnen dazu, den „Übergang" von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten" zur „Überlegenheit des Kapitalismus" vorzunehmen. Was noch, Hans-Jürgen ... ein Tausendjähriges Reich des Kapitalismus?

Die russische Frage ist die Frage der Revolution!

Die Herrscher des wiedervereinigten Deutschland lassen keine Gelegenheit aus, sich als Sieger im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion aufzuspielen. Nichts soll mehr daran erinnern, daß die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlagen hat. Aber auch hier zeigt sich Hans-Jürgen Schulz voll auf der Höhe des in Deutschland herrschenden antisowjetischen „Zeitgeistes": Im Vokabular des Kalten Krieges zieht er über eine „Kompradorenbürokratie" der DDR als „Schöpfung der Besatzungsmacht" her (a.a.O.). Es ist erstaunlich, daß er zur DDR noch DDR sagt — mit dieser Linie sollte er sie SBZ nennen, zusammen mit Strauß und Schönhuber.

Mit ihrem Sieg gegen Hitler zerstörte die Rote Armee den kapitalistischen Staatsapparat und führte von oben aus eine kontrollierte soziale Revolution durch, indem sie die Kapitalisten enteignete und eine vergesellschaftete Wirtschaft einführte. Sie errichtete eine *Diktatur des Proletariats,* wenn auch bürokratisch deformiert, in direkter Gegnerschaft zur kapitalistischen Profitwirtschaft in Westdeutschland, wo die imperialistischen Alliierten den Nachfolgestaat des Dritten Reichs, die Herrschaft der Deutschen Bank von Hermann Abs und der Nachfolger der IG Farben befestigten.

Peter Feist verschweigt die Entstehung der DDR und stiehlt sich damit um die Erklärung herum, wie die angeblich „unterlegene" Sowjetunion trotz Stalins Sabotage imstande war, ganz Europa von Hitlers blutigem Terror zu befreien — und welche Seite er damals eingenommen hätte. Zwar doziert er auch, „die Oktoberrevolution setzte einen welthistorischen Innovations-Impuls' frei". Aber dann sieht er eine „gewisse Tragik der Entwicklung ... darin, daß dieses .Modell' ... Überlebensfähigkeit besaß"! Für das Überleben der Sowjetunion gaben im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Sowjetbürger ihr Leben. Nicht umsonst!

Die Internationale Kommunistische Liga mobilisierte ihre Kräfte, um nach dem Sturz Honeckers in die beginnende politische Revolution in der DDR zu intervenieren, und rief auf: „Für ein Arbeiterrätedeutschland durch sozialistische Revolution im Westen und proletarische politische Revolution im Osten!" Wir forderten die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse. Aus dieser Intervention wurde die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) aus der früheren Trotzkistischen Liga Deutschlands und einem Kern von revolutionären ostdeutschen Soldaten und Arbeitern der Spartakist-Gruppen geschmiedet.

Die SpAD kämpfte als einzige Organisation ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und kandidierte unter dieser Losung bei den Volkskammerwahlen im März 1990. Mit dem Sieg des Vierten Reichs haben die Arbeiter der Welt, und wir mit ihnen, eine schwere Niederlage erlitten. Aber weil wir kämpften, haben wir nicht nur die Autorität des trotzkistischen Programms bei breiten Schichten der ostdeutschen Arbeiter gestärkt, sondern es hat sich auch die starke Verbundenheit dieser Arbeiterklasse mit sozialistischen Werten gezeigt.

Weil die Pabloisten nicht kämpften, entnehmen sie dementsprechend ihre Ansicht über die Arbeiter im Osten dem Arsenal des Kalten Krieges, daß die Arbeiter durch den Stalinismus zu geistlosen, seelenlosen Sklaven degradiert worden seien. Deshalb können sie sich dem imperialistischen Kreuzzug gegen den Stalinismus *anschließen.* Feist behauptet sogar, der „Zusammenbruch der osteuropäischen ‚real sozialistischen Gesellschaften' stellt ... vor allem eine große Chance im Emanzipationskampf dar".

Für die Staaten der sogenannten Dritten Welt, die durch die Unterstützung von Moskau einen gewissen Grad von Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten erlangen konnten, hat der Untergang der Sowjetunion bereits grauenhafte Konsequenzen gehabt. Angefangen mit dem Massaker an Hunderttausenden im Golfkrieg 1991, als die Sowjetunion unter Gorbatschow vor dem NATO-Kriegskurs in die Knie ging, hat die Zerstörung von DDR/UdSSR die imperialistischen Mächte ermutigt, der ganzen Welt ihre blutige „Neue Weltordnung" aufzuzwingen. Und jetzt ist der kleine deformierte Arbeiterstaat Kuba in höchster Gefahr, der auch von der DDR jahrelang massive Unterstützung erhielt; er steht ganz oben auf der „Liste der Feinde" des US-Imperialismus, der versucht, Kuba durch eine Aushungerungsblockade zu strangulieren. Angesichts dessen kann es nur als obszön bezeichnet werden, wenn Schulz gegen „umfangreiche .Solidaritätsleistungen' an Staaten der .Dritten Welt'" hetzt, „die faktisch nur eine Unterstützung der sowjetischen Weltmachtpolitik waren" (Schulz, a.a.O.).

DDR: „Übergangsgesellschaft" ohne Klassencharakter?

Um die angebliche „Unterlegenheit" des deformierten Arbeiterstaats DDR zu rechtfertigen, setzt Feist mit einem Federstrich alle marxistischen Kriterien außer Kraft und behauptet: „Dies war aber nicht die Diktatur des Proletariats, ... sondern es entstand eine Diktatur gegen das Proletariat, eine Diktatur .der Verwalter über die (eigentlichen) juristischen Eigentümer" (Feist, „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?"). Aus Trotzkis Begriff des „Übergangsregimes", mit dem dieser die Diktatur des Proletariats kennzeichnete, wo die stalinistische Bürokratie eine Barriere zur sozialistischen Entwicklung darstellte und deshalb durch die politische Revolution weggesprengt werden mußte, wird bei Feist/Schulz eine klassenlose „Übergangsgesellschaft". Nicht mehr die Frage, welche Klasse herrschte, ist für diesen angeblichen Marxisten ausschlagge-

bend, sondern allein die Frage der politischen Kontrolle.

Die Sozialdemokratie benutzte für ihre Zwecke immer wesentlich die gleiche Methode wie die stalinistischen Bürokraten: Sie setzte den Arbeiterstaat gleich mit der parasitären Bürokratie und identifizierte das Ganze mit „Sozialismus". Und diese Methode wenden auch Schulz und Feist an, sie verwenden die Gleichung Arbeiterstaat = Bürokratie, und da dies nicht „Sozialismus" ist, gibt es nichts zu verteidigen.

Weil die DDR eine „warenproduziefende Gesellschaft" war, sei sie nicht „sozialistisch" gewesen, behauptet Feist. Aber wesentlich war in DDR und Sowjetunion, daß *die vergesellschafteten Produktionsmittel und die Arbeitskraft* keine Waren waren, und daß die Produktion nicht auf Basis marktwirtschaftlicher Konkurrenz ablief, sondern auf Basis eines Plans, wenn auch bürokratisch kontrolliert. Die Existenz der nationalistischen Bürokratien war das Hindernis für eine effektive Planwirtschaft, die Rätedemokratie und vor allem internationale Arbeitsteilung voraussetzt.



SPARTAKIST

Preis: 0,05 M.

Nr. 1 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 7. DEZ. 1989

Kein Ausverkauf der DDR!

Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!

Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen. Aber die ostdeutschen Arbeiter und Volksarmisten sind nicht gewillt, eine kapitalistische Wiedervereinigung zu erlauben.

Nachdem die stalinistische SED-Führung ihren völligen Bankrott bewiesen hat und dann abgetreten ist, wurde der bürgerliche Politiker Gerlach zum Staatsratsvorsitzenden ernannt. Er ist ein trojanisches Pferd für diejenigen, die eine Deutsche Bank-Republik wollen. Doch trotz der Willkürherrschaft der Stalinisten bleibt die Deutsche Demokratische Republik ein Arbeiterstaat. Um die sozialen Errungenschaften der DDR zu verteidigen, um die Macht in Arbeiterhand zu legen, gilt es, jetzt Arbeiter- und Soldatenräte aufzubauen.

Jetzt ist die alte "Führung" entweder unter Hausarrest oder auf ...

... werden können, dann kann Gerechtigkeit erteilt werden.

Alle behaupten, Antistalinisten zu sein. Doch eine Menge von denen, die gegen "Korruption" schreien, tun dies in schwarz-rot-goldenen Farben. In Leipzig riefen einige Demonstranten, die die BRD-Fahne schwenkten – darunter rassistische Skinhead-Punks –, "Rote raus aus der Demonstration" und "Deutschland ein Vaterland". Sie versuchten, einen Lynchmob aufzupeitschen, der sich gegen alle SED-Mitglieder und anständigen Militanten richten würde. Alle klassenbewußten Arbeiter und Soldaten müssen gegen solche gewalttätigen Provokationen auf der Hut sein. Während bei den SED-Spitzen sehr schnell ihre Verwandtschaft mit den Kapitalisten über der Grenze zum Vorschein kommt, wollen viele einfachen SED-Mitglieder unter der roten Fahne kämpfen. Und viele Demonstranten ...

Nach Honeckers Sturz intervenierten Spartakisten mit täglicher *Arbeiterpressekorrespondenz* und stießen in der DDR auf massenhaftes Interesse

Spartakist

Wenn Feist jetzt die PDS angreift, sie „hätte den Kampf für die Verteidigung des Volkseigentums gegen die kapitalistische Restauration viel entschiedener führen können und müssen" *(Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS,* Heft 5/1994), so umgeht er genau die Frage der Verteidigung *fas Arbeiterstaats,* ohne den es die Errungenschaften der DDR nicht geben konnte. Und weit davon entfernt, das Volkseigentum zu schützen, gründete die PDS die Treuhand, um es an die neuen kapitalistischen Herren zu verschleudern. Zu der Zeit demonstrierte die SpAD vor der DDR-Volkskammer gegen Modrows Privatisierungsgesetz.

Das Vereinigte Sekretariat hat eine lange Geschichte darin, den *Doppelcharakter* der stalinistischen Bürokratie zu leugnen. Einerseits verteidigte die Bürokratie ihre parasitäre Stellung gegen das Proletariat, dem sie die politische Macht entrissen hatte. Andererseits war sie aber auch unter gewissen Umständen gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um das vergesellschaftete Eigentum, auf dessen Basis sie existierte, gegen die Imperialisten zu verteidigen. Afghanistan war ein solcher Fall, wo die IKL und ihre Vorläuferin, die internationale Spartacist Tendenz, sagten: „Hoch die Rote Armee" gegen die vom CIA gestützten reaktionären Mullahbanden. Dies war nicht die proletarische internationalistische Rote Armee unter Trotzkis Führung. Trotzdem begrüßten wir die Intervention sowjetischer Truppen: Sie verteidigten die UdSSR gegen die CIA-finanzierte islamische Reaktion *und* stellten objektiv eine externe soziale Basis für eine grundlegende soziale Umwälzung der vorfeudalen Klassenstruktur des Landes dar.

Und wir gaben Jaruzelski 1981 militärische Unterstützung, als er die Konterrevolution der klerikal-nationalistischen Solidarnosc stoppte, die vor Antisemitismus strotzte. Gleichzeitig riefen wir zum Aufbau von trotzkistischen Untergrundzellen in Polen auf, um für den Sturz der Bürokratie zu kämpfen, die die Arbeiter nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft in die Arme der Konterrevolution getrieben hatte.

Friedliche Koexistenz des VS mit deutschem Nationalismus

Bereits bei der sich entfaltenden politischen Revolution in der DDR 1989, als die Existenz des ersten Arbeiterstaats auf deutschem Boden auf dem Spiel stand, war für das Vereinigte Sekretariat eine klassenlose „Demokratie" Maßstab aller Dinge. Zwar behauptete die Mandelsche VS-Mehrheit in einer Resolution vom November 1990 ihre „entschiedene Opposition gegen die deutsche kapitalistische Wiedervereinigung", straft diese schamlose Behauptung aber noch im gleichen Text Lügen. Der Kernpunkt: Kapitalistische Wiedervereinigung ist vielleicht nicht das höchste der Gefühle, aber wenn sie nun mal unvermeidlich ist, dann stellen wir bestimmte Bedingungen: „einen Abzug aller fremden Truppen von deutschem Gebiet; ein entmilitarisiertes Deutschland ..."

Mandels „Bedingungen" gaukelten einen „neutralen" *kapitalistischen* Staat vor als kleineres Übel, aber das Ergebnis konnte nur das Vierte Reich sein, wie es jetzt existiert. Sein Schüler Schulz lieferte dann auch bald nach dem Anschluß die Theorie, daß es „Kein 4. Reich" *(Avanti* 19/20, Juli/August 1992) gebe, sondern „ein anderes Deutschland, das seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden ist" (um Mißverständnissen vorzubeugen, er meint natürlich nicht die DDR damit). Die Wirklichkeit des kapitalistischen Deutschland schlägt dieser Schönfärberei frontal ins Gesicht. Mit der Lostrennung von Kroatien und Slowenien hat Bonn im Alleingang den blutigen nationalistischen Krieg auf dem Balkan entfacht (siehe Seite 6); die Regierungsparteien haben in einer rassistischen Allianz mit der SPD durch die Zerstörung des Asylrechts den Nazi-Mordbrennern grünes Licht gegeben.

Mandels Forderung nach „Abzug aller fremden Truppen" war die Krönung von zehn Jahren nationalistischer „Friedensbewegung in Westdeutschland, die unter sozialdemokratischer Führung dem Drang nach Osten des gestärkten deutschen Imperialismus Ausdruck gab. Jetzt feiert Kohl mit der Verabschiedung der „fremden Truppen" die Vollendung dieser Forderung, und SPD-Epplers „Friedensbewegung, an die sich Mandels „entschiedene Opposition" angehängt hat, hat ihr erklärtes Ziel erreicht — die Entwaffnung und Einverleibung der DDR.

In der DDR hofierte Mandel die Vereinigte Linke (VL) und verteidigte die „Souveränität der Volksmassen der DDR", ganz im Stil des DDR-Nationalismus, den das Regime genährt hat. Noch im Dezember 1989 druckte *Inprekorr* seitenlang programmatische Erklärungen vom Neuen Forum, vom Demokratischen Aufbruch und den Ost-Sozialdemokraten der SDP ab, die unter dem Stichwort „parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft" dem Vormarsch der Kapitalisten den Weg bereiteten. Wenige Wochen darauf marschierte die SDP/SPD unter den Rufen „Wir sind ein Volk" bei den Leipziger Montagsdemos im Gleichschritt mit Nazi-Skinheads.

Fortgesetzt auf Seite 14

Mandelianer...

Fortsetzung von Seite 13

Im Gegensatz zur Anbiederung von VS/VSP an Nationalismus und Sozialdemokratie warnten wir Spartakisten davor, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war. Als Ende Dezember 1989 das Treptower Ehrenmal der sowjetischen Armee von Nazis geschändet wurde, initiierten wir einen Aufruf zur Arbeitereinheitsfront, um die Faschisten zu stoppen. Nachdem sich auch die SED-PDS durch die starke Resonanz dazu gezwungen sah, zu mobilisieren, versammelten sich im Januar 1990 im Treptower Park in Ostberlin 250000 Menschen zu einer prosowjetischen, antifaschistischen Massendemonstration. Diese Demonstration war ein machtvoller Beweis für die Existenz einer starken prosozialistischen Stimmung, im Gegenteil zu anderslautenden Schutzbehauptungen des VS und der VL.

Trotzkistische Partei ist der Schlüssel

Diejenigen, die zur Zeit des Anschlusses gelähmt waren oder ihn sogar bejubelten, haben auch kein Programm, um gegen die Konsequenzen der Konterrevolution zu kämpfen. Die von den Pabloisten hofierten Vereinigten Linken sind heute ein wütender Teil der antikommunistischen Hexenjagd, und die von ihnen aufgebaute VSP kam nach dem Pogrom von Magdeburg mit Tips heraus, wie man bei rassistischen Überfällen mehr Polizei an den Ort kriegt. VS/Avanti bejubelten zusammen mit Gysi den isolierten Hungerstreik in Bischofferode als Alternative zum Klassenkampf. Wir haben keinen von ihnen gesehen, als wir durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung im letzten Januar die Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin organisierten, oder als wir uns zuletzt am 1. Mai an einer antifaschistischen Aktion mit Gewerkschaftern, Jugendlichen und Immigranten beteiligten, die in Berlin die Faschisten stoppte.

Eine der Grundcharakteristiken des Pabloismus ist, für scheinbare kurzfristige „Gelegenheiten" alle Lehren und programmatischen Grundlagen über Bord zu werfen, die mit dem Blut der Arbeiterbewegung bezahlt wurden. Mit dem Standardspruch, „die Arbeiter müssen ihre eigenen Erfahrungen machen", wäscht Mandels VS nach jeder Niederlage der Arbeiter seine Hände in Unschuld, um den nächsten klassenfremden Kräften hinterherzulaufen. Und diesmal ist es die Kapitulation vor dem Kapitalismus selbst.

Die beginnende politische Revolution in der DDR und der Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion waren eine Feuerprobe für Revolutionäre. „Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung", wie Trotzki im *Übergangsprogramm* feststellte. Mit diesem Verständnis intervenierten wir, um in dieser Periode, wo sich alle Klassengegensätze zuspitzten, der Faktor zu sein, der den Unterschied macht: die revolutionäre Führung.«

Drogenhetze...

Fortsetzung von Seite 9

Verschärfung der „Terrorismusbekämpfung" in der EG zeigt, ist die „Drogenbekämpfung" Teil einer Offensive in der „Festung Europa", die Repression vorwiegend gegen Immigranten zu verschärfen.

Die Linke als Dealer für den bürgerlichen Staat

An vorderster Front sind Linke eingereiht, um die brutale Linie der staatlichen Repression weiterzuverkaufen: für die „Bekämpfung des organisierten Verbrechens" brauche man mehr Bullen. Und so fordert die MLPD, genau wie SPD und PDS im Schulterschluß mit den CDU-Hardlinern, hart durchzugreifen gegen Drogen, weil sie die Kampfkraft der Arbeiter lahme. Die Arbeiter (und die Jugend) sollen gefälligst „Hämmern und sicheln, statt jammern und picheln".

Die maostalinistische MLPD fordert jetzt „härteste Strafen für Drogenhändler, Dealer und ihre Hintermänner. Sie gehören überall, wo sie auftauchen, verjagt" *(Rote Fahne* Nr. 37, 18. September 1993). Das erinnert doch sehr an das stalinistische Erbe, wo in den 30er Jahren in der Sowjetunion Homosexuelle verfolgt, die Abtreibung für Frauen verboten und das Privatleben der Arbeiter reglementiert wurde. Aber der wichtigste Feind der Arbeiter ist die Polizei — und deren Macht bleibt von den „Marxisten" der MLPD unangetastet, ganz in der Tradition der Anbiederung an die Sozialdemokratie.

Und das wirkliche Opium des bürgerlichen Staates und das Mittel, die Arbeiter zu lahmen, sind: Pfaffenwort und Polizei. Mit dem „Wort zum Sonntag" im staatlichen Fernsehprogramm, mitverwaltet von der SPD, soll christliche Moral in die Köpfe der Zuschauer gehämmert werden. Sowieso meint die Sozialdemokratie, daß der Staat entscheiden muß, was am besten für die Massen ist. Genauso argumentiert die Gruppe Voran. Ob es sich um Nazis, Drogen oder Arbeitslosigkeit handelt, ihre Position ist wie die der SPD in der Weimarer Republik: „Staat, greif ein". Aber wenn der Staat eingreift, ergreift er dich!

Voran schlägt in ihrer April-Ausgabe ein staatlich verordnetes sauberes Leben vor: Für das „Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung", und für die „Verstaatlichung der Alkohol- und Tabakkonzerne und ihre demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten, die Gewerkschaften und den Staat". Die Annahme hier ist, daß der allmächtige und allwissende Staat legitime „Schutz"funktionen gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen hätte. Aber mit Demokratie oder gar Arbeiterdemokratie hat solche Staatsmoral nichts zu tun.

Und dann, wenn solche Linken sich nicht ganz auf Bullen und kapitalistischen Staat verlassen können, rufen sie sogar auf zum Lynchmob, der nichts anderes sein kann als Schocktruppe des kapitalistischen Staats. So schreibt die französische Schwesterorganisation von Voran, Jeunesse Communiste Révolutionnaire/Gauche Révolutionnaire (JCR/GR), in ihrer Broschüre „Die Internationale und der Staat" (Mai 1994) unter der Überschrift: „Unsere Freunde, die Bullen" über eine solche „Aktion", die im Sommer 1993 im Immigrantenviertel Les Biscottes in Lille stattfand. Ergebnis: die Auslieferung von 16 illegalen Immigranten an die Polizei, die damit mit Abschiebung in den Tod bedroht sind. JCR/GR jubelt darüber: „Wenn jemand einen Schritt in Richtung Arbeitermilizen in Frankreich in den letzten Jahren gemacht hat, dann diejenigen, die spontan gegen Dealer in den Arbeitervierteln mobilisiert haben." Wenn Voran über „Arbeitermilizen" spricht, hat dies nichts zu tun mit der Bewaffnung des Proletariats gegen die Faschisten und als Kern der zukünftigen Roten Armee. Statt dessen rufen sie auf für rassistische Aushilfstruppen für die kapitalistische Polizei, um die bürgerliche Ordnung durchzudrücken!

Gesetze gegen Drogen dienen wegen ihrer weiten Verbreitung notwendigerweise zur Reglementierung der Bevölkerung: Deren willkürliche Anwendung zielt besonders auf die Opfer kapitalistischer Unterdrückung wie Jugendliche und Immigranten, während sie jedermann einschüchtern sollen. Deshalb kämpfen wir Marxisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, um die Drogenverfolgung von Jugendlichen und Immigranten zurückzuschlagen. Weg mit der Kriminalisierung von Drogen!"

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 1

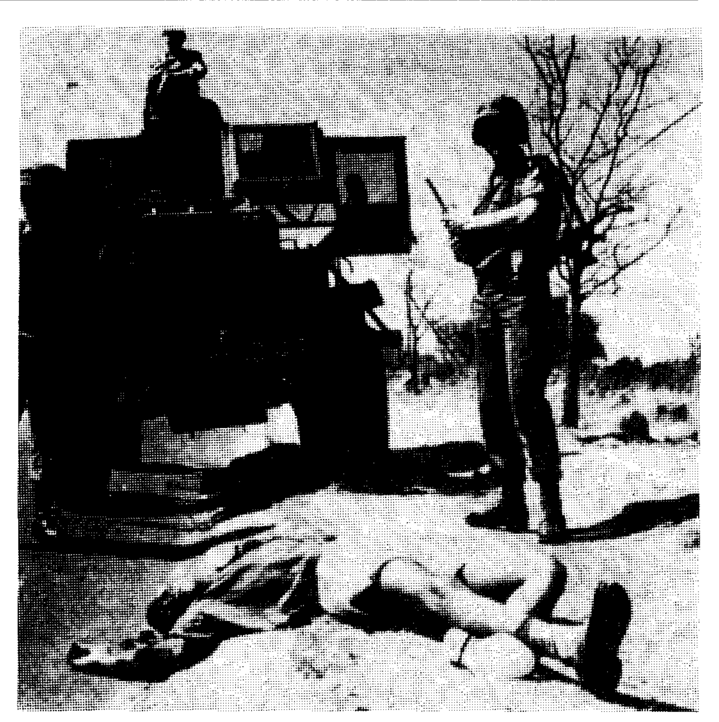
Eigentümer von Südafrikas Bergwerken, Fabriken und Farmen haben keinesfalls ihre Superausbeutung der schwarzen Werktätigen aufgegeben.

Statt dessen versuchen sie diese Ausbeutung dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie als ihren Agenten gerade die Organisation benutzen, die die Führung der schwarzen Befreiungsbewegung beansprucht, Mandelas ANC. Wie um diese Tatsache zu unterstreichen, hob die *Financial Times* (9. Mai) den Triumphalismus der Eigentümer der Gold- und Diamantenbergwerke hervor: „Anglo American und De Beers haben viel zu feiern — das afrikanische Reich offen für die Welt." Dieses Sprachrohr der Bankiers der Londoner City kommentierte, daß die Bergwerksmagnaten nach den „schwierigen Jahren" internationaler Sanktionen tatsächlich jetzt obenauf sind. Und aufgrund der Konterrevolution, die Osteuropa und die Sowjetunion überzog, „bedeutet [dies], daß Anglo [American] nicht mehr eine solch natürliche Zielscheibe ist, die eine ANC-kontrollierte Regierung entweder zerbrechen ... oder verstaatlichen würde". Die Randlords und die Imperialisten, die hinter ihnen stehen, glauben, daß sie das Fundament des Apartheid-Kapitalismus durch das Anlegen „demokratischer" Kleider gerettet haben.

Tatsächlich stand das Ergebnis der Wahlen fest, bevor sie stattfanden. Es würde eine Koalitionsregierung der nationalen Einheit" geben zwischen dem ANC und F.W. De Klerks auf den Afrikaanern basierenden National Party (NP, Nats), der Architektin und Bewahrerin des Apartheid-Systems. Für die nächsten fünf Jahre werden den Minderheitsparteien Sitze in der Regierung und effektives Vetorecht bei wichtigen Gesetzen garantiert. Dies wurde jetzt erweitert durch einen Handel, der Mangosuthu Buthelezi, den Chef der Inkatha, Partei des Zulu-Tribalismus, einbeziehen und ihm die Kontrolle der Provinz Natal geben soll. Schwarze Arbeiter sollen in Schach gehalten werden durch eine Verfassungsklausel, die nur Streiks über Arbeitsfragen erlaubt — d. h. ein Verbot politischer Streiks wie die massenhaft befolgten Generalstreiks, die Südafrika während des Anti-Apartheidkampfes erschütterten. Aber genauso wie die Kämpfe der schwarzen Werktätigen für Freiheit und Gleichheit das alte Apartheidsystem niederrissen, so werden sie den Handel über die „Machtteilung" unter einer Neo-Apartheid zwischen den Randlords und deren neuen schwarzen Strohmännern niederreißen.

Den Weißen, 13 Prozent der Bevölkerung Südafrikas, gehören 90 Prozent des Landes und anderer produktiver Reichtümer, und sie haben im Durchschnitt ein zehnmal so hohes Einkommen wie die schwarze afrikanische Mehrheit. Angesichts dieser gewaltigen und krassen rassistischen Ungleichheit kann eine kapitalistische „Demokratie", wie sie in Nordamerika und Westeuropa existiert, in Südafrika nicht etabliert werden. Die Privilegien und die Vorherrschaft der weißen herrschenden Klasse sind in einer Reihe von „Sonnenuntergangsklauseln" der neuen Verfassung festgeschrieben, die bis 1999 nicht geändert werden kann. Die Armeegenerale und zivilen Richter, die den Apartheid-Terror durchsetzten, können nicht ersetzt werden. Polizei- und Militäroffiziere, die für Massaker an Schwarzen verantwortlich sind, können für ihre Verbrechen nicht belangt werden. Das kapitalistische Privateigentum kann nicht angetastet werden, egal was der demokratische Wille der schwarzen Mehrheit ist.

Aber die Zukunft Südafrikas wird nicht durch das Ergebnis dieser Wahlen oder die sorgfältig ausgearbeiteten Arrangements über die „Machtteilung" zwischen dem bürgerlich-nationalistischen ANC und der National Party bestimmt werden. Welche Versprechen über „Mäßigung" und Klassenzusammenarbeit Mandela & Co. auch immer machen, die schwarzen Massen glauben, daß sie nach all dieser Zeit endlich eine Regierung haben, die ihre Interessen und Bestrebungen vertritt. In Townships von Kapstadt bis zum Witwatersrand sagen schwarze Einwohner, sie werden „Geduld" haben — etwa zwei Monate lang. Es sagt viel über die Krise der Erwartungen, daß der ANC Gerüchten entgegentreten mußte, die Schwimmbäder weißer Familien würden verstaatlicht werden. Das Regime Mandela/De Klerk wird gegen Streiks und Proteste der Arbeiter in den machtvollen und kämpferischen schwarzen Gewerkschaften vorgehen, gegen die Besetzung von Wohnraum weißer Eigentümer durch Obdachlose, gegen Forderungen, das Land, das Weißen gehört, an die verarmten Schwarzen zu verteilen, die lange in den Bantustans in der Falle saßen.



Der Spiegel

Die südafrikanische Armee mit ihren rassistischen Mördern bleibt unter „Machtteilung" unangetastet

Konfrontation mit schwarzen Arbeitern rückt näher

Als Wahlergebnis erhielt Mandelas African National Congress etwa 12 Millionen Stimmen, etwas weniger als 63 Prozent; De Klerks National Party bekam 4 Millionen Stimmen oder 20 Prozent; und Buthelezis Inkatha erhielt angeblich 2 Millionen oder 10 Prozent der Stimmen. Der ANC bekam eine überwältigende Mehrheit in sechs von acht Provinzbezirken. In der westlichen Kap-Provinz (um Kapstadt) bekamen die Nats 52 Prozent gegenüber 33 Prozent des ANC, indem sie mit der Aussicht auf eine schwarze Regierung rohe Ängste unter der „farbigen" (gemischtrassigen Bevölkerung schürten. In KwaZulu/Natal, wo Inkatha über die Hälfte der Stimmen zugesprochen wurde und der ANC ein Drittel erhielt, gibt es Beweise für massive Wahlfälschung. Aber Mandela weigerte sich, das Ergebnis anzufechten, was Spekulationen Nahrung gab über einen „Handel innerhalb des Handels", nämlich Buthelezi genügend Stimmen zuzuschanzen, damit er in die Regierung kommt. Der Londoner *Guardian* (7. Mai) behauptete klipp und klar:

> „Die Unabhängige Wahlkommission und der African National Congress konspirierten, um die Kontrolle über KwaZulu/Natal an Mangosuthu Buthulezi zu übergeben,

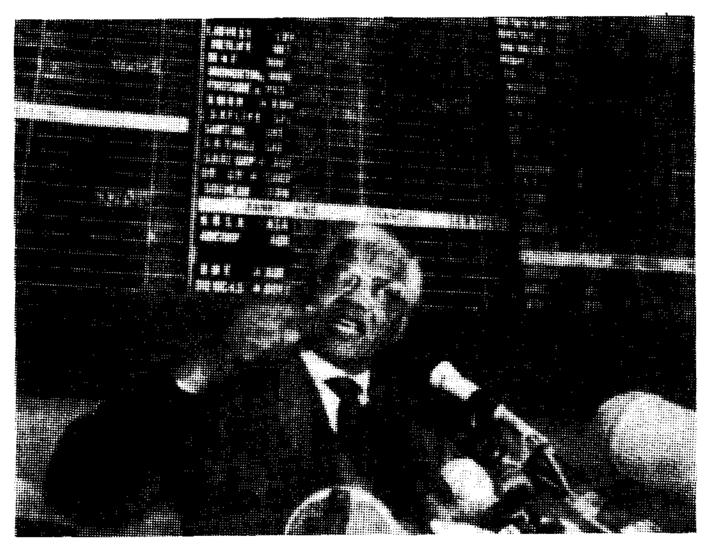
Fortgesetzt auf Seite 16

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 15

in der Hoffnung, in der blutgetränkten Provinz Frieden zu erkaufen."

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts spricht Bände über den Verrat an den Hoffnungen auf die Freiheit der Schwarzen und über den Klassencharakter des Staates. Während Mandela Präsident ist und der Oberyuppie des ANC, Thabo Mbeki, erster Vizepräsident (und wahrscheinlich Nachfolger des 75jährigen Staatsoberhauptes), ist De Klerk jetzt zweiter Vizepräsident. Das Finanzministerium bleibt in den Händen von Derek Keys, ehemaliger Topmanager von Gencor, dem zweitgrößten Bergbaukonzern Südafrikas, der diese Schlüsselposition schon in De Klerks NP-Regierung hatte. Von den 15 Ministern des ANC sind



Reuters

Mandela in der Johannesburger Börse: ANC versichert den rassistischen Herrschenden Treue zum Kapitalismus

viele Mitglied der South African Communist Party (SACP), die seit langem eine führende Rolle im ANC spielt. Der langjährige SACP-Chef Joe Slovo ist Minister fürs Wohnungswesen: Slovo, an dem nichts „rot" ist außer seinen roten Markensocken, wandelte sich vom harten Stalinisten zum weichen „Marktsozialisten".

Andere SACPler besetzen Schlüsselpositionen wie Verteidigung (Joe Modise, der wie Slovo und der ermordete SACP-Generalsekretär Chris Hani früher Chef des bewaffneten Arms des ANC, Umkonto we Sizwe, war), Polizei (Sydney Mufamadi) und Auswärtiges (Alfred Nzo), und der frühere Führer des Gewerkschaftsverbands COSATU, Jay Naidoo, ist verantwortlich für die Durchführung des „Aufbauplans" des ANC. Berichten zufolge beschwerte sich De Klerk darüber, daß die Nats nicht die Sicherheitsministerien bekamen, aber trotz eines Unbehagens in herrschenden Kreisen über „Rote" in strategischen Positionen ist es Tatsache, daß sie die gleiche Apartheid-Armee und gleiche Apartheid-Polizei leiten werden. Selbst eine kosmetische „Säuberung" dürfen sie nicht durchführen, das verhindert die „Sonnenuntergangsklausel", ausgearbeitet von ... Joe Slovo. Nachdem also der Zusammenbruch der stalinistischen bürokratischen Herrschaft die Konterrevolution in der ganzen Sowjetunion und Osteuropa einleitete, macht sich die KP daran, *in Zusammenarbeit mit und im Interesse des Apartheidkapitals* ein Land mitzuregieren!

Nur ein paar Prozentpunkte fehlten dem ANC zur Zweidrittelmehrheit, die ihn in die Lage versetzt hätte, die neue Verfassung zu ändern und Vetos der weißen Rechten im Kabinett und neuen Parlament zu verhindern. Der ANC zeigte deutliche Erleichterung über dieses Ergebnis, wie die *New York Times* (7. Mai) festhielt:

> „Das entscheidende Wahlergebnis verfehlte knapp die Zweidrittelmehrheit, die Herrn Mandela freie Hand gegeben hätte, eine neue Verfassung zu schreiben, aber heute erklärte er, er sei froh über dieses knappe Verfehlen. ‚Ich fühle mich sehr erleichtert darüber, daß wir nicht die Zweidrittelmehrheit erreichten, denn es bauten sich schon Spannungen auf, daß wir unsere eigene Verfassung schreiben wollten', sagte er."

Was Mandela jetzt Sorgen macht, ist die anstehende Konfrontation mit der schwarzen Arbeiterbewegung. Eine Auseinandersetzung zwischen dem ANC und seinen Gewerkschaftsverbündeten brach offen zwei Wochen vor den Wahlen aus, nachdem die ANC-Führer Cyril Ramaphosa und Slovo zu einem Streikstopp aufgerufen hatten. Unter dem Druck seiner Mitglieder reagierte COSATU scharf und sagte, sie „würden prinzipiell keinen Aufruf zu einem allgemeinen Streikstopp unterstützen, nicht einmal für einen begrenzten Zeitraum" *(Weekly Mail,* 15. April).

Zu den kontroversesten Verfassungsklauseln gehört eine, die das Streikrecht auf rein „ökonomische" Fragen begrenzt, und eine andere, die das „Recht" der Bosse festschreibt, Arbeiter auszusperren. Letzten November demonstrierten die schwarzen Gewerkschaften während der Verhandlungen über die „Machtteilung" und bereiteten sich auf einen Generalstreik vor, um diese Klauseln aus der Verfassung zu katapultieren. Die Gewerkschafter wurden von Slovo und COSATU-Chef Sam Shilowa (auch SACP) unter Druck gesetzt, ihren Streik abzusagen, mit dem Versprechen, wenn sie ANC wählten, würde man mit einer Zweidrittelmehrheit sofort die Verfassung umschreiben.

Für eine bolschewistische Arbeiterpartei!

Das Verständnis, daß es in einem Land wie Südafrika nur möglich ist, die vielen unerfüllten revolutionär-demokratischen Aufgaben zu lösen, wenn das sozialistische Proletariat die Macht erobert, ist das Wesentliche an Trotzkis Theorie der permanenten Revolution. Dies zeigte Lenins bolschewistische Partei, als sie im Oktober 1917 den erfolgreichen Kampf für die Diktatur des Proletariats führte. Um für das Prinzip der proletarischen Opposition gegen alle kapitalistischen Parteien, einschließlich des ANC, zu kämpfen, gaben wir bei den Wahlen vom 26.—28. April *kritische Unterstützung* für die Workers List Party. Die WLP kandidierte auf einer „antikapitalistischen" Plattform gegen den ANC und seine „Regierung der nationalen Einheit" und rief zu einer Arbeitermassenpartei auf. Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 599 (29. April) schrieben:

> „Die Frage der politischen Organisation des Proletariats, unabhängig vom und in Opposition zum nationalistischen ANC, ist heute für Südafrika eine strategische Schlüsselfrage. In dieser Hinsicht zieht die WLP tatsächlich eine grobe Klassenlinie, und eine Stimme für sie wird in Südafrika als eine Stimme für eine Arbeiterpartei statt für den ANC gesehen werden."

Die WLP, initiiert von der Workers Organisation for Socialist Action (WOSA) von Neville Alexander, bot zwar keine marxistische revolutionäre Lösung, aber zumindest stand sie für die Notwendigkeit einer unabhängigen Partei der Arbeiterklasse. '

Bei unserem Aufruf zur Wahl der WLP sagten wir gleich, daß ihr Manifest ein Einkaufszettel reformistischer Standardforderungen sei. Ein weiterer Hinweis auf diese Orientierung ist die Tatsache, daß sie Berichten zufolge das Wahlkampfgeld annahm, das die Regierung an die zur Wahl stehenden Parteien austeilte. Dies macht sie anfällig für finanziellen Druck des kapitalistischen Staats: Wer zahlt, hat das Sagen. Wir wiesen auch darauf hin, daß die WLP sich in ihrer Plattform an keiner Stelle in bezug auf

den ANC definiert, und sie betonte auch nicht die Notwendigkeit einer *sozialistischen Revolution* gegen das Neo-Apartheid-Regime.

Ohne ein revolutionäres Programm wird die Politik von WOSA/WLP unweigerlich darauf hinauslaufen, auf die ANC/NP-Regierung Druck auszuüben. Diese Perspektive einer reformistischen Politik des Druck-Ausübens wurde deutlich gemacht in einer Erklärung der WLP nach den Wahlen (abgedruckt in *Socialist Organiser,* 5. Mai), in der es heißt:

> „Unsere erste Salve im Krieg gegen die Armut ist unsere Kampagne, das Recht auf Arbeit in jedweder neuen Verfassung verankert zu haben, so daß die Forderung nach Arbeit für alle per Gesetz durchsetzbar wird... Nur durch massiven Druck der Straße werden die parlamentarischen Vertreter der Wähler gezwungen werden, Reformen zuwege zu bringen, die für das Leben der Mehrheit einen Unterschied machen."



Der Spiegel

Slum in Soweto: ANC wird versprochene Jobs und Wohnungen nicht beschaffen, weil er sich verpflichtet hat, den Reichtum des weißen Kapitals zu schützen, der aus der Superausbeutung der schwarzen Arbeit herausgepreßt wird

Der Kampf für Arbeitsplätze ist tatsächlich eine Schlüsselforderung in Südafrika heute, wo 40 Prozent und mehr von der schwarzen Bevölkerung arbeitslos sind. Aber diese als eine Klausel in der Neo-Apartheid-Verfassung aufzustellen ist parlamentarischer Kretinismus. Nötig ist, in gemeinsamen und militanten Arbeitskämpfen die *Macht* der schwarzen Arbeiter zu mobilisieren, im Kampf, das Regime Mandela/De Klerk wegzufegen.

Der ANC, der tatsächlich das kapitalistische Südafrika seit der Einsetzung des Übergangsexekutivkomitees im letzten Dezember mitregiert, ist jetzt formal im Amt und verwaltet die Geschäfte der Bourgeoisie zusammen mit De Klerks National Party. Und die Massenorganisationen der schwarzen Arbeiter, der Gewerkschaftsverband COSATU und die SACP, sind in einer nationalistischen „Volksfront" direkt mit dem bürgerlichen ANC verbunden. Inzwischen bleiben die Militärkräfte des Apartheid-Regimes, der Kern des kapitalistischen Staats, intakt und fügen einfach eine leichtbewaffnete und zahnlose „friedenserhaltende" Truppe hinzu zur Bewachung der Townships.

Wenn auch mit dem enormen Unterschied, den in Südafrika die Rassenfrage ausmacht, erinnert diese zugespitzte Situation an die Erfahrung der linken Regierung der Unidad Populär unter Salvador Allende in Chile Anfang der 70er Jahre. Ähnlich wie die „Sonnenuntergangsklauseln" in Südafrika, unterzeichnete Allende ein Statut von „Verfassungsgarantien" und verpflichtete sich, die Armee nicht anzurühren. Inzwischen erzwang die UP „Gesetz und Ordnung" des Kapitalismus, wobei sie Streiks und Landbesetzungen zu unterdrücken versuchte und nach und nach ihre Unterstützer in der Arbeiterklasse demoralisierte. Nach drei Jahren an der Macht richtete die Armee unter dem angeblich „verfassungstreuen" General Pinochet ein Blutbad an, das Zehntausende von linken Arbeitern und Bauern tötete, und errichtete eine Militärdiktatur, die die Löhne in den Keller trieb und fast zwei Jahrzehnte lang an der Macht blieb. Pinochet selbst erfreut sich immer noch einer „Sonnenuntergangsklausel", die es der gegenwärtigen „demokratischen" Regierung verbietet, diesen Schlächter als Oberbefehlshaber der Streitkräfte abzusetzen.

Dreißig Millionen schwarze Südafrikaner überlebten nicht das Gefängnisleben in den Bergwerken, die „Hippo"-Schützenpanzerwagen, die durch die Townships donnerten, die Generationen von Demütigung, Folter und Exil, nur um einen „Machtteilungs"schwindel mit den sagenhaft reichen Randlords und den Johannesburger Börsenhaien zu erzielen. Wo jetzt die Militäreinheiten des ANC sich in die südafrikanische Apartheid-Armee „integrieren" und COSATU-Führer sich dem ANC/NP-Regime unterwerfen, werden sie gegen die Kämpfe ihrer eigenen Unterstützer eingesetzt werden.

Maßnahmen des neuen Regimes, Kämpfe der Schwarzen zu unterdrücken, werden rasch die ANC-Führung diskreditieren angesichts der Unruhen von militanten Teilen ihrer Basis. Andererseits könnten Versuche, den Forderungen der schwarzen Massen entgegenzukommen, dazu führen, daß Schlüsselsektoren der weißen herrschenden Klasse, die die grundlegende Kontrolle über Armee und Polizei behält, den ganzen „Machtteilungs"handel fallenlassen, was das

Fortgesetzt auf Seite 18

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 13366 Berlin
Telefon: (030)4439400

Duisburg T. Endruweit, Postlagernd
47051 Duisburg
Telefon: (0203)65892

Halle SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Südafrika: Pseudo-Opposition von Linken gegen ANC-Volksfront

Die kürzlichen Wahlen in Südafrika waren eine Feuerprobe für Marxisten. Unsere Opposition dagegen, den ANC zu wählen, beruhte auf unserer grundsätzlichen Opposition gegen *diese nationalistische Volksfront.* Eine Volksfront ist eine Konstruktion, die das Proletariat der Bourgeoisie unterordnet, mit Hilfe eines politischen Blocks zwischen reformistischen Arbeiterorganisationen und einem Teil der Kapitalistenklasse. Der ANC selbst ist eine „Volksfront in Gestalt einer Partei"; das heißt, er umfaßt bürgerliche Nationalisten ebenso wie die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) und die Führer des Gewerkschaftsverbandes COSATU.

Die zentrale Frage in Südafrika besteht darin, die nichtweißen Werktätigen vom nationalistischen ANC wegzubrechen, der zu Unrecht den Anspruch erhebt, für die Emanzipation der Schwarzen einzutreten. Mit ihrem Wahlaufruf für den ANC — kleinbürgerliche Nationalisten, die sich zu schwarzen bürgerlichen Anwärtern auf die Macht entwickelt haben, während sie Mitherrscher des Neo-Apartheid-Kapitalismus wurden — riefen solche Organisationen wie die International Socialists of South Africa (mit der Sozialistischen Arbeitergruppe und der britischen SWP verbunden), die Marxist Workers Tendency (Voran bzw. Militant) und Comrades for a Workers Government (angegliedert an die Workers International League) zur Wahl der neuen schwarzen Strohmänner für den rassistischen südafrikanischen Kapitalismus auf, die die Armee holen werden, um Streiks zu brechen und Revolten in den Townships niederzuschlagen. *Congress Militant* (September 1993) brachte sogar ein Interview mit dem „Genossen Enoch Nelani", dem nationalen Vizepräsidenten der Polizei- und Gefängnis-Bürgerrechtsunion (Popcru), und forderte, daß diese Feinde des Kampfes der Arbeiter *und* Schwarzen im COSATU aufgenommen werden.

Bei den Wahlen in Südafrika gaben wir der Workers List Party (WLP — siehe Artikel in dieser Ausgabe) kritische Unterstützung. Während wir ihr linksreformistisches Programm scharf kritisierten, bemerkten wir, daß ihre Kampagne mit ihrem Eintreten für den Aufbau einer Arbeiterpartei und mit ihrer Gegenkandidatur zum nationalistischen ANC grob die Klassenlinie zog. Es gibt international auch andere Organisationen der Linken — darunter in Britannien Workers Power, deren Anhänger in Deutschland gelegentlich die Zeitung *Arbeitermacht* herausgeben -, die behaupteten, auf der Grundlage des Klassenprinzips gegen eine Stimme für den ANC zu sein, und zur Wahl der WLP aufriefen sowie Militant und SWP wegen ihres Kniefalls vor dem ANC angriffen.

Auf den ersten Blick könnten diese Überlegungen ähnlich wie unsere eigenen aussehen. Doch es ist notwendig, das von diesen Organisationen aufgestellte Programm /u untersuchen. Als Leninisten treten wir für den Aufbau einer *revolutionären* Arbeiterpartei in Südafrika ein, im Gegensatz zu einer reformistischen südafrikanischen Version britischer Labour-Politik. Das bloße Eintreten für eine Arbeiterpartei, die getrennt vom ANC organisiert ist, bedeutet *an sich* noch nicht, die Klassenunabhängigkeit des Proletariats in Opposition zur Bourgeoisie zu verteidigen. So waren im Rahmen des früheren Rußlands die Menschewiki getrennt von den bürgerlichen Liberalen (Kadetten) und den Sozialrevolutionären (Partei der Bauernschaft) organisiert. Jedoch hielten die Menschewiki an einem „Etappenkonzept" der Revolution fest (ähnlich dem, wofür die SACP in Südafrika eintritt). Die Menschewiki behaupteten zwar, für die „organisatorische Unabhängigkeit" der Arbeiterklasse zu sein, überließen aber den Kampf um die politische Macht, gegen die zaristische Selbstherrschaft, den Liberalen. Schließlich führte diese Politik, der Bourgeoisie hinterherzukriechen, dazu, daß die Menschewiki 1917 in Kerenskis Provisorische (Volksfront-) Regierung eintraten. Die unversöhnliche Op-

---

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 17

Gespenst des Bürgerkriegs heraufbeschwört. Ein Wiederaufflammen eines ethnischen Großbrands, verschärft durch die Intervention der Apartheid-Armee, könnte ganze Regionen in blutige Schlachtfelder verwandeln. Was immer in Südafrika geschieht, eines ist sicher: Freiheit und Gleichheit für die schwarzafrikanischen, farbigen und indischen Werktätigen erfordert den Kampf für eine auf Schwarze gestützte Arbeiterrepublik unter der Führung einer rassisch integrierten revolutionären Partei.

Eine bolschewistische Partei, die im Kampf für die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale aufgebaut wird, ist notwendig für die südafrikanischen Massen wie für die Arbeiter aller Länder, damit sie eine erfolgreiche sozialistische Revolution durchführen. Eine solche Partei kann nur durch die Intervention eines marxistischen Kerns Zustandekommen, der sich dafür einsetzt, alle Spuren des Apartheid-Kapitalismus hinwegzufegen, und sich der Sache des internationalen Sozialismus verpflichtet. Es kann erst Gerechtigkeit in Südafrika geben, wenn die nichtweiße Mehrheit die Macht hat in einem revolutionären Arbeiterstaat, der die Xhosa und Zulu, die Farbigen und Inder vereint, mit reichlich Platz und vollen demokratischen Rechten für diejenigen Weißen, die sich dem Aufbau einer Gesellschaft anschließen, die auf wirklicher Gleichheit beruht.

Eine proletarische Revolution in dem industriellen Machtzentrum Südafrika wäre ein Leuchtfeuer für das ganze Afrika südlich der Sahara und würde dazu beitragen, den Kontinent von Hungersnot und Elend zu befreien, die vom Imperialismus aufgezwungen sind. Sie wäre eine Inspiration für die Hunderte Millionen — Schwarze, Asiaten, Lateinamerikaner — auf der ganzen Welt, die unter der Gewalttätigkeit und Erniedrigung durch die rassistische Arroganz der hochmütigen weißen herrschenden Klassen der westlichen Mächte leiden — ob in den Kolonien oder direkt in den imperialistischen Metropolen. Besonders Schwarze in den USA sehen in der Apartheid-Sklaverei den Spiegel ihrer eigenen Unterdrückung. Eine sozialistische Revolution in Südafrika ist nicht nur Angelegenheit der südafrikanischen Arbeiter — genauso wie die Russische Revolution von 1917 wäre sie die Sache der Arbeiter und unterdrückten Völker aller Länder.

Für eine Sozialistische Föderation des südlichen Afrika! Für eine südafrikanische trotzkistische Partei als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale! Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen!

Nach Workers Vanguard *Nr. 600, 13. Mai*

COSATU-Gewerkschaftstag 1991 unter dem Banner des „Sozialismus". Heute möchte der ANC für die „Regierung der nationalen Einheit" schwarze Gewerkschaften dazu bringen, Streiks zu verhindern



Shariff/Work in Progress

position der Bolschewiki gegen diese Volksfront war die notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen proletarischen Aufstand im Oktober 1917.

Workers Power teilt überhaupt nicht die prinzipienfeste Feindschaft der Bolschewiki gegen Volksfrontpolitik, sondern tritt in Wirklichkeit für eine menschewistische Partei ein, die einfach ein Anhängsel des nationalistischen ANC wäre. Zwar ist das aufwendige Gebäude der Apartheid-Gesetze demontiert worden, doch die weiße herrschende Klasse bleibt weiterhin in ihrer stark befestigten Stellung. Die Emanzipation der Schwarzen und die anderen brennenden demokratischen Aufgaben können ohne eine proletarische Revolution nicht erreicht werden, wie Trotzkis Theorie der permanenten Revolution betont.

Workers Power begründet ihre Opposition zum ANC anscheinend mit einem Klassenstandpunkt: „Die Arbeiter brauchen nicht die Erfahrung, für eine Volksfront oder eine im Keim entstehende bürgerliche Partei zu stimmen. Eine Stimme für den ANC ist nur eine Stimme für Klassenzusammenarbeit, für die demokratische Konterrevolution."

Workers Power gab der WLP widerwillig kritische Unterstützung, nachdem sie das zuerst abgelehnt hatte, angeblich aus dem Grund, daß die WLP keine Massenorganisation ist (was ändert sich dadurch?). Was noch grundlegender ist: Während WP nicht offen zur Wahl einer bürgerlichen Formation aufrufen will, sehnt sie sich danach, der Volksfront „kritische Unterstützung" durch die Hintertür zu geben. So gibt WP zu verstehen, daß sie zur Wahl der proletarischen Bestandteile (SACP und COSATU) der Volksfront aufgerufen hätte, wenn der Wahlmechanismus dies zugelassen hätte: „Wäre es möglich gewesen, getrennt für die Organisationen und Kandidaten der Arbeiter innerhalb des ANC-Bündnisses zu stimmen, dann hätten Revolutionäre diese Kandidaten kritisch unterstützen sollen" (*Workers Power*, April 1994). Genauso stellte ihre österreichische Gruppe in der Zeitung *Arbeiterinnenstandpunkt* (Nr. 59, April 1994) fest, sie würde unter diesen Bedingungen „für eine kritische Unterstützung von Kandidatinnen der Arbeiterinnenorganisationen (SACP, COSATU) aufrufen".

Zu argumentieren, es sei zulässig, für die Arbeiterorganisationen innerhalb einer Volksfront zu stimmen, heißt, aus Klassenunabhängigkeit eine Farce zu machen. Normalerweise verkörpern reformistische Arbeiterparteien eine Dualität: Sie behaupten, die Interessen ihrer proletarischen Basis zu vertreten, während sie mit ihrem bürgerlichen Programm in Wirklichkeit der Kapitalistenklasse dienen. Wenn jedoch solche Parteien in eine Volksfront eintreten, wird diese Dualität formal und in der Praxis unterdrückt, denn die reformistischen Parteien führen dann eine Kampagne und versprechen, auf einer gemeinsamen Plattform innerhalb der rein kapitalistischen Grenzen zu regieren, die von ihren offen bürgerlichen Bündnispartnern festgelegt sind. Daher ist die elementare Voraussetzung dafür, die kritische Unterstützung einer Arbeiterorganisation zu erwägen, ihre Kandidatur unabhängig von der Bourgeoisie.

Als Trotzki der französischen Kommunistischen Partei 1922 kommunistische Taktiken darlegte, zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten („Reformisten-Dissidenten") in einem Block mit bürgerlichen Elementen waren, betonte er:

> „Wir sagen den Massen: ‚Weil die Dissidenten keine Revolution wollen, haben sie die Masse der Arbeiter gespalten. Es wäre Wahnsinn, damit zu rechnen, daß sie der proletarischen Revolution helfen würden. Aber wir sind bereit, innerhalb und außerhalb des Parlaments gewisse praktische Abmachungen mit ihnen einzugehen, vorausgesetzt, daß sie damit übereinstimmen, in den Fällen, wo man zwischen den bekannten Interessen der Bourgeoisie und den klaren Forderungen des Proletariats wählen muß, die letzteren in der Aktion zu unterstützen. Die Dissidenten können zu solchen Aktionen nur fähig sein, wenn sie ihre Verbindungen zu den Parteien der Bourgeoisie aufkündigen, das heißt zum „Linken Block" und seiner bürgerlichen Disziplin.'"

Trotzki bemerkte, daß in dem gegebenen Fall die Dissidenten „gezwungen sein werden, zu antworten, daß sie einen Block mit der Bourgeoisie vorziehen", und betonte: „Eine solche Antwort wird bei den proletarischen Reserven, auf die sie zählen, nicht ungestraft durchgehen."

Im Gegensatz dazu sagen Zentristen wie Workers Power zu den Arbeiterparteien der Volksfront: „Brecht mit der Bourgeoisie! Falls ihr das tut, werden wir euch unterstützen — und falls nicht, würden wir euch sowieso unterstützen, wenn uns die südafrikanischen Wahlgesetze nur unser kleines Spiel, für die Arbeiterparteien der Volksfront zu stimmen, machen ließen! Aber da sie das nicht tun, sitzen wir in der Klemme." Das ist keine Taktik, sondern eine Strategie, den reformistischen Klassenverrätern hinterherzukriechen. Diese brachte WP dazu, sogar zur Zeit des sozialliberalen Pakts unter Callaghan zur Wahl der Labour Party aufzurufen. Und in Frankreich stand sie bei den letzten Parlamentswahlen rechts von einem Großteil der Linken, als sie für die Wahl von Mitterrands Sozialistischer Partei eintrat,

Fortgesetzt auf Seite 20

ANC-Volksfront...

Fortsetzung von Seite 19

die ein Jahrzehnt lang der Kern einer rassistischen Volksfront des Kalten Krieges gewesen war, die kapitalistische Kahlschlagpolitik betrieb und seitdem von den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse gehaßt wurde. In Wirklichkeit will Workers Power überall ein Duplikat der Labour Party, auf daß sie ihr hinterherkriechen kann.

Das Argument, daß ein Wahlaufruf für die reformistischen Arbeiterparteien in einer Volksfront keine Unterstützung der Volksfront selbst darstelle, ist notwendigerweise falsch; besonders in Europa sind erfahrungsgemäß die reformistischen Arbeiterparteien genau das Mittel, mit dem die Arbeiterklasse zur Unterstützung der Volksfront geködert wird. Bei den meisten Volksfronten ist historisch der überwiegende Großteil der Stimmen an die reformistische Arbeiterkomponente gegangen. In Spanien sprach Trotzki von der bürgerlichen Komponente als dem „Schatten der Bourgeoisie". In anderen Fällen sind falsche „Arbeiterparteien" sogar erfunden worden, um eine Volksfront zu schaffen. Die amerikanischen Trotzkisten lehnten es zu Recht ab, der amerikanischen Labor Party kritische Unterstützung zu geben, die von Gewerkschaftsbürokraten und bürgerlichen Demokraten ausdrücklich zu dem Zweck gegründet wurde, die Arbeiter 1936 zur Wahl des liberalen Franklin Roosevelt zu ködern.

Man sollte bemerken, daß die erklärte Position von Workers Power zu Südafrika, die Wahl offen bürgerlicher Formationen abzulehnen, nicht ganz mit ihrer Praxis anderswo übereinstimmt. Wenn dies ein „Prinzip" ist, wie rechtfertigen sie es dann, daß sie regelmäßig zur Wahl der kleinbürgerlichen Nationalisten von Sinn Fein in Nordirland aufrufen? Es gibt keine grundsätzlichen *Klassenunterschiede* zwischen den *aufstrebenden* bürgerlichen Nationalisten von Sinn Fein und dem ANC. Es ist einfach so, daß der ANC die Gelegenheit hat, seine bürgerlichen Bestrebungen zu erreichen. Auf ähnliche Weise wurden die algerische FLN oder Mugabes ZANU/Patriotische Front in Zimbabwe, die als kleinbürgerlich-nationalistische Formationen entstanden waren, zu herrschenden bürgerlichen Parteien. Man kann zwar unter geeigneten Umständen einem militärischen Block mit kleinbürgerlichen Nationalisten gegen den Imperialismus beitreten, doch solchen Kräften Wahlunterstützung zu geben heißt, die Klassenlinie zu überqueren.

Die Revolutionary Internationalist League (RIL) hat eine Position *rechts* von Workers Power. Die RIL betont, daß der ANC eine Volksfront ist, und erhebt den Anspruch, für den Aufbau einer Arbeiterpartei zu sein. Doch im Grunde ist ihre Linie: „Mit den kämpferischsten Arbeitern und Jugendlichen durch diesen Kampf zu gehen bedeutet im allgemeinen, daß wir auch die ANC-Liste wählen würden (es gibt keine Wahlen nach Wahlkreisen), aber Trotzkisten können dem ANC keine politische Unterstützung geben, und in Situationen, wo Teile der Arbeiter eine Stimme für eine alternative Liste (wie WOSA oder die Azanische Völkerorganisation [AZAPO]) als eine linke Herausforderung zum Verrat des ANC sehen, werden wir uns ihnen anschließen, trotz unserer Kritik an diesen Organisationen" *(Revolutionary Fighter,* April/Mai 1994). Abgesehen von der Tatsache, daß die militanten Nationalisten der AZAPO zum Boykott der Wahlen aufriefen, und trotz des konfusen und ausweichenden Kauderwelschs dieser Erklärung bedeutet dies ihre Bereitschaft, dem ANC Wahlunterstützung zu geben. Die RIL sagt ausdrücklich *nirgendwo* in ihrem Artikel, daß es prinzipienlos ist, für bürgerliche Formationen zu stimmen.

Ernest Mandels Entzweites Sekretariat hat anscheinend einen schweren Fall von widersprüchlichen opportunistischen Gelüsten. Vor der Entscheidung von WOSA im Februar, die Workers List aufzustellen, warb *International Viewpoint* für „die Idee, zur Wahl des ANC aufzurufen und gleichzeitig eine unabhängige Kampagne von demokratischen und sozialen Sofortforderungen zu führen", d. h. eine falsche militante Plattform aufzustellen, um die Tatsache zu verbergen, daß sie für den bürgerlich-nationalistischen ANC stimmen würden. *Workers Power* (Mai 1994) berichtet, daß südafrikanische „Unterstützer des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale ... von WOSA absprangen und die Entscheidung, gegen den ANC anzutreten, verurteilten". Doch die Ausgabe von *Socialist Outlook* vom 26. März druckte eine Erklärung von WOSA ab und darunter einen Spendenaufruf für WOSA. Der gleiche Aufruf erschien in der Aprilausgabe von *International Viewpoint,* mit dem skeptischen Kommentar: „Es bleibt abzuwarten, welche Herangehensweise die pädagogischste und konstruktivste gegenüber den Hunderten von politischen und Gewerkschaftsaktivisten ist, die Mitglieder des ANC und der SACP sind und in ihrer Mehrheit für die ANC-Liste stimmen werden." Die Zeitung *Rouge* (28. April und 5. Mai) von der französischen LCR bezieht keine Position zur Wahl und verliert auch kein einziges Sterbenswörtchen über die Workers List Party. Das gleiche bei *Socialist Outlook* (14. Mai), wo beiläufig erwähnt wird, „einige winzige linke Gruppen" führten eine „Propagandakampagne, um die Menschen vor den Gefahren einer künftigen Regierung der nationalen Einheit zu warnen". Eins ist klar: Für das Vereinigte Sekretariat gibt es keinen grundsätzlichen Einwand gegen den Klassenverrat, für die bürgerliche Volksfront zu stimmen.

Die Workers International in Südafrika, verbunden mit Cliff Slaughters WRP in Britannien, stellte Kandidaten in zwei Provinzen auf. Doch ihre unbestrittene Geschichte, mit reaktionären Kräften in der Region Blocks zu bilden, im Namen des „Kampfes gegen den Stalinismus", macht es unmöglich, ihnen kritische Unterstützung zu geben. So beteiligten sie sich im November 1989 bei den Wahlen in Namibia an einem Wahlbündnis namens United Democratic Front (UDF), zu dem auch mehrere Bantustan-Parteien und Stammes„häuptlinge" gehörten, die Kollaborateure von Südafrikas Marionettenregierung in Namibia waren. Die UDF erhielt Geld von der Apartheid-Regierung. Mit dem Vorwurf, das zentrale Verbrechen von ANC/SWAPO sei es, daß sie stalinistische Gulags in die Steppe bringen wollten, veröffentlichten die Slaughter-Anhänger Desinformationen von den südafrikanischen Nachrichtendiensten, um ihre Gegner in den Dreck zu ziehen (was sogar die WRP in einem schwachen Leitartikel zugab: „We fall victim to ‚dirty tricks'" [Wir fielen „schmutzigen Tricks" zum Opfer], *Workers Press,* 25. November 1989). Ihr aktuelles Wahlmanifest ist genauso voll von bösartiger Stalinophobie.

Das Proletariat muß sorgfältig seine politische Unabhängigkeit von der Bourgeoisie wahren, ob von der „progressiven" Sorte wie Nelson Mandela oder von den eher widerlichen Typen, die von den Slaughter-Anhängern hofiert werden. Wie Trotzki hervorhob, „ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche". Volksfrontpolitik hat schreckliche Konsequenzen für die arbeitenden Massen. Die Unterstützung der Kuomintang durch Stalin und Bucharin führte zum blutigen Massaker an chinesischen Kommunisten; Allendes Version in Chile machte den Weg frei für Pinochets Putsch. Eine revolutionäre Perspektive in Südafrika — den Kapitalismus der Neo-Apartheid durch proletarische Revolution hinwegzufegen — erfordert die eisenharte Weigerung, der Volksfront entweder durch die Vordertür oder durch die Hintertür auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben.

Nach Workers Hammer *Nr. 141, Mai/Juni 1994*

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 24

nicht mehr Faschisten das bekamen, was sie verdienen. Was an der Polizei lag — die innerhalb von Minuten am Ort war, nicht um die Opfer der rassistischen Angriffe zu schützen, sondern um den Faschisten zu helfen. Darüber hinaus hielten Bullen eine Gruppe von Immigranten auf, die von einem Flüchtlingsheim im Stadtteil Cracau jenseits der Elbe kamen und ihren belagerten Heimnachbarn zu helfen versuchten, und entwaffneten sie.

Sechs Immigranten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden; ein Türke und der Algerier waren im Koma. Grotesk, daß im Krankenhaus die faschistischen Angreifer mit ihren Opfern zusammengelegt wurden: Als der Algerier aus seinem Koma erwachte, entdeckte er einen Nazi-Skinhead im nächsten Bett!

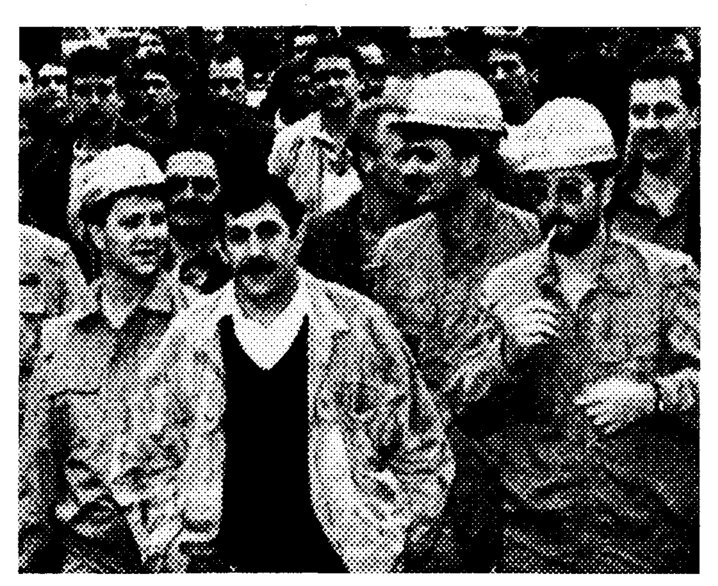
Wir Spartakisten kämpfen für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, die die Nazis kalt hätten stoppen können. Daß dies kein Wölkenkuckucksheim ist, wurde kürzlich in Berlin gezeigt, wo durch Ansätze von gewerkschaftlichen Aktionen am 20. April und 1. Mai faschistische Provokationen vereitelt wurden. Magdeburg ist eine Arbeiterstadt mit Metallbetrieben wie SKET (früher Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann), das in der DDR Zehntausende Arbeiter beschäftigte und wo immer noch Tausende arbeiten — der potentielle Kern einer entscheidenden Anti-Nazi-Mobilisierung. Aber die ostdeutsche Industrie wurde durch die kapitalistische Wiedervereinigung verwüstet. Die daraus folgende Massenarbeitslosigkeit und Zukunftslosigkeit der Jugend hat ein Klima der Verzweiflung geschaffen, von dem sich die Braunhemden nähren. Um den Faschismus zu bekämpfen, ist es notwendig, durch sozialistische Revolution den rassistischen Kapitalismus auszumerzen. Die SpAD ist bestrebt, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an die Macht bringen kann.

Heute gibt es in Deutschland de facto eine Große Koalition von CDU und SPD, und es sind diese Biedermänner in Bonn, die den Terror des Nazi/Skinhead-Drecks angestiftet und belohnt haben. Die SPD fällte ihre „Petersberger Beschlüsse", mit denen sie der Vernichtung des verfassungsmäßigen Asylrechts zustimmte, am Vorabend des Rostocker Pogroms August 1992, und die Bundestagsabstimmung im Mai 1993, die diesen rassistischen Konsens umsetzte, gab den faschistischen Morden in Solingen grünes Licht.

Jetzt kam bei dem Prozeß um den Solinger Brandmord sogar heraus, daß der V-Mann Bernd Schmitt für den Verfassungsschutz im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen die Solinger Brandmörder trainierte. Drei der vier Angeklagten gingen bei ihm „in die Schule". Als Leiter der Solinger Kampfsportschule „Hak-Pao" organisierte er auch Saalschutz für Faschisten und betrieb Spezialtraining „nur für Deutsche".

Voran, MLPD, VSP: „Unsere Freunde, die Bullen"

Nach dem Verbot der „Nationalistischen Front" sorgte dieser Verfassungsschutz-Mitarbeiter für den weiteren „organisatorischen Zusammenhalt" der Nazi-Banden von FAP bis Wiking-Jugend. Soviel zur Potenz von Verbotsforderungen an den bürgerlichen Staat. Aber unverdrossen erklärt die erzreformistische MLPD in ihrem Flugblatt, das auf den Magdeburger Demos verteilt wurde, nun: „Das Verbot aller faschistischen Organisationen muß gegen die Regierung durchgesetzt werden!" Die Nazis „dürfen hier noch legal arbeiten, ihre Versammlungen werden vom Staat geschützt". Mit der Verbotsforderung gibt die MLPD vor, daß der bürgerliche Staat neutral sei.



Neue Ruhr-Zeitung/Oelker

Bergarbeiter-Protest im Ruhrgebiet. Mobilisierung der Arbeiterklasse - mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten — ist der Schlüssel, um Nazis zu stoppen

Seit Solingen geschehen rassistische Angriffe fast täglich, unter dem Schutz der Bullen oder sogar von ihnen unterstützt. Magdeburg ist hier nur das letzte und schreiendste Beispiel.

Es bedarf schon einiger Chuzpe, nach der Magdeburger Hatz auf Immigranten über Widersprüche bei Polizisten zu räsonieren. Aber Voran/JRE, die gerade an der Sozialistischen Alternative Voran bauen, stützen sich auf Positionen, wie sie in einer Broschüre ihrer französischen Schwesterorganisation direkt nach Magdeburg verteilt wurde. Unter der Überschrift „Unsere Freunde, die Bullen" (so steht es da) erklären sie: „Wir behaupten, daß die Polizisten, genauso wie das Militär, Arbeiter in Uniform in einem marxistischen Sinne bleiben. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft, und im Rahmen des Staats befinden sie sich in einem Widerspruch — gleichzeitig Arbeitskraft der Repression und der Ausgebeuteten zu sein." Und natürlich sollen „die Bullen, genauso wie das Militär, das Recht bekommen, sich in Gewerkschaften zu organisieren".

Ebenso rührendes und gefährliches Vertrauen in die Bullen zeigt die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP). In der *SoZ* Nr. 11 (2. Juni) spulen sie ein ganzes Szenario ab, wie sich die Magdeburger Linke hätte verhalten müssen, nämlich Polizeischutz anfordern. Falls dies nichts nützt, „zum Schein eine linke Aktion anzukündigen, um dadurch die Polizei zu mobilisieren". Aber die Bullen waren mobilisiert und da. Und die professionellen Streikbrecher im DGB, die Polizei„gewerkschaft", rechtfertigte sofort den Bulleneinsatz mit einer eigenen Erklärung.

Magdeburg ist die Stadt, in der vor zwei Jahren der Antifaschist .Torsten Lamprecht von Nazi-Banditen in dem Punk-Treffpunkt Eibterrassen ermordet wurde, während die Bullen zusahen. Diesmal berichtete ein Augenzeuge im ZDF, daß ein junger türkischer Kellner von den Bullen entwaffnet, zu Boden geworfen und festgehalten wurde, während Nazis ihn schlugen und traten. Nach dem *Spiegel* (16. Mai) hatten die Bullen bis 18.00 Uhr 13 Immigranten, aber lediglich zehn Deutsche festgenommen. Um 20.10 Uhr sahen Polizisten zu, als Faschisten einen Behinderten aus der vollbesetzten Straßenbahn warfen, ein Nazi-Schläger hinterhersprang und den am Boden liegenden mit Fußtritten traktierte. Im offiziellen Polizeibericht wird die Unterstützung der Bullen für die mörderischen Nazi-Banden beschrieben als der Schutz von „deutschen Personen" gegen „bewaffnete Ausländer".

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist

1500 demonstrieren am 16. Mai in Magdeburg. Spartakisten fordern gewerkschaftliche Selbstverteidigung

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 21

Die Komplizenschaft der Magdeburger Behörden steht außer Frage. Der Angriff war keine Überraschung — er wurde von den Faschisten angekündigt, und die Polizei wußte vorher davon. Die Marietta-Bar ist bekannt als ein Treffpunkt von Linken, und die Nazis griffen sie bereits am „Herrentag" des Vorjahres an. Afrikanische Flüchtlinge, die am 12. Mai dabei waren, sagten unseren Genossen, daß die Polizei zusah, als die Faschisten aus den Straßenbahnen stiegen, und sich nicht rührte, als sie an den Polizisten vorbei zum Angriff auf die Immigranten stürmten. Der Besitzer eines anderen Restaurants (der Kabarett-Klub „Kugelblitz"), das zertrümmert wurde, beschwerte sich, daß zwei Polizeiwagen direkt vor seiner Tür stoppten, die Bullen aber nichts taten, als rechte Mordbrenner die Scheiben einschlugen und das Personal angriffen. Schließlich bewegte sich die Polizei hinein und verhaftete 50 Deutsche. Nur wurden alle bis auf einen am gleichen Abend freigelassen (aus „Mangel an Beweisen" — der letzte wurde aus anderen Gründen festgehalten)!

Nachdem dem öffentlichen Aufschrei nachgegeben wurde und für sieben der Nazis Haftbefehle ausgestellt wurden, versucht der Staat jetzt, Immigranten zu verfolgen, die „die Grenzen der Selbstverteidigung überschritten" hätten. Der Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers erklärte: „Dies steht für mich jetzt im Vordergrund". Der Polizeichef Stockmann verleugnete, daß die Angriffe von den Faschisten organisiert wurden, führte das Pogrom in grotesker Weise auf den Einfluß von „Alkohol und Sonnenschein" zurück und verteidigte die sofortige Entlassung der Nazis, die festgenommen wurden. Forderungen nach der Entlassung Stockmanns und seines Chefs, Innen- und Justizminister Remmers, wurden zusammen erhoben mit Forderungen der Sozialdemokraten nach größeren Polizeibefugnissen und besserer Bewaffnung. Aber die SPD war in Rostock an der Macht, als die Polizei einen Pakt mit den Faschisten schloß, der ihnen freie Bahn für den Pogrom-Brand gegen vietnamesische Arbeiter gab, der die Welt erschütterte. Und heute gehört der Oberbürgermeister von Magdeburg auch zur SPD.

Wütende Jugendliche und Antifaschisten gingen in Magdeburg auf die Straße, um an den Tagen nach den Angriffen des rassistischen Mobs zu protestieren. Am Sonnabend, dem 14. Mai, kamen die meisten der 300 Demonstranten aus dem anarchistischen Berliner Autonomen-Milieu. Sie wurden von den eingewanderten Angegriffenen und Verteidigern begrüßt, die sich ihnen anschlössen. Am Montag gingen 1500 Demonstranten, hauptsächlich Jugendliche aus Magdeburger Schulen, gegen den faschistischen Terror auf die Straße. Die Demo wurde von der lokalen antifaschistischen Gruppierung „Bandiera Rossa" organisiert, die in ihrem Flugblatt das Recht auf Selbstverteidigung von Immigranten forderte und zu „militanten Angriffen auf bekannte faschistische Schläger" aufrief. Der Landesvorsitzende der ehemals stalinistischen, jetzt sozialdemokratischen PDS erklärte, daß sie nicht offiziell an der Demo teilnehmen konnten, da Wahlkampf ist! Die türkischen Maoisten der TKP/ML aus Berlin wie auch die SpAD hatten beachtliche Blöcke.

Die Teilnehmer der antifaschistischen Demo in Magdebuig vom Montag erhielten eine wichtige Lehre über den kapitalistischen Staat. Gegen Ende der Demo machten Demonstranten bekannte Faschisten mit Videokameras aus und jagten hinter ihnen her. Zwei Minuten später kamen sie zurückgerannt, verfolgt von Bullen in Kampfausrüstung und mit Wasserwerfern. Plötzlich, und aus allen Richtungen, strömten Bullen aus Straßenbahnen — genau wie die Faschisten vier Tage vorher — und kesselten die Demo ein. Einige Demonstranten richteten den beliebten autonomen Slogan „Wo wart ihr am Donnerstag?" an die Bullen. Als die Sprechchöre abebbten, rief ein Spartakist-Anhänger einfach: „Am Donnerstag haben sie die Faschisten beschützt". Nach einer Pause von wenigen Sekunden brüllten die Jugendlichen ihre Zustimmung.

Bei beiden Demos wurde uns der *Spartakist* von den jungen Demonstranten förmlich aus der Hand gerissen. Unsere Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für jeden, der hier lebt, wurde besonders von den Einwanderern geschätzt, die von den Faschisten angegriffen wurden. Es marschierten einzelne Gewerkschafter der IG Bergbau und Energie in der Demo. Wir Spartakisten riefen insbesondere die mächtige IG Metall sowie die ÖTV und HBV, die beide jeweils Streiks für die gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit in Ostdeutschland führten, dazu auf, Immigranten gegen Nazi- und Polizei-Terror zu verteidigen.

Berlin: Gewerkschafter und antifaschistische Jugendliche stoppen rassistische Provokationen

Wie in Rostock, so war auch der Weg nach Magdeburg vom Staat gebahnt. Jedes Jahr „feiern" Nazis Hitlers Geburtstag am 20. April mit rassistischen Provokationen und Terror. Dieses Jahr entschied das Vierte Reich, diesen Tag zu seinem eigenen zu machen. Fußballspiele in Europa sind normalerweise Gelegenheiten für nationalistische Hysterie und rechte Gewalt; trotzdem wurde das Spiel England-Deutschland auf den 20. April angesetzt und in gerade das Stadion verlegt, das Hitler für die Berliner Olympiade von 1936 errichten ließ. Die Herrscher der neuen Hauptstadt des wiedervereinigten Reichs nahmen es auf sich, der Welt zu zeigen, daß deutsche Ordnung in Berlin herrscht, während sie den alliierten Streitkräften, die jetzt abziehen, „Tschüß (und auf Nimmerwiedersehen)" sagen. Dies gab den Faschisten eine Plattform, die sie für einen Marsch auf den Reichstag nutzen wollten. Darüber hinaus planten die Nazi-Schläger von der FAP zum dritten Mal in drei Jahren mit einem Marsch am Maifeiertag eine Provokation gegen die Arbeiterbewegung.



Berlin, 20. April - Spartakist-Block bei Demo zur Verteidigung der verhafteten Antifa-Genclik-Anhänger. Wir kämpfen dafür, Antifa-Jugendliche zur revolutionären proletarischen Perspektive zu gewinnen

Spartakist

In den Wochen vor dem 20. April gab es Bestrebungen in den Gewerkschaften, die Faschisten zu stoppen, auch durch Gewerkschaftspatrouillen zusammen mit antifaschistischen Jugendlichen gegen die Nazis. Zwar hat dies einen bescheidenen Rahmen, aber es zeigt die Möglichkeit von Massenaktionen der Arbeiter, und Spartakist-Unterstützer in den Gewerkschaften beteiligten sich an den Schutzwachen. Die DGB-Jugend veranstaltete eine zweiwöchige Reihe von antifaschistischen Treffen. Und am 20. April demonstrierten mehr als 3000 Immigranten und Linke gegen faschistischen Terror und in Verteidigung der türkischen, kurdischen und deutschen Anhänger von Antifaþist Gençlik. Fünf Anhänger dieser Gruppe sitzen hinter Gittern und sind angeklagt, ein unheilvolles Nazi-Treffen in einem Immigrantenviertel von Berlin zerschlagen zu haben, was zu dem Ableben eines dieser rassistischen Gangster führte.

Die Voran-Führung der JRE mobilisierte *gegen* die Demo, erzählte den JRE-Mitgliedern, sie sei „zu gefährlich", und behauptete, sie wäre vom Staat verboten. Die Gruppe Spartakus, Unterstützer der sogenannten „Bolschewistischen Tendenz", verurteilte die Antifa-Gençlik-Demo öffentlich als „sektiererisch" (siehe auch *Spartakist* Nr. 112). Verteidigung von Immigranten ist nicht ihre Sache. Aber Zehntausende Jugendliche und Gewerkschafter sind zutiefst empört über die Flut von rassistischem Terror seit der Wiedervereinigung und suchen Wege, die Faschisten zu stoppen.

Und diesmal wurde nichts aus der direkten Provokation der FAP gegen die Arbeiterbewegung am 1. Mai. Unter dem Druck ihrer Mitgliedschaft riefen Gewerkschaftsfunktionäre vom linken Flügel der HBV, ÖTV und IG Metall den Berliner Senat auf, die Faschisten zu „verbieten". An die gleichen Kräfte zu appellieren, die das obszöne, nationalistische Fußballspektakel am 20. April nach Berlin bringen wollten und deren Polizei die Nazis nicht nur unterstützt, sondern von ihnen durchsetzt ist, ist nicht nur dumm, sondern gefährlich. Und diese Gewerkschaftsführer bekamen genügend Druck von der Basis, so daß sie eine Gegenmobilisierung androhten, ausgehend von der traditionellen, zentralen DGB-Kundgebung, falls der Senat nicht die faschistische Provokation verbieten würde.

Am Morgen des 1. Mai, nachdem der Ort der geplanten Nazi-Provokation bekanntgegeben wurde, agitierten Spartakisten zusammen mit Anhängern der Gewerkschafterinnen gegen Faschismus und Rassismus auf der DGB-Kundgebung im Lustgarten für sofortige gewerkschaftliche Aktionen, um die Nazis dort zu stoppen, wo sie ihren Marsch angedroht hatten. Der ausgewählte Ort war kein Zufall.

Nur wenige Tage vor dem geplanten Aufmarsch der Nazis in Berlin-Johannisthal durften FAP-Nazis ungehindert an einem Polit-Frühschoppen der PDS teilnehmen, wo sie „Assis in Knast und Ausländer raus" *(Berliner Linke,* 22. April) fordern konnten. Die Methode der Nazis ist es, das Terrain zuerst zu sondieren, um dann, wenn sie — wie hier bei der PDS — auf einladende Diskussionsbereitschaft stoßen, beim nächsten Mal ihr Mordgewerbe auszuüben. Damit hat die PDS dem Abschaum die Straßen in Johannisthal für den 1. Mai erst freigemacht. Glücklicherweise wollten dagegen Antifaschisten in Gewerkschaften und unter den Jugendlichen die Nazi-Drohung zurückschlagen und nutzten auch die gewerkschaftlich organisierte Kundgebung am 1. Mai im Lustgarten.

Dort eilten unsere Genossen zusammen mit wütenden Gewerkschaftern und einigen Jusos zur Verteidigung von Anhängern der verbotenen PKK, als diese von der Polizei mißhandelt wurden. Während die faschistische Provokation von den DGB-Bürokraten auf dem Podium ignoriert wurde, setzten sich Dutzende Gewerkschaftsmitglieder und linke Jugendliche nach Berlin-Johannisthal in Bewegung. Eine Gruppe von Gewerkschaftern, darunter SpAD-Anhänger, ging direkt von der IG-Metall-Demonstration beim DGB-Sternmarsch, mit ihrem hohen Immigranten-Anteil, dorthin statt zum Lustgarten. Und angesichts eines kleinen, aber sehr gut sichtbaren Gewerkschaftskontingents in einer antifaschistischen Demo von einigen hundert in Johannisthal, überwiegend Jugendliche und Autonome, *ließen die Nazis sich nicht blicken.*

Um die Nazis zu stoppen, während sie noch schwach sind, müssen wir Arbeiter und Immigranten, zusammen mit allen potentiellen Opfern der Faschisten, zu Einheitsfrontaktionen mobilisieren. Die Partei, die für dieses Programm kämpft, auf der Grundlage der Erfahrung der Bolschewiki, die die Oktoberrevolution 1917 führten, ist die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) und ihre deutsche Sektion, die Spartakist-Arbeiterpartei.«

SPARTAKIST

Nazis wüten in Magdeburg

Immigranten kämpfen gegen faschistischen Terror



Türkische, arabische, algerische und afrikanische Immigranten und Arbeiter kämpften heroisch gegen Nazi-Angriffe am 12. Mai. Die Polizei half den Faschisten, entwaffnete die Immigranten

Fricke/AFP

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat eine Flut von rassistischem Terror des Staats und der Nazis ausgelöst, die seit fast vier Jahren unvermindert anhält. Die Faschisten haben verstärkt Himmelfahrt, weitverbreitet als „Herrentag" gefeiert, als eine Gelegenheit für Angriffe auf Immigranten benutzt. Dieses Jahr verwandelten sie ihn in Magdeburg in eine brutale Hetzjagd auf Immigranten, die den Namen der Stadt der international berüchtigten Liste rassistischer Greuel hinzufügte, die das Vierte Reich symbolisiert: rassistische Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, Brandmorde in Mölln und Solingen, Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck.

Diesmal geschah es nicht im Schutz der Nacht in einem Außenbezirk, sondern am Nachmittag des 12. Mai in der Magdeburger Innenstadt, der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt. Eine riesige Bande von 150 oder mehr Nazi-Schlägern stürzte aus Straßenbahnen, griff in einem Park auf dem zentralen Platz Schwarzafrikaner an und jagte sie durch die Stadt. Die Afrikaner flüchteten in die von Türken geführte Marietta-Bar. Die Faschisten warfen Bänke und Tische durch die Schaufensterscheiben und gingen mit Baseballschlägern und Messern auf die Immigranten los. Im Parkrestaurant wurde ein Algerier niedergeschlagen und mit Schlägern und Ketten bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Die Nazis führten ihre Angriffe bis tief in die Nacht.

Der Umstand, daß es nicht mehr Verletzte oder sogar Tote unter den Opfern der Faschisten gab, lag daran, daß die Immigranten zurückschlugen. Türkische und arabische Angestellte aus der Marietta-Bar und einer benachbarten Snackbar bewaffneten sich mit Küchenmessern, um die afrikanischen Flüchtlinge und sich selbst zu verteidigen, und schlugen entschieden die Nazis zurück, von denen vier im Krankenhaus landeten. Diese Ausübung des Grundrechts auf bewaffnete Selbstverteidigung durch Einwanderer aus verschiedenen Ländern war *heroisch.* Es ist schade, daß

Fortgesetzt auf Seite 21

Berlin, 1. Mai: Gewerkschaften/Jugendliche stoppen FAP/Bullenprovokation

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 114 SEPTEMBER/OKTOBER 1994 50 Pfennig

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

SPD, PDS: Keine Alternative zur Kohl-Bande



Spartakist



dpa

Berlin, 1991: **Demo gegen Nazi-Mordanschlag auf Vietnamesen. Rechts: Streikdemo in Frankfurt/Main,** 1992

Seit dem kapitalistischen Anschluß haben Elend und Nationalismus enorm zugenommen. Statt der versprochenen „blühenden Landschaften" wurde das Gebiet der ehemaligen DDR in eine Wüste des Elends verwandelt. Und im Westen steigt die Massenarbeitslosigkeit weiter, während die Reallöhne derjenigen sinken, die noch Arbeit haben. Die bitteren Früchte der Einheit sind täglicher antisemitischer, rassistischer Terror wie die infame Schändung der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald durch Nazi-Skinheads und der Polizei-Mord an dem 16jährigen Kurden Halim Dener, als er in Hannover Plakate klebte.

Doch trotz dieses düsteren Bildes liegt der Kanzler der Einheit bei den Meinungsumfragen im Superwahljahr 94 jetzt vorn. Dies ist nicht der politischen Geschicklichkeit des „Bürgerkings" zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß Werktätige wenig Grund sehen, die „Opposition" zu wählen - im Osten sieht es so aus, daß Kohls „Rote-Socken"-Verteufelungskampagne nach hinten losgeht. Der SPD-Kanzlerkandidat Scharping gibt zu, daß es in innenpolitischen Fragen wenig und in der Außenpolitik keine Differenzen zur Regierung gibt. Die SPD hat sich bei allen wichtigen Fragen in einer informellen Korridor-Koalition mit den Regierungsparteien in Bonn befunden, von der rassistischen Vernichtung des Asylrechts und dem überall

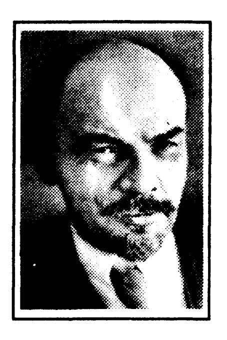
Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist-Jugend

Die Jugend ist die Flamme der Revolution



TROTZKI



LENIN

Vor 80 Jahren explodierten mit dem Ersten Weltkrieg die anwachsenden Rivalitäten um Märkte und Kolonien. Die internationale Sozialdemokratie brach zusammen, für alle Welt sichtbar am 4. August 1914 in der SPD-Abstimmung für die Kriegskredite. Rosa Luxemburg nannte die SPD treffend einen „stinkenden Leichnam". Lenin rief zu einem „rücksichtslosen Kampf' auch gegen die „Sozialpazifisten" und Zentristen auf, die dem offenen Sozialchauvinismus der SPD eine „linke" Flankendeckung gaben. Die Jugend wurde zum Vorkämpfer gegen den imperialistischen Krieg. Mit der Russischen Revolution spielte sie bei der Gründung der Kommunistischen Internationale eine wichtige Rolle.

Heute hat der Zerfall der UdSSR, die durch Jahrzehnte des Stalinismus unterhöhlt wurde, eine Periode des verschärften interimperialistischen Konflikts eingeleitet, die zunehmend an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Dies führte zum Aufstieg des rassistischen Terrors, aber es ist auch eine Generation antifaschistischer Jugendlicher hervorgetreten, die entschlossen sind, ihn zu bekämpfen. Die Spartakist-Jugend will Jugendliche für dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse um die Macht gewinnen.

Bei dieser Sachlage in Europa fällt der Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen die gewaltige und dankbare — dafür aber auch schwere — Aufgabe des Kampfes *für* den revolutionären Internationalismus, *für* den wahren Sozialismus, gegen den herrschenden Opportunismus, der sich auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen hat, zu. Die „Jugend-Internationale" enthält eine Reihe guter Artikel zur Verteidigung des revolutionären Internationalismus, und die ganze Zeitschrift ist durchdrungen vom prachtvollen Geist glühenden Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die „Vaterlandsverteidiger" im gegenwärtigen Krieg, von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem sie zerfressenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen.

Selbstverständlich ist in der Zeitschrift, einem Organ der Jugend, *noch* keine theoretische Klarheit und Festigkeit vorhanden und wird vielleicht auch nie vorhanden sein, gerade weil es das Organ der stets stürmischen, überschäumenden, suchenden Jugend ist. Aber zu dem Mangel an theoretischer Klarheit bei *solchen* Menschen müssen wir uns ganz anders verhalten, als wir uns verhalten — und verhalten müssen — zum theoretischen Durcheinander in den Köpfen und zum Fehlen revolutionärer Konsequenz in den Herzen unserer OK-Leute, der „Sozialrevolutionäre", der Tolstoianer, der Anarchisten, der Kautskyaner (des „Zentrums") in ganz Europa usw. Bei den einen handelt es sich um erwachsene Menschen, die das Proletariat verwirren und sich anmaßen, andere zu führen und zu belehren; gegen diese muß man einen *rücksichtslosen* Kampf führen. Bei den anderen handelt es sich um Organisationen der *Jugend,* die offen erklären, daß sie noch lernen, daß es ihre Hauptaufgabe ist, Funktionäre der sozialistischen Parteien heranzubilden. .. Es kommt oft vor, daß Vertreter der Generation der Erwachsenen und Alten es *nicht verstehen,* in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf *anderen* Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf *dem* Wege, *nicht in der Form, nicht in der* Situation, wie ihre Väter. Das ist einer der Gründe, warum wir unbedingt *für die organisatorische Selbständigkeit* des Jugendverbandes eintreten, *nicht nur* deshalb, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend *nicht imstande sein,* sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vonvä/tszuführen.

Für die vollständige Selbständigkeit der Jugendverbände, aber auch für die volle Freiheit einer kameradschaftlichen Kritik ihrer Fehler! Schmeicheln dürfen wir der Jugend nicht.

„Jugend-Internationale"
Lenin, *Werke* Band 23, Dezember 1916

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adter

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 114 September/Oktober 1994

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle

SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)29055

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Arbeiter, Immigranten, Jugendliche: Freiheit für die gefangenen Antifas!

Die Verfolgungsjagd gegen Jugendliche von Antifasist Gençlik (antifaschistische Jugend), denen vorgeworfen wird, vor zweieinhalb Jahren den Nazi Gerhard Kaindi erledigt zu haben, hat einen weiteren Antifaschisten in ihre Krallen gekriegt. Anfang Juli verhaftete die bayerische Grenzpolizei einen türkischen Mann, der nun mit den anderen Antifaschisten in Berliner Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten eingesperrt ist. Diese Männer und Frauen türkischer und kurdischer Herkunft warten auf den Schauprozeß der kapitalistischen Justiz am 20. September, die sie für den Rest ihres Lebens einkerkern will.

Sie dürfen nicht hinter Gittern krepieren!

Inzwischen haben die Nazis über ihre braunen „Infotelefone" und Hetzblätter Provokationen zum Prozeß angedroht, und die Faschistin Gabriele Härtung hat Nebenklage eingereicht. Diese massiven Drohungen und Angriffe von Faschisten und bürgerlichem Staat müssen zurückgeschlagen werden! *Die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) rufen zur Beteiligung an der geplanten Kundgebung vor Prozeßbeginn am 20. September um 8 Uhr 30 vor dem Krimihalgericht Moabit auf.* Eine Massenmobilisierung von Immigranten, Juden, Sinti, Roma und Antifaschisten, geführt von den Gewerkschaften, ist notwendig, um für die Verteidigung der Antifaschisten zu kämpfen und die Anklagen zurückzuschlagen!

Am 4. April 1992 hatte sich in einem China-Restaurant in dem von Immigranten bewohnten Berliner Bezirk Neukölln eine Bande von Nazis versammelt. Als ein Immigrant, der Rosen verkaufte, von dem berüchtigten Nazi-Anwalt Carsten Pagel (Ex-Republikaner-Vorsitzender in Berlin), von Thorsten Thaler (vormals Republikaner und Autor in der faschistischen Zeitung *Junge Freiheit)* und von Kaindi (Deutsche Liga für Volk und Heimat) beschimpft wurde, protestierten andere Gäste des Restaurants gegen diesen rassistischen Angriff. Anderthalb Stunden später griff eine Gruppe von vermummten Antifaschisten ein. Kaindi wurde tödlich verletzt und Thaler war krankenhausreif, Pagel kroch unter einen Tisch.

Seither übernahm niemand die direkte Verantwortung für den Angriff, aber viele freuten sich, daß diese Nazi-Provokation im Immigrantenbezirk Neukölln beendet wurde. Auf Wänden in ganz Berlin tauchte die Losung „Nazis ins China-Restaurant!" auf. Selbst die bürgerlichen Medien gaben zu, daß das Nazi-Treffen eine bemerkenswerte Zusammenkunft von Geld, parlamentarischer Macht, Presse-Einfluß und Verbindungen zum Dritten

Fortgesetzt auf Seite 4

Antifas...

Fortsetzung von Seite 3

Reich dargestellt hatte. Wie wir in *Spartakist* Nr. 110 (Februar 1994) feststellten: „Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen." Wir fordern: Sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren! Sofortige Freilassung aller verhafteten Antifas!

Am 15. April erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Antifaschisten. Ihnen wird vorgeworfen, einen Menschen aufgrund „eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen" ermordet zu haben; außerdem wird ihnen sechsfacher Mordversuch zur Last gelegt. Die „niederen Beweggründe": „politisch motivierter Haß". Der tatsächlich „gemeinschaftliche Tatplan" des Staates gegen die Antifaschisten ist durch und durch rassistisch — von Anfang an suchte die Polizei nach vermeintlich Beteiligten türkischer und kurdischer Herkunft, obwohl die Aktion von nicht erkennbaren Maskierten durchgeführt wurde. Die Welle von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen Ende letzten Jahres erfolgte zur gleichen Zeit wie das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und 35 kurdischer Vereine.

Antifa Gençlik wird von den Staatsorganen mit besonderem Haß verfolgt, weil sich Kurden und Türken gemeinsam organisieren und sie sich in den Augen der Bourgeoisie eines der größten „Verbrechen" schuldig gemacht haben: der bewaffneten Selbstverteidigung. Spätestens seit den Nazi-Morden in Mölln und Solingen, als auch der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano zur Selbstverteidigung aufrief, verstehen viele Immigranten und Jugendliche sehr genau, daß sie keine andere Wahl haben, als sich gegen die faschistischen Mordbanden zu wehren. Aber allein kommen sie damit bei der geballten Staatsmacht nicht weit. Ihre Militanz muß mit der sozialen Kraft der organisierten Arbeiter verbunden werden, um durch gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen für den Schutz und die Sicherheit gegen Nazis und Bullenterror zu sorgen.

Angesichts der Weltmachtbestrebungen der deutschen Bourgeoisie nach ihrer konterrevolutionären Einverleibung des deformierten Arbeiterstaats DDR will der bürgerliche Staat alles unternehmen, um linke politische Aktivitäten und antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren und zu unterdrücken. Er will freie Hand haben, um unerwünschte Immigranten zu terrorisieren, Flüchtlinge abzuschieben und letzten Endes die mächtige Arbeiterbewegung in die Knie zu zwingen. Unterstützer der Gefangenen schrieben *(Herzschläge* Nr. 4, Mai 1994):

> „Wenn diese Anklage durchkommen sollte, wäre jede selbstverständliche antifaschistische Mobilisierung, bei der es zu Auseinandersetzungen mit Faschisten kommt, zukünftig der Gefahr ausgesetzt, mit dem Vorwurf des .Mordversuchs' kriminalisiert zu werden."

Sie stellten fest: „Nicht wir, sondern die Faschisten sind die Mörderbanden in diesem Land!" Die Kriminalisierung des Antifaschismus geht einher mit Folterpraktiken und rassistischem Terror im Knast. Die Gefangenen dürfen keine türkische Korrespondenz führen oder sich mit Besuchern in ihrer Sprache unterhalten. Fatma Balamir saß monatelang in Isolationshaft und wird ständigen Zellenrazzien unterworfen. Gleichzeitig findet die Verfolgung von Antifa°ist Gençlik in einem Klima brutalen Polizeiterrors statt. In Berlin, wo die Bullen für ihre Unterstützung der Rep-Nazis berüchtigt sind, werden immer wieder Vietnamesen und andere Immigranten in den Polizeikellern zusammengeschlagen.

Polizei und Justiz sind die erste Verteidigungslinie der kapitalistischen Gesellschaft; sie können nicht reformiert oder dazu gezwungen werden, im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten zu handeln. Und da die Bourgeoisie die Nazis in Reserve hält, um sie in Krisensituationen gegen die Arbeiterbewegung losmarschieren zu lassen, schützen die Bullen die Faschisten. Oft genug arbeitet der bürgerliche Staat mit den Faschisten Hand in Hand, wie bei der Verfolgung von Antifasist Gençlik, wo der Staatsschutz der Deutschen Liga alle Informationen über die Antifaschisten zuspielte.

Deshalb ist es selbstmörderisch, im Kampf gegen die Nazis auf die Polizei zu setzen oder das „Verbot" der Nazis zu fordern. Verbotsappelle, die angeblich gegen die Faschisten gerichtet sind, werden meist gegen die Linke eingesetzt. Während das Mannheimer Landgericht den Nazi Deckert damit entschuldigte, daß er „die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche stärken" wolle, wurde zum Beispiel in Magdeburg gegen *zwei Antifaschisten* Anklage wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung erhoben, weil sie „Polizisten schützen die Faschisten" gerufen hatten!

Seit Dezember letzten Jahres haben Tausende Jugendliche, u. a. auch in Frankreich, für die Befreiung von Antifa°ist Gençlik protestiert. Sie demonstrierten vor den Gefängnissen in Berlin-Plötzensee und Moabit, wo die Gefangenen eingesperrt sind, und organisierten am 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburtstag, eine Demo gegen Nazi-Drohungen, an der sich auch die SpAD beteiligte. Über 65000,— DM sind bisher für die Verteidigung der Antifaschisten gespendet worden, eine Unterstützergruppe namens Antifasist Gençlik hat sich gebildet. Die Antifaschisten sind aber auch einer schmutzigen Kampagne in der „Linken" und unter den Autonomen ausgesetzt. Als Antifa Gençlik am 20. April, dem Jahrestag des" Hitler-Geburtstags, eine Demo gegen drohende Nazi-Angriffe organisierte, warnte die JRE Jugendliche davor, zu dieser „gefährlichen" Demo zu gehen. Unter Autonomen tobt die Debatte nicht darüber, wie die Gefangenen am besten verteidigt werden, sondern welche von ihnen angeblich Aussagen gemacht haben. Um die Verteidigung zu umgehen, wird in der Berliner Autonomen-Zeitung *Interim* sogar darüber spekuliert, ob es „richtig war, einen Nazi abzustechen". Diese Debatten spiegeln genauso eine Anpassung an den „Zeitgeist" des Vierten Reichs wider wie die Kampagne von PDS und Grünen für „Diskussionen" mit Nazi-Mördern.

Der Faschismus ist ein Zerfallsprodukt des Kapitalismus selbst. Er wächst mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und dem aufflammenden Nationalismus, wenn die Arbeiterbewegung unter reformistischer Führung unfähig ist, einen revolutionären Ausweg aufzuzeigen. Zusammen mit den Immigranten hat die Arbeiterbewegung die Macht, die Nazis in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu erkämpfen. Viele antifaschistische Demonstranten, gerade aus eingewanderten Familien, haben Mütter und Väter, die in Betrieben arbeiten und die Produktion zum Stillstand bringen können. Sie können eine wichtige Verbindung darstellen im Kampf für organisierte Arbeiterverteidigungsgruppen, die Immigrantenwohnheime und Wohnviertel schützen, und damit den Grundstein für eine zukünftige Arbeitermiliz eines revolutionären Arbeiterstaats legen. Mit dieser Perspektive organisierte das KfsV am 31. Januar 1993, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, die Verteidigung eines Wohnheims, die von zahlreichen Gewerkschaftern unterstützt wurde und an der über 100 Jugendliche teilnahmen. Nur durch eine Arbeiterrevolution können die Faschisten ein für alle Mal aus der Welt geschafft werden.

Das KfsV ruft zur Unterstützung der Gefangenen auf. Spendet an M. Holzberger, Konto 1300 953 00, Commerzbank, BLZ 100 400 00. Weitere Informationen: Freundinnen und Unterstützerinnen der gefangenen + gesuchten Antifas, c/o Prozessbüro, Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin.«

Bangladesh: Todes-Fatwa von islamischen Fundamentalisten

Verteidigt Taslima Nasrin!

Ende August gelang Taslima Nasrin die Flucht nach Schweden, wo sie den Kurt-Tucholsky-Preis für Literatur entgegennahm. In Bangladesh folgte eine weitere Welle von Massenaufmärschen der Fundamentalisten mit Todesdrohungen gegen Nasrin. Als Antwort darauf organisierten säkulare und linke Kräfte in Bangladesh Proteste und Solidaritätsstreiks, die zur Verteidigung von Taslima Nasrin aufriefen. In dieser polarisierten Situation wählte Neues Deutschland *(22. August) in seiner Berichterstattung die Überschrift „Taslima liefert Vorwände für Fundamentalisten " und hängte sich damit an rückständige Rechtfertigungsversuche für die mörderische Hetzkampagne gegen die Schriftstellerin an.*

Der folgende Text basiert auf einem Artikel, der von Women and Revolution, *Zeitschrift der Frauenkommission unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S., verfaßt und in der Ausgabe vom August 1994 des Rundbriefs der Internationalen Feministen von Japan abgedruckt wurde.*

Die mutige Schriftstellerin Taslima Nasrin aus Bangladesh hält sich versteckt, weil sie um ihr Leben fürchtet. Sie ist das Ziel einer religiösen Fatwa (Verurteilung zum Tode) durch islamische Geistliche, und auf deren Betreiben hin hat die Regierung von Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia eine Polizei-Fahndung in Gang gesetzt und droht ihr mit Verhaftung und Zwangsarbeit unter dem Vorwurf, „bewußt und bösartig die religiösen Gefühle der Moslems zu verletzen". Doch Taslima Nasrins „Verbrechen" besteht darin, ihre Stimme gegen frauenfeindliche Bigotterie erhoben und den blutigen Kommunalismus sowohl der moslemischen als auch der hinduistischen Chauvinisten in Bangladesh und Indien verurteilt zu haben. Dafür muß sie, wenn es nach den Geistlichen geht, gehängt werden.

Am 30. Juni tobten die Fundamentalisten durch Dhaka, riefen in Sprechchören „Tod für Taslima Nasrin" und versuchten damit, als Auftakt einer einmonatigen Kampagne für Nasrins Tod, der Stadt eine eintägige Arbeitsniederlegung aufzuzwingen. Trotz dieses religiösen Feldzugs und der Mobilmachung von rund 8000 Mann Polizei und paramilitärischer Truppen führten nichtreligiöse Studenten, kulturelle Organisationen und Künstler ihre eigene Demonstration zur Verteidigung von Nasrin durch. Die fundamentalistische Raserei gegen Nasrin ist immer weiter eskaliert: Am 26. Juli wurden in Chittagong bei Zusammenstößen zwischen Studenten und der Gruppe Jamaat Islami, die die Kampagne gegen Nasrin angeführt hat, sechs Menschen getötet. Zwei Tage später demonstrierten Berichten zufolge fast 200000 Moslems in Dhaka und forderten, Nasrin zu hängen und alle antiislamischen Aktivitäten zu verbieten.

Die mörderische Hexenjagd ist von Geistlichen aufgepeitscht worden, die ein „Taslima Nasrin Peshan Committee" („Komitee zur Vernichtung von Taslima Nasrin") gegründet haben. „,Sie ist schlimmer als eine Prostituierte', tobte Maulana Azizul Haque, der Mullah, der ihre Exekution gefordert hat. ‚Sie verlangt „Freiheit für die Vagina" ... Das ist gegen den Koran und Allah, es ist Gotteslästerung' " *(Guardian* [London], 10. Dezember 1993). Dies sind die gleichen Kräfte, die Tausende ihrer eigenen Frauen brutal verstoßen und verjagt haben, die von der pakistanischen Armee während des Unabhängigkeitskrieges 1971 vergewaltigt worden waren.

Nasrin gibt nicht klein bei. Bevor sie untertauchte, sagte sie dem *Spiegel* (13. Juni): „Ich kann nicht aufhören, da-



Rafiqur Rahman

Taslima Nasrin

gegen anzuschreiben ... Ich kämpfe mit der Feder, sie wollen mich mit dem Schwert erschlagen. Ich sage, was ich denke, sie wollen mich töten. Niemals werde ich mich von ihnen einschüchtern lassen, niemals Kompromisse schließen mit einer Regierung, die den Islam als Staatsreligion zuläßt."

Bekannte Schriftsteller wie Allen Ginsburg, Günter Grass, John Irving, Norman Mailer und Amy Tan haben sich öffentlich für Nasrin ausgesprochen. Ebenso der bekannte, in Bombay geborene, Schriftsteller Salman Rushdie, der selber seit 1988 mit dem Tode bedroht wird, weil das fundamentalistische Regime im Iran eine Fatwa gegen ihn verhängt hat. Indische Frauenorganisationen und Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kultur haben gegen die Regierungsangriffe auf Nasrin protestiert. Rund 27 indische Schriftsteller haben den Haftbefehl verurteilt und gesagt, ihr „einziges Verbrechen besteht darin, gegen religiöse Bigotterie, gegen Obskurantismus und Unterdrückung mutig ihre Stimme erhoben zu haben als eine befreite moderne Bürgerin und als eine emanzipierte Frau" *(The Link* [Vancouver], 9. Juli).

Es ist die Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, sich hinter Nasrin zu stellen. Unsere Mitstreiter vom Partisan

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Urban-Krankenhaus, Berlin: ÖTV-Protest stoppt Abschiebung!

Natasia ist eine 20jährige Krankenschwester in der Ausbildung, die aus Rumänien stammt. Sie arbeitet seit April 1994 im Berliner Urban-Krankenhaus. Weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde, sollte sie Ende Juli abgeschoben werden. Aber die starke Solidarität von Mitschülern, Kollegen und Gewerkschaftern hat ihre Abschiebung verhindert. Dies ist ein großer Erfolg! Natasia kann weiter in Berlin bleiben und ihre Arbeit behalten.

Die Gewerkschaft ÖTV im Krankenhaus hatte sich ihrer Sache angenommen und organisierte per Mundpropaganda am 21. Juli eine Protestkundgebung in der Krankenhaus-Cafeteria. Am frühen Nachmittag versammelten sich 60 bis 80 Kollegen des Krankenhauses vor dem Haupteingang, meistens junge Frauen und einige Immigranten. Sie trugen zwei weiße Banner mit den Aufschriften: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!" und „Ausbildung statt Abschiebung!" Eine Auszubildende hielt eine Rede und protestierte gegen die Abschiebung sowie gegen die Streichung von Ausbildungsplätzen und gegen den Pflegenotstand. Ein zweiter junger Redner der ÖTV stellte den Zusammenhang zwischen den rassistischen Angriffen und der geplanten Abschiebung von Natasia her. Er machte deutlich, daß man mit Natasia solidarisch sein muß, daß die Frage nicht ist, welche Nationalität man hat, um eine Ausbildung als Krankenschwester machen zu können. Er verwies auch auf die anderen eingewanderten Kollegen, die in diesem Krankenhaus arbeiten.

Etwa 80 bis 100 Beschäftigte des Krankenhauses marschierten dann los, mit drei ÖTV-Fahnen und den Bannern, „begleitet" von zwei Polizei-Mannschaftswagen, die schon vorher die Kundgebung observierten. Der Demozug stoppte kurz nach Beginn, weil die Sprecherin die Meldung durchgab, daß der Innensenator die Abschiebung beschlossen habe. Als Reaktion auf diesen Beschluß wurde entschieden, daß die Demo zur Krankenhaus-Verwaltung und zum Personalbüro geht. Unter den Rufen: „Ausbildung statt Abschiebung" bewegte sich der Zug zur Verwaltung, um dort zu protestieren. Natürlich ließ sich da keiner blicken. Auf dem Rückweg gingen die Gewerkschafter zum Schwesternwohnheim, um die Mitschülerinnen von Natasia zum Mitmachen aufzufordern. Demonstranten riefen: „Natasia muß bleiben, Heckelmann vertreiben". Die Aktion endete dann nach etwa einer Stunde am Ausgangspunkt. Sie hat im kleinen Rahmen gezeigt, welche soziale Macht in einer solchen Gewerkschaftsaktion steckt.«

Taslima Nasrin...

Fortsetzung von Seite 5

Defence Committee in Britannien haben bei der Hohen Kommission von Bangladesh in London protestiert, mit den Forderungen: Weg mit allen Anklagen gegen Taslima Nasrin! Gesicherte Ausreise in ein Land ihrer Wahl! In den USA hat das Partisan Défense Committee an die Generalstaatsanwältin Janet Reno geschrieben und politisches Asyl für Nasrin gefordert.

Das erste Mal zog sich Taslima Nasrin 1991 mit ihrem Essay-Sammelband *Ausgewählte Kolumnen* den Haß der Fundamentalisten zu. Darin kritisiert sie den Koran und zitiert daraus, um zu beweisen, daß Religion „Frauen diskriminiert und sie wie sexuelle Waren behandelt". Im unmittelbaren Brennpunkt von der bösartigen Wut der Mullahs steht ihr neuester Roman *Lajja* (Scham). *Lajja* beschreibt eine Hindu-Familie, die von moslemischen Kommunalisten in Bangladesh angegriffen wird, nachdem die Moschee von Ayodhya in Indien von Hindu-Chauvinisten und Faschisten völlig zerstört worden ist. Als die Regierung von Bangladesh dieses Buch im Juli letzten Jahres verbot, waren schon 60 000 Exemplare verkauft worden.

In Indien versuchten die Hindu-Kommunalisten und Faschisten der Bharatiya Janata Party/Vishwa Hindu Parishad (BJP/VHP), *Lajja* für ihre abscheulichen kommunalistischen Ziele zu benutzen. Ihnen geht es nur darum, Pogrome gegen Moslems anzufachen, besonders gegen moslemische eingewanderte „Eindringlinge" aus Bangladesh, die vor dem schrecklichen Elend ihrer Heimat in die Slums von Westbengalen und in Städte wie Delhi geflohen sind. Nasrin selber sagt: „Es schmerzt mich sehr, was mit meinem Buch in Indien passiert. Ich verurteile genauso die Politik der BJP wie die von Jamaat-e-Islami" *(India Today,* 31. Oktober 1993).

Es ist mehr als nur offensichtliche, elementare Anständigkeit notwendig, um so klar wie Nasrin Stellung zu beziehen in einer Situation wie im heutigen Bangladesh: Man braucht Mut, besonders wenn man eine Frau ist, von der erwartet wird, daß sie — in Nasrins Worten — „verschleiert, ungebildet und in der Küche" bleibt. Die Attacken auf Nasrin sind der Brennpunkt eines allgemeinen Sturmangriffs auf die Rechte der Frauen in ganz Bangladesh. Seit der reaktionäre islamische Klerus sein Todesurteil verkündete, hat sich das Fatwabazi (das Verhängen von Fatwas) im ganzen ländlichen Bangladesh ausgebreitet, wo Frauen lebendig begraben, gesteinigt, ausgepeitscht und verbrannt werden, weil sie mit den lokalen Mullahs in Konflikt geraten sind. Zwischen Januar und März wurden 110 Schulen, wo Mädchen unterrichtet werden, in einer von Mullahs dirigierten Kampagne niedergebrannt.

Die mörderische Kampagne gegen Taslima Nasrin wirft ein Schlaglicht auf die Tatsache, daß der Kampf für die Befreiung der Frauen auf dem indischen Subkontinent untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen religiösen Obskurantismus, bigottes Kastendenken und blutigen Kommunalismus. All dies könnte den Massen entsetzliche Greuel bringen, weit schlimmer als die Schrecken der Teilung von 1947—49, die ein direktes Ergebnis der Teile-und-Herrsche-Politik des britischen Imperialismus gewesen ist. Die Befreiung der Frauen wird nur gelingen durch einen Kampf für *permanente Revolution* — die revolutionäre Machtergreifung und den Sturz des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse, die an der Spitze der Bauernschaft, der Masse der unterdrückten Frauen und aller Unterdrückten steht und von einer wirklich kommunistischen (leninistisch-trotzkistischen) Partei geführt wird. *Verteidigt Taslima Nasrin! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Für eine sozialistische Föderation Südasiens!*

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 604, 5. August*

Für Massenmobilisierungen zur Verteidigung der Kliniken!

Pensacola, USA: Wieder Mord durch Antiabtreibungsterroristen

1. August — Der Doppelmord an einem Abtreibungsarzt und seinem freiwilligen Bewacher durch einen Äntiabtreibungsterroristen in Pensacola, Florida, war eine blutige Greueltat, *die in der Luft lag.* Der Mörder hatte über ein Jahr lang in landesweit ausgestrahlten Fernsehsendungen gegeifert, daß die Ermordung derer, die Abtreibungen durchführen, ein „zu rechtfertigender Totschlag" sei. Rund hundert gleichgesinnte Fanatiker, die Führer der Antiabtreibungsbewegung, hatten sich erst vor wenigen Monaten öffentlich bei einer Konferenz in Chicago getroffen, wo offen darüber diskutiert wurde, Ärzte zu ermorden. Der Killer trug dort seine „Position" vor, daß er für den Tod eintritt. Und dann hat er zugeschlagen.

Die Schüsse aus einem großkalibrigen Schrotgewehr, die der rechte Terrorist Paul Hill am Freitagmorgen, dem 29. Juli, abfeuerte, töteten Dr. John Bayard Britton und seinen Beschützer James Barrett, und Barretts Frau June kam mit Verletzungen davon. Sie hatten gerade ihren Kleinlaster auf dem Parkplatz des Pensacola-Frauen-Zentrums abgestellt, als die Kugeln von sechs oder mehr Schüssen die Windschutzscheibe durchschlugen. Dr. Britton, 69 Jahre alt, war der einzige Arzt, der bereit war, in Pensacola Abtreibungen durchzuführen, nachdem Dr. David Gunn von der anderen Klinik des Ortes im März 1993 umgebracht worden war.

Nach diesen letzten Morden drängen „verantwortliche" Stimmen das FBI und andere Bundesbehörden, bei der Verteidigung von Abtreibungskliniken aktiv zu werden. Ein Kongreßabgeordneter der Demokraten fordert die Bundespolizei auf, die „gleichen Techniken" zu benutzen, mit denen sie in der 60er und 70er Jahren den Ku Klux Klan infiltriert haben. Aber die Rolle des FBI in der Bürgerrechtsbewegung war es, den Lynchmördern des KKK *Hilfestellung zu leisten* — ihre rassistischen „Informanten" ermordeten die Bürgerrechtsaktivistin Viola Liuzzo und waren 1963 an dem Bombenanschlag auf eine Kirche in Birmingham beteiligt, bei dem vier schwarze Mädchen getötet wurden! Letztes Jahr setzten das FBI und das Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen) auf Anweisungen von Clinton und Generalstaatsanwältin Janet Reno eine aus Schwarzen und Weißen integrierte religiöse Kommune in der Nähe von Waco, Texas in Brand und ermordeten 86 Männer, Frauen und Kinder.

Wenn je ein Ereignis gezeigt hat, wie selbstmörderisch fruchtlos es ist, sich auf den kapitalistischen Staat zu verlassen — das Weiße Haus von Clinton, das FBI, die Bullen und Gerichte —, um die Rechte von Frauen und Minderheiten zu verteidigen, dann ist es das mörderische Wüten in Pensacola, Florida. Die kaltblütigen Morde an David Gunn, John Britton und James Barrett schreien nach Gerechtigkeit und Rache. Jetzt, bevor die bigotten Killer wieder zuschlagen, ist es notwendig, daß die Unterstützer des Rechts auf Abtreibung in großer Zahl dafür mobilisieren, die Kliniken auf die einzig mögliche Weise zu verteidigen, nämlich dadurch, daß sie den „Recht-auf-Leben"-Mob wegfegen.

In 83 Prozent der Bezirke in den USA gibt es keine Möglichkeit zur Abtreibung, weil es keine Ärzte gibt, die bereit sind, sie durchzuführen. Die Zahl der Blockaden von Abtreibungskliniken schoß allein von 1991 bis 1992 um *900 Prozent* in die Höhe. Die Hälfte aller 281 Kliniken, die



Workers Vanguard

San Francisco, 30. Juli: Spartakisten auf Kundgebung gegen Äntiabtreibungsterroristen

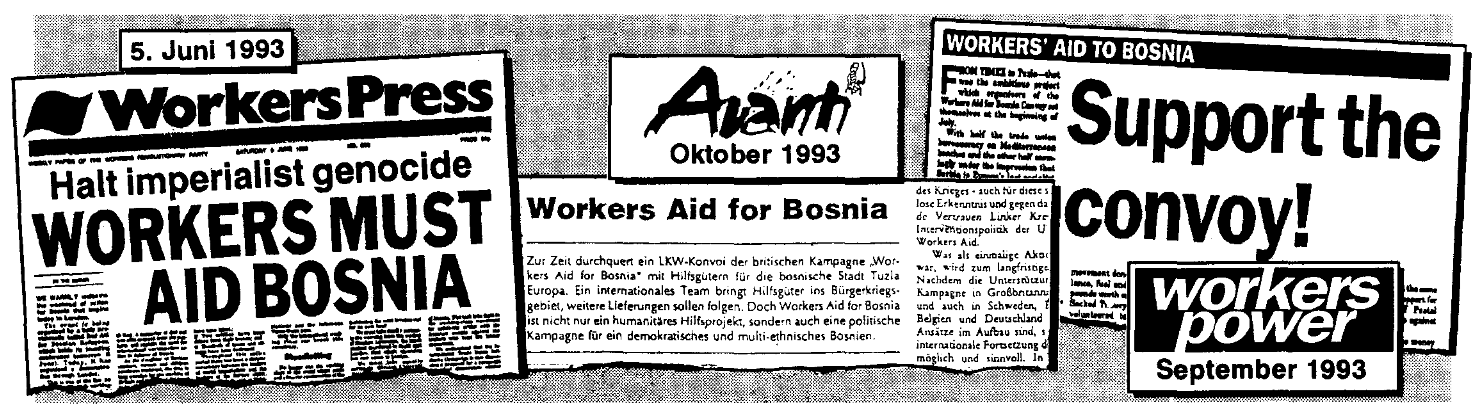
von der Feminist Majority Foundation befragt wurden, berichtete von Vorfällen, die es in den ersten sieben Monaten 1993 gab: Morde, Mordversuche, Vandalismus, Brand- und Sprengstoffanschläge, Angriffe und Körperverletzung, Todesdrohungen und Beschattungen!

„Es sollte schmerzlich klar sein für alle, die nicht blind sind, daß ein komplettes Terrornetzwerk gegen die Abtreibungskliniken existiert", sagte Kathleen Harris vom Spartacus Youth Club am 30. Juli bei einer Kundgebung in der San Francisco Bay Area. „Die Terroristen der Operation Rescue sind aus dem gleichen Dreckloch gekrochen, das auch die Lynchmobs des Ku Klux Klan ausbrütet. Das gleiche Terrornetzwerk gegen Abtreibungskliniken ist auch verantwortlich für die brennenden Kreuze gegen Schwarze und die Zerschlagung von Streikpostenketten der Arbeiter."

Was notwendig ist, um den Krieg zu gewinnen, der um die Abtreibungskliniken tobt, sind *kämpferische Massenmobilisierungen,* die alle Verteidiger der Frauenrechte einbeziehen und die vor allem versuchen, die soziale Macht der integrierten Arbeiterbewegung zu mobilisieren. Es ist notwendig, den rechten Mob *zu verjagen und zu zerstreuen,* der die Abtreibungskliniken belagert und damit den Killern wie Hill und Griffin Deckung verschafft. Pensacola ist eine rechte Hochburg, die von der Kriegsmarine dominiert wird. Auf dem nahegelegenen Luftwaffenstützpunkt Eglin trainieren Kommandos für eine Invasion auf Haiti. Noch nicht einmal eine Stunde entfernt liegt Mobile, Alabama, wo der berüchtigte Klan einen Schwarzen gelyncht hat. Aber in Mobile gibt es auch eine starke schwarze Gewerkschaftsortsgruppe der ILA (Hafenarbeitergewerkschaft), die den Kern einer disziplinierten Abteilung von Gewerkschaftsordnern stellen könnte, die mit den rassistischen Äntiabtreibungsterroristen kurzen Prozeß machen könnte.

Rache für die Ermordung von Dr. Britton und James Barrett durch die Mobilisierung zur Verteidigung der Kliniken! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch — Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Nach Workers Vanguard *Nr. 604, 5. August*



Pseudotrotzkisten fördern „Workers-Aid"-Schwindel, um imperialistische NATO/UN-Intervention gegen Serben zu provozieren

Pseudo-Linke im Troß des Imperialismus

„Workers Aid for Bosnia": Was dahinter steckt

Stellt euch selbsternannte Linke vor, die das bürgerlich-nationalistische bosnische moslemische Regime mit Versorgungsgütern beliefern und dabei von britischen und französischen imperialistischen Truppen eskortiert werden. Absurd, aber wahr: Das ist „Workers Aid for Boœnia" („Arbeiterhilfe für Bosnien").

Seit mehr als einem Jahr hat eine Reihe sogenannter trotzkistischer Gruppen in Westeuropa, besonders Cliff Slaughters britische Workers Revolutionary Party (WRP) und Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat (VS), diese Kampagne betrieben und als Beispiel von „Arbeiterinternationalismus" dargestellt. Dies gibt dem Wort Doppelzüngigkeit eine völlig neue Bedeutung! Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain schrieben über dieses pro-imperialistische Konglomerat, kurz nachdem es in Erscheinung trat: „Langer Rede kurzer Sinn ist, daß .Workers Aid for Boœnia' die imperialistische Propaganda über das ‚arme kleine Bosnien' weiterverkauft und einfach einen Vorwand für eine NATO-Intervention liefert" (*Workers Hammer* Nr. 137, September/Oktober 1993).

„Workers Aid" bekommt sein Stichwort zum Einsatz direkt von mächtigeren Kräften der herrschenden Klasse, besonders in Britannien und Frankreich, die die größten Truppenkontingente bei den UN-„Friedens"-Kräften in Ex-Jugoslawien stellen. Die britische konservative Regierung von Premierminister John Major wird von einer unheiligen Allianz angegriffen, die sich von der Labour Party bis zu rechten Tories wie der „Eisernen Lady" (jetzt Baronin) Margaret Thatcher erstreckt, mit dem Vorwurf, nicht aggressiv genug auf der Seite des bosnischen moslemischen Regimes zu stehen. Zu den Unterstützern von „Workers Aid" gehören der frühere Labour-Führer Michael Foot und der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes TUC.

Ähnlich in Frankreich, Heimat der größten VS-Gruppierung, wo ein beträchtlicher Flügel innerhalb der herrschenden Kreise — darunter der Führer der Sozialistischen Partei, Michel Rocard — auf eine kriegerischere Linie gegen Serbien drängt. Bei den kürzlichen Wahlen zur Europäischen Gemeinschaft wurde eine Liste „Europa beginnt in Sarajevo" von Intellektuellen aufgestellt, die an der Studentenrevolte im Mai 68 teilgenommen hatten und seither weit nach rechts gegangen sind. Die Sarajevo-Liste kandidierte dafür, „Bosnien ins Zentrum der Wahldebatte" zu stellen, und dafür, das Waffenembargo gegen Bosnien zu beenden. Genau das tun auch die Leute von „Workers Aid".

In Deutschland hat sich unter der Ägide der *taz* eine unheilige Allianz von Kriegshetzern gegen Serbien zusammengetan, die von Grünen und Feministinnen angeführt wird (siehe dazu auch: „Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan", *Spartakist* Nr. 103, Mai 1993). Wegen der Nazi-Besetzung kann der deutsche Imperialismus noch nicht offen militärisch auf dem Balkan intervenieren, trotzdem hat er 1991 im Alleingang die Zerstückelung Jugoslawiens durchgesetzt, als er nach dem Teile-und-Herrsche-Prinzip die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien erzwang. Mitte Juli ließ das Bundesverfassungsgericht verkünden, daß von nun an die Bundeswehr offiziell bei allen Kampfeinsätzen der UNO mitmachen kann.

Aber, wie wir im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) schrieben: Eine direkte militärische Intervention auf dem Balkan „würde eine heftige Antwort von jenen Völkern provozieren, die unter den Nazis gelitten haben, als diese die südslawischen Länder verwüsteten". Um dieses „Problem" des Vierten Reichs zu umgehen, ließ sich der Sozialdemokrat und frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnick als „EU-Administrator" der bosnischen Stadt Mostar einsetzen. „Ich bin kein Protektor", wehrte sich Koschnick, der mit 200 Polizisten im Troß in die Stadt einmarschierte, um sofort darauf festzustellen: „Notfalls muß auch allein entschieden werden, die Vollmachten dazu habe ich" (*Süddeutsche Zeitung,* 25. Juli).

Wie die *SZ* zu Koschnicks Einsatz in Mostar schrieb, muß gegen die Serben die „neue Landkarte zur Aufteilung Bosniens" durchgesetzt werden — d. h. der von den Imperialisten entworfene „vereinigte" kroatisch-moslemische Staat. *Avanti,* die Zeitung der VS-Unterstützer in Deutschland und hiesiges Sprachrohr der „Workers-Aid"-Kampagne, reiht sich in diese finstere Kampagne unter der Rubrik der Verteidigung „eines kleinen Volkes" ein und stellt zu diesem Zweck einfach die Realität auf den Kopf: „In Wahrheit ist allein Serbien Nutznießer der imperialistischen Intervention. Das Waffenembargo gegen die Kriegführenden trifft praktisch nur die ‚Moslems'" (Oktober 1993). Und in *Inprekorr* sekundiert eine Mandel-Unterstützerin:

Mostar, 1941-45: Nazi-Besatzung in Jugoslawien führte zum Mord an fast zwei Millionen Menschen. Heute setzen die deutschen Imperialisten SPD-Koschnick als Administrator ein. Sie wollen wieder den Balkan beherrschen



econ-Verlag

„Der Frieden mit den Kroaten, und die Föderation in Herzeg-Bosnia. Und das gibt Hoffnung" (Juni 1994). Das Wort Antiimperialismus ist für diese armseligen Zentristen Mandelscher Schule inzwischen ein Fremdwort geworden.

In *Workers Press* von der WRP, die die „Workers-Aid"-Kampagne zum „Zentrum ihrer politischen Arbeit" erklärt, erscheint regelmäßig die riesige Schlagzeile „Timex nach Tuzla", womit der Timex-Streik in Schottland, der eine Niederlage erlitten hat, mit der bosnischen Bergarbeiterstadt verbunden werden soll, auf die ihre Kampagne abzielt. Zeitungsberichte über die verschiedenen Unterstützer von „Workers Aid" beschreiben den multiethnischen Charakter der Bergarbeiter in Tuzla und wie diese dem britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 Unterstützung schickten. Aber die Kampagne von „Workers Aid" hat *nichts* damit zu tun, die multinationale Arbeiterklasse der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu unterstützen. Diese „linken" Scharlatane nutzen zynisch die Not der Bergarbeiter in Tuzla aus, um in diesem dreiseitigen Bruderkrieg im ehemaligen Jugoslawien *politische Unterstützung für die bosnische moslemische Regierung zu propagieren und auf imperialistische Unterstützung für Bosnien zu drängen.*

Welche Reste von Säkularismus und Einheit über kommunalistische Fronten hinweg in Städten wie Tuzla noch existieren mögen, sie wurden überschwemmt von nationalistischen und kommunalistischen Kräften aller Seiten, auch denen der bosnischen Regierung. Tatsächlich ist eine der Tragödien des konterrevolutionären Auseinanderbrechens von Jugoslawien, das von WRP und den anderen Unterstützern von „Workers Aid" nach besten Kräften unterstützt wurde, das Auseinanderreißen zutiefst integrierter Gemeinschaften. Im Verlauf des Bürgerkriegs wurde die serbische Bevölkerung Tuzlas von 20000 auf kaum 8000 reduziert, und ehemals serbische Dörfer in der Umgebung wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die vorherrschende politische Kraft dort ist jetzt die moslemische nationalistische Partei der Demokratischen Aktion. Eine Frau aus Tuzla, die auf die wachsende Präsenz islamischer Extremisten hinwies, klagte: „Ich kann auf der Straße kein Minikleid tragen, ohne daß sie mich verfluchen. Sie sagen, ich solle mich schämen."

„Bringt die Imperialisten dazu, zu kämpfen"?

Workers Press ist zu einer unverfrorenen Presseagentur des Regimes von Alija Izetbegovic in Sarajevo geworden, das als eine multinationale Regierung dargestellt wird, „demokratisch gewählt vom bosnischen Volk als ganzem" *(Workers Press, 1.* August 1993). Die WRP äfft imperialistische Propaganda nach, daß der serbische starke Mann Slobodan Milosevic „der Hitler des Balkans" sei *(Workers Press,* 31. Juli 1993). In Wirklichkeit ist Izetbegovic ein genauso eingefleischter Nationalist wie Milosevic. Die „Islamische Deklaration" des bosnischen Führers rief 1990 zur „Islamisierung der Moslems" auf. Einer seiner Militärbefehlshaber identifiziert sich mit dem vom CIA finanzierten afghanischen fundamentalistischen Killer Gulbuddin Hekmatyar und erklärt: „Bosnien muß ein moslemisches Land sein" (Londoner *Sunday Times,* 27. Juni 1993).

Aber selbst wenn das Regime in Sarajevo säkularistisch wäre, was es nicht ist, gäbe es für revolutionäre Sozialisten immer noch keine Basis, den moslemischen Kräften militärische Unterstützung gegen die Serben zu geben. Bosnien ist keine Nation und es gibt kein bosnisches „Volk". Bosnien-Herzegowina, früher eine Provinz im Osmanischen und dann im Habsburger Reich, wurde im titoistischen Jugoslawien als eine Einzelrepublik errichtet, die ein Modell der interethnischen Harmonie unter den drei eng verwandten Völkern sein sollte — den Serben, Kroaten und slawischen Moslems —, die inzwischen auf einem geographischen Gebiet zusammenlebten.

Seit der jugoslawische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat 1991 entlang nationaler Linien auseinanderbrach, erlebt Bosnien einen kommunalistischen Krieg, bei dem alle Seiten Greueltaten verüben und „ethnische Säuberungen" durchführen, deren Ausmaß jeweils vom sich verlagernden militärischen Kräfteverhältnis bestimmt ist. Innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Konterrevolution muß jeder Sieg für die bosnischen Moslems notwendigerweise auf Kosten der Serben und Kroaten gehen. Es kann keine demokratische Lösung für den blutigen nationalistischen Konflikt in Bosnien oder anderen Regionen Ex-Jugoslawiens geben ohne eine proletarische Revolution, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans führt.

Eine solche Perspektive ist den Anhängern von Slaughters WRP, Mandels VS usw. zutiefst fremd, deren höchstes Ziel darin besteht, erfolgreich ihre eigene imperialistische Bourgeoisie unter Druck zu setzen. Bezeichnenderweise wird in einer kürzlichen Erklärung der Slaughter-Leute, wo sie einen Zusammenschluß ihrer Workers International mit der morenoistischen International Workers League vorschlagen auf der Basis ihrer „gemeinsamen Intervention in der Kampagne Workers Aid for Bosnia", das Wort Imperialismus nicht einmal erwähnt. Kein Zufall, wie man so schön sagt. Das Regime in Sarajevo konzentriert seine Militärstrategie darauf, die Intervention der Imperialisten gegen die Serben zu provozieren. An dieser Stelle kommt „Workers Aid" ins Spiel.

„Workers Aid" fordert von den „friedenssichernden" UN-Kräften Garantien für „sichere Passage" und besteht besonders darauf, daß die Imperialisten eine Route durch den nördlichen Korridor Bosniens sichern. Vor einem zwei-

Fortgesetzt auf Seite 10

„Workers Aid"...

Fortsetzung von Seite 9

ten Konvoi im Frühjahr schrieb Dot Gibson, Mitglied der Workers International, direkt an den kroatischen Verteidigungsminister, dieser solle „veranlassen, daß die Blockade auf der nördlichen Route von Orasje nach Tuzla aufgehoben wird" (*Workers Press,* 15. Januar). Bei einer Konferenz zur „Berichterstattung" über den Konvoi forderte ein Banner letzten Oktober in London: „Die UNO muß die nördliche Route nach Tuzla öffnen!" Warum die nördliche Route? Weil dies von den Serben gehaltenes Gebiet ist. *Die WRP ruft direkt die imperialistischen UN-Kräfte auf, serbische Positionen anzugreifen. Und darüber hinaus ist ihr Zielgebiet der Posavina-Korridor durch Brcko, wo die bosnischen Moslems Kräfte für ihre nächste Offensive zusammenziehen!*

Früher forderten Slaughter und Co. ständig: „Bringt die Labour-Linken dazu, zu kämpfen", heute proklamieren sie: „Bringt die Imperialisten dazu, zu kämpfen!"

Mittlerweile setzte das VS seine eigene „International Workers Aid" ein — mit einem Büro in der kroatischen Stadt Split — und prahlt damit, das Zagreber Regime des Apologeten der faschistischen Ustascha, Franjo Tudjman, aufgefordert zu haben, sie offiziell als eine „nicht der Regierung zugehörige Organisation" anzuerkennen *(International Viewpoint,* April 1994)! Die Mandelianer brüsten sich damit, daß ihre Unterstützer tatsächlich am Steuer der Lastwagen in diesen UN-Hilfskonvois sitzen. Vielleicht machen einige deutsche Mandel-Unterstützer ja einen Umweg über Mostar, um sich vom SPD-Ex-„Linken" Koschnick und den 70 deutschen Bullen, die „Mostars Polizei beraten und ausbilden" sollen *(Spiegel,* 15. August), Unterstützung zu holen. Das wäre nichts Neues für das VS, sie taten das gleiche Anfang der 80er Jahre für die polnische Solidarnoœæ, wobei sie vom CIA „gespendete" Lieferungen durch ihre Kanäle in der SPD und anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien transportierten.

Workers Power: Hier weht die blaue Flagge der UNO

Die linke Flanke des proimperialistischen „Workers-Aid"-Konglomerats stellt die britische Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht), die auch die Forderung nach „Solidarität mit den bosnischen Moslems!" erhebt. WP klagt, die Nord-Routen-Strategie der WRP „könnte leicht als Aufruf an die UNO interpretiert werden, sich ihren Weg da durchzuschießen", und sie schelten das VS, weil es sich weigert, auch nur der Form halber ihrer „International Workers Aid" eine Plakette „UNO raus aus dem Balkan" anzustecken *(Workers Power,* Dezember 1993). Aber diese ach-so-prinzipienfesten Opportunisten erachten es als „vollständig legitim, zu fordern, daß die UNO dem WAFB-Konvoi [Workers Aid for Bosnia] die Erlaubnis gibt, den von Serben kontrollierten Posavina-Korridor zu passieren, und eine symbolische UN-Eskorte an die Spitze des Konvois stellt". Es geht doch nichts darüber, den Generalleutnant der britischen SAS (Spezial-Lufteinheit) Sir Michael Rose, UN-Kommandant für Bosnien (früher bei den britischen Besatzungstruppen in Nordirland), bei der Fahrt als Begleiter zu haben, damit man sich so richtig sicher fühlt.

Und tatsächlich, was Workers Power im wesentlichen an der imperialistischen Präsenz in Bosnien ärgert, ist, daß Sir Michael & Co. „keinen Finger gerührt haben, um die ethnischen Säuberungen" seitens der Serben „zu stoppen". Der gleiche Artikel, der „UN-Truppen raus aus dem Balkan" fordert, drängt auch auf Unterstützung einer Streikpostenkette vor den Büros der Vereinten Nationen in London, um „die Öffnung des Flughafens von Tuzla" zu fordern. WP erhebt außerdem die Parole „Hebt das Waffenembargo auf. Aus dem Mund von Workers Power & Co. ist dies nur ein unaufrichtiger Aufruf an die Imperialisten (und den ultrareaktionären saudischen Monarchen und die iranischen Mullahs!), die bürgerlich-nationalistischen bosnischen moslemischen Kräfte zu bewaffnen.

Nicht, daß das „arme kleine Bosnien" irgendwelche Schwierigkeiten hätte, Waffen zu bekommen. Besonders seit der vom deutschen Imperialismus eingefädelten Bildung der bosnisch-kroatischen Föderation letztes Frühjahr ist das moslemische nationalistische Regime via Zagreb mit Waffen überschüttet worden. Anfang Mai schaffte ein iranischer Lufttransport mindestens 60 Tonnen Sprengstoff und andere Rohmaterialien zur Waffenproduktion heran. Die bosnischen moslemischen Kräfte wurden weiterhin durch „Freiwillige" aus der Türkei, Malaysia und durch Veteranen des vom CIA unterstützten Mudschaheddin-Kriegs in Afghanistan verstärkt. Aber das sollte für VS, WRP und WP, die allesamt gegen die sowjetische Intervention gegen Feudalkräfte in Afghanistan waren, kein Problem sein.

Auch für ihre Forderung, den Flughafen von Tuzla zu öffnen, genießt Workers Power „breite" (bürgerliche) Unterstützung. Dies wurde zum Schlachtruf für antiserbische Falken im Westen, als US- und NATO-Kräfte im Frühjahr serbische Positionen bombardierten, um Belgrad unter Druck zu setzen, ein imperialistisches Ultimatum zu akzeptieren. Im Mai rief US-Admiral Leighton Smith, Kommandant der Südflanke der NATO, dazu auf, ein „Ausnahmegebiet" um Tuzla zu schaffen, um die Konzentration von serbischen Waffen nahe dem Flughafen zu eliminieren.

Mit ihrem Aufruf zur Solidarität mit den bosnischen Moslems haben sich Workers Power et al. ganz direkt in den Dienst des nationalistischen Regimes in Sarajevo und seiner imperialistischen NATO-Sponsoren gestellt. WP, dauernd auf der Suche nach einem kleineren Übel, hopst immer wieder einer anderen reaktionären Kraft hinterher: Erst vor zwei Jahren hielten ihre österreichischen Genossen eine gemeinsame Aktion mit serbischen Nationalisten und Faschisten ab!

Als proletarische Internationalisten sind wir Gegner aller Seiten in dieser Orgie des mörderischen Nationalismus, die das frühere Jugoslawien zerrissen hat. Gleichzeitig kämpfen wir gegen die von UNO/NATO gegen Serbien verhängte Wirtschaftsblockade und wir rufen auf zur Verteidigung der serbischen Kräfte gegen einen *imperialistischen* militärischen Angriff.

Nach Workers Vanguard *Nr. 604, 5. August*

Korrektur

Im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) ist uns in dem Artikel „Im Nachtrab der Konterrevolution: Mandelianer verkünden ‚Überlegenheit des Kapitalismus'" leider ein Fehler passiert. Dort setzten wir uns unter anderem mit den Positionen des *Avanti-Redakteurs* Hans-Jürgen Schulz auseinander. Als in der Kreuzberger PDS-Zeitschrift *Gegendruck* ein Hansjürgen Schulze seinen .Eintritt in die PDS bekanntgab, schlossen wir fälschlicherweise, daß es sich um jenen Hans-Jürgen Schulz handelt. Es stellte sich aber heraus, daß dies nicht der Fall ist. Was übrigens nichts daran ändert, daß der Mandelianer Schulz mit seiner Position zur DDR, wie wir feststellten, „den politischen Schulterschluß mit dem PDS-Wahlstrategen André Brie, der schon vor Jahren die DDR mit dem Begriff ‚feudalistisch' belegte", vollzog.

Spartakist-Jugend

Antifa-Jugend will keine politische Polizei

JRE/Voran: Sommer-Camp-Pleite

Vom 13. bis 20. August hatte die Sozialistische Alternative Voran (SAV)/Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) zur Teilnahme am internationalen Anti-Nazi-Camp in Reinwarzhofen aufgerufen. Rund 1400 Jugendliche aus ganz Europa kamen nach Bayern, um darüber zu debattieren, wie man die Nazis und Rassisten stoppt. Klar, daß auch wir Spartakisten dorthin fuhren, um mitzustreiten. Und wir waren bereit für eine heiße politische Debatte.

Merkwürdiges im „Willy-Brandt-Lager"

Wir wollten unsere Perspektive vorstellen: die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihrem strategisch wichtigen Immigranten-Bestandteil, die zusammen mit antirassistischen Jugendlichen die Macht hat, die faschistischen Mörder zu zerschlagen. Direkt entgegengesetzt zur marxistischen Strategie ist die Politik von Militant/Voran/JRE, Vertrauen in den bürgerlichen Staat zu setzen, seine Bullen und Gesetze. Und tatsächlich zeigten sie ihre sozialdemokratische Perspektive in jedem Aspekt dieses merkwürdigen Camps, vom Anfang bis zum Ende.

Das Camp fand gerade in der Woche statt, in der die Faschisten anläßlich des Todestages von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß zahlreiche Provokationen in verschiedenen Städten ankündigten. Wunsiedel, wo die Faschisten sonst jedes Jahr aufmarschierten, war nur 70 km vom Camp entfernt. Und Reinwarzhofen selbst war bis 1945 Nazi-Hochburg. In der Nähe des Camps gab es ein Gehöft Mengele, das dem Bruder des berüchtigten Nazi-„Arztes" gehört, der Tausende im Konzentrationslager Auschwitz ermordete und der dann in Argentinien von seiner Familie jahrzehntelang unterstützt wurde. In den Wäldern bei den Zelten fanden Jugendliche Geräte, die von Nazis zum „Training" benutzt werden. Ein Angriff auf das Camp mußte daher befürchtet werden. Viele Jugendliche nahmen die Camp-Losung „Stoppt Nazis und Rassisten" wörtlich.

Tatsächlich gab es am 17. August eine sehr konkrete Gefahr aus dem Wald. Denn an diesem Todestag von Rudolf Heß griffen Nazis das Camp an (siehe weiter unten). Und genau darauf war Militant/Voran nicht vorbereitet. Von einer Organisation, deren Politik es ist, dem bürgerlichen Staat zu vertrauen, werden Jugendliche wirklicher Gefahr ausgesetzt, wenn die Faschisten angreifen. Als auf einem Sicherheitsmeeting am Montag Antifaschisten über kleine Gruppen von Nazis berichteten, die um das Camp schlichen, sagte der Chefordner: „Keine Panik, Leute, *denn die Nazis werden uns nicht angreifen"*. Und der Führer von Voran meinte sogar, daß „Faschisten niemals eine antifaschistische Versammlung von dieser Größe in Deutschland angegriffen" hätten. Kein Wunder, daß jeder bei dieser Aussage nervös wurde. Die Verharmlosung von faschistischen Angriffen durch Voran/JRE geht einher mit ihrer Unterstützung von Lichterketten Anfang 1993, als ihre Teilnahme entgegengesetzt war zu unserem Angebot einer Aktionseinheit, ein Immigrantenwohnheim in Berlin vor drohenden Naziangriffen zu schützen.

Die JRE-Führung hatte sich für 1994 das „größte und bestorganisierte Antifa-Camp Europas" als Hauptaktivität vorgenommen. Und wie in Goethes „Zauberlehrling" wurden die Voranler der Geister, die sie zum „Anti-Nazi-Camp" riefen, kaum Herr. Denn der Kampf gegen den Faschismus kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst, das den Faschismus ausbrütet. So mußte sich die Auseinandersetzung auf diesem Camp auf die Frage zuspitzen: Reform oder Revolution.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) hatten zum Camp eine neue Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat" auf Französisch und Englisch herausgebracht sowie die etwas gekürzte Version im Spartakist-Paket auf Deutsch (siehe Anzeige in dieser Zeitung). Sie beinhaltet eine Polemik, die eine Antwort auf eine Verleumdungsschrift der Gauche Révolutionnaire/Jeunesse Communiste Révolutionnaire (GR/JCR) ist, sowie den Text einer Broschüre der GR/JCR, die gegen uns Spartakisten und gegen Pouvoir Ouvrier (PO, französische Schwesterorganisation der britischen Workers Power [WP], in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) gerichtet ist. Unsere Tendenz ist stolz darauf, daß sie die Polemiken unserer Opponenten gegen uns *allen* zugänglich macht. Denn nur in einer offenen politischen Debatte werden die besten Argumente überzeugen und damit Kämpfer zu einer siegreichen Strategie gegen Nazi-Terror gewinnen. Der Text der JCR, der im Namen von Vorans internationaler Bruderorganisation Militant Labour und ihrem Komitee für eine Arbeiterinternationale geschrieben wurde, entlarvt die eklatante antimarxistische Position der Militant/Voran-Tendenz über die Bullen, die in ihren Augen „Arbeiter in Uniform" sind.

Wir Spartakisten, die als Gruppe von Mitgliedern der Sektionen und der Spartakist-Jugend aus Irland, Frankreich, Italien und Deutschland angereist waren, intervenierten in einer Reihe von Meetings. Unsere Genossin von der LTF sprach beim Sonntag-Meeting „Staat und Faschismus": „Für Militante, die gegen Faschismus kämpfen wollen, ist die Haltung zur Polizei und damit zum kapitalistischen Staat zentral. Aber Militant/Voran möchte die Bullen .gewinnen', für sie sind sie ‚Arbeiter in Uniform', die man in die Arbeiterbewegung hereinholt." Mit diesem Zitat betonte sie, daß die Bullen *die Faust des Kapitals gegen die Arbeiter sind.* Die Analyse Trotzkis: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter" *(Was nun,* 1932), wurde von Militant/Voran vehement mit Beispielen von „Realpolitik" gekontert: Wie sinnvoll es sei, daß die tschechische JRE mit Privatbullen zusammenarbeitet, daß die belgische JRE stolz ist, daß sie auf Bullenschutz gegen den Flamenblock vertraut. In London sei es richtig gewesen, an den Stadtrat zu appellieren, das BNP-Hauptquartier zu schließen (pikante Nachfrage der JRE-Übersetzerin: „Ist das wirklich unsere Position?"). Und in Coppenbrügge in Deutschland durfte sogar der Polizeieinsatzleiter über das JRE-Mega reden.

Diese surreale „Praxis" oder besser selbstmörderische Politik führte zu verständlichem Frust unter Camp-Teil-

Fortgesetzt auf Seite 12

JRE/Voran...

Fortsetzung von Seite 11

nehmern, die sich unter einem Anti-Nazi-Camp keine Veranstaltung zugunsten einer Verbrüderung mit Bullen vorgestellt hatten. Unsere Genossen schilderten dagegen die exemplarische Arbeit mit der Arbeiter/Schwarzenmobilisierung in Springfield; in dieser Hauptstadt des US-Bundesstaates Illinois hatte der Ku Klux Klan am 16. Januar, dem Martin-Luther-King-Tag, marschieren wollen. Wir berichteten über die Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zur Verteidigung eines Wohnheims in Berlin am 30. Januar letzten Jahres, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, und zeigten damit das Potential zur Gewinnung der Arbeiterklasse. Die Faschisten wurden gestoppt, und wegen der gewerkschaftlichen Unterstützung griff die Polizei nicht an.

Für revolutionäre Trotzkisten wie für Immigranten und viele Jugendliche sind die Bullen die bezahlten Schlägerbanden der kapitalistischen Herrscher. Voran/JRE dagegen vertritt die Position für „gewerkschaftliche" Organisierung der Bullen, die auf junge Antifaschisten einprügeln. Darüber wurde das Camp unter den von Schweden bis Spanien angereisten Jugendlichen polarisiert. Unser Verkauf von über 100 Broschüren und die Bestellungen von Abonnements unserer Zeitungen *Spartakist, Workers Hammer, Espartaco* und *Le Bolchevik* auf diesem Camp bestätigten das große Interesse an diesen Fragen. Statt freiem, scharfem Schlagaustausch wurden die Camp-Teilnehmer aber mit Begegnungen ganz besonderer Art konfrontiert.

Nicht nur bahnte sich ein politisches Desaster für die Voran-Führung auf dem Camp an, wo ihnen die Jugendlichen davonliefen („schuldig" dafür wurden wir Spartakisten gesprochen, weil angeblich ihre JREler nicht dorthin gingen, wo Spartakisten auftauchen könnten!). Von Beginn an war das Camp auch von organisatorischem Chaos begleitet, was Essen, Finanzierung des Camps und seine Sicherheit anging. Kein Wunder, daß sich Jugendliche anfangs kaum für den Ordnerdienst des Camps meldeten. Denn was sollte ihre Aufgabe sein? Nicht etwa, sich gegen die Nazis zu verteidigen (wofür wir Spartakisten uns schon im Bus von Berlin meldeten), sondern die Jugendlichen *auf* dem Camp zu reglementieren (Alkohol erst ab 18 Uhr usw.).

Darüber hinaus erhielten wir im Camp eine praktische Lektion dessen, was Trotzki als die Funktionsweise der Sozialdemokratie beschrieben hat, nämlich daß sie als politische Polizei in der Arbeiterbewegung fungiert. Auf dem Camp fing es allerdings als Hooligan-Methode an. Damien Elliott, Führer der französischen GR/JCR-Gruppe, *prügelte* am Sonntag auf unseren Genossen von der Ligue trotskyste de France (LTF) ein, weil eine junge JRE-Genossin aus Frankreich die politische Neugier hatte, eine Broschüre von den Spartakisten zu kaufen. Als die junge Frau gegen diesen Angriff laut protestierte, wurde sogar sie von Elliotts Schlägertypen weggeschleppt. Daß Leute Zuflucht zur körperlichen Gewalt nehmen, um eine Debatte innerhalb der Arbeiterbewegung zu unterdrücken, ist uralt. Sie ist ein Merkmal der Sozialdemokraten und Stalinisten, die auf eine feige Unterdrückung der revolutionären Kritik zurückgreifen, wenn sie *keine politischen* Antworten haben.

In einem geradezu grotesken Versuch, die Spartakisten mundtot zu machen, entfalteten nun die Führer des Camps eine Lügenkampagne ausgerechnet gegen die Zielscheibe des gewalttätigen Angriffs. Denn diesen Angriff hatten viele gesehen, die lauthals gegen diese Gangstermethoden in den Reihen der Linken und Arbeiterbewegung protestierten. Gegen diese Anwendung körperlicher Gewalt innerhalb der sozialistischen Bewegung protestierte außer uns auch das Internationalist Trotskyist Committee (ITC), das mit Mitgliedern aus USA, Britannien und Deutschland zum Camp kam, gegenüber den Organisatoren. Sie und andere, wie Mitglieder der SDAJ (die zuvor von Voranlern als Stalinisten beschimpft wurden), stellten sich für unseren Schutz zur Verfügung, während der Ordner von Voran sich den Protest anhörte und nichts unternahm. Der Camp-Führer Sascha drohte sogar mit dem Ausschluß *unserer* französischen Genossen. Dieser Angriff brachte Militant/Voran eine Menge Probleme, denn viele ihrer eigenen Unterstützer, auch in Frankreich, waren entsetzt.

Wenn es schon schwarze Listen gab, dann waren wir Spartakisten natürlich auf Platz eins. Die Paranoia ging ganz schön weit. Laut *Camp news* Nr. 3 vom 17. August hätten wir die Leute mit unseren Flugblättern vom Essen abgehalten, und dies war mit einer Drohung an die Camper verbunden: „so folks, don't discuss with strangers before meal!" [So Leute, diskutiert vor dem Essen nicht mit Fremden] Und im Liebesroman dieser Zeitung war Godaharts Liebe dramatisch gefährdet, denn als er seiner Liebsten folgte, versperrte ein Flugblatt seinen Weg. „Wird Godahart sich den verbalen Fängen des Spartakisten entziehen können?", fragte der Artikel. Und ein Gebet eines „kleinbürgerlichen Anarchisten" klagte: „Und führe uns nicht nach Sparta, sondern erlöse uns von den Spaltern."

Was für die einen eine sündhafte „Versuchung" war, war für andere JREler eine politische Herausforderung zur Auseinandersetzung mit uns. So besuchten uns JREler am Büchertisch, die mit den Angriffen auf uns gar nicht einverstanden waren. Sie wollten unser Flugblatt „Voran: Vorkämpfer für Anschluß" (siehe Seite 15) diskutieren. Dabei erzählten sie, ihre Führung habe intern zugegeben, daß ihre Position von 1990, „SPD in die Offensive" und „SED-Vermögen enteignen", ein „Fehler" gewesen sei.

Heute ruft Voran/JRE nicht nur zur Wahl der SPD, sondern auch der PDS auf. Dies scheint ein Widerspruch zu sein, schließlich haben sie sich jahrelang als Willy-Brandt-Enkel an der SPD-geführten Hexenjagd beteiligt. Aber jetzt, wo die PDS sich als Steigbügelhalter für Scharping verpflichtet hat, ist die PDS für die Voranler akzeptabel, die seit Gründung der JRE versuchen, die Jugend für Scharpings SPD heranzuziehen. Eigentlich wollten sie ursprünglich Wahlveranstaltungen auf dem Camp abhalten (Bisky war extra angefragt). Dieses Treffen fiel wie viele andere bombastisch angekündigte Meetings ins Wasser.

Offensichtlich kamen der Militant/Voran-Führung die JCR-Angriffe auf uns Trotzkisten ganz gelegen, um ihr Mütchen zu kühlen. Und schließlich sind die JCRler ihre Genossen, für die sie verantwortlich sind. In den *Camp news* (Nr. 1, 14. August) wurde unter dem Titel „JRE und Spartakisten" flugs erklärt, daß unsere französische Sektion eine von Elliotts Veranstaltungen in Frankreich „tätlich" gestört hätte. In einem Flugblatt „Wovor hat Damien Elliott von der JCR Angst?", das wir am nächsten Tag an 500 Jugendliche verteilten, fragten wir, warum niemand im Camp, nicht einmal Elliott, diese verlogene Beschuldigung vorher erhoben hatte, sondern erst „nach seinem Angriff auf uns und seinem Bedürfnis, den Angriff zu .erklären'?" Keine Antwort!

Über diese einfache Frage kam Workers Power ins Trudeln. Nachdem ihr Vertreter noch am Sonntag nachmittag intervenierte, daß „das einzig Traurige am Camp ... die provokatorische Rolle der Spartakisten" sei, mußte der gleiche Typ im Auftrag seiner Organisation am Abend unseren Genossen gegenüber erklären, daß sie uns verteidigen und gegen unseren Ausschluß protestieren.

Den Unmut vieler Jugendlicher gegen die offen sozialdemokratische Politik versuchte die Gruppe Spartakus (die erst nach vielen Monaten Entrismus in die JRE Hamburg und Kreuzberg den „pro-sozialdemokratischen" Charakter von Voran entdeckte) auf ihre Art auszunutzen. Denn ihr

„revolutionärer Antifaschismus", den sie angeblich der Voran-Politik entgegensetzte, entpuppte sich schon auf dem Camp als heiße Luft (siehe Seite 14). Quasi als „JRE-Basisopposition" griff sie daher zum Mottenkistenargument aller Antikommunisten gegen die Zentrale (vor allem im Ausland) von Voran/Militant: „Was da in London und Köln doch so alles möglich ist!" *(JRE: Spielwiese der pro-sozialdemokratischen VORAN!"* 8. Juli) In klassisch sozialdemokratischer Weise setzen sie finanzielle Erpressung ein und rufen zum „Beitragsstreik" auf: „Wir unterstützen auch die Praxis der Freiburger JRE, keine Mitgliedsbeiträge mehr an JRE abzuführen". Damit stellten sie eigentlich nur eine Karikatur auf Voran selbst dar.

Wovor Elliott Angst hat, versuchten uns Voranler zu erklären, die sozusagen mit einer „politischen Entschuldigung" der Angriffe aufwarteten. Wir sollen ihn Faschist genannt haben. Stünde denn nicht in unserer Broschüre, daß GR/JCR-Führer Damien Elliott sich „an einer französischen Version der ‚rot-braunen Koalition' durch seinen Block mit der faschistisch verseuchten Zeitung *l'Idiot international"* beteiligt hat? Nun, damit hat er sich eine sehr unappetitliche Gesellschaft ausgesucht, welche aus einem verrotteten Flqgel der KPF-Intellektuellen besteht, die mit dem rechten Ideologen Marc Cohen zusammenarbeiten. Voran/Militant teilt im übrigen auch die Position von Elliotts JCR in Frankreich, die in ihrer Broschüre sogar die verhaßte Bereitschaftspolizei CRS unterstützt. Die CRS war 1961 in Paris verantwortlich für das Massaker an Hunderten algerischen Arbeitern. Während des Generalstreiks im Mai 1968 war die Parole kampfbereiter Arbeiter und Studenten gegen diese blutigen Streikbrecher: „CRS ist gleich SS".

Die Methoden der Camp-Führung folgten nur ihrer Politik. Der erste Gang war, kritische Stimmen nicht zu Wort kommen zu lassen und physische Angriffe ihrer französischen Sektion auf die Spartakisten zu erlauben; der zweite war, die Jugendlichen gegen „Theorie" zu impfen. Aber selbst die Rettungsmanöver der Camp-Leitung, nun kleinere, noch mehr „praxisbezogene" Veranstaltungen nach dem Motto „Wie gründe ich eine JRE-Gruppe" auszurufen, wurden eher als Pflichtübung empfunden — und die Jugendlichen blieben lieber im Zelt oder gingen ins Café im Dorf. Statt dessen tauchten am Klo und bei den Infoständen Aufrufe für Treffen von Jugendlichen auf, die aus der JRE austreten wollten. Natürlich wurde dieses „Übel" sogleich uns Spartakisten in die Schuhe geschoben. Auch die Kampagne „gegen Theorie", ausgerufen von der JRE Berlin, schlug fehl. Denn nach der Intervention eines Unterstützers der Spartakist-Jugend über ihre JRE-Kampagne zur Schließung des Nazi-Ladens „No Remorse" im Bezirk Berlin-Pankow, wo sie ihren guten Kontakt zu den Bullen lobten, mußten die JREler zugeben, daß der Laden noch steht!

Voran war 21 Jahre als loyale Opposition in der SPD und Militant über vier Jahrzehnte in der britischen Labour Party. Geradezu symbolisch paßte es dazu, wie ein Genösse vom Camp berichtete, daß in der Sturmnacht des 17. August auf dem Hauptplatz das Plakat „No pasarân", das von Militant angebracht worden war, wegwehte und darunter der wahre Name des Zeltplatzes „Willy Brandt" sichtbar wurde.

Aber auch Gruppen, die nicht für ihre Vorliebe für „Willy" bekannt sind und ein linkeres Gesicht zeigten, konnten sich nicht als Alternative darstellen. So beispielsweise das ITC, das bei Voran/Militant/JRE mitarbeitet. Ihre Mitglieder, die sie zum Camp brachten, bestanden aus Immigranten, Schwarzen und Schwulen. Dies steht in Kontrast zur Ausrichtung von Voran, unter überwiegend weißen Jugendlichen zu rekrutieren. Das ITC aber organisierte auf diesem Camp ein Treffen für alle „Schwarzen", wo es obszönerweise weiße Antifaschisten ausschloß. Nur unsere Genossin protestierte dort gegen diese Ausschlußpolitik und betonte das Fehlen einer proletarischen Orientierung bei ITC. Sie argumentierte gegen den Sektoralismus, der sogar zum eigenen Antrag dieses „Black Caucus", der zu

Fortgesetzt auf Seite 14

„Revolutionärer" Antifaschismus der Gruppe Spartakus:

Nur heiße Luft

Die Gruppe Spartakus (GS), auch als JRE Kreuzberg bekannt, ist beim Sommer-Camp der JRE mit der Linie herausgekommen: „Es reicht! JRE: Kein Platz für linke, revolutionäre Anti-Fa's". In einem Flugblatt warteten sie plötzlich mit der Erkenntnis auf: „JRE ist als Frontorganisation der pro-sozialdemokratischen VORAN zur Wahlkampf- und Hilfstruppe für die SPD/PDS- und Gewerkschaftsführung verkommen." Mal abgesehen von dem „pro" bei der seit Jahrzehnten sozialdemokratischen Voran, wann denn setzte laut GS dieser Prozeß des „Verkommens" ein? Vor knapp einem Jahr jubelte die Gruppe Spartakus noch bei einer Veranstaltung im Berliner Linkstreff in höchsten Tönen über die Tatsache, daß Jugendliche sich bei der „pro"-sozialdemokratischen JRE Marzahn organisierten.

An der Politik von SAV/JRE hat sich nichts geändert. Aber eine ganze Reihe Jugendlicher hat die JRE inzwischen wieder verlassen, weil sie gegen die Nazis kämpfen wollen, statt einen Wahlverein für die SPD/PDS aufzubauen. Deshalb kam jetzt der groß posaunte Austritt der GS, die sich die ganze Zeit als Verteidiger des „JRE-Programms" gegen Voran aufgespielt hat. Obwohl doch von Anfang an klar war, daß der JRE-Spruch „die Nazis stoppen" in schreiendem Gegensatz zur gesamten Voran/JRE-Politik stand, Druck auf die SPD und den Staat auszuüben.

Aber gerade davon unterscheidet sich die Gruppe Spartakus nur in Nuancen. Ihre Mitglieder haben sich Anfang der 80er Jahre feige aus unserer Organisation verdrückt, weil sie dem antisowjetischen Kriegskurs der Imperialisten nicht standhalten konnten. Nachdem sie den Kampf für eine revolutionäre Partei aufgegeben hatten, blieb ihnen nur die Nachtrabpolitik gegenüber anderen Kräften — im wesentlichen der Sozialdemokratie. Dies zeigte sich drastisch bei ihrer Intervention in die keimende politische Revolution in der DDR, wo sie Modrow zur „Hauptgefahr" erklärten und wie gebannt auf die SPD starrten, das Trojanische Pferd der Konterrevolution.

Während die GS hin und wieder, wenn es nichts kostet, Lippenbekenntnisse zur Mobilisierung der Arbeiterklasse ablegt, hat ihre Praxis nichts damit zu tun. Denn der Kampf für die Mobilisierung der Arbeiter bedeutet harten politischen Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Und den wollen die GSler nicht führen, sondern propagieren statt dessen eine „Einheit der Linken".

Daß dies ein Rezept für die Niederlage ist, konnte man am 20. April bei den Mobilisierungen gegen das vom Vierten Reich geplante Fußball-Länderspiel und die damit verbundenen Nazi-Drohungen in Berlin sehen. Die Aktivitäten der GS erschöpften sich darin, einen aufgeblasenen angeblichen „Entwurf eines offenen Briefes an die Gewerkschaften" herauszugeben, den sie der JRE zur Genehmigung vorlegte. Als Voran/JRE abwinkten, die auf „rote Karten" gegen Nazis setzten, war für die GS die Luft raus.

Tatsächlich führte die Gewerkschaftsjugend zusammen mit den Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus zum 20. April und 1. Mai in Berlin Aktionswochen durch, die für Revolutionäre eine wichtige Gelegenheit waren, um dafür zu intervenieren, die angedrohten Nazi-Provokationen durch die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten zu verhindern. Sogar die Berliner DGB-Vorsitzende Bretz spürte diesmal soviel Druck aus den Reihen der Gewerkschaften, daß sie eine Erklärung herausgab, Berlin dürfe nicht zum „Schauplatz rechtsextremer Gewaltpropaganda werden". Allerdings richtete sie sich damit in gefährlicher und selbstmörderischer Weise an den Berliner Senat, die Nazis zu verbieten — eine Politik, die auch von den Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus unterstützt wurde.

Am 1. Mai verhinderte eine Mobilisierung von Gewerkschaftern, Immigranten, Linken und antifaschistischen Jugendlichen tatsächlich eine Provokation der FAP-Nazis in Berlin. Wir berichteten in *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) über den Charakter dieser Mobilisierung, die ein Ansatz für eine wirkliche Arbeiteraktion war, „angesichts eines kleinen, aber sehr gut sichtbaren Gewerkschaftskontingents in einer antifaschistischen Demo von einigen hundert in Johannisthal, überwiegend Jugendliche und Autonome, *ließen die Nazis sich nicht blicken".*

Für die GS ist diese Aktion jedoch keiner Erwähnung wert (auch nicht in den Materialien ihrer „JRE Kreuzberg"). Statt dessen wurde die von ihr prophezeite Niederlage der Linken im voraus gefeiert: „Die Berliner sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen verharren in verbrecherischer Passivität" (*Bolschewik* Nr. 5, April 1994, verkauft am 20. April). Aber wer „verharrte" hier nach Kräften mit?

Während Genossen der SpAD auf den Demonstrationsmärschen und auf dem Lustgarten mit dabei waren, Gewerkschafter und Immigranten nach Johannisthal zu mobilisieren, meinte GS-Alt-Führer Henning am Lustgarten xu seinen Anhängern: „Nichts für uns!" Sein Stellvertreter versuchte derweil mit zwei anderen GSlern in Johannisthal, den Antifaschisten den Artikel mit der angekündigten „Niederlage" anzubieten. Aber an diesem Tag hatte die — wenn auch bescheidene — Mobilisierung der Gewerkschaften gereicht, um den Sieg gegen die Nazis zu sichern! Jede wirkliche Mobilisierung ist der Gruppe Spartakus ein Greuel.»

JRE/Voran...

Fortsetzung von Seite 13

einer „integrierten JRE" aufrief, entgegengesetzt war. Allerdings stimmten dann die Militant/Voran-Mitglieder gegen diesen Antrag. Die integrierte Macht der Arbeiterklasse ist notwendig, um die Faschisten wegzufegen.

Und obwohl das ITC in einem Antrag an Militant/JRE scharf forderte, alle Formulierungen, die zur Reform der Polizei aufrufen, zurückzuweisen, sorgt diese Organisation in den USA *in der Praxis* genau wie Militant dafür, daß sich Antifaschisten dem „Schutz der Polizei" ausliefern. So geschehen zum Beispiel bei einer Aktion gegen den Ku Klux Klan am 15. Januar in Columbus/Ohio, wo sie Teile der Demonstranten in den Kessel der Polizei führten und die Durchsuchung der Antifaschisten mit Detektoren hinnahmen. Dies wurde auch hier zu einer brennenden Frage, als am ersten Tag des Camps in Rudolstadt 200 Antifaschisten durch Linke und Gewerkschaftsordner in einen Polizeikessel geführt wurden. Mitglieder der deutschen Gruppe des ITC (die in Mönchengladbach als Arbeitskreis Kommunistische Politik arbeiten), erklärten unseren Genossen auf dem Camp, daß man „mit Nazis diskutieren" müsse!

Natürlich steckt auch Voran/JRE tief in der Kampagne, „mit Nazis/Skinheads zu reden". Für die JRE nämlich „sind

Fortgesetzt auf Seite 17

Viertes *Reich:* *Nazi-Terror, Massenelend, Frauenunterdrückung*

Voran: Vorkämpfer für Anschluß

Nachstehend drucken wir ein Flugblatt vom 11. August ab, das wir auf dem „Anti-Nazi-Camp" der IRE verteilten.

In ganz Europa ist eine neue Generation von Jugendlichen auf die Straße gegangen, die gegen den bedrohlichen Anstieg des Nazi-Terrors, besonders in Deutschland, kämpfen wollen. Einige organisieren sich bei der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und suchen dort ein Programm, um die Faschisten wirklich zu stoppen.

Gegründet wurde die JRE von Voran und diversen Juso-Unterbezirken im Sommer 1992 zu dem Zweck, daß — so der Antrag der Kasseler Jusos auf dem Juso-Bundeskongreß Ende 1992 in Bonn — „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zunehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist". Es ging also um Stimmenfang für die Sozialdemokratie.

Und das haben sie versucht. Aber nach empörten Protesten gegen einen SPD-Wahlaufruf auf dem Frankfurter JRE-Kongreß im Januar mußte Voran bekennen: „Jugendliche und Arbeiterinnen, die sich wehren wollen, sehen keine Ansatzpunkte in der SPD und kommen zur Zeit nicht auf die Idee, in die Partei einzutreten" *(Voran,* Mai/Juni 1994). Also trat Plan B in Kraft: SPD indirekt.

Deshalb haben sie nach über 20 Jahren loyaler Mitarbeit in der SPD Schluß gemacht, und jetzt heißt es: „Die SAV will eine kämpferische ... Alternative bieten zu SPD und PDS, die nicht über die Grenzen der kapitalistischen Marktwirtschaft hinausgehen wollen." Aber zur gleichen Zeit rufen sie dann im Superwahljahr 1994 dazu auf ... sozialdemokratisch zu wählen. Diesmal aber durch die Hintertür, nämlich für SPD und PDS.

Weder die Wahl von Scharpings Partei der Asylrecht-Vernichtung und der Bundeswehreinsätze noch von Gysis Ostpartei der Klassenzusammenarbeit und des Ausverkaufs der DDR wird den Nazi-Terror verhindern, sondern notwendig ist die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten. Und um wirklich gegen die Nazis vorzugehen, muß man die Grundlage des braunen Terrors bekämpfen.

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat den Faschisten ungeheuren Aufschwung verschafft. Mit der Zerstörung der DDR kam der deutsche Nationalismus wieder hoch, der aus dem gestärkten Vierten Reich genährt wird. Was hat Voran dazu gesagt? Heute behaupten sie *(Voran,* Mai/Juni 1994):

> „Wir haben eine Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zunächst nicht für möglich gehalten. Als sie sich dennoch abzeichnete, weil in das entstandene politische Vakuum keine sozialistische Kraft, sondern der BRD-Kapitalismus stieß, haben wir gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft."

Gegen den Anschluß „gekämpft"? Sehen wir uns das an.

Zuerst zur Behauptung, eine „Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage" sei nicht möglich gewesen. Eine blauäugige Fehleinschätzung? Keineswegs! Die ständige Entwarnung vor der konterrevolutionären Gefahr diente dazu, ihre Unterstützung für die SPD abzudecken, die damals der Vorreiter für den Anschluß war. Als Ende 1989 Hunderttausende in der DDR für einen besseren Sozialismus demonstrierten, führte die SPD unter dem Motto „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" ihren Berliner


Februar 1990

VORAN
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Die Bundesregierung prahlt momentan mit den Wirtschaftsdaten. Sie will damit die negative Bilanz ihrer Politik seit 1981 vergessen machen.

Gegen CDU/CSU/FDP
SPD in die Offensive!

VORAN
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Zu Vereinigung BRD/DDR siehe Seite 3
BRD 1990: Aufschwung für die SPD? siehe Seite 4

DDR
Nieder mit der Bürokratie!

... arbeiterlohn verdienen dürfen.
• Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS (oder wie sie auch heißen mag) und macht ihn den Oppositionsgruppen zugänglich. Die *SPD* muß das von den Stalinisten gestohlene Parteivermögen wieder zurückbekommen.
• Freier Zugang zu den Medien für ... Oppositionsgruppen ...

Voran-Extrablatt
Februar 1990

Für die Vereinigung BRD/DDR

Das deutsche Volk ist natürlich nicht besser und nicht schlechter als jedes andere. Als Sozialisten lehnen wir nicht nur die primitive Verehrung irgendeines Volkes ab, sondern auch seine Verdammung. Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung ...ie jedes andere. Nur die Deutsche...

Voran setzte auf das Trojanische Pferd der imperialistischen Konterrevolution in der DDR: die SPD. Ihr „Antistalinismus" war antikommunistische Hexenjagd

Parteitag durch, wo Brandt seine berüchtigte nationalistische Rede hielt. *Voran* aber fand, daß Lafontaine und andere diese Linie nicht genügend unterstützten, deshalb wollten Brandts Enkel von Voran sie besonders vorantreiben.

„SPD in die Offensive!" forderte *Voran* auf der Titelseite, und die jetzige SAV-Vorsitzende Angela Bankert bestand in ihrem Bericht über den SPD-Kongreß auf dem „Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen" *(Voran,* Februar 1990). Also, Kämpfer gegen die kapitalistische Wiedervereinigung? Mitnichten.

Was war die DDR? Nach der marxistischen Analyse Trotzkis war die DDR ein deformierter Arbeiterstaat, wo auf Basis von proletarischen Eigentumsformen und einer Planwirtschaft produziert wurde, nicht für Profit. Trotz bürokratischer Mißwirtschaft hieß das, daß es keine Arbeitslosigkeit gab. Über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig, weil die Kinderversorgung gut abgedeckt war; dies bedeutete auch, daß sie von den Männern finanziell unabhängig waren. Abtreibung war erlaubt und kostenlos, die Wohnungen waren bezahlbar, Obdachlose gab es nicht. Und kein Jugendlicher mußte Existenzangst haben, denn Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit waren in der

Fortgesetzt auf Seite 16

Wir Spartakisten kämpften für revolutionäre Wiedervereinigung: Für ein rotes Rätedeutschland!

Vorkämpfer für Anschluß...

Fortsetzung von Seite 15

DDR unbekannt; und ihre Schulen und Jugendklubs wurden nicht von Nazibanden terrorisiert. Ihre Lebensgrundlage war gesichert, weil der Kapitalismus in der DDR beseitigt worden war. Obwohl die DDR vor vier Jahren zerstört worden ist, erinnern sich viele Jugendliche in Ostdeutschland noch daran.

Die Stalinisten konnten nicht für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterstaaten kämpfen. Die Existenz der Bürokratie basierte auf den übriggebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution, aber gleichzeitig spielten sie gegenüber dem Imperialismus die Rolle eines Vermittlers. Ihre Grundlage war die nationalistische Entstellung und Ablehnung des Programms der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki, die sich in dem Hirngespinst vom „Sozialismus in einem Land" und der Politik der „friedlichen Koexistenz" mit den Imperialisten ausdrückte. Die Bürokratie brach zusammen, als die Alternative Revolution oder Konterrevolution auf der Tagesordnung war, denn sie hatte kein Programm für die Ausweitung der sozialistischen Revolution. Die einzige Möglichkeit, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen, war der Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als industrieller Kern der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Intervention der Internationalen Kommunistischen Liga in die Ereignisse in der DDR steht in scharfem Kontrast zu der von Voran. Statt Entwarnung zu geben, sagten wir: „Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen" *(Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 1,7. Dezember 1989). Wir riefen zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, um die Organisierung der Produktion in die Hand zu nehmen. Sie wären zuallererst politische Organe der Macht der Arbeiter gewesen, der *Diktatur des Proletariats,* um die Errungenschaften des Arbeiterstaats zu verteidigen und die Revolution nach Westen auszuweiten. Wir betonten von Anfang an, daß die Sozialdemokratie wegen ihrer Geschichte und ihrer Rolle als bürgerliche Arbeiterpartei als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution" agierte.

Wir haben mit all unseren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und die DDR verteidigt. Was aber hat Voran getan? Sie haben gefordert, daß „die SPD-Führungen in der BRD und der DDR (die ihre Politik ja miteinander abstimmen) in der DDR verstärkt in die Offensive gehen" *(Voran,* Februar 1990). Dabei rief das SDP-Programm vom 24. Juli 1989 offen zu „sozialer Marktwirtschaft" und zur „Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebiets der DDR" auf, also zur Zerschlagung der Planwirtschaft und Entwaffnung des deformierten Arbeiterstaats DDR gegenüber dem Imperialismus. Kein Wunder, daß die für ihre SPD-Liebe verschrienen *Voran*-Verkaufer damals bei Ostberliner Demos oft auf wütende Proteste stießen.

Ungeachtet aller Beschönigungen durch SPD/Voran war der faschistische Terror eine unheilvolle Begleiterscheinung des Drangs nach der Wiedervereinigung. Es gab Überfälle auf DDR-Vertragsarbeiter und Schändungen von jüdischen Friedhöfen. In Leipzig marschierten verstärkt Skinheads und deutschnationale Elemente auf, die die Speerspitze des Nationalismus bildeten. Als die Faschisten das sowjetische Ehrenmal zum Sieg der Roten Armee in Berlin-Treptow schändeten, initiierten die Spartakisten im Januar 1990 einen antifaschistischen Einheitsfrontprotest, dem sich die SED-PDS anschloß.

Unser Aufruf zur Treptower Kundgebung warnte klar vor den Folgen der Konterrevolution:

> „Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen."

Eine Viertelmillion Menschen sammelte sich am 3. Januar 1990. Diese Demonstration war ein machtvolles Zeichen des revolutionären Potentials der Arbeiterklasse: für die Sowjetunion, gegen Kapitalismus und Faschismus. Wir schlugen gemeinsame Streifen von Sowjet- und NVA-Soldaten mit Arbeitermilizen vor, um die Faschisten zu stoppen *(Arprekorr* Nr. 15, 4. Januar 1990).

Voran dagegen verbreitete die Hetzkampagne der *Bild*-Zeitung über die Antifaschisten: „Anfang Januar versuchte die inzwischen weiter geschrumpfte SED-PDS durch eine gezielte Kampagne gegen (aufgebauschte) faschistische Umtriebe wieder das Heft in die Hand zu bekommen" *(Voran,* März 1990). In der ganzen Zeit zwischen November 1989 und April 1990 findet man *kein Wort* in *Voran* über die faschistische Gefahr. Es handele sich um „einzelne Jugendliche, die das Regime ärgern wollen, oder sogar um Provokationen von SED-Unterstützern", schrieb ihre britische Schwesterzeitung *Militant* (12. Januar 1990).

Der deutsche Nationalismus war die Lokomotive für die Konterrevolution, und Voran heizte nach Kräften mit. Im „deutschen Interesse" schrieb *Voran:* „Die Teilung Deutschlands nach dem Krieg war ein schmerzhafter Einschnitt in einen lebendigen Organismus" {*Voran,* Februar 1990). Hatte dieser „lebendige Organismus" nicht einen Namen, und zwar das Dritte Reich der Nazis? Die Rote Armee hat 1945 Europa von diesem barbarischen Terror-Regime befreit! Doch in ihrem Extrablatt vom 25. Januar schrieb Voran:

> „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere. Nur die Deutschen haben das Recht zu entscheiden, ob es eine Vereinigung geben sollte — ohne Einmischung von Moskau und Washington.
>
> Wir unterstützen die Vereinigung jeder Nation — auch der deutschen — als eine historisch fortschrittliche Entwicklung und als ein demokratisches Recht."

Was für ein jämmerliches Beispiel von deutschnationalen „Marxisten", die ein „demokratisches Recht" auf Konterrevolution vertreten. Das war auch jahrzehntelang die Politik der Sozialdemokratie, und wie man sieht, war und bleibt die Unterstützung der SPD das Programm von Voran.

Der Arbeiterstaat DDR war durch eine *Klassenlinie* vom imperialistischen Westdeutschland abgetrennt. Deshalb konnte die nationale Frage nur auf eine Weise *im Interesse der Arbeiter* gelöst werden, durch ein *rotes Rätedeutschland.* Aber es ist der Kernpunkt aller Reformisten, demokratische Fragen höher als die Klassenfrage zu stellen und die Konterrevolution als „Fortschritt" zu bejubeln, um die Zerstörung der Arbeiterstaaten zu rechtfertigen. Auch in der Sowjetunion und in Osteuropa hat Voran jede antisowjetische Bewegung unterstützt, die auftauchte: von Walesas nationalistischer Solidarnosc in Polen bis zu „Zar" Boris Jelzin in der ehemaligen UdSSR.

Es gehört schon einige Chuzpe dazu, wenn die SAV heute behauptet, sie hätte „gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft". Bei den Volkskammerwahlen, wo wir Spartakisten mit der Forderung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" kandidierten, forderte Voran: „Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS... Macht die Volkskammerwahl und die Kommunalwahlen zu einer eindrucksvollen Abstimmung gegen die SED-PDS (oder wie sie dann immer heißen mag) und die alten

Blockparteien" *(Voran,* Februar 1990). Solche Sprüche könnten der jetzigen Hetze eines CDU-Hintze als Vorbild gedient haben.

Dies mag erstaunlich sein, wenn man sieht, daß *Voran* jetzt eifrig dazu aufruft, die PDS zu wählen. Aber nicht Voran hat sich geändert: Die sozialdemokratische PDS hat inzwischen ihre Loyalität gegenüber den Kapitalisten unter Beweis gestellt. Sie kroch vor der antikommunistischen Hexenjagd auf dem Bauch, mit der jeder Widerstand kriminalisiert werden soll und die weiterhin ein Kernpunkt für den kapitalistischen Anschluß ist. Deshalb haben wir Trotzkisten DDR-Repräsentanten wie Mielke, Honecker, Keßler und Markus Wolf gegen die rachsüchtige Hexenjagd verteidigt.

Jetzt behauptet die Gruppe Spartakus, die in der JRE herumwerkelt, eine linke Opposition zu Voran darzustellen. Im Februar 1990 erklärten sie, es habe keine Ansätze einer politischen Revolution gegeben, was ihren tiefen historischen Pessimismus in die Arbeiterklasse zeigte. Auch für sie waren die Stalinisten der Hauptfeind (im Dezember stellten sie die Losung auf: „Nein zur Regierung Modrow — Hauptgefahr für die DDR!"). Und sie griffen die Treptower Demonstration dafür an, daß wir die Sozialdemokraten nicht zu Hilfe gerufen hatten — die gleiche SPD, die die Hetze gegen die DDR betrieb und mit Nazi-Skinheads schwarzrotgoldene Aufmärsche abhielt! Diese Leute hatten also dieselbe Linie wie Kohl, Brandt und Voran.

Zusammengefaßt: Voran war Anfang 1990 an der Seite derjenigen, die den deutschen Nationalismus ankurbelten, der die Konterrevolution vorangetrieben und dem Nazi-Terror einen fürchterlichen Auftrieb gegeben hat. Heute verniedlichen sie erneut die Nazi-Gefahr, um Illusionen in den bürgerlichen Staat zu verbreiten. In ihrem internationalen Konferenzdokument von 1993 behaupten sie: „Nie wieder wird die Bourgeoisie bereit sein, ihr Schicksal kleinbürgerlichen, faschistischen Emporkömmlingen anzuvertrauen." Also dienen die Antifa-Aktivitäten von SAV/JRE nur dazu, Druck auf die Sozialdemokratie und den bürgerlichen Staat auszuüben. Aber der Faschismus hat seine Wurzeln im Kapitalismus und kann nur endgültig zerschlagen werden, wenn wir die Bourgeoisie durch sozialistische Weltrevolution enteignet haben.

Der Schlüssel dafür, zu gewinnen, ist eine revolutionäre Partei, die die Lehren der Vergangenheit vermittelt und die Aufgaben klar stellt. Jugendliche, die die welthistorischen Ereignisse um den Zusammenbruch des Stalinismus verstehen wollen, werden bei uns das Programm für den Kommunismus finden. Schließt euch der Spartakist-Jugend an!«

JRE/Voran...

Fortsetzung von Seite 14

jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren" *(Voran,* Nr. 157, Dezember/Januar). Dieses „Verständnis" trieb sie dazu, daß in Mönchengladbach die JRE einen angeblich „ehemaligen" Nazi in ihren Sprecherrat wählte, der sich mit Typen in Bomberjacken und Springerstiefeln umgibt. Und darauf sind sie auch noch stolz!

Auf „No-pasaran"-Plakaten wurde für Mittwoch abend mit einer Disco, wo auch Oi-„Musik" angekündigt wurde, eine ganze Schicht von Skinhead-Fans zum Camp geködert. Da nutzte es auch nichts, daß Voran T-Shirts mit Kapuzen verteilte, damit jeder im Camp die „guten" von den übrigen Skins unterscheiden könnte. Denn wer Oi-„Bands" einlädt, muß sich auf üble Gesellschaft gefaßt machen. Oi-„Musik" war der Schlachtruf der Skinheads in Britannien, um Pakistaner zusammenzuschlagen, sie ist nur eine andere Version der Sieg-Heil-Rufe der Nazis. Und viele Camp-Teilnehmer wollten richtigerweise damit keinen Kontakt haben, obwohl sich die selbsternannten „roten" Skinheads krampfhaft bemühten, ein Flugblatt „Skinhead yes — Fascists no" zu verteilen.

Wie sehr sich die Stimmung auf dem Zeltplatz aufbaute, die zu einer gefährlichen Situation führte, beschreibt ein Genosse der Dublin Spartacist Group:

> „Leute rasierten ihr Kopfhaar weg als Vorbereitung zum Konzert. Zivilbullen und Faschisten wurden gesehen, die beim Lager auftauchten. Aber es war sehr schwierig, den Unterschied zu machen, wer Faschist war und wer nicht. Manche dieser Leute sahen wirklich finster aus. Am späten Nachmittag fand noch ein Fußballspiel England/ Deutschland statt. Nachdem die ersten Anfeuerungsrufe .England, England' über den Platz hallten, mochte ich den Rest gar nicht mehr hören. Die Dinge gerieten außer Kontrolle. Das Fußballspiel gab es kurz vor dem Abdudeln der Oi-,Musik', und dies geschah zur gleichen Zeit, als die Schüsse abgefeuert wurden."

Was passierte in dieser Nacht? Während autonome Jugendliche gegen einen erwarteten Ansturm von Nazis Barrikaden errichteten — entgegen der Anweisung der JRE-Ordner, versteht sich —, regierte im Camp das Chaos. Verschiedene Berichte kursierten im Lager, daß zehn Faschisten vom Camp vertrieben wurden, daß ein Faschist gefangen worden war und durch seine „Kameraden" befreit wurde. Ein Mitglied des ITC erzählte uns, daß ihm erst Ausrüstung ausgehändigt wurde, die ihm dann wieder vom Ordnerdienst abgenommen wurde. Dann sollte er in die Wälder in Richtung der Schüsse laufen, ohne irgendeine Idee darüber, wohin er eigentlich gehen sollte. Eine 15jährige erzählte ihrem Vater am Telefon, wie sie zusammen mit 20 anderen ihrer Gruppe um 4 Uhr früh aus dem Zelt gerissen und gegen 50 vermutete Faschisten in die Wälder am Lagerrand geschickt wurde!

Kein Wunder, daß sich nach diesem Debakel das Camp schnell leerte! Und die Pleite für Voran/JRE war durch ihre sozialdemokratische Politik vorbereitet worden; denn wer glaubt, daß die Bullen zu „Verbündeten unter den Massen" der Arbeiterklasse werden könnten? Die trotzkistische Strategie der Mobilisierung der Arbeiter ist ein notwendiger Teil der politischen Organisierung des Proletariats zur Verteidigung seiner Klasseninteressen und für den Kampf um seine eigene Staatsmacht, damit das kapitalistische System und sein Repressionsapparat — dessen Kern die Polizei ausmacht — hinweggefegt wird. Die Frage Reform oder Revolution wird im Kampf gegen die reformistischen Irreführer durch die Schmiedung einer revolutionären Partei entschieden. Dies sind die brennenden Fragen für antifaschistische Jugendliche und für klassenbewußte Arbeiter, die besonders in der Frage der Bullen Klarheit erlangen wollen. Das Camp hat aus diesem Bedürfnis einen Hohn gemacht.

Aber das Camp war doch zu etwas gut: Dort haben wir durch unsere Intervention den Kern der Spartakist-Jugend aufgebaut, deren Aufgabe es ist, Jugendliche für das Programm des Kommunismus zu gewinnen. Spartakist-Jugendklubs sollen für junge Kommunisten zu einer Schule der revolutionären Aktion und Erziehung werden. Denn wie Lenin sagt: Keine revolutionäre Praxis ohne revolutionäre Theorie! Die Spartakist-Jugend entwickelt im Kampf die zukünftigen Kader der leninistisch-trotzkistischen Partei, die notwendig ist, um die Arbeiterklasse durch die internationale sozialistische Revolution zur Macht zu führen. Kämpft mit uns für den Kommunismus von Marx, Lenin und Trotzki. Schließt Euch der Spartakist-Jugend an!«

SPD, PDS...

Fortsetzung von Seite l

freigegebenen Bundeswehreinsatz bis zum Lohnraub-Pflegegesetz, das die Profite der Bosse statt die alten Menschen pflegt. Und bei der Stasi-Hexenjagd im Osten hat sie die Führung übernommen. Für die Faschisten wiederum liefert diese rassistische Allparteienkoalition, die „Ausländer" als Sündenböcke für das vom Kapitalismus verursachte wirtschaftliche Elend benutzt, das Stichwort.

Außerdem hat die SPD ihre eigene Arbeiterbasis unter Beschüß genommen, mittels ihrer Kontrolle über den DGB lahmt sie die Gewerkschaften angesichts der kapitalistischen Offensive. Im ÖTV-Streik 1992 demonstrierten die Arbeiter ihre soziale Macht und zeigten danach wiederholt ihre Bereitschaft zu kämpfen. Aber der Ausverkauf durch die DGB-Bonzen hat immer wieder zu Reallohnsenkungen geführt und die Arbeiter wehrlos gegenüber der steigenden Massenarbeitslosigkeit gemacht. Im Osten half die SPD-geführte Gewerkschaftsbürokratie der Treuhand durch die Betriebsräte, die Industrie zu zerstören. Im Westen handelten die IG-Metall-Spitzen eine „Viertagewoche" bei Volkswagen aus (bei bis zu 20 Prozent Lohnverlust), angeblich um drohende Massenentlassungen zu vermeiden. Doch seit dem starken Anstieg der Autoproduktion schuften die Arbeiter immer noch fünf Tage pro Woche, allerdings zu den erheblich niedrigeren Löhnen! Und während Kohl und die Wirtschaftspresse über einen Aufschwung tönen, hat dies keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

PDS: Warum die Ausverkäufer der DDR nicht die Opfer vom Anschluß verteidigen können

Viele antirassistische Jugendliche und im Osten oft auch ihre Eltern sehen in der PDS eine linke Alternative zur rassistischen SPD. Bei den Europawahlen im Juni erhielt die PDS im Osten 20 Prozent der Stimmen, und in Ostberlin sogar über 40 Prozent (und wurde damit zur stärksten Partei). In Sachsen-Anhalt hängt die Koalitionsregierung von SPD und Bündnis 90/Grüne von der Unterstützung durch die PDS ab. Dies ist eine scharfe Kehrtwendung gegenüber der antikommunistischen Stimmung zur Zeit der Wiedervereinigung 1990, die von Litauen bis Polen und Ungarn einen allgemeinen Trend in Osteuropa widerspiegelt, wo die als Sozialdemokraten wiedergeborenen Ex-Stalinisten als Gegenreaktion auf die kapitalistische Restauration breite Unterstützung bekommen haben.

Die großen Wahlerfolge der PDS führt das Wahlforschungsinstitut Emnid auf „Einheitsfrust" zurück. In einer hysterischen Reaktion auf die kürzlichen Erfolge der PDS haben CDU und SPD nur eine noch schärfere Gangart der Hexenjagd anzubieten, wobei der Kalte Krieger und IG-Chemie-Bonze SPD-Rappe gemeinsam mit Kohl mit Schaum vorm Mund über die „rotlackierten Faschisten der PDS" geifert. Doch das brachte der PDS im Osten nur noch mehr Sympathie ein. Als der Reichskanzler in Frankfurt/Oder redete, wurde er mit roten und DDR-Fahnen begrüßt und mit einem riesigen Banner „Zeit, eure Socken zu wechseln", in Anspielung auf das berüchtigte CDU-Plakat mit den „Roten Socken".

Aber wie Gysi dem *Spiegel (l.* August) sagte, sieht die PDS ihre Rolle nicht in der Opposition zum Anschluß, sondern in der „Integration" der ostdeutschen Werktätigen. Tatsächlich hat die PDS den Sozialdemokraten, wie in Magdeburg, ihre passive, wenn nicht sogar aktive Unterstützung zugesichert: „an uns scheitert keine Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen". Wie es der Kandidat der „Offenen Liste" Gerhard Zwerenz ausdrückt, geht es darum, „der SPD frisches Blut zu spenden" („Links und lahm", 1994). Die PDS verpflichtete sich im voraus dazu, Steigbügelhalter für Scharping zu sein, während Scharping gleichzeitig auf eine Fortsetzung der großdeutschen, rassistischen, kapitalistischen Politik der Kohl-Bande eingeschworen ist. PDS und SPD bieten *keine* Alternative.

Nun stellt sich die PDS als Vertreter „ostdeutscher Interessen" dar. Doch mit Gorbatschows Unterstützung *lieferten Modrow & Co. die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz aus* unter der großdeutsch-nationalistischen Parole: „Deutschland einig Vaterland". Und nur zur Erinnerung, eine Kandidatin auf der „Offenen Liste" der PDS ist Christa Luft, eine prominente Verfechterin der Marktwirtschaft und zusammen mit Modrow Mitbegründerin des Arbeitsplatzvernichters Treuhand. Doch diejenigen, die mit ihrem Versprechen einer „sozialen Marktwirtschaft" zu Versicherungsvertretern für den Anschluß wurden, sind unfähig, die verheerenden Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu bekämpfen, vor allem nicht mit erneuertem „ostdeutschen Nationalismus".

„DDR-Nationalismus" hatte keine materielle Basis trotz des absurden Versuchs der Honecker-Bürokratie, eine solche Tradition mit Preußentum und Protestantismus zu schaffen. Nicht eine nationale Grenze, sondern *eine Klassenlinie* teilte Deutschland 44 Jahre lang. Der Arbeiterstaat DDR basierte trotz all seiner stalinistischen Deformationen auf den sozialen Errungenschaften der größten historischen Leistung der Menschheit in diesem Jahrhundert, der Oktoberrevolution. Weil wir Trotzkisten die unversöhnlichsten Verteidiger dieser Errungenschaften waren, die durch den heroischen Sieg der sowjetischen Werktätigen über den Hitler-Faschismus auf die DDR ausgeweitet wurden, verteidigten wir sie gegen den kapitalistischen Anschluß. Dies war Teil unseres Kampfes für die *revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa durch eine proletarische politische Revolution im Osten, die die nationalistische Bürokratie stürzt, und durch eine sozialistische Revolution im Westen.

Eine kürzlich im *Spiegel* (15. August) veröffentlichte Meinungsumfrage ergab, daß selbst nach dem Zusammenbruch der DDR und der UdSSR 71 Prozent der Ostdeutschen immer noch an die Idee des Sozialismus glauben. So dient die SPD-geführte Hexenjagd bis heute dazu, das sozialistische Bewußtsein bei den DDR-Arbeitern auszulöschen und einen gemeinsamen Kampf in Ost und West zu verhindern. Als sich Arbeiter vom Betriebsbahnhof Lichtenberg in Ostberlin spontan dem nur für den Westen ausgerufenen ÖTV-Streik 1992 anschlössen, wurden sie mit Stasi-Anklagen überschüttet. Allein in Sachsen sind zur Zeit über 10000 Anklagen wegen „Stasi-Tätigkeit" erhoben worden. Eigentlich stehen fast 17 Millionen unter der Anklage, „DDR-Bürger" gewesen zu sein. Nun, im Gegensatz zu den meisten Linken und zur feigen Kapitulation der PDS vor der Hexenjagd haben wir diese Partei und alle früheren Repräsentanten der DDR gegen die Klassenjustiz des Vierten Reichs verteidigt und Freiheit für Erich Mielke, Erich Honecker und Heinz Keßler gefordert.

Jetzt bietet die PDS den ostdeutschen Werktätigen gegen die unerträglichen Demütigungen und Erniedrigungen eine „Ostkammer", also eine nationalistische Mecker-Nische im Vierten Reich an. Wie Hohn muß das den Werktätigen in den Ohren klingen, die auf eine parlamentarische „Interessenvertretung" warten sollen, statt für gleichen Lohn zu kämpfen und auf die Straße zu gehen wie kürzlich die Lehrer der GEW und Angestellten der Post. Angesichts der Wut auf Siegermentalität und Siegerjustiz lenkt die PDS aber diese berechtigten Gefühle weg von der Klassenfrage und kehrt sie in Ostnationalismus um. So trugen viele Lehrer, die die PDS unterstützen, Plakate mit der Forderung, sie wollten „Deutsche 1. Klasse" sein.

Eigentlich besteht die Funktion der PDS darin, die Ab-

wicklung der DDR und damit entstehende Reibungspunkte (wie Explosionen des Klassenkampfes, Betriebsbesetzungen) glatt zu bügeln. So schreibt die PDS in einem Wahlflugblatt: „40 plus 4 Jahre Politik gegen die Mehrheit haben in Ostdeutschland viele Lebenspläne, die Selbstachtung der Menschen und fast die Hälfte aller Arbeitsplätze zerstört" (*Mitteilungen* der Kommunistischen Plattform, Heft 7/94). Diese Gleichsetzung des kapitalistischen Vernichtungsfeldzugs mit der DDR rief zwar einen Proteststurm in der Mitgliedschaft hervor, aber die Flugblattverteilung wurde dennoch per Vorstandsbeschluß durchgedrückt.

Als im letzten Sommer die Kumpel in Bischofferode gegen die Schließung ihrer Grube kämpften, schoben SPD-Bürokraten im Westen Überstunden für die BASF und hetzten die Kali-Kumpel im Westen gegen ihre Kollegen im Osten reaktionär auf. Denn der Kampf in Bischofferode hatte potentiell eine ungeheure Explosivkraft *tür gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West,* und noch dazu war dieser Kampf populär. Aber die PDS tat alles, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken auf symbolische Hungerstreiks und Privatisierungskonzepte mit dem „antimonopolistischen" Kapitalisten Peine. Sie benutzte den verzweifelten Kampf der Kumpel dazu, für Gysis/Diestels „Komitees für Gerechtigkeit" zu werben, die sich für Investitionen in Ostdeutschland stark machten. Jetzt will die PDS sogar eine Mittelstandsvereinigung für die ostdeutschen Unternehmer gründen. Heute ist die Bischofferoder Kali-Grube geschlossen und Betriebsrat Jüttemann Direktkandidat für die PDS.

Zwar hat die PDS im Bundestag gegen die Zerstörung des Asylrechts gestimmt, aber während des Rostocker Pogroms äußerte die Rostocker PDS-Vorsitzende Verständnis für den „monatelangen Unmut und Protest der Lichtenhagener Einwohner". Pogrome wie in Hoyerswerda werden auf „Identitätskrisen" der Jugendlichen zurückgeführt, um von den Ursachen des faschistischen Terrors abzulenken, nämlich der kapitalistischen Wiedervereinigung, und damit von der Notwendigkeit, gegen ihre Folgen zu kämpfen. Während die PDS in ihrem Wahlprogramm für „offene Grenzen für Menschen in Not" eintritt, betrifft diese „Öffnung" nicht „ihr" Ostgebiet. Die Zugehörigkeit der PDS zur rassistischen Allparteienkoalition wurde von Dieter Brähmig, dem neu gewählten PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda, unmißverständlich klar gemacht, als er, um zu begründen, warum „seine" Stadt keine Asylbewerber aufnimmt, erklärte, „die Bürger sind hier noch nicht reif, Ausländer zu integrieren" (*Spiegel,* 8. August). Wir Spartakisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte aller Immigranten!

SPD und PDS setzen all ihr Vertrauen in die Bullen, Gerichte und Gesetze, d. h. in den *kapitalistischen Staat,* daß diese die Faschisten stoppen werden. Genau diese Strategie ermöglichte es Hitler, an die Macht zu kommen, ohne daß ein Schuß fiel — „keine Gewalt", wie es die PDS heute ausdrückt. Der kapitalistische Staat einschließlich seiner beamteten Schläger in Grün, existiert zu dem Zweck, dem habgierigen, rassistischen System zu dienen und es zu schützen. Genau deshalb verteidigt und ermutigt der Staat der Bosse letzten Endes die Faschisten, ob unter den Christ- oder Sozialdemokraten. Am Vorabend des Rostocker Pogroms gab die SPD das Recht auf Asyl zum Abschuß frei und gab damit grünes Licht für den Pakt von Polizei und Nazis gegen Immigranten. Und der Nazi-Aufmarsch in Fulda 1993 fand unter Hessens rot-grüner Regierung statt.

Es ist selbstmörderisch, vom Staat der Bosse zu fordern, er solle die Faschisten für ungesetzlich erklären; solche Gesetze werden in der Praxis fast immer gegen die linken, Immigranten- und Arbeiterorganisationen wie die KPD und heute die PKK benutzt. Und die PDS selbst ist viele Male damit bedroht worden, auch jetzt während der Wahlen.

Als Teil ihrer Hetze gegen die Roten beschuldigt die CDU die SPD, sie wolle eine „Volksfront" mit der PDS eingehen, was die Sozialdemokraten kategorisch zurückweisen. Aber eine „Volksfront" ist die Unterordnung des Proletariats unter die Bosse durch Koalitionen, die die Arbeiterparteien an Teile der Bourgeoisie ketten. Verkündet von den Stalinisten und Sozialdemokraten in den 30er Jahren, bahnte die Volksfront den Weg für die Siege von Franco und Pétain in Spanien und Frankreich. Und in verschiedenen Formen ist diese Klassenzusammenarbeit seither immer das Programm der Reformisten (stalinistisch oder sozialdemokratisch) gewesen.



Spartakist

Freiheit für Heinz Keßler! Der Kampf gegen die Hexenjagd ist im Interesse aller Werktätigen!

Sie ist *entgegengesetzt* zur Einheitsfront, in der Arbeiterorganisationen ihre politische Unabhängigkeit behalten und sich gleichzeitig für eine gemeinsame Sache in einer Aktion vereinigen, z. B. um die Faschisten zu stoppen. Hätten wir vor 1933 solche Einheitsfrontaktionen der Arbeiter gehabt, wie Trotzki sie forderte, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Auch heute ist die unabhängige Arbeiterbewegung mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil an Immigranten die *entscheidende* Kraft, die mobilisiert werden muß, damit der Terror der Faschisten und der Bullen gestoppt werden kann. Die Gewerkschaften sollten Vorkämpfer sein bei der Organisierung von Verteidigungskomitees und Patrouillen, die ihre Mitglieder und militante Jugendliche zu einer disziplinierten Kraft zusammenfassen, um den Faschisten eine sehr praktische Lektion zu erteilen.

Die PDS versucht seit einiger Zeit, eine Ost-Volksfront aufzubauen. Zu diesem Zweck gründeten sie ihre „Ostkomitees", und aus dem gleichen Grund sind fast die Hälfte der Kandidaten auf den PDS-Listen parteilose Prominente. Jetzt ist die Kandidatur des Grafen von Einsiedel in Gysis „bunter Truppe" die Brücke vom ostdeutschen zum großdeutschen Nationalismus. Dieser Urenkel Bismarcks und Freiwilliger im Polenfeldzug erklärte unwidersprochen: „Da ich letzten Endes immer noch ein Deutschnationaler bin, bewegt es mich schon, die Wiedervereinigung wirklich zu

Fortgesetzt auf Seite 20

SPD, PDS...

Fortsetzung von Seite 19

einer Vereinigung zu machen" *(Neues Deutschland,* 14. März). Seine Kandidatur stieß auf wütenden Widerstand der PDS in Bayern, Hamburg und Hannover. Um die Partei zur Räson zu bringen, machte der Vorstand unter der Überschrift „Borniertheit als politische Kategorie" *(ND, 29.* März) eine nationalistische Loyalitätserklärung gegenüber der Bourgeoisie: „Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär... Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen."

Die deutsche Bourgeoisie braucht einen einheitlichen nationalen Markt zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen. Durch den Anschluß der DDR ist sie jetzt in der Lage, als eine wirkliche imperialistische Weltmacht zu agieren, und sie arbeitet kräftig daran, einen einheitlichen westeuropäischen Markt zu schaffen. Und angesichts einer aggressiveren Außenpolitik der deutschen Imperialisten betrachten diese die innere Polarisierung mit Sorge. Trotz der gegenwärtigen Hexenjagd wollen weitsichtigere Sprecher der Bourgeoisie und die SPD Gysis Angebot einer „Integration" der Ostdeutschen in das wiedervereinigte Reich aufgreifen, wie das Geheimtreffen zwischen Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter und Gysi Anfang Januar in Stuttgart signalisiert. So äußerte der alte SPD-Ostpolitiker Egon Bahr, die SPD solle die PDS dem demokratischen Weg der Parlamentarisierung unterziehen, was sie schon einmal mit den Grünen erfolgreich praktiziert habe *(junge Welt, 9.* August). Besonders im Osten, wie der Fall des ehemaligen SPD-Bundestagskandidaten Michael Müller aus Leipzig zeigt, gibt es eine Stimmung für die „Einheit der Linken". Aber in Wirklichkeit machen sie sich Sorgen um die Festigung der „Einheit" des Deutschen Reiches.

Deutsche Linke: Schwanz der rassistischen Allparteienkoalition

Scharpings SPD ist jetzt so unpopulär, daß sich die loyal sozialdemokratische deutsche Linke, darunter die DKP, VSP, Avanti, BWK, MLPD und KAZ, an Gysis „Bunte Truppe" angehängt hat. So erklärt Winfried Wolf (Redakteur der *SOZ* und Ex-Anhänger von Ernest Mandéls zersplittertem „Vereinigten Sekretariat" [VS]), daß 1990 noch keine Unterstützung in Frage gekommen sei. Jetzt kandidiert er für autofreie Zonen auf Platz eins der Landesliste Baden-Württemberg, sozusagen als Vorkämpfer der neugegründeten „Ökologischen Plattform" der PDS. Die Mao-Reformisten von der MLPD spielen nur die Ersatzrolle im großen Unterstützerkreis für eine Volksfront zum Sturz der Kohl-Regierung. Wo immer sie nicht kandidieren, rufen sie zur Wahl der PDS auf.

Auch VS/Avanti trommelt für die PDS; einige dieser Mandel-Jünger setzen dabei auf die Kommunistische Plattform. Deren zahnlose, kriecherische Rolle drückt sich darin aus, daß sie jede PDS-Programmatik akzeptieren („Wir sind keine Njet-Partei"). Sie unterschreiben die „pluralistischen Eigentumsformen" (also das Privateigentum). Für „eine Politik zur Sicherung des Friedens" sind sie „die entschiedensten Verteidiger des Grundgesetzes" von Adenauer, Schumacher ... und dem damaligen KPD-Führer Reimann. Die Kandidatur „Gemeinsam gegen Rechts", also für eine Scharping-Regierung, ist ihnen willkommen, wenngleich sie bemängeln, daß wenige Kommunisten auf den Listen stehen.

Sogar die SAG und Voran mußten ihre tollwütige antikommunistische Hetze gegen die PDS, die 1990 so typisch war bei ihrem Hurrageschrei für die SPD, mäßigen. Die SAG benutzt die Wahlerfolge der PDS als Aufforderung an die SPD, endlich „eine linke Alternative" zu Kohl darzustellen, während Voran jetzt zu einer „Linksfront" unter Einschluß der PDS aufruft, um eine Stimmabgabe für die zu Recht verhaßte SPD schmackhaft zu machen.

Aber es gibt einige Gruppen, für die der Kalte Krieg nie aufhört. Der BSA, der 1990 Lafontaine unterstützte, tritt jetzt mit Kandidaten im Ruhrgebiet und in Berlin gegen SPD, PDS und Grüne an. Was er aber gegen die PDS zu sagen hat, ist bodenloser Antikommunismus — die verfassungstreuen Sozialdemokraten der PDS werden in wahrer *Bild-Manier* zu stalinistischen „SED-Kadern" und „Kofferträgern des Honecker-Regimes" abgestempelt. Der dubiose BSA weigert sich sogar, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in Kurdistan zu fordern! Kein Wunder, hat doch die „Internationale" dieser Organisation sich jahrelang mit arabischem Öl-Geld bezahlen lassen. In jedem Fall empfiehlt es sich, wachsam gegenüber sogenannten „Sozialisten" zu sein, die sich *nie* aktiv an antifaschistischen Aktionen beteiligen.

Bei bürgerlichen Wahlen kämpfen Marxisten wie immer für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, um sie auf die eigene Klassenherrschaft vorzubereiten. Eine kritische Unterstützung oder andere Wahltaktiken sind dieser strategischen Perspektive untergeordnet. Bei der Volkskammerwahl in der DDR 1990 kämpfte die SpAD ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wir boten sogar jeder anderen Partei, die diese Position einnehmen würde, ein Nichtkonkurrenzabkommen an. Aber keine Partei vertrat diesen minimal prinzipienfesten Standpunkt. SPD und PDS erheben nicht einmal den Anspruch, bei den jetzigen Wahlen die unabhängigen Interessen der Arbeiter zu vertreten, die offen auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit geopfert werden. Genau deshalb verdienen sie nicht die geringste kritische Wahlunterstützung.

Der wirtschaftliche Niedergang des Kapitalismus ist die Brutstätte des Faschismus. Die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Ex-UdSSR, die in der DDR unter der Führung der SPD und mit der Hilfe der SED-PDS sowie unter dem Jubel ihrer pseudolinken Anhängsel zustande kam, hat dem Faschismus in ganz Europa großen Auftrieb gegeben. Sie ermutigte die westeuropäischen Bourgeoisien, gegen ihre Arbeiterklasse einen brutalen Klassenkrieg zu führen und den Handelskrieg zu verschärfen. Das ist der Grund, warum in dieser Periode die Reformisten wie SPD und PDS nicht einmal versuchen, Reformen zu erreichen, sondern offen als Bullen der Bosse innerhalb der Arbeiterbewegung operieren und im Namen des „nationalen Interesses" Kahlschlag durchsetzen. Die chauvinistische Botschaft von SPD/DGB an Arbeiter: Buckelt vor den Bossen, oder Billiglohnland X wird eure Jobs wegnehmen.

Deshalb bedeutet der Kampf gegen die Faschisten einen Kampf gegen den Kapitalismus. Die dringendsten Aufgaben heute — Organisierung der Arbeiterklasse, um die Faschisten zu zerschlagen, für volle Staatsbürgerrechte aller Immigranten zu kämpfen und Streikkämpfe zu führen, die die Offensive der Bosse zurückschlagen — erfordern vor allem einen kompromißlosen politischen Kampf gegen diejenigen, die die Arbeiter an die Bosse und ihren Staat ketten, nämlich die SPD, PDS und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Dies bedeutet, eine revolutionäre Partei zu schmieden, die für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft und für die Errichtung eines Arbeiterstaates, der die kapitalistischen Blutsauger enteignet. Die „Neue Weltunordnung" mit Wirtschaftselend und Handelsrivalitäten, die die Gefahr eines erneuten innerimperialistischen Krieg mit sich bringt, stellt scharf die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Wir Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die dadurch aufgebaut wird, daß sie die Arbeiterbasis der SPD und PDS von deren prokapitalistischen Führern spaltet und die Arbeiter zusammen mit antirassistischen Jugendlichen für den Kampf um die internationale sozialistische Revolution gewinnt.«

Kuba...

Fortsetzung von Seite 24

an Kuba einstellte und dabei besonders die kubanische Industrie von der billigen Ölzufuhr abschnitt, wurde die Insel angesichts des imperialistischen Kolosses im Norden in verzweifelte Gefahr gestürzt.

Die kapitalistischen Medien wollen über die Baiseros, die Kuba verlassen, eine antikommunistische Hysterie hochpeitschen. Diese Flucht wird von Washington mit seiner brutalen Hungerblockade und der Sabotage von legaler Immigration zynisch provoziert. Doch die Tatsache, daß Tausende (darunter viele, die nicht gegen das Castro-Regime sind) bereit sind, ihr Leben in zerbrechlichen Booten zu riskieren, zeigt, wie verzweifelt die wirtschaftliche Lage unter dem Angriff des US-Imperialismus geworden ist. Noch vor vier Jahren hatte Kuba den zweithöchsten Kalorienverbrauch in Lateinamerika, einen durchschnittlichen Verbrauch von 3100 Kalorien pro Tag. Jetzt sind es nur noch weniger als die Hälfte. Dies wurde durch die Maßnahmen des kubanischen Regimes selbst verschärft, die Kuba immer stärker zu einer „Zweiklassen"-Gesellschaft gemacht haben — diejenigen mit Dollars und diejenigen ohne — und damit den Weg zur Konterrevolution ebneten.

Gleichzeitig haben in den letzten Wochen riesige Massen von kubanischen Werktätigen ihre Bereitschaft gezeigt, ihre Revolution zu verteidigen. Eine halbe Million demonstrierte Anfang August in Havanna gegen die Ermordung eines kubanischen Polizeioffiziers durch flüchtende Gusanos (Würmer). Davor hatten Tausende militanter Arbeiter mobilisiert, um einen Mob von mehreren hundert antikommunistischen Randalierern von der Straße zu fegen. Wir Trotzkisten, die für revolutionäre Arbeiterdemokratie auf der Grundlage von Arbeiterräten (Sowjets) kämpfen, um das bürokratische Regime zu ersetzen, stehen Schulter an Schulter mit den arbeitenden Massen, die Kuba gegen den Imperialismus und die innere Konterrevolution verteidigen. Unsere Verteidigung der vergesellschafteten Grundlagen des kubanischen deformierten Arbeiterstaats ist untrennbarer Bestandteil unseres Kampfes für eine internationale sozialistische Revolution.

Clinton und seinesgleichen versuchen zwar bewußt, die Schlinge um Kuba zuzuziehen, doch ihre Provokationen könnten nach hinten losgehen. Und die amerikanische Bourgeoisie ist sich in ihrer Kuba-Politik keinesfalls einig. Große Teile der herrschenden Klasse in den USA — von der *New York Times* zum *Wall Street Journal* bis zu Militärschulen — sind dafür, das kubanische Embargo aufzuheben, weil sie die ökonomische Durchdringung für ein effektiveres Mittel halten, um die Restauration des Kapitalismus voranzutreiben. Und Washingtons NATO-Verbündete und NAFTA-Juniorpartner sind fast einhellig gegen die jetzigen Kriegsmaßnahmen, mit denen Kuba abgeriegelt werden soll. Eine Seeblockade der USA würde sich gegen die Interessen Spaniens, Deutschlands, Frankreichs, Britanniens sowie Kanadas und Mexikos richten, die alle mit Kuba Handel treiben und dort investieren.

So verurteilte das Europäische Parlament die Embargopolitik der USA, und obwohl sich die deutsche Regierung im Moment zu Kuba eher bedeckt hält, weil ihre direkten Interessen eher vor ihrer Haustür im Osten liegen, hat Bonn schon vor zweieinhalb Jahren eine Lockerung des Embargos gefordert. Und auch hier will sich die SPD, die die Kubainitiative im Bundestag eingebracht hatte, als bewährte Kraft für innere Konterrevolution beweisen. Mittels der Sozialistischen Internationale hat sie von Nicaragua über El Salvador bis zur Niederschlagung der vorrevolutionären Situation in Portugal 1975 die Aufstände der werktätigen Massen erdrosselt. Jetzt wollen die Sozialdemokraten als bessere Nationalisten die Differenzen des gestärkten Großdeutschland zum US-Imperialismus hervorkehren und fordern „ganz normale wirtschaftliche Beziehungen", um „Veränderungen in Kuba auf der Basis der Errungenschaften" (Hermann Scheer) durchzusetzen. Was das bedeutet, sehen wir bei den verheerenden Folgen der Konterrevolution in der DDR, wo die SPD einen Kapitah'smus mit Milch und Honig und ohne Arbeitslosigkeit versprochen hat. Und wie beim Anschluß hängt sich die PDS mit einem Gastkommentar im *Neuen Deutschland* unter der Überschrift: „Kuba braucht eine NÖP" (Neue ökonomische Politik) daran an und fordert eine Zusammenarbeit mit den prokapitalistischen Reformern.

In den USA hatte sich schon einmal ein Präsident der Demokratischen Partei verrechnet, als er dachte, daß das kubanische Volk sich zur Begrüßung einer konterrevolutionären Invasion erheben würde — Kennedys Schweinebucht-Fiasko 1961. Sollte es den Imperialisten und dem Gusano-Abschaum, die die drastische wirtschaftliche Verelendung ausschlachten, heute gelingen, einen Bürgerkrieg anzuzetteln, könnte eine direkte militärische Konfrontation große Teile der kubanischen Werktätigen elektrisieren, so daß sie ihre sozialen Errungenschaften und ihre Unabhängigkeit verteidigen. Und ein ernsthafter Kampf könnte sich mit Unruhen im benachbarten Haiti und in der Dominikanischen Republik überschneiden, sowie im nahen Mexiko.

Unser trotzkistisches Programm der internationalen proletarischen Revolution zur Verteidigung Kubas ist kein „Wölkenkuckucksheim", sondern vielmehr eine dringende Notwendigkeit, die sich heute konkret stellt. Nieder mit den Kriegsmaßnahmen der USA gegen Kuba! USA/UNO - Hände weg von Haiti! Yankee-Imperialismus raus aus der Karibik!

Widerstand gegen Provokationen

Am 5. August wurde ein schwarzer Polizist, Gabriel Lamoth Caballero, in der Nähe von Havannas Hafenviertel Malecón bei der Verhinderung einer Schiffsentführung getötet. Mehrere hundert Randalierer begannen dann, Fensterscheiben einzuschlagen und regierungsfeindliche Parolen zu grölen. Dockarbeiter und Mitglieder der Nationalen Revolutionären Polizei setzten dieser Provokation schnell ein Ende, und zwar mit Hilfe von 20—30 000 Einwohnern von Havanna, die sich versammelten, nachdem sich Gerüchte von einer weiteren Entführung einer Fähre verbreitet hatten. Bei Einbruch der Nacht füllten sich die Straßen mit Mitgliedern der „Schnellen Einsatzbrigaden" der Komitees zur Verteidigung der Revolution, Mitgliedern der KP-Jugend und der KP sowie der Bauarbeiterbrigade von Blas Roca, die nach Provokateuren Ausschau hielten. Sprechchöre wie „Die Straßen gehören den Revolutionären!" hallten durch die Stadt, und in den nächsten paar Tagen wurden antiimperialistische Losungen an die Wände gemalt.

Mitten im Aufruhr in der Innenstadt von Havanna tauchte Castro selbst auf und wurde von den Arbeitern begeistert empfangen. Er versicherte, daß die Ordnung wiederhergestellt worden sei, und verkündete gleichzeitig: „Wir können nicht weiter die Küsten der Vereinigten Staaten bewachen", und befahl der kubanischen Polizei und den Grenzwachen, keine.Kubaner zu verhaften, die von der Insel fliehen wollen. Zwei Tage später strömten etwa 600 000 auf den Platz der Revolution in der Hauptstadt, um den ermordeten Polizisten Lamoth zu ehren und die imperialistische Provokation zu verurteilen. Sprechchöre riefen Losungen wie „Fidel, seguro, a los yanquis dales duro!" (Fidel, hau den Yankees eine rein!). In Lamoths Heimatstadt Guantânamo kam es zu einer weiteren spontanen Massendemonstration von 150000, die für die Unterstützung der

Fortgesetzt auf Seite 22

Kuba...

Fortsetzung von Seite 21

Revolution und aus Respekt für einen Polizisten auf die Straße gingen, der bei der Verteidigung seines Landes gestorben war.

Insgesamt sind seit Anfang August über 14 000 Kubaner mit seeuntüchtigen, behelfsmäßigen Flößen in See gestochen. Diese Baiseros sammeln sich am Strand der Außenbezirke Havannas, verabschieden sich von Verwandten und Freunden, und dabei klicken die Kameras ausländischer Journalisten. Aber bei einer Bevölkerung von 11 Millionen stellen sie nur so etwas wie einen kleinen Tropfen dar, und viele antworten auf die Frage, warum sie gehen, mit einem einzigen Wort: „Hambre" (Hunger). Die große Mehrheit der Kubaner denkt nicht daran, „sich ins Meer zu stürzen", wie Washington uns glauben machen möchte. Journalisten berichten jeden Tag über die Normalität auf den Straßen von Havanna und in den riesigen Arbeiterwohnblocks am Stadtrand. Auf dem Land gibt es bei den Bauern, denen die Revolution am meisten gebracht hat, kaum den Wunsch wegzugehen.

Doch militärische Aggression und wirtschaftliche Erdrosselung sind nicht die einzigen Trümpfe der Imperialisten. Die konterrevolutionäre Gefahr keimt innerhalb der stalinistischen Castro-Bürokratie, die an der Spitze des kubanischen deformierten Arbeiterstaats steht.

Unterminierung des kubanischen Arbeiterstaats von innen

Am 24. August hielt Castro eine Fernsehansprache, die von CNN live übertragen wurde. Der kubanische Staatschef nahm die imperialistischen Lügen über Kubas Behandlung von Flüchtlingen auseinander und wiederholte sein stehendes Angebot, in einen „Dialog" mit Washington zu treten. Zwei Wochen vorher wurde Castro in einem Interview in Bogota gefragt: „Zu welchen Zugeständnissen wären Sie bereit, um eine Versöhnung mit den Vereinigten Staaten zu erreichen?" Er schloß Zugeständnisse aus, die die Souveränität des Landes betreffen: „Wir wollen kein Puerto Rico werden." Aber Castro fügte hinzu: „Wir wären bereit, unsere besonderen politischen Vorlieben wie den Sozialismus zu opfern zugunsten von Integration, Frieden und sozialer Gerechtigkeit" (*Excelsior* [Mexiko], 11. August). Schon 1989 hatte er sich mit der Exekution von General Armando Ochoa die Gunst des Imperialismus zu erkaufen versucht (und Kubas Verteidigung unterminiert); dies war Teil seines Versuchs, bei Washingtons „Krieg gegen Drogen" auf dem amerikanischen Kontinent mitzumachen. Castros jetziges Gerede darüber, „den Sozialismus zu opfern", ist tödlicher Ernst und kreuzt sich mit imperialistischen Kreisen, die denken, daß das 35jährige Embargo als ein Programm zur Restauration kapitalistischer Herrschaft gescheitert ist.

Seit die Kubanische Revolution 1960 den Kapitalismus stürzte — das Eigentum von United Fruit Co., Standard Oil, Dole Pineapple, Citibank, Coca-Cola, der Zuckerbarone und der Mafia sowie der kubanischen Kapitalisten enteignete —, ist die amerikanische herrschende Klasse von Kuba besessen. Sie haben versucht, die Insel ihren Werktätigen wieder wegzunehmen, und sind damit wiederholt gescheitert. Deshalb haben viele Strategen der US-Regierung — und nicht nur die Liberalen — in den letzten Jahren für eine andere Herangehensweise argumentiert: „kalte" Konterrevolution durch „konstruktives Engagement" gegenüber den kubanischen Stalinisten.

Zunächst würde dies bedeuten, das scharfe Handelsembargo zu lüften. Damit wäre Washington in der Lage, Kuba mit billigen Waren, Dollars und der Art von „humanitärer Hilfe" zu überschwemmen, die der neokolonialen Kontrolle über die Wirtschaft den Weg ebnet. Gleichzeitig würden die imperialistischen „Tauben" gerne mit den „Reformern" der Kommunistischen Partei — wie Gorbatschow und Jelzin in der ehemaligen UdSSR — zu einem „konstruktiven Engagement" kommen, damit diese die Räder für die Rückkehr zum Kapitalismus schmieren. Heute gibt es eine ganze Schicht dieser „neuen Denker" innerhalb der kubanischen Bürokratie, die „Yummies" (Young Upwardly Mobile Marxists — junge aufstiegsorientierte Marxisten), die durch Außenminister Roberte Robaina und Wirtschaftsminister Carlos Lage verkörpert werden.

Verteidigt Kuba gegen die Konterrevolution!

In den letzten dreieinhalb Jahrzehnten schauten Arbeiter und Bauern in ganz Lateinamerika mit Hoffnung auf Kuba als „dem ersten freien Territorium Amerikas". Und dies trotz Castros Unterstützung für Allendes verhängnisvollen „friedlichen Weg", der zum blutigen Pinochet-Putsch in Chile führte, und obwohl er den Nicaraguanern sagte, daß sie nicht durch die Enteignung der Bourgeoisie ein „zweites Kuba" werden sollten. Die bloße Existenz des kubanischen Arbeiterstaates blieb, trotz der engstirnig nationalistischen Politik seiner bürokratischen Führung, eine Inspiration für diejenigen, die versuchten, die kapitalistisch-imperialistische Herrschaft zu brechen. Kuba hielt jahrzehntelang den Angriffen stand, einer Invasion und Attentatsversuchen, und seine Planwirtschaft verbesserte die Lebensbedingungen dieser kleinen Karibikinsel weit über das Niveau der höllischen Bedingungen, mit denen die Mehrheit der lateinamerikanischen Völker konfrontiert ist.

Entscheidend dafür war die lebenswichtige, sowohl militärische als auch ökonomische Unterstützung durch die Sowjetunion und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Kuba erhielt DM 1,30 pro Kilo für seine Zuckerexporte, während der Weltmarktpreis bei einem Fünftel davon lag — unterhalb der Produktionskosten. Mit Hilfe des Sowjetblocks konnte das kubanische Volk eine Gesellschaft errichten, in der Arbeitslosigkeit abgeschafft, medizinische Versorgung und Ausbildung kostenlos und große Fortschritte gegen Rassismus erreicht worden waren. Und eine sowjetische Brigade war auf der Insel stationiert, um die Bereitschaft der UdSSR zum Schutz vor einer US-Intervention zu untermauern.

Selbst heute, trotz all der strikten Rationierung und schrecklichen Privatisierung, hat Kubas Gesundheitssystem die niedrigste Kindersterblichkeit in der „Dritten Welt" vorzuweisen, die noch unter der von New York City liegt. Der im übrigen Lateinamerika wie eine Seuche verbreitete Hunger der Massen ist zwar durch die Überreste der kollektivierten Wirtschaft vermieden worden, doch die Auswirkungen der Unterernährung breiten sich aus. Die Knappheit an Öl und Rohstoffen hat Industrie und Landwirtschaft gebremst und damit Arbeitslosigkeit, Stromausfälle und einen Zusammenbruch des Transportwesens hervorgerufen. So verkündete Castro im Juli letzten Jahres die Legalisierung des Besitzes von Dollars. Wir warnten damals, daß dies ein Spiel mit dem Feuer sei und „gewaltige konterrevolutionäre Auswirkungen haben" könne, besonders dadurch, daß es rassistische Trennlinien schürt, da sehr wenige schwarze-Kubaner Zugang zu Dollars aus Miami haben (siehe „Kuba in Gefahr", *Spartakist* Nr. 108, November/Dezember 1993).

Im letzten Jahr hatte die „Dollarisierung" der kubanischen Wirtschaft eine tiefgreifende Wirkung bei der Aushöhlung des revolutionären Willens der Massen. Das Monatseinkommen kubanischer Arbeiter von 100 bis 300 Pesos ist jetzt nahezu bedeutungslos, da selbst grundlegende Dinge wie Speiseöl oder Reis nur auf dem Schwarzmarkt oder in besonderen Devisenläden erhältlich sind. Das heißt, daß



13. September 1991: Spartacist League/U.S, demonstrierte in Solidarität mit Kuba vor der kubanischen UN-Mission in New York nach Gorbatschows Verrat, die sowjetische Unterstützung einzustellen

Workers Vanguard

die paar Kubaner mit Zugang zu Dollars (Verwandte von Exilkubanern, Arbeiter in der Tourismusbranche) essen können, während andere Hunger haben. Nicht überraschend waren die Hotels für Touristen und die Geschäfte, die „nur Dollars" nehmen, am 5. August Zielscheibe der regierungsfeindlichen Randalierer. Doch die Mehrheit der Mitglieder der Kommunistischen Partei hat keinen Zugang zu Dollars und gehört damit zu den „Besitzlosen".

Seit den Anfängen der Spartacist League/U.S, haben wir Kuba konsequent und bedingungslos gegen imperialistische Angriffena4-hnreTe Konterrevolution verteidigt. Die erste Ausgabe des englischsprachigen *Spartacist* (Februar/März 1964) erklärte: „Verteidigt die Kubanische Revolution!", und erläuterte gleichzeitig, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat ist, ohne Organe der Arbeiterdemokratie, der von einer nationalistischen bürokratischen Kaste beherrscht wird. Wir Trötzkisten kämpfen für eine proletarische politische Revolution, um die Macht in die Hände der revolutionären Arbeiter und Bauern zu legen, die allein ein uneingeschränktes Interesse daran haben, die Errungenschaften ihrer Revolution aufrechtzuerhalten. Dies erfordert die Führung durch eine trotzkistische Avantgardepartei, die in Kuba heute aufgebaut werden muß.

Das Castro-Regime ist immer der stalinistischen Linie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" gefolgt. Statt zu versuchen, die Errungenschaften der Revolution auszuweiten, hat Castro versucht, eine „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus zu erreichen. Letztlich heißt das Preisschild dafür Konterrevolution, die Castro selbst zu verwirklichen scheint mit seinem Angebot, „den Sozialismus zu opfern". Wie die imperialistischen Theoretiker im US-Außenministerium und die europäischen Regierungen mitsamt ihren sozialdemokratischen „Beratern", wenn auch von einem anderen Ausgangspunkt, redet der Lider mâximo der Kubanischen Revolution von einer „friedlichen" Restauration des Kapitalismus, bei Erhaltung gewisser Errungenschaften wie des Gesundheits- und Ausbildungssystems. Schon ist das Telefonsystem an ein mexikanisches Konsortium verkauft worden, die wichtigste Nickelschmelzhütte an eine kanadische Gesellschaft, die Spanier und Deutschen bauen die Hotels — und die kubanischen Massen stehen immer häufiger mit leerer Tasche da.

Viele in der Bürokratie machen vielleicht bei diesem Programm mit und stellen sich vor, sie würden schon gut zurechtkommen, aber dennoch, so oder so, haben der Gusano-Abschaum und ihre Paten von der CIA eine Menge blutiger Rechnungen offen. Die Generation, die die Revolution machte, ist immer noch da. und in den „Feindeslisten" der Konterrevolutionäre stehen Hunderttausende von Namen. Die kapitalistische Restauration wird nicht nur Hunger für die Massen bedeuten, sondern auch Todesschwadronen. Und bei all den süßlichen Lügen, die Radio Marti ausspuckt, wissen das Millionen von kubanischen Arbeitern.

Die Kubanische Revolution kann nicht allein standhalten! Isoliert wird sie untergehen. Die Verteidigung Kubas muß vor allem international sein, was revolutionäre Arbeiterkämpfe von Brasilien über Mexiko bis in den „Bauch der Bestie" USA selbst erfordert. Proteste und Arbeiteraktionen sind notwendig, um den Kriegsmaßnahmen Clintons in der Karibik gegen Haiti und Kuba entgegenzutreten und sie zunichte zu machen. Revolutionäre in den USA haben eine besondere Pflicht, Kuba gegen „die eigene" herrschende Klasse zu verteidigen. Dies erfordert die Führung einer Arbeiterpartei, die auf dem Programm der sozialistischen Weltrevolution aufgebaut ist, die den Imperialismus ein für alle Mal bezwingt. Dies war das Programm der Bolschewistischen Partei und der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, und es wird heute von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fortgeführt.

Nach Workers Vanguard *Nr. 605, 2. September*

Veranstaltung der Spartakist-Jugend

USA: Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!

Mit Videovorführung:

„Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal"

Club JoJo
Torstraße 2J6 (ehem. Wilhelm-Pieck-Straße)
Samstag, 1. Oktober 1994, 16.30 Uhr
U-Bahn Rosa-Luxemburg-Platz oder Oranienburger Tor

Fünfteilige Schulungsreihe in Berlin:

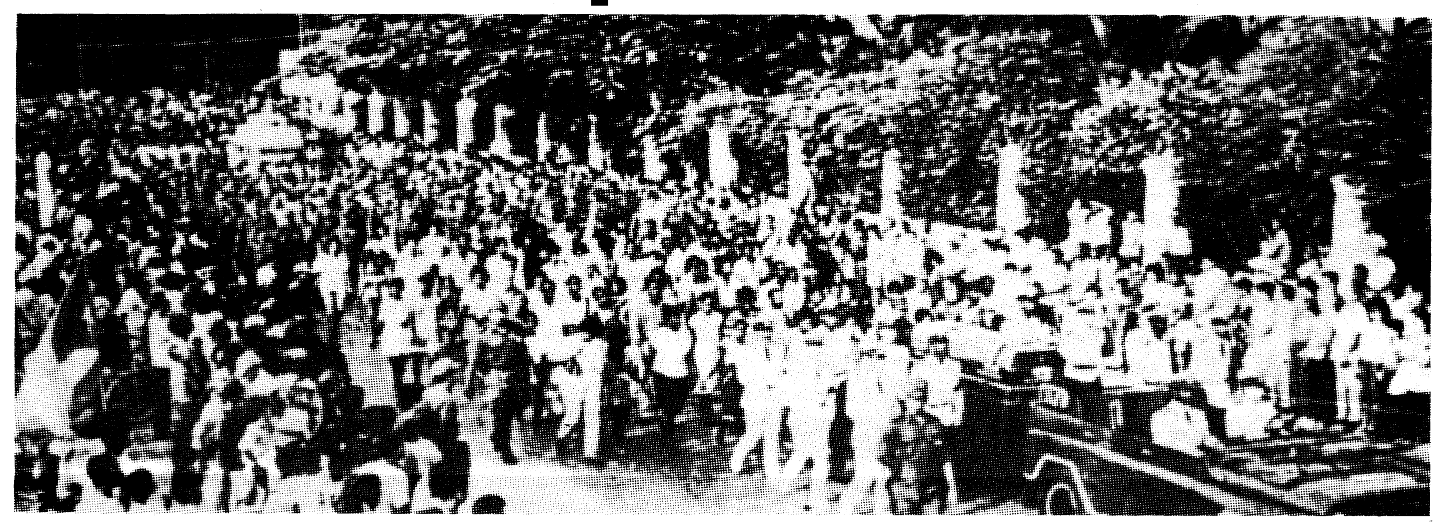
Staat und Revolution

Jede zweite Woche am Samstag, 17.00 Uhr
Erster Teil: 8. Oktober
Linkstreff, Weddingstraße 6, U-Bahn Nauener Platz

SPARTAKIST

USA/UNO: Hände weg von Haiti!

Verteidigt Kuba gegen den Imperialismus!



DaffieTFonte

Hunderttausende Verteidiger der Kubanischen Revolution kamen zusammen, um den von Entführern getöteten Polizisten und Marineoffizier zu ehren

Mit einer Serie sich überstürzender Maßnahmen hat die Clinton-Regierung in diesem Monat den 35jährigen Kreuzzug Washingtons zur Zerschlagung der Kubanischen Revolution gefährlich verschärft. Sie kehrte die bisherige US-Politik völlig um, alle kubanischen „Flüchtlinge" willkommen zu heißen, kürzte drastisch die Dollar-Überweisungen

USA raus aus Guantanamo! Nieder mit dem Embargo!

von Exilkubanern an Verwandte auf Kuba und drohte wild mit einer Seeblockade. Dies läuft auf ein berechnetes Programm hinaus, einen konterrevolutionären Aufstand auszulösen. Inzwischen machen sich die Möchtegern-Weltbullen unter dem Deckmantel der UNO bereit, Haiti im Namen von angeblicher „Humanität" und „Demokratie" zu besetzen. Am 30. August kündigte das Pentagon an, daß es „scharf Kurs nimmt" auf eine Invasion Haitis. Das Muskelspiel der Yankee-Haie ist eine Bedrohung für alle Völker der Karibik.

Gegenwärtig wimmelt die Karibik geradezu von amerikanischen Kanonenbooten, einige davon abkommandiert von der Pazifischen Flotte. Eine imperialistische Armada von 70 Kriegsschiffen der US-Navy und der Küstenwache liegt vor Kuba, darunter die hochentwickelte USS Vicksburg mit dem elektronischen Raketenkontrollsystem Aegis. Hinzu kommt die US-Flotte, die bereits Haiti blockiert. Wir haben von Anfang an betont, daß die Wirtschaftssanktionen gegen Haiti eine direkte Bedrohung für Kuba darstellen.

Im Moment schickt das Pentagon etwa 7000 zusätzliche amerikanische Soldaten in die Bucht von Guantänamo — an der Südostküste Kubas —, die darauf vorbereitet wird, Zehntausende von erwarteten „Baiseros" (Floßflüchtlinge) unterzubringen. Auf diesem Marinestützpunkt, der Kuba gestohlen wurde, sind bereits 15000 Haitianer in Zelten hinter Stacheldraht eingekerkert. Damit ist Guantänamo zu einem riesigen Konzentrationslager geworden — ein passendes Symbol der neokolonialen Unterjochung der Völker Lateinamerikas durch den US-Imperialismus. Mitte August durchlöcherten Hunderte von Haitianern Washingtons Fassade einer „freien Welt", als sie gegen die unmenschlichen Bedingungen revoltierten, die ihnen von ihren amerikanischen Gefängniswärtern aufgezwungen wurden, und 120 von ihnen versuchten zu entkommen, indem sie Richtung kubanisches Gebiet schwammen.

Kurz vor Redaktionsschluß hat die US-Regierung ihre Einwilligung zu Castros Forderung bekanntgegeben, daß sie die jährliche Quote von über 20 000 Emigranten akzeptieren werde, auf die man sich vor einem Jahrzehnt geeinigt hatte, die aber nie erfüllt wurde. Gleichzeitig verschärft US-Präsident Clinton weiterhin das Wirtschaftsembargo, das die kubanische Wirtschaft erdrosselt und den massenhaften Drang provoziert, aus den auferzwungenen Verhältnissen von Hunger und Armut zu entkommen. Als das zusammenbrechende Regime der UdSSR seine jahrzehntelange Hilfe

Fortgesetzt auf Seite 21

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 115 NOVEMBER/DEZEMBER 1994 50 Pfennig

Und jetzt: Kohls Feldzug für deutsches Europa

Faktische große Koalition gegen Arbeiter, Immigranten



Spartakist



Der Spiegel

Jena: Zeiss-Arbeiter kämpfen um ihr Überleben (links). Pakt von Reichskanzler Kohl und Scharping gegen die Arbeiter kann durch gemeinsamen Klassenkampf Ost und West gebrochen werden

Superwahljahr 1994: Verwüstung im Osten, Massenarbeitslosigkeit im Westen, zunehmender rassistischer Terror in ganz Deutschland. Mit seinem Versprechen, so weiterzu machen, wurde Kohl vier Jahre nach dem Anschluß mit knapper Mehrheit wiedergewählt; die SPD gewann trotz ihrer Unterstützung für die arbeiterfeindliche, rassistische Politik der Kohl-Bande ihre Arbeiterbasis im Westen zurück. Der hervorstechendste Aspekt bei den Wahlen war die scharfe Trennung zwischen Ost und West. Die Wut über die Folgen des Anschlusses geht im Osten so tief, daß Kohls „Rote-Socken"-Kampagne nach hinten losging. Die PDS erreichte in der ehemaligen DDR an die 20 Prozent, in Ostberlin fast 40 Prozent. Dies gab der PDS vier Direktmandate (die SPD erhielt nur drei in Westberlin) und stellte ihren Einzug in den Bundestag sicher, wobei sie für die bedingungslose Unterstützung eines Kanzlers Scharping auftrat.

Zwei Tage nach der Wahl offenbarten die Bosse ihr Programm, das *ihre* Regierung durchsetzen soll. „Arbeitgeber"-präsident Murmann forderte drastische Kürzungen beim Arbeitslosen- und Krankengeld und bei den Renten; Massenentlassungen wurden angekündigt bei Zeiss, dem Deutschen Waggonbau und EKO Stahl. Wie wir betonten, sind nach dem Zusammenbruch der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa die westeuropäischen Kapitalisten dabei, den „Sozialstaat" abzuwracken, mit dem sie

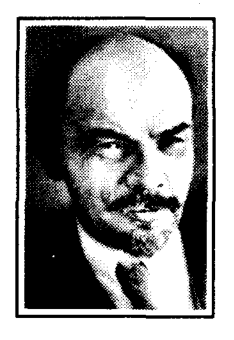
Fortgesetzt auf Seite 18

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Über das Pogromwesen des Faschismus



TROTZKI



LENIN

Nach den Wahlerfolgen von Faschisten in Westeuropa — zuletzt Haiders FPÖ — gab es sofort massive Versuche, diese als „rechte Nationalisten"zu verharmlosen. Sogar Pseudolinke machen dabei mit, und in Deutschland behaupten Gruppen wie MLPD, BSA, Arbeitermacht und Gruppe Spartakus, die Republikaner seien keine Nazis! Die unheilvolle Logik dahinter, die den täglichen Terror gegen Immigranten leugnet, der von den Faschisten in Schlips und Kragen ausgeht: Solange Nazis im Rahmen des Parlamentarismus operieren, seien sie keine Nazis.

Die Faschisten stehen heute nicht vor der Machtübernahme, aber wir vergessen nicht, daß Hitler wegen der kampflosen Kapitulation der SPD- und KPD-Führung „legal" die Macht eroberte. Schon Trotzki kennzeichnete „Hitlers Verfassungsmäßigkeit" als Manöver und warnte vor den Arbeiterverrätern, die diese Kriegslist zur Täuschung der Massen nutzten. Er polemisiert hier gegen Thalheimer, einen Führer von Brandlers KPO seit 1928. Thalheimers Kritik an den ultralinken Zickzacks der Kommunistischen Internationale unter Stalin/Thälmann („Einheitsfront nur von unten", Sozialfaschismus-„Theorie") richtete sich niemals gegen die opportunistischen Zickzacks, deren Linie er selbst in fast allen Punkten vertrat.

Noch tiefsinniger ist Thalheimers zweiter Einwand: Die Frage, ob Hitler auf parlamentarischem oder einem anderen Wege zur Macht gelangen werde, sei überhaupt nicht von Bedeutung, denn sie ändere nichts am „Wesen" des Faschismus, der seine Macht ohnehin nur auf den Trümmern der Arbeiterorganisationen begründen könne... Würden die fortgeschrittenen Arbeiter sich nach Thalheimer richten, so würde Hitler ihnen zweifellos die Gurgel durchschneiden. Für unseren weisen Schullehrer ist nur das „Wesen" des Faschismus von Wichtigkeit, wie aber dieses Wesen sich durchsetzt, überläßt er den „Vorwärts"-Redakteuren zur Beurteilung. Das Pogrom-„Wesen" des Faschismus kann sich erst nach seiner Machtübernahme ganz entfalten. Die Aufgabe besteht aber gerade darin, ihn nicht an die Macht kommen zu lassen. Dazu muß man erst selber die Strategie des Feindes verstehen und sie den Arbeitern darlegen. Hitler macht die größten Anstrengungen, nach außen hin die Bewegung in das Flußbett der Verfassung zu lenken. Nur ein Pedant, der sich als „Materialist" ausgibt, kann glauben, diese Technik bliebe ohne Einfluß auf das politische Bewußtsein der Massen. Hitlers Verfassungsmäßigkeit dient nicht nur dazu, die Tür für den Block mit dem Zentrum offen zu lassen, sondern auch, die Sozialdemokratie zu täuschen, richtiger: den sozialdemokratischen Führern die Täuschung der Massen zu erleichtern. Wenn Hitler beteuert, er werde auf verfassungsmäßigem Wege die Macht übernehmen, ist es doch klar: die faschistische Gefahr ist heute nicht mehr so groß. Jedenfalls wird noch einige Male Zeit sein, das Kräfteverhältnis bei verschiedenen Wahlen zu überprüfen. Unter der Hülle der verfassungsmäßigen Perspektive, die den Gegner einschläfert, will Hitler sich die Möglichkeit wahren, den Schlag im geeigneten Moment zu führen. Diese Kriegslist, so einfach sie an und für sich auch ist, birgt doch eine gewaltige Kraft in sich, denn sie stützt sich nicht nur auf die Psychologie der Mittelparteien, die die Frage friedlich und legal lösen möchten, sondern, was viel gefährlicher ist, auf die Vertrauensseligkeit der Volksmassen.

Man muß hinzufügen, daß Hitlers Manöver ein zweischneidiges Schwert ist: er täuscht nicht nur seine Gegner, sondern auch seine Anhänger. Aber zum Kampf, besonders zum offensiven, ist Kampfgeist erforderlich. Der läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn man seine Armee so erzieht, daß sie die Unvermeidlichkeit des offenen Kampfes versteht. Diese Erwägung spricht ebenfalls dafür, daß Hitler seine Romanze mit der Weimarer Verfassung nicht allzu lange hinausziehen kann, ohne die eigenen Reihen zu demoralisieren. Er wird rechtzeitig das Messer unter dem Braunhemd hervorholen müssen.

Leo Trotzki, „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats"
27. Januar 1932

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Hefbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruwert, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz Ober Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postfliroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010000
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 115 November/Dezember 1994

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)29055

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 110231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Gegen Nazi-Terror in S-Bahnen:

Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen!

In den Wochen vor den Wahlen eskalierte der Nazi-Terror. In Berlin überfielen Skinheads in der S-Bahn und auf den Straßen Immigranten, Schüler, alte Menschen und Leute, die sie für Linke hielten. Im September wurde der Ghanaer Martin Agyate aus einem fahrenden Zug der Linie S10 geworfen und überlebte nur knapp — ihm mußte ein Bein amputiert werden. Einen Mann aus Mozambique bewahrte nur die verriegelte S-Bahn-Tür davor, auf die Gleise geworfen zu werden. Der Zeitpunkt dieser mörderischen Überfälle ist kein Zufall: Die Wahlkampagnen der rassistischen Allparteienkoalition und die Feiern zum vierten Jahrestag der Konterrevolution in der DDR schürten diese nationalistische Welle.

Jetzt will der bürgerliche Staat scheinheilig das Entsetzen und die Wut in der Bevölkerung ausnützen, um mehr Polizeistaatsmaßnahmen durchzusetzen. Und Reformisten wie die PDS fordern vertrauensselig „mehr Polizei". Das ist selbstmörderisch! Sie schüren damit Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei — in Berlin berüchtigt für ihre Verbindung zu den Nazi-Reps — *immer* gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Andere Organisationen wie JRE und Arbeitermacht sind für die „gewerkschaftliche Organisierung" der Polizei. Wir Spartakisten fordern dagegen: Polizei raus aus dem DGB!

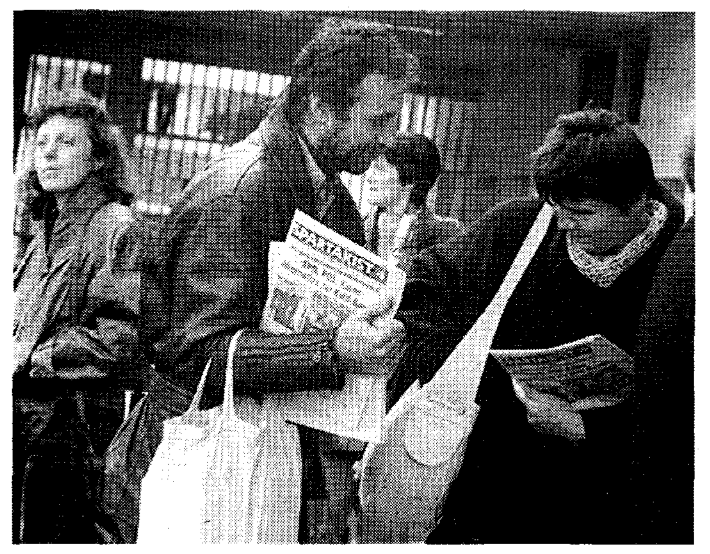
Der „Schutz" der S- und Fernbahnhöfe obliegt in Berlin dem Bundesgrenzschutz (BGS), in dessen „Abschiebegewahrsam" im August in Frankfurt der Nigerianer Kola Bankole erstickte, als man ihm einen Knebel in den Mund würgte; in den vom BGS geleiteten Abschiebeknästen gab es von Berlin bis Kassel verzweifelte Revolten der dort eingepferchten Menschen. Weitere „Schützer" sind die paramilitärischen privaten Wachleute, auch als „Schwarze Sheriffs" berüchtigt, die Obdachlose, Immigranten, Jugendliche terrorisieren (siehe „U-/S-Bahn-Arbeiter: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!", *Spartakist* Nr. 110, Februar 1994). Aber auch die „Guardian Angels" sind nichts als eine Recht-und-Ordnung-Bürgerwehr, die gut mit den bezahlten Uniformierten zusammenarbeitet.

Die liberale *Zeit* (28. Oktober) propagiert mehr „Zivilcourage" anstelle von Staatsintervention. Sicher gibt es Beispiele, wie durch entschlossenes Auftreten von Kollegen oder Fahrgästen das feige rassistische Pack in die Flucht geschlagen wurde. Ein Straßenbahnfahrer der Linie 1, die an der großen Berliner Synagoge vorbeifährt, stoppte einfach im Oktober seine Bahn, als Fahrgäste ihn auf einen antisemitischen Hetzer aufmerksam machten, und warf den Antisemiten aus der Bahn! Dies war ein Vorgeschmack davon, was die Entfesselung der Macht von ÖTV- und GdED-Arbeitern bedeuten würde. Ihre Organisierung wird der Schlüssel sein, um die Bahnen und Straßen von Nazi-Dreck zu säubern.

Hinter den Faschisten steht der bürgerliche Staat, und als sich 1991 Ayhan Öztürk in der S-Bahn erfolgreich gegen Nazi-Reps verteidigte, mußte er sich danach vor einem bürgerlichen Gericht auch noch das Recht auf Selbstverteidigung erkämpfen! Er gewann. Silvio Meier dagegen, der sich 1992 in Berlin Skinheads in der U-Bahn entgegenstellte, wurde ermordet. Um die Faschisten, die auf dem Nährboden des Kapitalismus gedeihen, wirklich von den Straßen zu vertreiben, ist die organisierte Macht der Arbeiterbewegung nötig, gemeinsam mit vietnamesischen, kurdischen, türkischen und anderen Immigrantenorganisationen! Die Bourgeoisie, die gerade erneut einen Frontalangriff auf die Arbeiterklasse starten will, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen, die Grenzen dichtzumachen, die Bevölkerung auf Linie zu bringen für die Großmachtziele des Vierten Reichs, hält sich ihre „offiziellen" bewaffneten Organe, hat aber den Terror der Nazi-Stoßtrupps in der Hinterhand.

Bullen/Wachdienste raus aus den Bahnhöfen, S- und U-Bahnarbeiter dürfen sich nicht für Bullendienste mißbrauchen lassen! Für gewerkschaftliche Arbeiter/Immigrantenpatrouillen, um die Bahnhöfe und Straßen frei zu halten von Nazi-Dreck!"

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Zahlen der Woche vier von fünf

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	140	110	79
Halle	70	81	116
Hamburg	70	64,5	92
Auf Entfernung	20	15	75
Gesamt	300	270,5	90

Abonniert jetzt!

Gratis: zu jedem vollen Abo eine zuvor erschienene Ausgabe des *Spartacist.* Dazu eine Publikation eurer Wahl.

D Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5 —
D Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—
D Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ______________________

Adresse ______________________

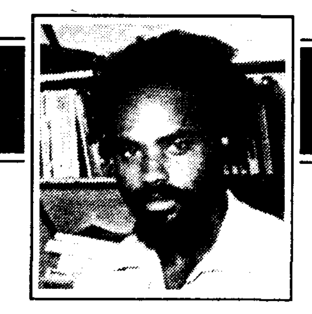
____

Telefon ______________________

Sp115

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



On the Move

Das Prinzip, das im Gerichtssaal unter Beschüß steht, wo der Prozeß gegen die sieben türkischen, kurdischen und deutschen Antifaschisten stattfindet, ist weder Recht noch Gerechtigkeit — es ist das Prinzip des Widerstands.

Solidaritätserklärung zu Antifa Gençlik

Es paßt zusammen, daß dieser Prozeß in Deutschland geschieht, denn welchen besseren Ort gibt es dafür als das Land des Nazi-Staatsterrorismus, als anhaltende Demonstration des „Staates über alles"?

Welches bessere Beispiel dafür, was passiert, wenn dem allmächtigen Staat kein Widerstand entgegengesetzt wird?

Menschen auf dem ganzen Planeten wissen über die Schrecken des europäischen Holocaust, aber wie viele Leute wissen, daß das gleiche Ereignis, wie bösartig es auch war, vollständig *legal* war — das Ergebnis eines perversen rassistischen Gesetzes? Oder daß viele der gleichen Richter, die den deutschen Blutgerichten vorstanden — den sogenannten „Volksgerichtshöfen" —, heute staatliche Renten für ihre „Dienste" kassieren?

Heute haben wir die Stadt Hanover in Pennsylvania, wo die Bullen schwarze Bürger dazu trieben, aus ihren Wohnungen „abzuhauen"; in Großdeutschlandwerden türkische Frauen und Kinder in ihren eigenen Häusern in Flammen gesetzt, Gastarbeiter — nicht länger willkommen im „neuen" Deutschland.

Wie die Menschen Deutschlands darin versagten, sich dem Naziregime zu widersetzen, so müssen wir aus ihrem fatalen Fehler lernen und dem Staat jetzt widerstehen, wenn wir das Geschenk des Lebens in uns schätzen.

Der Revolutionär und Gründer der MOVE-Organisation John Africa sagte einmal: „Es ist verrückt, sich nicht gegen etwas zu wehren, das nichts als Schmerzen für dich, deine Familie und dein Volk bringt!" Ich rufe euch also alle auf — leistet Widerstand! Leistet Widerstand gegen das System! Baut die Rebellion auf! On thé Move!

Aus der Todeszelle — Mumia Abu-Jamal

Spartakist-Jugend fordert: Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal

Die oben abgedruckte Rede Mumia Abu-Jamals wurde von seinem Anwalt Len Weinglass auf einer Solidaritätsveranstaltung für die gefangenen Antifaschisten von Antifa Gençlik an der Berliner Humboldt-Uni am Abend des ersten Prozeßtages verlesen.

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und angesehener schwarzer Journalist aus Philadelphia (USA), der als die „Stimme der Entrechteten" bekannt ist, sitzt im Gefängnis in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Ihn kann jetzt, wo die rassistische Todesmaschine in den USA beschleunigt wird, nur eine massive, weltweite Protestkampagne retten. Er wird wegen seiner politischen Ansichten, besonders wegen seiner Vergangenheit als Sprecher von Black Panther und seiner Unterstützung für die radikale schwarze Organisation MOVE unter einer vordergründigen Beschuldigung mit der Hinrichtung bedroht. Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben! Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) hat sich der internationalen Kampagne angeschlossen, die vom Partisan Défense Committee (PDC) in den USA initiiert wurde, um das Leben dieses mutigen Kämpfers für die Befreiung der Schwarzen vor der rassistischen amerikanischen Lynchjustiz zu retten.

In Berlin hat die Spartakist-Jugend im Oktober Veranstaltungen und Spendensammlungen unter Jugendlichen durchgeführt, um die internationale Kampagne „Rettet das Leben von Mumia" aufzubauen. Viele Jugendliche, die an den Demonstrationen zur Verteidigung der gefangenen Antifaschisten von Antifa°ist Gençlik teilnahmen und von uns auf die notwendige Verteidigung von Mumia angesprochen wurden, hatten großes Interesse, mehr über ihn zu erfahren. Am 1. Oktober wurde im Klub JoJo auf einer Jugendveranstaltung mit dem Titel „USA: Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!" das Video mit Mumia-Abu Jamal gezeigt, das vom PDC produziert und von der Gruppe „Kampagne Abu Jamal" (c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen, Tel. [04 21] 35 40 29) auf Deutsch übersetzt wurde. Bei diesem Treffen meldeten sich spontan Teilnehmer, die versuchen wollen, das Video vor anderen Gruppen zu zeigen. Andere nahmen Bögen mit, um Unterschriften zu sammeln, die an US-Gouvernor Casey gesandt werden, um gegen die geplante staatliche Ermordung von Mumia zu protestieren. Auch auf einer weiteren Jugend-Veranstaltung im Café HUBbart an der Humboldt-Universität am 5. Oktober stieß die Vorführung des Videos auf großes Interesse. Insgesamt wurden über DM 200,— gesammelt.

Leiht euch das Video von der Spartakist-Jugend unter der Telefonnummer 4 43 94 00 aus! Unter der Kontaktadresse könnt ihr auch Unterschriftenbögen und Artikel von Mumia bestellen, um sie in Schüler-, Lehrlings- und Studentenzeitungen abzudrucken. Mumias Artikel erscheinen auch in *Workers Vanguard*, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., die bei der Spartakist-Jugend bestellt werden kann. Natürlich kostet die Verteidigung von Mumia Geld, deshalb schickt Spenden auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, Bankleitzahl 10040000, Stichwort Mumia.

Schreibt an das KfsV: c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin, Telefon (030)4439400, Fax (030)4439402. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA."

Spartakist-Jugend

Konstruierte Mordanklage geplatzt
Freiheit für die gefangenen Antifas!



Spartakist

Berlin, 19. September: Block der Spartakist-Jugend auf der integrierten Demo für die Freiheit von Antifa Gençlik am Vorabend des Prozesses

„Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazipest!" Mit dieser Losung gingen Tausende Jugendliche und Immigranten am 19. und 20. September auf die Straße, um gegen den Schauprozeß gegen die türkischen, kurdischen und deutschen Linken von Antifa°ist Gençlik (antifaschistische Jugend) zu protestieren, denen vorgeworfen wird, den Faschisten Gerhard Kaindi 1992 während einer Nazi-Provokation in Berlin umgebracht zu haben. Mit diesem Prozeß, der speziell auf das Recht auf Selbstverteidigung von Linken, Immigranten, Juden und Arbeitern abzielt, will die rassistische bürgerliche Justiz den gesamten antifaschistischen Widerstand kriminalisieren. Wir sagen: Wer auch immer diese Nazi-Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen. Sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren! Sofortige Freilassung aller verhafteten Antifas!

Wenige Wochen nach Prozeßbeginn ist die fingierte Anklage auf gemeinschaftlichen Mord „aus niedrigen Beweggründen" bereits geplatzt. Die Richterin mußte direkt vom Gerichtssaal aus zwei kurdische Antifaschisten, Abidin Eraslan und Fatma Abidin, aus der Untersuchungshaft entlassen, weil das offenkundig vom Staatsschutz geschriebene Protokoll eines Angeklagten, auf dem die ganze Konstruktion der Anklage beruhte, nicht mehr haltbar war. Damit zeigt sich noch einmal der Zweck der Kollektiwerhaftung der Antifa Gençlik, die mit Hausdurchsuchungen und Polizeiterror gegen einen ganzen Stadtteil einherging: die Einschüchterung und Kriminalisierung jugendlicher Immigranten, die sich organisieren und gegen Nazis wehren.

Die Spartakist-Jugend beteiligte sich zusammen mit der SpAD an den Demos im Berliner Iminigrantenbezirk Kreuzberg und zu Prozeßbeginn vor dem Gericht unter den Bannern „Freiheit für die gefangenen Antifas!" und „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion!" Die Demos wurden von einem massiven Bullenaufgebot flankiert, unter dessen Schutz sich einige Nazis provokativ vor das Gerichtsgebäude trauten. In Paris forderten unsere Genossen der Ligue trotskyste de France zusammen mit anderen Antifaschisten „Freiheit für die Berliner 7!" Demos fanden auch in Magdeburg und Hamburg, Britannien, den Niederlanden, Norwegen, Finnland, Spanien, Österreich, der Schweiz, Polen und den USA statt.

Große Teile der Linken zeichneten sich aber auch durch *ihre Abwesenheit* aus. Obwohl sich die PDS beim Wahlkampf mit dem Etikett des „Antirassismus" schmücken wollte, machte sie keinen Finger krumm, um die Antifas aktiv zu verteidigen. Im Gegenteil, als der Berliner Innensenator Heckelmann die PDS beschuldigte, sie beherberge in ihrem Kreuzberger Büro Antifa-Gençlik-Unterstützer, folgte die Distanzierung der Parteizentrale auf dem Fuße. Auch die SAV/JRE, die so gerne mit ihrer Brüsseler Demo von 40000 vor zwei Jahren protzt, mobilisierte nicht und erschien daher bloß mit einer kläglichen Handvoll von Leuten. Ihre Zeitung *Voran* verschweigt den Fall völlig! Und die total fehlbenannte Gruppe Spartakus ließ sich bei den Demos für die gefangenen Antifas seit Ende 1993 so gut wie nie blicken. Warum? Der Fall Antifasist Gençlik stellt direkt die Fragen der Selbstverteidigung, eine Herausforderung des bürgerlichen Staats und seines „Gewaltmonopols", und der Verteidigung von Immigranten — zu heiß für diese Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung.

In seiner Stellungnahme vor Gericht sagte Mehmet Hasim Ramme: „Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben hier zu leben. Wir haben uns gewehrt. Wir haben erreicht, daß wir wenigstens in unseren Wohngegenden im Wedding, in Schöneberg und in Kreuzberg halbwegs sicher sind." Ausschlaggebend ist die Mobilisierung der riesigen Macht der Arbeiterbewegung, die Millionen Immigranten umfaßt, zusammen mit den Jugendlichen und Minderheiten, um durch Einheitsfrontaktionen und Arbeiterverteidigungsgruppen die Nazis zu stoppen. Dafür kämpft die Spartakist-Jugend. •

JRE Köpenick: Anbiederung an Rassisten

In Berlin werden Vietnamesen, die durch den Verkauf von Zigaretten überleben wollen, täglich von Bullen und Nazis überfallen. Als sich solche Nazi-Überfälle auf dem S-Bahnhof Köpenick häuften und nach dem Nazi-Brandanschlag auf das benachbarte Anne-Frank-Gymnasium, rief die JRE zu einer Kundgebung am 30. September am S-Bahnhof Köpenick auf. Etwa hundert Jugendliche kamen, um ihre Solidarität mit den Immigranten auszudrücken.

Die von der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) geführte Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) verteilte dort aber ein Flugblatt, das nicht an Antifaschisten, sondern an Rassisten gerichtet war! Unter der Überschrift „Wer ist schuld — die Vietnamesen???" antwortete JRE mit einem ... Jawohl, wenn auch nicht allein. Das JRE-Flugblatt erklärte, es sei doch „lächerlich" zu glauben, daß Ausländer „an allem" schuld wären: „Ausländer raus, Gewerkschaften abschaffen, alle Macht dem Führer, der an den Fäden der Bosse hängt. *Dos ist nicht deutsch, sondern doof. Rechte und Faschisten sind die nützlichen Idioten der Herrschenden* in diesem Land" (Hervorhebung im Original). JRE für die wahren Deutschen?

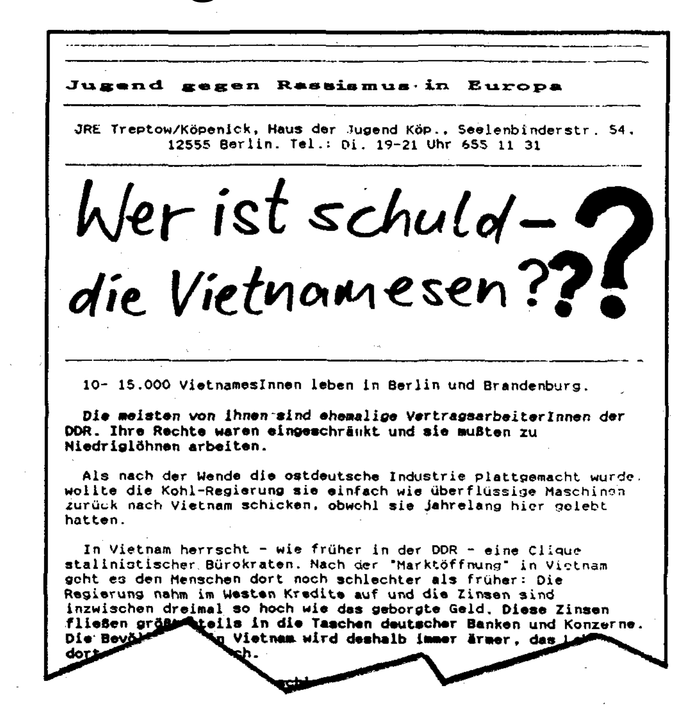
Zunehmender Bullenterror gegen Vietnamesen ist so häufig, daß gegen Dutzende Polizisten ermittelt wird und ganze Einheiten aufgelöst wurden, obwohl Vietnamesen natürlich große Angst haben, bei der Polizei Anzeige gegen diese zu erstatten! *Die Zeit* hat diesem Thema ein ganzes „Dossier" gewidmet, und sogar die bürgerliche Menschenrechtsorganisation amnesty international hat mehrmals protestiert. Aber das JRE-Flugblatt verlor *kein Wort* über den Nazi-Terror gegen Vietnamesen.

Statt dessen hetzten sie in J5/W-Sprache gegen „eine Clique stalinistischer Bürokraten" in Vietnam und die „vietnamesische Zigarettenmafia". Nach dem heroischen dreißigjährigen Krieg gegen den französischen und amerikanischen Imperialismus, durch den die Vietnamesen ihren deformierten Arbeiterstaat errichteten, haben die Imperialisten versucht, durch wirtschaftliche Erpressung das zurückzuerobern, was sie. auf dem Schlachtfeld verloren hatten.

Genau wie das JRE-Flugblatt liefert *Voran* (Nr. 164, September/Oktober) in einem Artikel für das Wahlrecht von Immigranten ein Argumentationsarsenal für Rassisten; er beschäftigt sich mit Aussagen wie: „Die [Immigranten] wissen überhaupt nicht Bescheid, was hier läuft", und: „Würden die nicht eigene Parteien gründen, etwa islamisch-fundamentalistische?" Das zynische Argument der SAV für Wahlrecht von Immigranten lautet, daß sie gutes Stimmvieh für die SPD wären. Welch ein Hohn! Wir Spartakisten kämpfen dagegen für volle Staatsbürgerrechte all derer, die hier sind. Eingewanderte Arbeiter stehen in der vordersten Reihe des Klassenkampfes in diesem Land.

Nicht unerwartet tauchte zur Kundgebung in Köpenick mindestens ein Dutzend Nazis auf, die mit Bierflaschen bewaffnet waren; zeitweilig buhten sie die Redner aus. Die JREler machten erst mal nichts, obwohl es am Anfang durchaus möglich gewesen wäre, durch entschlossenes Vorgehen die Nazis zu entfernen. Das war aber nicht die Absicht der JRE, deren Block völlig lose und ungeschützt wirkte! Eher vertrauten sie darauf, daß die anwesenden Bullen die Nazis einschüchtern würden. Sie riefen dann „Nazis raus", und ein Bulle begleitete sanft einen Nazi einige Meter weiter, als dieser dazu ansetzte, auf die Jugendlichen loszuschlagen.

Die Lage auf dem Platz war ziemlich bedrohlich; und eine ganze Reihe von Jugendlichen verließen frühzeitig und



Jugend gegen Rassismus in Europa

JRE Treptow/Köpenick, Haus der Jugend Köp., Seelenbinderstr. 54, 12555 Berlin. Tel.: Di. 19-21 Uhr 655 11 31

Wer ist schuld- die Vietnamesen???

10- 15.000 VietnamesInnen leben in Berlin und Brandenburg.

Die meisten von ihnen sind ehemalige VertragsarbeiterInnen der DDR. Ihre Rechte waren eingeschränkt und sie mußten zu Niedriglöhnen arbeiten.

Als nach der Wende die ostdeutsche Industrie plattgemacht wurde, wollte die Kohl-Regierung sie einfach wie überflüssige Maschinen zurück nach Vietnam schicken, obwohl sie jahrelang hier gelebt hatten.

In Vietnam herrscht - wie früher in der DDR - eine Clique stalinistischer Bürokraten. Nach der "Marktöffnung" in Vietnam geht es den Menschen dort noch schlechter als früher: Die Regierung nahm im Westen Kredite auf und die Zinsen sind inzwischen dreimal so hoch wie das geborgte Geld. **Diese Zinsen fließen größ[illegible]teils in die Taschen deutscher Banken und Konzerne. Die Bevö[illegible] Vietnam wird deshalb immer ärmer, das [illegible] dort [illegible]ch.**

Mit diesem Flugblatt „Wer ist schuld - die Vietnamesen???" appelliert JRE an deutsche Rassisten. Spartakisten dagegen fordern: Verteidigt Vietnamesen gegen Bullen- und Naziterror, volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

frustriert die Kundgebung, als sie feststellten, daß nichts gegen die Nazis unternommen wurde. Denn vielen war klar, daß die Bullen da waren, um die Nazis zu schützen! Zu dieser gefährlichen Situation kam es wegen des Vertrauens der JRE in die rassistische Polizei, die von ihr als „Arbeiter in Uniform" betrachtet wird (siehe unsere Broschüre „Voran/ Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat").

Dagegen sagen wir, daß es notwendig ist, die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, zusammen mit antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten und allen Unterdrückten, um die Nazis zu stoppen.

Den Organisatoren der Demo war es unangenehm, als wir die Jugendlichen über den Aufruf der SAV zur Wahl der SPD unterrichteten, die das Asylrecht zerschlagen hat. Die SAV hatte auch dazu aufgerufen, PDS zu wählen. Einige SA Vier waren besonders entrüstet über unsere Kritik an der PDS, die es im nahen Johannisthal kurz vor dem 1. Mai zugelassen hatte, daß FAPler auf ihrem Fest auftreten konnten, und die dadurch die Nazis ermuntert hatte, dort am 1. Mai eine Provokation zu versuchen. Doch damals mobilisierten Gewerkschafter, antifaschistische Jugendliche und Spartakisten dagegen, und die Nazi-Provokation wurde verhindert.

Der Kampf gegen Faschismus kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst, das den Faschismus ausbrütet. Die Auseinandersetzung zwischen SAV/JRE und uns ist: Reform oder Revolution. Das wurde durch unsere Intervention auf ihrem Anti-Nazi-Sommer-Camp im August gezeigt (siehe „JRE/Voran: Sommer-Camp-Pleite", *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Die Spartakist-Jugend will antifaschistische Jugendliche zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei gewinnen, die eine sozialistische Revolution zum Sieg führt und dadurch die Wurzeln des Faschismus endgültig beseitigt."

Hitler-Anbeter David Irving ging zu Boden

Berkeley: Nazis in die Flucht geschlagen

Mehrere Hundert Antifaschisten verhinderten erfolgreich eine faschistische Veranstaltung an der Universität von Kalifornien in Berkeley, wo der britische Hitler-Anbeter David Irving seinen Nazi-Dreck verbreiten wollte. „Irving ist ein Historiker wie Goebbels ein Doktor war", und: „Die Arbeiterbewegung hat die Macht, die Nazis zu stoppen", lauteten Plakate des Spartacist Youth Clubs (SYC), Jugendorganisation unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S., der zu der Aktion aufgerufen hatte.

Unter den Rufen: „Stoppt Hitler-Anbeter David Irving - Zerschlagt faschistischen Terror", versammelten sich rund 100 Antifaschisten vor dem Nazi-Treffpunkt auf dem Uni-Gelände. Außer dem SYC und der SL/U.S. nahmen Gewerkschafter von der Labor Black League for Social Défense an der Aktion teil, ein Block der Jüdischen Schülervereinigung der Berkeley High School, zahlreiche Uni-Studenten sowie einige Anhänger der International Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation der SAG), der Revolutionary Workers League und der Revolutionary Trotskyist League.

Sobald sich herausstellte, daß die Nazis sich heimlich in ein anderes Gebäude verziehen wollten, setzten die Antifaschisten nach. Das SYC-Flugblatt beschrieb es so:

> „Als wir über das Uni-Gelände gingen, schwoll die Menge auf etwa 300 Demonstranten an — Schwarze, Juden, Demonstranten aus Asien, Weiße, Latinos, Studenten und Arbeiter! Unter den Rufen ,Nazis raus' marschierten wir direkt in den Versammlungsraum. Die meisten der Möchtegern-Hitlers drückten sich in die Ecken des Raums, zusammengekauert wie Wanderratten. Ein paar Faschisten versuchten, die Demonstranten mit Stühlen anzugreifen. Ein anderer schwang ein Kamera-Stativ. Sie wurden effizient entwaffnet.
>
> Der Boden war mit Hakenkreuzen — dem Symbol des Nazi-Völkermords — übersät. Die Antifaschisten machten kurzen Prozeß mit ihnen und anderen Nazi-Symbolen. Irving wurde der Länge nach ausgestreckt über einem zusammengebrochenen Tisch gesehen, zwischen einem Haufen seiner Video-Kassetten und anderem faschistischem Dreck. Ein schlotternder Nazi ließ Hunderte von Hakenkreuz-Ansteckern fallen."

Dann kamen die Bullen mit Verstärkung, um die Faschisten zu verteidigen. Sie prügelten mit Schlagstöcken auf die Menge ein und verletzten mehrere Demonstranten krankenhausreif. Aber die Nazis konnten diesmal nicht ihren rassistischen Dreck verbreiten, und ohne Zweifel sind Verletzungen und mögliche Todesfälle durch diese mutige Aktion verhindert worden.

Jetzt ist die ISO mit einer Verurteilung der „Gewalt" herausgekommen — aber nicht von den Nazis oder den knüppelschwingenden Bullen. Nein, die ISO schwärzt die Antifaschisten an. „Es waren ein paar faule Äpfel, die in der Hitze des Gefechts gehandelt haben", sagte ISO-Führer Brandon Rees gegenüber der Zeitung *Daily Cal.*

Die Faschisten sind paramilitärische Aktionsbanden, ihr Programm ist Mord und Völkermord. Wie das SYC-Flugblatt zu Irving schrieb: „Dies ist nicht einfach irgendein Spinner und phantasierender rechter .Akademiker'. Hinter dem weißen Hemd und der Krawatte dieses sogenanten .Historikers' stehen die Braunhemden des Faschismus. Irving leugnet den Holocaust, um die Täter neuer faschistischer Greuel zu rekrutieren und zu organisieren."



Young Spartacus

Uni Berkeley: Spartacist Youth Club initiierte Einheitsfrontaktion, die den Nazi Irving stoppte

Rund um den Erdball ist Irving als Redner bei Versammlungen von faschistischen Terrorbanden aufgetreten: von der britischen National Party, der Héritage Front in Kanada bis zur Nationalen Offensive in Deutschland. Am 9. November 1991, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, war Irving der Redner bei einem Nazi-Marsch in Halle. Damals war eine machtvolle Arbeitereinheitsfront zum Greifen nahe, zu der das Komitee für soziale Verteidigung zusammen mit der SpAD aufrief, um die Nazis zu stoppen. Aber in letzter Minute zog der DGB Halle seinen Aufruf auf Befehl der SPD-geführten DGB-Zentrale zurück, und unter dem Schutz von Tausenden Polizisten verbreitete David Irving seine "„Auschwitz-Lüge". Wenn die Nazis damals durch eine Massenmobilisierung der Arbeiter gestoppt worden wären, hätte es wenige Monate später das Rostocker Pogrom vielleicht nie gegeben.

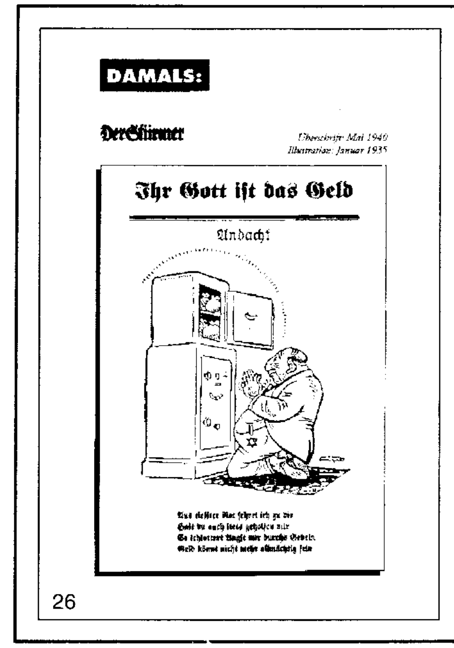
Die Spartakist-Jugend sieht die effektive Einheitsfront in Berkeley als Ansporn und gratuliert den Hunderten Antifaschisten, die wirklich einen Sieg gegen die Faschisten erkämpften. Es war einfache Selbstverteidigung und Verteidigung aller geplanten Opfer des faschistischen Terrors.«

Bonns Kreuzzug gegen Scientology: Bedrohung für Alle!

Bekanntlich duldet der eifersüchtige biblische Gott keine anderen Götter neben sich. Genauso geht der deutsche Staat vor. Die Christparteien und die SPD-Moralprediger führen eine ominöse Kampagne gegen die Sekte „Church of Scientology" an, und damit einen Angriff gegen die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie auf die Trennung von Kirche und Staat.

Am 11. Oktober forderte die SPD im Bundestag das Verbot und die Verfolgung von Scientology durch die Einsetzung eines „Bimdessektenbeauftragten"; als „pseudoreligiöse" Bewegung hätte Scientology eine „organisierte kriminelle Vereinigung" gebildet, die die „demokratische Grundordnung" abschaffen wolle. Dieser letzte Vorwurf ist das Codewort für *Hexenjagd* — im Kalten Krieg der Vorwand für das KPD-Verbot und die Säuberung von Kommunisten aus den Gewerkschaften. Wir Spartakisten sagen: Hände weg von Scientology!

Aber Bonns wirkliche Anklage und der Grund, weshalb die SPD gerade jetzt losschlagen will: Scientology schade dem „Ansehen Deutschlands im Ausland", Als Reaktion auf die seit vielen Monaten betriebene Hetze nämlich brachte Scientology seit September ganzseitige Anzeigen in den zwei führenden US-Tageszeitungen *New York Times* und *Washington Post.* Darin prangern sie den Nazi-Terror gegen Immigranten und die Diskriminierung von Minderheiten in Deutschland (die sich auch gegen sie selbst richtet) an. Sie greifen die heuchlerische Revision der Geschichte durch die Kohl-Bande an, und dabei tun sie etwas ganz „Verbotenes": Sie zeigen die Kontinuität der „Bundesrepublik" zum Dritten Reich auf.





Broschüre von Scientology zeigt auf, daß die Anklage „Geldgier" nur allzu bekannt ist

Was die Fanatiker in Bonn in Rage brachte, sind Scientology-Anzeigen wie in der *New York Times* vom 13. Oktober, wo man unter der Überschrift „‚Deutscher Widerstand': ein Widerspruch in sich" eine in manchen Punkten treffende Kritik der verlogenen Verherrlichung der bürgerlichen Verschwörung der „Männer des 20. Juli 1944" lesen kann. Anlaß ist eine von Bonn gesponserte Ausstellung in der US-Nationalbibliothek in Washington. Die Scientology-Anzeige sagt, daß diese sich dadurch auszeichnet:

> „was sie ausläßt. Die Dokumentation streicht den jüdischen Widerstand gegen die Nazis bis auf eine einzige Seite zusammen und degradiert das Warschauer Ghetto, das heroische Symbol des Widerstandes im Zweiten Weltkrieg, zu einem Satz...
>
> Die Ausstellung spielt das praktisch widerstandslos hingenommene Grauen des Holocaust und des Nazi-Massenmordes an Millionen von Juden, Zigeunern, Rosenkreuzern, Zeugen Jehovas und anderen Minderheiten herunter..."

Sowie an Kommunisten und Schwulen, muß man hinzufügen. Denn der ganze Zweck dieser Ausstellung war es, den von Kommunisten geführten Widerstand gegen Hitler aus der Geschichte *auszuradieren.* Um Leopold Treppers Rote Kapelle zu verheimh'chen, stellten sie die Weiße Rose in den Vordergrund. Die Scientologen heben hervor, daß z.B. Artur Nebe, einer der Verschwörer, in Kohls Ausstellung in Berlin als Held hingestellt wird; in Wirklichkeit war er ein Massenmörder der SS-Einsatzgruppen, an dessen Händen das Blut von Tausenden „Juden, Bolschewiki und Dissidenten" klebt. Wir wissen ja, daß die Männer vom 20. Juli nur deshalb Hitler stoppen wollten, weil er dabei war, dem „Ansehen" Deutschlands *definitiv* zu schaden, nämlich den Zweiten Weltkrieg zu verlieren.

Das SPD-geführte Hamburger Innenministerium, das kürzlich mit dem Rücktritt des Innensenators wegen rassistischer Gewalt der Polizei gegen Immigranten in den Schlagzeilen war, hat sogar eine spezielle Abteilung gebildet, die sich nur mit Scientology befaßt. Und der Senat in Hamburg (wo Scientologys Hauptquartier ist) hat angekündigt, Scientology rechtlich zu verfolgen. Unter welchem Vorwand wollen sie alle nun durchgreifen? Geldgier! Leider hatte Luther damals kein BKA, um effektiv gegen die katholische Kirche vorzugehen. Wirtschaftskriminalität! Von Daimler-Benz bis IG Farben tun sie's, aber hier beißt die Presse von rechts bis „links" an: Springers *Hamburger Abendblatt* hetzte mit einer Anzeige im *Stürmer-Stil* gegen Scientologys Anbetung von Gottes Geld. Die *taz* schreit, die Sekte kontrolliere den Hamburger Wohnungsmarkt; *Neues Deutschland* fragt, wann endlich „staatliche Gegenmaßnahmen" folgen.

Unter dem Vorwand von „Wirtschaftskriminalität" und „Geldwäsche" will Bonn die Türen der Scientology-Zentrale bzw. ihrer kommerziellen Unternehmen eintreten und die Finanzunterlagen konfiszieren lassen. Dies ebnet den Weg dazu, daß die Geschäfte beliebiger anderer religiöser und politischer Organisationen als „kriminell" eingestuft werden, wenn nur ihre Ansichten dem Staat ein Dorn im Auge sind. Bereits im Oktober 1990 wurde dies beim Poli-

zei-Überfall auf die PDS-Zentrale in Berlin (unter Mitwirkung der PDS!) praktiziert.

Für die Koalition von Kirche und SPD ist Scientology, oder mindestens ihr Gründer L. Ron Hubbard, der Rattenfänger von Hameln leibhaftig. Nun, diese Sekte ist tatsächlich dubios, unappetitlich und bei weiten Teilen der Bevölkerung sehr unpopulär. Aber wie merkwürdig kann ein „E-Meter" sein, verglichen mit einer Oblate, die den Leib Christi verkörpern soll? Soweit die Scientologen eine Ideologie haben, ist sie eine extreme Version von „Selbstverwirklichung" in der „Ellenbogengesellschaft". Ihre Zielgruppe sind besserverdienende Schichten, bis in die Vorstandsetagen großer Konzerne; der Erhöhung ihrer Geschäftstüchtigkeit wird große Aufmerksamkeit gewidmet.

Bonn und seine mächtigen Staatskirchen wollen selbstherrlich entscheiden, was eine Religion ist und was nicht, um *die politische Unterdrückung* aller unpopulären Minderheitsgruppierungen zu rechtfertigen. 1938 antworteten Hitlers Schergen auf die „Provokation" der Existenz von Synagogen mit dem Novemberpogrom. Heute hetzt das bayerische Oberlandesgericht gegen die „provokativ auftretende Religionsausübung in besonders deutlich erkennbaren Moscheen", wie es in der Genehmigung für einen NPD-Naziaufmarsch gegen den Aufbau einer Moschee heißt *(Süddeutsche Zeitung,* 31. August)!

Jetzt, wo das Vierte Reich wieder nach der Weltherrschaft strebt, braucht es wieder politische und religiöse Konformität mit den „alten deutschen Werten". Diese Konformität soll nicht nur mit Sonntagspredigten, sondern auch mit staatlicher Gewalt erzwungen werden — mit verschärften Gesetzen, u. a. zur „internationalen Terrorismusbekämpfung" und nun zur „Kriminalitätsbekämpfung", wie man es schon bei der rassistischen Verfolgung von Immigranten eingeübt hat. Durch das PKK-Verbot wurde das politische und kulturelle Leben der ganzen kurdischen Bevölkerung in Deutschland verboten, 300 Kurden sitzen im Gefängnis.

Verteidigt demokratische Rechte — Für die Trennung von Kirche und Staat!

Die deutsche Verfassung strotzt von religiösem Obskurantismus. Es gibt *zwei* große Staatskirchen, für die der Staat die Finanzierung durch die Bürger — *alle* Bürger, deren Geburt kirchlich registriert wurde — eintreibt. Im Westen hatten die Kirchen schon immer das „Recht", sich den Bürgern aufzuzwingen.

Landesregierungen und Schulen haben einen „verfassungsmäßigen" Auftrag, „christliche Werte" zu vermitteln. Und wenn du dich oder deine Kinder diesem Zwang entziehen willst, um etwa keine Kirchensteuer mehr zu zahlen (dazu muß man aus der Kirche austreten) oder in der Schule nicht am Religionsunterricht teilzunehmen, mußt du einen formalen schriftlichen Antrag stellen. Schon kleine Kinder in Kindertagesstätten kriegen diese Werte auf jeden Fall eingelöffelt. Kirchlich besetzte Zensurgremien entscheiden, was du im Radio und Fernsehen hören und sehen darfst und was nicht — nach dem Motto, zuerst die Lottozahlen und dann „Das Wort zum Sonntag".

Und natürlich brachten die Versuche in den 80er Jahren, den Paragraph 218 zu verschärfen, die klerikale Reaktion geschlossen auf die Straße. Christliche Abtreibungsgegner überfielen sogar die Kliniken. Bis an die Tür von Operationssälen quälten sie abtreibungswillige Frauen mit Mordvorwürfen.

Nach der Konterrevolution in der DDR pochte Bonn, zusammen mit Leuchten wie dem ultrarechten Gegner des „Abtreibungsholocausts" und Militärbischof Dyba, auf sein „Recht", die ostdeutsche Bevölkerung zu rechristianisieren. Die Kirchen drängten in den Osten und eroberten alles von Kinderkrippen bis Altershermen — natürlich auch die neu eingerichteten Abtreibungs-Abratungszentren.

Die Rechte auf Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit sowie die Trennung von Kirche und Staat wurden in den bürgerlichen Revolutionen vom 16. bis 19. Jahrhundert etabliert; solche Revolutionen in Deutschland wurden aber niedergeschlagen bzw. blieben unvollendet. Daher ist das Bewußtsein von bürgerlich-demokratischen Rechten in der Linken und Arbeiterbewegung dieses Landes nur mangelhaft verwurzelt. Dies spiegelt sich in den vielfältigen Verbindungen der SPD zur protestantischen Kirche wider; im Osten ist sie wirklich eine „Lehrer- und Pfaffenpartei". Die PDS wiederum biedert sich an „christliche Werte" an: Sie fördert Pfarrer als ihre Sprecher und Kandidaten und ist stolz darauf, daß sie Christen in einem Arbeitskreis organisiert.

Kurz: Kirchen und Staat nehmen sich das Recht, ihre Nase überall in das Privatleben einzelner Menschen hineinzustecken, wo sie nichts zu suchen haben — mit tatkräftiger Unterstützung ihrer sozialdemokratischen Helfer. Weg mit der Kirchensteuer! Bullen, Richter, Pfaffen raus aus den Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen!

Nieder mit dem Kreuzzug gegen Scientology!

Als Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse und ihres Rechts, sich zu organisieren, widersetzt sich die Spartakist-Arbeiterpartei der Verfolgung von Scientology. Für unsere Klasse und uns selbst und für all diejenigen, denen demokratische Rechte ein Anliegen sind, ist dies eine elementare Frage der Selbstverteidigung. Aber wie bei vielen solchen Fragen heute bleiben wir Marxisten die einzigen Verteidiger der freiheitlichen Werte, die mit der großen Französischen Revolution in Verbindung stehen.

Unser Standpunkt zu Bonns Kreuzzug gegen Scientology hat eine Parallele, und zwar was die Sekte von Sun Myung Moon und seiner „Vereinigungskirche" angeht. Moon ist ein ultrarechter Reaktionär, der international „Kontra"-Terror finanziert. In Deutschland waren wir in den 80er Jahren mit physischen Provokationen der Moon-Sekte konfrontiert, und unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S, kämpften damals gegen eine tödliche Verleumdungskampagne der „Moonies".

Im November 1992 führte die SL/U.S. eine wichtige Mobilisierung durch, die einen Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klans stoppte. Die Moonies verleumdeten die SL/U.S. und die Demo-Teilnehmer als Möchtegern-Bullenmörder und Kriminelle, die gegen die Polizei „Gewalt provozieren". Deshalb klagten wir gegen die Moonies und zwangen sie, ihre Verleumdungen zurückzunehmen.

Als aber die Reagan-Regierung gleichzeitig gegen die Moon-Vereinigungskirche vorging und über das Bundesfinanzamt versuchte, sich mit dem Streit über die Steuerfreiheit Zugang zu deren Mitgliedslisten und Finanzbüchern zu verschaffen, hat sich die SL/U.S. gegen diesen Angriff gestellt. Dies war eine Keule, die für den Einsatz gegen jede „mißliebige" Organisation bestimmt war, die der Staat knacken und auseinandersprengen will. Die SL/U.S. hat sich, zusammen mit einer Reihe demokratischer und religiöser Organisationen sowie den Regierungen mehrerer Bundesstaaten, diesem gefährlichen staatlichen Übergriff widersetzt.

Unsere Zurückweisung des gegenwärtigen Angriffs des deutschen Staates auf Scientology ist ein integraler Bestandteil unserer allseitigen Verteidigung demokratischer Rechte. Dies ist unsere Pflicht als Marxisten im Kampf für eine kommunistische Gesellschaft, in der die Menschen von jeder Form sozialer Unterdrückung befreit sein werden.«

Debatte mit Ernest Mandel in New York

Am 11. November 1994 lädt die Spartacist League, amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), zu einer Debatte mit Ernest Mandel ein, dem international bekannten Sprecher für das „Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale" (VS). Die Leser von *Spartakist* werden sich vielleicht erinnern, daß Genösse Mandel schon im Februar 1993 bei einem öffentlichen Seminar in New York auf unsere Interventionen hin wiederholt erklärt hatte, daß er kommen und mit uns debattieren würde, wenn wir eine Veranstaltung organisieren (siehe *Spartakist* Nr. 102, April 1993, und *Spartakist* Nr. 104, Juni 1993). Wir akzeptierten dieses Angebot sofort, aber aus unvermeidbaren Gründen war Genösse Mandel nicht in der Lage, früher in die USA zu kommen.

Die Debatte findet unter dem Titel „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute" statt; außer den Präsentationen mit gleicher Redezeit von Mandel und unserem Sprecher, Genösse Joseph Seymour, wird es reichlich Zeit für Redner aus dem Publikum geben. Zusammen mit den zentralen Fragen für revolutionäre Marxisten heute wird auch die entgegengesetzte politische Geschichte unserer internationalen Tendenz und der von Mandel zur Diskussion stehen. In den 60er und 70er Jahren war das VS unter Mandels Führung der lauteste Fanklub für den Stalinismus der Dritten Welt und alles sonst, was sich bewegte — von „roten Unis" bis zu Chomeinis „islamischer Revolution". In jüngerer Zeit zuckeln sie sklavisch der Sozialdemokratie hinterher. Das VS bejubelte jede konterrevolutionäre Kraft in den früheren deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, von der polnischen Solidarnoœæ und den estnischen Nazi-„Waldbrüdern" bis zu Jelzins konterrevolutionärem Gegenputsch im August 1991.

Seit die Spartacist League/U.S. 1964 aus der Socialist Workers Party (die damals mit dem Vereinigten Sekretariat verbunden war) ausgeschlossen wurde, hat die IKL den revolutionären Trotzkismus in den programmatischen Schlüsselfragen aufrechterhalten. In Chile, Frankreich und jüngst in Südafrika standen wir für proletarische Opposition gegen „Volksfronten" der Klassenzusammenarbeit. Von Afghanistan und Polen bis zur Sowjetunion und Kuba haben wir für die bedingungslose Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus gekämpft und für die proletarische politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien als einziges Mittel, um diese Staaten gegen die Konterrevolution zu verteidigen.

1989/90, während der entscheidenden Monate der anfänglichen politischen Revolution in der DDR, war das VS gespalten in diejenigen (die Matti-Tendenz), die die Konterrevolution in Deutschland feierten, und die Kräfte um Mandel, die ihre Hände rangen, derweil sie nichts taten, um sie zu stoppen. Die westdeutschen Mandel-Anhänger, die sich 1985 mit Überresten der antisowjetischen maoistischen KPD/ML zur VSP zusammengeschlossen hatten, lehnten jede Arbeit in der DDR ab und beteiligten sich an der antikommunistischen Hexenjagd. Jetzt hat das VS Mitte Oktober wieder eine offizielle Sektion in Deutschland gegründet, deren Basis die antisowjetische Politik der Mandelianer während des letzten Jahrzehnts ist. So wird der Untergang der DDR von einem führenden Sprecher ihrer deutschen Sektion als „gut" hochgejubelt.

Die Grundlage des VS ist impressionistische Nachtrabpolitik. Heutzutage gefällt es dem VS-Führer Ernest Mandel, gegen „Etiketten" zu polemisieren, indem er sagt: „Sozialisten, Kommunisten, es macht keinen Unterschied." *Spartakist* wird in der nächsten Ausgabe ausführlich über die Veranstaltung berichten.

Spartakist-Veranstaltungsreihe

Mandela/ANC: Strohmänner für rassistische Kapitalherrschaft

Pulverfaß Südafrika

Leipzig
Dienstag, 15. November, 19.00 Uhr
Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33
04109 Leipzig

Halle
Donnerstag, 17. November, 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg
Stegpassage 2
06110 Halle

Hamburg
Donnerstag, 24. November, 19.00 Uhr
Haus für Alle, Raum 6, Amandastraße 58
20357 Hamburg (Altona)
S/U-Bahn Stemschanze

Berlin
Sonnabend, 10. Dezember, 17.00 Uhr
Club JoJo
Torstraße 216 (ehem. Wilhelm-Pieck-Str.)
U-Bahn Oranienburger Tor oder Bus 340

Das Programm für schwarze Arbeitermacht

Gruppe Spartakus: Persilschein für Rep-Nazis

Auf den groß posaunten Austritt der Gruppe Spartakus (GS) aus der JRE folgte ihr Persilschein für die Rep-Nazis: „Die Einschätzung, die Republikaner seien faschistisch, ist schief und darum falsch" *(Bolschewik,* September 1994). Damit zeigte sich die ganze Verlogenheit dieser selbsternannten „revolutionären Anti-Faschisten". In ihren Augen entschwindet das braune Pack in die „demokratische" Respektabilität, und zwar genau im umgekehrten Verhältnis zum Anwachsen der täglichen Nazi-Überfälle im wiedervereinigten Deutschland.

Eine merkwürdige Logik, doch steht die GS damit bei weitem nicht allein. Im Wahlkampf trat Stefan Engel, Vorsitzender der für ihre selbstmörderische Forderung nach einem Verbot der Nazis bekannten maoistischen MLPD, im ARD-Fernsehen in der „Außenseiterrunde" mit den Rep-Faschisten auf, ohne auch nur ein Wort des Protests, geschweige denn die Sendung dichtzumachen. Desgleichen Ulrich Rippert vom Bund Sozialistischer Arbeiter, dessen dubiose Organisation mit dem Kampf gegen Faschisten und der Verteidigung von Immigranten noch nie etwas zu tun hatte. Die von SPD und PDS betriebene Verharmlosung der faschistischen Mörderbanden als „verführte Jugendliche" und ihr höflicher Umgang mit diesen vermeintlich harmlosen „Ultrarechten" hat viele Anhänger gefunden.

Wir meinen dagegen: Faschisten sind Schocktruppen des Kapitals, die durch Arbeitereinheitsfrontaktionen zerschlagen werden müssen — egal, ob sie als minderjährige Pimpfe mit Bomberjacken und Kampfstiefeln oder in Schlips und Kragen ihren Terror verbreiten. Sie sind Schlägerbanden der herrschenden Klasse, deren Terror auf Immigranten, Roma und Sinti, Juden, Homosexuelle, Behinderte und andere Minderheiten zielt und letztlich auf die Zerschlagung der Linken und der organisierten Arbeiterbewegung.

Wie Trotzki zu den „verfassungsmäßigen" Manövern der Faschisten in „Was nun?" feststellte: „Das Pogrom-,Wesen' des Faschismus kann sich erst nach seiner Machtübernahme ganz entfalten" (siehe Zitat auf Seite 2 dieser Ausgabe). Die Faschisten sehen das Parlament als Tribüne, von der aus sie die rassistische Mordhetze hoffähig machen wollen. Dieses Manöver von SS-Schönhuber und seinesgleichen wird von den Sozialdemokraten beschönigt, um die Arbeiter von unabhängigen Aktionen abzuhalten. Und die GS macht gehorsamst mit. Wir erinnern an die Weigerung der GS, an einer Mobilisierung von Linken und Gewerkschaftern am 1. Mai in Berlin teilzunehmen, die eine Naziversammlungverhinderte (siehe *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994).

In einem Absatz, der direkt aus Kanthers Verfassungsschutzbericht stammen könnte, lauten die ungeheuerlichen Argumente der GS:

> „Das Erscheinungsbild der Reps ist jedoch geprägt durch Wahlkampfauftritte. Die Reps lehnen in ihrer Programmatik und Propaganda die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nicht wie die Faschisten ab, sondern wollen diese ,im Interesse Deutschlands' säubern."

Und die GS „säubert" die Reps — in wessen Interesse? Was macht es diesen „Anti-Faschisten" der GS schon aus, daß der SS-Mann Schönhuber direkt nach dem Anschlag auf die Lübecker Synagoge antisemitisch gegen Ignatz Bubis hetzte, den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, und ihn als „einen der schlimmsten Volkshetzer Deutschlands" bezeichnete?

Republikaner haben unzählige Nazi-Überfälle und Anschläge auf Flüchtlingswohnheime begangen, wie der Mord an dem türkischen Metallarbeiter Ufuk Sahin, zu dem ihr rassistischer „Todeslied"-Wahlspot 1990 angestachelt hatte, und die Hinrichtung eines Türken in Mülheim an der Ruhr im März 1993. Dies ist aber nicht ausschlaggebend für die Gruppe Spartakus: Zwar ist auch ihnen „bekannt, daß Mitglieder der Reps Aktionen eindeutig faschistischen Charakters durchgeführt haben". Vielen ist das bekannt, aber nur die GS zieht daraus die perverse Schlußfolgerung, daß es sich nur um „demokratische Saubermänner" handelt. Solange die Reps, deren enge Verflechtung mit den Berliner Bullen bekannt ist, sich als loyale Anhänger des Grundgesetzes erklären...

Seit Jahren brechen die GSler in hysterische Schreie aus, wenn wir Spartakisten den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs als Viertes Reich des deutschen Imperialismus bezeichnen. Nachdem also die GS den bürgerlichen Staat als echt demokratisch beschönigt, kommt sie jetzt in logischer Reihenfolge dazu, die Nazis selber reinzuwaschen. So schreibt sie, „daß der bürgerlich-demokratische Staat nur *taktische* Differenzen gegenüber den Faschisten hat", und bekräftigt noch einmal in ihrer September-Ausgabe, daß dieser „Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und ihren Exekutivorganen sowie den Faschisten" existiere. Einen besonderen „bürgerlich-demokratischen Staat" gibt es aber nicht, der Staatsapparat der Kapitalisten bleibt bestehen unabhängig davon, zu welcher Herrschafts/orm diese greifen, um die Arbeiter niederzuhalten. Wo, möchte man fragen, hat Hitler den Staatsapparat der Weimarer Republik umstoßen müssen, um die Herrschaft der Nazis zu befestigen? Und hat nicht die BRD nach 1945 Verfassungsschutz und Justiz intakt vom Hitler-Faschismus übernommen, während die Bullen ihre braune Kluft einfach in den Schrank hängten? Aber genau das wollen die GSler verwischen.

Die Faschisten sind die Todfeinde der Arbeiterklasse, ihr Programm ist der Völkermord. Beim Kampf gegen sie geht es um die Verteidigung von Immigranten, Minderheiten und Arbeiterorganisationen. Wir Spartakisten kämpfen dafür, im Kampf gegen Nazi-Terror die Machtorgane der Arbeiterklasse aufzubauen, die sich notwendig gegen die Herrschaft der kapitalistischen Klasse selbst richten, die den Nährboden »für die mörderischen Nazibanden schafft.

Als die Verteidigung von Immigranten am 30. Januar 1993, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, konkret gestellt war, wo wir Spartakisten für eine Aktionseinheit von Arbeitern/Inimigranten/Jugendlichen zur Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin mobilisierten, kriegte die GS Muffensausen und haute ab. Denn dort ging es um eine *Aktion,* nicht um einen faulen Propagandablock. Erst überließ sie den Kampf gegen die Nazis anderen, jetzt stellen diese Mini-Sozialdemokraten den Rep-Nazis einen Persilschein aus.«

Brasilien: Wahlsieg des IWF-Kandidaten

Lulas Volksfront - Fessel der Arbeiterkämpfe

Die nationalen Wahlen am 3. Oktober in Brasilien ergaben einen klaren Sieg für Fernando Henrique Cardoso und seine durch und durch bürgerliche „sozialdemokratische" Partei, die PSDB. Cardosos Sieg ist in starkem Maße auf den zur Zeit populären „Real-Plan" zurückzuführen, benannt nach der neuen Währung, die eingeführt wurde, um Brasiliens spektakuläre finanzielle Instabilität zu „kurieren". Dieses „Stabilisierungs"programm im Stil des Internationalen Währungsfonds ist direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Die Abstimmung war eine klare Niederlage für Cardosos wichtigsten Wahlgegner, die Frente Brazil Populär unter der Führung von Luiz Inâcio „Lula" da Suva von der Partido dos Trabalhadores (PT — Arbeiterpartei). Die ganze Zeit über war es das Ziel der PT-Wahlkampagne, ihre Respektabilität und ihre Tauglichkeit zur Verwaltung des brasilianischen Kapitalismus zu beweisen. Lula schaffte es, daß man ihn praktisch nicht mehr von Cardoso unterscheiden konnte — dem er vorwarf, sein Programm „gestohlen" zu haben! Vor die „Wahl" gestellt, ob die vom IWF angeordneten Kürzungen und Entlassungen von Lula oder von Cardoso verwaltet werden, entschieden sich die brasilianischen Wähler für den letzteren, der wenigstens versprach, durch drastische Senkung der Inflation für „Stabilität" zu sorgen.

In der ganzen Welt haben die Pseudotrotzkisten verschiedener Tendenzen, und besonders Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat, die brasilianische PT für ein Modell einer nichtstalinistischen Partei des „demokratischen Sozialismus" gehalten, in der sie dadurch Masseneinfluß zu erreichen hofften, daß sie als linke Berater für Lula & Co. auftraten. Aber die PT bildete eine Volksfront als eine Garantie für die internationale und einheimische Bourgeoisie. Lulas Frente Brazil Popular (FBP), wie sie treffend heißt, ist eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiterbewegung und die Linke an die Politiker und Institutionen des bürgerlichen Staates bindet. In Richtung Streitkräfte versprach Lula, den Militärhaushalt zu verdreifachen, und forderte, den bisher nicht existierenden Posten eines Verteidigungsministers einzurichten, um damit die Anerkennung für das Militär zu besiegeln. Dies erinnert an die „verfassungsmäßigen Garantien", die Salvador Allende dem chilenischen Militär gab, was dem Putsch in Santiago im September 1973 den Weg geebnet hat.

Wie im Fall von Allendes Unidad Populär war die Position der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegenüber der FBP bei den Wahlen in Brasilien, keine Stimme für irgendeinen Kandidaten der Volksfront abzugeben. Dies war auch die Position einer kleinen Gruppe von revolutionären Arbeitern, die mit dem Sumpf der pseudotrotzkistischen Linken in Brasilien gebrochen und damit ihren langjährigen Kampf gegen Volksfrontpolitik fortgesetzt haben. Die folgende Erklärung, zuerst veröffentlicht und von uns übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 608, 14. Oktober 1994, ist das Ergebnis intensiver Diskussionen und bringt eine weitgehende programmatische Übereinstimmung zwischen der IKL und der Gruppe Luta Metalúrgica (Metallarbeiterkampf) von Brasilien zum Ausdruck. Luta Metalúrgica brach vor kurzem mit Causa Operâria, die zu der Tendenz gehört, die von Jörge Altamiras argentinischer Partido Obrere geführt wird. Die Ausgangsbasis für diese Diskussionen war das von beiden Seiten geteilte Prinzip der proletarischen Opposition gegen Volksfronten und, keine Stimme für die Kandidaten solcher Formationen der Klassenzusammenarbeit zu geben. Eine weitere Schlüsselfrage, die unsere beiden Organisationen zusammenbrachte, war das leninistische Verständnis von der revolutionären Partei als dem „Volkstribun", der gegen alle Formen von besonderer Unterdrückung kämpft.«



AFP

Lula, Kandidat der Arbeiterpartei (PT) Brasiliens (oben, Mitte). Durch ihre Volksfront mit kleinen bürgerlichen Parteien gaben die PT-Führer dem Kapital die Garantie, es nicht anzutasten



Goldgrub/Jornal do Brazil

Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen Luta Metalúrgica (Brasilien) und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

„Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung... [D]ie Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, [kann] nur durch die Vierte Internationale gelöst werden..." (Leo Trotzki, Übergangsprogramm, 1938)

Die Gruppe Luta Metalürgica [Metallarbeiterkampf] von Volta Redonda in Brasilien und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) stimmen mit dieser Erklärung brüderlicher Beziehungen überein, als Teil des dringend notwendigen Kampfes, die Krise der proletarischen Führung zu überwinden durch die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als demokratisch-zentralistische Weltpartei der sozialistischen Revolution.

I.

„Die Frage aller Fragen ist gegenwärtig die Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder sogar nur technisches Manöver darzustellen, um mit ihren Waren im Schatten der Volksfront hausieren gehen zu können. In Wirklichkeit ist die Volksfront *die Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche." (Leo Trotzki, „Letter to the Dutch RSAP", Juli 1936, Hervorhebung im Original)

Seit dem Kampf von Marx und Engels für das Grundprinzip der revolutionären Unabhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie hat der wirkliche Marxismus gegen Klassenzusammenarbeit gekämpft. Der Kampf von Lenin und den Bolschewiki gegen Kerenskis Provisorische Regierung (die Trotzki später das größte historische Beispiel einer Volksfront nannte) fand seinen Höhepunkt in dem wichtigsten Sieg des Weltproletariats: der Oktoberrevolution von 1917. Im Gegensatz zum Verrat der Stalinisten, Sozialdemokraten und Zentristen kämpften die Anhänger der Vierten Internationale unter Trotzkis Führung geradewegs gegen jede Unterstützung von Volksfronten, die in Frankreich und Spanien zu fürchterlichen Niederlagen des Proletariats führten und damit dem zweiten imperialistischen Weltkrieg den Weg bereiteten.

In unserer Zeit zieht der Kampf gegen Volksfrontpolitik eine Linie zwischen dem revolutionären Marxismus und allen Varianten des Opportunismus. In Chile fesselte Allendes Unidad Populär das kämpferische Proletariat an die Einrichtungen des bürgerlichen Staats und bereitete so das blutige Ergebnis von Pinochets Militärputsch 1973 vor. Schon zur Zeit von Allendes Wahl 1970, als alle pseudotrotzkistischen Strömungen die eine oder andere Art von Unterstützung der Volksfront befürworteten, warnte die Spartacist-Tendenz (die heutige IKL):

> „Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich bei den Wahlen unversöhnlich gegen die Volksfront zu wenden und absolut kein Vertrauen in sie zu setzen, wenn sie an der Macht ist. Jede .kritische Unterstützung' für die Allende-Koalition ist Klassenverrat und bereitet eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse vor, sobald die nationale Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, bereit ist." *(Spartacist,* englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970)

Bei der Wahl von Mitterrands Volksfront 1981 in Frankreich warnten die Spartakisten erneut vor jeder Unterstützung dieser Klassenzusammenarbeit, während Pseudotrotzkisten (von Mandel und Moreno bis Lambert und Altamira) sie als einen „Sieg" der Arbeiterklasse feierten. Die Politik der Volksfront führte von Bolivien bis El Salvador, Nicaragua und vielen anderen Ländern zu weiteren Niederlagen.

Im heutigen Südafrika fesselt die nationalistische Volksfront um den Afrikanischen Nationalkongreß unter Führung von Nelson Mandela die schwarzen Arbeiter an den bürgerlichen Staatsapparat, der das mörderische Apartheid-Regime aufrechterhalten hat. Es ist die Pflicht von Revolutionären, dringend vor jeder politischen Unterstützung für und jedes Vertrauen in die „Machtteilungs"regierung zu warnen, die bereits gegen die schwarzen und „farbigen" [von Vorfahren unterschiedlicher Hautfarbe abstammenden] Arbeiter vorgeht. Wir stellen fest, wie wichtig der Kampf gegen die Volksfrontpolitik der reformistischen brasilianischen Partido dos Trabalhadores (PT — Arbeiterpartei) für revolutionäre Arbeiter in Südafrika ist und wie wichtig die Ereignisse in Südafrika für die Arbeiter und radikalen Jugendlichen in Brasilien sind.

In Brasilien ist die Linke von Nationalismus und Volksfront-Reformismus durchdrungen. Im Moment wetteifern ihre verschiedenen Strömungen miteinander darum, welche von ihnen am besten vor der Frente Brasil Populär (FBP), der unverhüllten Koalition von Lulas PT mit bürgerlichen Politikern, kapitulieren kann. Diese Front schöpft alle Möglichkeiten aus, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten zu demobilisieren, in diesem Land, das ein sehr kämpferisches Proletariat hat und tiefgehende soziale Unruhen erlebt. Die Gewerkschaftsbürokraten und ihre linken Berater bestehen darauf, daß die Werktätigen, statt zu kämpfen, darauf „warten" müssen, daß Lula gewählt wird, und nicht seine bürgerlichen Bündnispartner „verschrecken" dürfen. Die Stalinisten (PPS und PCdoB [Sozialistische Volkspartei, früher die moskautreue KP, und die Kommunistische Partei Brasiliens, früher auf Albanien orientiert]) mit ihrer Doktrin der Klassenzusammenarbeit — sie unterstützten die bürgerlichen Regierungen von Sarney, Collor und Itamar Franco — sind jetzt ein Teil der von Lula geführten Volksfront. Während die Mandelianer von Democracia Socialista und die Lambertisten von O Trabalho [Die Arbeit] an ihrer inzwischen schon traditionellen Rolle als treue Diener der Führung von Lula & Co. richtig Gefallen haben, schlagen die Morenoisten der PSTU [Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei] heuchlerisch „kritische" Töne an — zum gleichen Zeitpunkt, wo sie öffentlich der FBP beigetreten sind.

Links von diesen Strömungen gibt es die Zentristen von Causa Operâria (CO) [Sache der Arbeiter, verbunden mit der argentinischen Partido Obrero von Jörge Altamira]. Die Genossen von Luta Metalürgica wurden ursprünglich zur CO rekrutiert, weil sie dachten, sie stelle eine revolutionäre, trotzkistische Opposition zur Volksfront dar. Aber schon bei den Wahlen 1989, als CO die Volksfront „kritisierte", rief sie gleichzeitig zur Wahl von Lula auf, dem Kandidaten der Volksfront. Damit hatte ihre „Kritik" keine Konse-

Fortgesetzt auf Seite 14

Brüderliche Beziehungen...

Fortsetzung von Seite 13

quenz für ihre Handlungen, sie diente nur als Feigenblatt für ihre Stimmabgabe *für* Klassenzusammenarbeit.

Vor den Wahlen 1994 hat sich CO hin und her gewunden: Zunächst versuchten sie, einen „Unterschied zwischen Unterstützung und Wahlkampf für Lula und einem möglichen Wahlaufruf für den Kandidaten der PT" *(Circular Interna* — Internes Bulletin, 1. April) zu machen, später täuschten sie die Position „keine Stimme für die Kandidaten der Frente Brasil Populär" *(Causa Operana,* 12. Juni) vor, nur um am Ende zur „Wahl von Lula und den Arbeiter- und Bauern-Kandidaten" *(Causa Operana,* l. August) aufzurufen. CO wiederholt dabei den typischen Trick der Pseudotrotzkisten, zu argumentieren, daß eine Stimme für die „Arbeiterkandidaten" der Volksfront (in diesem Fall einschließlich ihres Präsidentschaftskandidaten) irgend etwas „anderes" sei als die Wahl der Volksfront selbst.

Für diese Kleinbürger, die mit ihren Waren im Schatten der Volksfront hausieren gehen, sind „linke" Phrasen nicht ernstzunehmen, sondern dienen nur zur Beschönigung ihres Hinterherkriechens hinter ihren reformistischen Herren! Ihre Linie hat *nichts* mit der von Trotzki zu tun, der die Unterstützung der spanischen Volksfront durch die POUM von Andres Nin als einen *Verrat* bezeichnete und in bezug auf die Volksfrontregierung betonte: „Es kommt darauf an, die Massen offen und kühn gegen die Volksfrontregierung zu mobilisieren" („Ist in Spanien ein Sieg möglich", April 1937).

Wir stellen fest, daß diese „national-trotzkistische" Strömung [von Altamira] ihre Verrätereien traditionell durch menschewistische Etappenpolitik gerechtfertigt hat und sich auf die „antiimperialistische Einheitsfront" bezog, eine Formel, die von Guillermo Lora (früherer Bündnispartner von Jörge Altamiras Partido Obrero in Argentinien und der CO in Brasilien) in Bolivien benutzt wurde, um seine schändliche Kapitulation vor einer ganzen Reihe von Volksfronten zu rechtfertigen.

Entgegen diesem Menschewismus charakterisierten die Genossen der Zelle Volta Redonda (Luta Metalürgica) in einem gegen die Linie von CO gerichteten Dokument (April 1994) die FBP als eine „Front der Klassenzusammenarbeit", eine Volksfront. Sie forderten, „daß Causa Operäria mit der PT und der Volksfront in all ihren Varianten bricht... Die elementare Pflicht aller revolutionären Marxisten ist es, unversöhnlich gegen die Volksfront bei den Wahlen zu kämpfen und absolut kein Vertrauen in sie zu haben." Die CO-Führung *unterdrückte* diese klare Verurteilung, zusammen mit dem gesamten Schlußteil des Dokuments, im *Circular Interna* der CO. Ein anschließendes Dokument (Juli 1994), das die Genossen gegen die Kapitulation von CO schrieben, schloß mit der klaren Losung: „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei — Keine Stimme für die Volksfront oder Lula." Die Internationale Kommunistische Liga hat die gleiche Position der kompromißlosen proletarischen Opposition gegen die Volksfront aufgestellt.

II.

Die heutige Weltlage ist zutiefst beeinflußt von der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR — die Folge der Umzingelung und des enormen Drucks des Imperialismus und vorbereitet durch jahrzehntelangen Verrat der Stalinisten — stellte alles andere als einen „Sieg" oder eine bloße „Episode" dar, wie die Pseudotrotzkisten behaupten (darunter CO, die ihre Mitglieder praktisch von jeder Diskussion über die russische Frage fernhielt), sondern eine große *Niederlage* für die Arbeiter in allen Ländern. Ihre Auswirkungen auf die halbkolonialen Opfer des Imperialismus sind sehr deutlich vom Irak bis Haiti, zusammen mit den zunehmenden militärischen Abenteuern des Yankee-Imperialismus, der heute den kubanischen deformierten Arbeiterstaat (von innen unterminiert durch die Castro-Bürokratie) zu erdrosseln droht.

In der gegenwärtigen „neuen Weltanordnung" gibt es wachsende Rivalitäten zwischen den Imperialisten, brudermörderische Kriege zwischen ethnischen Gruppen, faschistische Überfälle auf Immigranten und dunkelhäutige Arbeiter in Europa, Angriffe auf die Rechte der Frauen. Gleichzeitig bieten Unruhen in der ganzen Welt — symbolisiert durch die Revolte der indianischen Bauern im Süden Mexikos, den siegreichen Air-France-Streik, Jugendmobilisierungen gegen Faschisten in Europa und viele andere Ereignisse — Gelegenheiten für die revolutionäre Intervention durch das Proletariat. Es ist dringender denn je, die internationale leninistische Avantgardepartei zu schmieden.

Trotzki, der Gründer der Roten Armee, lehrte uns, daß diejenigen, die nicht die bereits erzielten Errungenschaften verteidigen, nie neue Errungenschaften werden erobern können. Er zeigte den Doppelcharakter der [stalinistischen] Bürokratie, einer engstirnigen nationalistischen Kaste, die sich auf die Errungenschaften des Oktober stützt: Zeitweilig war sie gezwungen, diese Errungenschaften auf ihre eigene unvollständige und widersprüchliche Weise zu verteidigen, und gleichzeitig unterminierte sie diese durch den Verrat an der Weltrevolution und das Zertrampeln der Arbeiterdemokratie.

Trotzki und James P. Cannon, der Begründer des nordamerikanischen Trotzkismus, verglichen die revolutionäre Politik gegenüber der UdSSR mit der Lage einer bürokratisierten Gewerkschaft. Bewußte Arbeiter verteidigen die Gewerkschaft gegen die kapitalistische Regierung und die Bosse und kämpfen gleichzeitig für eine revolutionäre Führung, um die verräterischen Bürokraten hinauszuwerfen. Genauso war es die Pflicht des Weltproletariats, die UdSSR bedingungslos militärisch zu verteidigen und gleichzeitig darum zu kämpfen, die stalinistische Bürokratie durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen, was für die Verhinderung einer kapitalistischen Restauration unbedingt erforderlich war. Während der ganzen Zeit der Linken Opposition und des Kampfes für die Vierte Internationale betonte Trotzki: ‚*Die Verteidigung der Sowjetunion* gegen die Anschläge seitens der kapitalistischen Feinde ist, unabhängig von den Umständen und unmittelbaren Ursachen des Zusammenstoßes, elementare und gebieterische Pflicht jeder ehrlichen Arbeiterorganisation" („Krieg und die Vierte Internationale", Juni 1934).

Die CO-Führung sprach nie über solche klassischen Werke von Trotzki wie *Verteidigung des Marxismus* (geschrieben gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman — Renegaten, die sich von der Verteidigung der UdSSR lossagten), weil sie gegenüber allen Konflikten zwischen den kapitalistischen Feinden und der UdSSR eine Neo-Shachtman-Position hatte. Nachdem die Altamira-Anhänger die islamische „Revolution" des feudalistischen Henkers Chomeini im Iran bejubelt hatten, stellten sie sich gegen die sowjetische Intervention gegen die „heiligen Krieger" in Afghanistan, die für den Sturz des linksnationalistischen Regimes kämpften, weil es das „Verbrechen" beging, Gesetze zur Ausbildung von Frauen und zur Landreform zu verabschieden. Die CIA rüstete die antikommunistischen Fanatiker mit enormen Mengen von Waffen und Geld aus, damit sie auf diesem Schlachtfeld des zweiten Kalten Kriegs sowjetische Soldaten töten. In Brasilien führ-

ten die Ultrareaktionäre von Familie, Tradition und Eigentum Demonstrationen durch mit dem Schlachtruf „Russen raus aus Afghanistan", und die Pseudotrotzkisten hatten die gleiche Position! Die Spartacist-Tendenz folgte den Prinzipien von Trotzkis Vierter Internationale und verteidigte die UdSSR sowie die Frauen und Unterdrückten Afghanistans und erklärte: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!"

Als in Polen sich Solidarnosc als eine klerikal-nationalistische Bewegung für die Restauration des Kapitalismus unter der Patenschaft des Vatikans und Reagans festigte, pries die brasilianische PT das „Beispiel" von Walesa; besonders Lula trachtete danach, sich mit dieser Marionette des Imperialismus zu identifizieren. Die Frage von Solidarnosc war eine Feuerprobe für jede Strömung, die sich trotzkistisch nannte. Die Pseudotrotzkisten brüllten ihr „Solidarität mit Solidarnosc". Während Moreno „Alle Macht für Solidarnosc" forderte, verlangte Altamira „die Machtergreifung von Solidarnosc". Im Gegensatz dazu erklärten die Spartakisten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Wie die Genossen von Luta Metalürgica in ihrem Dokument vom Juli erklärten, war „der Arbeiter" Walesa, dem die Pseudotrotzkisten folgten, „das beste und wichtigste Instrument des Imperialismus und des Vatikans für die Konterrevolution". Wie die IKL warnte, hat der Sieg dieser antikommunistischen Bewegung den Werktätigen Polens schreckliches Leid gebracht.

Die CO-Führung besaß die Unverfrorenheit, die Genossen von Luta Metalurgica dafür anzugreifen, daß sie die Wahrheit zu sagen wagten, die für Millionen klassenbewußte Arbeiter offensichtlich ist: daß die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats von Ostdeutschland durch den Anschluß an den deutschen Imperialismus eine Niederlage für die Arbeiter aller Länder war. Während sich die IKL in den Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für ein rotes Rätedeutschland als Teil eines sozialistischen Europas stürzte, behauptete Altamira, daß „die unechte .Vereinigung' Deutschlands ... früher oder später eine große Massenmobilisierung hervorrufen muß und eine revolutionäre Situation, von der kein Land Europas ausgenommen bleiben wird" *(Prensa Obrera,* 3. Juli 1990). Die deutsche Wiedervereinigung erzeugte alles andere als eine „revolutionäre" Situation, sondern brachte einen Anstieg des rassistischen Terrors, Arbeitslosigkeit für Millionen durch die Schließung von Fabriken und die Zerstörung von Errungenschaften der Werktätigen mit besonders brutalen Folgen für werktätige Frauen.

Als die Spartakisten in New York eine Protestkundgebung gegen den Abzug der sowjetischen Brigade [aus Kuba] durch Gorbatschow und Jelzin 1991 organisierten, der dem Imperialismus grünes Licht für eine mögliche Invasion gab, protestierte die Zeitung von CO (12.-18. Oktober 1991) überhaupt nicht, sondern verkündete, das Ereignis habe keine Bedeutung, weil „die Anwesenheit sowjetischer Truppen nichts mit der Verteidigung der Insel zu tun hat". Jetzt veröffentlicht die CO eine Resolution (17. Juli 1994) ihres Nationalkongresses über Clintons Drohung mit einer Invasion Haitis, in der die unmittelbare Gefahr, vor der die kubanische Revolution steht, *nicht einmal erwähnt* wird.

Der Tiefpunkt wurde erreicht, als Jelzin den fehlgeschlagenen Putsch der „Achterbande" im August 1991 zum Anlaß für eine Kampagne nahm, das, was von den Errungenschaften des Oktober und dem Sowjetstaat noch übrig war, völlig zu zerstören. In der UdSSR verteilte die IKL Tausende Flugblätter mit dem dringenden Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Besiegt die Konterrevolution von Jelzin/ Bush!" Während die Moreno-Anhänger die „neue russische Revolution" bejubelten, bestand die absurde Linie von Altamira darin, daß der US-Imperialismus seine Unterstützung nicht seinem Vertrauten Jelzin gegeben habe, sondern der „Achterbande" — mit anderen Worten, daß die Hauptsache für die sowjetischen Arbeiter damals der Kampf gegen diese stalinistischen Ehemaligen gewesen sei und *nicht* gegen Jelzin, Bushs Mann und die Speerspitze der offenen kapitalistischen Konterrevolution. CO wiederholte die erfundene Propaganda, eine „Massenmobilisierung" hätte den vermurksten Putsch der Achterbande niedergeschlagen.



GAMMA

Allendes Volksfront In Chile ebnete Plnochets blutigem Putsch 1973 den Weg

Es ist offensichtlich, warum Altamira und die CO nicht wollen, daß ihre Mitglieder von Trotzkis Linie zur russischen Frage erfahren! Es ist kein Zufall, daß eine Strömung, die vor der Klassenzusammenarbeit mit ihrer „eigenen" Bourgeoisie kapituliert, auch vor der imperialistischen Kampagne gegen die Errungenschaften der Oktoberrevolution kapituliert, einer Kampagne, die in der Zerstörung der Sowjetunion gipfelte.

III.

Die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki verkündete: „Das Negerproblem ist zur lebenswichtigen Frage der Weltrevolution geworden". Brasilien hat nach Nigeria die größte schwarze Bevölkerung in der Welt, und als Teil der brasilianischen Arbeiterklasse haben die schwarzen und mulattischen Arbeiter eine enorme soziale Macht. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen in Brasilien ist eine *strategische* Frage der proletarischen Revolution. Wie Cannon in seinem Aufsatz über die Russische Revolution und die Schwarzen in den USA (1961) feststellte, waren es Lenin und die Bolschewiki, die darauf bestanden, daß die Unterdrückung der Schwarzen eine besondere Frage ist, die die besondere Aufmerksamkeit und Arbeit der revolutionären Partei erfordert.

Fortgesetzt auf Seite 16

Brüderliche Beziehungen...

Fortsetzung von Seite 15

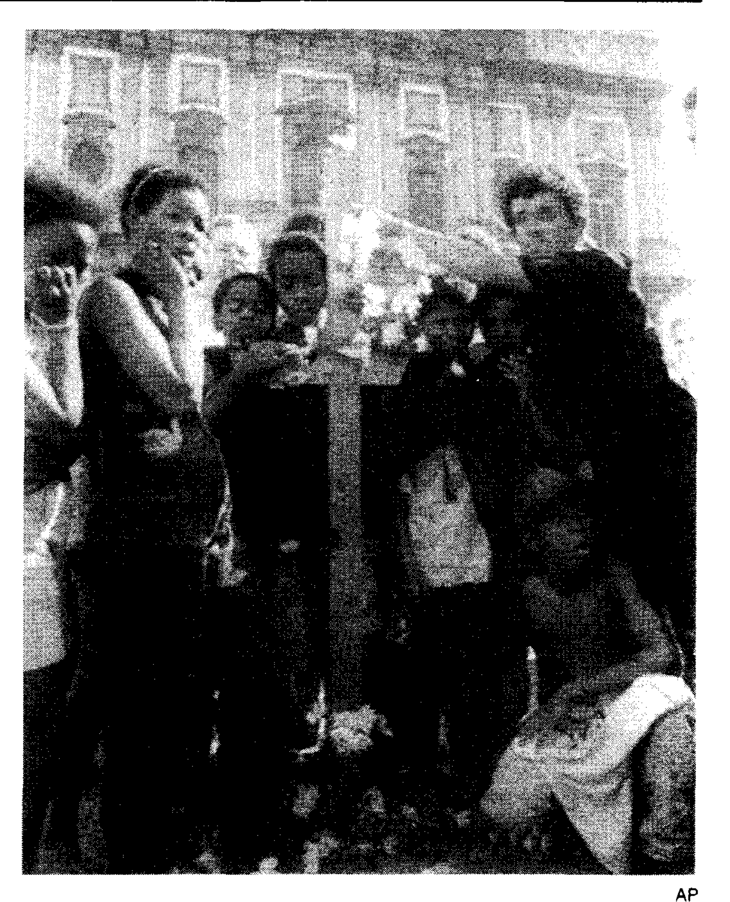
Wie Lenin in *Was tun* schrieb, muß die Avantgardepartei der „Volkstribun" sein, der dafür kämpft, die Macht der Arbeiterklasse gegen jede Art von Unterdrückung zu mobilisieren. Die Dringlichkeit dieses Kampfes sieht man in Brasilien, wo Todesschwadronen dauernd schwarze „Straßenkinder" töten. In den Stahlwerken sind schwarze Arbeiter dazu verdammt, an Leukopenie zu sterben. [Blutkrankheit, verursacht durch Dämpfe aus den Hochöfen, die hauptsächlich von schwarzen Arbeitern bedient werden. Als Luta Metalurgica dies anprangerte, sagten die Firmen, diese Krankheit sei bei Schwarzen „genetisch" bedingt. — Anmerkung des Übersetzers] Aber die Haltung der Pseudolinken in Brasilien, die der sozialdemokratischen PT und der Bürokratie des CUT [PT-freundlicher Gewerkschaftsbund] folgen, ist die bornierte „gewerkschaftliche" und ökonomistische Position, gegen die Lenins Bolschewiki kämpften.

Dies kann man auf höchst skandalöse Weise im Fall von Causa Operâria sehen, die, wie die Genossen von Luta Metalurgica festgestellt haben, vor der Unterdrückung der Schwarzen bewußt *die Augen verschließt.* CO hat diese Frage noch nicht einmal in den 6600 Zeilen ihrer Sammlung grundlegender Dokumente von 1979 bis 1988 *(Bases Programâticas)* aufgegriffen. Diese Sammlung wurde gerade veröffentlicht, als zum hundertsten Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei Zehntausende Schwarze durch die Straßen marschierten, Parolen gegen den brutalen Rassismus des heutigen Brasilien riefen und versuchten, die Statue des rassistischen Massenmörders Caxias niederzureißen! [Gründer der brasilianischen Armee, der den Krieg von 1864—70 gegen Paraguay gewann (und dabei das Land entvölkerte) und der Rebellionen von Schwarzen und Bauern blutig niederschlug. — Anmerkung des Übersetzers]

Als wichtigen Beitrag, diese strategische Frage anzugehen, schrieb Luta Metalurgica im August 1993 ein Dokument für eine Versammlung über „Die Rolle der CUT im Kampf gegen Rassismus". In diesem Dokument, das eine Übergangsperiode in der Entwicklung der Gruppe widerspiegelte und durch einige unwichtige Schwächen gekennzeichnet war (wie die Losung für schwarze Fraktionen in den Gewerkschaften), riefen die Genossen zu Arbeiter- und Bauernmilizen zur Selbstverteidigung im Kampf gegen rassistischen Terror auf, prangerten die Zwangssterilisierung schwarzer Frauen an und kritisierten das Schweigen der Pseudolinken zur Unterdrückung der Schwarzen, das Hand in Hand ging mit der Tatsache, daß die große Mehrheit der „Linken" einem Hunger-Mindestlohn (weniger als 100 Dollar pro Monat) zustimmte, der Millionen Schwarze zu Superausbeutung verurteil. In der letzten Zeit, durch eine bedeutende internationalistische Anstrengung, übersetzten die Genossen das Dokument „Black and Red — Class Struggle Road to Negro Freedom" (1967), in dem die Spartacist League/U.S, das Programm des revolutionären Integrationismus ausarbeitete.

Für die leninistische Partei ist es unverzichtbar, daß sie als Tribun der Unterdrückten das Banner des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frauen erhebt, die in der Institution der bürgerlichen Familie ihre Wurzeln hat — eine Frage von äußerster Wichtigkeit in Brasilien —, als Teil des Programms der permanenten Revolution. Die Verteidigung der Rechte von Indianern und Homosexuellen ist ein wichtiges Element im Kampf gegen die bürgerlichen Vorurteile, die das Bewußtsein der Werktätigen vergiften, und gegen die nationalistische Pseudolinke, die die sozialen Werte „ihrer eigenen" Bourgeoisie wiedergibt.

Was Trotzki 1939 über die Schwarzen in den USA



AP

Brasilianische Straßenkinder, zu Hunderten von der Polizei ermordet

schrieb, gilt heute genauso:

> „Wir müssen den bewußten Elementen der Neger sagen, daß sie durch die historische Entwicklung dazu berufen sind, zu einer Avantgarde der Arbeiterklasse zu werden... Sollten wir ... nicht in der Lage sein, zu dieser Schicht den Weg zu finden, dann taugen wir überhaupt nichts. Die permanente Revolution und alles übrige wäre nur eine Lüge." (Leo Trotzki, „Plans for thé Negro Organization", April 1939)

Die Frage der Schwarzen in Brasilien ist wie in den USA keine nationale Frage, und die Phantasien des schwarzen Nationalismus über „Selbstbestimmung" sind ein Hindernis für den Kampf gegen Unterdrückung. Der einzige Weg zur Befreiung der Schwarzen ist der Weg der sozialistischen Revolution, die vom Proletariat unter der Führung einer multirassischen leninistischen Partei durchgeführt wird. Dies bedeutet, es ist unerläßlich, schwarze Kader der internationalistischen trotzkistischen Partei zu schmieden. Inspiriert durch den Heroismus von solchen Kämpfern wie Zumbi, Joâo Candido, Toussaint L'Ouverture, Frederick Douglass, John Brown und Sojourner Truth, ist der Beginn eines gemeinsamen Studiums der Frage der Schwarzen ein wichtiges Element dieser brüderlichen Beziehungen.

IV.

Die Genossen von Luta Metalurgica zitierten am Ende ihres Dokuments vom April gegen die Volksfront, was Trotzki in den 30er Jahren über Spanien schrieb: „Für eine erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben sind drei Bedingungen Voraussetzung: eine Partei, noch einmal eine Partei, und zum dritten: eine Partei!" In ihrem Aufruf zu „einer revolutionären Umgruppierung, die die Form des Aufbaus einer *trotzkistischen* Partei mit einer festen marxistischen programmatischen Basis annimmt", betonten sie: „Der Schlüssel zu einer gut begründeten revolutionären Umgruppierung ist daher ein tiefgehender Kampf für Inter-

nationalismus und das Übergangsprogramm."

Unbedingt erforderlich für diese Bemühung ist der Kampf, für einen leninistischen Kern *Kader zu schmieden.* Die Partei wird, in Lenins Worten, „von oben nach unten" aufgebaut, auf der Basis des *Programms* der Vierten Internationale. In seinen Anfängen muß ein solcher Kern — im Gegensatz zu den hohlen „Massen"-Ansprüchen der Pseudolinken — eine *kämpfende Propagandagruppe* sein. In Brasilien ist es eine Priorität, eine trotzkistische Zeitschrift herauszugeben, die mit der wirklichen Größe und Arbeit der Gruppe im Einklang steht, um Propaganda für das revolutionäre Programm durchzuführen. Mit der Autorität, die sie in jahrelangen erbitterten Arbeiterkämpfen gewonnen haben, stehen die Genossen von Luta Metalurgica vor der Notwendigkeit, gegen diejenigen zu polemisieren, die den Namen des Trotzkismus in den Dreck ziehen — in erster Linie die Zentristen von Causa Operâria —, die Gelegenheit zu Umgruppierungen durch Spaltungen und Fusionen zu suchen und Jugendliche zu rekrutieren, so daß eine neue Generation von Revolutionären den Kampf gegen die kapitalistische Barbarei aufnehmen kann. Die Bemühungen, eine Propagandagruppe aufzubauen, werden sicherlich schwierige Entscheidungen über Prioritäten mit sich bringen, die durch kollektive Diskussionen getroffen werden müssen.

Die verrotteten Werte von halbsozialdemokratischen Gruppen wie der PSTU und der CO zeigen sich nicht nur bei solchen Fragen wie ihrer Unterstützung für „Streiks" der Polizei (den Profis der arbeiterfeindlichen und rassistischen Unterdrückung) und ihren Forderungen nach einer mehr „volksnahen" Polizei. Sie zeigen sich auch in der offenen Verachtung der CO-Führer gegenüber den revolutionären Arbeitern von Luta Metalürgica, die sie als „unwissend" und rückständig diffamieren. Wir erklären gemeinsam einen erbarmungslosen Kampf zur politischen Demaskierung dieser Kleinbürger, die der Volksfront hinterherkriechen und bei keiner Gelegenheit gegen die Unterdrückung von Schwarzen und Frauen den Mund aufmachen.

Für uns ist Internationalismus kein nettes Gefühl für Sonntagsreden und Sonntagsresolutionen. Er bedeutet Kampf für den Aufbau einer Weltpartei, die auf revolutionärem demokratischem Zentralismus beruht, ganz im Gegensatz zu den nationalen Verbänden zahlloser nationalistischer Opportunisten. Die Geschichte des Kampfes von Luta Metalürgica gegen die Volksfront und für die Suche nach einem proletarischen Programm gegen die Unterdrückung der Schwarzen hat eine weitgehende Parallelität mit dem Kampf der Spartacist-Tendenz seit ihrer Gründung und bietet eine solide Grundlage dafür, gemeinsam voranzugehen. Wir betonen die Notwendigkeit, gemeinsame Arbeit durchzuführen, in vollem Bewußtsein über die Schwierigkeiten, die sich durch die geographische Entfernung und andere Hindernisse ergeben; diese Schwierigkeiten zu überwinden erfordert bewußte, beiderseitige Anstrengungen. Wir halten als eine dringende Aufgabe fest, daß Genossen der IKL Portugiesisch lernen und Genossen von Luta Metalürgica Spanisch und Englisch.

Unsere Perspektive besteht darin, daß diese brüderlichen Beziehungen ein Schritt zur Fusion unserer Organisationen sind, um unsere Bemühungen im Kampf für den Kommunismus auf dem ganzen Planeten zusammenzufassen. Die Verwirklichung einer solchen Fusion würde eine wichtige Ausweitung der IKL- darstellen. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf der Basis des Kommunismus von Lenin und Trotzki sowie der Regeln, wie sie im „Übergangsprogramm" dargelegt sind:

> „Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie in großen Dingen rigoros genau sein; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde des Handelns gekommen ist — das sind die Regeln der Vierten Internationale."

20. September 1994

— Angenommen von Luta Metalürgica,
22. September 1994

— Angenommen vom Internationalen Sekretariat,
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten),
26. September 1994

Spartakist-Jugend und SpAD laden ein zur nationalen Schulung

Keine Macht für Niemand?

Anarchismus oder Kommunismus

Sonnabend, 26. November
15.00 Uhr

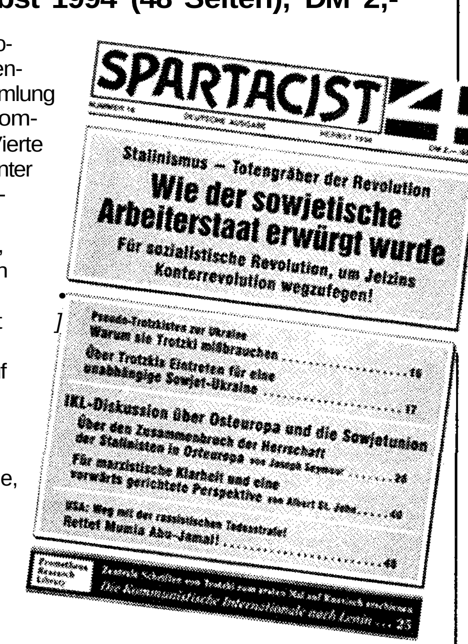
Ort zu erfragen über die Kontaktadressen oder telefonisch über: (030)4439400

Spartacist (deutsche Ausgabe)

Nr. 16, Herbst 1994 (48 Seiten), DM 2,-

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Bestellt bei: SpAD, c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main,
BLZ 50010060


SPARTACIST
Stalinismus — Totengräber der Revolution
Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde
Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!
Pseudo-Trotzkisten zur Ukraine
Warum sie Trotzki mißbrauchen
Über Trotzkis Eintreten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine
IKL-Diskussion über Osteuropa und die Sowjetunion
Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa von Joseph Seymour
Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive von Albert St. John
USA: Weg mit der rassistischen Todesstrafe!
Rettet Mumia Abu-Jamal!

Kohls Feldzug...

Fortsetzung von Seite 1

nach dem Zweiten Weltkrieg ein gewisses Maß an sozialem Frieden erkauft hatten. Genauso haben sich mit dem Wegfall des antisowjetischen Konsens die interimperialistischen Rivalitäten unter den NATO-Verbündeten und gegenüber Japan verschärft.

Nach der Verwüstung der ehemaligen DDR ist die deutsche Bourgeoisie entschlossen, ihre D-Mark-Dominanz in der EU zur „Integration" des ganzen Kontinents einzusetzen. Und wie beim Anschluß sollen die Arbeiter in Deutschland und ganz Europa die Rechnung zahlen. Um dies durchzuführen, ist die geschwächte Kohl-Bande sogar noch stärker von der Unterstützung durch die SPD abhängig, sowohl im Bundestag als auch über die SPD-Führung der Gewerkschaften. Deshalb haben große bürgerliche Zeitungen und führende SPD-Politiker wie die Ministerpräsidenten Stolpe



J.H. Darchinger

PDSlerin Kerstin Kaiser, der SPD-Stasihetze geopfert

und Schröder eine direkte Regierungsbeteiligung der SPD in einer großen Koalition vorgeschlagen. Aber die verheerenden Ergebnisse der jahrzehntelangen großen Koalition in Österreich, die den Haider-Nazis über 22 Prozent einbrachten, ist den deutschen „Volksparteien" nicht entgangen.

Die allgemeine Empörung der Werktätigen über die Offensive der Bosse könnte sich in harten Klassenkampf verwandeln. Bei dem gegenwärtigen bescheidenen Wirtschaftsaufschwung wissen die Arbeiter im ganzen Land, daß die Bosse Gewinne scheffeln, und fragen sich, wann sie ihren Teil abbekommen nach Jahren spürbarer Einschränkungen; Balladur in Frankreich und Berlusconi in Italien kriegten eine viel größere Mehrheit als Kohl. Aber sie waren schnell mit massivem Klassenkampf konfrontiert, als sie versuchten, die von der Bundesbank diktierten Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen (siehe „Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen", Seite 24).

In allen Ländern wird die kapitalistische Kahlschlagpolitik von giftigem Nationalismus und rassistischem Terror begleitet, womit die Arbeiterklasse gespalten und eingeschüchtert werden soll. Als die VW-Bosse mit der Verlagerung der Produktion von der Brüsseler Fabrik drohten, wenn Arbeitshetze und Entlassungen nicht akzeptiert würden, antworteten die Arbeiter mit effektiven Streikposten und einem vierwöchigen Streik. Aber die deutschen IG-Metall-Bürokraten fielen den belgischen Autoarbeitern in den Rücken, indem sie die Verlagerung der Produktion hierher zuließen.

So planen IG-Metall-Chef Zwickel und Schröder, der im VW-Aufsichtsrat sitzt, zusammen mit Kohl und der Deutschen Bank die „Integration" Europas. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, brauchen die Arbeiter statt dessen eine *gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit,* mit der die Löhne zumindest der Inflationsrate angeglichen werden und die Arbeitszeit gekürzt und damit die vorhandene Arbeit bei vollem Lohnausgleich auf alle Hände aufgeteilt wird. Um dies durchzusetzen, brauchen wir massiven Klassenkampf, der von Fabrikbesetzungen und Arbeiterverteidigungsgruppen bis zur Bildung von Arbeiterräten führt - nicht zu den Betriebsräten der Klassenzusammenarbeit, sondern zu Organen des Kampfes und der Macht. Dies würde die Basis für eine Arbeiterregierung legen, die durch die Enteignung der Bourgeoisie eine demokratisch geplante Wirtschaft errichtet, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Bourgeoisie versucht verstärkt, die Arbeiter in Ost und West gegeneinander auszuspielen. Dies zeigte sich erst kürzlich wieder bei Zeiss, wo der SPD-Wirtschaftsminister Spöri in Baden-Württemberg gegen die Ost-Zeissianer hetzte. *Neues Deutschland* pries die Betriebsräte als Helden des Widerstands — die in Jena seit 1990 schon zehntausenden Entlassungen zugestimmt haben — und spricht von einem neuen Bischofferode. Damals ging es darum, den Kampf der Kali-Kumpel nach Westen auszuweiten; statt dessen unterstützte die PDS die Strategie des impotenten Hungerstreiks und verwandelte den Kampf der Kumpel in eine Ost-„Volksbewegung". Damit half sie den DGB-Bonzen, den notwendigen gemeinsamen Klassenkampf von Ost und West zu sabotieren. Jetzt, wo es mit den Streikaktionen der Zeissianer im Westen und im Osten günstige Bedingungen für gemeinsamen Klassenkampf gibt, bietet die PDS erneut eine „Ostkammer" im Bundestag als Meckerecke an, um die Arbeiter vom Kampf gegen die Bosse ins nationalistische Fahrwasser abzulenken.

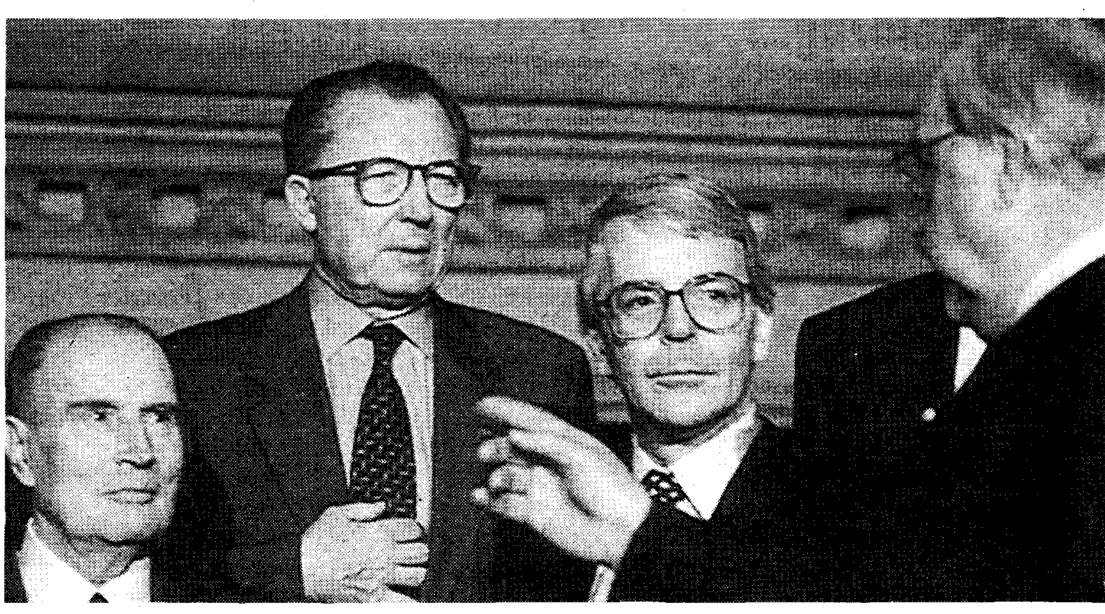
Die große Koalition der Rassisten in Bonn hat das Recht auf Asyl zerstört, Abschiebungen beschleunigt und die politischen und kulturellen Aktivitäten der 600000 Kurden in Deutschland verboten. In Schröders Hannover wurde der junge Kurde Halim Dener von den Bullen in den Rücken geschossen, als er das „Verbrechen" beging, PKK-Plakate zu kleben. Ende August wurde am Frankfurter Flughafen der Nigerianer Kola Bankole vom BGS zu Tode erstickt. Die Brutalität der rassistischen Polizei ist so weit „außer Kontrolle" geraten, daß der Hamburger SPD-Innensenator zum Rücktritt gezwungen war.

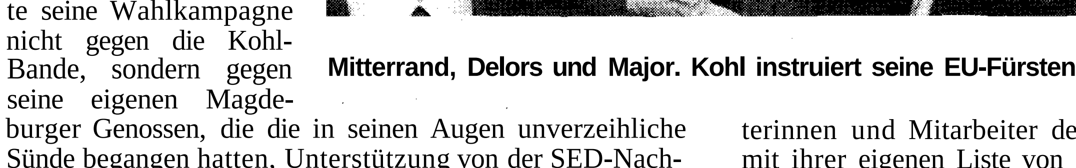
Weil die Bonner Parteien den Nazis den Wind aus den Segeln genommen haben, schnitten diese bei den Wahlen schlechter ab. Aber die Hauptaktivität der Nazis ist nicht im Parlament, sondern auf der Straße. Dort hat in der Periode vor den Wahlen der alltägliche faschistische Nazi/Skinhead-Terror, der durch die kapitalistische Wiedervereinigung entfacht wurde, drastisch zugenommen. Zum ersten Mal nach dem Dritten Reich wurde eine Synagoge in Lübeck abgebrannt, Nazi-Skinheads schändeten die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald, wüteten durch die Magdeburger Innenstadt und verbreiten in den Berliner S-Bahnen ihren Terror. Sie greifen Bonns Abbau der Sozialleistungen auf und überfallen Schwule, Obdachlose, Behinderte, Alte — alle, die schwach und angreifbar aussehen.

Aber die eingewanderten Arbeiter sind ein strategischer und militanter Bestandteil der Arbeiterbewegung. Kein Vertrauen in die rassistischen Bullen, für Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, um den faschistischen Terror zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten! Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre internationalistische Partei, die gegen jede Art von be-

sonderer Unterdrückung und Klassenkollaboration kämpft und für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigene politische Macht.

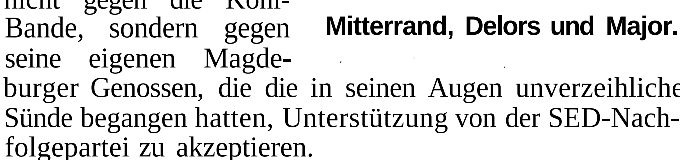
Die PDS hatte bereits bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt viele Proteststimmen erhalten und dadurch die SPD und die Grünen dazu genötigt, mittels einer „Tolerierung" durch die PDS zu regieren — eine wirklich sklavische Form bedingungsloser Unterstützung. Scharping führte seine Wahlkampagne nicht gegen die Kohl-Bande, sondern gegen seine eigenen Magdeburger Genossen, die die in seinen Augen unverzeihliche Sünde begangen hatten, Unterstützung von der SED-Nachfolgepartei zu akzeptieren.





Der Spiegel

Mitterrand, Delors und Major. Kohl instruiert seine EU-Fürsten



CDU/SPD-Hexenjagd geht nach hinten los, PDS macht trotzdem mit

Doch es wird klar, daß die Hexenjagd nicht mehr so populär ist, die SPD selbst ist über ihre Orientierung zur PDS polarisiert. Denn auch vier Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution ist sie zwischen Ost und West gespalten. Trotz Scharpings Drohung mit einem „Riesenkrach" flirtete der SPD-Landesvorsitzende Ringstorff von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin mit einer „Magdeburger Lösung", obwohl am Ende wahrscheinlich eine große Koalition mit der CDU herauskommt. Ebenfalls plädiert der SPD-Ostpolitiker Egon Bahr, der aktiv bei der Unterminierung der DDR mithalf, für eine Umarmungsstrategie.

Die SPD hat der PDS in Schwerin als Voraussetzung für eine „Zusammenarbeit" einen „Vier-Punkte-Katalog" zur „Vergangenheitsbewältigung" vorgelegt, der eine Loyalitätserklärung der PDS zum Grundgesetz und eine Entschuldigung für die „Zwangsvereinigung" von KPD und SPD zur SED verlangte. Daraufhin revanchierten sich „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PDS/LL-Bundestagsgruppe" mit ihrer eigenen Liste von Verbrechen, für die die SPD sich entschuldigen sollte. Diese Liste enthält bestimmt die Hauptverbrechen der SPD, von der „Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914", „Beihilfe... zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg" bis zu den „Berufsverboten" gegen Linke und der „faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl". Aber dies hält die PDS nicht davon ab, der SPD bedingungslose Unterstützung in den Parlamenten anzubieten und sogar eine Wiederbelebung des Runden Tisches zu fordern, um die CDU von Bernd Seite zu beteiligen! Mit den „Runden Tischen" haben die jetzigen PDS-Abgeordneten Christa Luft und Hans Modrow vor fünf Jahren den Ausverkauf der DDR organisiert. Und jetzt? Runde Tische für den Abbau des „Sozialstaats"?

So ist es nicht verwunderlich, daß Gysi es spannend findet, „ob sich die PDS in das Herrschaftssystem einordne oder nicht" (*PDS-Pressedienst*, 28. Oktober). Bisky/Gysi & Co. demonstrieren weiterhin ihre Loyalität zur bürgerlichen Ordnung durch die Fortsetzung der Hexenjagd in ihren eigenen Reihen. So war es der erste Akt von Gysis „bunter Truppe" nach dem PDS-Wahlerfolg, auf Geheiß

Fortgesetzt auf Seite 20

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Berlin

Linkstreff, Weddingstraße 6
U-Bahn Nauener Platz
jeweils Samstags, 17 Uhr

19. November
Sozialismus und Staat

3. Dezember
Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki

Außerdem werden zwischen den Schulungssamstagen Filme und Videos gezeigt, z.B. „Reds", „Rosa Luxemburg", „Germinal", „Die Wahrheit liegt in Rostock".

Halle

Galeriecafe Steg
Stegpassage 2
jeweils Donnerstags, 19 Uhr

1. Dezember
Die Lehren der Russischen Revolution: Der Kampf für Arbeiterräte und die Auseinandersetzung mit den Anarchisten

12.Januar
Sozialismus und Staat

26. Januar
Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki

Hamburg

Haus für Alle, Amandastraße 58
S/U-Bahn Sternschanze
jeweils Sonnabends, 15 Uhr

19. November
Die Lehren der Russischen Revolution: Der Kampf für Arbeiterräte und die Auseinandersetzung mit den Anarchisten

3. Dezember
Sozialismus und Staat

10. Dezember
Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki

Literaturangaben und weitere Informationen sind über die Kontaktadressen erhältlich

Kohls Feldzug...

Fortsetzung von Seite 19

von Stefan Heym die gewählte Delegierte Kerstin Kaiser-Nicht als Stasi-Mitarbeiterin zu entfernen, gegen die Heyms Gegenkandidat, der SPD-Pfaffe Thierse „miese kleine Denunziantin" giftete. Nicht nur ihr Wahlkreis in Brandenburg war in Aufruhr, auch der Hauseingang der Berliner PDS-Zentrale war mit Plakaten wie „Die Hexenjagd geht weiter, und Ihr helft dabei" und „Künftig Weiße Riesen wählen — die waschen weißer als weiß" vollgeklebt.

Die PDS-Führung ermutigt nur die antikommunistischen Hexenjäger, vor allem Gysis ehemalige Klienten aus der DDR-Opposition, ihn wieder einmal direkt ins Visier zu nehmen. Die Spartakisten dagegen haben *alle* Opfer der antikommunistischen Hexenjagd verteidigt und werden dies weiterhin tun.

Besonders betroffen von der Säuberung von Kerstin Kaiser-Nicht ist die Kommunistische Plattform, die loyale Opposition der PDS, die ihr Glaubwürdigkeit als einer linken Kraft verleihen will. Die Vorstellung der KomPlatt vom „Kommunismus" ist ungefähr zwischen Karl Kautsky und Nikolai Bucharin angesiedelt. Praktisch sind sie jedesmal in die Knie gegangen, wenn Gysi und die Bourgeoisie dies verlangten. So haben sie vor kurzem gemeinsam mit den Parteivätern die vom Wege abgekommene Hamburger PDS-Ortsgruppe angeprangert, die auf einem Wahlplakat die Freilassung aller RAF-Gefangenen forderte *(Mitteilungen,* Oktober). Bisky/Gysi bereiten für ihren Parteitag im Januar Unvereinbarkeitsbeschlüsse unter „antistalihistischem" Vorzeichen vor, die sich gegen jegliche linke Opposition richten werden.

Die PDS will sich in den Westen ausweiten, indem sie eine bunt gemischte Ansammlung von Leuten anzieht, darunter der „überzeugte Deutschnationale" Graf von Einsiedel und Aussteiger aus der Neuen Linken wie der langjährige Mandel-Anhänger Winnie Wolf. Gleichzeitig macht sich der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow (berühmt für sein „Deutschland, einig Vaterland") Sorgen, daß die Partei ihr „Profil" verliert. Lenin bezeichnete die Sozialdemokratie als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus; jetzt meldet sich die PDS als Arzthelfer. An diesen Retter des Kapitalismus klammerten sich die meisten linken Gruppen, von der DKP und der VSP, die sich in Gysis „bunte Truppe" einreihten, bis zu Voran/JRE und sogar Avanti, die die PDS als kleineres Übel priesen. Auch die MLPD, die mit den gleichen reformistischen Losungen wie die PDS eigenständig kandidierte, ging auf Stimmenfang für die PDS.

Aber wie die *Süddeutsche Zeitung* (10. Oktober) berichtete, war Gysi „unglaublich überrascht", als er im Westen mit seinen alten trotzkistischen Gegnern aus dem Osten konfrontiert war ... den Spartakisten. Und am 30. Oktober wiederholte er in der Radiosendung von Hessen 3: „Ach, Sie müssen mal erleben, wie ich auf Veranstaltungen von Sektierern angegriffen werde, gerade in den alten Bundesländern. Von rechts von der Jungen Union, von links von den Spartakisten." Aber so überraschend ist das nicht. Wir waren die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, die nach dem Fall der Mauer 1989 in Ost und West mit der Perspektive eines roten Rätedeutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa intervenierte. Damals waren Gysi & Co. damit beschäftigt, die Anwälte der Konterrevolution zu sein. Und nach vier Jahren kapitalistischer Zerstörung zeigt es sich nur allzu deutlich, daß der einzige Weg vorwärts für die Menschheit die proletarische Revolution ist — um dieses habgierige, rassistische, unmenschliche System zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die auf wirklicher Gleichheit und Gerechtigkeit beruht.«

Italien...

Fortsetzung von Seite 24

jahrzehntelangen harten Kampf erobert worden sind.

Demokratische Rechte sind durch diese Rechts-Koalition des sogenannten „Freiheitspols" in Gefahr, die zwar den Anspruch erhebt, „liberal" zu sein, aber die Macht des Parlaments und der Justiz drastisch einschränken und damit eine mächtige „Präsidialrepublik" errichten will. Doch die Koalition des „Pols der Progressisten", die bei den Wahlen geschlagen wurde, stellt keine wirkliche Opposition zu diesen reaktionären Absichten dar. Tatsächlich hat sich dieser linke (und nicht so linke) Block selbst als alternatives Werkzeug angeboten, das das Programm der Bourgeoisie für einen „starken Staat" durchführt.

Bei den Wahlen vom 27./2S. März lehnte es die Lega Trotskista (LTd'I) ab, zur Wahl des „progressistischen Pols" aufzurufen. Dieser war eine *typische* Volksfront, eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiterklasse an direkte Vertreter der Bourgeoisie gekettet hat, von Anti-Mafia-Liberalen bis zu prominenten Kapitalisten wie dem ehemaligen Vizepräsidenten des Industriellenverbands Confindustria und dem Bruder des Eigentümers von Olivetti. Obwohl diese Front von den Reformisten der Partei der Demokratischen Linken (PDS) und der Rifondazione Comunista (RC) geführt wird, ist sie eine *bürgerliche* politische Formation. Sie trat nicht für die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter ein, sondern für die Profite der Bosse — um die Regierung des ehemaligen Bankitalia-Chefs Ciampi fortzusetzen, was den Verlust von *eineinhalb Millionen Arbeitsplätzen* seit Mitte 1992 und ein starkes Absinken der Reallöhne im letzten Jahr bedeutet hat.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die Kampagne für einen „starken Staat" in Italien ein direktes Ergebnis des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und in der Sowjetunion ist. In ganz Westeuropa halten es die kapitalistischen Herrscher nicht mehr länger für nötig, den Arbeitern ein paar Krumen hinzuwerfen, um die „kommunistische Gefahr" abzuwenden. Dies und die Wirtschaftskrise der letzten paar Jahre sind die Schlüsselfaktoren, die zu einem Generalangriff auf den „Sozialstaat" in seiner jeweiligen nationalen Version geführt haben: „l'état providence" in Frankreich und „lo stato sociale" in Italien. Was Thatcher und Reagan in den 80er Jahren unternommen haben, versuchen die Bourgeoisien auf dem europäischen Kontinent mit aller Macht in den 90er Jahren zu erreichen: die Profite dadurch zu steigern, daß sie die Ausbeutungsrate in die Höhe treiben und die „überhöhten" Sozialausgaben niedrig halten. Aber ihr Erfolg ist keineswegs garantiert.

Jetzt hat eine Schlacht begonnen über die Regierungspläne, die Renten drastisch zu kürzen. Finanzminister Dini will beim Gesundheits- und Sozialversicherungssystem 50000 Milliarden Lira (50 Milliarden D-Mark) streichen. Dies ist eine Machtprobe für die gesamte Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsführer von CGIL, CISL und UIL reden zwar von einem „heißen Herbst" des sozialen Kampfes, aber sie warten höflich auf eine Audienz bei „Keine-Verhandlungen"-Dini. Doch wütende Metallarbeiter in der Fiat-Bastion Turin, haben erklärt, daß sie nicht auf eine Erlaubnis warten und daß sie am 8. September einen „Präventiv"-Streik gegen die Kürzungsoffensive von Berlusconi & Co. durchführen werden.

Dies ist eine gute Gelegenheit, um der rechten Regierung in Rom die gleiche Abreibung zu geben wie die Air-France-Arbeiter der rechten Regierung in Paris. Eine Offensive von scharfem Klassenkampf könnte das Kräfteverhältnis dramatisch verändern. Doch der augenblickliche PDS-Führer D'Alema ruft dazu auf, die Volksfront zu

Mirella Motzo

24. September 1964 - 3. September 1994



In der Nacht zum 3. September ist unsere geliebte junge Genossin Mirella gestorben. Seit etwa drei Jahren rang sie mit einer Krankheit, die kräftezehrende Behandlungen erforderte und sie letztendlich dazu brachte, ihrem Leben ein Ende zu setzen.

Mirella, die am 24. September 30 Jahre alt geworden wäre, schloß sich im Dezember 1985 unserer italienischen Sektion, der Lega Trotskista d'Italia an. Aufgewachsen im Land der katholischen Kirche, der Mafia und der größten faschistischen Partei Europas, wo die ganze Rückständigkeit der Gesellschaft in der Lage der Frauen zum Ausdruck kommt, schrieb sie in ihrer Eintrittserklärung: „Es war die Frage der Unterdrückung der Frauen, die mich am Anfang am meisten angezogen hat." Unsere Zeitschrift *Women and Revolution* spielte die Schlüsselrolle bei ihrer Entscheidung, Kommunistin zu werden. Sie blieb zwei Jahre Mitglied der LTd'I und war danach eine aktive Sympathisantin unserer Organisation. 1992 trat sie wieder ein, fühlte sich aber aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten.

Mirella war zutiefst internationalistisch. Ende 1988 zog sie in die USA, wo sie eng mit der Spartacist League/U.S, arbeitete und besonders am Kampf gegen rassistische Unterdrückung teilnehmen wollte. Als sich 1989/90 die aufkeimende proletarische politische Revolution in der DDR abzeichnete, fuhr sie nach Deutschland, um die Arbeit der IKL zu unterstützen. Sie kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und schloß sich der Initiative unserer Internationale an, die Partei von Lenin, Luxemburg und Liebknecht wiederaufzubauen.

Sie haßte Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Als sie nach Mailand zurückkam, wo die Jagd auf Immigranten und unheilvolle Moralkampagnen gegen Frauen anwachsen, zeigte sie nach dem Sieg der Lega Nord immer wieder ihre Solidarität mit den Opfern und ihre Abscheu für die Illusionen, die Anhänger von Rifondazione Comunista in sogenannte „Progressisti" wie Nando Dalla Chiesa oder den Abtreibungsgegner Orlando hatten.

Die Genossen der LTd'I trafen sich am 24. September zu einer Gedenkversammlung für Mirella, an der auch ihre Freunde teilnahmen. Briefe aus Deutschland und den USA wurden verlesen, die den Trauernden übermittelten, wie sehr Mirella auch international geschätzt und geliebt wurde. Eine Genossin der LTd'I schrieb: „Die Reden waren sehr schön und brachten Mirellas Persönlichkeit sowohl in politischer wie in menschlicher Hinsicht zum Ausdruck, sie knüpften an die Erinnerung an Martha und an Elke an, die eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen gespielt haben, die sie in ihrem Leben gemacht hat. Dies hat allen gutgetan."

Wir werden uns immer an Mirellas lebhaftes Wesen und ihre Begeisterung erinnern, mit der sie alle anstekken konnte, die in ihrer Nähe waren. Mit ihrer Begabung, ihrer Sensibilität und ihrem Stolz erntete sie sehr viel Anerkennung unter Genossen und Freunden. Sie hat sich immer als Kommunistin verstanden. Auch für sie werden wir für eine sozialistische Zukunft der Menschheit weiter kämpfen. Aber in diesem Kampf werden wir sie vermissen.

---

einem Mitte-Links-„Pol der Demokraten" zu „verbreitern". In Italien, wie in Frankreich und überall in Europa und der Welt, ist die Schlüsselfrage die Führung, die Notwendigkeit für eine revolutionäre Avantgarde, eine leninistisch-trotzkistische Partei, die die Ketten der Klassenzusammenarbeit zerbrechen und einen siegreichen Kampf für die Macht der Arbeiterklasse führen kann. Um eine solche Partei aufzubauen, ist es notwendig zu verstehen, welche Kräfte sich gegenüberstehen und worum die Schlacht geht.

„Schweiß und Tränen"

In den letzten paar Jahren haben entscheidende Teile der italienischen Bourgeoisie eine Kampagne für ein autoritäres halbbonapartistisches Regime geführt. Ihr Ziel: die Arbeiterklasse dadurch zu „disziplinieren", daß sie die Macht der Gewerkschaften brechen und Italiens politisches Establishment „ausmisten", das nach dem Zweiten Weltkrieg durch die CIA installiert wurde und durch jahrzehntelange Korruption verrottet ist. Weil dies für die Kapitalistenklasse selber einige reale Umstellungen mit sich bringt, müssen sie das im Rahmen der bürgerlichen Demokratie normale Geben und Nehmen konkurrierender Fraktionen ersetzen. Ein Möchtegern-Bonaparte, der sich als Retter der Nation ausgibt, ist schon vorhanden: Bürger Berlusconi, der Medienmagnat, dessen Holdinggesellschaft Fininvest eines der größten kapitalistischen Unternehmen im Lande ist. Aber er wird gezügelt durch seine beiden Verbündeten, die faschistische Italienische Soziale Bewegung/Nationale Allianz (MSI/AN) von Gianfranco Fini und Umberto Bossis rechtspopulistische Lega Nord. Dieser latente Konflikt zwischen den Partnern der Rechts-Koalition brach Mitte

Fortgesetzt auf Seite 22

Italien...

Fortsetzung von Seite 21

Juli aus, als Berlusconi versuchte, die Schmiergeld-Ermittlungen „mani pulite" (saubere Hände) zu behindern.

Obwohl die Parteien der Rechts-Koalition wichtige politische Differenzen haben, haben sie doch einen gemeinsamen Feind: die Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsdachverbände CGIL, CISL und UIL merken jetzt, daß sie mit einer tödlichen Gefahr konfrontiert sind, und verhandeln über ein Abkommen eines bürokratischen Zusammenschlusses, nachdem sie jahrzehntelang jeweils^an eine oder mehrere Parteien der „Ersten Republik" gebunden waren. Aber weder sie noch die reformistischen Arbeitermassenparteien PDS und RC haben einen *Klassen*kampf gegen den kapitalistischen Angriff geführt. Im Gegenteil, durch die „progressistische" Volksfront haben sie die Arbeiterklasse geknebelt und an ihren Klassenfeind gebunden.

Um den Bossen sein „Verantwortungsbewußtsein" zu demonstrieren, versprach der damalige PDS-Führer Occhetto den Arbeitern nichts als „Schweiß und Tränen". Berlusconi versprach „eine Million Arbeitsplätze". Bei einer Rekordarbeitslosigkeit von 11,5 Prozent, die noch weiter steigt, ist es da ein Wunder, daß die Rechten gewonnen haben? Jetzt, wo Berlusconi im Amt ist, wird er natürlich für „Schweiß und Tränen" sorgen.

Faschismus und Bonapartismus in der „Zweiten Republik"

Der Wahlsieg der Rechten, begleitet von Bildern, wie Faschisten zur Feier den „römischen Gruß", -den ausgestreckten Arm, zeigten und „Duce, Duce" skandierten, löste Schockwellen in der ganzen Welt aus. Verschiedene bürgerliche und reformistische Führer in Europa, so zum Beispiel der französische Präsident Mitterrand, warfen sich als „Antifaschisten" in Positur und schlugen Alarm. Europolitiker in Straßburg erhoben drohend den Finger wegen der MSI-Minister in Berlusconis neuer Regierung. Aber dies legte sich bald, und verschiedene Medien begannen Finis Selbsteinstufung als „post-faschistisch" zu akzeptieren. Das *New York Times Magazine* (24. Juli) brachte einen Artikel „Benito Mussolini: Back From the Dead" [Benito Mussolini: Auferstanden von den Toten], in dem sie entdeckten, daß II Duce doch nicht so schlecht gewesen sei, besonders vor 1938 (als er sich Nazi-Deutschland anschloß und auf den Zweiten Weltkrieg zusteuerte — dies ist die gleiche Art von Argument, das von „respektablen" Verteidigern Hitlers in Deutschland benutzt wird).

Wie die Dinge liegen, sind große Teile der italienischen und internationalen Bourgeoisie bei weitem nicht davon überzeugt, daß die seit neuem vorherrschenden rechten und faschistischen Formationen die beste Chance darstellen, um eine stabile kapitalistische Herrschaft zu konsolidieren. So erhielt zur Zeit der Märzwahlen PDS-Führer Occhetto das Okay des amerikanischen Botschafters, den Segen des Papstes und die offene Unterstützung oder stillschweigende Akzeptanz von prominenten italienischen Industriellen.

Durch ihre Wahlniederlage erschüttert, lamentierten manche „Progressistischen", daß der Faschismus vor der Tür stehe. Andererseits flirteten die PDS-Führer Occhetto und D'Alema (der neue Parteisekretär) im Wahlkampf bei Fernseh-Talkshows mit Fini und behandelten den MSI-Führer als einen „gewichtigen Gesprächspartner". Selbst vorgebliche Trotzkisten spielten die faschistische Gefahr herunter. Livio Maitan, langjähriger italienischer Sprecher für Ernest Mandels „Vereinigtes Sekretariat" (VS), erklärte, bei der Beurteilung der Nationalen Allianz „sollten allzu vereinfachende Charakterisierungen vermieden werden. Ohne Zweifel wurde die MSI gegründet, um diejenigen zu organisieren, die nostalgisch an dem Mussolini-Regime hängen. Doch ... sie integrierte sich systematisch in die Institutionen und erschien mehr als [eine] rechte oder ultrarechte konservative Formation, in der das Gewicht derjenigen, die nostalgisch am Faschismus hängen, zunehmend geringer wurde" *(International Viewpoint,* Juni 1994).

Wenn Linke dabei mitmachen, die Erben Mussolinis in respektablen Farben zu malen, ist dies extrem abenteuerlich. Die Nationale Allianz ist für die MSI-Faschisten, von denen eine ganze Reihe gar nicht so „neo" sind, njchts anderes als ein Nadelstreifenanzug für Wahlen. Der MSI-Europa-Abgeordnete Pino Rauti war ein faschistischer Schläger in Mussolinis „Salô-Republik" 1943—45 in dem von Deutschen besetzten Norditalien. Und die Squadristi sind nicht bloß Geschichte. Angestachelt durch den Sieg der Rechten, haben Skinhead-Banden damit angefangen, offen die Arbeiterbewegung anzugreifen. In Rom und Mailand haben Skinheads Büros von Rifondazione Comunista niedergebrannt, und am 14. Mai haben ein paar hundert von diesem Nazi-Abschaum einen provokativen Marsch in Vicenza durchgeführt.

Und was MSI/AN-Führer Fini angeht, so hat dieser „postmoderne" Yuppie-Faschist nicht nur II Duce zum



Storia Illustrata

Frühjahr 1945: Italienische Partisanen zerschlagen die Überreste des faschistischen Regimes und der Wehrmacht, werden aber später durch stalinistische Volksfrontpolitik entwaffnet

„größten Staatsmann des Jahrhunderts" erklärt, sondern auch verkündet: „Man muß Benito Mussolini dafür dankbar sein, daß Italien 1922 nicht kommunistisch geworden ist." Er pries den Faschismus auch als eine Tradition von „Ehrbarkeit, Korrektheit und guter Regierung" und verteidigte die Skinheads mit der Bemerkung: „Nazi-Skins stellen keine Gefahr dar".

Gleichzeitig würde man jeden Realitätssinn verlieren, wenn man die Anwesenheit von faschistischen Ministern in der Regierung für gleichbedeutend mit einem neuen Marsch auf Rom hielte. Faschismus bedeutet die militärische Mobilisierung der wütenden Kleinbourgeoisie im Interesse des Großkapitals, um eine soziale Revolution dadurch zu verhindern, daß die organisierte Arbeiterbewegung völlig *zerstört* wird. Dies passiert heute in Italien nicht, denn das Proletariat hat der Bourgeoisie nicht durch die Bedrohung ihrer Macht Angst eingejagt. Im Moment sind die faschistischen Banden, die Wachhunde des Kapitals, an die Leine gelegt und werden hauptsächlich dazu benutzt, dunkelhäutige Immigranten zu terrorisieren. *Was passiert,* ist bedrohlich genug: kleinbürgerliche *Wahl*unterstützung als Stimmvieh für kapitalistische Kräfte anzuwerben, die einen „starken Staat" errichten wollen, um die Arbeiterbewegung zu *disziplinieren* und entscheidend zu *schwächen.* Aber ob dies gelingt, hängt im wesentlichen von der Antwort des Proletariats auf diese vereinte kapitalistische Offensive ab.

Was hinter der Tangentopoli-Affäre steckt

Italien hat nicht die tiefsitzenden, jahrhundertealten Traditionen bürgerlicher Demokratie wie Westminster. Die Tatsache, daß in Italien die Arbeitermobilisierung gegen die Kürzungsoffensive die größte und militanteste Europas gewesen ist, ist ein Hauptgrund dafür, daß sowohl das jüngste dramatische Anwachsen von faschistischen und rechtspopulistischen Parteien als auch das Enstehen einer neuen Volksfront zuerst auf der Halbinsel stattfand. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Italien das einzige Land in Westeuropa, wo die Zerschlagung des faschistischen Regimes von einem tatsächlichen Arbeiteraufstand begleitet war, der aber mit der entscheidenden Hilfe der Stalinisten abgewürgt wurde. Dies ist die „heroische" Geschichte der Resistenza, auf die die Ableger der Kommunistischen Partei, die PDS und die RC, zurückblicken. Aber weil die italienische Arbeiterklasse so stark war, mußten die siegreichen imperialistischen Alliierten und die italienische Bourgeoisie mit der PCI zu einem Deal kommen. Als Gegenleistung dafür, daß die Stalinisten die Arbeiter davon abhalten, nach der Macht zu greifen, sollten sie in untergeordnete Positionen im Staatsapparat integriert werden.

Aber um dieses System nach dem Untergang des faschistischen Regimes aufzubauen, mußten die amerikanischen Besatzer das Problem lösen, eine bürgerliche Staatsmaschine zusammenzubauen. Um die Kommunisten aus der Regierung rauszuhalten, bekam die Mafia freie Hand bei der Kontrolle Siziliens und des Südens, während De Gasperis Christdemokraten hastig zu einer „Partei" zusammengeschustert wurden, indem man erlaubte, daß die faschistischen Funktionäre auf ihren Posten blieben. Ähnliche Operationen wurden von den amerikanischen Militärregierungen in Deutschland und Japan durchgeführt. Die daraus entstandenen bürgerlichen „Volksparteien" (die Christdemokraten in Europa, die „Liberaldemokraten" in Japan) waren weniger durch ihr Programm charakterisiert als durch die Tatsache, daß sie als institutionalisiertes Bollwerk gegen die Kommunisten dienten.

Hauptsächlich wegen der Militanz der italienischen Arbeiterklasse hatte Italien keine lange militärische Besatzung. Die Amerikaner konnten es sich noch nicht einmal leisten, so zu tun, als führten sie eine „Entnazifizierung" und eine Zerschlagung der Kartelle durch, wie in Westdeutschland direkt nach dem Krieg (nur um beides beim Beginn des Kalten Krieges wieder rückgängig zu machen). Die alten faschistischen staatseigenen Unternehmenssyndikate (und Firmen wie Fiat und Pirelli) arbeiten weiterhin reibungslos. Folglich gehören rund 40 Prozent von Italiens Wirtschaft zum öffentlichen Sektor, der in Schlüsselsektoren wie dem Transportwesen, der Stahlindustrie und dem Bankwesen bis zu 90 Prozent erreicht. Diese staatskapitalistischen Unternehmen wurden dann die Quelle für Amterpatronage und Bestechung. Die weitverbreitete Korruption war das Produkt und die notwendige Triebkraft eines ganzen Systems, das aufgebaut worden war, um der stärksten Kommunistischen Partei Westeuropas eine Kontrolle des Staates zu verwehren.

Diese enormen Verwaltungskosten sind für die italienischen Kapitalisten um so mehr zu einer Last geworden, da sie seit dem Wegfall der „Bedrohung" durch den Sowjetblock 1989 unnötig erscheinen. Carlo De Benedetti, der Chef von Olivetti und Herausgeber von *La Repubblica,* faßte die Ursachen für das Ende des christdemokratischen Regimes in einem Interview mit dem *Spiegel* (29. November 1993) so zusammen:

> „Der Katalysator dieser Revolution war der Fall der Berliner Mauer. Auch Italien hatte seine Mauer im Inneren, und sie stürzte genauso in sich zusammen wie die in Berlin. Als die kommunistische Bedrohung endlich weg war, gab es keinen Grund mehr, die christdemokratische Erpressung mit dem Kommunismus zu akzeptieren. Mit dieser Erpressung haben eine Menge Leute ungeheuer viel Geld gemacht. Korruption und Staatsschulden sind der Preis, der für den politischen Konsens bezahlt werden mußte. Die Herrschenden haben die finanzielle Stabilität Italiens ausgehöhlt, zu ihrem privaten Nutzen."

Der Konkurrenzdruck der kapitalistischen Rivalen ist ein weiterer wichtiger Faktor, der zur Explosion dieses Systems führt. Dessen Industrie war am wenigsten in der Lage, die Auswirkungen der Schaffung des einheitlichen Europäischen Marktes Ende 1992 auszuhalten. Italiens wenige Großkonzerne, zumeist in Staatsbesitz und hoch verschuldet, stehen einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber. Da die Bundesbank und das deutsche Kapital Westeuropa nach ihrem Ebenbild umgestalten, haben sie eine Reihe von Vorschriften angeordnet (zum Beispiel, daß das Haushaltsdefizit *drei Prozent* des Bruttosozialproduktes nicht überschreiten darf, daß staatlichen Subventionen enge Grenzen gesetzt sind), die Italiens große Staatskonzerne ruinieren würden, während die winzigen Familienbetriebe nicht groß genug sind, um mit Deutschlands viel größeren „mittelständischen" Betrieben konkurrieren zu können. Um wettbewerbsfähig zu werden, versucht daher Italiens Bourgeoisie — kleine wie große Kapitalisten — sich auf Kosten der staatseigenen Giganten durch *Privatisierung* zu stärken.

Berlusconi ist ein Affarista (Geschäftemacher) und Abenteurer, der verspricht, ein neues „italienisches Wunder" wie in den 70er und 80er Jahren zustande zu bringen durch die *„Privatisierung" des Staates* im eigenen Interesse und dem seiner Spezis. (Louis Bonaparte machte auf ähnliche Weise ein Vermögen, indem er Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen vergab und zugleich an der Pariser Börse spekulierte.) In der Azienda Italia (Italien AG), die Berlusconi schaffen will, will *er* der Capo (Chef) sein. Während er über den „Assistenzialista"-Staat (Sozialstaat) jammert, will er, daß der Staat der Geschäftswelt hilft oder wenigstens seinen eigenen Geschäftsinteressen, und es macht ihm nichts aus, die anderen Größen des italienischen Kapitalismus zu schädigen.

[FORTSETZUNG FOLGT]

SPARTAKIST

Generalstreik von 25 Millionen erschüttert Italien

Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen



Gianni Fiorito/Controluce

4. Oktober: Wütende Arbeiter demonstrieren in ganz Italien ihre Macht, als Antwort auf die kapitalistischen Angriffe

25 Millionen Menschen beteiligten sich am 14. Oktober an dem landesweiten Generalstreik in Italien. Mehr als 3 Millionen, möglicherweise 5 Millionen, demonstrierten auf den Straßen von 97 Städten. Dieser Massenstreik war der größte seit Jahrzehnten, vielleicht der größte seit unmittelbar nach dem Kriege. 80 Prozent im ganzen Land beteiligten sich, 90 Prozent in der Industrie und im öffentlichen Dienst und nahezu 100 Prozent im „Roten Gürtel" von Mittelitalien.

Teil eins von zwei

Dieser massiven Demonstration proletarischer Macht waren wochenlang explosive und größtenteils spontane Proteststreiks von Hunderttausenden gegen den Kahlschlag-Staatshaushalt mit seinen Rentenkürzungen vorausgegangen. Ein echter unbegrenzter Generalstreik würde die Frage der Macht stellen, besonders in diesem tumultartigen klassenkämpferischen „heißen Herbst". Aber er allein würde die Frage nicht lösen. Der italienischen Arbeiterklasse hat es nie äa Militanz gefehlt. Die entscheidende Frage ist die Frage der revolutionären Führung.

Der Ministerpräsident und Medienzar Silvio Berlusconi ist allgemein verachtet. Auf einem typischen Plakat vom 14. Oktober stand: „Ich bereue, ich stimmte für Berlusconi". Doch um die Berlusconi-Regierung wegzufegen und sein Austeritätsprogramm zu zerschlagen, ist massiver Arbeiterwiderstand nötig — dazu gehören Streiks, Betriebsbesetzungen, die Bildung von Arbeiterräten und Arbeitermilizen. Dies würde eine Situation der Doppelherrschaft darstellen. Und man muß eine wirklich bolschewistische Avantgardepartei aufbauen, um die Arbeiterkämpfe über ökonomische Militanz hinaus in Richtung eines Kampfes um die Herrschaft der Arbeiter zu führen. Denn andernfalls verschärft sich der Drang entscheidender Teile der italienischen Bourgeoisie nach einem „starken Staat", um die Errungenschaften der Arbeiter zu zerstören, ob unter dem aufstrebenden Bonaparte Berlusconi (sein Bündnispartner Bossi von der Lega Nord nennt ihn „Berluskaiser") oder unter der „progressistischen" Volksfront unter Führung der PDS.

Der folgende Artikel basiert auf Spartaco Mr. 44, *September 1994, herausgegeben von unseren Genossen der Lega Trotskista d'Italia.*

Der Sieg der Rechten bei den Wahlen im März 1994 markierte einen Wendepunkt in Italiens Nachkriegsgeschichte. Er unterstrich die drastisch zunehmende politische und klassenmäßige Polarisierung in ganz Westeuropa. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es jetzt faschistische Kräfte in der Regierung einer imperialistischen Macht. Diese unheilvolle Entwicklung stellt eine direkte Gefahr für die Arbeiterbewegung dar, denn das reaktionäre herrschende Triumvirat Berlusconi-Fini-Bossi hat es auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften abgesehen, die durch

Fortgesetzt auf Seite 20